

Fischer Weltgeschichte

Band 20

Das Japanische Kaiserreich

Herausgegeben und verfaßt von
John Whitney Hall (†)

Hundert Jahre sind es her, daß in Japan die feierliche Rückgabe der obersten Regierungsgewalt an den Kaiser proklamiert wurde, nachdem ein Jahrtausend lang der ›Tenno‹ eine zwar hochgeachtete, von religiöser Verehrung getragene, politisch jedoch völlig bedeutungslose Stellung innegehabt hatte. Die Restauration des Jahres 1868 war alles andere als ein bloß äußerlicher, formaler Akt: sie besiegelte die Wandlung Japans von einem zunächst feudalen, dann weitgehend zentralistisch gelenkten, von der übrigen Welt abgeschnittenen Staat zu einer modernen Großmacht westlicher Prägung. In scharfem Wettbewerb mit dem Nachbarn und Rivalen China ist sie mittlerweile in die Spitzengruppe der Industrie- und Handelsnationen der Erde aufgerückt.

Chinesischen Einfluß hatten die Japaner früh zu spüren bekommen; ihm verdanken sie hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Malerei und Architektur, ihm verdanken sie den Buddhismus, der in dem Inselreich zu einer Wirkung gelangte, die ihm in China nie beschieden war. Später, um 1550, fanden im Gefolge europäischer Seefahrer und Kaufleute die ersten Jesuiten Eingang in Nippon, mit ihnen das Christentum, das sich freilich nur kurze Zeit einigermaßen frei entfalten konnte: seit 1612 waren die Anhänger des neuen Glaubens immer stärkeren Repressalien ausgesetzt, die im Jahre 1622 mit den Massenexekutionen von Christen ihren Höhepunkt erreichten. Gleichzeitig setzte eine fremdenfeindliche Reaktion ein, die bald zur offiziell verfügten völligen Abschließung Japans gegen die Außenwelt führte. Die selbstgewählte Isolierung und die damit verbundene innere Ruhe ermöglichten eine erstaunliche kulturelle Blüte und einen beträchtlichen Aufschwung der Wirtschaftsverhältnisse. Mit der Zeit aber wurde aus der Militärdiktatur eine in der Routine erstarrte Bürokratie, die jede gesunde Entwicklung hemmte. Nach zweihundert Jahren wurde die ›Öffnung‹ Japans unvermeidlich. Sie erfolgte schließlich im Jahre 1858 – unter starkem Druck der Westmächte. – Im vorliegenden Band gibt John W. Hall, international anerkannter Japankenner und Professor an der Yale-Universität, der jahrelang in dem fernöstlichen Staat lebte und forschte, eine weitgespannte Darstellung des historischen, politischen und kulturellen

Werdeganges Japans; sie endet mit dem Wiederaufstieg des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der Band ist in sich abgeschlossen und mit Abbildungen, Kartenskizzen und einem Literaturverzeichnis ausgestattet. Ein Personen- und Sachregister erleichtert dem Leser die rasche Orientierung.

Der Verfasser dieses Bandes

John Whitney Hall,

geb. 1916 in Tokio; B. A., Amherst College, Ph. D. (Dr. Phil.) 1950 Harvard University. 1952 Assistant Professor, 1955 Associate Professor, 1959 ordentlicher Professor für Geschichte an der Universität von Michigan. Von 1957 bis 1960 Direktor der Forschungsstelle des Center for Japanese Studies der Universität von Michigan in Okayama (Japan).

Ferner war John W. Hall Visiting Professor und Senior Fellow des Council of the Humanities in Princeton. 1961 wurde er erster Inhaber des A. Whitney Griswold-Lehrstuhls für Geschichte an der Yale University. In Yale war er als Chairman des Council on East Asian Studies tätig, und ab 1966 war er dort Master des Morse College. Professor Hall war ab 1958 Chairman der Association for Asian Studies Committee on Modern Japan, einer Organisation, der die führenden Japanologen der USA angehören.

Er ist Verfasser der Bücher ›Japanese History: A Guide to Japanese Research and Reference‹ (1954) und ›Tanuma Okitsugu, Forerunner of Modern Japan‹ (1955) und Mitautor von ›Village Japan‹ (1959) und ›Twelve Doors to Japan‹ (1956). Sein 1966 erschienenes Werk ›Government and Local Powers in Japan, 500 to 1700‹ basiert auf zehnjähriger Forschungsarbeit im Gebiet von Okayama. Neben seinen Lehr- und Forschungsverpflichtungen wirkte Professor Hall als Direktor der Association of Asian Studies (1958–1961), Mitglied des National Advisory Committee für die UNESCO (1957–1963), Mitglied des Herausgebergremiums der American Historical Review (1956–1968), Präsident der Association of Asian Studies (1967–1968) und Mitglied des Organisationskomitees für den Internationalen Orientalistenkongreß 1967.

John Whitney Hall starb 1997.

Zur Aussprache der japanischen Termini und Namen

Die Vokale a, e, i, o, u werden im Japanischen kurz gesprochen, i und u haben eine Neigung zum Schwund. Ae, ie, oe, ue, au, oi und ähnliche Verbindungen werden in a-e, i-e, o-e, u-e, a-u usw. getrennt; o und u entsprechen dem o-Laut in Boot und dem u-Laut in Mut.

S wird stimmlos wie in Wasser, z stimmhaft wie in Sense gesprochen; y entspricht dem j (Jahr). Ch wird annähernd mit tsch wie in Patsche, j mit dsch (Dschungel) und sh mit sch (Schuh) wiedergegeben.

Nach japanischer Sitte steht bei den Namen der Geschlechtsname, wenn er genannt wird, dem persönlichen Namen voran.

Vorwort

Zu dem Entschluß, den Band über die Geschichte Japans für die Reihe *Fischer Weltgeschichte* zu schreiben, hat mich mein guter Freund Étienne Balázs veranlaßt, der gerade mit der Abfassung des Bandes über China betraut worden war. Sein Tod, kurz nach seiner Amerikareise, hat mich sehr erschüttert, und ich vollende dieses Werk nun gewissermaßen in seinem Andenken. Über die Arbeit selbst gibt es wenig zu sagen. Ihre allgemeine Struktur mit ihrer Betonung der älteren japanischen Geschichte ist durch Aufbau und Anlage der Reihe, in der das Buch erscheint, festgelegt worden. Es wurde nicht der Versuch unternommen, die übliche Vollständigkeit eines Schulbuchs zu erzielen. Was mich persönlich an der japanischen Geschichte fasziniert, ist die Art, wie sich die politischen und sozialen Institutionen in Japan geändert und entwickelt haben und wie diese im Grunde ›östliche‹ Kultur eine moderne Weltmacht wurde. Die Fakten, die ich in diesem Band anführe, dienen zum großen Teil dazu, meinen Versuch zu stützen, diese bemerkenswerte Geschichte in Form einer Analyse darzustellen.

Mein Dank gilt in erster Linie meinen Studenten an der Yale-Universität, insbesondere Harold Bolitho und William Hauser, die das Manuskript lasen, als das Buch im Entstehen war, und wertvolle Vorschläge machten, und Bernard Susser, der die Bibliographie zusammenstellen half. Weiterhin möchte ich dem Shōgakkan-Verlag in Tōkyō meinen Dank dafür aussprechen, daß er die Mehrzahl der Photographien, die in diesem Band erscheinen, zur Verfügung stellte. Herrn Kanai Madoka, der sich um die Genehmigung für die Reproduktion der Photographien bemühte, gilt ein besonderes Wort des Dankes.

John Whitney Hall
Morse College, Yale-Universität
im Juni 1967

1. Einführung: Japans geschichtliche Stellung

Als in der Mitte des 19. Jahrhunderts europäische und amerikanische Reisende ihre Aufmerksamkeit verstärkt den abgelegenen Inseln Japans zuwandten, ließen sie es sich kaum träumen, daß innerhalb eines Jahrhunderts das geheimnisvolle ›Reich des Mikado‹ sich in einen der führenden Staaten der modernen Welt verwandelt haben würde. Das Japan der Jahre um 1850 war in den Augen des Westens ein wenig bekanntes und rückständiges Land, das sich über zwei Jahrhunderte lang hartnäckig vor fremden Blicken abgeschlossen hatte – von den Ländern des Fernen Ostens das am weitesten entfernte. Dennoch steht Japan

heute an sechster Stelle unter den Industriemächten der Welt; es ist zugleich mit der Erinnerung an einen gewaltsamen Versuch militärischer Expansion belastet, der seine Städte zu den ersten Zielen atomarer Kriegsführung machte. Japan ist heute ein moderner Staat, wie ›orientalisch‹ seine Anfänge auch gewesen sein mögen. Seine Geschichte aber ist weniger bekannt als die der Westmächte, zu denen es zählt, oder als die der anderen asiatischen Länder, die als Begründer alter Kulturen oder Weltreligionen Anerkennung erlangt haben. Die japanische Geschichte drängt sich der Aufmerksamkeit der Welt nicht auf, wie es der Hauptstrom der europäischen Geschichte oder die fremdartigen Überlieferungen Chinas oder Indiens tun, doch ist ihre Bedeutung in dem Maße augenscheinlicher geworden, wie Japan als moderner Staat hervortrat, und wie Gelehrte die japanische Geschichte in Zusammenhang mit dem Weltgeschehen brachten.

Zugegeben, in der Weltgeschichte stellte Japan keine größere schöpferische Kraft dar, wenigstens nicht bis in neuere Zeit. Der schmale Inselbogen brachte keine eigenständige klassische Kultur hervor, die ihre Wesensart umwohnenden Völkern hätte aufprägen können. Die Leistung Japans war begrenzter. Die besondere Fähigkeit der Japaner zeigte sich darin, daß sie im Bereich zweier entgegengesetzter großer Traditionen (der chinesischen und der westlichen) lebten und, indem sie sich beiden anpaßten, in jeder beträchtliche Bedeutung und Anerkennung erlangten. Vom sechsten Jahrhundert bis zur Mitte des neunzehnten war Japan völlig in den chinesischen Kulturkreis einbezogen; nach dem Jahre 1854 zog die eilig betriebene Modernisierung Japan in die sich ausdehnenden Grenzen westlicher Einflußnahme. In jeder dieser Sphären spielte das Land eine erhebliche, wenn auch nicht führende Rolle. In Ostasien stand es zumindest vom achten Jahrhundert an in seinen politischen und kulturellen Leistungen nur hinter China zurück. Die Japaner übernahmen viele Bestandteile der chinesischen Kultur – die geschriebene Sprache, Verwaltungsmethoden, Bau- und Kunststile und philosophische und religiöse Systeme. Doch auf beinahe jedem Gebiet drückten sie dem, was sie gelernt hatten, ihren eigenen Stempel auf und bewahrten sich so ihre kulturelle Eigenart. Tausend Jahre später ging Japan als erstes unter den ostasiatischen Ländern daran, sich der westlichen Kultur anzupassen. Die dabei entstandene kulturelle Verschmelzung jedoch ist, wie jeder Besucher Japans zugeben muß, wiederum etwas, das deutlich das Gepräge von Japans eigenem geschichtlichen Erbe trägt.

Aber wenn auch Japans Rolle in der Geschichte nicht als beherrschend angesehen werden kann, hat doch in einer Reihe von Fällen das japanische Vorgehen den Lauf der Dinge in jener Weltgegend bestimmt. Japans Sieg über die Mongolen im dreizehnten Jahrhundert war ein bedeutungsvoller Wendepunkt in der mongolischen Geschichte. Hideyoshis Eroberung Koreas gegen Ende des sechzehnten Jahrhunderts trug sowohl zur Schwächung der Ming-Dynastie in China wie zu dem späteren Niedergang Koreas bei. Die ehrgeizigen Pläne der Portugiesen und Spanier in Ostasien wurden im frühen

siebzehnten Jahrhundert bis zu einem gewissen Grad durch die feindselige Haltung der Japaner durchkreuzt. Japans Aufstieg als moderne Macht nach dem Jahre 1868 führte seine Streitkräfte nach Korea, in die Mandschurei und nach China, wodurch es sowohl die nationalen Ambitionen dieser Völker als auch das politische Gleichgewicht zwischen den westlichen Interessen störte. Im Zweiten Weltkrieg spielte Japan eine Hauptrolle als hartnäckiger Gegner der Vereinigten Staaten sowie als bedeutendste destruktive Kraft in China und Südostasien. Das Werk seiner Armeen trug zu der Eroberung des chinesischen Festlandes durch den Kommunismus wie zu dem Zusammenbruch der Kolonialreiche in Südostasien bei. Heute nimmt Japan unter den Industriestaaten der Welt eine führende Stellung ein. Doch aufgrund seiner mangelnden militärischen Aufrüstung – eine Folge seiner Niederlage im Zweiten Weltkrieg – und weil es im Schatten des chinesischen Kolosses steht, der hinter ihm drohend aufragt, muß sich Japan mit einer ziemlich ungeklärten Stellung zufriedengeben. Es ist das Wunder der Modernisierung Japans, das es, ein Land von zweitrangigem politischen Einfluß in der Welt des Atoms, als ein ganz außergewöhnliches Mitglied unter die fortschrittlichen Staaten der Erde einreihet.

Die Geschichte Japans weist jedoch wesentliche Merkmale auf, die, unabhängig davon, wo Japan in der Hierarchie der Weltmächte steht, belehren und die Phantasie anregen können. Denn wenn die Geschichte ein Spiegel ist, mit dessen Hilfe der Mensch sich selbst und seine Gesellschaft erkennen lernt, dann bietet Japan dem Historiker Einsichten von hohem Wert. Seine verhältnismäßig lange und isolierte Geschichte liefert den Stoff zu einer bemerkenswert reichhaltigen und leicht zugänglichen Beispielstudie über das Wachstum und die Entwicklung eines Volkes.

Erstens hat die isolierte Lage der japanischen Inseln zu einer ungewöhnlich einheitlichen und in sich geschlossenen Geschichtsentwicklung beigetragen. Geschützt vor dem gleichzeitigen Einwirken wetteifernder Kulturen oder der periodischen Störung durch Fremdinvasionen, führte das japanische Volk in geschichtlicher Zeit ein relativ ruhiges Dasein. Dennoch hat seine Kultur eine Reihe von grundlegenden Veränderungen durchlaufen, die es aus einer primitiven Stammesgemeinschaft der Zeit vor dem sechsten Jahrhundert in eine Adelsgesellschaft vom siebten bis zum zwölften Jahrhundert, dann in eine feudalistische Gesellschaft und schließlich in eine moderne Nation, als die es sich gegenwärtig darstellt, umgewandelt haben. Und vielleicht kann der Historiker gerade aufgrund der Isolation und der relativ homogenen sozialen und kulturellen Verhältnisse, die in Japan herrschten, den Umwandlungsprozeß besser verfolgen: er weist relativ leicht die Wirkung fremder Einflüsse oder das ineinander verwobene Muster von Niedergang und Wiederaufstieg bei bodenständigen Einrichtungen nach.

Zweitens ermöglichte es den Japanern ihre Lage am äußersten Rand des chinesischen Kulturkreises, zwar chinesische Kultur in großem Ausmaß aufzunehmen, aber trotzdem unerschütterlich an ihren eigenen wesentlichen

Einrichtungen und Werten festzuhalten. Der Werdegang der japanischen Institutionen unterscheidet sich grundlegend von dem der chinesischen, ungeachtet der beträchtlichen Überlagerung durch chinesischen Einfluß. Weit davon entfernt, einfach eine bescheidenere Version der chinesischen Kultur entstehen zu lassen, entwickelten die Japaner bestimmte soziale Verhaltensweisen und Regierungsformen, die überraschenderweise eher denen Europas vergleichbar scheinen. Japans feudalistische Institutionen, seine maritime Orientierung und sein starkes Nationalgefühl sind geschichtliche Kennzeichen, die scharf von chinesischer Tradition abstechen und vielleicht erklären helfen, weshalb Japan von allen ostasiatischen Völkern am besten darauf vorbereitet war, dem Zusammenstoß mit dem Westen zu begegnen.

Drittens resultiert der langsame, organische Verlauf, der Japans politische und soziale Entwicklung auszeichnete, wiederum teilweise aus langen Perioden der Isolierung. Das japanische Volk scheint der Erfahrung einer größeren Revolution oder einer verheerenden Fremdinvasion entgangen zu sein. Während seiner ganzen Geschichte traten strukturelle Veränderungen langsam ein und wurden mehr durch Druck von innen als durch Zwang von außen herbeigeführt. Und dies hatte die Tendenz zur Folge, überflüssig gewordene Einrichtungen zwar aufzugeben und beiseite zu schieben, aber selten ganz aufzulösen. Kunstschatze und architektonische Kostbarkeiten wurden jahrhundertlang immer wieder restauriert, genauso wie man bestimmte Geschlechter oder bestimmte symbolische Ämter, wenn auch ihrer Macht und ihres Einflusses beraubt, am Leben erhielt. Das japanische Kaiserhaus kann heute ohne Frage auf die längste ununterbrochene Regierungszeit von allen Herrscherhäusern in der Welt zurückblicken. Faktoren der Kontinuität laufen somit ständig durch das Gewebe der japanischen Kulturgeschichte, die Kette offenbarend, auf der der Schuß der Veränderung bestimmt werden kann.

Aber natürlich erweckt gerade der Umstand, daß Japan mittlerweile als ein moderner Staat in Erscheinung getreten ist, unser Interesse an Japans Vergangenheit am meisten. Denn da Japan ein anerkanntes Mitglied der modernen Welt geworden ist, ist seine Geschichte für uns und alle anderen neuzeitlichen Gesellschaften wichtig geworden. Die Geschichte der Gesellschaft und Institutionen Japans, einst nur eine fremdländische Kuriosität, wird nun der Summe der Zeugnisse darüber hinzugefügt, wie Völker in die modernen Verhältnisse eingetreten sind. Die Wichtigkeit der japanischen Geschichte steht trotz des Umstandes, daß sie aus einer so entfernten Quelle in den Strom der Weltgeschichte fließt, außer Zweifel. Diese Ansicht von der japanischen Geschichte – als etwas, das bedeutend aus sich selbst heraus ist und wichtig für die moderne Welt – hat die Niederschrift dieses Buches veranlaßt. Gemessen an seinem Ausmaß und stürmischen Verlauf allein läßt sich das Schauspiel der japanischen Geschichte vielleicht nicht mit dem der chinesischen vergleichen. Doch in den mehr gedämpften Tönungen, die so typisch für die japanische Landschaft sind, entbehrt sie nicht ihrer Heroen und eindrucksvollen

Denkmäler. Die Tempel der alten Hauptstadt Nara stehen noch heute, ebenso wie die großen Burgen, in deren Bereich die heldenhaften Schlachten der Einigungskriege des sechzehnten Jahrhunderts ausgetragen wurden. In moderner Übersetzung kann die *Geschichte vom Prinzen Genji* unsere Phantasie zurück zu der höfischen Gesellschaft des elften Jahrhunderts lenken. Das Studium der japanischen Geschichte kann eine humanistische Erfahrung sein, die echte Freude bereitet. Es ist jedoch noch aus anderen, gewichtigeren Gründen lohnend. Der Verlauf der japanischen Kulturentwicklung war kontinuierlich und doch fortwährend dem Wechsel unterworfen. Und die Japaner meisterten trotz ihrer Isolierung von der übrigen Welt die Kunst der Lebensführung im Lauf der Zeit in einer Weise, die unseren Respekt und unser Interesse verdient.

2. Japans geschichtlicher Hintergrund

Die Größe und Lage der japanischen Inseln schufen für das japanische Volk eine Heimat besonderer Art. Die vier größten Inseln Hokkaidō, Honshū, Shikoku und Kyūshū und die über eintausend kleineren, die den japanischen Archipel ausmachen, erstrecken sich in einem Bogen zwischen der Spitze Sachalins und einem Punkt südlich der koreanischen Halbinsel. In geographischer Breite reichen sie vom 45. Grad an der Nordspitze von Hokkaidō bis zum 31. Grad, der Kyūshū im Süden berührt. Die gesamte Fläche ist klein, etwa 369600 qkm, und der überaus gebirgige Charakter der Inseln läßt nur ungefähr 16% des Landes für den Anbau frei. Andererseits liegen die Inseln größtenteils innerhalb des Monsungebiets Ostasiens, und das gesamte Klima wird durch starke Meeresströmungen, die sie in ihrer ganzen Länge umfließen, wesentlich gemildert.

Diese den japanischen Inseln eigentümlichen grundlegenden Gegebenheiten blieben während Japans ganzer geschichtlicher Zeit unverändert. Die Bedeutung dieser Gegebenheiten jedoch wechselte, je nachdem wie sich die Lebensumstände in Japan und in der umliegenden Welt wandelten. Heute kann Japan als ein Land mittlerer Größe beschrieben werden, größer als Britannien, aber kleiner als Frankreich. Seine Lage in einiger Entfernung von der Nordostküste Asiens hat es in die strategische Position versetzt, entweder an den Angelegenheiten des Festlandes direkten Anteil zu nehmen oder eine unparteiische Haltung zu bewahren. Vor allem aber konnte Japan seine Möglichkeiten nutzen, Seemacht zu werden, und somit durch Handel und Schifffahrt den schwerwiegenden Mangel an Bodenschätzen ausgleichen, auf die die moderne Industrie angewiesen ist.

Bis vor hundert Jahren hätte Japan ganz anders beschrieben werden müssen. Seiner Ausdehnung nach war Japan ziemlich groß, und es war, gemessen an asiatischen Maßstäben, wohlhabend; aber es war auch das Land, das die größte Entfernung vom Mittelpunkt der festländischen Kultur und die für die Kommunikation mit diesem Zentrum ungünstigste Lage hatte. Die Knappheit an

natürlichen Kraftreserven empfand man, anders als heute, nicht, denn nach der damals vorherrschenden Technologie war Japan reich an Land, Wasser, Sonne und Menschenmaterial. Die Japaner der Frühzeit selbst waren von ihrem Vaterland angetan, sie nannten ihre Inseln das Land ›der üppigen Reisähren‹. Geschichtlich gesehen waren daher Isolation und eine relativ ertragreiche Agrarbasis die beiden hervorstechenden Merkmale der geographischen Gegebenheiten Japans. Das Zusammentreten dieser Faktoren ermöglichte es den Japanern, ein hohes Niveau kulturellen Lebens zu entwickeln, das unter festländischem Einfluß stand, aber nicht von ihm erdrückt wurde.

Der Wechsel der geographischen Charakteristika, der im letzten Jahrhundert eingetreten ist, ist von einer Veränderung noch erregenderen Ausmaßes auf kulturellem Gebiet begleitet gewesen. Vor hundert Jahren konnte Japan einfach als irgendein Mitglied der Völkergemeinschaft Ostasiens angesehen werden. Und während der längsten Zeit der japanischen Geschichte wurde die japanische Lebensweise in der Tat überaus wirksam durch die kulturellen Verhältnisse Ostasiens bestimmt. Vor fünfzig oder sogar dreißig Jahren waren in Japan die Überreste dieses Lebensstils noch so offensichtlich, daß für jede Untersuchung auch des zeitgenössischen japanischen Lebens Verständnis für die sogenannten ›asiatischen‹ Wirtschafts- und Gesellschaftsformen als Grundbedingung angesehen wurde. Heute neigt man weniger dazu, in Begriffen der absoluten Unterscheidung zwischen östlichen und westlichen Verhaltensweisen zu denken, aber für den Historiker empfiehlt es sich, die vorherrschenden kulturellen Verhältnisse, in denen Japan so viele Jahrhunderte lang lebte, in großen Zügen im Gedächtnis zu behalten.

Die Menschen Ostasiens konnten eine intensive Methode des Ackerbaus entwickeln, die in allen den Monsunwinden und -regen ausgesetzten Gegenden üblich ist und die vornehmlich auf dem Reisanbau mittels Bewässerung (Naßfeldreisbau) basiert. Die japanische Bauernfamilie bestreitet selbst heute ihren Lebensunterhalt aus durchschnittlich kaum mehr als zweieinhalb Morgen bebauten Landes, wobei sie pro Morgen mehr als zehnmal so viele Menschen ernährt als selbst die leistungsfähigste Farm in den Vereinigten Staaten. Dies wird durch die Perfektion einer intensiven Anbauweise ermöglicht, bei der die künstliche Bewässerung und der gewaltige Einsatz von Menschenkraft im Gegensatz stehen zu den extensiven europäischen Techniken, die sich auf die natürliche Regenmenge und die die Arbeitskraft vervielfältigende Leistung von Maschinen und Zugtieren verließen.

Zwar war die asiatische Anbauweise weniger mechanisiert als der europäische Ackerbau, aber sie war gewiß in keiner Weise primitiv, denn sie funktionierte nach einem ausgeklügelten System von Sozialorganisation und Wasserkontrolle. Bewässerungsnetze, die im Lauf der Jahrhunderte entwickelt worden waren, versorgten kunstvolle Feldanlagen, indem sie die jungen Reispflanzen nährten und die Erde auffrischten, und schufen so eine sehr tragfähige Basis, auf der eine dichte, seßhafte bäuerliche Bevölkerung existieren konnte. Die Bebauer, in

Dörfern mit beträchtlicher Wohndichte zusammenlebend, bildeten kooperative Verbände, mit Hilfe derer sie das Maximum an Arbeitskraft für den Anbau einsetzen konnten.

Im größten Teil des vom Monsun bestrichenen Asien fand sich also eine bäuerliche Basis, deren Kennzeichen eine hohe Zahl von Bauern im Verhältnis zu den Landeinheiten und ein großes Ausmaß von landwirtschaftlicher Produktion im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft waren und die durch ein ausgeklügeltes System der Wasserkontrolle und der Dorf- und Familienorganisation ermöglicht wurde. Diese bäuerliche ›Volks‹-Basis (*›folk‹ base*), wie Ethnologen sie bezeichnet haben, blieb relativ unbeweglich, dem Boden verhaftet und ganz mit den Problemen von Land und Wasser beschäftigt.

Gleichfalls kannten die Völker Ostasiens – wie natürlich die meisten prä-modernen Gesellschaften – alle die scharfe Trennung zwischen der bäuerlichen Basis und der herrschenden Schicht von Familien, die als Träger der höheren Kultur fungierten. Die Tatsache, daß man sich in der Hauptsache auf eine agrarische Wirtschaftsform stützte, erlegte der bäuerlichen Bevölkerung, die die oberen zehn Prozent – bestehend aus Grundbesitzern, Kriegen, Priestern und Beamten – ernährte, eine schwere Belastung auf. Die langsame Entwicklung von Handel und Industrie oder anderer möglicher Quellen des Wohlstandes erlaubte, so möchte es scheinen, eine autoritärere Beziehung zwischen der herrschenden Führungsschicht und den untergeordneten Erzeugern landwirtschaftlicher Güter. Die Regierung war bezeichnenderweise despotisch, durch keine rivalisierende kirchliche oder gesetzliche Macht kontrolliert.

Der Konfuzianismus, der in Ostasien den philosophischen Nährboden für die Verhaltensweisen gegenüber Regierung und Gesellschaft, die aus einer solchen agrarischen Kultur entstanden, in erster Linie darstellte, rechtfertigte die Form der gütigen, aber autoritären Regierung und dachte sich die Gesellschaft als aus einer von der Natur bestimmten Klassenhierarchie bestehend: der Führungselite, den Bauern, den Handwerkern und den Kaufleuten. Die traditionelle Gesellschaft in Ostasien war grundverschieden von der pluralistischen, individualistischen Gesellschaft, die in den westlichen Ländern entstehen sollte. Mit der ihr zugrunde liegenden Philosophie, ihren rechtlichen Institutionen und ihrer innersten Einstellung gegenüber Familie und Individuum setzte sie Normen, die sich von denen, auf denen die moderne Gesellschaft basiert, grundlegend unterschieden.

Geschichtlich gesehen wuchs Japan in einem Kulturkreis in Ostasien heran, dessen Mittelpunkt China war. Die Hast aber, mit der Japan Elemente seines traditionellen Kulturstils gegen die neuerdings vom Westen übernommenen ausgetauscht hat, muß bis zu einem gewissen Grad ein Maßstab für die geschichtliche Unabhängigkeit Japans von dem Einfluß Chinas sein. In seinem Ursprung war das japanische Volk nicht chinesischer Abkunft. Die primitive Kulturstruktur, die für die Japaner vor ihrem Kontakt mit China kennzeichnend war, unterschied sie von den Chinesen auf vielfache, grundlegende Weise. Die

Sprache war der auffälligste Unterschied, doch auch die fundamentalen religiösen Glaubensvorstellungen, die Sozialformen und die Auffassungen von der Regierung waren im wesentlichen verschieden. Diese Unterschiede existierten jedoch nicht nur in frühester Zeit, sie wurden von den Japanern während ihrer ganzen geschichtlichen Entwicklung beharrlich bewahrt.

Die Historiker haben sich oft zu den ›speziellen Charakteristika‹, die die Japaner vor anderen ostasiatischen Völkern ausgezeichnet haben, geäußert. Sir George Sansom schrieb über den »harten, nicht aufnahmebereiten Kern der Einzelpersönlichkeit«, der Fremdeinflüssen widerstand und entgegenwirkte. Einige Schriftsteller betonten die fortdauernde ›Primitivität‹ der japanischen Gesellschaftssitten und religiösen Vorstellungen. Andere stellten fest, daß die Japaner aus ihrem frühen Stammeserbgut kriegerische Eigenschaften bewahrten. Die Japaner selbst würden es wohl vorziehen, wenn man sie für ganz besonders auf die Natur und die Schönheit eingestellt hielte, oder für begabt dazu, fremde Kultureinflüsse zu einer einzigartigen Synthese zu assimilieren. In neuerer Zeit haben Autoren ihre Zuflucht zu der Idee eines ›Nationalcharakters‹ genommen, um japanische Verhaltensformen zu erklären. Der Historiker muß von der Verwendung solch impressionistischer Mittel der Analyse Abstand nehmen. Andererseits wäre es schwierig, das Vorhandensein einer Reihe von Elementen geschichtlicher Kontinuität in der japanischen Kultur zu leugnen, die völlig von der herrschenden festländischen Norm verschieden sind und die die Grundlage für Japans Individualität unter den Völkern Ostasiens schaffen.

So ist zum Beispiel ein Syndrom miteinander verwandter Verhaltensweisen und Praktiken, die mit den primitiven religiösen Vorstellungen und der primitiven Sozialorganisation des japanischen Volkes der Frühzeit in Verbindung stehen, hartnäckig erhalten geblieben. Die shintoistischen Kulte, die von einfacher gemeinsamer Verehrung von Lokalgottheiten bis zu den politisch ausgerichteten Glaubensvorstellungen um die Sonnengöttin und das Kaisergeschlecht reichten, sind ungeachtet des konfuzianischen und buddhistischen Einflusses Mittelpunkt der japanischen Einstellung gegenüber Regierung und Gemeinwesen geblieben. Die Kontinuität des Kaiserhauses ist ohne Zweifel ein grundlegender Faktor der japanischen Geschichte. Sie symbolisiert die Homogenität des japanischen Volkes und die ungebrochene Einheitlichkeit der japanischen Regierungsform.

Aber sie besagt noch mehr. Die Kontinuität der Dynastie in Japan trägt zur Erklärung einiger wichtiger Besonderheiten des japanischen Staatsgefüges bei. Bis vor kurzem setzten sich die Träger politischer Macht in Japan aus einer einzigen Hierarchie von Familien zusammen, über denen das Kaiserhaus stand. Die Struktur dieser aristokratischen Hierarchie zeigte gewisse deutliche Züge aus der Zeit ihres ersten Auftretens als primitive Stammeshegemonie. Herrscherfamilien gruppieren sich zu erweiterten, clanähnlichen Sippen, über die Sippenälteste sowohl politische Gewalt als auch religiöse Macht besaßen. Der Einfluß auf religiösem Gebiet und das gesellschaftliche Ansehen leiteten sich von

der Stärke der Ahngottheiten ab, die der Sippenälteste verehrte. So wurde das auf Verwandtschaft aufbauende Machtgefüge, mit Hilfe dessen das Kaiserhaus erstmals seine Hegemonie über die japanischen Inseln begründete, auf dem Wege über die priesterliche Gewalt von der Ahngottheit, der Sonnengöttin, unterstützt. Diese früheste Form der Oberherrschaft in Japan sollte bis zur Neuzeit erhalten bleiben.

Die frühen japanischen Führer waren Krieger und Herrscher zugleich. Und wenn auch der Einfluß der chinesischen Zivilverwaltung die Kriegertradition in Japan nach dem siebten Jahrhundert für etwa vierhundert Jahre oder länger unterdrückte, so sollte doch im zwölften Jahrhundert in der Gestalt des Samurai der Krieger-Aristokrat wiedererscheinen, um bis herab zur Neuzeit der am deutlichsten ausgeprägte japanische Führertypus zu bleiben. Unter der Herrschaft der Samurai sollten jene besonderen Merkmale der japanischen Gesellschaft entstehen, die so sehr von dem chinesischen Vorbild abstachen, insbesondere die starke Betonung der politischen gegenüber der persönlichen oder familienbezogenen Loyalität, die kriegerische Empfindlichkeit in Fragen der Nationalehre und das harte, aber gradlinige und wirksame System der Lokalverwaltung, das der Militäradel schuf. Das Japan, das im neunzehnten Jahrhundert dem Zusammenstoß mit dem Westen begegnete, war sich seiner Verschiedenheit von China bewußt und hatte in der Tat begonnen, eine gewisse Verachtung für Chinas ›Fremdartigkeit‹ zu entwickeln.

Es ist bezeichnend, daß die Hauptinseln Japans in geschichtlicher Zeit entweder unter einem einzigen Staatsoberhaupt oder unter einer homogenen herrschenden Schicht vereinigt waren. Die drei Inseln Kyūshū, Shikoku und Honshū, auf denen der erste japanische Staat entstand, sollten sich niemals zu getrennten und rivalisierenden Gebieten entwickeln noch gesonderte Regierungsspitzen hervorbringen wie die britischen Inseln. Andererseits trug die gebirgige und abwechslungsreiche Topographie zu der Aufspaltung des japanischen Mutterlandes in zahlreiche kleine Bezirke bei, die ihre Eigenständigkeit als Provinzen oder Lehen behaupten konnten. Das Schauspiel der politischen Geschichte Japans fand auf diesem topographisch vielfach gegliederten Boden statt. Als erste sollten die Gebiete im Norden von Kyūshū und die Küsten der Inlandsee zur Ruhe kommen und sich politisch ordnen. Sie wurden die ›Zentrallande‹ des alten Japan, mit der Kinai-Ebene als Mittelpunkt, nach dem fernen Festland hin orientiert. Hier wurde zuerst der Regierungssitz eingerichtet, und er gewann immer mehr an Bedeutung. Erst nach dem zwölften Jahrhundert begann die große Ebene im Osten, Kantō, mit den Zentrallanden zu konkurrieren, und erst im zwanzigsten Jahrhundert beherrschte die Kantō-Ebene mit der Großstadt Tōkyō als Mittelpunkt Politik und Wirtschaft in Japan. Heute sind die traditionellen Grundlagen der geographischen und kulturellen Orientierung Japans in der Tat fast gänzlich aufgehoben, denn nun richtet das Land für seine Verbindung zur Außenwelt seine Blicke auf den Pazifik, während im Innern die modernen Verkehrsmittel und der sich ausweitende lokale

Verwaltungsapparat in' steigendem Maße die historischen geographischen Trennungslinien verwischt haben, die eine so wichtige Rolle spielten, als Kultur noch eine Sache des Landes, des Wassers und der Adelsfamilien war.

3. Der Ursprung des japanischen Volkes und seiner Kultur

Es wäre schön, wenn man die Darstellung der japanischen Geschichte mit einer exakten Aussage über die Ursprünge beginnen könnte. Das Forschen des Historikers nach absoluten Ausgangspunkten und die Versuchung, danach Ausschau zu halten, wie jüngst Geschehenes durch längst Vergangenes erklärt werden kann, mag, wie Marc Bloch bemerkte, ein ›Ursprungs-Idol‹ sein. Dennoch ist die Suche nach Gewißheit über die Entstehung des japanischen Volkes nicht unnütz, besonders deshalb nicht, weil die geographische Isolation der Japaner dazu beigetragen hat, verschiedene frühe Bestandteile ihrer Kultur bis weit in ihre spätere geschichtliche Zeit zu bewahren. Eine genaue Kenntnis der ursprünglichen rassischen Zusammensetzung der Japaner und der Quellen, aus denen ihre frühe Kultur sich speiste, würde es uns gewaltig erleichtern, die Schilderung ihrer Geschichte zu beginnen. Doch eine solche Kenntnis ist uns bis jetzt verwehrt.

Wie die britischen Inseln wurden die japanischen Inseln offensichtlich die Heimat eines Gemisches von Völkern, die zu verschiedenen Zeiten und von verschiedenen Orten des Festlandes und vielleicht sogar von Inseln im Süden nach Japan kamen. Zu Beginn der geschichtlichen Zeit war aus diesem Konglomerat ein relativ homogenes Volk hervorgegangen, das sich von seinen festländischen Nachbarn wie den Chinesen, den Koreanern oder den Mongolen durch seine Sprache, seinen physischen Typus, seine Religion und die Struktur seines Staates deutlich abhob. Diese frühen Unterscheidungsmerkmale sollten auch weiterhin für die Japaner bestimmend sein. Ihre Ursprünge jedoch sind nicht genau bekannt, und es ist weder geklärt, wieviel Zeit der Verschmelzungsprozeß in Anspruch nahm, noch wann genau man von den frühen Einwohnern als Japanern sprechen kann.

Die geologischen Erdschichten Japans haben die Skelette und Stoßzähne eiszeitlicher Tiere freigegeben, die uns bezeugen, daß die japanischen Inseln während des Pleistozäns durch Landbrücken ähnlich der, die Asien an die Neue Welt anschloß, mit dem Festland zusammenhingen. Diese Verbindungen blieben wahrscheinlich bestehen, bis der erste primitive Mensch den Raum der japanischen Inseln betrat. Japanische Gelehrte haben behauptet, die versteinerten Gebeine vorzeitlicher Hominiden, die das Gebiet möglicherweise vor einer so weit zurückliegenden Zeit wie 200000 Jahren durchstreift haben, entdeckt zu haben, aber die Identifizierung ist ziemlich unsicher. Beginnend mit der Ausgrabung in Iwajuku in der Präfektur Gumma im Jahre 1948 haben die Archäologen inzwischen eine rasch anwachsende Zahl von Steinwerkzeugen nachgewiesen, die von einer vorkeramischen Kultur erhalten geblieben sind, die

auf eine Zeit vor etwa 150000 oder 200000 Jahren zurückreicht. Die Steingeräte, deren Vorkommen bis jetzt noch von keinen Skelettfunden begleitet wurde, sind roh behauen, und gewisse große Steinwerkzeuge unter ihnen scheinen den *chopper-chopping*-Geräten¹, die in ganz China, Südostasien und Indien auftreten, ähnlich zu sein. Außer dieser wurde noch eine andere präkeramische Kultur aus einer wesentlich späteren Zeit ermittelt. Aber auch diese Kultur, die durch kleinere behauene Werkzeuge und scharfkantige Wurfspitzen (Mikrolithen) gekennzeichnet ist, hinterließ keine Spuren von Skeletten. Man darf jedoch unter Hinweis auf ähnliche Vorkommen auf dem Festland annehmen, daß ihre Träger in ihrem Körperbau dem neuzeitlichen Typus entsprachen.

Die Menschen, die mit recht großer Wahrscheinlichkeit die Vorfahren der heutigen Japaner sind, kamen mit den Trägern verschiedener neolithischer Kulturen in den Archipel. Zu dieser Zeit waren die Landbrücken natürlich unter die Wasseroberfläche gesunken, und den günstigsten Zugang hätte der Weg über den schmalen Meeresstreifen, der Japan von der koreanischen Halbinsel trennt, oder entlang der Inselketten, die sich in einem Bogen von Süden hinauf oder von Norden herab nach Japan wölben, geboten. Unsere Kenntnis der Wanderungen der frühen neolithischen Völker in Ostasien ist noch äußerst verschwommen, aber wenn wir unseren Blickwinkel erweitern und den ausgedehnten Bereich der ganzen östlichen Hälfte Asiens überschauen, können wir ein Gefühl bekommen für die Möglichkeiten, wie Japan bevölkert wurde.

Es scheint, daß sich seit einem Zeitpunkt, der etwa 20000 Jahre zurückliegt, Völker von unterschiedlichen Rassemmerkmalen in aufeinanderfolgenden Wellen aus dem südlichen Zentralasien in östlicher Richtung in Bewegung setzten. Die frühesten gehörten der proto-negriden und proto-kaukasiden Rasse an, und es wird angenommen, daß Überreste der ersteren sich in den entlegeneren Gegenden Malayas, Guineas und der Philippinen, der letzteren sich bei den Ainu im Norden Japans und den Buschmännern Australiens finden. Ein späterer Einwanderungsstrom nach Ostasien brachte die Vorfahren der Mongoliden, die in mehreren Wellen über das Festland fluteten, wobei sie die früheren Bewohner vor sich herschoben oder mehr oder weniger aufsaugten. Heute dominieren die Mongoliden in Ostasien völlig. Ihre Vorfahren gliederten sich, wie sie selbst heute, in mehrere Untergruppen, die sich sicherlich in ihrem Körperbautypus, und, was noch wichtiger ist, in ihrer Sprache und ihren Kulturmerkmalen unterschieden. Drei Hauptsprachgruppen der Mongoliden haben in etwa geographische Entsprechungen. In der Steppe und den Waldgebieten im Norden gab es verschiedene Stämme, die Sprachen der altaischen Familie – einer Gruppe verwandter Sprachen, zu der heute Türkisch, Mongolisch und Koreanisch zählen – sprachen. Fast das ganze mittlere und südliche ostasiatische Festland wurde von den Angehörigen der sinitischen Sprachgruppe bewohnt. Von dieser Gruppe ist das Chinesische, das eine Sprachfamilie in sich bildet, am weitesten verbreitet, doch finden sich wichtige Untergruppen in Tibet, Burma und Indochina. Die dritte Hauptgruppe der Sprachen der Mongoliden wird

abwechselnd Austronesisch oder Malayo-Polynesisch genannt. Ihre Angehörigen haben die südliche Hälfte der Malaiischen Halbinsel und die Inseln Südostasiens bis im Osten nach Polynesien in Besitz genommen.

Den Grenzen der Sprachenkarte entsprechen Anzeichen für eine frühe kulturelle Differenzierung unter den Bewohnern Ostasiens in neolithischer Zeit. Die Waldgebiete im Norden wurden die Heimat von Jägergruppen, deren Sozialorganisation nach Stämmen gegliedert und matrilinear war. Die Steppen bewohnten Nomaden, deren Stammesorganisation sich in der Mehrzahl der Fälle auf patrilineare Erbfolge gründete. Die weite Ebene des Gelben Flusses ließ eine höher entwickelte Kultur entstehen, deren Basis der Anbau von Weizen und Hirse und die Gliederung der Gesellschaft in Dorfgemeinschaften war. Die frühen Bewohner des heutigen südlichen Mittelchina und der südlichen Küstengebiete brachten eine maritime Kultur hervor, die außerdem den Naßfeldreisbau zur Grundlage hatte. Auf den Inseln im Süden und Südosten schließlich fanden sich vorwiegend Gemeinschaften von Fischern – überaus geschickt im Bootsbau und mit einem Gesellschaftssystem, das durch die rituelle Trennung der Geschlechter gekennzeichnet war.

Für die Wanderungen von Völkergruppen auf dem asiatischen Festland haben wir bis in ziemlich späte Zeit wenig zuverlässige Beweise. Wir wissen jedoch, daß spätestens im zweiten Jahrtausend v. Chr. mit dem Auftreten einer Bronzekultur, die eine expansive Entwicklung der Herrschaft im Bereich des Gelben Flusses begünstigte, die chinesische Kultur einen beständigen Druck auf ihre Grenzen im Norden wie im Süden auszuüben begann. Dieser Druck sowie die regelmäßig auftretenden Kriege zwischen den Chinesen und den Stammesgruppen der Steppe und der Waldgebiete im Norden sollten unter den Völkern, die an der Peripherie des Kerngebiets der chinesischen Kultur ansässig waren, einen dauernden Impuls zur Wanderung erzeugen.

Wir dürfen also annehmen, daß die Besiedlung der japanischen Inseln in erster Linie als eine Folge der undeutlich erkennbaren Völkerverschiebungen auf dem Festland und weiter als Resultat kleinerer, örtlich begrenzter Wanderungen – vielleicht als Reaktion auf den Druck, der durch die Expansion des chinesischen Volkes erzeugt wurde – stattfand. Schließlich verringerte sich der Einstrom nach Japan bis auf gelegentliche sporadische Einwanderungen oder Flüchtlingszuzüge. Die Kenntnis der Zeit, des Ursprungs und der Zusammensetzung dieser für die Entwicklung bedeutsamen Völkerverschiebungen jedoch fehlt im wesentlichen noch, und wir sehen uns vor eine Reihe verwirrender Probleme gestellt.

Völlig ungelöst ist die Frage, ab wann die Japaner tatsächlich einen zusammenhängenden Volksverband bildeten. War es schon mit dem Auftreten der ersten Träger der neolithischen Kultur im sechsten oder siebten Jahrtausend v. Chr. der Fall, oder vollzog sich die Verbindung erst im dritten Jahrhundert n. Chr., nachdem jede der aufeinanderfolgenden Einwandererwellen wesentliche ethnische und kulturelle Elemente beigesteuert hatte? Ein weiteres großes Rätsel

ist die Identität der Ainu, einer Gruppe von Ureinwohnern, die heute aus etwa 15000 im äußersten Norden Japans lebenden Menschen besteht. Die früher allgemein akzeptierte Annahme, daß die Ainu – die als die Reste einer weit zurückliegenden proto-kaukasiden Einwanderungswelle angesehen werden – auch die Abkömmlinge der frühesten neolithischen Bevölkerung, die die gesamte Inselkette bewohnte, seien, ist sehr in Mißkredit geraten. Welche Rolle die Ainu aber in der japanischen Geschichte spielten, ist noch unsicher. Schließlich besteht eine größere Kontroverse darüber, ob für die Abkunft der Japaner unter den möglichen Vorfahren mongolider Rasse ausschließlich Volksgruppen, die aus dem Norden eindringen, d.h. die Altaisch sprechenden Stammesgemeinschaften, in Frage kommen oder ob ein wesentlicher Einfluß der Malaiisch sprechenden maritimen Gesellschaften nachweisbar ist. Denn während die Japaner in frühgeschichtlicher Zeit in ihrer Sprache, ihren Gesellschaftssitten und religiösen Vorstellungen überaus stark mit den Völkern Nordostasiens verwandt erscheinen, enthalten die japanische Kultur und Sprache doch beunruhigende Hinweise auf eine Einflußnahme aus dem Süden.

Sobald wir in die durch Keramikherstellung gekennzeichnete Kulturphase eintreten, sind die archäologischen Belege äußerst reichhaltig. Die Keramik kam in Japan vielleicht schon 4500 v. Chr. (möglicherweise sogar früher) in Gebrauch und ist mit einer Jäger- und Sammlerkultur verbunden, deren Reste in einem von den südlichen Ryūkyū-Inseln bis nach Nordjapan reichenden Gebiet gefunden wurden. Die Menschen dieser Kulturphase – die man am zutreffendsten als mesolithisch einstuft, da sie keinen Ackerbau trieben – lebten in den höher gelegenen Gebieten von Wild und Nüssen, entlang der Meeresküste von Fisch und Krustentieren. Als häufigster Beweis für ihr Auftreten finden sich Abfallhaufen – hauptsächlich Muschelhaufen –, die sie um ihre Siedlungen verstreut hinterließen. Glücklicherweise sind gelegentlich Überreste von Siedlungen, die Zeugnis ablegen von Gemeinschaften kleiner, versenkter Hüttenbehausungen, festgestellt und ausgegraben worden. Ihre Bewohner benutzten Stein- und Knochenwerkzeuge, darunter Angelhaken und Harpunenspitzen; sie hatten einen zusammengesetzten Bogen, ähnlich dem typisch japanischen Bogen in geschichtlicher Zeit, entwickelt; sie hatten offensichtlich den Hund domestiziert, und sie verfertigten eine Vielfalt handgeformter Keramik mit einem bemerkenswert kunstvollen Dekor. Von dieser Keramik erhielt die Bevölkerung den Namen Jōmon, ›Schnurmuster‹, da viele ihrer Arbeiten mit einem die ganze Fläche überziehenden schnurähnlichen Dekor ausgestattet sind. Die Archäologen setzen das Verschwinden der Jōmon-Keramik in Westjapan auf die Zeit um 250 v. Chr. an, aber im Norden hielten sich die Keramik und die sie begleitende Kultur weit länger, ehe sie endgültig von der nachfolgenden Welle einer höher entwickelten Kultur verdrängt wurden. Der beträchtliche chronologische und regionale Unterschied im Stil der Jōmon-Kultur bewog die Archäologen dazu, mehrere Stadien der geschichtlichen Entwicklung wie auch die Möglichkeit mehrerer unterschiedlicher

Einwanderungsströme anzunehmen. Was die Herkunft der Jōmon-Bevölkerung betrifft, so vermutete man allgemein, daß sie sehr eng mit der der Waldkulturen Nordostasiens und selbst Amerikas verwandt sei. Jōmon-Siedlungen waren Fundorte zahlreicher kleiner grotesker weiblicher Figurinen, und man glaubt, daß diese der Beweis für eine matrilinear begründete Gesellschaft sein könnten. Kürzlich haben Gelehrte behauptet, sie hätten verwandte Kulturen in Neuguinea und sogar Peru entdeckt. Sicher ist jedoch, daß die Jōmon-Leute mehrere Jahrtausende in Japan lebten und sich entwickelten und die Schöpfer eines der bemerkenswertesten Keramikstile wurden, die uns aus der Steinzeit bekannt sind. Im Reichtum des Dekors und in der Eigenart des Musters bleibt er unübertroffen.

Im dritten Jahrhundert v. Chr. brach ein Zustrom von Menschen, die einem überraschend anders gearteten kulturellen Typus angehörten, in die Jōmon-Kultur ein. Diese neuen Einwanderer, die nach dem Namen ihres Keramikstils als Yayoi bekannt sind, verstanden sich auf den Ackerbau und brachten die Methode des Naßfeldreisbaus mit. Ihr Kommen bedeutet eine völlige ethnische wie technologische Neuordnung. Wenn die Yayoi-Keramik auch nicht so bis ins Detail mit Dekor versehen war wie die Jōmon-Keramik, so war sie doch besser gefertigt; sie wurde auf der Töpferscheibe hergestellt und in einer größeren Vielfalt von Größen und Formen produziert. Die Yayoi-Bevölkerung gehörte eindeutig der mongoliden Rasse an. Sie stand unbestreitbar mit der höheren chinesischen Festlandskultur in Verbindung, von der ihre Ackerbaumethoden stammen könnten und auf die ihre frühe, weitgehend rituelle Verwendung von Bronzegegenständen zurückzuführen ist.

Ausgrabungen von Yayoi-Siedlungen, wie zum Beispiel die erstaunlich vollständige in Toro in der Präfektur Shizuoka, zeigen, daß diese Menschen in Dörfern, die aus dicht beieinander errichteten Hütten mit Lehmfußboden bestanden, lebten. Die Hütten waren aus Stroh, das über Gerüste aus hölzernen Pfosten und Balken gelegt wurde. Solche Dörfer konzentrierten sich in Flußniederungen oder in Küstenebenen, wo man Reisfelder, eingefast von einer Art Deich aus Pfählen und gespeist durch Bewässerungsgräben, anlegen konnte. Die Yayoi-Leute brachten in einer allerdings begrenzten Anzahl von Exemplaren das Pferd und das Rind mit. Ihre Werkzeuge waren hauptsächlich Ackerbaugeräte: hölzerne Hacken, Rechen und Spaten, Steinkeile und Erntemesser. Aber sie fertigten auch steinerne Pfeilspitzen und Geräte zum Fischfang an. Von Anfang an scheinen es die Yayoi-Leute verstanden zu haben, Eisen zu schmelzen und einfache Werkzeuge zu schmieden, und gelegentlich ist eine Hacke mit einer Eisenspitze versehen. Die Toten der Yayoi wurden mit mehr Prunk bestattet als die der Jōmon, die einfach an ihren Siedlungsstätten begraben wurden. Sie wurden in Stein- und Tonurnen an Begräbnisplätzen, die vom Dorf entfernt lagen, beigesetzt. Niedere, über den Gräbern aufgeschüttete Hügel scheinen die Sitte der Dolmenerrichtung, die zwischen dem dritten und sechsten Jahrhundert n. Chr. ihre Blütezeit hatte, anzukündigen.

Die Verbreitung der Yayoi-Kultur in Japan ging schnell vor sich. Von ihrem Ursprungsgebiet Nordkyūshū erreichte sie gegen Ende des ersten Jahrhunderts v. Chr. wahrscheinlich die Kantō-Ebene. Jenseits der Kantō-Zone jedoch entstand eine deutliche Grenze zu der Restbevölkerung der Jōmon, denen die Japaner den Namen Emishi oder Ezo gaben; eine Grenze, die bis zum neunten Jahrhundert nicht völlig ausgelöscht wurde. Obwohl nun die beiden Kulturen verschieden waren und von Volksgruppen sich deutlich voneinander abhebender ethnischer Zusammensetzung getragen worden zu sein scheinen, braucht man doch nicht anzunehmen, daß sie unter Gewaltanwendung aufeinandertrafen, denn es scheint eine beträchtliche Durchdringung stattgefunden zu haben, die regionale Abwandlungen der vorherrschenden Kulturformen der Yayoi entstehen ließ.

Wenn wir sagen, daß wir keine klaren Zeugnisse für die ursprüngliche Herkunft des Yayoi-Volkes haben, so wollen wir damit nicht leugnen, daß es Anzeichen dafür gibt, daß es von Südkorea nach Japan kam, oder daß für die allgemeinen Ursachen einer solchen Wanderung bestimmte Vermutungen bestehen. Denn das dritte und zweite Jahrhundert v. Chr. waren in Ostasien eine bewegte Zeit. Die großen Kriege, die das chinesische Reich im Jahre 221 v. Chr. zum Ch'in-Imperium einten, hatten beinahe zweihundert Jahre lang gewütet und waren von ständigen Kämpfen gegen die Nomadenstämme im Norden begleitet gewesen. Die Einheit des Reiches hatte es mit sich gebracht, daß chinesische Armeen sogar noch weiter, nach Nordkorea, vorgedrungen waren, und als Folge davon hatten chinesische Einwanderer sich in diese Richtung in Bewegung gesetzt. Die nachfolgende Han-Dynastie fiel in die koreanische Halbinsel tatsächlich ein: sie besiegte im Jahre 108 v. Chr. den Staat Ch'ao Hsien und gründete eine Reihe von Han-Präfekturen, die um Lo-lang als politisches und kulturelles Zentrum der Kolonie gruppiert waren. Somit trug die Periode der Einigung und Expansion Chinas unter den Ch'in- und Han-Kaisern zu neuen Völkerverschiebungen entlang den sich ausweitenden Grenzen bei und sandte neue Wellen kultureller Einflußnahme aus, die sowohl Korea wie Japan berührten.

Diese Entwicklungen auf dem Festland spiegeln sich nicht nur in der eigentlichen Wanderung des Yayoi-Volkes, sondern auch in seiner darauffolgenden kulturellen Entfaltung. In Siedlungsstätten der Yayoi aus späterer Zeit finden sich zahlreiche chinesische Gegenstände wie Bronzemünzen und -spiegel aus der frühen Han-Dynastie (202 v. Chr. – 9 n. Chr.), und der Einstrom dieser Dinge hielt viele Jahrhunderte an. Ehe jedoch zweihundert Jahre verstrichen waren, begann das Yayoi-Volk selbst, Bronzeartefakten zu gießen, deren Formen und Verwendungszwecke nur entfernt mit denen möglicher festländischer Vorbilder verwandt waren. Besonders eigentümlich waren große Bronze-›Glocken‹ und breite, dünne ›Waffen‹ zum Zeremonialgebrauch, wie Speere, Schwerter und Hellebarden. Das Gießen von Waffen, die als *dōboko* bekannt sind, herrschte in Nordkyūshū und dem Gebiet der Inlandsee vor; Glocken, *dōtaku* genannt, wurden überwiegend am Ostende der Inlandsee und

weiter nach Osten zu gefunden. Zwar sind in Korea Bronzewaffen entdeckt worden, und Bronzeglocken waren in China verbreitet; doch waren diese Dinge Gebrauchsgegenstände, während in Japan beide Arten von Bronzegüssen ganz und gar nicht zum praktischen Gebrauch dienten und nur zu symbolischen Zwecken verwendet worden zu sein scheinen. Ob die Einwohnerschaft der beiden Gebiete, die durch Unterschiede in den Bronzeartefakten gekennzeichnet sind, Verschiedenheit in ihrer Herkunft oder ethnischen Zusammensetzung zeigt, läßt sich nicht sicher feststellen; es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß die Yayoi-Bevölkerung aus vielen, möglicherweise in Stämmen zusammengeschlossenen Untergruppen bestand, die manchmal im Streit miteinander lagen.

Auch für aufeinanderfolgende kulturelle Veränderungen im dritten und vierten Jahrhundert n. Chr. liefern die archäologischen Zeugnisse in Japan die Belege. Um die Mitte des dritten Jahrhunderts begannen Angehörige der herrschenden Yayoi-Führungsschicht in dem hochentwickelten Gebiet am Ostende der Inlandsee, der Gegend der Yamato-Ebene, gewaltige Erdhügel als Grabmäler zu errichten. Innerhalb eines weiteren halben Jahrhunderts hatte sich diese Sitte westwärts nach Nordkyūshū ausgebreitet, wobei sie sich genau entgegengesetzt zu der Richtung bewegte, die bis dahin gewöhnlich die Verbreitung technischer Neuerungen gekennzeichnet hatte. Die großen Tumuli, von japanischen Gelehrten als *kofun* bezeichnet, waren oft eindrucksvolle Bauten – gewaltiger im Umfang als die ägyptischen Pyramiden. Der größte unter ihnen, das Grabmal Nintokus, ist heute etwa 470 Meter lang und über 30 Meter hoch. Es wurden Grabmäler unterschiedlicher Form gebaut, rund oder quadratisch, aber die eigentümlichste Gestaltung war die ›Schlüsselloch‹form, die in anderen Kulturen, die Hügelgräber errichteten, kein Gegenstück zu haben scheint. Das Auftreten dieser Hügelgräber ist als Kennzeichen für den Beginn einer dritten, klar sich abzeichnenden Periode prähistorischer Entwicklung in Japan gewertet worden, der die Archäologen den Namen ›Hügelgrab-(*kofun*-)Kultur‹ beigelegt haben. Solche Hügelgräber baute man bis ins siebente Jahrhundert; dann wurde unter dem Einfluß des Buddhismus die Sitte aufgegeben.

Die Tumuli des dritten bis sechsten Jahrhunderts sind buchstäblich Schatzkammern für denjenigen, der Aufschluß über das Leben und die Gebräuche der japanischen Führungsschicht der damaligen Zeit erhalten will. In die großen Hügel wurden Ganggräber oder geräumige megalithische Kammern getrieben, in die der Leichnam des Verstorbenen gelegt wurde. Dem Toten wurden Gegenstände verschiedenster Art, von Symbolen des Reichtums und der Macht wie Spiegel, Kronen oder Edelsteinketten bis zu Dingen des täglichen Gebrauchs wie Schwerter, Rüstungen, Zaumzeug, Keramikgefäße, Ackerbaugeräte und ähnliches beigegeben. Außerhalb des Grabmals wurden Keramikzylinder, denen Keramikfigurinen, *haniwa* genannt, aufgesetzt waren, in Reihen um die Böschung der Hügel aufgestellt. Diese Figuren geben den deutlichsten Einblick in die Lebensweise der Erbauer dieser Grabmäler. Hier

finden sich Männer in der eng geschnittenen wattierten Kleidung, die typisch für die nomadischen Reitervölker des Nordens ist. Sie schützten sich mit Stäbchenpanzern und Helmen, trugen lange Eisenschwerter und lange, reflex geschwungene Bogen. Ihre Pferde waren sorgfältig gezäumt und mit Steigbügeln ausgerüstet. Sie schmückten sich mit *magatama*, Krummjuwelen (in Kommaform), und manchmal durch Tatauierung. Die Art, wie ihre Häuser, die jetzt vom Erdboden verschwunden sind, mit schwerem Stroh gedeckt waren, erinnert etwas an die heutigen Bauernhäuser in Japan. Daß sie in zunehmendem Maße Eisen für Ackerbaugeräte verwendeten, deutet auf einen beträchtlichen Fortschritt in den Anbaumethoden hin; ihre Keramik war in der Form der Yayoi-Ware ähnlich, bestand aber aus einer viel härteren und bei höheren Temperaturen gebrannten bläulichen Ware, bekannt unter der Bezeichnung *sue*, und wurde in technisch vollkommeneren und vielfältigeren Formen verarbeitet. Die Hügelgrabfunde geben deutlich Zeugnis von einer Klasse von Krieger-Aristokraten, die die Macht besaßen, über eine Landbevölkerung zu herrschen, die aus Yayoi-Dorfbewohnern bestand, und die von den landwirtschaftlichen Erzeugnissen des Gebiets lebten.

Die Hügelgräber und ihre Erbauer geben uns ein weiteres Rätsel auf. Wurde die Hügelgrab-Periode in Japan von einer erneuten Welle festländischer Eindringlinge – vielleicht tungusischer Männer der nördlichen Steppe, die durch den Zusammenbruch des Han-Imperiums zur Wanderung bewogen worden waren – herbeigeführt? Ritten diese Eindringlinge, versehen mit ihren Eisenschwertern und ihrer überlegenen Rüstung, die koreanische Halbinsel hinab und unterwarfen dann die Yayoi-Bewohner Japans, indem sie ihnen eine neue Form autokratischer Regierung aufzwangen? Es gibt viele Anzeichen für eine enge Verbindung zwischen der Hügelgrabkultur und Korea. Hügelgräber ähnlich den in Japan errichteten finden sich auch in Korea – die Schlüsselloch-Form jedoch ausgenommen. *Magatama* finden sich in den goldenen Kronen von Silla. Aber solche Ähnlichkeiten zeigen zwar eine Kulturverwandtschaft an, beweisen jedoch keine ethnische Wanderung. Und die Hügelgrabkultur kann tatsächlich als eine Entwicklungsphase der Yayoi-Kultur selbst erklärt werden, durch Kontakt mit dem Festland sicherlich bereichert, aber nicht durch Eroberung umgestaltet.

Es gibt eine Anzahl von bewiesenen Tatsachen, die die Theorie der eigenständigen Entwicklung zu unterstützen scheinen. Zuerst wollen wir uns ins Gedächtnis zurückrufen, daß die frühesten Tumuli in Zentraljapan gefunden wurden, nicht in Kyūshū, wo eine Angreiferschar ihren Eroberungszug begonnen hätte. Außerdem hat sich gezeigt, daß die ersten Hügelgräber hauptsächlich Gegenstände im Yayoi-Stil enthielten. Erst vom vierten Jahrhundert ab weisen die *kofun* neue Dinge festländischen Ursprungs auf. Wie wir später feststellen werden, sah das vierte Jahrhundert die endgültige Auflösung der Han-Kolonie Lo-lang und die Gründung der drei frühen koreanischen Reiche Koguryo, Paekche und Silla. Geschichtliche

Überlieferungen bezeugen die Teilnahme des japanischen Volkes an den Kriegen zwischen diesen Reichen und die Gründung einer japanischen Kolonie – bekannt unter dem Namen Mimana – in Südkorea Mitte des vierten Jahrhunderts. Man kann annehmen, daß die Veränderung im Charakter der Hügelgrabkultur die Folge davon war, daß Japaner nach Korea vorgedrungen waren und die japanischen Führer, deren Machtzuwachs zu Hause wie im Ausland durch die zunehmende Größe der gewaltigen Tumuli zur Schau gestellt wurde, sich daraufhin dem festländischen Einfluß gegenüber zugänglich zeigten.

Wir haben inzwischen von dem japanischen Volk zu sprechen begonnen, so als ob das Problem seiner Identität gelöst sei, und bestimmt war es das zur Zeit der Erbauer der Hügelgräber. Wir müssen jedoch zu der Frage der rassischen Zusammensetzung zurückkehren, mit der wir dieses Kapitel begannen. Wann traten die Japaner als eindeutig feststellbare Volksgruppe auf? Waren die Jōmon-Leute direkte Vorfahren der heutigen Japaner? Einige japanische Gelehrte haben behauptet, daß es Beweise für einen Jōmon- Körperbautypus gebe, der dem japanischen ähnlich genug sei, um eine solche Hypothese zu rechtfertigen. Wie die ethnische Verwandtschaft jedoch auch sein mag – es ist offenkundig, daß die Jōmon-Kultur verschwand, ohne der späteren Lebensweise der Japaner ein wesentliches Element hinzuzufügen, ausgenommen vielleicht bestimmte Sprachrelikte und natürlich genetisches Erbgut, wie etwa recht kleiner Wuchs und ziemlich starke Körperbehaarung. Mit den Yayoi- Leuten verhält es sich anders; sie sind – was allgemeinen Körperbautypus, Kultur und Sprache betrifft – sehr viel offensichtlicher Vorfahren der Japaner von heute. Glottochronologische Betrachtungen deuten darauf hin, daß sich die japanische Sprachgemeinschaft von der von Okinawa vor etwa achtzehn- oder neunzehnhundert Jahren trennte. Ein solcher Zeitpunkt scheint mit der chronologischen Entwicklung in Einklang zu stehen und zu der Periode zu passen, während der die gemeinsamen Yayoi-Vorfahren der Japaner und der Okinawa-Leute in ihre Heimatgebiete wanderten und dann die Verbindung miteinander verloren. Somit waren an der Wende zur geschichtlichen Zeit in Japan, in der Ära der Erbauer der großen Hügelgräber, die Yayoi-Leute zu dem historischen japanischen Volk geworden; wie stark dabei die Verschmelzung mit der Jōmon-Bevölkerung war und in wie großem Umfang später über Korea Eingewanderte Aufnahme fanden, wissen wir freilich nicht.

Fußnoten

1 Es handelt sich bei diesen um Geröllsteine oder Steinbrocken, die an einer Seite roh zugeschlagen wurden, so daß eine Arbeitskante entstand. Diese Geräte wurden ähnlich wie Faustkeile verwendet. (Anm. d. Übers.)

4. Das Werden des frühen japanischen Staates

Wir müssen nun versuchen, vor dem archäologischen Hintergrund, den wir gerade überblickt haben, die Hauptzüge der Entstehungsgeschichte des ersten geeinten Staatswesens auf den japanischen Inseln herauszuarbeiten. Die schriftliche Überlieferung ist dürftig und in entscheidenden Punkten unzuverlässig. Die Kunst des Schreibens wurde ziemlich spät nach Japan gebracht: die ältesten erhaltenen Inschriften finden sich auf Schwertern und Spiegeln des fünften und sechsten Jahrhunderts, und die ältesten Werke geschichtlichen Inhalts, die noch existieren, wurden erst im achten Jahrhundert niedergeschrieben. Aber wenn auch die beiden frühesten Geschichtsdarstellungen Japans, das *Kojiki* (›Bericht über alte Begebenheiten‹), das im Jahre 712, und das *Nihon shoki* (›Japanische Annalen‹), das im Jahre 720 kompiliert wurde, offensichtlich sehr viel Mythisches, Legendäres und sogar absichtlich Erfundenes enthalten, so stützten sie sich doch auch auf einigermaßen verlässliche geschichtliche Erinnerungen und genealogische Überlieferungen, und Berichte über Ereignisse nach dem fünften Jahrhundert fußten, wo es möglich war, auf schriftlichen Aufzeichnungen. Außerdem gibt es von den Chinesen und Koreanern auf uns gebrachte Geschichtsdarstellungen, an denen die japanischen Chroniken überprüft werden können.

Als die japanische Regierung im Jahre 1940 unter großer öffentlicher Anteilnahme den 2600. Jahrestag der ›Gründung‹ des japanischen Staates feierte, folgte sie hierbei buchstabengetreu der Chronologie des *Nihon shoki*, das die Thronbesteigung des ersten japanischen ›Kaisers‹ auf das Jahr 660 v. Chr. festlegte. Die Jahreszahl war eine offensichtliche Fiktion, zu der man durch Zurückrechnen mittels eines historischen Zyklussystems gelangt war, das aus China eingeführt worden war. Heute stimmen die Historiker darin überein, daß die politische Einigung in Japan mit größerer Wahrscheinlichkeit gegen Ende des dritten oder zu Anfang des vierten Jahrhunderts n. Chr., an dem entscheidenden Wendepunkt zwischen der Yayoi- und der *kofun*-Kultur, erreicht wurde. Eine solche Annahme scheinen nicht nur die chinesischen Überlieferungen zu bestätigen, sondern es hat den Anschein, als werde sie durch Ereignisse auf dem Festland erhärtet. Das Ende der Han-Kolonie Lo-lang im Jahre 313 n. Chr. war ebenso sehr durch den Druck, den die sich erstmals formenden koreanischen Staaten im Wettstreit miteinander ausübten, wie durch die Abnahme der chinesischen Unterstützung herbeigeführt worden. Danach kämpften die drei einheimischen koreanischen Königreiche untereinander, wobei sie gleichzeitig ihre Herrschaft über ihre eigenen Gebiete festigten. Politische Einigung lag in der Luft. Und wie wir gesehen haben, sollten die Japaner bald in koreanische Angelegenheiten verwickelt werden, nachdem sie in ihrem eigenen Land einen bestimmten Grad von Einigkeit erreicht hatten. Ein im Jahre 414 für den König von Koguryo am Ufer des Yalu errichteter Gedenkstein besagt, daß die Japaner im Jahre 391 n. Chr. nach Korea hinüberfuhren und die Heere von Paekche und Silla besiegten.

Eine Erwähnung Japans findet sich in chinesischen Geschichtsdarstellungen bereits im ersten Jahrhundert v. Chr., der Zeit, in der das *Han shu* das Reich ›Wa‹ als aus hundert oder mehr ›Ländern‹, von denen einige Tribut an den chinesischen Hof entrichteten, bestehend schildert. Der Name Wa, der vielleicht Zwerg bedeutet, sollte bis weit in geschichtliche Zeit hinein die Bezeichnung der Chinesen und Koreaner für die Japaner bleiben. Andere chinesische Berichte geben darüber Auskunft, daß während der zweiten Hälfte des zweiten Jahrhunderts n. Chr. allgemeiner Krieg in Japan herrschte. Die vollständigste aller frühen Beschreibungen Japans findet sich im *Wei chih*, einem chinesischen Geschichtswerk, das vor dem Jahre 297 n. Chr. kompiliert wurde. Es enthält Informationen über Japan – vermutlich von Beamten oder Kaufleuten, die das Land besucht hatten – und schildert den Weg nach Japan und zu einigen seiner Herrschaftszentren, wobei es das Land Yamatai, das von einer unverheirateten Königin namens Himiko regiert wurde, erwähnt.

Der Wei-Bericht beschreibt eine wohlgeordnete Gesellschaft mit strikten Rangunterschieden, in der Hochachtung gegenüber sozial Höhergestellten dadurch gezeigt wurde, daß man sich am Straßenrand niederkauerte. Die Menschen waren dem Trunk zugetan, nahmen es jedoch mit der Wahrung der Gesetze genau. Sie wandten Divination und verschiedene Praktiken zur rituellen Reinheit an. Innerhalb der ›Länder‹ gab es Beamte, und es wurden Steuern erhoben. Einige ›Länder‹ hatten Könige, andere Königinnen – ein Umstand, der andeuten könnte, daß sich die Führungsschicht zu dieser Zeit in einem Übergangsstadium vom Matriarchat zum Patriarchat befand.

Unglücklicherweise sind die geographischen Angaben im *Wei chih* ungenau oder entstellt, so daß die Lage Yamatais und die Identität Himikos nicht sicher zu bestimmen sind. Japanische Historiker hat der Gedanke fasziniert, daß Yamatai möglicherweise ein Hinweis auf Yamato, das alte Kerngebiet Zentraljapans, und Himiko vielleicht eine Wiedergabe von Himeko, ›Sonnenprinzessin‹ ist – ein Titel, der später von Mitgliedern der japanischen Herrscherfamilie geführt wurde. Die Geschichte von Himiko enthält weitere irritierende Einzelheiten. Das *Wei chih* berichtet nämlich, daß sich die Könige in Japan unter der Führung Himikos zusammenschlossen, um dem Krieg unter den einzelnen Ländern ein Ende zu machen. Die Königin lebte als Priesterin und regierte vermöge geistlicher Macht, und als sie starb, wurde über ihr ein gewaltiger Grabhügel aufgehäuft. Die Tatsache, daß das japanische Herrscherhaus seine Herkunft von einer schamanistisch verstandenen Sonnengöttin ableitete und daß die Ära der Erbauer der großen Hügelgräber damals gerade anbrach, kann an diesem Punkt nur die Phantasie anregen. Die Verbindung zwischen den chinesischen Berichten und den legendären japanischen Erzählungen ist zu schwach, um mehr als Spekulationen zu erlauben. Dennoch bleibt eine Grundtatsache bestehen: von welcher Seite wir die Übergangsperiode von der Yayoi-Kultur zu der der Erbauer der Hügelgräber und von der Zeit kriegführender Gruppen zu der allgemeiner Einheit auch

betrachten – unsere Aufmerksamkeit wird stets auf die Geschichte des japanischen Landes selbst gelenkt.

Verglichen mit den anderen Mythologien der Welt scheinen die legendären Berichte, die am Anfang der Schilderung der japanischen Geschichte stehen, primitiv zu sein und der Abwechslung und der phantasievollen Einzelheiten zu entbehren. Es gibt keine Kulturhelden und auch keine Gottheiten, die in der Höhe thronen, um die Geschicke der Menschen zu lenken. Das Problem der Schöpfung wird in schlichter und naiver Weise abgetan, worauf sich die legendären Erzählungen hauptsächlich mit der Identität der Ahnen und den Genealogien der Herrscherfamilien der frühen geschichtlichen Zeit zu befassen scheinen. Die Berichte, wie sie im *Kojiki* und *Nihon shoki* niedergelegt sind, sind offensichtlich Versuche, aus einer Anzahl von Mythenkreisen eine zusammenhängende Erzählung zu gestalten, und der Volkskundler kann in ihnen verschiedene Stufen der menschlichen Entwicklung und verschiedene Gegenden erkennen, was vielleicht etwas über die Wanderung der frühen Vorfahren der Japaner aussagt.

Die Mythen beginnen mit der Trennung von Himmel und Erde. Ohne nähere Erklärung entstehen dann zwei Gottheiten, Bruder und Schwester, mit Namen Izanami und Izanagi, die die japanischen Inseln schaffen, indem sie Landstücke wie Fische heraufziehen. Als nächste werden die Gottheiten des ›Gefildes des Hohen Himmels‹ (Takamagahara), eines Landes jenseits des Ozeans und über dem Wohngebiet der Menschen, geboren. Unter ihnen befinden sich Amaterasu Ōmikami, die Sonnengöttin, und ihr Bruder Susa-no- o-no-Mikoto, ein Gott der Stürme und der Gewalttätigkeit. Diese Gottheiten erzeugen zusammen die nächste Gruppe von Gottheiten, die die Vorfahren der wichtigsten Sippenverbände zu sein scheinen, die später als Teilnehmer an dem Kampf um die Macht in Japan auftreten. Wir finden hier in den weitgehenden und verwickelten genealogischen Details und dem gelegentlichen Lokalkolorit, das die japanischen Mythen enthalten, deren Hauptmerkmale veranschaulicht.

Die späteren Kapitel des mythischen Berichtes befassen sich mit verschiedenen Zyklen, konzentrieren sich jedoch auf drei Hauptgebiete: Nordkyūshū, Izumo am Japanischen Meer und Yamato. Das erste und das letzte dieser Gebiete sind mit Amaterasu verbunden, während Izumo die Heimat der Nachkommen Susa-no-os ist. Die Geschwister erscheinen in ständigem Zwist. Die Schwester verhält sich in vieler Hinsicht wie ein typischer schamanistischer Stammesführer: sie kleidet sich wie ein Krieger, wendet magische Kräfte an und besitzt Machtsymbole wie einen Bronzespiegel und ein Halsband aus Krummjuwelen. Und sie ist es, die die Ahne des bedeutendsten Herrschergeschlechtes auf der Erde, eines als das *tenson*, ›Sonnengeschlecht‹, bekannten Familienverbands, wird. Analog wird Susa-no-o Vorfahre des Izumo-Herrschergeschlechtes. Schließlich wird der Kampf zwischen den Gottheiten auf die Erde verlegt. Amaterasu sendet ihren Enkel, Ninigi-no-Mikoto, von Takamagahara hinab, nachdem sie ihm ›drei Schätze‹ als Symbole seiner Macht geschenkt hat. Er wird

von zahlreichen Krieger- und Dienerscharen, die sein Gefolge bilden, begleitet. Er wird in Kyūshū ansässig. Zwei Generationen später verläßt Ninigis Enkel Kamu Yamato Iware Hiko Kyūshū und erkämpft sich seinen Weg die Inlandsee hinauf, um Yamato zu besetzen. Dort errichtet er seinen Regierungssitz und wird als Japans erster ›Kaiser‹, Jimmu (›Göttlicher Krieger‹), anerkannt. Jimmus Nachfolger eroberte in kurzer Zeit Izumo und andere noch unbefriedete Teile Japans und brachte damit den Prozeß der Staatsbildung zum Abschluß.

Hier also, durch die archäologischen Zeugnisse, die chinesischen Annalen und die japanische legendäre Geschichte hindurch, sehen wir sich die Gründung des ersten japanischen Staates abzeichnen. Man ist sich nicht darüber einig, wieviel von dem mythischen Bericht ernstgenommen werden darf, doch scheinen sich seine Hauptaussagen in dem Maße zu bestätigen, in dem weitere Zeugnisse aus anderen Quellen zusammengetragen werden. Natürlich sind der Name Jimmu und die Vorstellung von einem regierenden Kaiser spätere Erfindungen japanischer Geschichtsschreiber, die es China gleichzutun suchten. Verschiedene Historiker haben auch die Geschichtlichkeit Jimmus selbst und seinen Feldzug nach Osten angezweifelt. Unumstritten ist jedoch das Auftreten eines mächtigen Familienverbandes in Yamato, der von dem Oberhaupt des Sonnengeschlechtes geführt wurde. Hier lag wirklich der Ursprung der ersten politischen Hegemonie in Japan, die über das, was wir als den Yamato- Staat bezeichnen können, herrschte.

Bis jetzt waren wir bestrebt, die Entstehung des Staates Yamato aus Zeugnissen, die dem Prozeß der politischen und institutionellen Integration selbst im Grunde fernstanden, deutlich zu machen. Es ist jedoch ebenfalls möglich, das Geschehen von innen heraus zu rekonstruieren, indem wir auf unseren Kenntnissen über die Struktur der primitiven japanischen Gesellschaft und den Konsolidierungsprozeß, den sie durchmachte, aufbauen. Wie wir gesehen haben, wiesen die chinesischen Quellen auf die scharfe Trennung zwischen den Herrscherfamilien und dem gewöhnlichen Volk hin. Eine sorgfältige Analyse der japanischen Aufzeichnungen durch japanische Historiker und Soziologen hat uns einem Verständnis der Yayoi- und *kofun*-Gesellschaftsordnung wesentlich nähergebracht. Über die strukturellen Verhältnisse wissen wir zunächst, daß sich das Gemeinwesen aus drei Typen von Gesellschaftsgruppen, *uji*, *be* und *yatsuko*, zusammensetzte.

Die erste von ihnen wird im allgemeinen mit ›Clan‹ übersetzt, obwohl ›Sippenverband‹ wahrscheinlich passender ist. Die *uji* waren bestimmt keine Clans im soziologischen Sinn, d.h. exogame Untergruppen eines Stammes. Sie waren ziemlich große Familienverbände, durch wirkliche oder fiktive Blutsbande mit einem Haupt-Ahnengeschlecht verbunden und durch die patriarchalische Macht des Sippenoberhauptes zusammengehalten. Sie bildeten die charakteristischen Einheiten, in die die Oberschicht gegliedert war. Da sie der Oberschicht zugehörten, besaßen die Mitglieder der *uji* Familiennamen und trugen Ehrentitel. Innerhalb der *uji* bekannten sich die Mitglieder zu der

Abstammung von einem gemeinsamen Vorfahren, dem *uji-gami*, und gehorchten dem Oberhaupt des bedeutendsten Hauses der Hauptsippe, das die Stellung eines *uji-no-kami*, eines ›Sippenältesten‹, einnahm. Der *uji*-Älteste fungierte, da er als direkter Nachkomme der *uji*-Gottheit angesehen wurde, sowohl als patriarchalisches Oberhaupt als auch als oberster Priester bei der Leitung der Zeremonien zur Verehrung der Gottheit. Seine Macht war also eine ererbte wie priesterliche; sie wurde in bestimmten Symbolen, einem Spiegel, Pfeil oder Juwel, übertragen.

Als Herrscherschicht waren die *uji* auf eine tragende Unterschicht von gewöhnlichen Arbeitern angewiesen. Diese stellten die *be* oder Arbeitergemeinschaften dar, die sich nach Orten oder Beschäftigungen bildeten. Die Mitglieder der *be* waren bis zu einem gewissen Grad unfrei, da sie an den Dienst bei übergeordneten *uji* gebunden waren. Wie die *uji* schufen sie sich ein gemeinsames religiöses Zentrum: dazu diente eine Lokalgottheit (*ubusuna-gami*) oder der *uji-gami* der betreffenden Familie, der sie untertan waren. Die meisten *be* waren Ackerbau treibende Gemeinschaften, die Reis für sich und ihre Herren anbauten. Andere jedoch spezialisierten sich auf bestimmte Dienstleistungen wie Weben (Hatabe), Keramikherstellung (Suebe), Fischfang (Ukaibe), Bogenherstellung (Yugebe) oder auf persönliche Aufgaben wie Kriegsdienst oder Tätigkeit als Diensthote. Die dritte Gesellschaftsklasse dieser Zeit, *yatsuko*, bestand aus Sklaven, die in der Hauptsache *uji*-Haushalten angehörten. Man nimmt an, daß alles in allem die Sklaven vielleicht fünf Prozent der Bevölkerung ausmachten. Sie wurden zumeist als Diensthoten verwendet, und es spricht wenig dafür, daß sich die Japaner auf ein System stützten, in dem große Sklaventrupps wesentliche wirtschaftliche Aufgaben erfüllten. Während der Jahre, in denen die Yamato-Hegemonie Gestalt annahm, bestand also die gesellschaftliche Grundeinheit, die politische und militärische Macht besaß, aus dem *uji* mit seinen ihm Gefolgschaft leistenden *be* und seiner ihm zugehörigen Dienerschaft. Mit der Zeit wurden einige *uji* recht mächtig und gewannen so Kontrolle über benachbarte *uji*: sie gliederten kleinere Familien in ihrem Machtbereich größeren, umfassenderen regionalen Hegemonien ein. Auf solche Weise entstanden die lokalen politischen Gemeinwesen im frühen Japan. In der Zeit nämlich, als *uji*-Verbände, zusammengeschlossen unter dem Oberbefehl starker Führer, die Konturen der zahlreichen kleinen Gebiete, in die Japans gebirgiges Gelände zerfällt, auszufüllen begannen, können wir die Anfänge der kleinen politischen Einheiten, die die Chinesen als ›Länder‹ bezeichneten, erkennen. Die »hundert oder mehr Länder«, die von den Geschichtsschreibern der Han festgestellt worden waren, waren also solche lokalen Zusammenballungen von *uji*. Zuerst waren sie vermutlich voneinander unabhängig. Bald jedoch wurden geographisch ausgedehntere Koalitionen gebildet, und diese wiederum warteten nur darauf, daß eine überlegene Macht Anspruch auf sie erhebe, um unter eine einzige Herrschaft gebracht zu werden.

Der Aufstieg der Sippenältesten des Sonnengeschlechtes zur Macht in Yamato vollzog sich auf solche Weise. Zunächst als Spitzen einer kleinen lokalen Hegemonie, dann als vorherrschende Macht in Zentraljapan, vergrößerten die Sippenältesten ihren Einfluß, indem sie die umwohnenden *uji* zur Unterwerfung zwangen oder sich ihrer Loyalität versicherten und sie einer Familienorganisation von wachsender Bedeutung und Stärke eingliederten. Durch militärischen Sieg, Assimilation infolge von Heirat und ihren Anspruch auf höhere geistliche Gewalt, den sie von dem Ansehen der Sonnengöttin ableiteten, erreichten die Angehörigen des Sonnengeschlechtes eine Position, von der aus sie die Oberherrschaft über ganz Japan beanspruchen konnten. Es ist interessant festzustellen, daß sich der Aufstieg der ›Dynastie‹ des Sonnengeschlechtes in einer Weise vollzog, die der Gründung der Kaiserdynastien in China ganz unähnlich war. Er resultierte nicht aus der massiven Eroberung des Landes durch eine einzelne überlegene Streitmacht und der darauffolgenden Errichtung einer starken, zentralisierten Regierung, sondern zeichnete sich vielmehr langsam ab, als ein *uji*-Verband sich Schritt für Schritt seinen Weg an die Spitze der Herrscherfamilien in Japan erkämpfte. Sicherlich wandten die Oberhäupter des Sonnengeschlechtes in diesem Ringen Militärgewalt an, aber soweit möglich bedienten sie sich auch des Mittels der Aussöhnung und der Diplomatie, indem sie die Loyalität feindlicher *uji* aufgrund ihres höheren priesterlichen Machtanspruches zu gewinnen suchten. Rivalen wurden deshalb meistens nicht ausgeschaltet, sondern statt dessen eingegliedert, so daß ein politisches Gleichgewicht entstand, über das der Sippenälteste als Oberherr und Friedensstifter wachte. Die daraus resultierende politische Struktur entsprach den Japanern in besonderem Maße, und es ergab sich ein Verhaltensmuster, das in der japanischen Geschichte viele Male wiederkehren sollte.

Nachdem die Yamato-Hegemonie einmal begründet war, begann sie bestimmte strukturelle Merkmale zu entwickeln. An der Spitze der Hierarchie der Mächtigen stand der Älteste des bedeutendsten Hauses der Sonnensippe. Ein lockerer Verband nah miteinander verwandter Familien um ihn herum bildete den eigentlichen *uji* des Sonnengeschlechtes. Den herrschenden *uji* stützte eine große Zahl von Gefolgschafts- oder, wie wir sagen könnten, ›Vasall‹-*uji*, die allgemein als *miyatsuko* bekannt sind. (Da einige dieser Gefolgschafts-*uji* Familiennamen trugen, die auf die Silbe *be* endeten, können wir vermuten, daß sie entweder *be*-Verbände, die dem Herrscherhaus angegliedert waren, überwachten oder vielleicht ursprünglich selbst die Spitzen von *be*-Gemeinschaften waren.) Diese direkten Vasallen des Oberhauptes von Yamato wurden, wenn sie für Aufgaben beruflicher Art, wie militärische, priesterliche und handwerkliche Dienstleistungen, verantwortlich waren, als *tomo-no-miyatsuko* eingestuft; wenn sie als Repräsentanten eines Gebietes fungierten, wurden sie als *kuni-no-miyatsuko* bezeichnet.

Der Verband des Sonnengeschlechtes mit seinen Vasallen und Gefolgsleuten (um die Terminologie des Feudalismus nur andeutungsweise zu verwenden) operierte auf einer Basis ausgewogener politischer und militärischer Macht. Auf der einen Seite wurde das Gleichgewicht durch eng mit ihm verbundene Zweig-*uji*, klassifiziert als *kōbetsu*, und auf der anderen Seite durch eine weitaus größere Gruppe einstmals unterworfenen, nun jedoch verbündeter *uji*, eingestuft als *shimbetsu*, gewahrt. Wenn wir auch annehmen dürfen, daß im Stadium der Gründung die treibende Kraft bei der fortschreitenden Einigung Yamatos das Zusammenwirken der Angehörigen des *uji* des Sonnengeschlechtes, seiner Zweigfamilien und seiner Vasallen war, so baute diese Gruppe doch zu keiner Zeit eine überwältigende Militärmacht im Lande auf. Dadurch kam in die Staatsstruktur das Element der Bündnispolitik und des Vergleichs, und Familien, die den unterworfenen *shimbetsu* angehörten, wurden ein genauso wesentlicher Faktor für das Gleichgewicht wie diejenigen, die auf der anderen Seite standen. Somit schuf das subtile Spiel wettstreitender Interessen zwischen den verschiedenen *uji*-Verbänden, über denen das Oberhaupt von Yamato als Friedensstifter fungierte, eine dynamische Spannung, die dem Staatsgefüge Festigkeit gab und das Sonnengeschlecht tatsächlich davor bewahrte, jemals aus seiner höchsten, Frieden stiftenden Stellung vertrieben zu werden.

Natürlich gab es noch andere Stabilisierungsfaktoren in der Staatsstruktur Yamatos. Sooft es möglich war, wurde die gesamte Hierarchie der Mächtigen durch tatsächliche oder vorgebliche Familienbande zusammengeschmiedet. Durch geschickte Methoden der Wechselheirat oder indem es von den Vasall-*uji* Männer und Frauen »als Tribut« in Dienst nahm, schuf das Sonnengeschlecht enge Bindungen zu seinen unterworfenen und verbündeten Familien und fand Mittel der Überwachung im privaten Bereich. Autorität wurde, soweit möglich, innerhalb der Familien geltend gemacht und auf verwandtschaftlicher Basis gerechtfertigt.

Die Religion spielte ebenfalls eine bedeutende Rolle: sie sorgte für eine Sanktionierung der aufblühenden Hegemonie und bot eine rationale Erklärung, die das Volk in das Herrschaftsgefüge eingliederte. Die primitive Religion des japanischen Volkes hat unter dem Namen »Shintō« sogar bis zum heutigen Tag in Japan eine bemerkenswerte Lebenskraft bewahrt. Während heute eine große Vielfalt religiöser Überzeugungen und Handlungen diesen Namen trägt, gehörten die religiösen Praktiken der Frühzeit in Japan einer viel einfacheren Vorstellungswelt an und standen in direktem Zusammenhang mit den Bemühungen der frühen Japaner, sich ihrer Heimat und dem Sozialgefüge einzugliedern. Die beiden Hauptmerkmale des Shintō, der weder ein Glaubensbekenntnis noch heilige Schriften noch eine entwickelte Metaphysik kennt, waren ein ziemlich naiver Glaube an die schützende oder verderbliche Wirkung übernatürlicher Mächte und eine enge Verbundenheit mit der Gesellschaft, sei es durch den Wohnort oder die Familie. Die Japaner der Frühzeit traten den unbekannten Geisterwesen unmittelbar und fröhlich

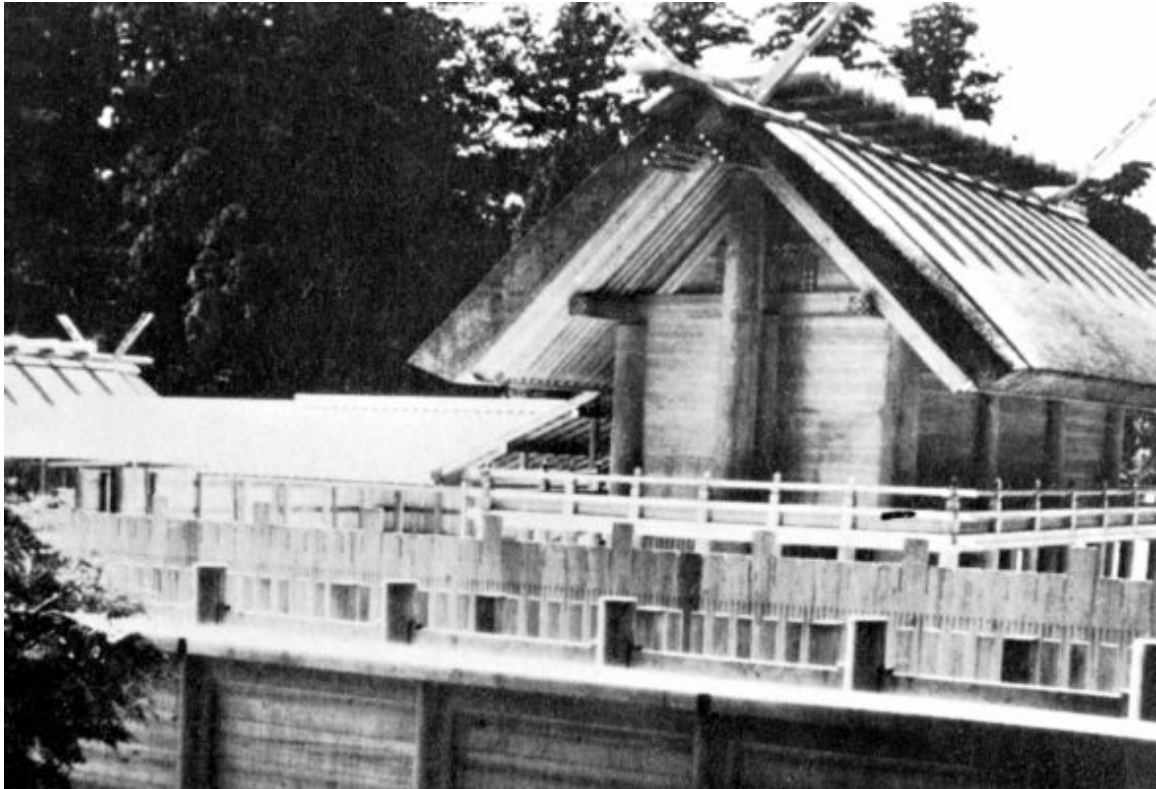
entgegen und stärkten durch Kulthandlungen ihr überaus tiefes Gefühl der Zusammengehörigkeit in einer Gemeinschaft.

Die wesentlichen Bestandteile des Shintōglaubens sind in relativ wenigen Grundvorstellungen und heiligen Gegenständen zu sehen. Die Kulthandlungen waren an die *kami* gerichtet. Am besten können die *kami* – oft mit ›Gott‹, ›Gottheit‹ oder ›Geisterwesen‹ übersetzt – als ortsgebundene, spirituelle Kräfte, deren Ursprung entweder in der Natur oder im Menschen lag, beschrieben werden. Man glaubte die *kami* im Besitz von Macht schlechthin, die gewöhnlich auf bestimmte Orte oder besondere menschliche Tätigkeiten beschränkt war. Die *uji-gami*, die von den Mitgliedern eines *uji* verehrt wurden, waren menschliche oder totemistische Familiennamen und besaßen schützende Macht über den *uji* und sein Land. Ein ortsgebundenes Geisterwesen konnte je nach seiner besonderen Stärke ein Dorf oder ein größeres Gebiet beschützen. Außerdem konnten bestimmte, örtlich nicht festgelegte Geisterwesen wie Inari (der Reisgeist) im ganzen Land verehrt werden. Die *kami* verkörperten sich in gewissen konkreten Dingen, die als *shintai* (wörtlich ›kami-Körper‹) bekannt sind. Solche Dinge fanden sich in der Natur, z.B. ein Fels, Baum, Berg oder Wasserfall. Es konnten auch symbolische Gegenstände wie ein Spiegel, ein kostbarer Stein oder eine grob geformte Statue sein. Die meisten *shintai*, die Gegenstand der Verehrung einer Gemeinschaft oder einer Familie waren, wurden in Schreinen (*miya*) aufgestellt, wo sie durch Kulthandlungen (*matsuri*), die aus Ritualgebeten und Reinigungszeremonien bestanden, verehrt wurden. Das Zeichen für die Existenz eines *miya* war gewöhnlich das *torii*, das einfache Tor.

Die religiösen Vorstellungen und Praktiken des frühen Shintō dienten dem Staat hauptsächlich auf zwei Arten: auf der Ebene der gewöhnlichen Bewohner der Bauern- und Handwerkersiedlungen wurden lokale *kami* um ihres Schutzes willen verehrt und als geistliche Rechtfertigung der sozialen und politischen Einflußnahme, die die *uji* beanspruchten, angeführt. Der politische Shintō, wie er manchmal genannt worden ist, nahm damit seinen Anfang, daß das *uji*-Oberhaupt seine *uji*-Gottheit mittels des *shintai*, der in seinem Besitz war, verehrte. Auf nationaler Ebene entwickelte er sich zu einer Rangordnung religiöser Handlungen, die in den Ritualen für den Herrscher, welche von dem Oberhaupt des Sonnengeschlechtes vollzogen wurden, gipfelten.

In diesen Ritualen erkennen wir am deutlichsten, wie von den *kami* abgeleitete geistliche Macht zur Unterstützung politischer Führerschaft herangezogen wurde. Wie wir wissen, hatte der Sippenälteste des Sonnengeschlechtes drei symbolische Schätze in seinem Besitz. Von diesen kann der Spiegel als der buchstäbliche ›Körper‹ der Amaterasu verstanden werden. Das Schwert Susa-no-os war der Beweis für die Eroberung Izumos durch Yamato. Es war jedoch das Halsband, das *mikubi-dama*, das am unmittelbarsten als Symbol für die Nachfolge diente, das, angefangen bei Amaterasu, an jedes nachfolgende Oberhaupt des *uji* des Sonnengeschlechtes weitergegeben wurde. Somit wurde das Halsband das

wichtigste Emblem der Inthronisation für die Kaiser Japans. Man glaubte, die *tama* (Juwelen) in dem Halsband repräsentierten die Geistseele, die in den Körper seines Besitzers eindringen und ihn dadurch zu einem ›lebenden Gott‹ in engster Verbindung mit dem großen Geist Amaterasu machen könne. Daher hielt es das Sonnengeschlecht so, daß der Spiegel in dem Schrein Amaterasu in Ise, das Schwert im Atsuta-Schrein aufbewahrt wurde, das Halsband jedoch im unmittelbaren Besitz des Herrschers verblieb.



© Abb. 1: Der Großschrein von Ise, der Gottheit Amaterasu Ōmikami geweiht

Nach shintoistischem Glauben zeigte sich also der frühe Staat Yamato in folgender Form: Das Oberhaupt des Sonnengeschlechtes bot aufgrund der Wirkungskraft Amaterasus Schutz für das ganze Land, während die geringeren *uji*-Ältesten aufgrund der Macht ihrer geringeren und mehr örtlich gebundenen *uji-gami* lokalen Schutz versprachen und das Recht lokaler Herrschaft beanspruchten. Regierung und *kami*-Verehrung gingen Hand in Hand, und tatsächlich bezeichnete dasselbe Wort, *matsurigoto*, beide Funktionen. Politische Führerschaft, ob nun durch Gewalt oder lange bestehendes Sozialprestige erworben, wurde also durch religiöse Vorstellungen sanktioniert. Die Bedeutung der frühen Mythen mit ihren fiktiven genealogischen Daten bestand darin, daß sie für den religiösen Vorstellungsbereich eine *kami*-Hierarchie schufen, die der

unter dem Yamato- Hegemon entstandenen politisch-sozialen Ordnung entsprach.

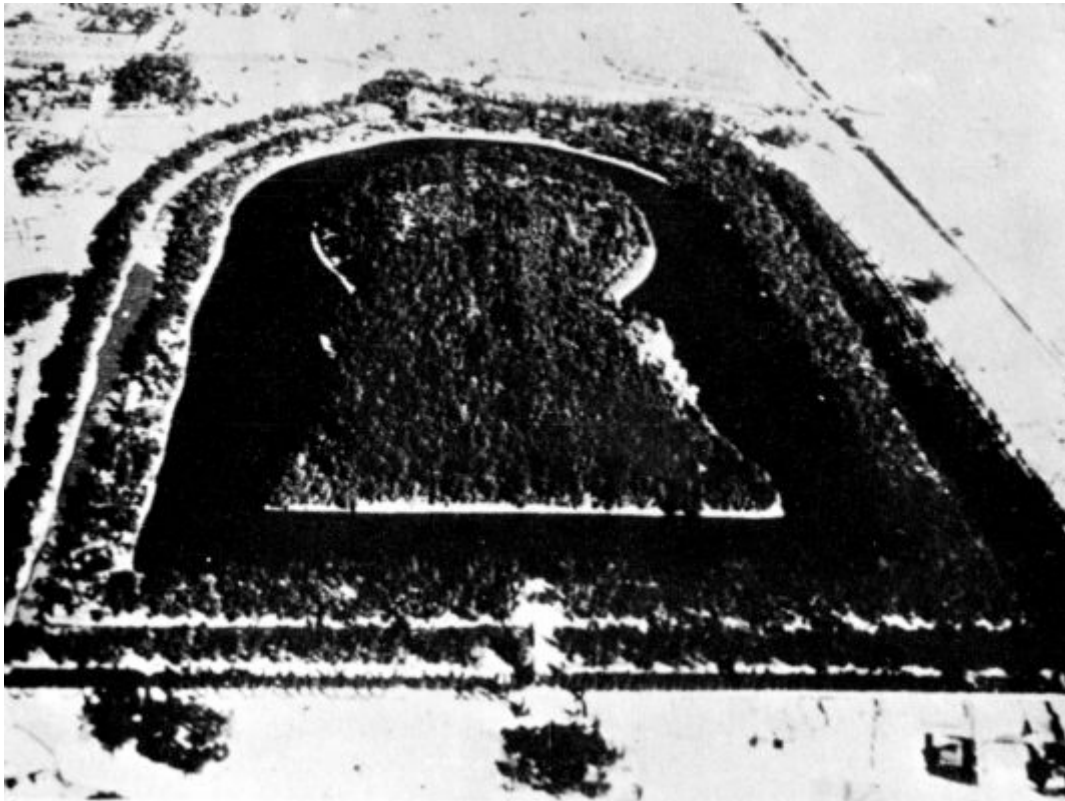
Es ist offensichtlich, daß die Sozialstruktur, das Staatsgefüge und die religiösen Vorstellungen des japanischen Volkes vom zweiten bis zum Ende des fünften Jahrhunderts von dem, was an Vergleichbarem zur selben Zeit auf dem Festland verbreitet war, höchst verschieden waren. Aus diesem Grund hat man der Rekonstruktion der Einzelheiten des Lebens in der Frühzeit von Yamato so viel Aufmerksamkeit gewidmet. Denn während dieser Jahrhunderte relativer Isolation von China entwickelte das japanische Volk seine erste Staatsform und bestimmte seine ausgeprägte kulturelle Eigenart. In den folgenden Jahrhunderten sollten trotz des mächtigen Einflusses der chinesischen Kultur die wesentlichen Charakteristika des Staats- und Sozialgefüges, das von dem Yamato- Staat begründet worden war, unverändert bleiben. Das *uji*-System – der Zusammenschluß von Elitefamilien – und insbesondere die Form, die die Herrschaft von Yamato annahm, wo ein als Friedensstifter fungierender Priester-Häuptling eine Gruppe miteinander verbündeter Elitefamilien regierte, sollte bis zur Neuzeit für den Stil der japanischen Politik kennzeichnend bleiben.

5. Das Wachsen des Yamato-Staates und die Ausbreitung des chinesischen Einflusses

Zweimal in seiner Geschichte hat das japanische Volk den Anschein erweckt, als würde seine Wesensart von fremden Einflüssen völlig aufgesogen: einmal im siebenten Jahrhundert, als das Land rückhaltlos die chinesische Kultur annahm, und zum anderen im neunzehnten Jahrhundert, als Japan den vollen Anprall der westlichen Kultur auffing. Wie soll man die eifrige und anscheinend unkritische Bereitwilligkeit, mit der die Japaner diese fremden Einflüsse aufnahmen, erklären? Liegt es daran, daß die Japaner, wie manche unzeit zu verstehen gegeben haben, ihrem Wesen nach Imitatoren sind, ohne genügend schöpferische Kraft, um eine eigene unabhängige Kultur zu bewahren? Oder ist es einfach so, daß die Isolation eine Betonung der Perioden rascher Entlehnung bewirkte und sie offensichtlicher machte? Sir George Sansom hat über das siebente und achte Jahrhundert als eine Zeit geschrieben, in der Japan sich plötzlich der Überlegenheit der chinesischen Kultur bewußt wurde. Arnold Toynbees Vorstellung von Japan ist, daß es erstmals unter chinesischer Anleitung die Hochkulturstufe erreichte. Nach Ansicht beider Historiker wurde Japan von dem Vorbild Chinas überwältigt und dadurch zur Nachahmung und Nacheiferung getrieben.

Aber wenn man das siebente und achte Jahrhundert ausschließlich nach der Sinfizierung beurteilt, läßt man all die wichtigen einheimischen Faktoren in Japans Geschichte außer acht. Eben diese Jahrhunderte waren nämlich durch bedeutende politische und soziale Wendepunkte gekennzeichnet, die nicht einfach als Nebenerscheinungen einer radikalen Hinwendung zur chinesischen

Kultur erklärt werden können. Der Taika-coup *d'etat* des Jahres 645, der herkömmlicherweise den Beginn von Japans bewußter Nacheiferung Chinas anzeigt, war auch der Anfang eines starken Bestrebens, die Macht zu zentralisieren und die Privilegien einer neu auftretenden aristokratischen Schicht fest zu verankern. Japans Bemühungen um Sinifizierung können ohne den Hinweis auf die starken Tendenzen zu einem aus dem Lande selbst kommenden Umschwung, die auf den Yamato-Staat und seine gesellschaftliche Basis im sechsten Jahrhundert einwirkten, nicht verstanden werden.



© Abb. 2: Das Grabmal des Kaisers Nintoku in der typischen ›Schlüsselloch‹-Form

Seit der Gründungszeit des Staates Yamato im dritten Jahrhundert waren die Oberhäupter des Sonnengeschlechtes und ihre Anhänger beharrlich bestrebt, ihren Einfluß zu vergrößern und ihre Hegemonie zu festigen. Die – in ihrer Echtheit allerdings fragwürdigen – Annalen der frühen ›Kaiser‹, wie sie im *Kojiki* und *Nihon shoki* aufgezeichnet sind, erzählen die Geschichte einer sich ständig ausdehnenden Herrschaft, wobei Kriegszüge außerhalb Yamatos das Ziel hatten, die Kontrolle über abseits liegende Gebiete herzustellen oder zu erneuern. Das fünfte Jahrhundert brachte die Macht des frühen Yamato-Staates wahrscheinlich auf ihren Höhepunkt. Es beginnt mit dem Herrscher Nintoku, von dessen umfangreichem Grabhügel es heißt, man habe zwanzig Jahre gebraucht, um ihn zu vollenden. Es endet mit Yūroku, dem exzentrischen Despoten, der sich

unablässig bemühte, den Zustrom der Tributgeschenke anwachsen zu lassen. Der prahlerische Bericht über ihn, der in den chinesischen Aufzeichnungen wiedergegeben wird, behauptet, er habe über fünfundfünfzig Provinzen im Osten, Sechsendsechzig Provinzen im Westen und fünfzehn jenseits des Meeres in Korea geherrscht. Chinesische Quellen erwähnen während dieses Jahrhunderts fünf ›Könige‹ Japans, die Tributgesandtschaften nach China schickten.

Im sechsten Jahrhundert waren dann die Umrisse einer entwickelteren Regierungsstruktur erkennbar geworden. Das Oberhaupt der Yamato-Konföderation, das sich selbst als wahren Landesherrn (*sumera-mikoto*) bezeichnete, hatte begonnen, abstraktere und absolutere Herrscherrechte über den Verband der *uji*-Ältesten zu beanspruchen, indem es behauptete, diese seien eigentlich seine Beamten (*tsukasa*), die für sein Wohlbefinden verantwortlich seien (*yosashi*). Auch war eine genauere Ordnung von Rangbezeichnungen (*kabane*) entwickelt worden. Die höchsten waren *Atae*, *Sukune*, *Mabito* und *Ason*; sie wurden Familien, die der Häuptlinie des Yamato-*uji* nahestanden, verliehen. *Omi* wurde die übliche Bezeichnung für bedeutende Sippenälteste, die mit dem Herrschergeschlecht entfernter verwandt waren; und *Muraji* wurde der höchste Titel, den große Führer unter den *shimbetsu* und den Vasall-*uji* führen konnten. Schließlich wurde ein dem Herrscher unterstellter Staatsrat gegründet, in dem die bedeutenden Sippenältesten vertreten waren. Noch später wurden Sprecher der Sippenältesten, *Ō-omi* und *Ō-muraji*, ernannt, um als oberste Staatsminister zu dienen. Gleichzeitig bemühte man sich, die lokale Verwaltung unter eine direktere zentrale Führung zu bringen. Das gesamte Land wurde in als *kuni* bekannte Einheiten (in etwa den Einflusssbereichen der größeren territorialen *uji* entsprechend) aufgeteilt, und in diesen Einheiten wurden die herrschenden Ältesten zu Gouverneuren (*kuni-no-miyatsuko*) ernannt. Mit anderen Worten, sie wurden behandelt, als wären sie ernannte Beamte. Unterdessen vergrößerte das Herrscherhaus ständig seinen Reichtum, indem es sowohl in Yamato wie in anderen entfernteren *kuni* neue ackerbautreibende und handwerkliche *be* gewann.

Der Trend nach wirtschaftlicher Expansion war jedoch nicht auf das Herrschergeschlecht beschränkt. Wie man an der weiten Verbreitung großer Grabhügel, die aus dieser Zeit stammen, sehen kann, verstärkten die großen *uji*-Führer – beginnend in Yamato, aber auch in einer ganzen Anzahl außerhalb gelegener *kuni* – rasch ihre Kontrolle über die Arbeitskräfte und Ertragsquellen ihrer Gebiete. Als eigenständige lokale Machthaber ließen sie ihre Streitkräfte an den Feldzügen Yamatos gegen Korea teilnehmen oder machten gelegentlich dem Oberhaupt von Yamato die Herrschaft streitig. Daher sahen sich die Herrscher von Yamato häufig genötigt, die Truppen ihrer beiden wichtigsten Krieger-*uji*, der *Ōtomo* und der *Mononobe*, zu Hilfe zu rufen, um das politische Gleichgewicht zu erhalten.

Das Japan des sechsten Jahrhunderts zählte nicht zu den unbedeutenden unter den ostasiatischen Staaten. Seit dem vorausgegangenen Jahrhundert waren die Japaner in Korea aktiv gewesen und hatten die Kolonie Mimana gewonnen. Dieser Stützpunkt auf der Halbinsel, mit dem Vorposten des Yamato-Staates (Nihonfu) als Zentrum, spielte in dem triangulären Kampf zwischen Koguryo, Paekche und Silla eine wichtige Rolle. Im Laufe der Geschichte verbündeten sich die Japaner am häufigsten mit Paekche, vielleicht wegen seiner strategisch so günstigen Lage – parallel der Seeroute Japans nach China –, aber wohl auch, weil es ein höheres Niveau kultureller Errungenschaften gehalten zu haben scheint. Als jedoch im Jahre 532 Sillas Streitkräfte Paekche überrannten, verlor Japan die Hälfte seiner koreanischen Kolonie. Dreißig Jahre später, im Jahre 562, wurden die japanischen Truppen gänzlich aus Mimana vertrieben, und Nihonfu wurde aufgegeben. Ein neues Zentrum für Japans Beziehungen zum Ausland wurde in Dazaifu in Nordkyūshū gegründet. Sporadische Versuche, Mimana zurückzugewinnen, dauerten über ein weiteres Jahrhundert an, doch im Jahre 663, als Silla mit chinesischer Hilfe ganz Korea einte und eine T'ang-Flotte vor der koreanischen Küste ein japanisches Geschwader zerstörte, wurde die endgültige Loslösung Japans von der Halbinsel unvermeidlich.

Die großen militärischen Unternehmungen der Japaner des sechsten Jahrhunderts geben Aufschluß über die beträchtlichen Mittel, die ihnen zur Verfügung standen. Wir hören von Flotten von ungefähr fünfhundert Schiffen und Heeren von einigen Zehntausenden von Soldaten. Hinter den militärischen Operationen jedoch zeichnen sich auch Japans immer stärkere Ausprägung als Staat und ein steigendes Niveau kultureller Errungenschaften ab. Nihonfu war für die Japaner ebenso sehr als Zentrum für die Aneignung neuen Wissens und die Übernahme gelernter Arbeiter von Korea wie wegen seines militärischen Wertes von Interesse. Naniwa, der Hafen Yamatos am östlichen Ende der Inlandsee, war der Schauplatz eines ständigen Gehens und Kommens von Tributgesandtschaften zwischen Japan und China oder Japan und den Höfen der koreanischen Könige. Flüchtlinge oder Gefangene vom Festland wurden bereitwillig in das Yamato-Staatsgefüge aufgenommen, wobei denjenigen, die Rang oder Leistung aufzuweisen hatten, Ehrentitel einer besonderen Kategorie ›fremder‹ *uji* (*bambetsu*) verliehen wurden. Ihre Nachnamen wie Hata (für den das Zeichen für Ch'in verwendet wurde) und Aya (für den das Zeichen für Han verwendet wurde) verrieten späteren Generationen, unter welcher chinesischen Dynastie sie ursprünglich gelebt hatten. Andere wurden als Handwerks- und Dienst-*be* eingetragen und unter die Aufsicht von Dienst-*uji* aus Yamato gestellt.

Während des fünften und sechsten Jahrhunderts kam sodann ein steter Strom festländischer Einwanderer nach Japan, und gleichzeitig erfolgte die Verbreitung neuer Technologien und Ideen. Konfuzianische Bücher lernte die Aristokratie von Yamato nach dem *Nihon shoki* durch den Gelehrten Wani zu Beginn des fünften Jahrhunderts kennen. Es liegt nahe anzunehmen, daß zu diesem Zeitpunkt sich der Gebrauch der chinesischen Schrift in Japan auszubreiten

begann. Aber wahrscheinlich war die Fähigkeit zu schreiben noch einige Zeit auf die koreanischen und chinesischen Einwanderer beschränkt, die der herrschenden Elite als Schreiber dienten. Der Name ›Schreiber‹ (*fuhi*) wurde einer der Adelstitel, die von den Yamato-Herrschern verliehen wurden. In diese frühen Jahrhunderte fiel auch die Einführung neuer Bewässerungstechniken, verbesserter Systeme von Naßfeldanlagen, eines genaueren Kalenders und einer Vielzahl anderer Neuerungen. Die Weitergabe der buddhistischen Lehre nach Japan, wahrscheinlich im Jahre 538, brachte diese frühe Aufnahme chinesischer Zivilisation auf dem Weg über Korea zu einem Höhepunkt.



© Abb. 3: Japan zur Zeit des Yamato-Reiches um 500 n. Chr.

Weiter jedoch konnten die Änderungen in der Kultur und im staatlichen Leben Yamatos nicht gehen, ohne wesentlichen Druck auf die Regierungs- und Gesellschaftsstruktur und das vorherrschende religiöse Weltbild auszuüben. Während die Führer in Yamato die auf Sippen basierende *uji*-Föderation in eine zentralisiertere und straffer verwaltete Staatsform zu verwandeln suchten, begannen die großen *uji*, das Oberhaupt des Sonnengeschlechtes zu einer machtlosen Puppe herabzuwürdigen, indem sie ihre eigene Bedeutung vergrößerten. Als neue Familien in Yamato zu Einfluß oder in den *kuni* zu unabhängiger Macht gelangten, begann das Herrschaftssystem, das auf dem Gefüge von verwandtschaftlichen Bindungen und shintoistischen

Glaubensvorstellungen aufgebaut war, zusammenzubrechen. Das sechste Jahrhundert war in Japan eine besonders unruhige Zeit, da die Yamato- Gruppe durch Feindschaften gespalten wurde und in den entlegeneren *kuni* oder unter den japanischen Streitkräften in Korea Aufstände ausbrachen. Tatsächlich war die Rebellion eines Häuptlings aus Kyūshū namens Iwai dafür verantwortlich, daß die Japaner Mimana im Jahre 562 nicht mehr halten konnten. Die Notwendigkeit eines neuen Regierungssystems sowie einer neuen religiösen Ideologie war offensichtlich, wenn eine allgemeine Anwendung roher Gewalt vermieden werden sollte. Diesem internen Bedürfnis wurde durch Einflüsse, die Japan von China erreichten, nach und nach abgeholfen.

Gegen Ende des sechsten Jahrhunderts befand sich China, das seit dem Sturz der Han-Dynastie im dritten Jahrhundert uneinig gewesen war, unter der Sui- (581–618) und der T'ang- (618–907) Dynastie erneut in einer Phase des Aufstiegs. Bald zeigte sich Chinas Größe wieder – an neuen gewaltigen kulturellen Leistungen, an seinen Städten, Bauten und seiner Kunst, an seinen weitreichenden öffentlichen Unternehmungen und an den Truppenmassen, die es jenseits der Reichsgrenzen zur Schau stellte. Natürlich waren die Japaner von so viel Großartigkeit geblendet; zwei Faktoren der neuen ›fernöstlichen‹ Kultur, wie Toynbee sie nannte, erschienen ihnen jedoch wichtiger als alle anderen: die Regierungseinrichtungen, insbesondere wie sie unter der T'ang-Dynastie vervollkommen wurden, und die Lehren des Buddhismus, wie sie unter dem Einfluß der chinesischen Kaiser und der sinifizierten sektenartigen Orden festgelegt wurden.

Ihre geniale Begabung ermöglichte es den T'ang- Herrschern, den traditionellen Regierungsapparat des Kaiserreichs China zu einem hohen Grad von Ausgewogenheit und Wirksamkeit zu bringen: Sie bauten die Organe der zentralen Bürokratie, die den Kaiser und seine Macht stützten, aus, verfeinerten die Maschinerie der lokalen Verwaltung und Besteuerung und legten Konzeption wie Ausübung der Regierung in einer systematischen Zusammenstellung gesetzlicher Verordnungen fest. Diese Konzeption, die sich im Laufe der politischen Geschichte Chinas entwickelt hatte, beruhte auf drei Hauptprinzipien, die sich von denen, auf welche sich der Yamato-Staat stützte, grundlegend unterschieden: der Vorstellung von einem absoluten Herrscher, dem die Übernahme des Mandats des Himmels die sittliche Legitimation verleiht; der Errichtung einer Regierung aus Dienern des Kaisers – d.h. ausgebildeten Beamten, die zum Wohle des Kaisers ihren Dienst ausüben, und der Annahme, daß das Reich unter den einheitlichen Gesetzen des Kaisers unparteiisch regiert werde. Dies waren ideale Prinzipien, von denen die Chinesen oft abwichen, und in Wirklichkeit war die Tang-Gesellschaft in ihrer Struktur wesentlich aristokratischer, als allgemein angenommen wird. Wie unvollkommen jedoch auch die tatsächliche Ausführung gewesen sein mag, das Vorbild stellte ein System dar, das weit wirksamer zentralisiert und

bürokratisiert und viel brauchbarer dazu war, die Hilfsquellen des Staates zu erschließen als alles, was die Japaner der Yamato-Periode ersinnen konnten.

Starke religiöse Kräfte wurden ebenfalls auf die Unterstützung des chinesischen Staates hingelenkt. Der Buddhismus, der spätestens im ersten Jahrhundert v. Chr. nach China gebracht worden war, hatte eine lange Zeit der doktrinären und organisatorischen Entwicklung sowie der Anpassung an die Staatsinteressen durchlaufen. Als eine Religion von allgemeiner Anziehungskraft hatte er in China komplizierte Spaltungen in Sekten erlebt und ein Netz von Tempeln und Klöstern, eine zahlreiche Priesterschaft, eine große Menge von Schriften und eine umfassende und schöne Ikonographie hervorgebracht. Im sechsten Jahrhundert war der Buddhismus in China und Korea ein bedeutender Machtfaktor geworden. Die bemerkenswerte Eigenschaft der T'ang-Herrscher war jedoch ihre Fähigkeit, den Buddhismus als ein Instrument des Staates zu benutzen, indem sie mit seinem Ritual und seiner allgemeinen geistigen Anziehungskraft den absoluten Herrscher zusätzlich stärkten, und indem sie seine Lehren erweiterten, um die moralischen Grundlagen eines friedlichen und geeinten Reiches zu stützen.



© Abb. 4: Der von Shōtoku Taishi begründete Tempel Hōryūji – ein erstaunlich gut erhaltenes Beispiel für die buddhistische Architektur des siebenten Jahrhunderts

Die Einführung des Buddhismus nach Japan hatte unmittelbare politische wie religiöse Rückwirkungen. Für die herrschenden Familien Yamatos, die ihren Prestigeanspruch auf die Abstammung von ihren *kami*-Ahnen gründeten, stellte der Buddhismus eine wirkliche Gefahr dar. Denn wenn Buddha, wie behauptet wurde, eine allen einheimischen Gottheiten überlegene Gewalt besaß, was sollte dann aus ihrer auf den *kami* beruhenden Macht werden? Als in der Mitte des sechsten Jahrhunderts der Herrscher von Yamato seinen Ratgebern die Frage vorlegte, ob man die buddhistischen Skulpturen, die man aus Korea erhalten hatte, verehren solle, führte das einen tiefen Konflikt zwischen den großen Familien Yamatos herbei. Durch die Verschiedenheit der Meinungen sah sich die Familie der Soga, eine relativ junge und ehrgeizige Seitenlinie des Yamato-Geschlechtes, die als *Ō-omi* fungierte, einer konservativen Koalition von Familien gegenübergestellt, die seit langem im Dienst des Yamato-Geschlechtes standen und an deren Spitze die *Ō-muraji* Mononobe (Generale in Erbtradition) und die Nakatomi (Shintō-Ritualpriester) standen. Der Streit zwischen diesen Parteien spaltete Yamato für einige Jahrzehnte. Im Jahre 587 jedoch besiegten die Soga, die beharrlich die Sache der neuen Religion vertreten hatten, die Mononobe in der Schlacht und sicherten die Annahme des Buddhismus.

Der Sieg im Jahre 587 verhalf den Soga außerdem zur größten Macht in Yamato, und für die nächsten sieben Jahre konnten in ununterbrochener Folge Soga-Führer über die Angelegenheiten Yamatos bestimmen – so weit sogar, daß sie beinahe die Oberherrschaft usurpierten. Soga-no-Umako (?-626), dem die Vernichtung der Mononobe zu danken war, konnte im Jahre 592 die Ermordung des Yamato-Führers (der sein Neffe gewesen war) arrangieren und ihn durch einen weiblichen Herrscher, Suiko (seine Nichte), ersetzen. Gleichzeitig wurde Suikos Neffe, Umayado-no-toyotomimi-no-mikoto (574-622, postum als Shōtoku Taishi bekannt), zum Regenten ernannt. Zum Glück für den Yamato-*uji* wahrte Shōtoku Taishi, obwohl er mit einer Frau aus dem Soga-Geschlecht verheiratet war, sorgfältig die Interessen des Herrscherhauses. Seine Persönlichkeit beherrschte eigentlich die Jahre von 593 bis 622.

Ob all die Taten, die Shōtoku Taishi zugeschrieben werden, wirklich seine eigenen waren, ist nicht von erstrangiger Bedeutung. Denn sicherlich begannen die Führer des Yamato-*uji* zu seinen Lebzeiten einzusehen, welche Rolle der Buddhismus als Stütze für den Staat und eine geordnete Gesellschaft spielen konnte, und erkannten auch die Möglichkeit, einen ›Kaiserstaat‹ nach chinesischem Vorbild zu schaffen, in dem loyale Untertanen einem souveränen Herrscher dienten. Wenn wir die überlieferte und ohne Zweifel idealisierte Geschichte für wahr halten dürfen, weihte Shōtoku Taishi sein Leben ganz der Aufgabe, das Prestige des *mikoto* von Yamato in der Heimat wie im Ausland zu mehren. In seiner Jugend kämpfte er Seite an Seite mit den Soga, um die Annahme des Buddhismus als Staatsreligion zu erreichen, und in seinen späteren Jahren bedachte er, in dem Bestreben, seine Familie zum bedeutendsten Gönner der neuen Religion zu machen, buddhistische Institutionen reich mit

Schenkungen. Einige Jahre bemühte er sich, Japans verlorene Macht auf dem Kontinent wiederzugewinnen, und sandte im Jahre 595 und 602 Expeditionen zur Wiedereroberung Mimanas aus. Danach gab er seine militärischen Versuche auf und nahm im Jahre 607 direkte Verbindung mit dem wieder geeinten chinesischen Reich auf.

Weniger Erfolg hatte Shōtoku Taishi bei der Durchführung der politischen Reformen, die, wie er hoffte, die Autorität seines Geschlechtes in Yamato stützen würden. Er versuchte gleichwohl, für das Oberhaupt von Yamato die Anerkennung als Herrscher im Sinne eines Kaisers, ausgestattet mit den moralischen Attributen der Souveränität und getragen von einem Hof und von Verwaltungsbeamten, zu erreichen. Im Jahre 603 proklamierte er ein neues System von zwölf Hofrängen, damit der Souverän die Möglichkeit erhalte, die Beamtenrangordnung in seinem Interesse festzulegen. Im Jahre 604 verkündete er einen Kodex von siebzehn Regierungsartikeln, mit dem er eine neue Art politischer Ethik zu begründen hoffte; er entlehnte hierzu konfuzianische Staatstheorien, in denen die Beziehung zwischen Herrscher und Untertan mit der zwischen Himmel und Erde verglichen wurde. Im amtlichen Schriftverkehr bemühte er sich um die Annahme einer neuen Terminologie für die Stellung des Souveräns, indem er die Begriffe des kaiserlichen China übernahm und für das Oberhaupt von Yamato den Rang eines ›Kaisers‹ und ›Himmelssohnes‹ beanspruchte.

Der Tod Shōtoku Taishis im Jahre 622 und das Abtreten Soga-no-Umakos von der politischen Bühne bald darauf beschworen in Yamato harte politische Machtkämpfe herauf. Der politische und kulturelle Änderungsprozeß unter chinesischem Einfluß blieb eng mit der zunehmenden Parteienbildung unter den großen Häuptlingen verbunden. In den unmittelbar folgenden Jahrzehnten entstand nämlich eine Koalition aus Familien, die von Shōtoku Taishis Sohn, Naka-no-Ōe, und Nakatomi-no-Kamatari geführt wurden und die entschlossen waren, die Soga zu vernichten und außerdem die politischen und verwaltungstechnischen Reformen, die Shōtoku Taishi ins Auge gefaßt hatte, fortzusetzen. Aufgrund ihrer engen Beziehungen zu Ratgebern, die von Studien an Ort und Stelle im China der T'ang zurückgekehrt waren, kam diese Gruppe zu dem Schluß, daß jede direkte Aktion ihrerseits von grundlegenden institutionellen Reformen begleitet werden müsse. Im Jahre 645 beteiligte sich Naka-no-Ōe bei einer Staatsfeierlichkeit selbst an der Ermordung von Umakos Enkel, Soga-no-Iruka, und bereitete so den Weg für die Ausschaltung des Einflusses der Soga. Diese Tat versetzte die großen Häuptlinge so in Schrecken, daß die Reformpartei ihre Pläne für politische Neuerungen rasch durchführen konnte. Am Neujahrstag des Jahres 646 erließ diese Gruppe das berühmte Edikt, das einen Namen für das neue Jahr, Taika (wörtlich ›großer Wandel‹), verkündete und eine vollständige Neuordnung des Regierungssystems bekanntmachte. Entsprechend dem chinesischen Vorbild forderte es die Abschaffung sämtlichen Privatbesitzes von Reisland sowie der *be*-Verbände, die

die *uji* unterstützten. Es machte die Rechte des Herrschers auf den Grund und Boden des Landes geltend. Es verlangte die Gründung einer ständigen kaiserlichen Hauptstadt und die Verwaltung des Landes mittels eines Systems von Provinzen, Distrikten und Dörfern. Es ordnete die Durchführung einer Volkszählung an sowie die planmäßige Verteilung des Bodens zur Kultivierung, nachdem er ganz vermessen und seiner Güte entsprechend eingestuft sei. Steuern sollten systematisch auferlegt werden, und die Oberschicht sollte Beamtenstellen einnehmen und gemäß Rang und Status eine Besoldung erhalten.

Der *coup-d'etat* des Jahres 645 und das Edikt des Jahres 646 verbanden in dramatischer Weise den Drang der japanischen Kaiserfamilie, wie wir sie jetzt nennen können, nach dem Besitz der Macht mit dem Wunsch, China nachzueifern. Es versteht sich jedoch von selbst, daß das Land nicht über Nacht umgestaltet wurde. Die Reformen wurden langsam und sachkundig durchgeführt. Die Verwirklichung des Plans, das Reisland unter öffentliche Kontrolle zu bringen, wurde von dem Prinzen Naka eingeleitet, als er freiwillig seinen eigenen privaten Landbesitz dem Staat übereignete. Auch Ländereien, die unter dem Namen des Herrschers liefen, wurden ohne Schwierigkeit von Amts wegen beansprucht und verwaltet. An andere gelangte man mit größerer Mühe. Im Jahre 649 wurden acht Ministerien der Zentralregierung geschaffen und Beamte zu ihrer Besetzung ernannt. Im Jahre 652 war die erste großangelegte Landverteilung im Gebiet der Hauptstadt abgeschlossen. Im Jahre 668 konnte Prinz Naka als Kaiser Tenchi (Regierungszeit 668 bis 671) den Thron in dem Bewußtsein besteigen, daß die ersten Schritte in seinen Reformplänen getan waren.

Bei Tenchis Tod jedoch brach ein ernster Streit um die Nachfolge aus, der Zentraljapan in einige Monate blutigen Krieges stürzte und die Taika-Reformen zu gefährden schien. Doch brachte gerade dieser Bürgerkrieg, der als Jinshin-Aufbruch bekannt ist, einen Kaiser auf den Thron, der alle Eigenschaften eines absoluten Herrschers besaß. Wie nur je ein japanischer Herrscher seit frühgeschichtlicher Zeit kam Kaiser Temmu (Regierungszeit 673–686) aufgrund militärischer Stärke zur Macht. Zum erstenmal seit einigen Jahrhunderten verfügte das Oberhaupt der Kaiserfamilie selbst über genug Gewalt, um eine wirkliche Führung auszuüben. Daher konnte Temmu das Programm, das von Prinz Naka begonnen worden war, vollenden und Maßnahmen, die lange durch althergebrachte Interessen unter der *uji*-Elite verhindert worden waren, durchsetzen. Innerhalb weniger Jahrzehnte nach seinem Tod im Jahre 686 war die Kaiserstadt Nara mit einer voll entwickelten Beamtenschaft errichtet und eine systematische Gesetzessammlung für die Regelung der administrativen Verfahren, der Lokalverwaltung, der Besteuerung und der militärischen Angelegenheiten bekanntgemacht. Diese letzten Schritte in der großen Reform wurden von seinen Nachfolgern mit Begeisterung und einem beachtlichen Maß von Anfangserfolg unternommen.

Doch es bleibt eine letzte Frage zu stellen. Wenn nämlich die Taika-Reformen nicht einfach als die Folge unaufhaltsamen chinesischen Einflusses auftraten noch durch eine überaus starke zentrale Macht in Japan erzwungen wurden, weshalb leisteten besonders die *uji*-Häuptlinge nicht mehr Widerstand? Zweifellos liegt die Antwort in den weiterreichenden sozialen Folgeerscheinungen der Reformen. Denn diese wirkten sich – wie unpopulär sie anfänglich bei den unabhängigeren der großen *uji* auch gewesen sein mögen – zum Vorteil der gesamten herrschenden Schicht aus, indem sie dazu beitrugen, sie in eine sicher begründete zivile Aristokratie umzuwandeln.

Der Zusammenbruch der überkommenen Regierungsstruktur von Yamato im siebenten Jahrhundert muß die *uji*-Häuptlinge ebenso sehr beunruhigt haben wie das Herrschergeschlecht selbst. Wir können also annehmen, daß die *uji*-Ältesten die Übernahme neuer, wirkungsvollerer Methoden der Lokalverwaltung und Landüberwachung in ihren eigenen Gebieten nicht ungern sahen. Außerdem beraubten die Taika-Reformen die großen Geschlechter nicht all ihres ererbten Einflusses oder Reichtums, denn in den meisten Fällen wurden sie in ihren privilegierten Positionen bestätigt. In Wirklichkeit schob die neue Staatsform zwischen die *uji*-Häuptlinge und die Quellen ihres Wohlstands und ihrer politischen Macht bloß die öffentlichen Institutionen des Staates. Während sich früher das Prestige und der Einfluß dieser Geschlechter von ihrem geschichtlichen Anspruch auf lokale Vorrangstellung und ihrer eigenen privaten Streitmacht hergeleitet hatten, stand nun das ganze Ansehen eines Kaiserreiches, seiner Gesetze, seines Regierungsapparates und seines Steuersystems, mit der Hauptstadt Nara als Mittelpunkt, hinter ihnen.

Auf lange Sicht gesehen erwiesen sich diese Umstände für die frühere *uji*-Elite, insbesondere für die Geschlechter im Bereich des Kaiserhofes, als vorteilhaft. Diese nahmen bald ihren Platz in einer neuen Aristokratie ein, die im Endeffekt gleichbedeutend mit dem Staat wurde und in eine taktisch so günstige Stellung gelangte, daß sie aus dem Staatswesen, das jetzt systematisch von dem Steuereinkommen aus dem gesamten Land getragen wurde, den größten Nutzen zog. Die großen öffentlichen Unternehmungen, die Paläste, Regierungsgebäude, Tempel, Straßen und Bewässerungsanlagen, die die Blütezeit der Nara-Periode charakterisieren, waren die sichtbaren Zeichen einer neuen Machtkonzentrierung, die zugunsten und von Seiten der Aristokratie erfolgte. Japan hatte nicht nur seine Staatsform und den Stil seiner Kultur geändert, sondern hatte auch eine neue Gesellschaftsstruktur geschaffen, die fünf Jahrhunderte bestehen bleiben sollte.

Innerhalb des Gesamtablaufs der japanischen Geschichte kann man das siebente Jahrhundert am besten als die Übergangszeit zu einer aristokratischen Kulturform betrachten. Während dieses Jahrhunderts wandelte sich die frühere *uji*-Elite zu einer zivilen Adelsgesellschaft (von den Japanern als *kuge* bezeichnet), die sich auf einen neuen Kaiserhof konzentrierte, und legte ihre ortsgebundenen und kriegerischen Eigenschaften von ehemals ab.

In das Zeitalter der Aristokratie übernahm die *uji*-Elite ihre Einteilung nach Sippen (in dem *Shinsen shōjiroku*, dem Register der Stammbäume, das aus dem neunten Jahrhundert stammt, sind etwa elf hundert aufgeführt). Und wenn ihre Repräsentanten auch die Quellen ihrer unabhängigen militärischen und wirtschaftlichen Stärke aufgaben, so erlangten sie dadurch, daß sie sich mit der neuen Zentralregierung verbanden und Zugang zu der höheren sinifizierten Kultur erhielten, neue Macht. Und solange sie einen leidlich funktionierenden Regierungsapparat aufrechterhalten konnten, waren sie in der Lage, dem Volk Frieden und Festigkeit zu geben. Geschichtlich gesehen erwies sich ihre politische Stärke erst nach dem zwölften Jahrhundert als nicht ausreichend, und ihr sozialer Status wurde erst im Jahre 1945 abgeschafft.

6. Das Zeitalter der Aristokratie

I. Nara und die Taihō-Gesetze

Von den Errungenschaften des siebenten und achten Jahrhunderts, die den Beginn des Zeitalters der Aristokratie in Japan kennzeichneten, ziehen die auf dem Gebiet der öffentlichen Bauten und der buddhistischen Kunst noch immer die Aufmerksamkeit am meisten auf sich, nicht nur weil sie vom ästhetischen Standpunkt aus überragend sind, sondern auch weil sie noch im heutigen Nara und in dessen Umgebung als historische Monumente zu sehen sind. Dennoch hatten die staatsmännischen Leistungen zweifellos weiterreichenden und dauernderen Einfluß auf die geschichtliche Entwicklung des japanischen Volkes. Denn wenn auch die speziellen Regierungsmethoden des achten Jahrhunderts – die Verwaltungsgesetze und Besteuerungsverfahren – mit der Zeit außer Gebrauch kamen, legten sie doch bis zum fünfzehnten Jahrhundert den Grund für die Gesetzesverordnungen in Japan und prägten für eine viel längere Zeit die japanischen Vorstellungen von Herrschaft, Verwaltungswesen, Besteuerung und Gerichtsverfahren. Die Taihō-Gesetze (die im Jahre 702 in Kraft gesetzt wurden) dienten wie das Römische Recht in Europa als kontinuierliche Basis für die Verwaltungspraxis während der ganzen folgenden feudalistischen Epoche. Und als die Japaner im Jahre 1868 nach einer Wiederherstellung des nationalen Ansehens unter der Führung des Kaisers strebten, versuchten sie für kurze Zeit, zu den speziellen Methoden der Bürokratie des Nara-Systems zurückzukehren.

Die zwei großen politischen Leistungen des beginnenden Zeitalters der Aristokratie waren der Aufbau der Hauptstadt Nara, der zwischen den Jahren 708 und 712 vollendet wurde, und der Taihō-Kodex. Die Hauptstadt, eine rechteckige Anlage von ungefähr 4200 × 4800 m mit Palästen, Regierungsgebäuden, Straßen und Tempeln, war die dingliche Verkörperung der neuen Macht und Wohlhabenheit des Staates und der Ausgewogenheit der Vorstellungen von Verwaltung und Gesellschaft, die in dem Taihō-Kodex niedergelegt waren. Das Fehlen einer Stadtmauer erinnert daran, daß Japan

durch seine Lage vor fremden Eindringlingen sicher war und nicht einmal einheimische Feinde von Bedeutung zu fürchten hatte.

Die Taihō-Gesetze zeigen die neue Regierung, deren Sitz Nara war, in ihrer vollendeten und am höchsten entwickelten Form. In ihnen ist die feine Wirkung chinesischen Einflusses auf die politischen Gegebenheiten in Japan deutlich zu erkennen; doch wie sehr auch die Japaner China nachzueifern suchten, sie waren ebenso darauf bedacht, den Kerngehalt ihrer politischen und gesellschaftlichen Tradition zu wahren. Der Taihō-Kodex bestand aus zwei Teilen: den *ritsu* oder Strafgesetzen und den *ryō* oder Verwaltungsverordnungen. Diesen wurden später ergänzende Präzedenzurteile und Bestimmungen, die als *kyaku* und *shiki* bekannt sind, hinzugefügt. Vielen modernen japanischen Historikern erscheint das beginnende Zeitalter der Aristokratie so durch die Taihō-Gesetze bestimmt, daß sie es das *ritsu-ryō*-Zeitalter nennen.

An die Stelle des einstigen Priester-Oberhauptes des Sonnengeschlechtes war in Nara ein Kaiser getreten, der mittels einer zentralisierten Bürokratie mit absoluter Macht über die Geschicke des Landes bestimmte. Der japanische Herrscher nahm nun den Titel eines ›Himmelssohnes‹ (Tenshi) oder ›himmlischen Herrschers‹ (Tennō) an; er wurde durch entlehnte Vorstellungen vom Mandat des Himmels und von der Herrschaft durch Tugend und Güte in seiner Legitimität unterstützt. Dennoch verlor der japanische Souverän seine ursprüngliche Funktion als erblicher Hoherpriester nicht, wie sein fortdauerndes priesterliches Wirken und sein Glaube an die Idee der Abstammung von der Sonnengöttin beweisen. Hierin lag die erste der vielen Abänderungen, die die Japaner an der chinesischen Staatstheorie vornahmen. Denn während sie sich auf bestimmte Charakteristika des chinesischen Systems stützten, vermochten sie trotzdem die erbliche Unantastbarkeit des Kaiserhauses zu wahren, und zwar dadurch, daß sie erklärten, dem Kaisergeschlecht sei das Mandat in Wirklichkeit von Amaterasu für immer übertragen worden, und der regierende Kaiser besäße *eo ipso* Tugend.

Gleichzeitig mit diesen Ergänzungen der Auffassung von der Herrschaft kamen Änderungen in der Gesellschafts- oder Klassentheorie und in den Vorstellungen, die die Beziehung des Volkes zu den Quellen des Wohlstandes und der Macht regelten. Die Taihō-Gesetze machten der bisher üblichen örtlichen Unabhängigkeit (dem primitiven Feudalismus), die die *uji*-Gesellschaft gekennzeichnet hatte, ein Ende und schufen statt dessen eine einheitliche Schicht von dem Thron Untergebenen, die auf der Basis ihres jeweiligen Verhältnisses zum Herrscher eingestuft wurden. Die Gesetze unterschieden drei Grundkategorien: den Kaiser und seine unmittelbare Familie; freie Untertanen (*ryōmin*), die in Beamte (*kannin*) und Staatsbürger (*kōmin*) zerfielen; und unfreie Untertanen (*semmin*).

Das Kaiserhaus und die ihm dienenden Beamten bildeten eine Aristokratie. Da sich die einzelnen durch ihren sozialen Status und ihr mehr oder weniger privilegiertes Verhältnis zur Regierung unterschieden, läßt sich die Struktur

dieser Gruppe am besten an dem hierarchischen System der Hofränge erkennen, das sich in dieser Zeit entwickelte. Vier Prinzenränge, die Mitgliedern der Kaiserfamilie vorbehalten waren, erhoben sich über acht Ränge für die Untertanen; diese acht Ränge waren wiederum unterteilt und bildeten insgesamt dreißig Abstufungen. Die Aristokratie als Ganzes zerfiel jedoch in drei Hauptgruppen. Die ersten drei Ränge waren besonders privilegiert und waren nur einigen der Familien erreichbar, die dem Kaiserhaus zur Zeit des Taika-Geschehens am nächsten gestanden hatten. Der vierte und fünfte Rang, die von der Mehrzahl der vor-Taikazeitlichen *omi* und *muraji* eingenommen wurden, stellten den Hauptteil der höfischen Aristokratie. Unter dieser Stufe nahmen die Privilegien für die niedrigere Hofaristokratie und für die Nachkommen der alten *kuni-no-miyatsuko*, die so etwas wie einen lokalen Landadel entstehen ließen, rasch ab.

Adelsrang und öffentliches Amt brachten Sondereinkünfte und Nebeneinnahmen, die je nach Rang verschieden waren. Hoher Rang war mit einer bestimmten Quote von persönlichen Gefolgsleuten, der Nutznießung zugewiesener Ländereien, gewissen Steuerbefreiungen, einem Anteil am Außenhandel des Staates und dem Privileg verbunden, daß die Söhne den Rang erbten. Der niedrigere Adel und der Landadel erhielten Amtsland, darüber hinaus jedoch nur wenige Privilegien.

Durch die Taihō-Gesetze war die Regierungsstruktur sowohl auf zentraler wie lokaler Ebene bis ins Detail bestimmt. Wenn die Zentralregierung dem T'ang-Vorbild auch in ihrer Symmetrie und funktionellen Zweckmäßigkeit ähnlich war, so stimmte sie doch nur in wenigen Punkten völlig mit ihm überein und behielt in Wirklichkeit viele absolut japanische Züge. Zum Beispiel zerfiel die unter dem Kaiser fungierende Zentralregierung im Gegensatz zu dem chinesischen Kaisertum in zwei Hauptstellen, die Behörde für Angelegenheiten der Gottheiten (*Jingikan*) und das Regierungskabinett (*Daijōkan*). Die erste war für den Shintō-Kult des Kaisers verantwortlich, die zweite befaßte sich mit der zivilen Verwaltung des Staates. Die Beamtenschaft war nicht wie in China einer Gruppe von Regierungs- und Verwaltungsräten unterstellt – an ihrer Spitze standen statt dessen drei Kanzler. Diese waren der Großkanzler (*Daijōdaijin*), der Kanzler zur Linken (*Sadaijin*) und der Kanzler zur Rechten (*Udaijin*). Da die Ernennung zum Großkanzler im allgemeinen ehrenamtlich war, lag die tatsächliche Verwaltungsbefugnis bei dem Kanzler zur Linken oder in dessen Vertretung bei dem zur Rechten – eine Einrichtung, die der der *Ō-omi* und *Ō-muraji* unter dem Yamato-System ähnlich war.



© Abb. 5: Japan zur Zeit der Taihō-Gesetze

Die Kanzler, die durch ihre geschäftsführenden Beamten (*Benkan*) wirkten, standen acht Ministerien (*Shō*) vor. Diese zerfielen in solche zur Linken und solche zur Rechten wie folgt: Zentralministerium (*Nakatsukasa*), Ministerium für Zeremonien und Beamte (*Shikibu*), für Angelegenheiten des Adels (*Jibu*) und für Angelegenheiten des Volkes (hauptsächlich Land, Zensus und Steuern) (*Mimbu*); Kriegsministerium (*Hyōbu*), Justizministerium (*Gyōbu*), Finanzministerium (*Ōkura*) und Ministerium für den kaiserlichen Hof (*Kunai*). Ein Zensoramt wurde auf dem Papier geschaffen, hatte jedoch in der Praxis nur geringe Bedeutung. Wachen für die Hauptstadt (*Efu*) wurden aus den Provinzen rekrutiert.

Die Stellen in der Zentralregierung wurden in der Hauptsache mit Angehörigen der höfischen Aristokratie besetzt. Da die Ränge die Tendenz hatten, erblich zu bleiben, rekrutierten sich auf jeder administrativen Ebene die Beamten aus Mitgliedern der Familien, die den für die Qualifikation zu dem Amt erforderlichen Hofrang besaßen. Obwohl also das System nicht strikt auf Erbfolge basierte, da unter den Kandidaten für jede verfügbare Stellung eine beträchtliche Auswahl möglich war, bestand wenig Raum für individuelle Bewegungsfreiheit innerhalb der Beamtenhierarchie. Die chinesische Methode der Einstellung aufgrund von Fähigkeit und mittels Prüfungen wurde niemals eingeführt. Denn in der Hauptstadt wurde zwar eine Schule eingerichtet, aber sie

diente in der Hauptsache dazu, Söhne aus der Hofaristokratie, deren Positionen bereits gesichert waren, zu erziehen.

Die lokale Verwaltung nahm im Zentrum mit der Verwaltung der Hauptstadt, die in linke und rechte Bezirke geteilt war, ihren Ausgang und setzte sich nach außen zu den Provinzen (*kuni*) hin fort. Obwohl sie die alten Namen behielten, bestanden die neuen Provinzen alle aus mehreren der früheren *kuni*. Im neunten Jahrhundert betrug ihre Zahl Sechshundsechzig. Sie wurden von Gouverneuren (*Kokushi*) verwaltet, die von der Hauptstadt ausgesandt wurden, um in der Provinz Amtssitze einzunehmen, die kurz vorher als Nachbildungen der Landeshauptstadt im Kleinen errichtet worden waren.

Die Provinzen waren in Distrikte (*kōri* oder *gun*) und diese wiederum in Dorfgemeinschaften (*ri*, später *gō*) unterteilt. Da die Grenzen der Distrikte oft mit denen der alten *kuni* zusammenfielen, war es für Mitglieder der Familien, die vor der Taika-Reform *kuni-no-miyatsuko* (s.S. 43) gestellt hatten, üblich, als Distriktsvorsteher (*Gunji*) Dienst zu tun. Das neue System ordnete einen von zentraler Stelle aus ernannten Gouverneur mit hohem Hofrang den Distriktsvorstehern über, die nur den Status des Landadels erhielten; damit erreichte man, daß auf provinzieller Ebene ein starker Druck zentraler Autorität spürbar wurde. Um die Überwachung der Provinzen von der Hauptstadt aus zu erleichtern, wurde ein Straßennetz geschaffen, und die Provinzen wurden in Gruppen zusammengefaßt. Außer den Stammprovinzen (*Kinai*) wurden die der sieben Großlandschaften durch fünf Hauptstraßen erschlossen.

Vom Standpunkt der Regierung aus gesehen lag der Zweck der neu organisierten Lokalverwaltung letztlich darin, den Nutzeffekt der Landbewirtschaftung zu erhöhen und die Staatseinkünfte zu steigern. Das Edikt der Taika-Reform hatte den Grundsatz verkündet, daß die Einkommensquellen des Staates (besonders das bewässerte Reisland) Eigentum des Kaisers seien. Im Einklang mit diesem Prinzip suchte die Regierung ein System der Landbesteuerung durchzusetzen, das auf drei neuen Maßnahmen beruhte: der vollen Kontrolle über die Arbeitskräfte (basierend auf dem Zensus), der gerechten Verteilung des fruchtbaren Bodens (durch Landzuweisung) und der einheitlichen Besteuerung und gleichen Einkommensverteilung. Daß diese Maßnahmen auch nur mit einigem Erfolg durchgeführt wurden, ist einer der bemerkenswertesten Aspekte des frühen aristokratischen Zeitalters. Beginnend mit dem Jahre 670 wurden periodisch, wenn auch allmählich seltener, bis ins neunte Jahrhundert Volkszählungen veranstaltet. Sie dienten als Grundlage für die Registrierung der Landbevölkerung nach Haushalten (*ko*) und ihre Gliederung in Dorfgemeinschaften. Die Haushalte stellten den Grundmaßstab für die Landzuteilung und die Steuerveranlagung dar.

Um die gerechte Landverteilung zu erleichtern, wurde das Reisland, das nun als Staatseigentum angesehen wurde, systematisch in Felder gleicher Größe nach der als *jōri* bekannten Methode eingeteilt. Hierbei wurden die Reisanbaugebiete in Quadrate von etwa 600 m Seitenlänge gegliedert. Diese Quadrate wurden

ihrerseits wieder in 36 gleichgroße, bezifferte Quadrate (*tsubo* genannt und in der Fläche einem *chō* entsprechend) unterteilt, und jedes von diesen wurde in zehn Streifen von je einem *tan* (damals etwa zehn Ar) zerlegt. Diese Streifen wurden die Grundlage für eine zeitweilige Zuweisung an die Bebauer. Das so zugemessene Land wurde *kubunden* genannt. Noch heute sind in Japan von Nordkyūshū bis zur Kantō- Ebene die Grenzlinien des jōri-Systems sichtbar. Und da es wenig Hinweise dafür gibt, daß das Land während des siebenten und achten Jahrhunderts durch einen plötzlichen Versuch, ein unerwünschtes Feldteilungssystem durchzusetzen, besonders erschüttert wurde, müssen wir annehmen, daß die methodische Rationalisierung von Reisfeldern schon vor der Taika-Reform in Angriff genommen worden war und sich den Japanern aufgrund ihrer technischen Vorteile von selbst empfahl.

Nach dem Zuteilungssystem wurden den Bauern unter Berücksichtigung gewisser Klassifizierungen gleiche Anteile Reisland zugewiesen: Ein gesunder Mann bekam zwei *tan*, eine gesunde Frau $1\frac{1}{3}$ *tan* usw. Wer *kubunden* erhielt, war verpflichtet, die Felder ständig zu bebauen und Steuern in der Form von Kornsteuer (*so*), Webwarensteuer (*yō*) und Fronarbeit (*zōyō*) oder Kriegsdienst (*heishi-yaku*) zu entrichten. Die Steuern in Naturalien wurden zwar eingezogen, doch ließ das Transportwesen eine mühelose Verbreitung großer Mengen von Waren (z.B. Reis) nicht zu. Somit lag das Schwergewicht des Besteuerungssystems hauptsächlich auf der Arbeit, entweder für Textil- und Heimerzeugnisse oder in Gestalt von Frondienst und Kriegsdienst.

Der in der Nara-Zeit unternommene Versuch, ein Heer von Dienstpflichtigen aufzubauen, war ohne Zweifel die am wenigsten erfolgreiche der Taika-Reformen. Der Kriegsdienst wurde als eine Pflicht der männlichen Untertanen angesehen und an Stelle von Warensteuer und *zōyō* gefordert. Theoretisch wurde ein Drittel der erwachsenen Männer einer Provinz auf die Liste der Dienstpflichtigen (*heishi*) gesetzt und konnte abwechselnd zum Dienst in der Militäreinheit der Provinz einberufen werden. Während der Dauer solcher Bereitschaft (vom 20. bis zum 59. Lebensjahr) wurde von jedem Dienstpflichtigen erwartet, daß er ein Jahr in der Hauptstadt und drei Jahre an der Grenze ableistete. Solange sie im aktiven Dienst standen, mußten die Dienstpflichtigen für ihre Ausrüstung und Verproviantierung selbst sorgen – eine Last, die auf die Zensusgruppen (*ko*) fiel, aus denen die Dienstpflichtigen rekrutiert worden waren. Natürlich trug man oft dem Alter und den Umständen Rechnung, und es bestand immer die Möglichkeit, sich mit Waren und Geld als Ersatzleistung auszulösen. Den so entstandenen Heeren fehlten Disziplin und Kampfgeist, und sie sanken schließlich fast zu Arbeitstrupps herab.

Die Stadt Nara, die von 710 bis 781 als die Hauptstadt Japans fungierte, war ein Beispiel und Symbol zugleich für die Fortschritte, die das Land unter chinesischem Einfluß und aristokratischer Führerschaft machen konnte. Ihre vornehmen Paläste und öffentlichen Bauten legten von einer neuen Kaiserwürde und einer neuerworbenen nationalen Macht Zeugnis ab. Während Naras

Blütezeit nahm Japan an den Angelegenheiten Ostasiens bedeutenden Anteil; es schickte von seinem Hafen Naniwa aus neun offizielle Gesandtschaften nach dem China der T'ang (zwei weitere folgten im frühen neunten Jahrhundert) und nahm mit dem Staat Po-hai, der in der heutigen Mandschurei lag, offizielle Beziehungen auf. Außerhalb Naras setzten sich außerdem neu gebildete Heere von Dienstpflichtigen in Richtung auf Japans Grenzen mit den Ezo im Norden des Kantō-Gebiets und den Hayato in Südkyūshū in Bewegung und erweiterten den Machtbereich des Kaisers.

Noch heute sind Zeugnisse der überragenden kulturellen und geistigen Errungenschaften Naras erhalten: die äußerst geschmackvoll gestalteten Tempel aus Holz wie der Yakushiji, Shinyakushiji oder Tōshōdaiji; die künstlerischen Wunderwerke der buddhistischen Bildhauerkunst und Ikonographie, die sich im Tōdaiji finden; oder die persönlicheren Artefakten, die das Kaiserliche Schatzhaus Shōsōin birgt. Mit seinen mehr als neuntausend Gegenständen, von denen viele im Besitz des Kaisers Shōmu (Regierungszeit 724–756) waren, macht letzteres die Geschicklichkeit der einheimischen Künstler wie auch die Weite der überseeischen Beziehungen Japans deutlich. Denn in dem Speicher stehen Dinge aus China, Indien und sogar Persien neben Werken eigener Herstellung nach festländischer Tradition. In ihm finden sich die durch Außenhandel erworbenen und die von inländischen Künstlern geschaffenen Erzeugnisse, Seidenbrokate, Gold- und Bronzegefäße, Lack-, Perlmutter- und Glasgegenstände.

Wichtig sind auch die Geschichtswerke und literarischen Schöpfungen, die die Nara-Aristokratie hervorgebracht hat. Das Abfassen von offiziellen Reichsgeschichten im chinesischen Stil begann mit dem *Nihon shoki* (720), das die historische Stellung des japanischen Staates und des Kaiserhauses festzulegen suchte. Im Laufe der Zeit wurden sechs solcher Geschichten kompiliert, die über die Ereignisse am Kaiserhof bis zum Ende des neunten Jahrhunderts berichten. Provinztopographien, als *Fu-doki* (im Jahre 713 in Auftrag gegeben) bekannt, zeichnen ebenfalls die Geschichte, die geographischen Gegebenheiten und die besonderen Erzeugnisse der neugeschaffenen Provinzen auf. Zur selben Zeit änderte die Aristokratie die geschriebene chinesische Sprache nach ihren eigenen Bedürfnissen ab, um eine Fülle dichterischer Äußerungen im *Man'yōshū* (etwa 760) niederzulegen. Dieses Werk, eine Anthologie von über viertausend Gedichten im japanischen (vom chinesischen abstechenden) Stil, offenbart überaus deutlich die Empfindungsstärke und -weite des Gefühls, das von der Nara-Aristokratie gezeigt wurde, wenn sie ihren Aufgaben in der Regierung und Außenpolitik nachging und Reisen zu entfernten Amtssitzen oder entlegenen militärischen Grenzstationen unternahm.

Die Zeit des stärksten chinesischen Einflusses wurde ferner durch die Übernahme des Buddhismus, sowohl als einer herrschenden Religion wie auch als einer mächtigen Institution, gekennzeichnet. Die Bedeutung der Verbreitung des Buddhismus ist so groß, daß einige Historiker die Frühgeschichte Japans in zwei Perioden unterteilt haben: Japan vor und nach der Einführung des

Buddhismus. Die Annahme einer neuen Weltreligion muß in der Entwicklung der Kulturgeschichte eines jeden Volkes als ein bedeutender Wendepunkt angesehen werden, und das Vordringen des Buddhismus nach Japan war, ähnlich der Verbreitung des Christentums auf den britischen Inseln, ein solcher Wendepunkt. In der Tat wurde Japan durch den Buddhismus tiefer und dauernder geprägt als China selbst, und noch heute stellt Japan eine der Hauptfestungen der buddhistischen Religion in der Welt dar.

Nach der anfänglichen positiven Aufnahme, deren sich der Buddhismus unter der Protektion von Shōtoku Taishi und dem Hause Soga erfreute, versicherte auch der Adel in Zentral-Yamato die neue Religion seiner Gunst. Großartige Tempel wurden auf Staatskosten errichtet und reich mit Ländereien beschenkt, eindrucksvolle buddhistische Zeremonien wurden dem Hofritual eingegliedert, und Adelsfamilien, die sich von dem *kofun*-Bau abwandten, begannen ihre Mittel zu der Unterstützung von Familientempeln zu verwenden. Als Religion und als kulturelle Macht wurde der Buddhismus ein wesentlicher Teil aristokratischen Lebens. Im achten Jahrhundert erfreute sich der Buddhismus als Institution, im Gebiet der Hauptstadt sicher verankert und mit starkem Halt in den Provinzen, einer offiziellen Stellung, die in vieler Hinsicht stärker war als die, die die einheimischen Shintō-Kulte erringen konnten.

Dennoch verdrängte der Buddhismus den Shintō nicht. Sowohl in seinen Glaubensvorstellungen wie in seinen Praktiken sprach er einen gänzlich anderen Bereich des japanischen Lebens an als der Shintō, und er half anderen geistigen Bedürfnissen ab, ohne die Gültigkeit der älteren Tradition zu beeinträchtigen. In den meisten Fällen erwies es sich, daß die buddhistische Überlagerung der japanischen Art sehr entgegenkam; so paßte zum Beispiel die Sitte, ›Familientempel‹ (*uji-dera*) zu errichten, gut zu der Gepflogenheit, Familien- oder Ahnenschreine zu unterhalten. Wir werden sehen, daß im Lauf der Zeit verschiedene Versuche unternommen wurden, um eine vollständige Verschmelzung der beiden Religionen zu erreichen, doch blieb der Shintō das wesentliche Bindeglied zwischen dem japanischen Volk einerseits und seinem Gesellschaftssystem und seiner Heimat andererseits.

Der Buddhismus spielte in Japan drei wichtige Rollen. Erstens stellte er eine Religion dar und brachte daher ein neues Gebäude von Glaubensvorstellungen und frommen Verhaltensweisen nach Japan. Zweitens war er eine überstaatliche religiöse Institution mit Wurzeln auf dem Festland und als solche sehr bedeutsam für die Übertragung chinesischer Kultur nach Japan. Drittens wurde er als einheimische Religionsgemeinschaft, die auf sozialem Gebiet einflußreich und wirtschaftlich stark war, ein wichtiger Machtfaktor in der Politik des Landes.

Als Religion hatte der Buddhismus im siebenten Jahrhundert natürlich ein ganz anderes Aussehen als heute. In dieser frühen Zeit wußte man, mit Ausnahme einiger Teile der Priesterschaft, wenig von Metaphysik, und die Vorstellung von der persönlichen Erlösung mußte weitgehend erst noch

entwickelt werden. Der Buddhismus wurde hauptsächlich wegen seiner magischen Gewalt und seiner Macht, Unheil abzuwenden oder die Gläubigen und Guten zu belohnen, mit Ehrfurcht betrachtet. Am frühesten verehrte man daher Manifestationen von Buddha, bei denen man sich von ihm einen direkten Nutzen versprechen konnte: als Yakushi (Buddha der Medizin), Shitennō (die Vier Himmlischen Herrscher) und Kannon (Buddha der Barmherzigkeit). Es wurden Tempel gestiftet und mit Priestern belegt, damit diese Sutren läsen, denen man schützende Kräfte zuschrieb. Die sechs Nara-Sekten, im wesentlichen Priestergruppen, die sich dem Studium bestimmter Sutren widmeten, sah man als eine wichtige Einrichtung zum Schutz des Staates an. Ein ganzes Netz von »staatsschützenden« (*gokoku*) Tempeln wurde nach und nach errichtet. In diesen ersten Jahrhunderten seines Auftretens in Japan hatte der Buddhismus für den Laien wenig Einfluß auf das tägliche Leben.

Die Rolle des Buddhismus als Vermittler chinesischer Kultur kann in diesen Jahren gar nicht überschätzt werden. Der Buddhismus war in die chinesische Kultur eingegliedert worden, und das bedeutete, daß seine gesamte Architektur, Ikonographie und alle seine Priesterorden stark chinesisch beeinflusst waren und die buddhistischen Schriften in chinesischer Übersetzung nach Japan gelangten. Von den gebildeten Chinesen, die in der Nara-Zeit nach Japan kamen, waren fast alle buddhistische Priester, die von ihrem Glaubenseifer dazu getrieben worden waren, die gefährliche Fahrt über das Meer zu wagen. Dagegen ist nicht bekannt, daß auch nur ein einziger hervorragender konfuzianischer Gelehrter nach Japan einwanderte. Somit ging vieles von dem, was die Japaner von dem China der T'ang lernten, durch den Filter des Geschmacks und der Ansichten der buddhistischen Priesterschaft. Chinesische Priester verbreiteten in Japan Kenntnisse der chinesischen Literatur, Kunst, Mathematik und Medizin und halfen Pläne für Brücken oder Bewässerungsanlagen entwerfen. Natürlich erwiesen sich die Japaner bei allen diesen Dingen als geschickte Schüler, so daß heute einige der besten Beispiele für die T'ang-Architektur und -Kunst in der Umgebung von Nara zu finden sind.

Das Hervortreten einer buddhistischen Institution mit wirtschaftlicher und politischer Macht geschah langsam, als das Ergebnis privater und öffentlicher Unterstützung, die um des Schutzes und der Vergrößerung irdischen Prestiges und Wohlergehens willen gewährt wurde. Daß sich politische und religiöse Interessen mischten, läßt sich am deutlichsten in Nara feststellen, wo als einer der achtundvierzig Tempel der Stadt der große Tōdaiji, höchster aller Staatstempel und Haustempel der Kaiserfamilie, errichtet wurde. Die Bedeutung des Tōdaiji als Zentrum der religiösen Staatsfeiern für den Kaiser und zum Schutz des Landes bedarf näherer Erläuterung.

Die offizielle Sitte, buddhistische Orden zu ersuchen, Schutz gewährende Sutren zu lesen, kam in Japan früh auf, aber sie als einen Grundsatz der Staatsführung zu üben, fing man planmäßig wahrscheinlich erst mit der Einführung der Kegon-Sekte im Jahre 736 an. Auch in China hatte die Kegon-

Sekte (chin. Hua-yen) den Bedürfnissen des Staates am besten entsprochen. Im Jahre 741 ordnete die Nara-Regierung Stiftungen für die Gründung von Tempeln dieser Sekte in ganz Japan an – einer in jeder Provinz, in enger Verbindung mit den Provinzialhauptstädten. Sie sollten aus einem Provinzial-Männerkloster (*Kokubunji*) und einem ebensolchen Nonnenkloster (*Kokubunniji*) bestehen und darauf eingerichtet sein, Schutz gewährende Sutren zu festgelegten Zeiten während des ganzen Jahres und in Zeiten nationaler Notlage zu lesen.

Der Tōdaiji war der *Kokubunji* der Hauptprovinz Yamato und stand außerdem an der Spitze aller *Kokubunji*. Im Jahre 747 erteilte Kaiser Shōmu den Befehl, mit der Arbeit an einer gigantischen Statue des Roshana Buddha, der Zentralfigur im Pantheon der Kegon-Sekte, die in der ›Halle des Großen Buddha‹ im Tōdaiji aufgestellt werden sollte, zu beginnen. Es heißt, zu dieser riesigen Statue von 16 m Höhe seien annähernd drei Millionen Pfund Kupfer, Zinn und Blei und etwa 13000 Pfund Gold benötigt worden. Dies belastete die Finanzen und Kräfte des neuen Staates bis zum äußersten. Bei der großen Zeremonie des ›Augenöffnens‹ im Jahre 752 jedoch wurde Japan buchstäblich der Mittelpunkt der buddhistischen Welt in Ostasien, denn offizielle Vertreter und Mönche kamen selbst aus so entlegenen Ländern wie Champa und Indien nach Japan. Die eigentliche Bedeutung des Großen Buddha aber lag darin, daß er Roshana, den allumfassenden Buddha und das Symbol der geistigen Einheit des Universums, darstellte. Wenn sich Kaiser Shōmu auch als ›Sklaven‹ von Roshana bezeichnete, so konnte er doch trotzdem behaupten, er nehme die jenem entsprechende Stellung auf Erden ein. Denn wie Roshana über das Universum in allen seinen Manifestationen wachte, so sicherte der Kaiser die Einigkeit seines Staates. Hiermit hatte die Verwendung der religiösen Prinzipien zur Stärkung des Staatswesens ihren Höhepunkt erreicht.

Die Kaiserherrschaft erhielt also außerhalb des Shintō und mehr als in diesem im Buddhismus eine Reihe von mächtigen religiösen Sanktionen zu ihrer Unterstützung. Man muß jedoch beachten, daß die Beziehung zwischen der weltlichen Macht und der buddhistischen Institution derjenigen ähnlich blieb, die zwischen Staat und Shintō bestand. Die buddhistische Priesterschaft führte nicht wie der Papst eine geistliche Herrschaft ein, die die Macht des Kaisers überstieg. Die Gefahren in dem Verhältnis zwischen Staat und religiöser Institution bestanden also hauptsächlich darin, daß sich Priester – mittels Begünstigung oder durch Infiltration in hohe Ämter – in Regierungsangelegenheiten einmischten.

Die Protektion, die der Buddhismus von der Kaiserfamilie und der Nara-Beamtenschaft erhielt, führte schließlich zu Problemen dieser Art. Nicht nur erschöpften die Bedürfnisse der buddhistischen Institution die staatlichen Geldmittel, sondern die Priesterschaft wurde auch mehr und mehr in Staatsangelegenheiten verwickelt: das Gießen des Großen Buddha hatte hier neue Möglichkeiten der Einflußnahme eröffnet. Wenn auch die Taihō-Gesetze eine Sammlung von Verordnungen für die Priesterschaft enthalten hatten und

wenn auch z.B. die Priesterweihen streng überprüft wurden, so versuchte man doch kaum, die zivilen und religiösen Institutionen getrennt zu halten. Und überdies wurde die Priesterschaft beständig von Mitgliedern des Nara-Adels ergänzt. Entweder direkt oder mittelbar übte das Leben als buddhistischer Priester auf den Adel Anziehungskraft aus; auch Kaiser und Kaiserinnen zogen sich ins Klosterleben zurück oder ließen überzählige Mitglieder ihrer Familien Mönch oder Nonne werden. Für die Ehrgeizigen bot die Priesterschaft außerdem die einzige Möglichkeit des Aufstiegs, die nicht durch den Familienstatus eingeschränkt war.

Die Gefahren der Einmischung der Priester in die Regierung zeigten sich plötzlich und in spektakulärer Weise in dem bekannten Verhältnis zwischen der Kaiserin Kōken und dem Priester Dōkyō. Durch ihre Gunst wurde Dōkyō im Jahre 764 zum Großkanzler ernannt, und im Jahre 766 erhielt er den Titel Hōō, der traditionsgemäß Mönchskaisern vorbehalten war. Im Jahre 770 machte Dōkyō einen dramatischen Versuch, den Thron selbst zu gewinnen, doch der Widerstand von Höflingen in leitender Stellung und der rechtzeitige Tod der Kaiserin führten seinen Fall und seine Verbannung herbei. Dieser Zwischenfall wurde innerhalb der Kaiserfamilie und der Leute am Hof, die sie unterstützten, zum Anlaß für eine starke Reaktion gegen die politische Einflußnahme des Buddhismus. Während die Kaiserregierung in China die buddhistische Gefahr durch eine Reihe von drastischen Verfolgungen und Konfiszierungen von Besitz beseitigte, ging man in Japan typischerweise auf einem Umweg daran, dieses politische Problem zu lösen. Der Kaiser und sein Hofstaat sollten Nara kurzerhand seinen Tempeln überlassen, um in eine neue Hauptstadt zu ziehen.

II. Heian und die Herrschaft der Fujiwara

Auf den Dōkyō-Zwischenfall hin machte die Kaiserfamilie einen energischen Versuch, dem Einfluß der buddhistischen Klöster zu entrinnen. Glücklicherweise war Kaiser Kammu, der im Jahre 781 auf den Thron kam, eine starke Führungspersönlichkeit, gewillt, die Leitung der Staatsgeschäfte fest in die Hand zu nehmen. Kammus Regierungszeit (781–806) und in geringerem Maße die seiner drei Nachfolger brachten eine Periode der Stärkung der Regierung und institutioneller Neuerungen, die die unabhängige Macht der Kaiserherrschaft für kurze Zeit Wiederaufleben ließen. Kammus erste Unternehmung war seine dramatischste. Nara wurde im Jahre 784 als Hauptstadt aufgegeben, und nach einem mißglückten Versuch, den Hof in Nagaoka neu zu etablieren, wurde im Jahre 794 die neue Hauptstadt Heian (das heutige Kyōto) bezogen. Die neue Metropole war größer als ihre Vorgängerin, sie maß etwa 4800 × 5300 m im Geviert. Sie lag außer Reichweite der großen buddhistischen Klöster in Nara, denen man die Verlegung ihres Hauptsitzes in die neue Hauptstadt verweigert hatte.

Von Heian aus wandte Kammu seine Aufmerksamkeit verschiedenen entscheidenden Aufgaben der Staatskunst zu. Um die zentrale Verwaltung zu straffen, richtete er neue Regierungsämter ein, die mehr direkte und wirksame Macht in die Hände des Souveräns und seiner engsten Ratgeber legten, indem sie einen Großteil des Taihō-Verwaltungsapparates umgingen. Es waren dies ein neues beratendes Gremium von Kaiserlichen Räten (*Sangi*), ein neues Amt mit Exekutivgewalt, genannt Archivbüro (*Kurōdo-dokoro*) und eine neue Stelle zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, die Behörde der kaiserlichen Polizei (*Kebiishi-chō*). Dem Versuch, die Provinzialverwaltung und die Steuereintreibung zu verbessern, diente die Ernennung von die Provinzen bereisenden Inspektoren mit neuen Vollzugsvollmachten. Unter der Führung von Sakanoue-no-Tamuramaro (758–811) wurden mit neuer Energie Grenzkriege mit den Ezo ausgefochten, und im Jahre 792 wurden die schwerfälligen und schlecht trainierten Heere von Dienstpflichtigen zugunsten eines Systems lokaler Miliz (genannt *kondei*), die sich aus dem Landadel der Provinzen rekrutierte, aufgegeben. Schließlich veranlaßten Kammu und seine Ratgeber, daß zwei neue buddhistische Sekten protegiert wurden, die sowohl aufgrund ihrer Lehre wie auch ihrer Bereitschaft, sich aus politischen Dingen herauszuhalten, den Bedürfnissen des Hofes besser entsprachen. Von diesen wurde die Tendai-Sekte im Jahre 805 von Saichō (oder Dengyō Daishi, 767 bis 822) gegründet, dem bei seiner Rückkehr von einem einjährigen Studienaufenthalt in China gestattet wurde, am Abhang des Hiei-Berges, genau im Norden der Hauptstadt, das Kloster Enryakuji zu errichten. Der Mönch Kūkai (besser bekannt als Kōbō Daishi, 744–835) kehrte im Jahre 806 aus China zurück, um die Shingon-Sekte zu gründen. Das Kloster, das ihm als Hauptsitz diente, wurde auf dem Berg Kōya, im Inneren der Provinz Kii, südlich der Hauptstadt, erbaut. Beide neuen Sekten brachen mit der Tradition, die die Nara-Sekten in solch nahe Nachbarschaft zu dem politischen Geschehen gebracht hatte: Tempel innerhalb der Stadt zu errichten. Als dem Tendai-Kloster auf dem Hiei-Berg im Jahre 827 erlaubt wurde, eine selbständige Weihbühne aufzustellen, war das Monopol der Nara-Sekten tatsächlich zerschlagen.

Die neue Hauptstadt erlebte eine fast ein halbes Jahrhundert lang stabile Regierung, die noch den im Taihō-Kodex niedergelegten Grundsätzen folgte. Danach jedoch erfuhren der Charakter der japanischen Regierung und die Lebensweise der Aristokratie tiefgreifende Veränderungen, wenn auch die Stellung des Hofes in Heian noch drei Jahrhunderte lang unangefochten blieb. Zuerst wurden nur langsam Anzeichen für eine unterschwellige Neuordnung des japanischen Lebens sichtbar, aber die Richtung des Umschwungs war bald unverkennbar. Dadurch, daß man an der Spitze des Staatsgefüges allmählich die Taihō-Vorstellung von einem starken Kaiser, der durch seine persönliche Beamtenschaft regierte, aufgab, wurde eine neue Verteilung der Macht herbeigeführt, wobei die Person des Kaisers den größten Teil ihres politischen Einflusses gegenüber den wettstreitenden Interessen der Großfamilien am Hof

und den buddhistischen Klöstern verlor. Schließlich erlangte die Fujiwara-Familie eine Vormachtstellung am Hof, und die Folge davon war, daß der Kaiser, obwohl er noch der unbestrittene Souverän war, wieder in eine Rolle zurückgedrängt wurde, die der glich, die er in der Yamato-Zeit innegehabt hatte: nämlich in die eines heiligen Friedenstifters und eines Mannes, dessen Billigung äußerste Rechtmäßigkeit bedeutete.

Als die aristokratischen Familien ihre Stellung in der Hauptstadt und in den Provinzen festigten, vollzog sich gleichzeitig eine allgemeine Rückkehr zum patrimonialen System in Verwaltungsangelegenheiten. Schließlich sollte die Taihō-Methode der Landüberwachung einer Art privaten Grundbesitzes, bekannt als *shōen*, Platz machen. Und als dann die zentralisierte Kontrolle des Landes schwächer zu werden begann, übernahm in den Provinzen eine Militäraristokratie allmählich die Führung. Wenn diese Veränderungen auch den Taihō-Gesetzen als solchen ein Ende machten, so beeinträchtigten sie doch die Macht oder den Reichtum der Hofaristokratie nicht unmittelbar. In Kyōto führten die *kuge* (s.S. 54) weiter ein Leben in Überfluß und Eleganz, das nun, fast gänzlich von China abgeschnitten, besonders in der Kunst und Literatur mehr und mehr zu einem Geschmack eigener Prägung tendierte. Das Leben am Heian-Hof, wie es in dem großen Roman des elften Jahrhunderts, der *Geschichte vom Prinzen Genji*, geschildert wurde, sollte den Japanern als das wahre Ideal der aristokratischen Lebensart im Gedächtnis bleiben.

Der Aufstieg der Fujiwara-Familie zu einer Vorrangstellung am Heian-Hof ging in jenem langsamen Tempo vor sich, das für so vieles in der politischen Entwicklung Japans charakteristisch war. Und anfangs wurde die Kaiserfamilie auch nicht von der Möglichkeit beunruhigt, daß sich die Fujiwara als gefährliche Rivalen erweisen könnten, denn seit vielen Jahrhunderten dienten die Fujiwara dem Kaiser loyal und unterstützten ihn häufig in seinem Bemühen, die Macht am Hofe zu behalten. Die Anfänge der Fujiwara gehen auf den Taika-coup d'état zurück. Unter den Führern, die sich gegen die Soga verschworen, war Nakatomi-no-Kamatari, der später hohe Ämter und Ehren erhielt und den Nachnamen Fujiwara erwarb. Außerdem heirateten drei Töchter Kamataris in die Kaiserfamilie. Die ganze Nara-Zeit über traten häufig Mitglieder der wachsenden Fujiwara-Sippe als maßgebliche Männer in den Staatsangelegenheiten in Erscheinung, und wenn sich die Gelegenheit bot, stellte die Sippe weiterhin Gemahlinnen für den regierenden Kaiser. Während des siebenten und achten Jahrhunderts gelang es jedoch dem Kaiserhaus, sich aufgrund entweder der Fähigkeit seiner eigenen Angehörigen, die als Staatskanzler amtierten, oder der Hilfe der buddhistischen Institution eine Herrscherstellung zu bewahren.

Diese Quellen der Unterstützung erwiesen sich aber beide gegen Ende der Nara-Periode als unzuverlässig. Die Gefahr einer Machtanmaßung durch die buddhistische Priesterschaft wurde schließlich durch die Verlegung der Hauptstadt gebannt. Innerhalb der Kaiserfamilie lag das Problem in dem

Parteigeist und der Rivalität, und um diese Bedrohung zu verringern, begann Kaiser Shōmu damit, überzählige Familienmitglieder im Rang herunterzusetzen und ihnen Nachnamen als ›Untertanen‹ des Kaisers zu geben. Dies war der Ursprung von Geschlechtern wie Tachibana, Taira und Minamoto – Familien, denen ihr neuer Stand als Mitglieder des Hofadels den Zugang zum Thron verwehrte, aber von denen man erwartete, daß ihre direkte Abstammung von der kaiserlichen Linie sie zu loyalen Verteidigern der kaiserlichen Prärogativen machte. Trotzdem behaupteten die Fujiwara während der ganzen Nara-Periode ununterbrochen eine führende Stellung unter den Familien am Hofe. Tatsächlich war es ein Fujiwara, der den Widerstand gegen Dōkyō geleitet hatte, und der Mann, der den Beschluß zur Verlegung der Hauptstadt angeregt hatte, ebenfalls.

Kurz nach dem Umzug in die neue Hauptstadt kam die interne Rivalität, die die Fujiwara in eine Anzahl konkurrierender Gruppen gespalten hatte, zu einem Ende, und die nördliche Zweigfamilie, auch Hokke genannt, errang den unbestrittenen Vorsitz in der Sippe. Yoshifusa (804–872), der als ein fähiger Ratgeber des Kaisers wirkte, kennzeichnete die endgültige Machtübernahme seiner Familie, als er im Jahre 857 die ungewöhnliche Auszeichnung der Ernennung zum Großkanzler erhielt. Im nächsten Jahr gelang es ihm, den unmündigen Kaiser Seiwa, seinen eigenen Enkel, auf den Thron zu bringen, während er selbst den Titel ›Regent‹ (*Sesshō*) annahm. Nicht nur wurde die Inthronisation eines Minderjährigen als regelwidrig angesehen, sondern es war auch das erstemal, daß ein anderer als ein kaiserlicher Prinz das Amt eines Regenten eingenommen hatte. Noch regelwidriger war, daß er, auch nachdem der Kaiser volljährig geworden war, die Regentschaft weiterführte. Als im Jahre 884 Mototsune (836–891), der Nachfolger Yoshifusas als Oberhaupt der Fujiwara, für Kaiser Kōkō (Regierungszeit 884 bis 887) Regent wurde, nahm er den Titel *Kampaku* an, der später die übliche Bezeichnung für den Regenten eines volljährigen Kaisers wurde. Von da an wurden das Monopol der Fujiwara auf diese kombinierten Amtstitel (*Sesshō-Kampaku*) und das Privileg, Gemahlinnen für das Kaiserhaus stellen zu dürfen, für die nächsten zwei Jahrhunderte die Grundlage für eine mächtige Herrschaft über das kaiserliche Ministerium und den Heian-Hof.

Das soll aber nicht heißen, daß die Fujiwara keine Rivalen hatten. Von Zeit zu Zeit vermochte das Kaiserhaus andere Familien gegen die Fujiwara auszuspielen oder die Ernennung eines *Kampaku* zu vermeiden. Und schließlich schuf das Kaiserhaus selbst eine von der Person des Kaisers losgelöste Basis, von der aus es sich wirkungsvoll am Machtkampf bei Hof beteiligen konnte. Dies war das Amt des abgedankten Kaisers (*In*), das im Jahre 1086 eingerichtet wurde; von hier aus konnten aufeinanderfolgende Ex-Kaiser Familien- und Verwaltungsangelegenheiten in Konkurrenz mit den Fujiwara regeln.

Nach dem Jahre 986 jedoch, als die Fujiwara einen entscheidenden Sieg über ihre restlichen Rivalen am Hof errangen, war ihre Herrschaft annähernd hundert Jahre lang beinahe despotisch, und wenige konnten ohne ihre Zustimmung in

hohe Ämter berufen werden. Der Höhepunkt dieser Ära der Fujiwara-Herrschaft kam unter Michinaga (966–1027), der den Hof in Kyōto wirklich dreißig Jahre lang regierte. Vier Kaiser waren seine Schwiegersöhne und drei weitere seine Enkel. Michinaga soll das Gedicht verfaßt haben »Wenn ich es bedenke, so ist diese Welt in der Tat meine Welt, und ich kann auch keinen Makel an dem vollen Mond sehen.«

Der Aufstieg der Fujiwara in die Machtpositionen des Staates war von einer Reihe von grundlegenden Änderungen in der Art und Weise, wie Japan regiert wurde, begleitet. Die Dezentralisation der Staatsgewalt führte dazu, daß eine Art patrimonialer ›Sippenherrschaft‹ auftrat, die sehr an das alte *uji*-System erinnerte. Es mag in der Tat einfach so gewesen sein, daß ein Verwaltungsverfahren, das sich aus sehr früher Zeit innerhalb der aristokratischen Familien erhalten hatte, wieder auftauchte. Da die Adelsfamilien und Klöster mit den Worten E.O. Reischauers »vielfach Nachfolger der alten Zentralregierung« wurden, waren sie verpflichtet, sich innerhalb ihrer eigenen Niederlassungen um eine stattliche Anzahl administrativer und leitender Ämter zu kümmern. Wir dürfen also annehmen, daß die ›privaten‹ Verwaltungsmethoden, mit denen die großen *uji* ihre Angelegenheiten geregelt hatten, plötzlich wieder ins Licht der Öffentlichkeit kamen, als eine Sippe, wie im Fall der Fujiwara, tatsächlich als Teil der Regierung zu fungieren begann. Es wird oft gesagt, daß die Verwaltungsbehörde der Fujiwara, das *Mandokoro*, das eigentliche Zentrum der Heian-Regierung wurde. Aber ebenso wie die Fujiwara keine Usurpatoren kaiserlicher Prärogativen waren, war die Ausübung ›privater‹ Macht in dem legitimen Verantwortungsbereich, den der Besitz eines hohen Amtes und weiter Ländereien mit sich brachte, inbegriffen.

Gegen Mitte des zehnten Jahrhunderts können wir dann feststellen, daß der japanische Staat und seine Regierung von dem bürokratischen Prinzip, dem die Taihō-Gesetze Gestalt gegeben hatten, fast ganz abgekommen waren. Die erste der chinesischen Vorstellungen von der Regierung, von der man sich trennte, war vielleicht die fundamentalste, nämlich die Auffassung, daß der Staat ein Eigenleben habe, das das der Gruppe von Adligen, die seine Beamtschaft bildeten, umschließe und übersteige. Als im neunten Jahrhundert solche Praktiken wie die Neuverteilung von Land, das Prägen von Münzen, die Abfassung von offiziellen Reichsgeschichten und die Gepflogenheit, Gesandtschaften nach China zu schicken, aufgegeben wurden, zeugte das nicht nur von einer Entfremdung zwischen dem Hof in Kyōto und T'ang-China, sondern auch von tiefwurzelnden Veränderungen in dem Verhältnis zwischen politischer Macht, sozialem Status und Einkommen aus Grundbesitz innerhalb der herrschenden Schicht in Japan. Die höfische Gesellschaft hatte begonnen, sich so umzubilden, daß die soziale und die politische Hierarchie beinahe wieder – wie in den Tagen vor der Taika-Reform – identisch geworden waren. Als Folge davon wurde der umständliche Verwaltungsapparat, der im Taihō-Kodex festgelegt worden war, überflüssig. Doch in typisch japanischer Weise wurde

dieser Apparat niemals wirklich abgeschafft. Er wurde nur auf zeremonielle Funktionen beschränkt und diente so mehrere Jahrhunderte lang als Rahmen für den wirklichen Machtkampf.

Die Fujiwara-Familie bietet nur das deutlichste Beispiel dafür, wie Sippen am Hof mit ihren eigenen, in ihr Familiensystem eingebauten Verwaltungsmethoden buchstäblich staatliche Institutionen wurden. Von den Fujiwara lernen wir, daß die Adelshäuser in Japan auch weiterhin nach dem Muster der *uji* organisiert waren, d.h. Zweigfamilien scharten sich um eine zentrale Figur, die als Oberhaupt des *uji* fungierte. In dem *uji* der Hokke Fujiwara lag die höchste Gewalt stets bei dem Oberhaupt der Hauptlinie der Hokke. Der *uji*-Älteste (nun *uji-no-chōja* genannt) amtierte nicht länger als Priester, aber die Familie behielt ihren Ahnenschrein, Kasuga Jinja, und ihren Haustempel, Kōfukuji, die beide in Nara lagen, und natürlich wurde von dem *uji*-Oberhaupt erwartet, daß es die Familienrituale beibehielt und diese und andere religiöse Einrichtungen in spürbarer Weise begünstigte.

Das Oberhaupt der Fujiwara-Sippe fungierte als Richter und Sachwalter (*Bettō*) der Familieninteressen. Es führte den Vorsitz im Familienrat (*Hyōjōshū*) und koordinierte die Tätigkeiten verschiedener leitender Stellen, wie der Verwaltungsbehörde (*Mandokoro*), der Behörde für militärische Belange (*Samuraidokoro*) und des Berufungsgerichts (*Monchūjo*). Ähnliche Ämter entstanden, als das Kaiserhaus seine Regierung des abgedankten Kaisers einführte, so daß wir annehmen dürfen, daß andere Familien am Hofe und auch Klöster diesem Muster einer einfachen, aber direkten Verwaltung folgten, um ihre internen Angelegenheiten zu überwachen und ihren zunehmenden Landbesitz zu ordnen. Die Bewirtschaftung des Bodens sollte in der Tat eine Sache von höchster Wichtigkeit werden, da unter dem *shōen*-System des Besitztums die fiskalische Basis der Regierung dezentralisiert wurde.

Das Anwachsen des privaten Landbesitzes resultierte nicht aus einem einzelnen Mangel in den Taihō-Gesetzen noch aus irgendeiner besonderen Form der Ausbeutung durch die Aristokratie. Vielmehr ging die Ausbreitung persönlicher Privilegien, die die Grundlage für die Besitztümer bildeten, auf vielen Ebenen vor sich und rührte von einer Reihe paralleler Entwicklungen her. An der Spitze, unter der Aristokratie, machte sich bei den Ländereien für den Lebensunterhalt, den Rangfeldern und dem Amtsland, die als offizielle Unterhaltsbasis zugeteilt worden waren, die Tendenz bemerkbar, in den Zustand unkündbaren Besitzes zurückzugleiten. Am anderen Ende der Stufenleiter der Landrechte nahm unter den Bebauern der permanente Landbesitz langsam, aber ständig zu. Die Gründe hierfür waren sowohl die allmähliche Aufgabe der Maßnahme der Landneuverteilung (die letzte in den inneren Provinzen ist für das Jahr 844 bezeugt) wie auch die Möglichkeit, die die Bauern hatten, private Reisfelder außerhalb des Staatslandes – gewöhnlich durch Urbarmachung – zu gewinnen.

Die Erschließung neuen Ackerbodens war in der Tat die direkteste und am wenigsten zweifelhafte Methode, in den privaten Besitz von Reisland zu gelangen. Die ständige Nachfrage nach mehr Zuteilungsland nötigte die Regierung, die Urbarmachung zu fördern und in der Form von Sonderrechten über die neuen Felder häufig einen Ansporn hierzu zu geben. So gestattete man Leuten, die Land urbar machten, zuerst, ihre Felder für eine, zwei oder sogar drei Generationen in Besitz zu behalten. Als jedoch Kaiser Shōmu im Jahre 743 neu kultiviertes Land von der Eingliederung in das *kubunden*-System ausnahm und erlaubte, daß die Leute, die es urbar gemacht hatten, es für immer behielten, wurde das Grundprinzip des Staatslandes verletzt.

Die fundamentalste Abweichung von dem Taihō- System kam aber, als zusätzlich zu privatem Besitz verschiedene Steuerfreiheiten erreicht wurden. Schritt für Schritt schwanden die lebenswichtigen Bestandteile einer unabhängigen Herrschaft des Staates über das Land dahin: zunächst, als Steuerbefreiungen gewährt wurden, später, als die Befreiung von der zivilrechtlichen oder strafrechtlichen Jurisdiktion lokaler Beamten zugebilligt wurde. Erlangte man die Befreiung von Feldsteuern, so begann das damit, daß man keine Kornsteuer (*fuyūso*) mehr zu entrichten brauchte; diese Vergünstigung erstreckte sich dann auch auf andere Kategorien. Bei Schreinen und Tempeln war es üblich, daß sie irgendwelche Sonderrechte für ihre Ländereien besaßen. Auch dem Hofadel wurde für bestimmte Besitzungen Steuerfreiheit gewährt. All diese Privilegien konnten durch amtliche Maßnahmen oder durch Einflußnahme bei Hofe erweitert werden. Das höchste Privileg, nämlich dasjenige, das freie Ländereien zu wirklichem Privatbesitz machte, bestand darin, daß Katasterinspektoren und Polizeibeamte der Provinzialregierung in amtlicher Funktion das Gebiet nicht betreten und überwachen durften (*funyū*). Sobald man dieses höchste Privileg erworben hatte, waren die sich ständig ausdehnenden privaten Besitzungen dem Einflußbereich der kaiserlichen Lokalregierung entzogen. Dies war der Anfang dessen, was die Japaner als vollkommene *shōen* (oder *ichien-shōen*) bezeichneten: Ländereien in Privatbesitz, in denen der Eigentümer die meisten Verwaltungsaufgaben sowie alle finanziellen Rechte, die früher der Zentralregierung zugekommen waren, übernahm.

Besitztümer dieser Art tauchten im achten Jahrhundert in Japan nur sporadisch auf, ihre Zahl nahm danach aber ständig zu. Da die Privilegien und Freiheiten, die *shōen*-Eigentümer erlangen konnten, durch offizielle Anerkennung gesichert wurden, trugen verschiedene andere Vorgänge, die damit in Beziehung standen, zu der Vergrößerung der *shōen* und ihrer territorialen Homogenität bei. Es gab einen gewissen Zuwachs durch Ankauf, aber größtenteils wurden freie Ländereien dadurch zu immer umfangreicheren Parzellen, daß sie angrenzende Besitztümer in Treuhandschaft dazugewannen. Man schätzt, daß im dreizehnten Jahrhundert, als diese Entwicklung ihren Höhepunkt erreicht hatte, das gesamte Land in etwa fünftausend einzelne *shōen*-Gerichtsbarkeiten zerfiel. Da die Zahl der Haupteigentümer nur einige hundert

betrug, war es offensichtlich so, daß jedem mehrere weit verstreute Besitzungen gehörten. Zum Beispiel war Fujiwara Yorinaga im Jahre 1150 Herr über zwanzig *shōen* in neunzehn Provinzen. Um das Jahr 950 besaß der Tōdaiji, der sich in Nara befand, in dreiundzwanzig Provinzen *shōen* mit einer Gesamtfläche von über 560000 Ar, während der Iwashimizu-Hachiman-Schrein vierunddreißig *shōen* in sechs Provinzen unter sich hatte.

Obwohl der Eindruck erweckt wird, daß die *shōen* durch eigensüchtige, bei Hofe und auf religiösem Gebiet geltend gemachte Einflußnahme widerrechtlich erworben wurden, entstanden die meisten von ihnen in Wirklichkeit rechtmäßig als anerkannte Einrichtungen innerhalb des legalen Rahmens der Taihō-Gesetze. Als eine Folge davon wurden schließlich viele der Verwaltungs- und Besteuerungsmethoden, die unter dem kaiserlichen Lokalregierungssystem angewandt worden waren, in den inneren Aufbau der *shōen* einbezogen. Das ›*shōen*-System‹ wurde mit anderen Worten eine Regierungsform, die nur noch in Resten von den alten kaiserlichen Institutionen abhängig war.

Gewöhnlich stellte das *shōen*-System ›Eigentümer‹ in verschiedenen Abstufungen und Verwalter in verschiedenen Rängen über die Arbeiter, die den Hauptteil der Einwohner der *shōen* ausmachten. An der Spitze stand der Haupteigentümer (*ryōshu* oder *ryōke*), auf dessen Namen Sonderrechte gewährt worden waren. Oft gab jedoch ein solcher Eigentümer seine Besitzungen wieder an einen ›Beschützer‹ (*honke*) als Treuhänder weiter, dessen hohe Stellung bei Hofe eine letzte Sicherheit für die Rechtmäßigkeit darstellen sollte. Da die meisten Besitzer fern von ihren Ländereien lebten, waren sie auf eine Gruppe von Beamten (*shōkan*) angewiesen, die ihre Gebiete verwalteten, Abgaben einzogen und Fronarbeit in Anspruch nahmen. Durch die *shōkan* schufen die Eigentümer die Grundlagen der Finanzverwaltung, der polizeilichen Sicherung und der allgemeinen Überwachung, die gewöhnlich die Basis einer Lokalregierung bildeten. Die wirklichen Bebauern des Landes (*shōmin*) waren bäuerliche Grundbesitzer (*myōshu*), die bestimmte Eigentumsrechte hatten, oder die von ihnen abhängigen Landarbeiter.

Nach dem *shōen*-System war jede Stellung in der Hierarchie der Beziehungen zum Land, ob *ryōke*, *shōkan* oder *myōshu*, mit gewissen Rechten oder Pflichten ausgestattet, die wiederum bestimmte Ansprüche auf den Ertrag des Landes erlaubten. Die Natur dieser Beziehungen und das Ausmaß dieser Ansprüche wurden in einer Vorstellung ausgedrückt, die ein Hauptbestandteil des *shōen*-Systems wurde, nämlich dem Gedanken des ›Amtes‹ oder *shiki*. Innerhalb der *shōen* diente die *shiki*-Vorstellung dazu, das Verhältnis zwischen Eigentumsrechten und Einkommen rechtlich festzulegen. Zum Beispiel besaßen die *ryōshu* das als *ryōshu shiki* bekannte Amt, das sowohl die Art des Besitzes (*ryōchi*) bestimmte als auch die Form und Höhe der Abgaben an den Eigentümer wie Grundsteuer (*nengu*), Ertragssteuer (*kachishi*) und Dienstleistungssteuer (*kuji*). Somit erhielten die Grundeigentümer in Japan einen Teil des Ertrages des gesamten Besitztums, nicht, wie in Europa üblich, die Einkünfte aus bestimmten

Feldern oder Domänen. *Shiki* legten auch die Rechte und Einkommen der niedrigeren ›Ämter‹ innerhalb der *shōen*, wie die der Verwalter oder Bebauer, fest. Jede Art von *shiki* bekam das seinem zuerkannten Landanteil angemessene Einkommen. *Shiki* wurden also mit Grundbesitz selbst gleichbedeutend. Sie waren erblich, teilbar und innerhalb der Grenzen, die für jede Stufe in der *shōen*-Hierarchie galten, sogar übertragbar.

Natürlich ließen die *shōen* letzten Endes eine Form von Landrecht und lokaler Verwaltung entstehen, die sich als dem Geist der Taihō-Gesetze ganz und gar nicht entsprechend erwies. Einerseits waren Autoritätsverhältnisse innerhalb der *shōen*, wenn sie auch nach kaiserlichem Recht als legal bezeichnet werden konnten, das Ergebnis privater Übereinkommen und waren personengebunden und erblich zugleich. Andererseits wurden Stellungen innerhalb des Systems nicht dadurch entlohnt, daß Amtsgehälter gezahlt wurden, die man von Steuergeldern abzweigte, sondern vielmehr in der Form von Abgaben. In den *shōen* lebte der Bebauer nicht länger unter einer unpersönlichen Beamtenschaft, die ihm eine einheitliche Reihe von Steuern auferlegte. Er verstand sich selbst vielmehr so, daß er bestimmten Vorgesetzten als Gegenleistung für persönliche Wohltaten bestimmte vereinbarte Abgaben schuldete. Das *shōen*-System war also im Grunde der Beginn einer weitgehenden Rückkehr zum Patrimonialismus in der Verwaltung und in den sozialen Verhältnissen.

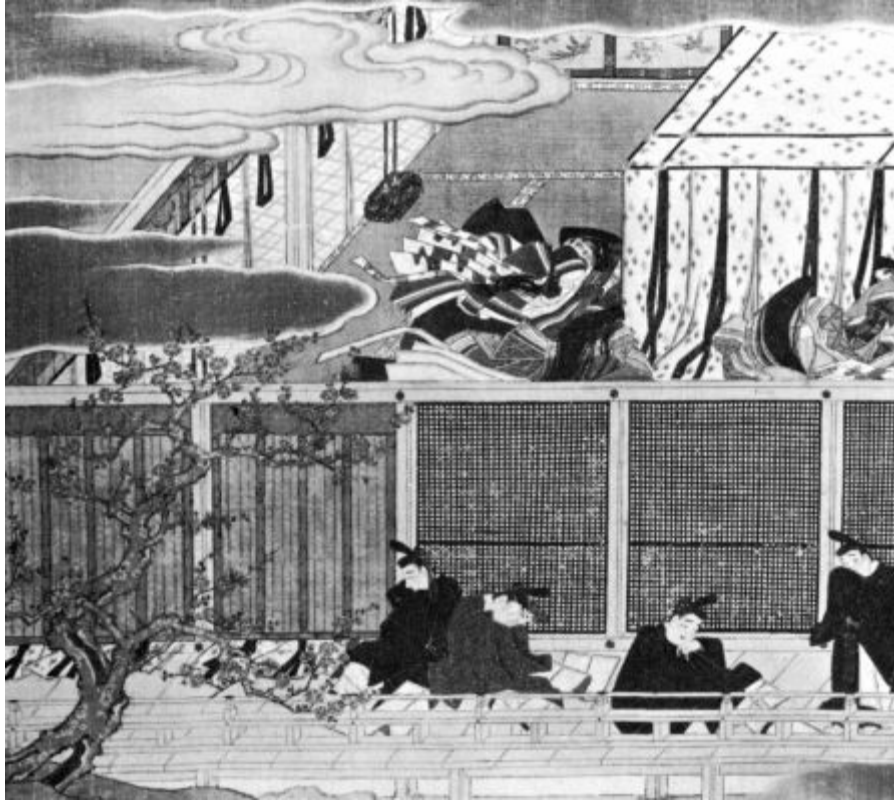
Man darf die Änderungen in der Verwaltung und den Landbesteuerungsmethoden, die in der Mitte der Heian-Periode stattgefunden hatten, nicht einfach als ein Sich-Abwenden von dem bürokratischen Ideal ansehen, das das achte Jahrhundert gekennzeichnet hatte. Obwohl es stimmt, daß die großen Familien am Hof und die mächtigen Klöster nun in einen offenen und anscheinend schamlosen Wettkampf um die dem Land zur Verfügung stehenden Hilfsquellen eingetreten waren, muß man doch zugestehen, daß eben diese aristokratischen Interessen dem Land als Ganzem zu einer etwa drei Jahrhunderte währenden stabilen Regierung verhalfen. Ihr Wirken in den Provinzen sollte überdies dazu beitragen, das Niveau des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens auf dem Lande selbst in den entlegeneren Gebieten zu heben. Der heftige Kampf um Ländereien brachte nämlich einen steten Strom von Kurieren in die Provinzen, die eifrig darauf bedacht waren, die Bebauungsgrenzen weiter ins Hinterland zu verschieben. Um die Erträge entfernter *shōen* zu den am Hofe weilenden Grundbesitzern transportieren zu können, wurden Straßen und Wasserwege verbessert. Man unterstützte die *shōen* in ihrer Entwicklung zu Zentren handwerklicher Produktion und kommerzieller Unternehmungen. Wenig Beachtung, zumindest im Vergleich mit den blendenderen Geschehnissen in der Hauptstadt, fand ein allmählicher, aber in seinem Ausmaß bedeutender Einstrom der höheren Kulturelemente in die Provinzen.

Aber natürlich waren die großen Familien bei Hofe die ersten Nutznießer des Wechsels zum Patrimonialismus in Verwaltung und Wirtschaft. Die Zeit der

Fujiwara-Herrschaft, während der die großen Geschlechter bei Hofe von dem reichen Zustrom von Gütern und Dienstleistungen aus ihrem Großgrundbesitz auf dem Land lebten, brachte die Ära hocharistokratischen Lebens, die für das japanische Volk die Verkörperung seines Ideals von höfischer Kultur und aristokratischen Werten wurde, auf einen Höhepunkt. Die Verbindung von Überfluß und kultureller Unabhängigkeit von China brachte ein Leben zur Blüte, das sich in Inhalt und Gestimmtheit von dem in Nara erheblich unterschied.

Wir wissen natürlich wesentlich mehr über das höfische Dasein im elften Jahrhundert als über das im achten. Es gibt ins Detail gehende Bilder und erstaunlich intime Beschreibungen dieses Daseins in den Prosawerken der Zeit. Wir müssen uns jedoch hüten anzunehmen, alle Leute in Heian hätten wie Hikaru Genji, Held der *Geschichte vom Prinzen Genji*, ein der Beschäftigung mit ästhetischer Schönheit gewidmetes Leben gelebt. Hinter den höfischen »Pantomimen, Festspielen und Umzügen«, hinter den lackierten Tempeln und palastartigen Wohnsitzen gab es eine Alltagswelt der *shōen*-Verwalter und Arbeitergruppen, die man aus den Provinzen hatte kommen lassen. Für die neu entstehenden Tempel und Residenzen mußte Bauholz geschleppt und mußten Ziegel befördert werden. Vor den Palasttoren mußte Wachdienst geleistet werden, und es herrschte ein reges Gehen und Kommen zwischen Kyōto und den Provinzen.

Das augenfälligste Charakteristikum des höfischen Lebens der Heian-Zeit, das es von dem der Nara-Periode unterscheidet, besteht darin, daß es viel von seiner chinesischen Färbung verloren hatte. Die chinesische Kultur war über die Stufe der bewußten Nachahmung hinaus assimiliert worden. Die Kultur des Heian-Hofes war frei von Verkrampfung und zugleich schöpferisch. Der Stil ihrer Palastarchitektur (als *shinden-zukuri* bekannt), bei der unbemaltes Holz und Strohdächer verwendet wurden, erzielte eine natürliche Eingliederung des Gebäudes in die umgebende Landschaft durch eine gewollte Asymmetrie in der Verteilung der Räume und der Fußwege um einen Garten oder Teich. Ein neuer sogenannter »Yamato- Stil« der einheimischen Malerei, der besonders in illustrierten Buchrollen (*emakimono*) unübertroffen war, wandte sich häufig einheimischen Lokalszenen oder historischen Begebenheiten als Thema zu.



© Abb. 6: Höflinge beklagen den Tod eines Kaisers

Die bemerkenswertesten und dauerndsten Erzeugnisse der höfischen Kultur finden sich jedoch in der Literatur. Diesem Aufblühen aristokratischer Literatur war durch die Entwicklung einer bodenständigen Silbenschrift (*kana*), die den Japanern erlaubte, ihre Sprache viel einfacher niederzuschreiben als unter der mühsamen Anwendung nicht vereinfachter chinesischer Schriftzeichen wie im *Man'yōshū*, der Weg bereitet worden. Hervorragende Beispiele der Heian-Literatur sind die kaiserliche Gedichtanthologie *Kokinshū* (kompiliert im Jahre 905) und die Prosawerke von Frauenhand: *Die Geschichte vom Prinzen Genji* (*Genji monogatari*, etwa 1002 bis etwa 1019) von Murasaki Shikibu und das *Kopfkissenbuch* (*Makura no sōshi*, etwa 1002) von Sei Shōnagon. Gegen Ende des elften Jahrhunderts waren männliche Autoren stärker vertreten, und ihr Interesse wandte sich mehr der Schilderung historischer und zeitgenössischer Ereignisse zu. Die *Geschichte des Glanzes* (*Eiga monogatari*, etwa 1092) berichtet von dem strahlenden Aufstieg von Fujiwara-no-Michinaga und seinem prunkvollen Leben.

Das höfische Leben in Heian zeugt von einer merklichen Assimilation buddhistischer Glaubensvorstellungen. Natürlich blieben die komplizierten Mysterien der Tendai- und Shingon-Lehre der Geisteswelt der meisten Japaner noch ganz fremd. Man verließ sich auf die buddhistische Priesterschaft weiterhin wegen ihrer magischen Macht, Übel abzuwehren oder Krankheiten zu heilen,

während Tempelrituale und esoterische Ikonographie hauptsächlich wegen ihres ästhetischen Wertes bewundert wurden. Im zehnten Jahrhundert jedoch fanden neue und eingängigere Lehren nach und nach Aufnahme bei der Aristokratie. Unter diesen befand sich die von der Verehrung Amidas, des Buddha des Reinen Landes (Jōdo) oder Westlichen Paradieses, und die Vorstellung von der Erlösung durch den Glauben an das Gelübde Buddhas, alle Kreatur zu erretten. Diese Gedanken wurden durch Priester wie Kūya (gest. 972), der seine Botschaft in die Straßen Kyōtos trug, und Genshin (942–1017), dessen Werk, die *Grundlagen für die Erlösung* (Ōjō yōshū), ein populäres Traktat wurde, verbreitet. Genshins überaus eindringliche Schilderung der Schrecken der Hölle und der Wonnen des Paradieses, seine Erklärung der Wirksamkeit der Namensanrufung Buddhas (*nembutsu*) und seine Betonung der Idee von der Degeneration (d.h. des *mappō*-Gedankens, der besagte, daß die Welt sich dem Niedergang des ›Gesetzes‹ näherte) übten auf die Stimmung der Zeit großen Einfluß aus. Die Volkstümlichkeit des Gedankens von der Erlösung wird in den vielen bildlichen Darstellungen von ›Amidas Bewillkommnung‹ (*raigōzu*) veranschaulicht, die neben Sterbenden aufgestellt wurden, um ihnen in ihren letzten Stunden Hoffnung zu geben.

Der Buddhismus durchdrang die gewöhnlichen religiösen Vorstellungen auch noch auf andere Weise: durch weitere Verschmelzung mit dem shintoistischen Schreinkult. In der Heian-Zeit hatte die buddhistische Priesterschaft bereits die Verwaltung einer beträchtlichen Zahl von Lokalschreinen übernommen. Die Vorstellung, daß die japanischen *kami* in Wirklichkeit örtliche Manifestationen buddhistischer Gottheiten seien – daß Amaterasu eigentlich der japanische Roshana, der allumfassende Buddha, sei –, half die Fusion der beiden Religionen zu rechtfertigen. Im zwölften Jahrhundert wurde dann von den Shintō-Priestern eine synkretistische Lehre, genannt Ryōbu-Shintō, ausgearbeitet. Mit anderen Worten, der Buddhismus hatte einen weiteren Weg gefunden, sich der japanischen Kultur anzupassen.

7. Das Zeitalter des Feudalismus

I. Die Bushi und das Kamakura-Shogunat

Zwei wesentliche Umstände bestimmen die Geschichte des zwölften Jahrhunderts in Japan. Der eine war der Zusammenbruch des Machtmonopols, das die Hofaristokratie und die großen Klöster seit dem achten Jahrhundert innegehabt hatten. Der andere war das Auftreten neuer Einrichtungen zur Ausübung politischer Macht und zur Überwachung des Landes, das Historiker als Feudalismus bezeichnet haben. Die erste dieser Entwicklungen ist ein besonders gutes Beispiel für den geschichtlichen Verlauf eigenständiger politischer und sozialer Evolution in Japan. Denn obwohl die *kuge* ihre beherrschende Stellung im Land verlieren sollten, wurden sie niemals ganz vernichtet. Die soziale Entwicklung ging typischerweise langsam und auf

Umwegen vor sich, so daß der Hofadel erst übergangen und dann in eine geachtete, aber finanziell schwache Position feierlicher Isolation zurückgedrängt wurde. Die Weise, in der dies geschah, war ebenfalls bezeichnenderweise langsam und undramatisch. Es gab keinen offensichtlichen Wendepunkt, keinen Überfall, dem es zu begegnen galt. Und selbst der Ausbruch von allgemeiner Gesetzlosigkeit und von Bürgerkriegen, die das zwölfte Jahrhundert zu einer äußerst unruhigen Zeit machten, schien damals von ziemlich Ungewisser Bedeutung.

Gegen Ende des zwölften Jahrhunderts jedoch hatten sich die japanische Gesellschaft und ihre Regierungsform sowohl in ihren Ausmaßen wie auch in ihrem Wesen verändert. Was diesen Wandel herbeigeführt hat, liegt klar auf der Hand: die zunehmende Rolle, die eine Militäraristokratie aus den Provinzen (die *bushi* oder Samurai) in den Staatsgeschäften zu spielen begann, das Entstehen einer zentralen Militärbehörde mit weiter Machtbefugnis im zivilen Bereich (das Shogunat) und die Tatsache, daß man sich bei der Ausübung von Macht mehr und mehr auf die Beziehung zwischen ›Feudalherr‹ und ›Vasall‹ verließ. Dies alles zusammengenommen bezeichnete eine grundlegende Umformung in der Zusammensetzung der Gesellschaft, in der Machtstruktur und in den Rechtsgrundlagen, entsprechend denen politische Gewalt angewandt wurde.

Wenn man sagt, daß diese Entwicklungen das Eindringen feudalistischer Praktiken in die japanische Staatsordnung darstellen, so legt das zuallererst einen Vergleich nahe zwischen den Taihō-Gesetzen und bestimmten neu auftretenden Verwaltungsmethoden, deren Grundgehalt eine neue autoritäre Bindung zwischen militärischem Vorgesetzten (Feudalherr) und Gefolgsmann (Vasall) war. Dieser Vorgang war nur zufällig eine Folge der Ausbreitung des *shōen*- Systems. Die *shōen* entwickelten sich nämlich in dem legalen Rahmen der Taihō-Gesetze und hätten, wenn die großen Familien bei Hofe der Erhaltung einer zentralen Bürokratie und ihrer örtlichen Zweigstellen genügend Aufmerksamkeit gewidmet hätten, weiterhin die Regierung des Kaisers unterstützen können. Aber die Einrichtungen der kaiserlichen Regierung wurden, unbeachtet und ihrer finanziellen Unabhängigkeit beraubt, immer unfähiger, Gesetz und Ordnung aufrechtzuerhalten, besonders in den ländlichen Gegenden. Diese Wendung der Ereignisse war es, die zu der Privatisierung der exekutiven Stellen und damit wiederum zu der Militarisierung der Verwaltung auf lokaler und später auf nationaler Ebene führte.

Die Verwendung des Begriffes Feudalismus bedarf näherer Erklärung und erfordert einen Vergleich zwischen den japanischen Institutionen und denen Europas im Mittelalter. Die Übertragung des europäischen Begriffes des Feudalismus auf japanische Verhältnisse geht auf die westlichen Besucher Japans in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts zurück, die zuerst von den Ähnlichkeiten beeindruckt waren, die sie zwischen dem damaligen Japan und dem verklärten Feudalsystem, das sie von ihren Studien der europäischen Geschichte her in Erinnerung hatten, feststellten. Mit der Zeit wurde diese

Benennung sowohl von japanischen wie westlichen Historikern übernommen und ging dann in den allgemeinen Sprachgebrauch über, freilich nicht ohne dabei mißbraucht zu werden. Der Ausdruck Feudalismus als ein erläuternder Begriff in der japanischen Geschichte ist zu oft unkritisch verwendet worden, und dies wiederum hat unter den Historikern eine beträchtliche Kontroverse heraufbeschworen, ob in dem Fall Japans von Feudalismus gesprochen werden könne. Die politischen Einrichtungen, die in Japan von der Militäraristokratie des dreizehnten Jahrhunderts entwickelt wurden, sind jedoch denen des feudalistischen Europa ohne Zweifel ähnlich genug, so daß das Problem hauptsächlich in der Deutung und der Definition liegt. Mit anderen Worten, ein sorgfältig konzipierter Prototyp des Feudalismus läßt sich sowohl auf Japan wie auf Europa anwenden. Und an diesem Punkt wird die japanische Geschichte für den Historiker, der Interesse an Theorien und Vergleichen hat, unter universalhistorischem Aspekt besonders wichtig. Einerseits können die Ähnlichkeiten, wie sie Professor Asakawa festzustellen suchte, zu einer solide fundierten Vorstellung vom Feudalismus als einem allgemeinesgeschichtlichen Phänomen führen. Andererseits tragen Verschiedenheiten, die man entdeckt, dazu bei, grundlegende Unterschiede zwischen der japanischen Kultur und den europäischen zu erhellen.

Die einfachste Weise, sich den Feudalismus vorzustellen, ist vielleicht die gewinnbringendste: nämlich, ihn als einen Zustand der Gesellschaft anzusehen, in dem auf allen Ebenen die zivilen, militärischen und richterlichen Obliegenheiten der Regierung zu einer einzigen Macht verschmelzen. Da diese Verschmelzung öffentlicher und privater Funktionen in der Person des Kriegers, der in seinem Gebiet die Macht besitzt, erreicht wird, ist es auch natürlich, daß militärische Sitten und Werte in der gesamten Gesellschaft vorherrschend werden. Es trifft wahrscheinlich zu, daß, wie Asakawa nahegelegt hat, das Auftreten feudalistischer Zustände bestimmter Voraussetzungen bedarf: einer auf dem Ackerbau basierenden Wirtschaft, des ›Geistes‹ eines vormals zentralisierten Staates, der eine legale Grundlage oder einen legalen Rahmen schaffen kann, und der Existenz einer scharfen Kluft auf dem Gebiet militärischer Technologie zwischen dem voll ausgerüsteten Krieger und der restlichen Gesellschaft. Die Bedingung der ›Barbarisierung‹ oder das ›Stammeselement‹, die von europäischen Gelehrten hervorgehoben wurden, verlieren im Falle Japans an Wichtigkeit.

Wenn die Ausbreitung des Feudalismus in Europa sowohl eine Folge der Auflösung der römischen Gesellschaft wie auch des Eindringens neuer Völker war, so machte in Japan der zivile Adel einer Militäraristokratie Platz, die einfach aus den unteren Schichten der alten Gesellschaft emporgestiegen war. Als eine neu auftretende herrschende Klasse unterschied sich die Militäraristokratie dadurch von der früheren, daß sie dahin tendierte, sich in Gruppen zu organisieren, die durch Bündnisse persönlicher Waffenbrüderschaft zusammengehalten wurden. Innerhalb der Gruppe wurde die Macht wie

zwischen Feudalherr und Vasall, nicht wie unter zivilen bürokratischen Beamten ausgeübt. In der typischen Beziehung zwischen Feudalherr und Vasall forderte der Feudalherr (in Japan *tono*) von seinem Vasallen (*kenin*, wörtlich ›Hausmann‹) loyalen Dienst (*hōkō*) und belohnte ihn, indem er für seinen Unterhalt aufkam, meistens indem er ihm ein Lehen (*chigyōchi*) gewährte. Dadurch, daß der Lehnseigentümer eine örtlich begrenzte Militärherrschaft ausübte, legte er den Grund für ein System, in dem gesellschaftliches Ansehen und die Befugnis zur öffentlichen Machtausübung mit dem Besitz privater Ländereien zusammenfielen. Die meisten der oben genannten Verhältnisse hingen natürlich mit der Ausbreitung des *shōen*-Systems zusammen, mit Ausnahme des militärischen Faktors. Die Vergünstigungen, die die Vasallen von ihren Lehnsherren hatten, bestanden anfänglich einfach in *shiki*-Rechten innerhalb bestimmter *shōen*. Die *shōen* erfüllten jedoch eine wirtschaftliche Übergangsfunktion. Denn da solche Rechte als Bestandteile des militärischen Bündnissystems verliehen wurden, wurden die *shōen* schließlich die Basis für das Auftreten des echten Lehens.

Die Ausbreitung dieser besonderen Praktiken, die für das feudalistische Syndrom bestimmend sind, ging nicht plötzlich oder einheitlich in ganz Japan vor sich, und es gab auch keinen plötzlichen ›Bruch‹ mit dem kaiserlichen System. Das Überhandnehmen feudalistischer Methoden, wie es mit dem Aufstieg der *bushi* (oder Samurai) zu politischer und wirtschaftlicher Führerschaft in eins gesetzt wird, kam langsam, im Verlauf vieler Jahrhunderte. Historiker haben diesen Vorgang gewöhnlich in drei Zeitabschnitte geteilt: die Kamakura-Periode (1185–1333), in der die Militärherrschaft und feudalistische Praktiken gleichberechtigt neben denen des Hofes in Kyōto bestanden; die Muromachi-Periode (1338–1573), während der die *bushi* die Reste des kaiserlichen Regierungssystems unter ihre Kontrolle brachten und die meisten Besitzrechte des Hofes ausschalteten; und die Tokugawa-Periode (1603–1867), in der die Mitglieder der *bushi*-Klasse die unangefochtenen Herrscher des Landes waren, sich aber mehr und mehr auf nicht-feudalistische Regierungsmethoden verließen. Stets war hierbei der japanische Militäraristokrat, der *bushi*, die Schlüsselfigur, und der Herkunft der *bushi* müssen wir uns nun zuwenden.

Für den Hofadel tauchten die *bushi* im elften Jahrhundert als ein unerwartetes Problem auf. Es trifft jedoch wahrscheinlich zu, daß die Provinzilaristokratie niemals weit vom eigentlichen militärischen Geschehen entfernt war. Obwohl die Einführung eines Dienstpflichtsystems die Aristokratie in den Provinzen regelrecht entwaffnet hatte, spielten ortsansässige Sprößlinge der *uji*-Elite weiterhin eine vorherrschende Rolle in den Heeren. Tatsächlich stellte der Kriegsdienst wahrscheinlich die attraktivste Karriere dar, die ehrgeizigen Angehörigen der Provinzilaristokratie offenstand. Im Jahre 792, nach dem Zusammenbruch des Dienstpflichtsystems, wandte man sich daher erneut an die Familien der Distriktsvorsteher in den Provinzen, an die Kreise also, aus denen sich der Nachwuchs für den Kriegsdienst hauptsächlich rekrutierte. Und damit

wurde die Vorstellung vom Elitekämpfer wieder lebendig. Mit ihr entstand die ›technische Kluft‹ in der militärischen Ausbildung und Ausrüstung, die für eine Militäraristokratie kennzeichnend war. Die Ausbreitung dieser neuen Militäraristokratie und ihr Griff nach den Regierungsämtern, die vorher völlig zivil gewesen waren, charakterisiert den sogenannten ›Aufstieg der *bushi*‹ und die allgemeine Rückkehr zum privaten Tragen von Waffen in der japanischen Gesellschaft.

Im neunten Jahrhundert hören wir das erstmal von Provinzgouverneuren, die bitten, sich selbst und ihre Leute bewaffnen zu dürfen, um ihre Aufgaben besser erfüllen zu können. Diese Sitte, die in den östlichen Provinzen ihren Anfang nahm, war ein frühes Anzeichen für die Schwäche der staatlichen Militär- und Polizeieinheiten in den Provinzen. Als sich die lokalen Verhältnisse verschlechterten, stattete die Zentralregierung Provinzgouverneure oder Mitglieder ihres Stabes mit militärischen und polizeilichen Vollmachten in der Form von besonderen Titeln wie Sheriff (*ōryōshi*) oder Militärpolizist (*tsuibushi*) aus. Solche Ernennungen waren zuerst zeitlich begrenzt; sie gaben den Zivilbeamten die nötige Amtsgewalt, bewaffnete Truppen auszuheben und für Verteidigungszwecke oder Polizeiaktionen einzusetzen. Als aber die Beamtenstellen in den Provinzen in zunehmendem Maße erblich wurden und als die lokalen Unruhen sich über längere Zeitspannen erstreckten, erlangten die militärischen Titel dauernde Gültigkeit und stellten die zivilen Ernennungen mehr und mehr in den Schatten.

Als sich die Beamten der Provinzialverwaltung als immer weniger fähig erwiesen, lokalen Schutz zu gewährleisten, fanden es auch Verwalter in den *shōen* notwendig, sich selbst und ihre Untergebenen zu bewaffnen. Die Folge davon war, daß sowohl in der Provinzialverwaltung als auch in den *shōen* die maßgeblichen Männer aus ihren Untergebenen Kämpfer auszuwählen begannen und bewaffnete Wachen auf einer regulären Basis bildeten und Truppen aufstellten, wenn sich Veranlassung zu einer Strafexpedition ergab. Kriegsdienst (*heishi yaku*) wurde im *shōen*- System und in den verbleibenden Organisationen der kaiserlichen Regierung eine übliche Form der Dienstleistung. Man ermutigte außerdem Familien in den Provinzen, deren Rang hoch genug war, dazu, ihre Söhne in den technisch anspruchsvollen Künsten des Bogenschießens, des Fechtens und des Reitens auszubilden und die kostspielige Ausstattung, bestehend aus Pferd und Rüstung, zu erwerben, die sie zu einer Militärelite machen sollte.

All dies spielte in dem Verhältnis zwischen der zivilen Macht und der Exekutivgewalt auf anderen Regierungsebenen eine bedeutende Rolle. Denn als die Fähigkeit, Macht auszuüben, in wachsendem Maße von der Waffenstärke abzuhängen begann, fingen Beamte, die auf zivile Posten berufen worden waren, an, zur gleichen Zeit ihre eigenen Militär- oder Polizeitruppen aufzubauen. Auf jeder Ebene der zentralen und lokalen Regierung hoben also Beamte zu diesem Zweck Kämpferscharen aus. In der Hauptstadt stellte das Archivbüro nach

dem Jahre 889 seine eigene Militärgarde auf; ebenso holte die Kaiserliche Polizei in der Hauptstadt ihre Rekruten aus den Provinzen; die Fujiwara belegten ihr militärisches Hauptquartier mit ihren eigenen privaten Truppen oder organisierten Familiengarden (ihre ›Klauen und Zähne‹), die dem Regenten oder anderen führenden Familienmitgliedern zur Verfügung standen; die sechs Palastwachen wurden die persönlichen Leibwachen von Mitgliedern der Kaiserfamilie, und selbst die Tempel und Klöster zogen aus den *shōen* große Mengen bewaffneter Männer zusammen.

Die Umwandlung der Provinzilaristokratie in eine Militärelite durchbrach die bestehende Ordnung nicht sofort, denn sie übertrug den Trend zur Privatisierung, wie er durch die *shōen* illustriert worden war, lediglich auf andere Regierungsbereiche. Die *bushi* stellten einfach Beamte dar, die sowohl Militärdienst wie lokalen Verwaltungsdienst berufsmäßig ausübten. Ihren Militärdienst leisteten sie in irgendeiner der bestehenden Wachorganisationen ab, die sich um den Hof scharten. Als die *bushi* jedoch neue Interessen und neue gesellschaftliche Bindungen zu entwickeln begannen, die der alten Machtstruktur zuwiderliefen, und besonders als sie Banden oder Cliquen gründeten, deren private Interessen im Widerspruch zu denen des Hofes standen, erwiesen sie sich schließlich als ein Problem. Die *bushi*-Cliquen, wie sie zuerst im zehnten Jahrhundert auftraten, waren als *tō* bekannt. Sie wurden durch viele verschiedenartige Bande gemeinsamer Interessen oder familiärer Verbundenheit zusammengehalten. Die meisten von ihnen hatten sich um einen Kern von wirklichen oder rituellen Verwandtschaftsbeziehungen, die seit frühesten Zeiten für die japanische Familienstruktur typisch gewesen waren, aufgebaut. Das Oberhaupt des Familienverbandes bildete mit Mitgliedern seiner unmittelbaren Familie (*ichimon* oder *ichizoku*) eine Einheit. Zweigfamilien wurden als patrimoniales Gefolge (*ienoko*) behandelt, und nicht verwandte Anhänger wurden Hausleute oder Gefolgsmänner (*kenin*) genannt. Somit wurden Verwandtschaftsbezeichnungen zur Definition von Verbindungen verwendet, die nicht notwendigerweise auf Blutsverwandtschaft beruhten, und das Oberhaupt der Gruppe fungierte auch weiterhin als Leiter religiöser Rituale vor Schreinen der Familienschutzgottheit oder lokaler Schirmgottheiten. Aus diesem Grund spricht man von den *bushi*-Verbänden dieser Zeit so oft als Clans.

Dieser auf der Familie beruhenden Organisation wurde noch das Element des militärischen Bündnisses hinzugefügt. Militärische Unternehmungen zogen Männer aus weit verstreuten Gegenden um einen einzelnen hervorragenden Führer zusammen. Waffenbrüderschaften, die bei solchen Gelegenheiten entstanden, tendierten dazu, zu dauernden persönlichen Bindungen zu werden. Die halb persönliche, halb militärische Verbundenheit – die der des Vasallentums in Europa gleichgesetzt worden ist – wurde das Hauptmerkmal eines neuen Herrschaftssystems. Große regionale Verbände von Kriegerfamilien bildeten sich im allgemeinen in Zeiten verstärkter innerer Unruhe und entstanden gern um Angehörige der Hofaristokratie, die sich in die Provinzen

begeben hatten, um den Oberbefehl über besondere Militär- oder Polizeitruppen zu übernehmen. Solche Familien besaßen militärische Titel und Sozialprestige zugleich – eine Verbindung, die ihnen einen Vorteil verschaffte, dem wenige rein lokale Führer etwas entgegenzusetzen hatten. Mitglieder der Fujiwara-, Taira- oder Minamoto- Familien amtierten mehr und mehr als *shōen*- Verwalter oder als stellvertretende Gouverneure oder ortsansässige Beamte im Stab des Gouverneurs. In dieser Eigenschaft konnten sie unter den Familien, die seit langem dort ihren Wohnsitz hatten, schnell Anhänger gewinnen und zu regionalen Führern werden.

Verschiedene Unruhen schufen während des zehnten und elften Jahrhunderts die Gelegenheit für den Aufstieg einer Reihe von fähigen Militärkommandeuren, die im Mittelpunkt lokaler Cliquen von erweitertem Umfang standen. Die erste dieser Unruhen war die Affäre mit Taira-no-Masakado in den Ostprovinzen. Masakado, ein starrköpfiger Führer mit großem persönlichen Ehrgeiz, war ein Nachkomme Kaiser Kammu in der fünften Generation. Im Jahre 935 griff er seinen Verwandten Taira-no-Kunika, stellvertretenden Gouverneur der Provinz Hitachi, an und tötete ihn, und im Jahre 939 nahm er die Hauptstädte der Provinzen Shimotsuke und Kōzuke ein und beanspruchte die Herrschaft über die acht Kantō-Provinzen. Er gab sich sogar selbst den Titel eines ›neuen Kaisers‹. Von Fujiwara-no-Hidesato (dem neuernannten ›Polizeiherrn von Shimotsuke‹) und Taira-no-Sadamori, dem Sohn Kunikas, wurde er schließlich getötet und sein Aufstand niedergeschlagen. Sadamori wurde für sein Vorgehen mit dem angesehenen Posten eines Generals des zentralen Befriedungsamtes belohnt. Inzwischen war in Westjapan entlang der Inlandsee das Anwachsen der Seeräuberei zu einem ernststen Problem geworden, da sie die Verschiffung der Steuerabgaben störte. Fujiwara-no-Sumitomo, der von der Hauptstadt ausgesandt worden war, um die Piraten zur Räson zu bringen, wurde selbst Räuber und begann die Gegend in Schrecken zu versetzen. Erst nachdem im Jahre 939 Mitgliedern der lokalen Aristokratie neue militärische Vollmachten übertragen worden waren, wurde er getötet, seine Gefolgsleute wurden umgebracht oder zerstreut. Einer dieser Landadeligen war Minamoto-no-Tsunemoto.

Als Folge dieser Vorfälle zeigt sich, daß Angehörige der Taira- und Minamoto-Familien in den Provinzen eine immer bedeutendere Rolle übernehmen. Tsunemotos Sohn Mitsunaka verband sich mit dem Hause Fujiwara und hatte bald eine Vielzahl von Ämtern in den Provinzen inne und eine große Menge *shōen* erworben, aus denen er Kampftruppen für die Garden der Fujiwara rekrutierte. Es dauerte nicht lange, und Männer seines Minamoto-Verbandes (des Seiwa Genji) dienten sowohl in Kyōto wie in den Provinzen als vom Hof ernannte Beamte. Die Nachkommen Sadamoris aus dem Geschlecht der Taira (aus der Kammu-Heike-Linie) zeichneten sich in den Ostprovinzen aus, andere Seitenlinien mit dem Familiennamen Taira dagegen zog es in die Gegend der Inlandsee. Eine Reihe von Unruhen, die in den Jahren von 1051 bis 1088 in den

Ostprovinzen auch weiterhin militärisches Vorgehen erforderlich machten, gab den Befehlshabern der Minamoto und Taira zusätzliche Gelegenheit, ihr Ansehen zu steigern. Gegen Ende des Jahrhunderts begannen diese beiden Hauptcliquen sich eigenständig zu entwickeln: die Minamoto gründeten unter Yoshiie starke Stützpunkte in den Kantō- Provinzen, während die Taira unter der Protektion der abgedankten Kaiser sich in den Stammprovinzen festsetzten.

Um die Mitte des elften Jahrhunderts konnte man sehen, daß die neue Provinzialaristokratie nicht nur den Frieden in den Provinzen erhielt, sondern auch an den Machtkämpfen teilnahm, die mit wachsender Häufigkeit am Hof stattfanden. Damit rückte die Zeit heran, daß ein Angehöriger dieser neuen Schicht genug Macht sammeln konnte, um selbst maßgeblich bei den Hofangelegenheiten mitzuwirken. Das geschah jedoch erst nach einem weiteren Jahrhundert, nachdem die Familien am Hof sich weiter geschwächt hatten, indem sie sich dem Parteigeist überließen und Verwaltungsgeschäften keine Aufmerksamkeit mehr schenkten; denn den Respekt, den der Hofadel verlangte, empfand man noch immer in beträchtlichem Maße.

Um die Mitte des zwölften Jahrhunderts jedoch, als entgegengesetzte Machtzentren – die Behörde des Ex- Kaisers, die Fujiwara und die großen Tempel – miteinander im Streit lagen, befand sich Kyōto in einem Zustand des Aufruhrs. Die Interessengruppen am Hof, die sich bei der Abwicklung lokaler Regierungsgeschäfte und der Rekrutierung ihrer privaten Militärgarden mehr und mehr auf ihre Untergebenen in den Provinzen verließen, näherten sich gefährlich dem Punkt, an dem sie die wirksame Kontrolle über die Ereignisse verloren. Zur gleichen Zeit vergrößerten die mächtigen Klöster Enryakuji und Kōfukuji die Schwierigkeiten, da sie dem Hof mit Massen verrohter Truppen Forderungen aufzwangen. Der Tag, an dem irgendein Befehlshaber der bewaffneten Garden das Schicksal in seine eigenen Hände nehmen und dem Hof Trotz bieten würde, rückte schnell heran. Es war Taira-no-Kiyomori (1118–1181), der diese Situation zuerst ausnützte.

Im Jahre 1153 übernahm Kiyomori den Vorsitz des Kammu-Heike-Geschlechtes. Er hatte in verschiedenen Provinzialämtern Hervorragendes geleistet und als Gouverneur von Aki einen hohen Hofrang erlangt. Im Jahre 1156 führte ein Interessenkonflikt zwischen dem abgedankten Kaiser Sutoku und dem regierenden Kaiser Go-Shirakawa erstmals den Fall herbei, in dem eine Partei bei Hofe schließlich offen militärisch vorging. In dem folgenden Hōgen-Konflikt errang Kiyomori, der Kaiser Go-Shirakawa unterstützte, einen entscheidenden Sieg. Auf Seiten der Verlierer stand Minamoto-no-Tameyoshi. Seine spätere Hinrichtung schwächte die Position der Minamoto bei Hofe sehr. Im Jahre 1160 beteiligte sich Minamoto- no-Yoshitomo, der einzige verbliebene Minamoto- Führer von Bedeutung, an einer Verschwörung, um Kiyomori auszuschalten. Aber Kiyomori blieb wiederum Sieger, und nach dem Tod seines Haupttrivalen gab es für ihn keinen militärischen Gegner mehr bei Hof. Als Kiyomori in der Folge zum Kaiserlichen Rat (*Sangi*) und in den dritten Hofrang

erhoben wurde, gelangte zum erstenmal ein Mann aus der Provinzialaristokratie in die Oberschicht des Hofadels und die Regierungsstellen des Hofes. Es war eine Stellung, von der aus Kiyomori daranging, Kyōto zu beherrschen.

Die Taira-Hegemonie wurde so wie die der Fujiwara aufgebaut, nämlich durch Durchdringung des Hofes selbst. Da aber Kiyomori ein militärischer Machthaber und Höfling zugleich war, wandte er häufig Gewaltmaßnahmen an. Wie die Fujiwara-Führer untermauerte er seine Politik jedoch durch den Erwerb hoher Posten in der Zentralregierung, durch großen *shōen*-Besitz und durch Einheirat in die Kaiserfamilie. Er selbst wurde Großkanzler, sein Sohn Kanzler des Innern (*Naidaijin*), sechzehn seiner nahen Verwandten wurden zu hohen Hofbeamten gemacht, dreißig wurden Höflinge mittleren Ranges, und viele andere wurden Provinzgouverneure oder Führer der Wachen in der Hauptstadt. Im Jahre 1180 konnte er seinen unmündigen Enkel als Kaiser Antoku auf den Kaiserthron bringen. Kiyomoris Palastresidenz in Rokuhara verdrängte somit sowohl das *Mandokoro* der Fujiwara wie das *In-no-chō* des Ex-Kaisers als politisches Machtzentrum in der Hauptstadt. Die Zeit von 1160 bis 1185 wird daher manchmal die Rokuhara- Periode genannt.

Die Herrschaft der Taira über den Hof war nicht von langer Dauer. Kiyomoris rauhe Diktatur erregte sofort den heftigen Widerstand des Hofes und der Priesterschaft. Go-Shirakawa, einstmals sein Gönner, wurde ein Hauptträger der Opposition. Dennoch kam es erst im Jahre 1180 zu einer Verschwörung gegen die Taira, in die einige noch übriggebliebene Minamoto, die Priester des Onjōji und Kōfukuji und Go- Shirakawas Sohn, Prinz Mochihito, verwickelt waren. Das Komplott wurde mit großer Brutalität niedergeschlagen, doch ein Ruf zu den Waffen, der im Namen Mochihitos ergangen war, erreichte andere Mitglieder der Seiwa-Genji in den Ostprovinzen. Augenblicklich hißte Yoritomo (1147-1199), auf den der Vorsitz der Seiwa-Minamoto-Linie übergegangen war, seine Standarte in Izu. Ihm war im Jahre 1160 aufgrund seiner Jugend der Tod erspart geblieben – eine Ironie des Schicksals. Yoshinaka (1154 bis 1184), ein entfernterer Verwandter, stellte in Shinano eine Gefolgschaft auf. Im Jahre 1181, als Kiyomori starb, fanden sich die Taira gegenüber den Minamoto bereits in der Defensive.

Der Krieg zwischen den Minamoto und den Taira (der Gempei-Krieg) dauerte von 1180 bis 1185. Beginnend im Kantō-Gebiet, verlagerte sich sein Schwerpunkt rasch nach Zentral- und Westjapan, wo sich die Kräfte der Taira konzentrierten. Im Jahre 1183 beherrschte Yoritomo das Kantō-Gebiet, Yoshinaka hatte Kyōto besetzt, und die Taira hatten sich auf ihre Stützpunkte an der Inlandsee zurückgezogen. Zu diesem Zeitpunkt wurde Yoritomo auf Yoshinakas Erfolg neidisch und schickte unter dem Oberbefehl seiner jüngeren Brüder Yoshitsune und Noriyori ein Heer von Kantō-Kriegern gegen ihn. Yoshinaka wurde im Jahre 1184 ausgeschaltet, und Yoshitsune fuhr fort, die Kantō-Truppen zu einer Reihe brillanter Siege über die Taira zu führen, als diese sich die Inlandsee hinab zurückzogen. Bei Dan-no-ura trafen die Streitkräfte der Taira, nun fast gänzlich auf Schiffe beschränkt, zum letztenmal auf die Minamoto und wurden

vernichtet. In dieser Seeschlacht, die der Taira-Hegemonie ein Ende bereitete, ertrank der Kaiser Antoku, und mit ihm ging das Schwert verloren, das eines der drei heiligen Throninsignien Japans darstellte.

Der Gempei-Krieg steht in einem besonders romantischen Licht in der japanischen Geschichte. Als ein bedeutender Krieg zwischen gewaltigen Truppen, die aus allen Ecken Japans zusammengezogen worden waren, verwickelte er die Militäraristokratie in die umfassendste und andauerndste kriegerische Unternehmung, die das Land bisher erlebt hatte. Aufgrund des Kampfstils, bei dem schwerbewaffnete Krieger ihre Gegner im Einzelkampf herausforderten, ließ er außerdem eine große Zahl heroischer Episoden entstehen. Die Härte des Krieges wurde auch dadurch erhöht, daß die meisten Führer der Taira zu der Zeit, als sie den Minamoto gegenüberstanden, ganz den Lebensstil des Hofes in Kyōto angenommen hatten. Das Bild der rauen Kantō-Krieger, wie sie den verfeinerten Taira entgegentraten, die sich die höfische Art zu eigen gemacht hatten, verlieh dem Bericht der Heldentaten in diesem Gempei-Kampf Pathos. Der Krieg beschäftigte also die Phantasie der Japaner stark und ließ eine romantische Literatur (besonders das *Heike Monogatari*) entstehen, aus der sich eine idealisierte Darstellung des Verhaltens der *bushi* und zahlreiche Geschichten herauskristallisierten, die die Grundlage für spätere *nō*- und *kabuki*-Bühnenstücke bilden sollten.

Auch vom historischen Standpunkt aus hatte der Kampf zwischen diesen beiden großen *bushi*-Parteien bedeutende Folgen. Der Krieg festigte nämlich in hohem Grade die neue Position der *bushi* in der Führung des Landes: er führte zu der Gründung der ersten Militärhegemonie auf nationaler Ebene unter Yoritomo. Denn Yoritomo sollte auf eine von der Kiyomoris ganz verschiedene Weise darangehen, seine Herrschaft über das Land zu behaupten. Indem er in Kamakura, fern von der Stadt Kyōto, ein gesondertes Militärhauptquartier einrichtete, begann er mit dem Verfahren, mittels dessen der Hof umgangen wurde und seine Vollmachten durch die neu auftretende Militäraristokratie abgezogen wurden.

Minamoto-no-Yoritomo hatte, wie erwähnt, im Jahre 1180 begonnen, in der Provinz Izu Truppen gegen die Taira aufzustellen. Seine ursprüngliche Absicht war – im Einklang mit dem Mandat von Prinz Mochihito – einfach gewesen, den Reichtum seines Geschlechtes wiederherzustellen und die Taira aus den Ostprovinzen zu vertreiben. Er endete damit, daß er eine militärische Schutzherrschaft über das gesamte Land errichtete. Im Gegensatz zu den Taira versuchte er nicht, den Hof zu durchdringen, sondern schöpfte vielmehr die Militär- und Polizeivollmachten, die der Hof nur zu gern jedem Führer übertrug, der den Frieden erhalten konnte, bis zur Neige aus. In diesem Rahmen war der Umstand, daß Yoritomo das Shogunat einrichtete, keineswegs eine Machtanmaßung, sondern eine legitime Handlung innerhalb der Reichsordnung. Die Methode Yoritomos, zur Macht zu gelangen, war trotzdem der, die die Taira angewandt hatten, beinahe genau entgegengesetzt: er blieb dem Hof fern und

baute seine militärische Stärke und seine persönliche Organisation auf, bevor er höfische Ehren, Titel und schließlich Legitimität erwarb.

Yoritomo scheint von den Führern der Minamoto den klarsten Einblick in die ›politischen Notwendigkeiten‹ der Zeit gehabt zu haben, da er nach seinen frühen Erfolgen der Versuchung widerstand, sich nach Kyōto zu begeben, um die Titel zu erwerben, aufgrund derer er vielleicht schneller hätte aufsteigen können. Statt dessen überließ er den Schlachtenruhm anderen, während er sich der anspruchsvolleren Aufgabe zuwandte, seine Basis in der Kantō-Gegend zu konsolidieren. Den ganzen Gempei-Krieg hindurch blieb Yoritomo deshalb im Osten; er festigte seinen Landbesitz, belohnte Gefolgsleute und baute einen loyalen Trupp von ›Hausleuten‹ (*gokenin*) auf. Sein militärisches Hauptquartier in Kamakura wurde für die Gegend mehr und mehr ein Verwaltungszentrum.

Da Yoritomo das anerkannte Oberhaupt des Minamoto-Geschlechtes war, trug der endgültige Sieg über die Taira im Jahre 1185 zu seinem Ansehen bei und hatte zur Folge, daß er von seiten des Hofes weitreichende Vollmachten zugeteilt erhielt. Und obwohl diese Vollmachten größtenteils auf die militärischen und polizeilichen Aufgaben im Staat beschränkt waren, schlossen sie die Verantwortung mit ein, das Entrichten von Steuern in den *shōen* zu vereinfachen. Mit den Titeln *Sō-shugo* (höchster Militärgouverneur) und *Sō-jitō* (höchster militärischer Landverwalter) erhielt er die Befugnis, in jeder Provinz des Landes militärische Anordnungen zu treffen, und das Recht, in den *shōen*-Besitztümern des Hofes und der Klöster Maßnahmen durchzuführen. Diese militärischen Vollmachten wurden durch die Verleihung des Titels ›Shōgun‹ im Jahre 1192 endgültig legitimiert.

Zur gleichen Zeit wurde der Status Yoritomos durch die Gewährung eines hohen Hofrangs erhöht und sein Reichtum durch den Erwerb zahlreicher *shōen* vergrößert. Zu der Zeit, als er Shōgun wurde, stellte er in der Tat eine Hauptmacht dar, sowohl im zivilen wie im militärischen Bereich der Regierung. Oberhaupt (*chōja*) des Seiwa-Minamoto-Geschlechtes und im oberen zweiten Hofrang, besaß er unmittelbar eine große Anzahl von *shōen* (vielleicht 120, in 39 Provinzen), die er von den Taira eingezogen hatte und die ihm von der Behörde des Ex-Kaisers bestätigt worden waren, zusätzlich zu vielen anderen *shōen*, die ihm seine Gefolgsleute in Treuhandschaft gegeben hatten.

Als Shōgun wurde er ›Eigentümer‹ (*kokushu*) von neun Provinzen im Kantō-Gebiet und sieben anderen, von diesen allerdings nicht dem Namen nach. In diesen Provinzen hatte er die Befugnis, Gouverneure, Zivilbeamte und sogar *shōen*-Beamte zu ernennen. Anderswo war seine Macht begrenzter und beschränkte sich auf das Recht, zwei neue Arten von Beamten aufzustellen: Militär-Gouverneure (*shugo*) und militärische Landverwalter (*jitō*). Diese Ernennungen waren das Kennzeichen von Yoritomos weitreichendem System.

Die *shugo*, die im Jahre 1185 ursprünglich für rechtmäßig erklärt worden waren, um Yoritomo bei der Beseitigung der Reste militärischen Widerstandes zu unterstützen, wurden über alle Provinzen verteilt, wo sie die provinzialen

Militär- und Polizeiangelegenheiten überwachen konnten. Zur selben Zeit wurden *jitō* im ganzen Land angestellt, um den *shōen*- Beamten beim Einziehen der Landabgaben behilflich zu sein und eine dringliche Militärsteuer zu erheben, die Yoritomo als für die Fortsetzung des Krieges notwendig erklärt hatte. Die neuen militärischen Ämter, die Yoritomo aus seinem Trupp von *gokenin* besetzte, verdrängten die vorhandene Provinzialverwaltung oder die *shōen*-Verwalter nicht, sondern bestanden daneben. Für den Shōgun stellten sie ein provinzielles Verbindungsnetz dar, das sich über das ganze Land erstreckte. Dieses Netz von Ämtern machte aus Yoritomos Hauptquartier in Kamakura mehr als nur eine Machtbastion unter anderen Machtbastionen und verlieh ihm die Dimensionen einer nationalen Verwaltungsbehörde.

Bei seinem Aufstieg zur Macht hatte Yoritomo behauptet, er diene dem Kaiserregime als Beschützer, er zerstöre es nicht, und bei jedem Schritt war er darauf bedacht, die offizielle Genehmigung für seine Handlungen zu bekommen. Somit beruhte das Kamakura- Shogunat rechtmäßig auf einer Bevollmächtigung von seiten des Hofes. Trotzdem hatte der Shōgun eine Organisation unter sich, die beinahe alle Funktionen der Lokalverwaltung übernehmen konnte und die außerdem weitaus wirksamer war als der erschlaffende Regierungsapparat, an dessen Spitze der Hofadel stand. Somit hatte Yoritomo ein Verwaltungssystem geschaffen, das auf einer feudalistischen Herrschaftsstruktur beruhte und das schließlich die Stellen der Zivilregierung, die ihr Zentrum in Kyōto hatten, verdrängen (oder aufsaugen) sollte. Die Etablierung Kamakuras als Zentrum dieser neuen Institutionen und als Stadt des *bushi*-Standes bedeutete einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte Japans.

II. Kamakura

Die nächsten hundertundfünfzig Jahre nach dem Ende des Gempei-Krieges wurden in erster Linie durch die Verteilung des politischen und kulturellen Schwergewichtes zwischen den beiden Zentren Kyōto und Kamakura gekennzeichnet. Zunächst herrschte mehr oder weniger Ausgewogenheit. Kyōto behielt sein Ansehen als Stadt des Hofadels und als Mittelpunkt aristokratischer Kultur. Durch den Aufstieg der *bushi* in den Provinzen waren der Reichtum des Adels und seine Möglichkeiten, ein Leben in geschmackvollem Luxus zu führen, nicht einschneidend gemindert worden. Seine weit ausgedehnten *shōen*, die nun aufgrund der Bemühungen der Militärverwalter, welche dem alten administrativen Stab an die Seite gestellt worden waren, mit stärkerer Hand geleitet wurden, schufen auch weiterhin die Voraussetzungen für die aristokratische Lebensweise. Dennoch war die zivile Amtsgewalt gegenüber der zunehmenden Macht der Militäraristokratie ohne Zweifel im Nachteil, und der Schwerpunkt verlagerte sich immer mehr von Kyōto nach Kamakura. Eine wesentliche Wende ergab sich im Jahre 1221, als Ex-Kaiser Go-Toba in einem Versuch, das Shogunat zu vernichten, aus nahegelegenen kaiserlichen *shōen* und

einigen buddhistischen Klöstern bewaffnete Truppen zusammenstellte. Die Führer in Kamakura schickten diesen ihrerseits ein großes Heer entgegen, das die ›Rebellion‹ des Kaisers, wie sie es nannten, mit Leichtigkeit niederschlug. In dem darauf folgenden Abkommen konfiszierte das Shogunat von den *kuge* noch weitere *shōen*, schuf das Amt des Statthalters des Shōgun (*Tandai*) in Kyōto (das in Rokuhara, dem alten Hauptquartier der Taira, gelegen war) und dehnte das Militärverwaltungssystem weiter, über ganz Japan hin, aus. Das politische Gleichgewicht änderte sich deutlich zugunsten Kamakuras, das sich in zunehmendem Maße in Hofangelegenheiten, wie die Thronfolge oder die Nachfolge in der Regentschaft der Fujiwara, einzumischen begann.

Als neues politisches Zentrum beherbergte Kamakura zwei überaus wichtige Institutionen. Es war der Hauptsitz des Minamoto-Verbandes, einer Gruppe von zu Zeiten Yoritomos vielleicht zweitausend Kriegerfamilien, die Yoritomo Treue gelobt hatten und als Hausleute (*gokenin*) eingetragen worden waren. Außerdem war es der Hauptsitz der Shogunatsverwaltung. Kamakura selbst entwickelte sich aus einem einfachen Fischerdorf zu einer Stadt von beträchtlicher Größe, in der bedeutende Vasallen der Minamoto ihre Residenz erbauten und neue buddhistische Sekten ihre Haupttempel errichteten. Als administrative Organisation war das Shogunat oder *bakufu* weniger umfangreich als die kaiserliche Regierung. Die Verwaltungsstellen des Shogunats, die fast ausschließlich mit Beamten, die *gokenin* waren, besetzt wurden, waren wie die ›Hausregierungen‹ der Fujiwara und der In auf Einfachheit und direktes Wirken ausgerichtet.

Das geschichtlich erste der *bakufu*-Ämter war die Samurai-Behörde (*Samurai-dokoro*), die Yoritomo zu Beginn seines Feldzuges gegen die Taira gegründet hatte. Allmählich entwickelte sie sich zu einem Militär- und Polizeihauptquartier, das für strategische Belange, die Rekrutierung und Zuweisung von Militär und die allgemeine Überwachung der *gokenin*-Angelegenheiten zuständig war. Als ihr höchster Beamter wurde zuerst ein Mitglied des Hauses Wada, einer der wichtigsten Vasallenfamilien Yoritomos, ausgewählt. Die Verwaltungsbehörde (*Kumonjo*, später in *Mandokoro* umbenannt) wirkte als eine allgemein administrative und die Regierungsrichtlinien festlegende Körperschaft. An ihre Spitze hatte Yoritomo einen Sachverständigen in Rechtsdingen, den er vom Hof in Kyōto gewonnen hatte, Ōe-no-Hiromoto, gestellt. Die Untersuchungsbehörde (*Monchujō*) fungierte als Berufungsgericht, setzte Strafverordnungen durch und führte verschiedene Gerichts- und Katasterakten. Ihr erstes Oberhaupt war ebenfalls ein Verwaltungsspezialist aus Kyōto, Miyoshi-no-Yasunobu. Aus diesen drei Behörden bestand zu Yoritomos Zeit der höhere Verwaltungsapparat des Shogunats, und ihre drei höchsten Beamten wirkten unter der Leitung des Vorsitzenden (*Shikken*) der Verwaltungsbehörde als Ratgebergremium, das in Gegenwart des Shoguns politische Fragen erörterte. Diese einfachen zentralen Verwaltungsstellen erfüllten die Bedürfnisse des Shogunats fast während seines ganzen Bestehens.

Unterhalb der Ebene der zentralen Behörden in Kamakura nahmen die Leute des Shōgun eine Vielzahl von lokalen Ämtern ein, oft innerhalb des bereits vorhandenen Rahmens kaiserlicher und zu *shōen* gehöriger Institutionen. Sie leisteten als Provinzgouverneure, Provinzrichter oder als *shōen*-Verwalter Dienst, als ob sie Zivilbeamte seien. Zusätzlich zu diesen alten Tätigkeiten wurden die neuen Stellen der Militärgouverneure und der militärischen Landverwalter geschaffen. Die *jitō* dienten als lokale Beamte mit Aufgaben, die denen der *shōen*-Verwalter oder der provinziellen Steuerbeamten glichen. Der Hauptunterschied bestand darin, daß sie vom Shōgun ernannt wurden und auch weiterhin Kamakura verantwortlich waren, nicht Kyōto. Die *jitō* wurden zuerst zur Stärkung der bestehenden Lokalverwaltung eingesetzt, und sie waren verpflichtet, darauf zu achten, daß die Landabgaben gewissenhaft eingesammelt und zugeteilt wurden. Diese Dienstleistungen geschahen jedoch nicht umsonst. Die *jitō* wurden belohnt – im allgemeinen, indem man passende *shiki* für sie abzwiegte. So erhielten z.B. die nach 1221 neu ernannten *jitō* ein Elftel der Landabgaben und »die Hälfte des Ertrages von Berg und Strom«. Außerdem wurde eine Militär-Extrasteuer (*hyōryōmai*), die etwa ein Fünfzigstel der Landabgaben betrug, zum Unterhalt der militärischen Einrichtungen erhoben, die sich in Kamakura konzentrierten. Ein nicht unbeträchtlicher Teil des *shōen*-Einkommens mußte also für die Militärbeamten aufgewandt werden.

Über den *jitō* standen – oft aus den Tüchtigeren unter ihnen ausgewählt – die Militärgouverneure. Für jede Provinz wurde einer ernannt und als Justiz- und Polizeibeamter über den nun machtlosen Zivilgouverneur gestellt. Zudem überwachte er die dort ansässigen Mitglieder des Verbandes des Shōgun und sprach Berufungen in die verschiedenen Militärgarden aus.

Obwohl Yoritomo ein überaus geschickter Organisator war, versäumte er es, seine eigene Nachfolge zu sichern. Nachdem er alle Rivalen unter seinen unmittelbaren Familienangehörigen beseitigt hatte, ließ er bei seinem Tode im Jahre 1198 zwei untaugliche Söhne zurück, die ganz und gar nicht in der Lage waren, den Minamoto-Verband zu beherrschen. Ein Machtkampf unter den früheren Vasallen Yoritomos war die Folge. Schließlich konnten Yoritomos Witwe Hōjō-no-Masako (1157–1225) und die männlichen Mitglieder ihrer Familie die Macht an sich reißen. Im Jahre 1203 wurde Masakos Vater Vorsitzender (*Shikken*) der Verwaltungsbehörde, was darauf hinauslief, daß er diese Position zu einer Regentschaft über den Shōgun ausbaute. Durch diese Stellung konnten nacheinander Angehörige der Hōjō-Sippe das Kamakura-Shogunat beherrschen, bis es im Jahre 1333 sein Ende fand. Mit einem unmündigen Fujiwara-Höfling, einem Nachkommen von Yoritomos Tochter, wurde im Jahre 1219 ein Schatten-Shōgun nach Kamakura gebracht, und nach dem Jahre 1252 gaben kaiserliche Prinzen, die als Shōgun fungierten, eine Fassade ab, hinter der die Hōjō das *bakufu* leiteten.

Die Regentschaft der Hōjō dauerte über hundert Jahre an, eine Zeit, in der Japan über eine tatkräftige Regierung und ein gewisses Maß an Stabilität

verfügte. Es war eine Ironie des Schicksals, daß die Hōjō aus dem Geschlecht der Taira stammten; sie waren eine Familie, die vor ihrer Verbindung mit den Minamoto durch Yoritomo fest in der Provinz Izu verwurzelt war. Aus dieser Sippe, die als wahre Macht hinter dem Shogunat stand, gingen ungefähr ein Jahrhundert lang in ununterbrochener Folge fähige Führer hervor, die den Posten des *Shikken* hervorragend ausfüllten. Außerdem gewannen die Hōjō immer mehr andere Stellungen im Shogunat für sich; sie übernahmen die Leitung der Samurai-Behörde, das Amt des Statthalters des Shōgun in Kyōto und einen Großteil der provinziellen Militärgouverneursstellen im Land. Die Schaffung eines Staatsrates (*Hyōjōshū*) im Jahre 1225 gab den Hōjō ein weiteres Mittel in die Hand, die Politik und die Unternehmungen des Shogunats zu überwachen.

Eines der eindrucksvollsten Merkmale der Kamakura-Regierung war die relativ unparteiische und wirkungsvolle Aufmerksamkeit, die sie der Erhaltung des Friedens und der Ordnung innerhalb der Provinzen schenkte. Die Mitglieder des Vasallenverbandes des Shōgun, die als Provinzialbeamte oder Militärgouverneure und Landverwalter Dienst taten, entwickelten ein strenges und pragmatisches Verwaltungssystem, besonders wenn es darum ging, die Eigentums- und Besitzrechte durchzusetzen. Die künstlichen Verordnungen des Taihō-Kodex waren mittlerweile den Verhältnissen in den Provinzen wenig angemessen. Aus diesem Grund ließen die Hōjō im Jahre 1232 eine Sammlung von einfachen Verwaltungsgrundsätzen und -vorschriften zur Anleitung der *gokenin*, die dem Shogunat dienten, anlegen. Es war dies der *Jōei-Kodex* (*Jōei-shikimoku* oder richtiger *Kantō goseibai shikimoku*), die erste Kodifizierung des gewohnheitsmäßig geübten ›Feudalrechtes‹ in Japan. Er hatte den Schutz der Interessen religiöser Institutionen und höfischer Grundbesitzer zur Grundlage; er bestimmte, daß sich die Krieger-Aristokratie an die Verordnungen des *shōen*-Gesetzes zu halten und sich höherer Autorität unbedingt zu unterwerfen habe; und er stellte die Pflichten der *jitō* und *shugo* und die Aufgaben der Justizbeamten in Kamakura klar.

Die dramatischste Prüfung für die Stärke der Hōjō-Herrschaft kam gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts, als die japanischen Krieger mit des Mongolenführers Kubilai Khan massiven Anstrengungen zu Wasser und zu Lande, Japan zu unterwerfen, konfrontiert wurden. Nachdem Kubilais Heere China fast vollständig und Korea ganz überrannt hatten, schickte er im Jahre 1226 Gesandte, die verlangen sollten, daß sich die Japaner unter die dem Mongolenreich tributpflichtigen Vasallen einreihen. Wäre es nach den Ratgebern des Kaisers in Kyōto gegangen, hätte sich Japan ohne Zweifel gefügt; der Hōjō-Regent Tokimune jedoch wies die Gesandten schroff ab. Daraufhin traf Kubilai Vorbereitungen für eine Invasion in Japan: er forderte von den kurz zuvor besiegten Chinesen und Koreanern Schiffe und Seeleute. Im Jahre 1274 segelte eine gemischte Streitmacht von vielleicht 30000 Mongolen und Koreanern von koreanischen Häfen aus gegen Japan. An den Küsten Nordkyūshū, in der

Nähe von Hakata, vermochten sie kurz zu landen; dort traten ihnen dann die japanischen Truppen, die Kamakura eilig von seinen zur Hilfe verpflichteten Lehnsleuten zusammengerufen hatte, entgegen. Ein Sturm zur rechten Zeit trieb jedoch die Invasionsflotte nach Korea zurück, die dabei schwere Verluste erlitt.

Kubilai war nun nur noch entschlossener, Japan in die Knie zu zwingen. Während er seine Eroberung Südchinas forcierte, ließ er nicht ab, weiter Gesandte nach Japan zu schicken und Vorbereitungen für einen zweiten Feldzug zu treffen. Auch Tokimune war nicht untätig. Kubilais Gesandte wurden unverzüglich enthauptet. Entlang der Küste der Hakata-Bucht wurde eine große Verteidigungsmauer erbaut, in Kyūshū wurde ein militärisches Hauptquartier errichtet, und neu zusammengezogene Truppen wurden in Bereitschaft gehalten und sogar in den neuen Kampfmethoden, die die Mongolen demonstriert hatten, ausgebildet. Im Jahre 1281 entsandte Kubilai aus Korea und China eine massive Streitmacht, die aus 140000 Mann bestanden haben soll. Wenn sie auch – in begrenztem Umfang – landen konnten, so hinderten doch die Mauer und die Kampfkraft der Japaner die Mongolen daran, weiter ins Land vorzudringen. Als nach ungefähr zwei Monaten Krieg wiederum ein Sturm die große Invasionsflotte zerschlug, floh, wer konnte, nach Korea zurück und überließ die restlichen Krieger ihrem Schicksal: sie wurden von den Japanern entweder niedergemacht oder gefangengenommen und versklavt. Japan hatte erfolgreich einen Angriff abgewehrt, der sicherlich bis zur Gegenwart den größten überseeischen Feldzug in der Geschichte darstellte.

Somit Waren die Japaner für eine der wenigen Niederlagen, die die Mongolen unter der Führung Kubilais erlitten, verantwortlich. Ihr Mißerfolg ließ die Mongolen nicht ruhen, und im Jahre 1283 errichtete Kubilai ein Hauptquartier, um für einen weiteren, dritten Feldzug zu rüsten. Nach seinem Tod im Jahre 1294 wurde es jedoch aufgelöst. In Japan bestand die militärische Alarmbereitschaft, die von den Hōjō angeordnet worden war, nichtsdestoweniger bis zum Jahre 1312. Der Zusammenstoß mit den Mongolen hatte eine tiefe und nachhaltige Wirkung. Besonders im Herzen der militärischen Führer mischte sich mit dem Stolz, ihr Vaterland gerettet zu haben, auch ein anhaltendes Gefühl der Besorgnis. Kamakura sah sich außerdem zwei unerwarteten Problemen gegenübergestellt. Auf der einen Seite rechneten die Tempel und Schreine, die während des Angriffs unablässig Sutren gelesen und Beschwörungen wiederholt hatten, den Sieg über die Mongolen sich als Verdienst an: sie erklärten, er sei durch höhere Gewalt herbeigeführt worden, insbesondere durch den ›Götterwind‹ (*kamikaze*), den Japans Schutz-*kami* gegen seine Feinde hätten entstehen lassen. Auf der anderen Seite forderten die Familien der Männer, die tatsächlich gekämpft hatten und gefallen waren, eine Entschädigung; und da der Angreifer kein Land als Kriegsbeute verloren hatte, hatte Kamakura wenig Möglichkeiten, seine Vasallen zufriedenzustellen. Obwohl die Hōjō die Mongolen erfolgreich abgewehrt hatten, hatte das Land

daher seine Belastungsgrenze erreicht und den Hōjō waren Probleme entstanden, die zu ihrem Untergang führen sollten.

Die Krieger Japans, die bei diesem Zwischenfall auf der Bühne der Weltgeschichte erschienen, waren ein ganz besonderes Erzeugnis der japanischen Kultur. Die *bushi* oder Samurai waren von den Führertypen, die von den anderen ostasiatischen Gesellschaften hervorgebracht wurden, völlig verschieden. Mit den Beamten-Gelehrten Chinas hatten die *bushi* gewiß wenig gemeinsam, und es ist recht interessant, daß sie sich in ihrem Lebensstil und ihrer Grundhaltung eher mit den europäischen Rittern der annähernd gleichen Zeit vergleichen lassen. Von einem feudalistischen Milieu geprägt, unterschieden sie sich auch von der älteren Hofaristokratie, die auch weiterhin in der Stadt Kyōto herrschte. Gegen Ende des zwölften Jahrhunderts waren die *bushi* ein wichtiger Faktor der höheren Kultur Japans, nicht nur der politischen und militärischen Angelegenheiten, geworden. Und wenn auch in Japan zu dieser Zeit die Lebensweise, die von den *bushi* repräsentiert wurde, noch lange nicht vorherrschend geworden war, so wurde das kulturelle Geschehen in Kamakura doch mehr und mehr von dem Geschmack und den Wertmaßstäben dieser neuen Führungsschicht beeinflusst.



© Abb. 7: Ein Samurai von niedrigerem Rang mit seinem aus Bauern bestehenden Gefolge

Der *bushi* war zwar ein Aristokrat, führte aber ein Leben, das sich von dem des Hofadels sehr abhob. Er war ein Aristokrat aus der Provinz, zum Waffendienst bestimmt und, im Gegensatz zu den *kuge*, ganz von den Aufgaben des Schwertes und des Grundbesitzes in Anspruch genommen. Die meisten *bushi* beschäftigten sich unmittelbar mit der Verwaltung des Landes, sie lebten entweder auf ihren Ländereien oder in deren Nähe. Der Hofadel verbrachte seine Tage fern von Grund und Boden, in seiner eigenen, isolierten Welt der Hauptstadt. Daher legten die *bushi*, anders als die *kuge* mit ihrer verfeinerten Ausbildung, hauptsächlich auf Eigenschaften wie Loyalität, Ehrgefühl, Furchtlosigkeit und Genügsamkeit Gewicht. Sie waren stolz auf Künste wie Reiten, Bogenschießen, Fechten und Menschenführung. Die beiden wichtigsten Symbole dieser Klasse waren das Schwert (die Seele des Samurai) und die Kirschblüte (deren Blütenblätter beim ersten Hauch des Windes fallen – so wie der Samurai ohne Bedauern sein Leben für seinen Herrn hingibt). Der *bushi* war ständig in einem Netz harter Verpflichtungen gefangen: auf der einen Seite bestand für ihn die Forderung, seine Schuldigkeit seinem Herrn gegenüber zu erfüllen, auf der anderen die, seiner Familie Ehre zu machen. Außerdem mußte der *bushi* ein physisch anstrengendes Leben im Felde führen (oder er erlegte es sich als erzieherische Maßnahme selbst auf), und er ertrug solche Härten in dem Glauben, daß er dadurch ›seinen Charakter bilde‹. Genügsamkeit war ein Hauptgebot, nicht nur weil die *bushi* von dem begrenzten Ertrag des Bodens lebten, sondern weil man der Ansicht war, Luxus führe zu Schwäche. Man neigte daher dazu, das bequeme Leben der Höflinge als weichlich und kraftlos zu verachten. Man verschmähte es sogar, sich auf schmerzlose Weise das Leben zu nehmen. Die *bushi* brachten es nämlich wieder in Mode, daß man seine Zuflucht zum Selbstmord als ›dem ehrenhaften Ausweg‹ und als Mittel, ›Ernsthaftigkeit‹ oder Widerstand gegen einen Vorgesetzten zu zeigen, nahm. Die Methode, die sie wählten, um zu sterben – sich die Gedärme aufzuschlitzen (*seppuku*) –, erlegte ihnen die grauenhafteste und langsamste Todesart auf. Dies zeugte von einer gewissen Verrohung. Der *bushi* führte ein Leben in strenger Zucht, zum absoluten Gehorsam verpflichtet, in ständiger Bedrohung durch den Tod. Härte, Offenheit und vor allem persönlicher Einsatz wurden von ihm verlangt.

Als die *bushi*-Schicht mehr und mehr die Regierungsgewalt an sich riß, ließ sie allmählich einen Mythos über sich entstehen – die *bushi* seien die einzig fähigen Führer der japanischen Gesellschaft. Sie verachteten die kraftlosen Höflinge und die vom Geld verdorbenen Kaufleute, sie waren stolz auf einen Beruf, der, wenigstens in der Theorie, dem allgemeinen Wohlergehen geweiht war. Solche Empfindungen waren im dreizehnten Jahrhundert noch nicht voll entwickelt, aber sie waren im Entstehen. Erst im siebzehnten Jahrhundert wurde der idealisierte ›Weg‹ der *bushi* (*bushidō*) im einzelnen festgelegt; in dieser Zeit wurden auch dem Konfuzianismus entlehnte Prinzipien mit herangezogen, um diesen Grundvorstellungen einen moralischen Unterbau zu geben.

Wie im mittelalterlichen Europa war auch in Japan das frühe Zeitalter des Feudalismus eine Zeit glühenden religiösen Eifers. Die religiöse Erweckung der Kamakura-Periode war nicht einfach die Folge des Aufstiegs einer neuen Gesellschaftsklasse, sondern sie stand sicherlich in engem Zusammenhang mit den sich wandelnden Lebens- und Kulturformen und dem Gefühl der Unbeständigkeit, das die Kriege zwischen den Taira und den Minamoto und die Verlagerung des politischen Schwergewichts von Kyōto nach Kamakura verursacht hatten. Für viele war die Zeit aus den Fugen und nur noch Raum für pessimistische Gedanken. Die Besorgnis über das ›Ende des Gesetzes‹ hörte nicht auf, und wer von der im Niedergang begriffenen Stadt Kyōto aus die Welt betrachtete, konnte wohl der Ansicht sein, unselige Zeiten seien über Japan hereingebrochen.

Aber daß sich neue Sekten ausbreiteten und buddhistische Glaubensvorstellungen tief in die japanische Gesellschaft eindringen, hatte einen positiveren Aspekt. Die neue Erweckung befriedigte die Bedürfnisse neuer Klassen und neuer Gruppen im Land. Trotz all ihrer rauhen Sitten wurde die Kriegeraristokratie sehr vom Buddhismus angezogen, und viele ihrer Männer zogen sich in ihren späteren Jahren ins Klosterleben zurück. Innerhalb der *bushi*-Gesellschaft spielten die Mönchsorden eine wichtige Rolle: die Priesterschaft stellte ein Reservoir gebildeter Leute dar, die den ungelehrten Militärverwaltern als Schreiber oder Ratgeber dienen konnten; die Klöster fungierten als Zufluchtsstätte für Kunst und Wissenschaft oder ermöglichten einfach denen, die das Kriegerleben scheuten, ein ruhiges Dasein. Die neue Erweckung war auch ein Anzeichen dafür, daß sich der Standard der Lebenshaltung und der kulturellen Errungenschaften in den Provinzen hob, denn viele der neuen religiösen Bewegungen und zahlreiche ihrer Führer hatten ihren Ursprung in der ländlichen Bauernbevölkerung oder der Schicht der niedrigeren Samurai und auch ihre Gefolgschaft beschränkte sich nicht auf die Aristokratie. Um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts war der Buddhismus ein wesentlicher Bestandteil des japanischen Lebens auf allen Ebenen geworden, von der niedrigsten Dorfgemeinschaft bis zu den Kreisen der Aristokratie in Kamakura und Kyōto, und wichtige religiöse Zentren waren einheitlich in fast allen Provinzen entstanden.

Die religiöse Erweckung der Kamakura-Zeit stellte teilweise auch eine Reaktion gegen das bestehende buddhistische System, gegen die esoterischen Vorstellungen der Tendai- und Shingon-Sekten und gegen die priesterliche Lebensauffassung der sechs Nara-Sekten dar. Denn die neuen Sekten, die im dreizehnten Jahrhundert auftauchten, machten die buddhistischen Lehren auch dem anspruchslosesten Laien verständlich und eröffneten allen die Möglichkeit der Erlösung. Sie verbreiteten die buddhistischen Grundsätze im Volk und liberalisierten die Doktrin zugunsten unmittelbarer gefühlsmäßiger Glaubensbekundungen. Die neuen Führer, oft von niedriger Abkunft, unterstützten die Übersetzung von Sutren in einfaches Japanisch, waren

Laiengemeinden behilflich und erklärten sogar, Priester sollten heiraten und Familien besitzen, um die Probleme der gewöhnlichen Leute besser verstehen zu können.



© Abb. 8: Die große Buddhastatue (Daibutsu) von Kamakura, aufgestellt im Jahre 1242

Natürlich waren die religiösen Ideen, auf die sich die neuen Sekten gründeten, nicht damals entstanden. Die Erweckung der Kamakura-Zeit war seit langem in den Klöstern der Heian-Periode vorbereitet worden, wo der Amidakult und die Meditationspraktiken des Zen wohlbekannt waren. Während der Kamakura-Zeit nun wurden diese Ideen, die in den bestehenden Mönchsorden als zweitrangige Lehren bewahrt worden waren, unter neuen Führern die Grundlage selbständiger Sekten. Der erste dieser Führer, der mit der bestehenden Ordnung brach, war Hōnen Shōnin (1133–1212), der im Jahre 1175 die Sekte vom Reinen Land (Jōdo) gründete. Inspiriert von den früheren Lehren Genshins predigte Hōnen, daß der Mensch unfähig sei, die Erlösung durch seine eigene Kraft (*jiriki*) zu erlangen; nur durch die Kraft eines andern (*tariki*), nämlich Buddhas, könne der Mensch gerettet werden. Er erklärte, der Mensch müsse in seiner Suche nach Befreiung vom Leiden und Sterben erkennen, daß die Erlösung nur durch den Glauben an Buddhas Urgelübde möglich sei. Dieser Glaube werde dadurch bekundet, daß man mit größter Aufrichtigkeit immer wieder den Namen Amidas ausspreche (*nembutsu*). Hōnen erschien das *nembutsu* also als völlig

ausreichend. Man brauche nichts anderes, weder Tempel, Klöster, Rituale noch eine Priesterschaft. Außerdem seien in den Augen Buddhas alle gleich, Vornehme oder Geringe, Mann oder Frau. Die älteren Sekten setzten diesen extremen Ansichten natürlich Widerstand entgegen, und im Jahre 1207 wurde Hōnen aus Kyōto verbannt. Daraufhin reiste er in die Provinzen, mit dem Ergebnis, daß sich seine Lehren weiter ausbreiteten und noch populärer wurden.

Zur gleichen Zeit vereinfachte einer der Schüler Hōnens, Shinran mit Namen (1173–1262), diese Lehren noch mehr, indem er verkündete, eine einzige aufrichtige Anrufung des Namens Amidas sei für die Erlösung hinreichend. Er kämpfte heftig gegen die Errichtung von Klöstern und begann damit, die traditionelle Zucht zu brechen, indem er heiratete, Fisch aß und ein normales weltliches Leben führte. Er war der Überzeugung, daß, wenn ein guter Mensch gerettet werden könne, »um wieviel mehr dann ein schlechter Mensch«. Shinran gründete eine von der Hōnens getrennte Sekte, die er die Sekte vom Wahren Reinen Land (Shin Jōdo Shū) oder einfacher die Wahre Sekte (Shinshū) nannte. In späteren Jahrhunderten war sie als die Aufrichtige Sekte (Ikkōshū) bekannter. Sowohl die Wahre Sekte wie die vom Reinen Land wurden ungeheuer populär, und obwohl sie die Notwendigkeit einer priesterlichen Organisation leugneten, ließen sie doch große Gemeinden von Gläubigen entstehen, die von Tempeln und Priestern betreut wurden. Heute hat in Japan die Shin-Sekte die größte Anhängerzahl, an zweiter Stelle steht die Jōdo-Sekte.

Die Lotus-Sekte (Hokke), die im Jahre 1253 von Nichiren (1222 bis 1282) gegründet wurde, baute ebenfalls auf dem Glaubensmoment auf, war aber auf ein anderes Ziel gerichtet. Nichiren, ein Kantō-Mann von kriegerischer Natur, lehrte seine Gefolgschaft, ›Heil dem Lotussutra‹ (*Namu myōhō-renge-kyō*) zu singen. In der Überzeugung, daß sein Weg für das Individuum wie für die Nation der einzig wahre zur Erlösung sei, griff er alle anderen Sekten erbittert an und rügte die Führer des Landes, daß sie außer der Lotus-Sekte noch andere Sekten unterstützten. Sogar gegen das Shogunat richtete er einen Angriff und sagte eine Fremdinvasion voraus, wenn die anderen Lehren nicht unterdrückt würden. Unter dem Namen Nichiren-Sekte ist seine Sekte tatsächlich als die streitbarste und nationalistischste der buddhistischen Sekten bekannt. Seinen Namen, der wörtlich Sonnenlotus bedeutet, kann man mit dem Begriff ›japanischer Buddhismus‹ gleichsetzen. Extrem nationalistisch in seinem Denken, gab er häufig der Überzeugung Ausdruck, daß Japan das Land der *kami* und der japanische Buddhismus der einzig echte Buddhismus sei.

Es ist interessant festzustellen – wie es Professor Reischauer getan hat –, daß der volkstümliche Buddhismus der Kamakura-Zeit in vieler Hinsicht dem Christentum ähnlich war: in seiner Betonung einer einzigen Erlösergottheit (Amida), der Darstellung von Himmel und Hölle und des schmalen Pfads zum Heil, dem Nachdruck, den man auf den Glauben legte, der Entfaltung religiösen Eifers bei öffentlichen Predigten und Gesängen und in vielen anderen Formen der Popularisierung, die bereits erwähnt wurden. Die drei Volkssekten ließen

auch religiöse Gemeinden entstehen, die in den kommenden Jahrhunderten wichtige Zentren des geistigen und kulturellen Lebens der unteren Schichten werden sollten. Mit der Zeit organisierten sie sich – besonders die Ikkō-Gruppen – politisch und wurden ein Mittel der Selbstverwaltung und des Selbstschutzes gegenüber höherer Autorität. Während des fünfzehnten Jahrhunderts bemächtigten sich Ikkō- Gemeinschaften unter der Führung von Priestern der Herrschaft in den beiden Provinzen Kaga und Noto und verwalteten sie beinahe ein Jahrhundert lang. Und während des sechzehnten Jahrhunderts widerstand die große Tempelburg von Ōsaka den Angriffen der überaus mächtigen Lehnsheere über ein Jahrzehnt.

Wenn auch die neuen, auf dem Glauben basierenden Sekten an Beliebtheit gewannen, so darf man doch nicht denken, daß die älteren Sekten völlig verschwanden. Es fand vielmehr eine beträchtliche Neubelebung und Gegenreform statt, besonders unter den Tendai- und Shingon-Schulen, deren örtliche Zweigtempel ebenfalls Zentren der Erziehung und der wohltätigen Werke wurden. Vom Jahre 1185 der frühen Kamakura-Zeit an bis in die ersten Jahre des dreizehnten Jahrhunderts wurden vom ganzen Volk Anstrengungen gemacht, den Tōdaiji in Nara, der während des Gempei-Krieges zerstört worden war, wiederaufzubauen. Geld wurde in großem Umfang gesammelt, und Yoritomo unterstützte das Unternehmen nachdrücklich. Das in der Folge erwachende Interesse an Tempelarchitektur und buddhistischer Bildhauerkunst ließ eine sehr lebendige ›neo-klassische‹ Renaissance entstehen.

In gewissem Sinn überbrückte die Ausbreitung einer weiteren Sektenbewegung der Kamakura-Zeit, des Zen, die Kluft zwischen den neuen Volkssekten und den älteren Mönchsorden. Diese auf Meditation gerichtete Schule des Buddhismus war in Japan seit dem siebenten Jahrhundert bekannt, aber erst im zwölften regte der neuerliche Kontakt mit China zwei Tendai-Priester dazu an, eigene Zen-Sekten außerhalb der traditionellen Orden zu gründen. Eisai (1141–1215) reiste zweimal nach China, und nach seiner Rückkehr im Jahre 1191 begann er für die Zen- Praktiken einzutreten: gegen den Willen der Tendai- Führer gründete er die Rinzai-Sekte. Sein Schüler Dōgen (1200 bis 1253) gründete nach seiner Rückkehr aus China im Jahre 1227 die Sōtō-Sekte. Wie Hōnen wurde Eisai wegen seiner Ansichten aus Kyōto ausgewiesen, aber im Gegensatz zu Hōnen reiste er nach Kamakura und suchte die Protektion der neuen Militärregierung. Dies war der Beginn der engen Verbindung zwischen dem Shogunat und dem Mönchsorden des Zen. Mit der Unterstützung Kamakuras kehrte Eisai nach Kyōto zurück, gründete den Kenninji, den ersten Tempel, der ausschließlich für Zen-Praktiken bestimmt war, und rief eine Bewegung ins Leben, die zu der Errichtung der Fünf Offiziellen Tempel (Gozan) in Kyōto und Kamakura und zu der Ausbreitung der Zen-Sekte in ganz Japan führen sollte.

Auch der Zen war insofern eine reformatorische Sekte, als er das übertriebene Ritualwesen und die überspitzte Gelehrsamkeit der älteren Schulen ablehnte.

Das Ziel der Zen-Meditation war es, die persönliche Erfahrung der Erleuchtung (*satori*) herbeizuführen und somit zu der ursprünglichen Erfahrung Buddhas zurückzukehren. Man erwartete von den Anhängern des Zen, daß sie sich, um die Erleuchtung zu erlangen, einer strengen geistigen und physischen Zucht unterwarfen, die besonderes Gewicht auf die Meditation (*zazen*) und das Studium rational unlösbarer Probleme (*kōan*) legte, wobei letzteres als Mittel diente, das Individuum von seinem Vertrauen auf das verstandesmäßige Denken abzubringen. Im Zen wird vielleicht der Hauptunterschied zwischen christlichem und buddhistischem Verhalten erhellt. Erlangte man nämlich die Erleuchtung, so glich das in gewissem Maße der ›plötzlichen Bekehrung‹ im Christentum des Mittelalters, doch die Folgen waren weniger weitreichend und gesellschaftswirksam. Dem Erleuchteten wurde nicht der Auftrag zuteil, der Gesellschaft zu dienen, sondern vielmehr die Fähigkeit, sein Leben aus sich selbst heraus, ohne ›Verhaftetsein‹ oder Angst, zu führen. Es war diese Seite des Zen, von der besonders die Kriegeraristokratie so angezogen wurde. Denn wenn der Zen durch geistige Zucht Menschen schaffen konnte, die Selbstverständnis und Selbstvertrauen besaßen, so vermochte er auch die Männer der Tat und des starken Charakters (die *bushi*) heranzubilden.

Wenn der Zen auch in seinen religiösen Prämissen rationales Denken ablehnte, so bestand er doch nicht darauf, daß man sich vom wirklichen aktiven Leben oder von der Welt der Künste und der Wissenschaft zurückzog. Die Zen-Priesterschaft und die Zen-Mönche spielten im Gegenteil in der Förderung der höheren Kultur während der ausgehenden Kamakura-Zeit und in den folgenden Jahrhunderten die wichtigste Rolle. Zen-Klöster wurden in der Nähe der Städte Kyōto und Kamakura und in den Hauptzentren der Provinzen gegründet, aber im Unterschied zu den Nara-Sekten hielten sie sich aus politischen Dingen heraus. Die Zen-Tempel existierten nur am Rande des Lebensbereichs der Krieger-Aristokratie; sie gaben sich die Namen von Hügeln, um anzudeuten, daß sie sich in die Natur zurückgezogen hatten. Andererseits waren es gerade die Zen-Klöster, die in der Welt der *bushi* als Zufluchtsstätte für Wissenschaft und Kunst dienten, und wenn sich die *bushi* aus dem aktiven Leben zurückzogen, wurden sie Zen-Priester. Besonders eng war die Bindung zwischen dem Zen und den Hōjō-Regenten. Die Hōjō beschäftigten Zen-Priester als Schreiber, Erzieher und Ratgeber, und die Regenten selbst wurden Laienmitglieder der Sekte – im Vertrauen darauf, aus ihrer Zucht geistige Kraft zu gewinnen. Hōjō Tokimune, der den Mongolen so tapfer Widerstand leistete, ist gewöhnlich in seinem Zen-Priestergewand dargestellt.

Der Umstand, daß in Kyōto und Kamakura ein Netz von durch die Regierung unterstützten Zen-Tempeln angelegt wurde und daß sich außerdem die volkstümlichen Sekten ausbreiteten und die traditionellen Schulen eine Neubelebung erfuhren, ließ die Aktivität der Buddhisten gewaltig anwachsen und stärkte die Rolle der Religion im Leben des japanischen Volkes. Wieder drängt sich ein Vergleich mit Europa auf. Im feudalistischen Japan nahm der

Buddhismus eine Stellung ein, die der christlichen Kirche in Europa ähnlich war: er stellte das Gewissen der Gesellschaft und eine Zuflucht vor der Welt des Krieges dar. Die Beziehung zwischen religiöser Institution und Staat war in den beiden Kulturen jedoch völlig verschieden. Die buddhistischen Sekten konnten immer reicher und bis zu einem gewissen Grade politisch mächtig werden, doch schufen sie sich keine Position außerhalb des Staatsgefüges, die es ihnen ermöglicht hätte, die Haltung der Regierung zu beeinflussen. In Japan salbte kein buddhistisches Oberhaupt den Herrscher, und es gab keinen Papst, der versucht hätte, aus der Entfernung auf die Entscheidungen der Staatslenkung, sei es in Kyōto oder Kamakura, einzuwirken. In Japan beherrschte der Staat die religiösen Institutionen vollkommener als in Europa.

Doch auf dem Gebiet der höheren kulturellen Errungenschaften war die Religion unbestritten der vorherrschende Faktor. Der Literatur, Architektur und Kunst gab der Buddhismus den inneren Gehalt, und ihre Erzeugnisse stammten sehr häufig von Priestern. Typisch für das mit dem Hofe in Kyōto verbundene Schaffen war das *Hōjōki* (*Aufzeichnungen in einer kleinen Hütte*) des Mönch gewordenen Shintō-Priesters Kamo-no-Nagaakira (1155–1216?), der darin aus seiner Sicht des religiösen Einsiedlers über die höfische Gesellschaft reflektierte. Im *Tsurezure gusa* (*Aufzeichnungen in Mußestunden*), das Yoshida Kenkō (1282–1350) verfaßte, schrieb ein gefeierter Dichter und Hofbeamter, der buddhistischer Priester wurde, seine melancholischen Betrachtungen über das Dahinschwinden des aristokratischen Lebens nieder. Für die *bushi*-Gesellschaft war eine Art von Kriegserzählungen (*gunki monogatari*) charakteristisch, in denen buddhistisch gefärbte Belehrungen in dramatische Berichte, die die militärischen Heldentaten der Kriegerschicht schilderten, eingestreut waren. Das *Heike Monogatari* (*Erzählungen von den Heike*), im frühen dreizehnten Jahrhundert entstanden, war das berühmteste dieser Werke. Es berichtete von dem Kampf zwischen den Taira und den Minamoto und besonders von der endgültigen Niederlage der Taira. Das *Heike Monogatari* stellte für spätere japanische Schriftsteller eine Fundgrube von Themen dar; zur Zeit seiner Abfassung jedoch lag seine Hauptbedeutung darin, daß es mit buddhistischen Kommentaren zu dem Verhalten der Kriegerschicht durchsetzt war.

III. Die Ashikaga-Hegemonie

Nach der Gründung des Kamakura-Shogunats stärkten sich in Japan annähernd hundert Jahre lang das zivile und das militärische Regierungssystem gegenseitig und gaben dadurch dem Land ein gewisses Maß politischer Stabilität. An der Wende zum vierzehnten Jahrhundert traten allerdings bedrohliche Anzeichen eines Zusammenbruchs der Staatsgewalt und einer sozialen Unruhe auf. In Kyōto zersplitterte sich der Hof weiter in Parteien, deren Zwistigkeiten in dem Grad an Heftigkeit zu gewinnen schienen, als das Einkommen aus dem zivilen Grundbesitz zu schwinden begann. Im Jahre 1259 brach man mit der Sitte, daß

der älteste Prinz die Thronfolge antrat, und das Kaisergeschlecht zerfiel in zwei rivalisierende Dynastien: die ›ältere‹ oder Jimyōin und die ›jüngere‹ oder Daikakuji. Zwischen diesen brachten die Hōjō im Jahre 1290 einen Vergleich zustande: eine abwechselnde Nachfolge. Unterdessen hatte sich die Fujiwara-Sippe im Jahre 1252 in fünf Zweigfamilien (*gosekke*) aufgespalten, und der Posten des kaiserlichen Regenten wurde daher ebenfalls abwechselnd besetzt.

Kamakura wurde nicht weniger von innerparteilichen Streitigkeiten zerrissen. Langjährige Vasallen des Shogun, die ihre Macht in Konkurrenz mit den Hōjō vergrößert hatten, bekundeten offen ihre Mißbilligung der Art und Weise, in der die Hōjō die Leitung des Shogunats an sich gerissen bzw. den Großteil der Militärgouverneurstellen in den Provinzen unter sich aufgeteilt hatten. So hatte zum Beispiel die Ashikaga-Familie, die als *shugo* von Mikawa und Kazusa eine strategisch günstige Position zu beiden Seiten von Kamakura einnahm, sich in den Provinzen eine starke Anhängerschaft geschaffen; sie war deshalb immer weniger gewillt, die Bevormundung des Hōjō-*Shikken* hinzunehmen. Familien wie die der Ashikaga legten Zeugnis davon ab, daß außerhalb Kamakuras eine neue Art von militärischen Führern im Entstehen war. Der ursprüngliche *gokenin*-Verband, der auf unmittelbarer Loyalität gegenüber dem Shōgun basierte, begann nach Gebieten zu zerfallen, und Geschlechter, die gewöhnlich *shugo*-Status hatten, schoben sich als neue Macht zwischen Kamakura und die Provinzen.

Das Schwächerwerden des *gokenin*-Systems wurde auch dadurch beschleunigt, daß die Unabhängigkeit der kleineren Kriegersippen, die als Landverwalter Dienst taten, schwand. Dies hatte in der Hauptsache wirtschaftliche Gründe, denn seit der Zeit der ersten Ernennungen der *jitō* waren Generationen vergangen, und die Haupthäuser hatten sich in zahlreiche Zweigfamilien aufgespalten, so daß einst große Erbgüter in beängstigend schmale Erbteile aufgeteilt wurden. Dazu kam die Belastung, sich gegen die Mongolen verteidigen zu müssen. Gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts erschien es daher vielen der Hausleute des Shōgun schwierig, ihren Dienst gegenüber Kamakura weiter zu erfüllen. Statt dessen wurden sie von den lokalen *shugo* abhängig, auf die sie – als Gegenleistung für wirtschaftliche Unterstützung und Sicherung – ihre Lehnstreue übertrugen.

Den meisten politischen und sozialen Problemen im Japan des vierzehnten Jahrhunderts lag jedoch der Konflikt zugrunde, der bei den *shōen* allmählich zwischen den Interessen der zivilen Eigentümer und der militärischen Verwalter entstand. Von Anfang an war das System der doppelten Landverwaltung riskant gewesen, und nun forderten überall die *jitō* größere Anteile an dem Einkommen des Eigentümers, entweder um ihre wirtschaftlichen Ansprüche zu befriedigen oder weil sie tatsächlich die meiste Verwaltungsarbeit in den *shōen* leisteten. Bis zum vierzehnten Jahrhundert hatten sich bereits viele Familien am Hofe genötigt gesehen, ihre *shōen* faktisch zu halbieren (nach einer als *shitaji-chūbun* bekannten Methode): die eine Hälfte entrichtete dem Eigentümer am Hofe, die andere den

jitō Abgaben. Mehr und mehr klagten die Höflinge in Kyōto außerdem darüber über, daß die militärischen Verwalter ihnen nicht einmal den Pachtzins, der ihnen von ihren rechtmäßigen Landanteilen zustand, ablieferten.



© Abb. 9: Ashikaga Takauji, Begründer des Ashikaga- Shogunats

Die Geschehnisse, die das Kamakura-Shogunat zu Fall brachten und der Anlaß für eine völlige Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse waren, sind in der Geschichte als die Kemmu-Restauration bekannt. Diese Restauration, die im Jahre 1331 von Kaiser Go-Daigo (Regierungszeit 1318–1339), aus der jüngeren oder Daikakuji-Dynastie, begonnen wurde, war ebensosehr ein Anachronismus, wie sie ein Fehlschlag war. Dennoch sollte sie überaus weitreichende Folgen haben. Go-Daigo, der darauf bedacht war, die ältere Dynastie an der Rückkehr auf den Thron zu hindern, und der von der Möglichkeit träumte, die Kaisermacht früherer Tage zurückzugewinnen, beschwor nämlich eine Kette von Ereignissen herauf, die über die Vernichtung der Hōjō-Familie hinaus zu einer grundlegenden Umgestaltung der Landespolitik führen sollte.

Der Sturz der Hōjō kam plötzlich und unerwartet. Im Jahre 1331 hatte Go-Daigo einen ziemlich ungeschickten Aufstand unternommen. Von den Kamakura-Streitkräften besiegt und gefangengenommen, wurde er auf die Insel Oki verbannt. Von dort aus vermochte er jedoch seinen Fall vor die

Öffentlichkeit zu bringen, und als er im Jahre 1332 aus seinem Verbannungsort entfloh, fand er sich an der Spitze eines großen Aufruhrs. Mächtige Militärführer, die den Hōjō grollten, schlugen sich auf seine Seite, unter ihnen Ashikaga Takauji, der Kyōto für Go-Daigo eroberte, und Nitta Yoshisada, der Kamakura zerstörte und das Hōjō-Geschlecht ausrottete.

Von 1334 bis 1336 hielt Go-Daigo Kyōto und suchte seine Pläne für eine Wiederherstellung der Kaiserherrschaft zu verwirklichen. Doch wenn sich ihm auch am Anfang Männer wie Nitta und Ashikaga angeschlossen hatten, stimmten die Gründe, die sie für seine Unterstützung hatten, ganz und gar nicht mit seinen Endzielen überein. Vom ersten Tag an bestand zwischen den Militärführern und dem Hof eine große Divergenz der Interessen. Go-Daigo wollte nicht nur die alten kaiserlichen Regierungseinrichtungen wiederherstellen, sondern auch die Herrschaft über die Institutionen der Militärmacht gewinnen. Daher verlieh er den Titel Shōgun seinem Sohn, Prinz Morinaga, und ernannte in großem Ausmaß Höflinge zu Militärgouverneuren in den Provinzen. Die Belohnungen dagegen, die er den Kriegern gewährte, die ihn unterstützt hatten, entsprachen deren Erwartungen bei weitem nicht. Im Jahre 1335 wandte sich der unzufriedene Ashikaga Takauji gegen Go-Daigo und ging daran, sich selbst ein neues Shogunat zu schaffen. Nachdem er im Jahre 1336 Kyōto von Go-Daigo erobert hatte, erhob er den Prinzen Toyohito aus der älteren Jimyōin-Dynastie unter dem Namen Kōmyō zum Kaiser, der seine Stellung für rechtmäßig erklären sollte. Zwei Jahre später, im Jahre 1338, erlangte er den Titel Shōgun.

Das Mißlingen von Go-Daigos Restauration und die Errichtung des Ashikaga-Shogunats brachten dem Land nicht sofort Frieden. Go-Daigo und seiner höfischen Anhängerschaft gelang es nämlich, sich in den Hügeln von Yoshino zu verschanzen, von wo aus er und seine Nachfolger weiterhin geltend machten, daß sie die legitimen Herrscher seien. Für die nächsten sechzig Jahre stritten sich zwei Kaiserdynastien um den Thron in Japan, und im ganzen Land wurden die ausgedehnten Kämpfe, die als der Krieg zwischen der ›Nord- und Süd-Dynastie‹ bezeichnet wurden, damit entschuldigt, daß sie der gerechten Sache des Kaisers – welchem von beiden auch immer – dienten. Der Aufruhr, der im Jahre 1331 begonnen hatte, wurde erst im Jahre 1392 beigelegt. In dieser Zeit war eine Neuverteilung der politischen Macht erfolgt, die sich immer mehr auf die Provinzen und die Feudalherren konzentrierte.

Das hervorstechendste Merkmal der neuen staatlichen Ordnung, die das Ergebnis der Kämpfe in der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts war, bestand darin, daß Kyōto, nicht Kamakura, der Sitz des Shogunats geworden war. Die militärischen Machthaber hatten nun gänzlich von der Hauptstadt Besitz ergriffen; Reste der kaiserlichen Zentralregierung blieben natürlich erhalten. Noch immer betrachtete man den Kaiser als Souverän, die Provinzen behielten einen etwas vagen Status als Verwaltungsbezirke des Staates, und das *shōen*-Gesetz diente als Grundlage der Landverwaltung. Doch mochten die höfischen

Familien auch noch hohen Rang und Titel besitzen und Eigentumsrechte an entfernten *shōen* geltend machen – sie hatten nun jeglichen politischen Einfluß und fast jede Möglichkeit, in die Administration ihrer Ländereien einzugreifen, verloren. Einerlei, welches Einkommen sie aus den Provinzen erhalten mochten, sie waren darin nun völlig von den militärischen Landverwaltern abhängig. Die Ashikaga-Shōgune dagegen, wenn sie auch bestrebt waren, hohen Rang und Stellungen am Hofe zu erhalten, waren auf solche Ernennungen nicht mehr angewiesen, um ihre Ausübung der Herrschaft zu rechtfertigen. Der Shōgun stellte nun anerkanntermaßen die einzige wirkliche Macht im Staat dar und konnte Verordnungen im Namen des Kaisers erlassen.

Es ist interessant zu beobachten, daß, obwohl es wahrscheinlich unvermeidlich war, daß die militärische Herrschaft schließlich auf den zivilen Bereich übergriff, Go-Daigo diesen Prozeß unwissentlich selbst sehr beschleunigte. Denn in seinem Bemühen, wieder ein einziges Regierungssystem herzustellen, verschmolz er die zivile und militärische Verwaltung wo immer möglich. Beispielsweise wurden in den Provinzen keine Zivilgouverneure eingesetzt, weil die *shugo* (die oft aus dem Hofadel stammten) dazu bestimmt wurden, ihre Stelle einzunehmen und sowohl in ziviler wie militärischer Funktion ihr Amt zu versehen. Als die Restauration mißlang, kamen die Militärgouverneure daher in den Besitz einer sehr erweiterten Machtbefugnis.

Auf ähnliche Weise verlor das Kaiserhaus seinen Status als unabhängige politische und wirtschaftliche Macht in der Hauptstadt. Die Behörde des Ex-Kaisers war im Jahre 1321 abgeschafft worden, und viele der kaiserlichen Ländereien wurden in Staatsbesitz überführt – alles in dem Bestreben, das Ideal der Zentralregierung wiederherzustellen. Diese Besitzungen waren für die Kaiserfamilie sämtlich verloren, als Go-Daigo aus Kyōto vertrieben wurde. Damit begann für das Kaiserhaus und die *kuge*-Bevölkerung von Kyōto die Zeit echter wirtschaftlicher Schwierigkeiten, so daß sie mehr und mehr auf die Barmherzigkeit der Kriegerfamilien angewiesen waren. Schließlich wurden die *kuge*, die hauptsächlich als Symbole einer dahingeschwundenen höfischen Kultur erhalten wurden, zu demselben nur dem Zeremoniell dienenden Dasein verurteilt, das das Kaiserhaus seit langem auf sich genommen hatte.

Obwohl das Ashikaga-Shogunat die meisten wichtigen Rechte einer Regierung erlangt hatte, hatte es Schwierigkeiten, das Land wirksam zu beherrschen. Der Zusammenbruch der kaiserlichen Regierung hatte den Rahmen von Gesetzen und Institutionen, in dem die ›Militärregierung‹ während der Kamakura-Zeit gewirkt hatte, zerstört. Die Vasallen der Kamakura-Shōgune waren an sich schwach gewesen, aber aufgrund ihrer strategisch günstigen Stellung in den lokalen Einrichtungen des alten Systems hatten sie für den Staat Macht ausüben können. Nach dem Jahre 1338 war das kaiserliche Regime vernichtet, und wirkliche Regierungsgewalt hatten im Lande nur der Shōgun und seine *shugo*-Vasallen. Die Ashikaga-Hegemonie stand und fiel mit der Fähigkeit des Shōgun, seine Vasallen mit Gewalt oder durch das feudalistische Bündnissystem unter

Kontrolle zu halten. Zwar war die Ashikaga-Sippe jedem ihrer Vasallen an Reichtum und militärischer Stärke überlegen, doch war sie trotzdem nicht mächtig genug, das Land allein zu beherrschen. Die Kriegerfamilien, die dem Shōgun als Vasallen dienten, waren nämlich selbst lokale Hegemonen von beträchtlichem Einfluß. Von Anfang an war das Kräfteverhältnis zwischen dem Shōgun und den Geschlechtern der *shugo*-Vasallen bedenklich. Daher nahm das Shogunat der Ashikaga die Form eines unsicheren Zusammenschlusses mächtiger Kriegersippen an, unter denen der Shōgun häufig nur eine schwache Vorrangstellung innehatte.

Von Zeit zu Zeit konnten die Ashikaga-Shōgune jedoch eine Koalition bilden, die den Frieden für jeweils einige Jahrzehnte erhielt. Die bemerkenswerteste dieser Perioden begann im Jahre 1392, in den späteren Lebensjahren von Yoshimitsu (1358–1408), des dritten Shōgun, und währte weitere fünfzig Jahre unter zweien seiner Nachfolger. Im Jahre 1392 hatte die Süddynastie kapituliert, Kyūshū war befriedet, und widerspenstige *shugo* wie das Geschlecht der Yamana hatten mit den Ashikaga ihren Frieden gemacht. Yoshimitsu war mehr als irgendein anderes Oberhaupt des Hauses Ashikaga in der Lage, als absoluter Hegemon im Land zu agieren. Zu dieser Zeit zeigt sich die politische Struktur des Shogunats in ihrer ausgeprägtesten Form.

Das vielleicht charakteristischste Merkmal der Regierungsform der Ashikaga ergab sich aus der Rolle, die die *shugo*, welche sowohl als hohe Beamte der Zentralregierung wie als Militärgouverneure in den Provinzen amtierten, in ihr spielten. Es war unvermeidlich, daß die zentralen Stellen des *bakufu*, da sie mit den bedeutenden Vasallen des Shōgun besetzt waren, Faktoren der Vormachtstellung der Ashikaga wurden. Das wichtigste der zentralen Ämter war das des Generalgouverneurs (*Kanrei*), das gewöhnlich einem Mitglied der drei einflußreichsten Geschlechter unter den Vasallen des Shōgun (der Shiba, Hatakeyama und Hosokawa) übertragen wurde. Traten diese drei Familien, als die *sankan* bekannt, geschlossen auf, verfügten sie über beträchtliches politisches Gewicht unter den Ashikaga-Vasallen. Sie stellten daher einen persönlichen Rückhalt für den Shōgun dar, der – wenn sie gemeinsam vorgingen – ihn in die Lage versetzte, seine übrigen Vasallen zu beherrschen.

Nach dem *Kanrei* war das wichtigste Amt das des Leiters (*Shoshi*) der Samurai-Behörde (*Samurai-dokoro*). Der *Shoshi* wurde üblicherweise aus einer von vier Sippen (Yamana, Isshiki, Akamatsu und Kyōgoku) ausgewählt und war für strategische Planung, Ordnung und Polizeischutz verantwortlich. Außerdem tat er als *shugo* der Kernprovinz Yamashiro Dienst und kümmerte sich um die Gardetruppe des Shōgun in Kyōto. Diese vier Familien bedeuteten für das Haus Ashikaga eine weitere Stärkung, und man faßte sie unter der Bezeichnung ›die vier *shiki*‹ (*shishiki*) zusammen.

Die Verwaltungsbehörde (*Mandokoro*) war nun hauptsächlich mit den Finanzen des Shogunats betraut, während die Urkundenbehörde (*Monchūjo*) als Kanzlei und Aufbewahrungsort für Katasterakten diente. Eine Recht sprechende

Körperschaft (*Hikitsuke-shū*) legte Streitigkeiten, die gewöhnlich in Landfragen entstanden, bei und verhängte Strafen. Allgemeine Verwaltungsmaßnahmen wurden in dem Beratungsausschuß (*Hyōjō-shū*), einem Rat hoher Beamter, debattiert. Außerdem stützte sich der Shōgun auf eine große Zahl von Beamten in leitender Stellung (*bugyō*), die besondere Aufgaben erfüllten. Diese wurden aber mehr aus den Gefolgsleuten seiner eigenen Sippe als aus den *shugo* gewählt.

Ein weiteres besonderes Merkmal des Ashikaga- Systems waren die verschiedenen regionalen Statthalter, die die Herrschaft des Shōgun außerhalb Kyōtos repräsentieren. So wie die Hōjō in Kyōto einen Statthalter eingesetzt hatten, war der Posten des Generalgouverneurs von Kantō (*Kantō kanrei*) geschaffen worden. Die Bedeutung dieses Amtes wird durch die Tatsache deutlich, daß es zuerst Takaujis Sohn übertragen wurde. Dieser Generalgouverneur stand mehr oder weniger einem zweiten *bakufu* vor und war für die acht Kantō-Provinzen voll verantwortlich. Andere Statthalter wurden in Kyūshū (*Kyūshū tandai*), in Zentraljapan (*Chūgoku tandai*) und im äußersten Norden (*Ōshū* und *Ushū tandai*) eingesetzt. Diese Stellungen wurden im allgemeinen an Vasallengeschlechter vergeben, die gleichzeitig in diesen Gebieten als *shugo* Dienst taten.

In der Zeit Yoshimitsus waren die meisten *shugo* sorgfältig vom Shōgun ausgewählt worden und galten als zuverlässig. In der Mehrzahl waren sie in der Tat Verwandte der Ashikaga-Familie. Wenn sie auch völlig verschiedene Nachnamen trugen, waren sie doch alle Angehörige einer Gruppe von Zweigfamilien, die als *ichimon*, ›der engste Kreis‹, bezeichnet wurde. Die übrigen *shugo*, die aus nicht verwandten Sippen stammten, nannte man ›außerhalb stehende Feudalherren‹ (*tozama*). Natürlich verließ man sich in erster Linie auf Blutsverwandte des Ashikaga-Geschlechtes, und Familien wie die Hosokawa, Shiba, Hatakeyama, Isshiki, Yamana und Imagawa, die Takauji von Mikawa und Kazusa aus gefolgt waren, wurden daher von den Ashikaga als das Kernstück ihrer Regierung angesehen und als Leiter der wichtigsten Verwaltungsbehörden des Shogunats eingesetzt. Bei den *tozama shugo* unterschied man zwei Gruppen, die auch verschieden behandelt wurden. Diejenigen, die fern von Kyōto ansässig waren, wie die Shimazu und Ōtomo, waren einfach in Gebieten, die sie seit langem innehatten, bestätigt worden. Sie behielten somit weitgehende Unabhängigkeit, waren aber von den Amtsgeschäften des Shogunats fast gänzlich ausgeschlossen. Diejenigen, die Provinzen nahe der Hauptstadt besaßen, wie die Kyōgoku, Rokkaku, Akamatsu, Toki und Ōuchi, hatten Ashikaga Takauji zu Beginn seines Aufstiegs zur Macht unterstützt und galten als verlässlicher; sie wurden daher auf verantwortungsvolle Posten im *bakufu* berufen.

Gegen Ende des vierzehnten Jahrhunderts hatten sich die *shugo* zu echten Regionalherrschern entwickelt, denn sie hatten praktisch die Befugnisse der Zivilgouverneure (*kokushu*), der Militärgouverneure (*shugo*) und der militärischen Landverwalter (*jitō*) auf sich vereinen können. Die Bereiche, für die

die *shugo* zuständig waren, bezeichnete man als *kankoku* oder *bunkoku* (»Provinzen«, die an das Prinzip der Verwaltung in Eigenbesitz der ausgehenden Heian- Zeit erinnerten). Ihre zunehmende Macht maßen sich die *shugo* nicht willkürlich an – sie wurde in den meisten Fällen durch die Gesetzesbestimmungen der Ashikaga sanktioniert. In den Ashikaga-Verordnungen waren eigens neue Rechte zur Strafverfolgung und zur Beilegung von Gebietsstreitigkeiten verankert, die beide den *shugo* Zutritt zu den Ländereien ziviler und militärischer Besitzer verschafften. Die Befugnisse zur Überwachung von Tempeln und Schreinen und die Vollmacht zur Landvermessung übernahmen sie von den Provinzialgouverneuren. Im militärischen Verfügungsbereich fand ein ähnlicher Prozeß statt: die *shugo* bestätigten nun die Besitzungen der *jitō* oder, was wohl häufiger der Fall war, übernahmen deren Verwaltungsaufgaben in eigene Regie. Männer für den Kriegsdienst wurden nun im Namen der *shugo* rekrutiert, die damit die Führer lokaler Militäreinheiten wurden. Die Heere des Shōgun bestanden also aus einzelnen Kontingenten, an deren Spitze die *shugo* standen. Als die *shugo* die Befugnis erlangten, im Krieg erobertes oder verlassenes Land zu verteilen, war ihre regionale Unabhängigkeit beinahe vollkommen.

Die Fortschritte, die die *shugo* im Erwerb lokaler Fiskus- und Eigentumsrechte erzielten, waren dadurch sehr erleichtert worden, daß sie das sogenannte Recht des halben Anteils, *hanzei*, geltend machten. Von Ashikaga Takauji zu Anfang seines Kampfes um die Macht legalisiert, gestattete es den *shugo*, »für militärische Zwecke« die Hälfte der Einnahmen aus den *shōen*, die für nicht auf ihrem Besitz lebende Eigentümer bestimmt waren, zurückzubehalten. Das stellte für die Familien bei Hofe, von denen die meisten nach dem *shitaji-chūbun*-Teilungssystem bereits 50% ihrer Ländereien an die *jitō* verloren hatten, natürlich einen schweren Schlag dar. Von größerer Wichtigkeit war jedoch die Tatsache, daß das *hanzei*-Recht von den *shugo*, nicht den *jitō* ausgeübt wurde. Dies bedeutete, daß die Militärgouverneure in den Provinzen automatisch Fiskusrechte in allen nicht in Militärbesitz befindlichen *shōen*, die im Bereich ihrer Gerichtsbarkeit lagen, erlangten. Mehr und mehr wurden die *shugo* die wahren Herren auf dem Land – sie entwickelten sich zu *shugo-daimyō*, wie sie japanische Historiker bezeichnet haben, d.h. regionalen Hegemonen mit ausgedehntem Grundbesitz.

Nachdem wir die wachsende Macht der Militärgouverneure der Ashikaga hervorgehoben haben, ist es nun andererseits genauso wichtig, die besonderen Probleme und Nachteile, mit denen sie zu kämpfen hatten, zu verstehen. Die Einheiten, für welche die *shugo* zuständig waren, waren Provinzen, mit anderen Worten, staatliche Verwaltungsbezirke, in denen sie theoretisch bestimmte ihnen vom Shōgun übertragene Rechtsvollmachten hatten. In den meisten Fällen bestand eine beträchtliche Divergenz zwischen der tatsächlichen Macht des *shugo* und seiner Amtsbefugnis. Das System der Zentralregierung war nun praktisch außer Kraft, das System der Militärbündnisse und der Feudalherrschaft aber war

noch nicht voll entwickelt. In der ihm zugeteilten Provinz gehörte dem *shugo* außerdem nur ein Teil des Landes unmittelbar, und oft lagen seine Hauptbesitzungen irgendwo in einer anderen Provinz. Auch waren ihm nicht alle Kriegerfamilien im Bereich seiner Gerichtsbarkeit zur Loyalität verpflichtet. Der *shugo* war daher *nolens volens* auf die Unterstützung des Shōgun in lokalen Angelegenheiten angewiesen, und diese Zwangslage nötigte ihn, an der Politik des Ashikaga-Shogunats aktiven Anteil zu nehmen. Dieser Widerstreit zentraler und regionaler Interessen sollte schließlich zum Untergang der großen *shugo*-Geschlechter führen. Denn als sie ihre Aufmerksamkeit mehr und mehr den Amtsgeschäften in Kyōto zuwandten, setzten sie sich der Gefahr aus, den Kontakt mit ihren Provinzen zu verlieren. Dies Problem sollte jedoch erst etwa hundert Jahre später, in der Zeit des Ōnin-Krieges, der im Jahre 1467 begann, akut werden.

Die gesamte Regierungszeit der Ashikaga wurde also von dem ständigen Konflikt zwischen dem feudalistischen Herrschaftssystem und den Resten des alten zentralistischen Systems belastet. Daß die Staatsform der Ashikaga ein Übergangsstadium darstellte, wird auch durch den Lebensstil der Militäraristokratie, die sich in Kyōto zusammenfand, verdeutlicht. Angefangen mit dem Shōgun kamen die großen *shugo*-Familien aus den Provinzen, um in Kyōto ihren Wohnsitz aufzuschlagen. Dort begannen sie in ihrem Gebaren die Kultur des alten Adels anzunehmen: sie bauten Paläste, wurden Gönner von Tempeln und kleideten und benahmen sich in höfischer Manier. Die *shugo* suchten also in ihrer Lebensart den neuen Status, den sie erlangt hatten, zur Schau stellten. Von den Ashikaga-Shōgunen ist Yoshimitsu das beste Beispiel für die Durchdringung des Stils der kultivierten Aristokratie mit Elementen militärischer Macht. Nachdem er im Alter von neun Jahren seinen Vater als Shōgun abgelöst hatte, verbrachte er seine Jugend unter der Regentschaft von Hosokawa Yoriyuki, der *kanrei* war. Bereits in seinen jungen Jahren gab es ständig militärische Auseinandersetzungen. Im Jahre 1379 unterband er mit Erfolg einen drohenden Aufstand der Shiba-, Toki- und Kyōgoku-Familien und vereitelte den Versuch der Kantō-Linie der Ashikaga, das Machtzentrum nach Kamakura zurückzuverlegen. Im Jahre 1390 vernichtete er den aufständischen Toki Yasuyuki, *shugo* von Mino und Owari; im folgenden Jahr beschränkte er den widersetzlichen Yamana Ujikiyo, *shugo* von elf Provinzen in Zentraljapan, auf die beiden Provinzen Hōki und Tajima. Im Jahre 1392 gelang es ihm, den Dynastienstreit beizulegen, und im Jahre 1399 besiegte er Ōuchi Yoshihiro, *shugo* von sechs Provinzen in Westjapan.

Gleichzeitig hatte Yoshimitsu mit einer Reihe eindrucksvoller Inspektionsreisen durch ganz Japan begonnen. Im Jahre 1388 besuchte er mit großem Prunk die Fuji-Provinzen, wobei er die Gelegenheit benutzte, um seine Herrschaft über das Kantō-Gebiet zu festigen. Im selben Jahr stattete er Kongōbuji, dem großen Shingon-Kloster südlich von Kyōto, einen Besuch ab. Im Jahre 1389 reiste er zum Itsukushima-Schrein im Kern des Gebietes an der

Inlandsee. Im Jahre 1390 wählte er die Provinzen am Japanischen Meer als Ziel, er besuchte in diesem Jahr Echizen und im Jahre 1393 Tango. Dasselbe Jahr 1393 führte ihn zum Kaiserlichen Schrein von Ise. Jede Reise war darauf angelegt, das Haus Ashikaga mit einem bedeutenden religiösen Symbol zu identifizieren und die lokalen Kriegerfamilien mit der Macht und dem Ansehen des Shōgun zu beeindrucken.

Außerdem war Yoshimitsu ständig bemüht, seinen Status bei Hofe zu verbessern. Nachdem er zum Kanzler zur Linken und Kanzler des Innern ernannt worden war, übertrug er im Jahre 1394 das Amt des Shōgun seinem Sohn, um den Posten des Großkanzlers und den höchsten Hofrang anzunehmen. Damit erreichte er die Spitze beider politischen Systeme, des militärischen wie zivilen – eine Stellung, die er durch die Annahme zweier gesonderter Namen bekundete. Yoshimitsu, der seinen Besitz in Kitayama, am Rande von Kyōto, wo er residierte, sehr vergrößert und dort im Jahre 1397 den Goldenen Pavillon (Kinkakuji) erbaut hatte, lebte und gab Gesellschaften im großartigsten Stil. Gelegentlich ritt er in chinesischer Kleidung, den zeremoniellen Gewändern, die er vom Ming-Kaiser erhalten hatte, umher. Ein anderes Mal hatte er den Kaiser wie einen Gleichgestellten zu Gast. Im Jahre 1407 setzte Yoshimitsu es durch, daß seine eigene Frau als Nachfolgerin der verstorbenen Kaiserin Tsūyōmon-in zur Kaiserin-Witwe ernannt wurde. Die Großjährigkeitsfeier für seinen Sohn im Jahre 1408 wurde in einer Prinzen von Geblüt angemessenen Weise in Gegenwart des Kaisers abgehalten. Ein solch enges Verhältnis zwischen Untertan und Souverän war beispielloes, und es sollte auch nicht mehr so freizügig und offen zur Schau getragen wiederkehren.



© Abb. 10: Der ›Silberpavillon‹ (Ginkakuji), erbaut als ein Teil des Landsitzes Yoshimasas am Fuße der Hügel östlich von Kyōto (Higashiyama) und, drei Jahre nach Yoshimasas Tod, im Jahre 1493 vollendet

Nach dem Tod Yoshimitsus im Jahre 1408 traten sein Sohn und später sein Enkel seine Nachfolge an. Als letzterer im Jahre 1428 starb, war die Stabilität des Shogunats durch die sich verschlechternde politische und wirtschaftliche Lage und das Schwächerwerden der Ashikaga-Führung bereits untergraben. Der sechste Shōgun, Yoshinori (1428–1441), zeigte Zeichen von Stärke. Von einem beunruhigenden Streit im Kantō-Gebiet bedrängt, verband sich Yoshinori im Jahre 1439 mit den Uesugi gegen Ashikaga Mochiuji, den *Kantō kanrei*, und half den Kanto-Zweig seines Geschlechtes ausrotten. Wenig später, im Jahre 1441, wurde Yoshinori von einem seiner bedeutendsten Gefolgsleute, Akamatsu Mitsusuke, ermordet. Als *shugo* von drei Provinzen in Zentraljapan hatte Mitsusuke die züchtigende Hand des Shōgun zu häufig gespürt. Seine Tat schwächte den Einfluß des Hauses Ashikaga derart, daß er nicht mehr wiederhergestellt werden konnte.

Yoshimasa, der achte Shōgun (Regierungszeit 1443–1473), war ein Beispiel für die Machtlosigkeit, zu der der Shōgun nun – gleich dem Kaiserhof – herabgesunken war. Während seiner Amtszeit brach unter seinen Vasallen regelmäßig Zwist aus, und die finanziellen Grundlagen des Shogunats wurden durch Volksunruhen erschüttert. In den Jahren zwischen 1467 und 1477 rieben

sich die *shugo* in Straßenkämpfen in Kyōto auf, wobei sie die halbe Stadt zerstörten (sogenannter Ōnin-Krieg). Dennoch lebte Yoshimasa selbst auf seinem Besitz in Kyōtos Vorort Higashiyama ein ruhiges Leben als Laienpriester, Yoshimitsu nacheifernd, indem er im Jahre 1474 seinen ›Silberpavillon‹ (Ginkakuji) errichtete. Während der restlichen sechzehn Jahre bis zu seinem Tod im Jahre 1490 wandte er seine Aufmerksamkeit ganz den Künsten zu und wurde vor allen anderen der Mäzen der vielleicht schöpferischsten Periode der kulturellen Blütezeit im mittelalterlichen Japan.

IV. Kulturelle Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum

Einer der faszinierenden und anscheinend paradoxen Aspekte der Geschichte Japans im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert ist, daß trotz der mangelnden Festigkeit des Regierungssystems das Land als ganzes Zeugnis von einer bemerkenswerten kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung ablegte. Vergleicht man diese Jahrhunderte mit der Folgezeit, so zeichnen sie sich dadurch aus, daß sie die Kunstformen hervorgebracht und die ästhetischen Werte herausgebildet haben, die von den Japanern bis zum heutigen Tag am meisten bewundert werden. In eben diesen Jahrhunderten trat Japan aufgrund einer kräftigen Wirtschaftsexpansion im Innern auch als bedeutende Seemacht in Ostasien in Erscheinung.

Natürlich ist das Paradoxon zum Teil von den Historikern selbst geschaffen worden, denn sie haben gern das Ausmaß der Zerstörung durch den Krieg, der während dieser Zeit herrschte, übertrieben und sind zu schnell zu dem Schluß gekommen, daß die Dezentralisierung der Regierung für das Land notwendigerweise von Nachteil war. Die Dezentralisierung trug aber ohne Zweifel zu der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung dieser Jahre bei. Die Herrschaft der *shugo* begünstigte es nämlich, daß in Japan viele Wirtschaftszentren entstanden und sich in den entlegenen Provinzen neue kulturelle Hochburgen bildeten.

Die Blüte kulturellen Lebens unter den Ashikaga, die sich auf die Residenzen der Shōgunen in Kyōto und in beschränkterem Umfang auf die Regierungssitze der *shugo* in den Provinzen konzentrierte, resultierte in der Hauptsache aus drei Faktoren: sie war eine Folge der Verschmelzung der beiden großen Gruppen der aristokratischen Gesellschaft – der zivilen und der militärischen –, sie wurde durch neue Einflüsse aus China gefördert, und sie war symptomatisch für die wachsende Rolle, die die Zen-Klöster im kulturellen Bereich zu spielen begannen. Ihre historische Bedeutung rührte in erster Linie daher, daß sie gewisse allgemeingültige Werte besaß, die die Jahrhunderte überdauern und auch für Menschen späterer Generationen ihren Sinn behalten konnten. Zwar ließ die Heian-Periode ein reineres Ideal aristokratischer Lebensführung entstehen, aber da es Reichtum, Prestige und Muße voraussetzte, über die nur eine Adelsgesellschaft verfügen konnte, blieb ihr Vorbild in späteren

Jahrhunderten unerreichbar. Die unter den Ashikaga entstandene Kultur war nicht so ausschließlich auf die ›vornehme‹ Lebensart ausgerichtet und enthielt allgemein menschliche Elemente, die auch spätere Generationen und alle Schichten der japanischen Gesellschaft ansprachen.

Wie wir festgestellt haben, war die Verlegung des *bakufu* von Kamakura nach Kyōto bezeichnend für die Verschmelzung der beiden aristokratischen Gesellschaftsklassen. Bis zum vierzehnten Jahrhundert war die höhere Kultur in Japan ein Monopol der *kuge* gewesen, und selbst in Kamakura hatten nur wenige Angehörige der Militäraristokratie das Niveau des Hofadels erreicht. Als nun die *bushi* in die Stadt des Kaisers und der Fujiwara einzogen, gliederten sie sich gänzlich in die gebildete Gesellschaft des Hofes ein. Die Ashikaga und ihre Vasallen begannen also die *kuge* nachzuahmen: sie ließen sich in Etikette, Dichtkunst, Musik oder Literatur unterweisen und fügten ihren eigenen zeremoniellen Feiern Hofrituale hinzu.

Der neue chinesische Einfluß rührte nicht von einer plötzlichen Wiederbelebung des Kontaktes mit China her. Bereits seit dem Ende der Heian-Zeit hatte sich die Verbindung mit dem Festland immer enger gestaltet. Während des dreizehnten Jahrhunderts machten zahlreiche Priester die Reise von Japan nach China und umgekehrt. Die mongolischen Versuche einer Invasion beschleunigten die Entwicklung des Schiffbaus und der Seefahrt in Japan sehr. So setzte in der Ashikaga-Zeit – besonders nachdem in China im Jahre 1368 die Ming-Dynastie an die Macht gelangt war – ein regelmäßiger Verkehr zwischen Japan und China und zwischen bestimmten Zen-Tempeln in Kyōto und solchen in Südchina ein. Die Jahre 1341, in dem die Tenryūji-Handelsschiffe nach China geschickt wurden, 1373, in dem die Gesandtschaft des Kaisers Hung-wu nach Japan kam, und 1401, in dem Yoshimitsu schließlich den Status eines tributpflichtigen ›Königs von Japan‹ unter dem Ming-Kaiser akzeptierte, sind Meilensteine in der Entwicklung dieses regelmäßigen Verkehrs. Die Folge davon war, daß Japan die chinesische Kultur unmittelbar kennenlernen konnte. Aber während im siebenten Jahrhundert die Regierungseinrichtungen das Interesse der Japaner erregt hatten, schenkte man siebenhundert Jahre später der Religion, den Künsten und der Technologie die größte Aufmerksamkeit. Auf beinahe jedem Gebiet ist in der kulturellen Blütezeit unter den Ashikaga chinesischer Einfluß erkennbar. Bis zu einem gewissen Grad mag dies der Grund dafür sein, daß die Leistungen der Ashikaga-Zeit hervorragender und allgemeingültiger waren als die anderer Epochen und dadurch die Zeiten überdauern konnten.

Aus der kulturellen Welt der Ashikaga-Shōgune nicht wegzudenken waren die Zen-Priester und die großen Zen-Klöster, die rings um Kyōto lagen. Die Ashikaga-Shōgune förderten die Zen-Schule intensiver und großzügiger als die Hōjō, sie machten die Sekte zu einer Art offizieller Institution des Shogunats. Musō Kokushi (1275–1351) wurde Ashikaga Takaujis wichtigster geistlicher Berater, und er war es auch, der vorschlug, daß Takauji das Kloster Tenryūji zum Andenken an den verstorbenen Kaiser Go-Daigo errichten lassen sollte. In der

Folge wählten die Shōgune stets Priester der Rinzei-Sekte als ihre Ratgeber. Im Jahre 1386 führte Yoshimitsu ein offizielles Klassifizierungssystem für die Zen-Klöster ein. Den ›Fünf Tempeln‹ (Gozan) von Kyōto und von Kamakura wurde ein Sonderstatus verliehen, sie wurden amtliche Tempel. Nach dem großen Nanzenji, der als Hauptsitz der Sekte diente, kamen in hierarchischer Reihenfolge die fünf Tempel von Kyōto – Tenryūji, Shōkokuji, Kenninji, Tōfukuji und Manjūji – und die fünf von Kamakura – Kenchōji, Engakuji, Jufukuji, Jōchiji und Jōmyōji. Unter den Gozan standen die ›Zehn Nebentempel‹ (Jissatsu oder Jissetsu), in deren Kategorie über sechzig Provinzialtempel gehörten, und unter diesen standen wiederum ungefähr zweihundert Lokaltempel. Die Nebentempel in den Provinzen waren etwa in der gleichen Weise wie die Kokubunji der Nara-Zeit gegründet worden, obwohl das unmittelbare Vorbild für ihre Errichtung aus dem China der Sung zu stammen scheint. Man nannte sie ›Tempel zur Befriedung des Landes‹ (Ankokuji) und schrieb ihnen tatsächlich schützende und beruhigende Kräfte zu. Das Shogunat unterstützte die Zen-Sekte nicht nur, sondern es überwachte sie auch: es schrieb die Rangordnung und die Gehälter vor und unterstellte die ganze Organisation der Aufsicht eines *bakufu*-Beamten.

Die Ashikaga-Shōgune setzten die Zen-Priester sogar noch mehr als die Hōjō als Schriftgelehrte in ihrer Regierung ein. Der Tempel Shōkokuji in Kyōto stellte ein Zentrum für die Beziehungen zum Ausland dar; dort wurden diplomatische Schriftstücke aufgesetzt, und von dort aus trafen Priester, die den Ashikaga als Vermittler dienten, ihre Vorbereitungen für die Abreise nach China. Hauptsächlich aber suchten die Ashikaga-Shōgune die Priester aus den Gozan als geistliche Berater und als Gesellschafter bei ästhetischen Vergnügungen. Daß sie sich so sehr auf ihre geistlichen Ratgeber verließen, scheint ernsthafte religiöse Gründe gehabt zu haben. Takauji zum Beispiel, der sein ganzes Leben auf dem Schlachtfeld verbracht und sich, indem er sowohl den Hōjō wie Go-Daigo die Treue brach, als ein völlig skrupelloser Führer gezeigt hatte, lebte in beträchtlicher innerer Unsicherheit. In seinen späteren Jahren begann er um sein Seelenheil zu fürchten und umgab sich mit Zen-Priestern, unter ihnen Musō Kokushi. Wenn die Hōjō sich dem Zen zuwandten, damit er ihnen Stärke für die Behandlung realer Probleme gebe, so klammerten sich die Ashikaga-Shōgune aus einer zum Mystizismus und zur Weltflucht tendierenden Haltung heraus an den Zen. Nach Yoshinori zogen sich die Oberhäupter des Hauses Ashikaga immer häufiger in die Abgeschlossenheit des Lebens als Laienpriester zurück und ließen die unerfreuliche Wirklichkeit, die sie umgab, nicht an sich herankommen.

Unter den Mäzenen Yoshimitsu und Yoshimasa, dem dritten und dem achten Shōgun, erreichte die kulturelle Blüte der Ashikaga-Zeit ihre beiden Höhepunkte. Die Jahre, die Yoshimitsu zurückgezogen in seinem Landhaus lebte, haben der ersten Klimax den Namen Kitayama (nördliche Hügel) gegeben; der Name der zweiten, Higashiyama (östliche Hügel), rührt von der Lage des Landhauses von Yoshimasa her. So wie diese beiden Männer die Unterschiede in

der Förderung der Künste von seiten der Shōgune repräsentierten, symbolisierten ihre Villen die beiden Pole, zwischen denen die weite Spanne ästhetischer Werte lag, die zur damaligen Zeit geschätzt wurden. Yoshimitsu, der erfolgreiche Herrscher, lebte in Luxus und Pracht. Sein Denkmal war der Kinkakuji, ein mit Gold gedeckter Pavillon, umgeben von einem weiten Park mit Teichen und Rehen. Hier sammelte er Kunstwerke aus der ganzen Welt und gab verschwenderische Feste, die durch Tänze und Theateraufführungen aufgelockert wurden. Sein Geschmack war auserlesen, ihm gefiel das Farbenprächtige und Exotische. Aber trotz all dem Prunk und der Suche nach dem Neuartigen waren Yoshimitsu und sein Gefolge Männer von Kultur. Der Kinkakuji war zwar prächtig, aber doch so entworfen, daß er in seine natürliche Umgebung paßte.

Yoshimasa, der in den Jahren des Niedergangs der Macht des Shogunats lebte und selbst eine physisch und moralisch schwache Persönlichkeit war, scharte – wie als Ausgleich für die Hoffnungslosigkeit der Zeit – eine weltkluge Clique von Priestern und Künstlern, die unter sich ein überaus verfeinertes Kunstverständnis entwickelten, um sich. Sein Denkmal, der Ginkakuji, zeigt die geheimnisvolle Eigenart, nach der die Kunstkenner dieser Zeit in allen Werken suchten. Das Bemühen, einen ›verborgenen Sinn‹ in der Natur und den Kunstschöpfungen von Menschenhand zu finden, ging auf den überaus introspektiven Charakter des Zen-Buddhismus zurück.

Zwischen diesen beiden Ausdrucksformen der Ashikaga-Kultur sehen wir die glückliche Verbindung von ästhetischer Motivierung und Geschmack, die die Eleganz des Adels, die Kraft der *bushi* und die Tiefe des Lebens in den Zen-Klöstern vereinte. Diesem Syndrom von Empfindungen wurde in ästhetischen Termini Ausdruck verliehen, die sich bis zur Gegenwart als typisch japanisch erhalten haben: *yūgen*, das Geheimnisvolle hinter der äußeren Erscheinung; *wabi*, das Geheimnisvolle der Einsamkeit; *sabi*, das Geheimnisvolle der Veränderung. In allem vermied man das Realistische und Augenfällige zugunsten des Symbolischen, Vieldeutigen und Tiefen.

Unter den Künsten und Unterhaltungen der Ashikaga-Zeit ist die Teezeremonie (*Cha-no-yu*) vielleicht der Schlüssel zum Verständnis der übrigen. Das Teetrinken als geselliges Vergnügen war in der beginnenden Ashikaga-Periode bei den Mitgliedern der *bushi*-Aristokratie ziemlich beliebt. Gleichzeitig wurden im allgemeinen Teezubehör, Keramikschalen und Lackbehälter auffällig zur Schau gestellt. Zur Zeit Yoshimasas wurde es jedoch unter dem Einfluß des Priesters Minata Jukō (1422–1502) eine halbreligiöse ästhetische Übung, bei der sich eine kleine Gruppe in einem ruhigen Raum versammelte, um zeremoniell zubereiteten Tee zu trinken und die Kunstgegenstände, die den Raum schmückten oder beim Servieren des Tees Verwendung fanden, zu würdigen. Durch die Teezeremonie wurde somit in weiten Kreisen Verständnis für eine Vielzahl von Künsten, wie Architektur, Malerei, Blumenstecken, Keramik und Lackarbeit, geweckt.

Für die Architektur der Ashikaga-Periode ist die Verwendung von Naturhölzern und die Gestaltung der Gebäude entsprechend der sie umgebenden Landschaft charakteristisch. Das Zusammenwirken zweier Einflüsse scheint einen einheimischen Baustil hervorgebracht zu haben, aus dem sich in direkter Linie die moderne japanische Bauweise entwickeln sollte. Südchinesischer Einfluß zeigt sich unmittelbar in den Tempeln der Gozan mit ihren schweren Dächern, getragen von nachgedunkelten unbemalten Pfeilern und weißgetünchten Wänden. Der einheimische Palaststil wurde für die Landhäuser und Pavillons verwendet. Der sogenannte ›Studiostil‹ (*shoin-zukuri*) machte die *tatami* als Belag für den ganzen Fußboden und die *tokonoma*, eine besondere Nische, in der Kunstgegenstände zur Schau gestellt wurden, populär. Die beiden berühmtesten Bauwerke dieser Zeit sind natürlich der Gold- und der Silberpavillon. Sie waren beide eigentlich Aussichtstürme, von denen aus man die sie umgebenden Gärten, die aus Wasser, Felsen und Kiefern bestanden, betrachtete. Diese waren unter großen Kosten so entworfen und angelegt worden, daß sie die gesamte Natur einfingen und Meditierende die Beziehung zwischen Mensch und Natur erkennen ließen. Die Kunst der Landschaftsgärtnerei entwickelte sich zusammen mit der Architektur, und es entstand eine große Anzahl von Gärten zur Kontemplation, von denen viele heute noch existieren. Der Saihōji besitzt einen Garten, in dem der Boden gänzlich mit Moos bedeckt ist. Für den Garten des Ryōanji wurden nur Sand und Felsen verwendet, um den Eindruck von Inseln in einem weiten Meer hervorzurufen. Wie groß die Gärten der Ashikaga-Zeit jedoch auch waren und welchem Stil sie auch angehörten – sie verwirklichten das Prinzip, den Makrokosmos in die überschaubaren Grenzen eines nach dem Menschen bemessenen Raumes zu bringen.

Die großartigste Kunst der Ashikaga-Periode war ohne Zweifel die Malerei. Obwohl die neue Form der Tuschmalerei sich größtenteils von dem Stil der chinesischen Landschaftsbilder herleitete, paßte sie genau zu der Stimmung der Zeit, und japanische Maler, viele von ihnen Zen-Priester, erlangten darin eine bemerkenswerte Meisterschaft, sowohl was die Technik als auch was die Frische des schöpferischen Einfalls betrifft. Der neue Schwarzweiß-Stil, als ›Wasser und Tusche‹ (*suiboku*) bekannt, vermied lebhaftere Farben und legte hauptsächlich auf geschickte Pinselführung Gewicht. Von Männern wie Sesshū (1420–1506) entstanden impressionistische, ›hingeworfene‹ Tuschskizzen oder äußerst realistische Wiedergaben der schneebedeckten Hügel und Täler in der Heimat des Künstlers.

Eine Kunstform, die auf eine völlig andere Weise ansprach und mehr den glänzenden Stil der Geselligkeiten der *bushi*-Aristokratie illustrierte, war die als *nō-kyōgen* bekannte Form des Schauspiels. *Nō*, ernste Theaterstücke mit religiöser Grundlage, und *kyōgen*, komische Zwischenspiele, bildeten den Kern der eindrucksvollen Darbietungen, mit denen der Shōgun und die *shugo* ihre Gäste unterhielten. Aber auch diese neue Kunstform wurde erst dadurch zur

Vollendung geführt, daß Männer, die aus den religiösen Institutionen um Kyōto kamen, eine Reihe theatermäßiger Elemente miteinander verbanden. In der Kamakura-Zeit hatten sich die Maskentänze, die verschiedenen shintoistischen und buddhistischen Ritualtänze und die belehrenden Stücke, die am Hofe Tradition waren, zu mehreren Theatertypen entwickelt; manche waren ernsthaft und andere volkstümlich und lustig. Vier Schulen von Tanz-Darstellern, die dem Tempel Kōfukuji in Nara angegliedert waren, waren in diesen Künsten besonders fortgeschritten. Einer dieser Schulen gehörten Kan'ami (1333–1384), ein Shintō-Priester von Beruf, und sein Sohn Seami (1363–1443) an, deren Gönner Yoshimitsu wurde. Auf sie ist die Verbindung von tänzerischen und musikalischen Elementen der damaligen Zeit zu dem *nō*, wie wir es kennen, zurückzuführen. Der so entstandene Theatertyp war ein hochstilisiertes Musikdrama, in dem sich die verschiedenen Bestandteile – Musik, Tanz, Dichtung, Kostüme und Masken – zu einem harmonischen Ganzen zusammenfügten. Wie im griechischen Drama, mit dem es verglichen worden ist, spielen die Masken eine wichtige Rolle; es gibt keine Kulissen, und ein Sängerkhor nimmt häufig das Thema des Schauspiels auf.

In seinen Anfängen geht das *nō* auf den Shintō und den Amida-Buddhismus zurück, vervollkommen wurde es jedoch in der vom Zen bestimmten Atmosphäre am Hofe Yoshimitsus. Es ist somit ein Beispiel für die »mit Zurückhaltung gezeigte Pracht«, die für die Kitayama-Periode typisch war. Die Schauspieler in ihren Kostümen aus Goldbrokat und Stoffen von lebhafter Farbe fuhren eine verschwenderische Eleganz vor Augen; da sie jedoch auf der kahlen Bühne agieren, machen sie keinen aufgeputzten Eindruck. Die Rollentexte sind lyrisch und überaus dichterisch, der Tanz ist verfeinert und schön. Die Aussage der Stücke ist entweder in ihrer Beschwörung eines bestimmten *kami* streng shintoistisch oder ganz von dem Mitleid des Amida-Buddhismus und der Suche nach Erlösung erfüllt. Die Gesten der Schauspieler sind stets eher symbolisch und suggestiv als realistisch. Diese Verbindung von hoher poetischer Eleganz mit der Andeutung des Unsagbaren drückte am besten das Wesen des *yūgen* aus, das Seami in seinen Aufführungen zu erreichen suchte. Die *kyōgen*-Spiele, von denen viele die vornehme *bushi*-Gesellschaft dieser Zeit karikierten, illustrierten das Eindringen volkstümlicher Elemente aus den unteren Schichten in die Welt der höheren Kultur. Zwischen die ernsten Stücke einer *nō*-Aufführung eingestreut, dienten sie dazu, die Stimmung aufzulockern, und häufig auch dazu, sich über eben die Mitglieder der Gesellschaft, die die Hauptförderer des *nō* waren, lustig zu machen.

Wir dürfen nicht annehmen, daß Japan während der Kamakura-Periode wirtschaftlich keine Fortschritte gemacht hätte; in den frühen Jahren der Ashikaga-Zeit jedoch ziehen Zeichen eines gewaltigen wirtschaftlichen Wachstums erneut die Aufmerksamkeit auf sich. Mit Neuerungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft begann eine Steigerung der Produktion einzusetzen, die zu einem neuen Aufschwung des Handels führte. Unterstützt von den

regionalen Militärherrschern, fingen die japanischen Bauern an, eine Reihe von Verbesserungen in der Anbautechnik einzuführen. Zweckmäßigere landwirtschaftliche Geräte, neue Nutzpflanzen wie Sojabohne und Tee und die vermehrte Verwendung von Zugtieren änderten die bisher übliche Weise der Feldbestellung beträchtlich. Neue Bewässerungsanlagen und bessere Eindämmung der Flüsse trugen dazu bei, die Fläche des bebauten Landes zu vergrößern, so daß sich in vielen Gebieten die landwirtschaftlichen Erträge buchstäblich verdoppelten. Als Güter, die früher nur für den lokalen Verbrauch oder für den Haushalt von *shōen*-Eigentümern produziert worden waren, auf einen sich entwickelnden großen Markt kamen, konnten auch landwirtschaftliche und gewerbliche Erzeugnisse in größerem Umfang für den Handel hergestellt werden. Rohseide, Hanf, Baumwolle, Papier, Farbstoffe, Lack, Pflanzenöle und viele andere Nebenprodukte der dörflichen Wirtschaft wurden nun über den Eigenbedarf hinaus für den allgemeinen Verkauf produziert.

Eine Spezialisierung der Aufgaben auf dörflicher oder *shōen*-Ebene ließ auch neue Gruppen von Handwerkern entstehen. Zimmerleute, Strohecker, Töpfer, Schmiede, Weber und Brauer wurden als Spezialisten in der bäuerlichen Gemeinschaft zeitweise von ihren Aufgaben in den *shōen* dispensiert. Sie bildeten mehr und mehr eigene Organisationen, die ihnen in dem von ihnen gewählten Fachgebiet Schutz boten. Man weiß, daß die Organisation von Gilden, bekannt als *za*, in der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts begann, als die Hōjō in Kamakura bestimmte Handelsviertel auflösten und Handwerker und Kaufleute an besondere Plätze verwiesen. Während des fünfzehnten Jahrhunderts nahmen die *za* gewaltig an Umfang zu und entwickelten eine Form der Organisation, die der bestimmter mittelalterlicher Gilden in Europa bemerkenswert ähnlich war. Die *za* bestanden aus einer geschlossenen Mitgliederschaft – Kaufleuten oder Handwerkern einer Gemeinde, die Monopolrechte für den Verkauf oder die Herstellung bestimmter Waren beanspruchten. Diese Rechte und ein gewisses Maß an Schutz wurden von einem Patron (dem *honsho*) garantiert, dessen Funktion ein großer Tempel, ein Schrein oder eine Adelsfamilie erfüllen konnte. In einer Zeit, als gesetzlicher Schutz wenig reale Bedeutung hatte, wurde dieses System der Stärke durch Zusammenschluß und durch Bindung an einen Patron der Hauptrückhalt der Gruppen von Kaufleuten und Handwerkern. Die *za* scharten sich gerne um die einflußreichen Institutionen in Kyōto, Nara und Kamakura. Als die großen *shugo*-Geschlechter zur Macht gelangten, entstanden auch in den Provinzen *za*, die lokale Schutzherren hatten. Handels-*za*, die sich auf besondere Waren oder lokale Erzeugnisse spezialisierten, schufen so das erste ausgedehnte Handelsnetz auf einer marktwirtschaftlichen Basis. Schifffahrtslinien und Packpferdtransporte standen nun allgemein zur Verfügung und waren nicht mehr auf bestimmte *shōen* für den Steuereinzug beschränkt.

Ein wichtiges Anzeichen für das Wachstum der Handelswirtschaft war die Tatsache, daß mehr und mehr Münzen als Zahlungs- und Tauschmittel verwendet wurden. Da die japanische Regierung seit langem keine Münzen

mehr prägen ließ, bestand das nun in Umlauf befindliche Geld hauptsächlich aus von China importierten Kupfermünzen, während Gold und Silber ungemünzt in Gebrauch waren und nach ihrem Gewicht bewertet wurden. Als sich der Tauschhandel über immer weitere Gebiete erstreckte und Güter von fern her erworben wurden, wurde Geld eine Notwendigkeit. Selbst Steuern wurden von den Bauern in zunehmendem Maße in Geld erhoben, so daß im sechzehnten Jahrhundert Feudalherren ihre Lehen nach Geldschnüren (*kan*) bewerteten, nicht mehr nach Scheffeln Reis.

Der Gebrauch des Geldes – sei es von den Bauern oder den feudalistischen Grundbesitzern – machte es erforderlich, Erzeugnisse in Bargeld umzusetzen, und dies hatte zur Folge, daß sich zahlreiche Geldwechsler und Pfandleiher etablierten. Die beiden Typen, die sich am häufigsten fanden, waren der örtliche Geldverleiher, gewöhnlich Großhändler in einem Dorf oder *Sake*-Brauer, und der Kaufmann in der Stadt, der sich oft auf finanzielle Transaktionen mit den Feudalherren spezialisierte. Auch Tempel erfüllten damals eine wichtige Funktion, da sie die Möglichkeit hatten, Reserven anzuhäufen, und außerdem das Ansehen und das moralische Recht, die Rückzahlung von Darlehen zu fordern. Die großen Tempel mit ihren Hauptsitzen in Kyōto und Kamakura und ihren zahlreichen Zweigtempeln in den Provinzen konnten sogar Kreditbriefsysteme entwickeln und fanden Wege zur Erleichterung der Transferierung großer Geldsummen.

Das Anwachsen des Handels, für das die Ausbreitung des Geldwesens ein Symptom war, hatte einige weitreichende Folgen. So war zum Beispiel Reichtum nicht länger vom Grundbesitz allein abhängig, sondern konnte auf andere Weise angesammelt und in Form von wertvollen Metallen oder Waren gehortet werden. Gesondert von der aristokratischen Gesellschaft konnte sich eine Schicht von wohlhabenden Kaufleuten bilden, die sich in einigen wenigen wichtigen Verwaltungs- und Handelszentren zusammenfanden. Aber auch die Adelshäuser und Tempel zogen mittelbar aus Handel und Wucher Nutzen. Schutzherr einer *za* zu sein war gewinnbringend. Territorialherrscher konnten Handelsunternehmungen innerhalb ihres Machtbereiches mit Durchgangszöllen oder Steuern belegen. Der Shōgun und die *shugo* standen nicht nach und sicherten sich ihren Anteil an Einkommen aus dem Überseehandel oder einheimischen Monopolen. Auf diese Weise entstand die enge Verbindung zwischen Feudalregierung und kommerzieller Aktivität.



© Abb. 11: Japan im Mittelalter

Wie in Europa war in Japan die Zunahme der handeltreibenden und der dienenden Bevölkerung durch das Entstehen neuer Städte, größerer und kleinerer, die sich in ihrer Hauptfunktion von den älteren Verwaltungszentren unterschieden, gekennzeichnet. Während es die ganze Kamakura-Zeit hindurch nur drei größere Stadtsiedlungen gegeben hatte, entstanden in der Ashikaga-Zeit zahlreiche Provinzstädte, und um einige Tempel und Schreine herum und an bedeutenderen Hafen- und Marktplätzen entwickelten sich außerdem ansehnliche Dörfer. Da diese nicht unmittelbar unter der Kontrolle eines Feudalherrn oder einer religiösen Institution standen, konnten sie bis zu einem gewissen Grad sich selbst verwalten und politische Autonomie erlangen. Die Kaufleute von Sakai, Hakata, Ōtsu, Ujiyamada und Muro zum Beispiel bildeten unabhängige Handelsgenossenschaften. Sakai baute sich sogar eine eigene militärische Schutztruppe auf und setzte einen Ältestenrat, der aus sechsunddreißig Bürgern bestand, als Verwaltungsgremium ein. Weitere Parallelen zu Europa lassen sich jedoch nicht ziehen. Die Selbständigkeit der Kaufleute im feudalistischen Machtbereich nahm nicht so zu, daß sie die Grundlagen für einen eigenen Stand mit besonderen Privilegien und einer Vertretung in der Regierung des Shōgun oder der *shugo* schaffen konnte. In dieser Hinsicht machte der Handel keine Fortschritte und blieb auf feudalistische

Unterstützung angewiesen, so daß er im sechzehnten Jahrhundert von den Militärherrschern leicht unter feste Kontrolle gebracht werden konnte.

Eines der Probleme, vor das sich die neu entstehende Schicht von Kaufleuten in ihrem Bemühen, sich ihre eigene wirtschaftliche Basis zu gründen, gestellt sah, war die Schwierigkeit, von ihrer isolierten Position am Rande Ostasiens aus Handel mit dem Festland zu beginnen. Natürlich war die Expansion des Handels mit dem Kontinent eine der bemerkenswerteren Entwicklungen im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert, doch verglichen mit den Möglichkeiten, die den italienischen Kaufleuten in dieser Zeit oder später den portugiesischen oder englischen offenstanden, waren die der japanischen Kaufleute sehr beschränkt. Viele Jahrhunderte lang war nämlich das Japan vom Festland trennende Meer in der Hauptsache von koreanischen und chinesischen Seeleuten und Schiffen überwunden worden. Es bedurfte des Anstoßes durch die Mongolen, um die Japaner zu der Entwicklung einer eigenen Handelsflotte zu veranlassen. So wagten sich erst in den Jahrzehnten nach den Invasionsversuchen der Mongolen japanische Küstenbewohner, vor allem aus den Gebieten an der Inlandsee und aus Kyūshū, in großer Anzahl auf die chinesischen Meere. Im frühen vierzehnten Jahrhundert trieben die Japaner eine Art Freibeuterhandel, eine Mischung von Küstenplünderung und Seeräuberei, der den japanischen Schiffern den Namen Wakō (japanische Piraten) eintrug. Es war dies wiederum eine Folge davon, daß in Ostasien im allgemeinen der Handelsverkehr unentwickelt war: besonders in Korea und China waren die Behörden häufig der Ansicht, daß Handel nicht wünschenswert sei und daher vermieden oder drastisch eingeschränkt werden müsse. Zur Zeit der Gründung des Ashikaga-Shogunats hatten verschiedene politische und religiöse Gruppen in Japan den Nutzen, der aus dem Handel gezogen werden konnte, schätzengelernet und erachteten es daher für wert, diese freibeuterischen Unternehmungen unter eine Art Kontrolle zu bringen. Der Shōgun und andere Kreise in Kyōto begannen bald ihrerseits einen von der Regierung geförderten Handel mit China und versuchten gleichzeitig, den gesamten auswärtigen Handelsverkehr durch ein amtliches Lizenzsystem zu überwachen. Die Interessengemeinschaft, die sich in dieser Zeit zwischen den Feudalherren und den Kaufleuten herausbildete, entsprach ebenso sehr dem Wunsch der handeltreibenden Bevölkerung, der Kapital fehlte und die des Schutzes bedurfte, wie sie von der Feudalregierung erzwungen wurde.

Inwieweit die Ashikaga-Herrscher und die *shugo* die Wakō zu kontrollieren vermochten, ist eine umstrittene Frage, die Entwicklung des offiziellen Handels mit China jedoch ist urkundlich gut belegt. Im Jahre 1341 wurde Ashikaga Takauji überredet, ein amtliches Handelsschiff nach China zu schicken und den Erlös aus dem Unternehmen zum Bau des Tenryūji zu verwenden. Weitere ›Tenryūji-Schiffe‹ folgten, und andere Klöster in der Umgebung Kyōtos verbanden sich mit Kaufleuten aus Sakai, um sich an dem Handel mit China zu beteiligen. Unterdessen beorderte der erste Ming-Kaiser Hung-wu im Jahre 1373

zwei Mönche als Gesandte nach Japan, die fordern sollten, daß das Wakō-Unwesen aufhöre. Der Shōgun Yoshimitsu war zu dieser Zeit nicht in der Lage, etwas dagegen zu unternehmen. Als aber Kaiser Yung-lo nach dem Jahre 1392 erneut Druck auf Japan ausübte, hielt es Yoshimitsu doch für vorteilhafter, nachzugeben, und traf mit China ein Tributabkommen. Im Jahre 1401 schickte er eine Gesandtschaft nach China, die zusicherte, daß er sich um die Überwachung der Wakō bemühen werde. Im Jahre 1402 kehrte die Gesandtschaft zurück: Yoshimitsu war als ›König von Japan‹ unter der Oberhoheit der Ming eingesetzt worden. Im Jahre 1404 schließlich wurde ein Übereinkommen erzielt, das einen offiziellen, von der Ming-Regierung kontrollierten Handelsverkehr mit China festlegte. Japanische Historiker haben Yoshimitsu sehr verurteilt, weil er sich China unterwarf und somit die nationale Ehre Japans außer acht ließ. Doch die Handelsgewinne waren sehr groß, und die Priester, die zwischen den Ashikaga und dem Ming-Hof vermittelten, machten für den japanischen Shōgun das Problem der ehrenvollen Haltung weniger schwierig.

Obwohl die Abmachung des Jahres 1404 nur *eine* offizielle Handelsgesandtschaft in zehn Jahren vorsah, sind sechs Reisen zwischen den Jahren 1404 und 1410 nachweisbar. Im Jahre 1410 löste der Shōgun Yoshimochi das Übereinkommen, weil es nicht mit Japans Ehre zu vereinbaren sei. Später jedoch, nachdem im Jahre 1425 ein neuer Ming-Kaiser den Thron bestiegen hatte und Yoshimochi im Jahre 1428 gestorben war, wurden die Verhandlungen wiederaufgenommen, und schließlich wurde ein großzügigeres Handelsabkommen erzielt. Für den im Jahre 1432 erneut einsetzenden Handelsverkehr galt die Regelung, daß alle zehn Jahre eine offizielle Gesandtschaft von mehreren Schiffen geschickt werden dürfe. Die des Jahres 1454 zum Beispiel bestand aus zehn Fahrzeugen: drei ›Tenryūji-Schiffen‹, die unter dem Patronat der Ashikaga standen, zwei ›Ise-Schiffen‹ der Kaiserfamilie, einem Schiff, das für den Generalgouverneur von Kyūshū fuhr, je einem der Geschlechter Shimazu, Ōtomo und Ōuchi und einem des Tonomine-Tempels in Yamato. Hinter diesen verschiedenen Schutzherren jedoch standen die Kaufleute von Sakai und Hakata, die die Schiffe ausrüsteten und am Gewinn beteiligt waren.

Daß dieser Handel immens einträglich war, liegt auf der Hand. Wir wissen, daß der Profit, den die Aristokratie in Kyōto aus dem Handel zog, immer mehr zu ihrer Haupteinkommensquelle wurde, als die Einkünfte des Shogunats und des Kaiserhofes aus den Ländereien erschöpft waren oder in andere Kanäle flossen. Der Handel sagt auch viel über die Situation der japanischen Wirtschaft aus. Nach China wurden nun in Massenproduktion hergestellte Waren und Kunstgegenstände wie Feinkupfer, Schwefel, zusammenfaltbare Fächer, Bilderrollen und vor allem Schwerter exportiert. Einzelne Gesandtschaften brachten Zehntausende von japanischen Stahlschwertern nach China. Zurück kehrten die japanischen Schiffe dagegen mit Geldschnüren (50000 Schnüre im Jahre 1454), Rohseide, Porzellan, Bildern, Arzneimitteln und Büchern. All dies

machte deutlich, daß Japan nicht länger ein unterentwickelter Teil der chinesischen Welt war. Der begrenzte Handel, der von China widerstrebend zugestanden worden war, sollte sich sogar schließlich als nicht ausreichend für die Japaner erweisen. Nach dem Jahre 1551 brach der kontrollierte Handel zusammen, und japanische Kaufleute begannen, in unbeschränkter Zahl die chinesischen Meere zu überqueren. In dieser Zeit sahen sie sich plötzlich den dort neu auftretenden europäischen Seefahrern gegenüber, die ihnen Konkurrenz machten.

V. Der Aufstieg der Sengoku-Daimyō

Ein Streit um die Nachfolge des Shōgun, an den sich eine Kontroverse zwischen den Sippen Hosokawa und Yamana anschloß, führte im Jahre 1467 zum offenen Kampf in den Straßen von Kyōto. Der Shōgun Yoshimasa, außerstande, die beiden großen Vasallengeschlechter zur Raison zu bringen, wandte sich an die übrigen *shugo* um Hilfe. Die Folge war, daß sich die gesamte Anhängerschaft der Ashikaga in zwei feindliche Parteien spaltete, zwischen denen ein erbitterter Krieg (der Ōnin-Krieg) begann, der sich über fast elf Jahre hinzog. Auf seiten der Hosokawa standen die *shugo* von vierundzwanzig Provinzen, die schätzungsweise über 160000 kampffähige Männer verfügen konnten, auf seiten der Yamana die *shugo* von zwanzig Provinzen, die 110000 Mann ausheben konnten, wenn auch vielleicht nur je die Hälfte davon tatsächlich rekrutiert wurde. Die Kämpfe wüteten bald innerhalb, bald außerhalb von Kyōto, und am Ende war die halbe Stadt verwüstet, und fast alle ihre großen Denkmäler waren verbrannt. Im Jahre 1477 wurde der Krieg eingestellt, aber er hatte den völligen Zusammenbruch der Macht des Shogunats herbeigeführt. Yoshimasa zog sich auf seinen Landsitz, den Silberpavillon, zurück, und obwohl sein Sohn als Shōgun amtierte, reichte seine Regierungsgewalt nicht über die Grenzen der Stammprovinz Yamashiro hinaus. Die Provinzen waren unter den *shugo* oder deren Nachfolgern unabhängig geworden, und es war ein völlig dezentralisierter Staat im Entstehen. Das Haus Ashikaga und der verbliebene Hofadel waren nun ihres Einkommens aus ihren Ländereien völlig beraubt und mußten – von den in den Provinzen neu auftretenden Machthabern nur geduldet – ein politisches Schattendasein führen, wenn sie auch für das Zeremonialwesen noch von Bedeutung waren.

Die hundert Jahre vom Ausbruch des Ōnin-Krieges bis zum Einzug Nobunagas in Kyōto im Jahre 1568, der den Beginn der erneuten Einigung Japans bedeutete, stellen eine Periode der japanischen Geschichte dar, die als die Zeit der Sengoku, der ›Kämpfenden Provinzen‹, bekannt ist. Die Bezeichnung ist zutreffend, denn es gab immer wieder Kämpfe. Doch daß vorwiegend Krieg herrschte, war nicht das wichtigste Merkmal dieses Zeitabschnittes. Vor allen Dingen erwies sich der Ōnin-Krieg als ein bedeutender Wendepunkt in der politischen Geschichte Japans. Er kennzeichnete ohne Zweifel das Ende der

Ashikaga-Hegemonie und den Beginn des Stadiums, in dem der japanische Feudalismus vollkommen dezentralisiert war. Aber er besagt noch mehr. Mit ihm schließt sich ein großer Kreis in der Entwicklung der Institutionen in Japan: die Reste der kaiserlichen Zentralregierung wurden endgültig beseitigt, und an ihre Stelle trat ganz und gar das feudalistische Herrschaftssystem. Nach dem Jahre 1467 wurden die Militärgouverneure, die sich bis dahin noch auf bestimmte Einrichtungen der kaiserlichen Lokalverwaltung gestützt hatten, von einem neuen Typ des Lokalherrschers, dem echten Daimyō, verdrängt. Im Machtbereich des Daimyō verschwanden die *shōen*, um überall dem Lehen Platz zu machen. In ganz Japan legten fundamentale Veränderungen in der Struktur und der Zusammensetzung der Gesellschaftsklassen davon Zeugnis ab, daß Japan ›vollständig feudalistisch‹ wurde.

Aber auch in diesem Fall wurde der Wechsel nicht durch einen gewaltsamen Umsturz herbeigeführt. Sowohl Kaiser wie Shōgun verblieben in Kyōto als Symbole einer auch weiterhin bestehenden Souveränität, wenn sie nun auch ihres politischen Einflusses gänzlich beraubt waren. Nach dem Tode des Shōgun Yoshimasa im Jahre 1490 besaß das Shogunat weder das Ansehen noch die Kraft, eine Provinz einem *shugo* zu unterstellen, der sich nicht bereits als lokaler Hegemon durchgesetzt hatte. Die letzten Reste zentraler Regierungsgewalt waren verschwunden, und das Land zerfiel buchstäblich in autonome Territorien. Und doch blieb genug von dem alten Herrschaftssystem zurück, um eine verschwommene Vorstellung von Legitimität lebendig zu erhalten. Wie weit man den Begriff von einem geeinten Staat auch faßte – auf irgendeine Weise überdauerte er. Das ›Reich‹ wurde nicht geteilt und die traditionelle Stellung der Regierung nicht in Frage gestellt.

Den Vorgängen auf höchster Ebene standen ähnliche Entwicklungen in den Provinzen gegenüber. Der destruktive Ōnin-Krieg hatte die *shugo* fast völlig erschöpft und ihre Macht, die Provinzen, für die sie zuständig waren, unter Kontrolle zu halten, einschneidend geschwächt. In den folgenden Jahren war ein rapider Zerfall der *shugo*-Sippen und der Provinzen, über die sie gestellt waren, zu bemerken. Fast überall in Japan spalteten sich die Gerichtsbezirke, die den *shugo* zugewiesen worden waren, in kleinere Gebiete auf, um die sich entweder Zweigfamilien der alten *shugo*-Geschlechter oder Vasallen stritten. So verloren die Hosokawa ihr Land an die Miyoshi und Chōsokabe, während die Yamana von den Mōri und Amago abgelöst wurden.

Die neuen politischen Einheiten, die die Folge der Auflösung der Besitzungen der *shugo* waren, waren zwar kleiner, aber leichter zu behaupten als die alten Gerichtsbezirke. Gleichzeitig mit ihnen trat eine ganze neue Gruppe von Kriegerfamilien mit lokaler Macht auf, die die Historiker *sengoku-daimyō* genannt haben. In den traditionellen Darstellungen der japanischen Geschichte ist der Niedergang der *shugo*-Geschlechter der Ashikaga-Zeit und der aristokratischen Kultur, die sie repräsentierten, beklagt und die Art und Weise, auf die sie ausgeschaltet wurden, als *ge-koku-jō* (›die Revolte der Vasallen gegen ihre

Herren) bezeichnet worden. In der Tat ist der Zerfall der Kriegersippen der Ashikaga-Zeit auf ihre Untergebenen zurückzuführen, aber der Erfolg der Daimyō kann nicht einfach als das Ergebnis ihrer Treulosigkeit erklärt werden. Sie gelangten aufgrund bestimmter fundamentaler Schwächen in dem Verwaltungssystem, an dessen Spitze die *shugo* standen, und durch ihre eigene Fähigkeit, neue und wirksamere Methoden zum Aufbau militärischer Macht und zur Überwachung des Gebiets anzuwenden, zur Herrschaft.

Da vorwiegend Krieg geführt wurde oder es vielmehr dauernd erforderlich war, Landrechte mit Waffengewalt zu verteidigen, traten in ganz Japan im sechzehnten Jahrhundert grundlegende Veränderungen in der lokalen Basis des politischen Lebens ein. Während Japan selbst noch zu Beginn des fünfzehnten Jahrhunderts äußerlich fast dieselbe Verwaltung aufwies, die im dreizehnten Jahrhundert bestanden hatte, veränderte sich zu Beginn des sechzehnten Jahrhunderts die politische Topographie des Landes drastisch. Die Grenzen der tatsächlichen Machtbereiche fielen nicht länger mit den Umrißlinien der *shōen* oder der alten Verwaltungsbezirke zusammen. Die Grundeinheiten auf dem Lande, die zu wirkungsvollen Machtblöcken zusammengefaßt wurden, bestanden aus bewaffneten Männern, ihren Burgen und dem Land, das sie als Lehen besaßen. Diese Einheiten waren den geographischen Gegebenheiten, d.h. den Verteidigungsmöglichkeiten, besser angepaßt, als die traditionellen Verwaltungsbezirke oder Besitztümer es in ihren Grenzen gewesen waren. Die Gebiete der Sengoku-Feudalherren nahmen daher praktisch von innen her Gestalt an, im Gegensatz zu gesetzlich festgelegten Landzuteilungen oder Distrikten des Staates. Mit anderen Worten, ihr Umriß entsprach den Grenzen der zusammengefaßten Besitzungen der Vasallen, über die die Daimyō herrschten. Das Gebiet des echten Daimyō war einfach eine Kombination aus einzelnen Lehen, über die der Daimyō das Recht der Oberherrschaft besaß.

Im Machtbereich der *sengoku-daimyō* waren nun die *shōen* zugunsten des Belehnungssystems vollständig abgeschafft worden. Auf lokaler Ebene hatten schon vor langer Zeit die Konsolidierung der *shiki*-Rechte und die Eliminierung der Privilegien nicht auf ihrem Besitz lebender Grundeigentümer begonnen. Jetzt waren die vielen, einzeln abgestuften Besitzrechte und die verschiedenen Verwaltungsämter alle auf einen einzigen Machthaber, den Daimyō, übergegangen, der nun die absolute Oberherrschaft, wie sie durch die feudalistische Vorstellung vom Land in Eigenbesitz (*ryō*) definiert wurde, beanspruchen konnte. Dieses Land konnte er nach eigenem Gutdünken in Lehen (*chigyō-chi*) unterteilen.

Ein ähnlicher Vorgang der Festigung und Vereinfachung von Rechten und Aufgaben innerhalb des Gebiets des Daimyō wirkte sich auch auf die Stellung des Bauernstandes aus. Als sich die Macht in den Händen des Daimyō konzentrierte, brauchten sich die *bushi* nicht im selben Maße wie bisher landwirtschaftlichen Angelegenheiten zu widmen; sie zogen in die Nähe der Burg, die das Zentrum des Gebiets bildete, und gaben damit der

Landbevölkerung die Möglichkeit, eine Selbstverwaltung zu entwickeln. Gleichzeitig förderten die unsichere Lage auf dem Land und der Verfall des *shōen*-Systems, aber auch das Anwachsen der Bauernschaft und die gesteigerte Produktion die Bildung selbständiger Dorfgemeinschaften. In der Zeit der Sengoku verließen sich die Daimyō mehr und mehr auf die Fähigkeit der Bauern, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln und Steuern auf der Basis einer Dorfquote zu zahlen. In solchen Fällen war die örtliche Bevölkerung für Verwaltung, Besteuerung und Arbeits- und Kriegsdienst in Gemeinschaften, die Dorfgröße hatten, verantwortlich. Solche dörflichen Verbände, *mura* genannt, wurden darin unterstützt, eigene Einrichtungen zur Selbstverwaltung und – während der Jahre heftigen Bürgerkrieges, die folgen sollten – sogar zur Selbstverteidigung zu entwickeln. In zunehmendem Maße betrachteten die Daimyō daher ihre Gebiete als aus einer bestimmten Anzahl von *mura* bestehend, die eine bestimmte Summe von Abgaben aufbrachten. Sie bemaßen die Lehen ihrer Vasallen nach solchen dörflichen Verbänden und errechneten ihren Wert aus den Steuerquoten dieser *mura*.

So, wie sich der Herrschaftsbereich der Daimyō im sechzehnten Jahrhundert herausbildete, nahm er den Charakter eines kleinen Fürstentums an. Die europäischen Besucher, die gegen Ende des Jahrhunderts nach Japan kamen, nannten die Daimyō ›Könige‹ und ›Prinzen‹. Die Daimyō waren nun in ihren Gebieten die absoluten Herren. Ihnen oblagen die Verwaltung und der Schutz ihres Landes, wobei die Vorstellung, daß ihnen ihre Vollmachten vom Shōgun und vom Kaiser erteilt und sanktioniert worden seien, nur noch schwach lebendig war. Diese lokalen Herrscher regierten ihre Gebiete mit Hilfe ihres Verbandes von Gefolgsleuten (*kashin*) und indem sie ihrerseits Lehen verliehen. Ihre Verwaltungsmethoden waren sogar noch einfacher und direkter als die ›privaten‹ der Sippen Fujiwara und Minamoto: An erster Stelle stand die militärische Organisation, die Zivilverwaltung war von zweitrangiger Bedeutung. Dennoch beherrschten die mächtigeren Daimyō ihre Territorien besser und unmittelbarer, als es unter irgendeinem früheren Regierungssystem möglich gewesen war.

Wie sehr sich die Daimyō die Verwaltung ihrer Gebiete angelegen sein ließen, zeigt sich in den neuen ›Hausgesetzen‹ (*bunkoku-hō*), die im sechzehnten Jahrhundert zu entstehen begannen. In denen der Date, Imagawa, Takeda und Ōuchi zum Beispiel zeichnen sich die Anfänge eines neuen Verwaltungs- und Justizverfahrens ab, das dem nun herrschenden Feudalsystem und dem Bedürfnis, eine neue gesetzliche Basis zu schaffen, Rechnung trug. Bei einer Durchsicht dieser Haus-Kodices wird deutlich, welche neuen Vollmachten die Daimyō beanspruchten. Es lief darauf hinaus, daß sie eine unumschränkte Herrschaft über die Menschen und Ländereien in ihrem Machtbereich geltend machten. Sie nützten alle Rechte des Feudalherrn, um die Angelegenheiten ihrer Vasallen in ihrem Sinne zu ordnen und um ihre Gebiete zu verwalten. Sie sorgten für den systematischen Einzug der Steuern und die Vereinheitlichung

der Besteuerung, sie regelten Märkte, Transportmittel, Maße und Gewichte. Sie arbeiteten Methoden aus, wie ihre Gefolgsleute aus ihren Lehen Nutzen ziehen konnten. Sie trafen für die Heirat und die Erbfolge ihrer Vasallen Anordnungen. Sie führten Strafgesetze ein und hielten auf strenge Zucht, wobei sie sich auf die gemeinsame bzw. Gruppenverantwortlichkeit stützten. Und schließlich nahmen sie das Recht für sich in Anspruch, religiösen Institutionen in ihren Territorien Vorschriften zu machen und sie zu schützen.

In welcher Weise die Daimyō ihr Land regierten, zeigt sich auch deutlich in dem veränderten Stil der Kämpfe, die sie austrugen. Die Form des Nahkampfs, in dem der einzelne gepanzerte Samurai das Feld beherrschte, war mit dem Ōnin-Krieg außer Gebrauch gekommen. Nun rekrutierten die Daimyō aus ihren Gebieten große Mannschaften und traten ihren Gegnern mit Reihen lanzenschwingender Fußsoldaten entgegen. Die *bushi* waren größtenteils eine Offizierselite geworden und fungierten als Führer einer neuen Kategorie von Fußsoldaten (*ashigaru*, die ›Leichtfüßigen‹), die ihrem Rang nach zwischen Bauern und *bushi* standen. Wir hören jetzt von Armeen von zehn- bis zwanzigtausend Mann, die in einer einzigen Provinz ausgehoben wurden. Die Notwendigkeit, diese Truppenmassen zu verproviantieren und unterzubringen, ließ die großen Burgstädte entstehen, die die Zentren der Gebiete der Daimyō darstellten.

Das Jahrhundert der Kriege, das als die Zeit der Sengoku bekannt ist, war der Schmelzofen, in dem die neuen Machtbereiche entstanden. Den Brennstoff stellte der ständige Kampf dar, den antagonistische Militärherrscher führten, um ihr Gebiet zu verteidigen oder zu vergrößern, um einflußreiche Nachbarn abzuwehren oder um kleinere Kriegergeschlechter innerhalb ihres eigenen Territoriums unter ihre Gewalt zu bringen. Die meisten Daimyō, die sich in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts erfolgreich behauptet hatten, hatten ihr ganzes Leben auf dem Schlachtfeld verbracht, und während sie ihre Position in ihren Gebieten festigten, wurde das Land wieder und wieder von ihren Truppen durchzogen. Der Krieg bewirkte somit einerseits die endgültige Auflösung der alten Ordnung und ließ andererseits die neuen Institutionen der absoluten Lokalherrschaft, die die Daimyō in ihren Gebieten errichteten, entstehen.

Es wäre natürlich falsch, nun anzunehmen, daß das Land in gleich große Machtbereiche zerfallen, oder womöglich, daß ganz Japan in den Jahren nach 1560 unter die Kontrolle großer Daimyō geraten sei. Viele Gegenden blieben in äußerst kleine Besitzungen zersplittert, die kein Daimyō in seinen lokalen Herrschaftsbereich eingegliedert hatte. Außerdem gab es nicht-feudalistische Interessen, die den Versuchen der Daimyō, sie auszuschalten, widerstanden. In der Zeit um 1560 existierten in Japan vielleicht insgesamt zweihundert Daimyō, die der Erwähnung wert sind, und ihre Territorien mögen etwas mehr als zwei Drittel des Landes ausgemacht haben, aber dies ist nur eine Schätzung. Die bedeutenden Daimyō, die sich große Teile der alten *shugo*-Gebiete hatten

aneignen können, sind historisch leichter nachzuweisen, und ihre Zahl betrug weniger als dreißig. Im äußersten Norden traten die Date, deren Hauptsitz in der Nähe des heutigen Yonezawa lag, mit der Herausgabe einer der ersten vollständigen Sammlungen von Hausgesetzen, dem *Jinkai-shū* aus dem Jahre 1536, hervor. In der Kantō-Gegend waren die Hōjō (keine Nachkommen der Kamakura-Regenten), die ihren Sitz in Odawara hatten, und die Satomi führend geworden. Zweigfamilien der Uesugi-Sippe, die einst unter der Kamakura-Linie der Ashikaga als *kanrei* gedient hatte, waren nun in die nordöstlichen Provinzen abgedrängt worden, wo sie Nachbarn der Takeda, Suwa, Jimbō und Asakura wurden. An der Ostküste residierten die Imagawa und Oda, in den Stammprovinzen die Asai, Hosokawa (die sich nun mit einem kleineren Besitz zufriedengeben mußten), Tsutsui und Hatakeyama. In den Westprovinzen hatten sich mehrere mächtige Daimyō etabliert: Am Japanischen Meer befanden sich noch die Yamana, die allerdings die meisten ihrer Ländereien an die Amago verloren hatten; an der Inlandsee hatten sich die Ukita, Kobayakawa, Ōuchi und Mōri festgesetzt. In Shikoku waren die Miyoshi und Chōsokabe zu Einfluß gelangt, in Kyūshū lagen die Territorien der Ōtomo, Shimazu, Kikuchi und Ryūzōji. Wie aus den Namen ersichtlich, war eine Reihe dieser Sippen bereits in der Ashikaga-Zeit von Bedeutung gewesen; andere waren Verwandte oder unmittelbare Gefolgsleute der *shugo* des fünfzehnten Jahrhunderts. Die politische Karte dieser Zeit zeigt jedoch, daß von den großen Familien, die unter den frühen Ashikaga-Shōgunen mächtig gewesen waren, nur wenige ihre Stellung behielten; die nächsten Kämpfe, die nach dem Jahre 1568 ausbrechen sollten, sollten auch die restlichen fast völlig vernichten.

Die geschichtliche Entwicklung Japans im sechzehnten Jahrhundert läßt sich nicht einfach mit dem Hinweis auf den Aufstieg der Daimyō zur Macht abtun. Die Kriege der Sengoku-Zeit und die politisch unruhige Lage bewirkten auch andere Veränderungen im Sozial- und Staatsgefüge, die den Konsolidierungsversuchen der Daimyō entgegenzuarbeiten schienen. Volksaufstände oder der Anspruch religiöser Gruppen auf lokale Regierungsgewalt führten dazu, daß sich von Zeit zu Zeit örtliche Gemeinschaften bildeten, die sich der Kontrolle der Daimyō entzogen. Berühmt war in dieser Hinsicht der große ›Provinzaufstand‹ (*kuni-ikki*), der im Jahre 1485 in der Provinz Yamashiro eine Lokalverwaltung, die aus Bauern und kleinen *bushi* bestand, einsetzte. Die Aufständischen vertrieben mit Erfolg die Armeen des *shugo*, und acht Jahre lang weigerten sich ihre Führer, die Provinzabgaben zu zahlen. Ähnliche Revolten gegen die Militärherrschaft waren in den Jahren unmittelbar nach dem Ōnin-Krieg häufig, als die *shugo* so viele Steuern und Soldaten aus ihren Gebieten herausgepreßt hatten. Von den Aufständen, die geistliche Führer hatten, war der der Ikkō-Sekte in Kaga der bemerkenswerteste. Im Jahre 1488 zwangen Mitglieder dieser Sekte unter der Leitung von Priestern den *shugo*, Kaga zu verlassen, und beinahe ein Jahrhundert lang wurde die Provinz darauf von einer Gruppe von Priestern des Klosters Honganji in

Verbindung mit den niedrigeren Samurai und den Dorfältesten der Provinz regiert. Auch in anderen Teilen des Landes entstanden solche von Mönchen geführte Gemeinwesen oder hielten sich als Eigenbezirke innerhalb der sich ausdehnenden Territorien der Daimyō.

Die Frage, ob diese Anzeichen der Entwicklung einer ›Volksherrschaft‹ in Japan anti-feudalistische Kräfte darstellten, die bedeutsame Folgen für das Land hätten haben können, wenn sie von den Daimyō nicht unterdrückt worden wären, wird von japanischen Historikern ernsthaft diskutiert. Es ist jedoch kaum vorstellbar, daß eine alternative Regierungsform zu der, die von den Daimyō herausgebildet wurde, im Entstehen war. Der Yamashiro- Auf stand schuf eine Art Gemeinschaft, die ihre Angelegenheiten unter der gemeinsamen Leitung von Landbesitzern und niedrigen Samurai regelte. Sie löste sich schließlich wieder auf, als die Führer der Gemeinschaft ihre Macht erweiterten und die Vorteile sahen, die ihnen die erneute Anerkennung der Oberherrschaft der aufstrebenden *Sengoku-daimyō* brachte. Die geistliche Regierung in Kaga wurde von derselben Schicht niedrigen Militäradels getragen, während die Priesterschaft an der Spitze, die sich im Honganji selbst konzentrierte, sich ganz ähnlich verhielt, wie es ein lokaler Daimyō getan haben würde. Mit anderen Worten, religiöse Einrichtungen waren die Herrschaftszentren feudalistischer Machtbereiche geworden, die denen der Daimyō in fast jeder Hinsicht glichen.

8. Die erste Begegnung mit Europa

Der Zeitabschnitt von den Jahren um 1540 bis etwa 1640 ist das ›christliche Jahrhundert‹ in der japanischen Geschichte genannt worden. Daß diese Bezeichnung gewählt wurde, liegt zum Teil an der westlichen Eitelkeit. Natürlich wurde zu dieser Zeit das Christentum nach Japan gebracht, und im zweiten Jahrzehnt des siebzehnten Jahrhunderts mögen annähernd zwei Prozent der Bevölkerung des Landes Christen gewesen sein. Die Möglichkeiten der Abendländer, in die japanische Landespolitik einzugreifen, waren jedoch gering, und ihr kultureller Einfluß war sogar noch schwächer. Zwar ist das Jahrhundert, in dem man mit Europäern Kontakt aufnahm, ein wichtiges Kapitel der japanischen Geschichte, jedoch hauptsächlich im Hinblick auf die Dynamik, die Japans eigenen gewaltigen Anstrengungen, das Land zu einen und seine fundamentalen sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen neu zu gestalten, innewohnte.

Weltgeschichtlich gesehen sind das sechzehnte und siebzehnte Jahrhundert in Ostasien gleichwohl von besonderem Interesse, denn in dieser Zeit kamen die Chinesen und Japaner zum erstenmal in größerem Umfang mit Europäern in Berührung. Es endete damit, daß die Abendländer von den beiden Hauptmächten Ostasiens zunächst abgewiesen wurden. Man muß sich vor Augen halten, daß der ›Westen‹ in dieser ersten Phase des Ost-West-Kontaktes von dem des neunzehnten Jahrhunderts sehr verschieden war. Die Portugiesen und Spanier, die sich im sechzehnten Jahrhundert in den Orient wagten, gingen

an die Grenze des ihnen Möglichen, als sie ihre Kolonien in Malaya und auf den Philippinen gründeten. Die Zahl der ihnen zur Verfügung stehenden Menschen war begrenzt, und daß sie sich behaupten konnten, lag ebensosehr an der Schwäche der Völker, die sie unterwarfen, wie an ihrer besonderen militärischen Überlegenheit. So konnten sowohl China wie Japan nach eineinhalb Jahrhunderten die Abendländer »unter Kontrolle halten«: die Portugiesen wurden aus Japan ausgewiesen und mußten sich mit der Kolonie Makao begnügen, den Holländern wurde in Japan – in Nagasaki – ein beschränkter, von der Regierung überwachter Handel gestattet. China wie Japan vermochten zu ihrer traditionellen Politik der Isolation zurückzukehren.

Was unterschied diese erste Begegnung zwischen Europa und Ostasien von der, die im neunzehnten Jahrhundert stattfand? Von westlicher Seite wird im allgemeinen auf den Aufstieg und Verfall europäischer Handelsunternehmungen und die Rivalität zwischen den alten Kolonialmächten der Welt und den Holländern und Engländern, die sie ablösten, verwiesen. Aber auch die Verhältnisse in China und Japan spielten eine bedeutende Rolle. Man darf nicht vergessen, daß die östlichen Länder im sechzehnten Jahrhundert denen Europas in ihren Verwaltungs- und Verteidigungsmethoden kaum unterlegen waren. Der erste Vorstoß der Portugiesen in die chinesischen Meere war durch die innere Schwäche Chinas wie Japans sehr erleichtert worden. In China war die Ming- Dynastie unaufhaltsam im Niedergang begriffen, während Japan politisch zerrissen und von internen Streitigkeiten in Anspruch genommen war. Sobald beide Länder ihre volle Stärke zurückgewonnen hatten – China unter den Ch'ing und Japan unter dem Haus Tokugawa –, konnten sie ihr Schicksal wieder selbst bestimmen.

Im Jahre 1498 erreichten die Portugiesen Indien. Bis zum Jahre 1510 hatte Albuquerque Goa zu einem militärischen Vorposten und Handelszentrum gemacht, das der Mittelpunkt der portugiesischen Unternehmungen im Osten werden sollte. Ein Jahr später eroberten die Portugiesen von den Arabern Malakka und erlangten Zugang zum Gewürzhandel und zu den chinesischen Meeren. Im Jahre 1514 sollen sie China erreicht haben, und obwohl es ihnen nicht gelang, Handelskonzessionen vom Hof in Peking zu erhalten, konnten sie im Jahre 1557 in Makao einen Stützpunkt errichten, von dem aus sie mit Kanton Handel treiben konnten. Kurz vorher, im Jahre 1543, waren portugiesische Kaufleute auf der kleinen Insel Tanegashima südlich von Kyūshū gelandet und hatten zum erstenmal mit den Japanern Verbindung aufgenommen. Die Spanier kamen im Jahre 1587 nach Japan.

In diesen Jahren herrschten auf den chinesischen Meeren äußerst verworrene und abenteuerliche Verhältnisse. Der offizielle Handel Japans mit China war zusammengebrochen, und die Meere wimmelten von japanischen und chinesischen Freibeutern. Bald hatten die Japaner Niederlassungen in Annam, Siam und Luzon gegründet und beteiligten sich am Gewürzhandel. Die Inseln vor der Küste Chinas wurden die Schlupfwinkel von Piraten, während

japanische Schiffe so häufig Raubzüge unternahmen, daß die schwächer werdende Ming-Regierung, die sich nicht zu helfen wußte, die Küstenbevölkerung Zentralchinas zwangsweise mehrere Kilometer ins Landesinnere zurückverlegte. China blieb ein wichtiger Faktor im Handel Japans, da die japanischen Kaufleute ihre größten Gewinne mit der Einfuhr chinesischer Seide und chinesischen Goldes nach Japan im Austausch gegen japanisches Silber und Kupfer erzielten. In diese Handelsbeziehungen drängten sich die Portugiesen hinein.

Im Jahre 1545 begannen die Portugiesen, mit Japan Handel zu treiben, und bald wetteiferten die Daimyō von Kyūshū darin, die Europäer an ihren Häfen zu interessieren. Innerhalb von zehn Jahren hatten die Portugiesen die chinesischen Kaufleute durch ihre aggressiveren Methoden und aufgrund der besseren Manövrierfähigkeit und des größeren Fassungsvermögens ihrer Schiffe praktisch aus den japanischen Häfen vertrieben. Aber auch die Neuartigkeit mancher europäischer Waren, die die Portugiesen einführten, stellte eine Attraktion für die Japaner dar. Europäische Feuerwaffen, Gewebe wie Samt und Wollstoffe, Glaswaren, Uhren, Tabak und Brillen sprachen die Japaner und ihren wählerischen Geschmack an. Die Einfuhrhäfen wechselten ständig, und häufig machten sich hier die Launen der örtlichen Daimyō geltend. In den Jahren nach 1550 scheint Kagoshima populär gewesen zu sein, während Hirado und Fukuoka nach 1560 beliebt wurden. Als im Jahre 1571 Nagasaki als einer der Haupthäfen geöffnet wurde, wurde es das Zentrum der Portugiesen in Japan.

Welche Auswirkungen dieser Handel auf Japan hatte, ist schwer zu sagen. Natürlich stärkte er den kommerziellen Faktor der Wirtschaft des Landes und eröffnete einen Weg, auf dem schneller Reichtümer anzuhäufen waren als einfach durch die Verwaltung von Land. Dieser Trend hatte allerdings schon vorher bestanden, und es war nicht nur die Ankunft der Portugiesen, die in den Häfen von Kyūshū die emsige Geschäftigkeit bewirkte. Doch die Europäer belebten den Handel und trugen gleichzeitig dazu bei, seine auflösenden Aspekte hervorzuheben. Die Art und Weise, wie bestimmte kleinere Daimyō in Kyūshū sich eine Machtfülle hatten schaffen können, die in gar keinem Verhältnis zu ihrem Grundbesitz stand, wurde schließlich eine Hauptsorge der politischen Hegemonen, die in Zentraljapan die Regierungsgewalt erlangten.

Aber die Begegnung mit dem Abendland hatte auch andere, überschaubare Auswirkungen, von denen zwei besonderer Aufmerksamkeit bedürfen: die Einführung neuer Feuerwaffen und Kriegstechniken einerseits und die des Christentums andererseits. Den Japanern war das Pulver – das die Mongolen bei ihren Invasionsversuchen verwendet hatten – nicht unbekannt. Außerdem waren die Wakō häufig Sprenggeschossen von seiten der Chinesen und Koreaner ausgesetzt. Die portugiesische Arkebuse war jedoch die erste genau schießende Waffe, die die Japaner gesehen hatten. Sie verbreitete sich rasch in ganz Japan und hatte einen unmittelbaren Einfluß auf die Art der japanischen Kriegführung. Zehn Jahre, nachdem die Japaner in Tanegashima zum erstenmal eine Arkebuse

erblickt hatten, bemühten sich die Daimyō in Westjapan eifrig um ihren Import, und japanische Handwerker stellten Nachbildungen in großen Mengen her. Die ›Tanegashima‹ wurde die neue Waffe der aufstrebenden Daimyō. Die Ōtomo aus Nordkyūshū waren im Jahre 1558 anscheinend die ersten, die mit Kanonen ins Feld zogen. Um das Jahre 1570 wurden in die Heere Trupps von Musketieren eingegliedert, und im Jahre 1575 gewann Oda Nobunaga eine größere Schlacht gegen die Streitkräfte der Takeda, indem er dreitausend Musketiere in wiederholten Wellen einsetzte. Dies stellte gewissermaßen den Wendepunkt in dem Kampf dar, der Japans militärischer Einigung vorausging. Von nun an sollte die überlegene Feuerkraft den Ausgang der Machtproben bestimmen; die kleinen Bergfestungen, die den Bogenschützen und den berittenen Krieger widerstanden hatten, gelangten in die Reichweite der Musketen und Kanonen. Die Daimyō waren gezwungen, massive Burgen mit weit ausladenden Brustwehren und Wassergräben zum Schutz ihrer Truppen zu bauen. Nur die reichsten Daimyō konnten sich halten. Wahrscheinlich beschleunigte die Einführung der Muskete die endgültige Einigung des Landes um einige Jahrzehnte.

Wie ungeheuer aktiv die europäischen Missionare waren, wird deutlich, wenn wir uns vor Augen führen, daß nur neun Jahre nach der Gründung der *Societas Jesu* im Jahre 1540 Francisco de Xavier, einer ihrer Begründer, in Japan predigte. Im Jahre 1542 kam Xavier (1506–1552) in Goa an, reiste aber, von der indischen Reaktion auf seine Botschaft enttäuscht, unter der Führung eines japanischen Schiffbrüchigen namens Anjirō nach Japan weiter. Im Jahre 1549 gelangte er nach Kagoshima, wo er von den Daimyō willkommen geheißen wurde, die hofften, wenn sie Xavier zu predigen erlaubten, würden Handelsbeziehungen die Folge sein. Innerhalb eines Jahres war Xavier aus Satsuma ausgewiesen und mußte sich nach Hirado begeben. Von dort reiste er über Hakata und Yamaguchi nach Kyōto, wo er von dem Ashikaga- Shogun eine Genehmigung zum Predigen zu bekommen versuchte. Als dies mißlang, kehrte er über Sakai nach Kyūshū zurück, gründete in Yamaguchi die erste Kirche und erhielt die Unterstützung der Familien Ōuchi und Ōtomo. Im Jahre 1551 verließ er Japan in der Hoffnung, seine Botschaft nach China bringen zu können, doch er starb im Jahre 1552 in der Nähe von Kanton.

Die beiden kurzen Jahre, während derer Xavier Japan bereiste, legten den Grundstock für den größten Missionserfolg, den die Jesuiten in ganz Asien hatten. Gleichwohl hatten er und seine Nachfolger mit unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, als sie den Japanern die christliche Botschaft übermitteln wollten. Da christliche Prinzipien den Japanern schwer verständlich zu machen waren, lag wahrscheinlich viele Jahre lang die einzige Möglichkeit, das Volk anzusprechen, im beispielgebenden persönlichen Verhalten. Die Japaner nannten die Portugiesen und Italiener, die, wie sie sahen, von den Meeren im Süden gekommen waren, ›südliche Barbaren‹ (Namban) und hielten das Christentum zuerst einfach für eine andere Form des Buddhismus. Aus

verschiedenen Gründen nahmen die Männer aus der Ferne jedoch die Japaner sofort für sich ein. Ihre Freimütigkeit und Standhaftigkeit, ihre absolute Treue und Charakterstärke waren in einer Zeit des Krieges, da die buddhistische Priesterschaft Zeichen von Materialismus und Korruption zeigte, anziehende Eigenschaften.

Die Missionare waren außerdem gebildete Männer, die Kenntnisse von einer neuen Kultur vermittelten. Xavier, der seine Mission mit dem Versuch begonnen hatte, öffentlich zu predigen und so den einfachen Mann auf der Straße anzusprechen, lernte schnell, sich an die herrschende Klasse zu wenden und seine religiöse Botschaft mit Attraktionen der materiellen Kultur Europas zu verbrämen. Missionstätigkeit zog daher Handel nach sich, und die Priester gingen zu Audienzen mit den Daimyo mit seltenen Geschenken. Es dauerte nicht lange, und die Daimyō von Kyūshū nahmen die neue Religion an – größtenteils aus der Überlegung heraus, den Handel zu beleben. Manche befahlen sogar allen ihren Untertanen, ebenfalls zu konvertieren. Mit der Ankunft von Gaspar Vilela (1525–1572) in Kyōto im Jahre 1560 wurde die Hauptstadt das zweite wichtige Zentrum christlichen Wirkens, und eine Zeitlang wurden die Jesuitenmissionare aktiv von Oda Nobunaga – einem der Männer, die Japan einten – unterstützt.

Am meisten förderten jedoch drei Daimyō von Kyūshū die Jesuiten. Ōmura Sumitada, der im Jahre 1570 den Hafen Nagasaki gründete, erlaubte den Jesuiten, dort eine Gemeinde aufzubauen, und im Jahre 1579 übertrug er den Missionaren die Verwaltung der Stadt. Nachdem er im Jahre 1562 selbst Christ geworden war, ließ er später sein ganzes Herrschaftsgebiet seinem Beispiel folgen. Arima Harunobu und Ōtomo Yoshishige (der besser unter seinem buddhistischen Namen Sōrin bekannt ist) waren die beiden andern der sogenannten ›drei christlichen Daimyo‹. Diese Männer schickten im Jahre 1582 mit einer spanischen Galeone vier christliche japanische Gesandte nach Rom an den Hof des Papstes. Nachdem sie über den Pazifik bis nach Acapulco und weiter über den Atlantik nach Spanien und Italien gesegelt waren, kehrten Itō Mancio, Chijiwa Miguel, Nakaura Julian und Hara Martino im Jahre 1590 nach Japan zurück. Im Jahre 1613 schickte Date Masamune eine ähnliche Gesandtschaft, die den Weg um das Kap der Guten Hoffnung nahm, nach Lissabon und weiter nach Rom. Als im Jahre 1582 der Visitator des Jesuitenordens Valignani (1537?-1606) über die Situation in Japan berichtete, schätzte er die Zahl der Kirchen auf insgesamt zweihundert und die der Konvertierten auf 150000 – alles das Werk von fünfundsiebzig Priestern.

Doch schon war die Bereitschaft der japanischen Machthaber, die fremde Religion auf ihren Inseln zu dulden, im Abnehmen begriffen. Denn als die Welle der Einigung und Konsolidierung über das Land ging, begann die fremdenfreundliche Haltung, die die westlichen Kaufleute und Missionare erfahren hatten, zu verschwinden. Zwar sollte das Christentum bis zum Jahre 1587 noch nicht verboten werden, und die ersten Verfolgungen sollten nicht vor dem Jahr 1596 stattfinden; doch nach 1612 rotteten die Tokugawa- Behörden

diese Religion mit rücksichtsloser Entschlossenheit aus, wobei sehr viele Christen ihr Leben verloren. Der Handel wurde noch einige Jahrzehnte intensiv gefördert, aber auch er sollte strengen Beschränkungen unterworfen werden, da die neugeschaffene Zentralregierung eifersüchtig darüber wachte, daß sich die Daimyō in Kyūshū nicht durch Handel bereicherten. Bis zum Jahre 1640 hatte Japan dann eine starre Politik der Selbstisolation angenommen.

9. Nobunaga, Hideyoshi und die Befriedung der Daimyō

Im Jahre 1560 stand Japan an der Schwelle zu einer großen Ära seiner Geschichte, in der die Kriege der Sengoku-Zeit mit einer Reihe von für die Festigung des Staates entscheidenden Schlachten zu Ende gehen sollten. Während der nächsten vierzig Jahre gelang es einer schlagkräftigen Streitmacht, die unter der Führung dreier aufeinanderfolgender militärischer Genies aus dem östlichen Zentraljapan vorrückte, die Daimyō zur Unterwerfung zu zwingen und das Land im großen und ganzen zu einen. Die ›drei Einiger‹, die diese Leistung vollbrachten – Oda Nobunaga (1534–1582), Toyotomi Hideyoshi (1536–1598) und Tokugawa Ieyasu (1542–1616) –, waren Daimyō, und die Einheit, die sie erreichten, nahm die Form einer militärischen Oberherrschaft über die restlichen Daimyō an. Zur Zeit Ieyasus wurde die Hegemonie fest verankert und mit einer neuen Shogunatsregierung, die den Frieden für über zweihundertfünfzig Jahre bewahren konnte, legitimiert.

Es ist schwer zu sagen, wann genau die Daimyō zuerst die Möglichkeit sahen, eine das ganze Land einschließende Hegemonie zu errichten. Nobunaga war jedoch nicht der erste, und er und seine Nachfolger kämpften ihr Leben lang mit zahlreichen mächtigen Rivalen. Einmal begonnen, verlief der Konsolidierungsprozeß jedoch in bestimmten, klar erkennbaren Bahnen. Das Auftreten der *sengoku-daimyō* im frühen sechzehnten Jahrhundert hatte eine Ausgangsbasis geschaffen. Als diese neuartigen und kriegerrisch gesinnten Regionalherren ihre Gebiete erweiterten und ihr Vermögen vergrößerten, begannen sie, in dem Bemühen, ihre Grenzen vorzuschieben oder ihre Nachbarn in ihre Gewalt zu bekommen, übereinander herzufallen. In jedem Landstrich schufen die einflußreichen Daimyō Verbände von Kriegersippen, denen sie als oberster Feudalherr vorstanden, indem sie die benachbarten Daimyō zur Unterwerfung zwangen. Im Jahre 1560 nun hatte der Trend zum Zusammenschluß der Daimyō gerade erst eingesetzt, doch einige mächtige lokale Führer waren schon hervorgetreten. Geschlechter wie die Hōjō, Uesugi, Imagawa, Ōuchi und Shimazu hatten die Daimyō mehrerer Provinzen unter ihre Herrschaft gebracht und konnten alliierte Streitkräfte von gewaltigen Ausmaßen ins Feld schicken. Mit anderen Worten, sie waren für die Eroberung des ganzen Landes gerüstet. Unter diesen regionalen Daimyō-Verbänden wurde schließlich der entscheidende Kampf um die Macht in Japan ausgetragen.

Wie so oft in der japanischen Geschichte, bemühte man sich auch jetzt bei militärischen Unternehmungen um offizielle Legitimierung. Als die örtlichen

Führer die Möglichkeit weiteren Aufstiegs wahrnahmen, richtete sich ihre Aufmerksamkeit auf Kyōto und die vergessenen Symbole der Regierung, die dort residierten. Nachdem Uesugi Kenshin (1530–1578) im Jahre 1558 nach Kyōto gereist und mit dem lange bedeutungslosen Titel eines Generalgouverneurs der Kantō-Gebiete (*Kantō Kanrei*) in sein eigenes Territorium Echigo zurückgekehrt war, erhob er sofort Anspruch auf die Kantō-Provinzen und begann die Bezirke der Hōjō und Takeda anzugreifen. Es blieb jedoch den Daimyō, deren Herrschaftsbereiche näher an den Stammprovinzen lagen, vorbehalten, die Einnahme Kyōtos selbst zu versuchen. Dies geschah im Jahre 1560, als Imagawa Yoshimoto (1519–1560) an der Spitze von etwa 25000 Mann sich seinen Weg nach Kyōto durch das Gebiet Oda Nobunagas erzwingen wollte. Yoshimoto erreichte die Hauptstadt niemals. In einem überraschenden Überfall schlug Oda Nobunaga mit nur 2000 Mann die große Armee der Imagawa in die Flucht.

Diese eine Schlacht genügte, um Nobunaga in die Reihe der wichtigsten Männer, die um die Macht kämpften, einzugliedern. Außerdem waren seine Ländereien strategisch günstig gelegen, da er von seiner Heimatprovinz Owari aus die Hauptstadt ohne Schwierigkeit erreichen konnte, jedoch entfernt genug war, um sich aus dem ständigen Kampf, der die Zentralprovinzen in Aufruhr hielt, heraushalten zu können. Im Jahre 1568 war Nobunaga bereit, gegen Kyōto zu marschieren. Mit einem Heer von 30000 Mann zog er in die Hauptstadt ein und trat als Beschützer des Kaisers und als Streiter für Ashikaga Yoshiaki, der das Ashikaga-Shogunat für sich beanspruchte, auf. Nachdem die Hauptstadt unter seinen Befehl genommen war, setzte er Yoshiaki als Shōgun ein und ließ ihn schwören, daß er alle politischen Entscheidungen Nobunaga allein überlassen würde. Der Grundstein für die Eroberung ganz Japans war gelegt.

Nobunaga stand jedoch erst am Anfang seiner Aufgabe, und zahlreiche Hindernisse standen der Herrschaft über das gesamte Land im Weg. Im Bereich der Hauptstadt leisteten ihm die Mönche des Enryakuji auf dem Hieizan Widerstand und wehrten sich hartnäckig dagegen, daß er von der Stadt Besitz ergriff. Auf der anderen Seite des Biwa-Sees standen die gegnerischen Daimyō Asakura Yoshikage und Asai Nagamasa, die sich häufig mit den Hieizan-Truppen gegen Nobunaga verbanden. Südwestlich von Kyōto nahmen die Kaufleute von Sakai eine feindliche Haltung ein. Die Festung Ishiyama, die von der fanatischen Glaubensgemeinde der Ikkō-Anhänger gehalten wurde, lag gerade so, daß sie Nobunaga daran hinderte, seinen Machtbereich zur Inlandsee hin zu erweitern. Sowohl Ishiyama wie Sakai wurden in ihrem Widerstand gegen Nobunaga von den Daimyō des Gebietes an der Inlandsee und den Priestern von Negoro, die weite Teile im Süden Kiis beherrschten, unterstützt. Hinter diesem Ring von Feinden, die ihn unmittelbar umgaben, ragten die drohenden Schatten entfernter Mächte, wie der Takeda, Uesugi und Hōjō im Osten und der Mōri und Shimazu im Westen, empor. In einer Beziehung war Nobunaga jedoch das Glück hold: nachdem er Tokugawa Ieyasu zum

Verbündeten gewonnen hatte, konnte er ziemlich sicher sein, daß er ihm gegen seine Rivalen im Kantō- Gebiet den Rücken decken würde.

Nobunaga gelangte schließlich zu der Überzeugung, daß zuerst die Macht des Buddhismus im Bereich der Hauptstadt gebrochen werden müsse, und holte furchtlos zum Schlag gegen die Zentren des von den Mönchen getragenen Widerstands aus. Im Jahre 1571 vollbrachte er die grauenerregendste Tat seiner Laufbahn, als er alle religiösen Skrupel aus seinem Herzen verbannte und Feuer an die Klöster des Hieizan legen ließ: dreitausend Gebäude wurden zerstört und Tausende von Mönchen niedergemetzelt. Im selben Jahr wurden die Mönchsgemeinden von Negoro entscheidend von ihm geschwächt. Im Jahr darauf mußten die Ikkō-Gemeinden von Echizen und Kaga kapitulieren. Im Jahre 1573 vernichtete Nobunaga die Asai und Asakura und gliederte ihre Ländereien den seinen ein. Zur selben Zeit hatten seine Heere, die zuweilen aus 60000 Mann bestanden, die Belagerung der Burg Ishiyama begonnen – eine Maßnahme, die für alle Zeiten der weltlichen Macht der Ikkō-(Honganji-)Sekte ein Ende machen sollte, wenn sie auch erst im Jahre 1580 zum Erfolg führte. Mit der Vertreibung des Shōgun Yoshiaki aus Kyōto setzte Nobunaga schließlich den Schlußpunkt unter das Shogunat der Ashikaga: im Jahre 1573 war er *de facto* Herr des Landes.



⊙ Abb. 12: Szene aus der Schlacht von Nagashino im Jahre 1575, in der zum erstenmal Feuerwaffen in größerem Umfang eingesetzt wurden und die Nobunaga dadurch für sich entschied.

In den nächsten Jahren bemühte sich Nobunaga hauptsächlich darum, die Hilfsquellen seines neuen Territoriums voll zu erschließen. Zwischen 1576 und 1579 erbaute er seine große Burg von Azuchi am Ufer des Biwa-Sees. Damit begann ein neuer Abschnitt in der militärischen Geschichte Japans, denn die Festung von Azuchi war so angelegt, daß sie dem Beschuß mit Feuerwaffen standhalten konnte. Eine massive Zitadelle mit einem siebenstöckigen Hauptturm, umgeben von Steinmauern und Verteidigungsbollwerken, erhob sie sich auf der Saga-Ebene – das Symbol eines neuen Zeitalters. Mit dem eroberten Gebiet um seine neue Burg verfuhr Nobunaga so, daß er die besten Ländereien sich selbst vorbehielt und die Daimyō, die seine Vasallen waren, als Kastellane auf den Festungen seiner besiegten Gegner einsetzte. Daimyō, die sich ihm ohne Widerstand zu leisten ergaben, wurden als Verbündete angenommen, und ihre Loyalität wurde dadurch erprobt, daß sie nacheinander an die Spitze seiner Heere im Felde gestellt wurden.

Im Jahre 1577 war Nobunaga bereit, gegen seine entfernten Rivalen vorzugehen, und da er im Rücken noch ziemlich gedeckt war, marschierte er von der Hauptstadt aus nach Westen mit dem Endziel, die Mōri auszuschalten, die ungefähr zwölf Provinzen an der Südwestspitze der Insel Honshū beherrschten. Diesmal schickte Nobunaga seinen bedeutendsten General Hideyoshi gegen die Mōri. Relativ leicht überrannten Nobunagas Heere Tamba, Tango, Tajima, Inaba und Harima und zwangen im Jahre 1578 die Ukita, die Bizen und Mimasaka besaßen, zur Kapitulation. An das Gebiet der Ukita grenzte das der Mōri. Der Kampf mit den Mōri erwies sich als langwierig und kostspielig, und als sich Hideyoshi im Jahre 1582 bei Takamatsu noch immer mit dem Feind herumschlagen mußte, forderte er Verstärkung an. Nobunaga eilte ihm mit einer eigenen Truppe aus Azuchi zur Hilfe. Auf dem Wege durch Kyōto wurden er und sein ältester Sohn jedoch von einem verräterischen General, Akechi Mitsuhide, erschlagen. Sobald Hideyoshi davon Kenntnis erhielt, brach er seinen Kampf mit den Mōri ab und kehrte in Gewaltmärschen in die Hauptstadt zurück, wo er auf Akechi traf und ihn unverzüglich vernichtete. So wurde Nobunaga, der erste der ›drei Einiger‹, im Alter von neunundvierzig Jahren getötet, als er auf dem besten Wege war, seinen Traum von der Eroberung des ganzen Landes in die Tat umzusetzen. Sein Wirken, dem nun plötzlich ein Ende gemacht worden war, war in der Hauptsache militärischer und zerstörerischer Art gewesen, aber es hatte die Basis für die spätere Einigung geschaffen. Zur Zeit seines Todes war er Herrscher über etwa ein Drittel der Provinzen Japans gewesen und hatte außerdem die institutionelle Ordnung für die Regierung über ein geeintes Japan, die seine Nachfolger ausüben sollten, in ihren Grundzügen festgelegt.

Obwohl Nobunaga wenig Zeit für Verwaltungsangelegenheiten gehabt hatte, hatte er doch einige organisatorische Neuerungen eingeführt, die weitreichende Konsequenzen hatten. Seine neue Methode der Kriegführung mit großen Truppenmassen, die er so geschickt angewandt hatte, und die Art des Festungsbaus, wie sie die Burg von Azuchi illustriert, ließen den Trend entstehen, um Festungen, die als Hauptquartier dienten, große stehende Heere zusammenzuziehen, was die Abwanderung der Militäraristokratie vom Land zur Folge hatte. In seinen Gebieten begann Nobunaga außerdem mit einem neuen und stärker systematisierten Verfahren der Dorfororganisation und des Steuereinzugs. Im Jahre 1571 verlangte er, daß ihm die Katasterakten der von ihm neu erworbenen Territorien ausgehändigt würden, und ließ für sich die Stammprovinz Yamashiro neu vermessen (*kenchi*); dabei wurde ein neues System der Vermessung und Steuerveranlagung angewendet. Im Jahre 1576 fing er an, in einigen seiner Besitzungen die Waffen der Bauern zu konfiszieren, und bereitete somit den Weg für die weitreichende Trennung von Bauern und Kriegern, die etwa zwanzig Jahre später durchgeführt wurde.

Auf dem Gebiet des Handels und Verkehrs versuchte Nobunaga ebenfalls, die Grundlage für eine nationale Politik zu schaffen. Er ordnete in seinen Ländereien eine Vereinheitlichung der Maße und Gewichte an und beseitigte die Gilden und die Sperren, die die freie Verbreitung von Waren behindert hatten. Auf der anderen Seite begann er, den Stand der Kaufleute direkt zu unterstützen, indem er ihnen besondere Privilegien und freie Märkte in seinen Burgstädten gewährte. Damit beschleunigte er den Vorgang, der die gesamte Kaufmannsschicht unter die Kontrolle der Daimyō bringen und zu einer Versorgungstruppe für die stehenden Heere machen sollte. Am bekanntesten ist Nobunaga jedoch wahrscheinlich durch sein erbarmungsloses Vorgehen gegen die buddhistischen Institutionen, denn zur Zeit seines Todes hatte er der vormals gewaltigen Macht der großen Sekten für alle Zeiten ein Ende gemacht. Indem er einen Großteil der Tempelbesitzungen einzog und die religiösen Einrichtungen seinen eigenen Inspektoren unterstellte, begann er mit einer Überwachung, die sowohl den Buddhismus wie den Shintō der Militärregierung dienstbar machen sollte.

Nach dem Tode Nobunagas versammelten sich seine wichtigsten Vasallen, um über die Nachfolge zu entscheiden. Ein junger Enkel wurde zum Erben bestimmt und ein aus vier Regenten bestehendes Gremium geschaffen, das die Vormundschaft übernahm. Hideyoshi, einer der vier, wurde für den Schutz der Hauptstadt verantwortlich. Innerhalb dreier Jahre war Hideyoshi jedoch der unbestrittene Nachfolger Nobunagas geworden.

Im Jahre 1584 hatte er die drei anderen Vormunde ausgeschaltet, Kyōto fest in seine Gewalt gebracht und ein neues eindrucksvolles Schloß, das an der Stelle der Festung Ishiyama in Ōsaka erbaut worden war, zu seinem Hauptquartier gemacht. Im Jahre 1585 hatte er Bündnisse mit Tokugawa Ieyasu und Uesugi Kenshin geschlossen und sich der Gefolgschaft aller früheren Vasallen Nobunagas, einschließlich sogar der Mitglieder der Oda-Sippe, versichert.

Gleichzeitig konnte er sein Ansehen durch Hofränge und den Titel eines Kaiserlichen Regenten (*Kampaku*) heben.

Im Jahre 1585 war Hideyoshi so weit, daß er das Werk der Einigung da fortsetzen konnte, wo Nobunaga es hatte abbrechen müssen. Er sah sich neun großen Daimyō-Verbänden gegenüber, die von den Hōjō, Takeda, Uesugi, Tokugawa, Mōri, Chōsokabe, Ōtomo, Ryūzōji und Shimazu geführt wurden. Da sich drei von diesen, die Uesugi, Tokugawa und Mōri, mit ihm verbündet hatten, bestand die Aufgabe, die sich Hideyoshi stellte, in der Unterwerfung der restlichen. Er begann mit den Chōsokabe. Im Jahre 1585 schickte er 200000 Mann nach Shikoku und rottete die Chōsokabe aus. Zwei Jahre später zog er an der Spitze eines Heeres von 280000 Mann nach Kyūshū und vernichtete die Ōtomo und Ryūzōji. Die Shimazu unterwarfen sich darauf bereitwillig. Im Jahre 1590 war Hideyoshi stark genug, um seinem mächtigsten Gegner, den Hōjō von Odawara, gegenüberzutreten zu können. Er marschierte mit 200000 Mann in das Kantō-Gebiet, verwüstete die Besitzungen der Hōjō und begann hierauf mit der Belagerung der Burg Odawara. Zwei Monate später kapitulierten die Hōjō, und die wenigen verbleibenden Daimyō im Norden sicherten ihm ihre Loyalität zu. Die militärische Einigung Japans war nun vollkommen, und alle Territorien gehörten entweder Hideyoshi oder waren der – von ihm verliehene – Besitz von Daimyō, die seine durch Eid gebundenen Vasallen waren.



© Abb. 13: Toyotomi Hideyoshi in höfischem Ornat

Einige Historiker haben die Frage aufgeworfen, weshalb Hideyoshi nicht den Versuch unternahm, die Einigung so weit zu führen, daß er die Daimyō ausschalten und sich selbst zum Monarchen im absoluten Sinn machen konnte. Die Antwort ergibt sich, wenn man sich den Einigungsprozeß selbst vergegenwärtigt. Von Anfang an hatten die Machtblöcke, die um die Herrschaft in Japan gekämpft hatten, aus Koalitionen von Daimyō bestanden, die durch feudalistische Bande lose zusammengehalten wurden. Jede neue Expansion hatte diese Koalitionen in dem Prinzip bestärkt, Gebiete in Besitzungen des Feudalherrn und in Lehen der Vasallen aufzuteilen. Die ständige Belastung durch den Bürgerkrieg und die gefährliche Konkurrenz, der sich jeder, der nach der Oberherrschaft im Lande strebte, gegenüber sah, veranlaßten alle, die Bündnis- und Versöhnungspolitik fortzusetzen, um – sofern irgend möglich – nicht bis zum Ende kämpfen zu müssen. Wenn jedoch die Vernichtung eines gegnerischen Daimyō für nötig befunden wurde, wie im Fall der Chōsokabe oder Hōjō, übertrug selbst Hideyoshi diese Aufgabe den Heeren siegreicher Verbündeter, nicht seinen eigenen, persönlichen Truppen. Ein solches Bündnis wurde zum größten Teil durch den Anreiz zusammengehalten, den die – bei erfolgreichem Ausgang der Unternehmung – zu erwartenden Gebietsbelohnungen ausübten. Nobunaga, Hideyoshi und später Ieyasu gelangten alle Schritt für Schritt zur Herrschaft: sie entwickelten sich von kleinen Daimyō zu großen und von großen zu Führern von Daimyō- Verbänden. Ohne irgendeine Form der Unterstützung außerhalb des Bündnissystems selbst wäre es Hideyoshi sogar auf der Höhe seiner Macht unmöglich gewesen, verbündete Daimyō auszuschalten. Diese jedoch besaß weder er noch sein Nachfolger.

Unter Hideyoshi war also eine neue nationale Regierungsform geschaffen worden. Das Land war von einem Daimyō-Verband erobert worden, dessen oberster Feudalherr nun der erste Mann im Staate war. Das Land war somit völlig dezentralisiert und dennoch gänzlich geeint. Die Grundlage dieses neuen Machtgefüges war die Gebietsaufteilung zwischen Hideyoshi und seinen Daimyō-Vasallen. Hideyoshis Ordnung der Besitzverhältnisse, die wir gleich darlegen werden, brachte für das gesamte Land eine neue Methode der Bodenvermessung. Alle bebauten Flächen wurden nun nach *koku* Reis veranlagt. (Ein *koku* entsprach ungefähr fünf Scheffeln.) Der Begriff Daimyō bezeichnete nun einen Territorialherrn, dem Land, das auf 10000 *koku* oder mehr veranlagt worden war, gehörte; das gesamte Reisaufkommen betrug in Japan im Jahre 1598 etwa 18,5 Millionen *koku*. Die Ländereien in Hideyoshis eigenem Besitz waren auf zwei Millionen *koku* veranlagt. Sie waren taktisch günstig in der Gegend der Hauptstadt und in Omi und Owari gelegen, so daß er die äußerst reichen Gebiete um den Biwa-See wie auch die wichtigen Städte Kyōto und Sakai unmittelbar beherrschte. In Kyūshū hatte Hideyoshi außerdem die Kontrolle über die Häfen Hakata und Nagasaki erlangt.

Die Zahl der Daimyō-Vasallen Hideyoshis betrug im Jahre 1590 ungefähr zweihundert. Wenn wir den mageren Grundbesitz des Kaiserhofes und die drastisch reduzierten Ländereien der Tempel und Schreine in Rechnung stellen, können wir ersehen, daß insgesamt etwas weniger als sechzehn Millionen *koku* auf die Domänen der Territorialherrscher entfielen. Natürlich unterschieden sich die Daimyō in ihrer Bedeutung und auch in ihrer Beziehung zu Hideyoshi als oberstem Feudalherrn. Die größten und gleichzeitig unabhängigsten Daimyō waren Geschlechter wie die Tokugawa oder Mōri, die selbst Führer mächtiger Daimyō-Verbände gewesen waren. Diesen stand die stattliche Zahl von Hideyoshis ›Haus‹-Daimyō gegenüber, die zwar an sich wenig Einfluß hatten, ihm aber sehr ergeben waren. Diese Macht auf der einen Seite und Loyalität auf der anderen, unterstützt durch eine geschickte Placierung, schufen zwischen den beiden Gruppen von Daimyō ein politisches Gleichgewicht, das Hideyoshis Position eine gewisse Stabilität verlieh.

In der Tat war die Stellung Hideyoshis nicht allzu sicher. Die Gebiete seiner Haus-Daimyō, die zumeist in den Zentralprovinzen von Kai bis Harima und Nord-Shikoku gelegen waren, waren im allgemeinen klein, und nur wenige waren auf mehr als 100000 *koku* veranlagt. Unter den Herren dieser Gebiete standen die Katō (250000) und Konishi (200000), die Geschlechter der beiden Generale, denen Hideyoshi vertraute und die er in Kyūshū ansässig gemacht hatte, die Asano (218000) zu Kōfu in Kai, die Mashida (200000) zu Gunzan in Yamato und die Ishida (194000) zu Sawayama in Ōmi an erster Stelle. Die Zahl der Daimyō, die Hideyoshi von Nobunaga übernommen hatte und die eine zweite Gruppe verlässlicher Vasallen bildeten, war nun geringer geworden. Nur die Maeda (810000) in Kaga stellten noch einen wichtigen Machtfaktor dar. Die meisten der bedeutenden Daimyō, die sich in die Hauptmasse der Gebiete des Landes teilten, waren für Hideyoshi ›außenstehende‹ Vasallen. Es waren alles Geschlechter, die zu der Zeit, als Nobunaga seinen Aufstieg zur Macht begann, bereits existiert hatten, und ohne Ausnahme hatten sie in der Vergangenheit Hideyoshi einmal als Feind gegenübergestanden. Zu ihnen gehörten die Tokugawa (2557000) zu Edo in Musashi, die Mōri (1205000) zu Hiroshima in Aki, die Uesugi (1200000) zu Aizu in Mutsu, die Date (580000) zu Ozaki in Mutsu, die Ukita (574000) zu Okayama in Bizen, die Shimazu (559000) zu Kagoshima in Satsuma und die Satake (529000) zu Mito in Hitachi. Eigentlich waren diese Territorien Daimyō-Verbände, die sich Hideyoshi im Zuge seiner hastigen Eroberung im ganzen Untertan gemacht hatte.

Hideyoshi hatte seine ganze Macht und Geschicklichkeit eingesetzt, um seine Vasallen so zu gruppieren, wie es für ihn am vorteilhaftesten war. Wo es möglich war, hatte er den Daimyō entweder aus strategischen Gründen oder um sie aus der Gegend, in der ihre Macht am größten war, zu entfernen, neue Gebiete zugewiesen. Die erregendste Maßnahme dieser Art war die Transferierung von Tokugawa Ieyasu aus seinen angestammten Provinzen Mikawa und Tōtōmi in die früheren Territorien der Hōjō in den Kantō-Provinzen. Damit hatte sich

Hideyoshi die Tokugawa in Zentraljapan vom Halse geschafft und sie in eine Umgebung verpflanzt, wo sie von den benachbarten Haus-Daimyō unter Beobachtung gehalten werden konnten. Den Generalen, denen Hideyoshi am meisten vertraute, waren, wie wir bereits festgestellt haben, Lehen in Mitteljapan gewährt worden, während sein Erbe Hidetsugu in Owari ansässig gemacht wurde. Von den ursprünglichen Befehlshabern, die in Hideyoshis Diensten Daimyō geworden waren, wurde Kinoshita in Harima placiert, um Angriffen vom Westen her vorzubeugen, und Katō und Konishi erhielten als Gegengewicht zu den Shimazu und Nabeshima Gebiete in Kyūshū.

Die Grundlagen für Hideyoshis Hegemonie waren im wesentlichen sein Sieg und die feudalistischen Bindungen, die zwischen ihm und seinen Vasallen bestanden. Alle Daimyō hatten ihm als Lehnsherrn den Treueid schwören und ihr Gelöbnis durch die Stellung von Geiseln bekräftigen müssen. Zuerst diente das Schloß von Ōsaka als Wohnsitz für die Geiseln, und die Daimyō schickten ihre Frauen, Erben oder bedeutendsten Vasallen als Unterpfand für ihre Loyalität dorthin. Später wurde es den Daimyō zur Auflage gemacht, in der Umgebung von Hideyoshis Palast in Fushimi Residenzen zu errichten, wo er sie leicht erreichen konnte und wo die Frauen und Kinder als halbe Geiseln behandelt wurden. Die Verbindung durch Heirat sowie die zeremonielle Verleihung des Nachnamens von Hideyoshi oder eines Zeichens aus seinem Vornamen waren ebenfalls beliebte Mittel, um die feudalistischen Bindungen zu stärken.

Über diese rein feudalistischen Methoden hinaus versuchte Hideyoshi jedoch, einen legitimen Rahmen zur Rechtfertigung seiner Oberherrschaft zu schaffen. Weder er noch Nobunaga erhoben auf die Stellung des Shōgun Anspruch – Nobunaga vielleicht, weil er mit seiner *De-facto*-Macht zufrieden war, Hideyoshi wahrscheinlich, weil er kein Mitglied der Minamoto-Sippe werden konnte. Trotz seiner niedrigen Abkunft erreichte es Hideyoshi jedoch, in die Fujiwara-Familie aufgenommen zu werden, und schuf damit die Voraussetzung für die Verleihung hoher höfischer Titel. Im Jahre 1585, ehe er seine letzten Feldzüge begann, war er zum Kaiserlichen Regenten ernannt worden, und im nächsten Jahr erhielt er den Titel ›Großkanzler‹. Als er im Jahre 1591 zugunsten seines adoptierten Sohnes Hidetsugu abdankte, wurde er allgemein als der *Taikō*, der zurückgetretene *Kampaku*, bekannt. Er erhob also hauptsächlich in seiner Eigenschaft als Kaiserlicher Regent auf höchste zivile und militärische Vollmachten, als ihm vom Kaiser übertragen, Anspruch. Hideyoshi machte gezielt und wirkungsvoll von dem Symbol Gebrauch, das der Kaiser darstellte. Bei einem großartigen Fest in seiner Residenz in Fushimi im Jahre 1588, dem der Kaiser beiwohnte, nötigte er alle seine Vasallen, ihren Treueid in Gegenwart des Kaisers zu wiederholen und außerdem zu schwören, daß sie auch die Einrichtung des Kaisertums schützen würden. Damit brachte er in das Verhältnis zwischen Feudalherr und Vasall das traditionelle Placet und Prestige des Thrones.

Obwohl Hideyoshi seine Daimyō fest unter Kontrolle hielt und obwohl er als absoluter Herrscher in Japan regierte – Münzen prägen ließ, Außenpolitik machte und für das ganze Land gültige Verfügungen erließ –, stellte er die Verwaltung des Landes seinen in ihren Gebieten autonomen Daimyō anheim. Er verließ sich ganz offen darauf, daß die Daimyō in ihren Territorien für Ruhe und Ordnung sorgten, und plante nur das bloße Minimum einer Verwaltung auf nationaler Ebene. Natürlich vermochte er durch die Administration seiner eigenen Gebiete Zentraljapan und den wichtigsten Städten Stabilität zu verleihen. Bis zum Jahre 1590 hatte sich eine Hausregierung, wie sie alle Daimyō dieser Zeit ausübten, herausgebildet, in der Hideyoshi seine bedeutendsten Vasallen (von denen die meisten nun Daimyō waren) mit militärischen und zivilen Aufgaben betraute. Auf diese Weise war Asano Nagamasa zum Bevollmächtigten (*bugyō*) für Hideyoshis Ländereien und Hausleute ernannt worden. Maeda Gen'i, der als Stellvertretender Militärgouverneur (*Shoshidai*) nach Kyōto berufen worden war, verwaltete die Stadt und überwachte die Höflinge und Priester. Natsuka Masaie amtierte als für die Finanzen und inneren Belange in Hideyoshis Domäne verantwortlicher *bugyō*. Andere Gefolgsleute (die oft nicht den Status eines Daimyō besaßen) wurden dazu ausersehen, sich um Angelegenheiten wie die Unterbringung von Vasallen, das Bauwesen, Verkehrswesen, die militärische Organisation, den Nachschub und andere notwendige Dinge zu kümmern.

Erst im Jahre 1598, kurz vor seinem Tode, versuchte Hideyoshi, das politische Gleichgewicht zwischen seinen Vasallen besser zu sichern, nachdem er einen unmündigen Sohn, den ihm eine Lieblingskonkubine, Yodogimi, geboren hatte, zu seinem Nachfolger bestimmt hatte. Zuerst ernannte er ein Gremium von fünf Regenten (*Go-tairō*), das aus Tokugawa Ieyasu, Maeda Toshiie, Uesugi Kagekatsu, Mōri Terumoto und Ukita Hideie bestand. Diese Gruppe, die sich aus den fünf größten ›außenstehenden‹ Daimyō zusammensetzte, mußte einen besonderen Eid leisten, daß sie den Frieden erhalten und die Sache der Toyotomi, die bald in den so schwachen Händen eines minderjährigen Erben ruhen sollte, vertreten würde. Hierauf übertrug Hideyoshi einer Kommission von fünf ›Haus‹verwaltern (*Go-bugyō*) die gewöhnlichen Staatsgeschäfte und administrativen Aufgaben des Reiches. Zwischen diese beiden Institutionen schaltete er ein Komitee von drei Vermittlern (*Chūrō*), in der Hoffnung, daß sie zwischen den zwei anderen Ausschüssen die Eintracht erhalten und bei politischen Meinungsverschiedenheiten einen Vergleich zustande bringen würden. Wie man sich vorstellen kann, funktionierte dieses System nur bis zum Tode Hideyoshis im Jahre 1598.

Wie schwerfällig Hideyoshis Versuche einer politischen Ordnung auch gewesen sein mögen, seine administrativen und sozialen Maßnahmen waren für die Entwicklung des japanischen Staates von weitreichender Bedeutung. Tatsächlich führte Hideyoshi einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Methoden der Landverwaltung und Sozialorganisation Japans

herbei. Seine Verfügungen brachten auf nationaler Ebene die grundlegenden Änderungen in der Administration zum Abschluß, die – von den großen Daimyō begonnen und von Nobunaga weiter beschleunigt – in Japan endgültig die noch verbliebenen *shōen*-Praktiken und die Reste des alten kaiserlichen Systems der Lokalverwaltung beseitigten.

Im Jahre 1585 ging Hideyoshi ernsthaft daran, das Land systematisch neu vermessen zu lassen (*kenchi*). Er führte eine neue Flächenmaßeinheit ein, die von der seit der Nara-Zeit verwendeten verschieden war, und zwang damit das gesamte Volk, seinen Grundbesitz neu festsetzen zu lassen. Vorrechte, d.h. Eigentumsrechte, auf das Land wurden somit ganz neu gefaßt und geschlossen auf die Person des Daimyō oder des nationalen Herrschers übertragen. Die Landvermessung hatte noch eine andere wichtige institutionelle Änderung zur Folge, da sie als Basis für eine Neuorganisation der Dörfer diente. Nach dem neuen System wurden die Felder auf den Namen der freien Bauern (*hyakushō*), die das Land bestellten, eingetragen. *Hyakushō*-Familien wurden außerdem in Dorfgemeinschaften (*mura*) zusammengefaßt, die nun die Standardeinheiten für die Besteuerung und Verwaltung auf dem Land wurden. Nachdem die Grundstücke eines Dorfes vermessen waren, wurden sie nach Qualität und Produktivität bewertet, und jede Parzelle wurde entsprechend ihrem Ertrag, der in *koku* Reis berechnet wurde, veranlagt. Der Gesamtertrag wurde dann für die Einstufung (*kokudaka*) des Dorfes und die Besteuerung ausschlaggebend. Die Dörfer waren für ihre Verwaltung und die jährliche Zahlung ihrer Steuerquote selbst verantwortlich. Die Klassifizierung dieser Siedlungen wiederum wurde die Grundlage für die Bemessung der Gebiete von Daimyō und anderer kleinerer Lehen. Dadurch, daß die sogenannte *Taikō-kenchi* (Landvermessung des Taikō) durchgeführt wurde, erhielt somit das gesamte System der Landrechte und der Lokalverwaltung eine neue Ordnung.

Die Landvermessung Hideyoshis hatte auch für die Gesellschaft weitreichende Folgen, denn sie wurde die legale Basis, auf die sich eine neue ständische Unterscheidung zwischen Bauernschaft und Kriegeraristokratie stützte. Wir haben bereits festgestellt, daß die Samurai dazu neigten, vom Land, wo sie als Landverwalter und Steuereinnahmer fungiert hatten, in die Burgen der Daimyō zu ziehen, die zur Zeit Nobunagas begonnen hatten, zu entstehen. Die *kenchi*-Maßnahme beschleunigte jedoch diesen Prozeß, indem sie eine vollständige und manchmal willkürliche Trennung von Bauern und Kriegern erzwang. Denn sobald in einer Gegend die *kenchi* durchgeführt worden war, zerfiel die dortige Einwohnerschaft einfach aufgrund behördlicher Festsetzung in eine Ackerbau treibende und eine nicht Ackerbau treibende Bevölkerung. Wer mit den veranlagten Grundstücken, seiner Familie und anderen zu ihm gehörigen Leuten in die Flurbücher eingetragen war, war ein *hyakushō*; wer auf den Listen der Daimyō als Besitzer eines Lehens oder Empfänger von Sold stand, war ein *bushi*.

Endgültig und unabänderlich wurde diese Klassentrennung durch eine weitere Praktik, die einzelne Daimyō und schließlich auch Hideyoshi

anwandten: den Versuch, das Tragen von Waffen nur dem *bushi*-Stand zu gestatten. ›Schwertjagden‹ (*katana-gari*), die darauf abzielten, die ländliche und städtische Bevölkerung zu entwaffnen, kamen in den Jahren zwischen 1580 und 1590 sporadisch vor. Als ihm im Jahre 1590 der Sieg über die Hōjō die Herrschaft über ganz Japan gab, ordnete Hideyoshi eine Schwertjagd im gesamten Land an. Außerdem erließ er in diesem Jahr das berühmte Drei-Klausel-Edikt, das weitere Verschiebungen innerhalb einer Klasse oder die Änderung des Standes verbot. Man hinderte die *bushi* daran, in die Dörfer zurückzukehren; die Bauern mußten bei ihrer Beschäftigung bleiben und durften sich weder einem Handwerk noch dem Handel zuwenden; den *bushi* war es untersagt, ihren Herrn zu wechseln. Damit war die Basis für die spätere konsequente Durchführung eines Gesellschaftssystems gelegt, das vier Stände kannte und nach dem Samurai, Bauern, Handwerker und Kaufleute alle einen gesonderten gesetzlichen Status erhielten.

Dem eindrucksvollen Ausmaß von Hideyoshis innenpolitischen Reformen entsprach die Kühnheit seiner außenpolitischen Unternehmungen. Hideyoshi war ein Kind seiner Zeit – des sechzehnten Jahrhunderts – mit ihrem starken Interesse am Außenhandel und an überseeischen Kontakten. Wie wir festgestellt haben, blühte um die Mitte des Jahrhunderts der unerlaubte Handel der japanischen Freibeuter mit China, und sie erforschten die Meere bis über Indochina hinaus. Mit der Ankunft der Europäer wurde der Kampf um Handelsgewinne noch intensiver. Daimyō wetteiferten miteinander, die Gönner europäischer Kaufleute zu werden, und rüsteten selbst Schiffe für den Außenhandel aus. Da sich Hideyoshi mit seiner Burg in Ōsaka in einem der geschäftigsten Zentren des Außen- und Binnenhandels befand, war für ihn der Anreiz groß, aus den japanischen Unternehmungen in Übersee eigenen Vorteil zu ziehen. Seine Schloßstadt von Ōsaka lief Sakai bald den Rang als wichtigster Hafen Zentraljapans ab und wurde der neue Einfuhrhafen für den Seidenhandel mit China. Im Jahre 1587 erlangte Hideyoshi die direkte Kontrolle über Nagasaki und machte seine Herrschaft über die Handelsgenossenschaften dieser Stadt geltend. Hierauf versuchte er, alle überseeischen Aktionen einem nationalen Überwachungssystem zu unterstellen. Indem er mit China und anderen Ländern Ostasiens in diplomatische Beziehungen eintrat, bemühte er sich, günstige und offizielle Handelskonzessionen von ihnen zu erhalten. Gleichzeitig machte er den Versuch, die Seeräuberei zu unterdrücken und alle Japaner dazu zu zwingen, einen Freibrief mit seinem scharlachroten Siegel (*shuin*) einzuholen. Keine dieser Maßnahmen war ganz erfolgreich, und besonders China weigerte sich hartnäckig, mit Hideyoshi zu verhandeln.

Dem von Hideyoshi schließlich gefaßten Entschluß, China zu erobern, lagen verschiedene Motive zugrunde, von denen eines die Erwartung von Handelsgewinnen gewesen sein mag. Ohne Zweifel hatte er von Nobunaga den Traum von der Weltherrschaft übernommen. Nachdem er Japan geeint hatte, sah er sich der Tatsache gegenüber, daß seine Daimyō noch immer rastlos waren und

ihr Hunger nach Belohnung ungestillt war. Zu seinem Größenwahn paßte sein Hochmut, der keinerlei Respekt vor den Armeen auf dem Festland kannte. Nachdem seine Forderung des freien Durchzugs durch Korea zurückgewiesen worden war, faßte Hideyoshi im Jahre 1591 den kühnen Plan, sich seinen Weg durch Korea zu erzwingen, die Ming-Dynastie zu vernichten und China in Lehen für seine Vasallen aufzuteilen. Er errichtete in Nordkyūshū ein Hauptquartier zur Vorbereitung der Invasion und befahl seinen Daimyō, Schiffe auszurüsten und für Truppen und Material zur Eroberung des Kontinents zu sorgen. Im Jahre 1592 überrannte die erste Invasionswelle von etwa 200000 Mann sogleich die koreanische Halbinsel und stieß bis an den Fluß Yalu vor. Schließlich stellten sich den japanischen Generalen jedoch gewaltige Streitkräfte der Ming entgegen, und sie mußten in Pingyang einem durch Verhandlungen erzielten ›Sieg‹ über die Chinesen zustimmen. Hideyoshi verlangte eine chinesische Prinzessin als Gemahlin für den japanischen Kaiser, die Aufteilung Koreas in einen chinesischen und einen japanischen Sektor von gleicher Größe, die Einsetzung eines japanischen Generalgouverneurs in Korea und freien Handel zwischen Japan und China. Die verspätete chinesische Weigerung, diese Forderungen zu erfüllen, führte die zweite Invasion von 1597 bis 1598 herbei, die 140000 Japaner nach Korea brachte. Hideyoshis Tod jedoch setzte dem Unterfangen, das sich als schlecht geplant und tollkühn erwiesen hatte, ein plötzliches Ende.



© Abb. 14: Japan kurz vor der Einigung

Die vierzig Jahre der japanischen Geschichte, in denen Nobunaga und Hideyoshi die neue militärische Einheit schufen, stellten wahrscheinlich die weltoffenste und abenteuerlichste Zeit dar, die das japanische Volk bisher erfahren hatte. Damals kreuzten japanische Kaufleute auf den Meeren bis nach Siam und Indien, damals hatten die Daimyō aus überschüssiger Kraft zwei massive Angriffe auf überseeisches Gebiet unternommen, damals bewegten sich europäische Händler und Missionare frei in den Straßen von Ōsaka und Nagasaki. Weltgeschichtlich gesehen war Japan in der Tat eine aggressive Macht geworden. Auch der Lebensstil dieser Jahre, besonders der der großen ›Einiger‹, ist legendär. Kein Herrscher Japans in der Vergangenheit hatte über die persönliche Macht, die unumschränkte Gewalt und den unmittelbaren Reichtum verfügt, wie sie Männer wie Nobunaga und Hideyoshi besaßen. In höchstem Grade Selfmademen, waren sie ihre eigenen Herren; ungestümer und mit weniger Hemmungen ausgestattet als frühere große Führerpersönlichkeiten wie Ashikaga Yoshimitsu oder Fujiwara-no-Michinaga, bauten sie großzügig und lebten in imponierender Pracht.

Während Kyōto in diesen Jahren die große Metropole, die Stadt der Kultur und die Heimstätte spezialisierter Handwerker blieb, waren die neuen Zentren des geschäftigen Lebens die Schloßstädte der großen Daimyō. Und da die wichtigsten Gründungen dieser Art Nobunagas Burg von Azuchi und Hideyoshis Palast von Momoyama (Fushimi) waren, haben Historiker diesem ganzen Zeitabschnitt den Namen Azuchi- Momoyama-Zeit gegeben. Die neue, von den Daimyō geförderte Verstädterung war jedoch nicht auf Zentraljapan oder die Bemühungen der beiden nationalen Herrscher beschränkt. Die großen Daimyō, von den Date im Norden bis zu den Shimazu im Süden, erbauten neue Städte um ihre Burgen und schufen für sich und ihre Gefolgsleute lokale Kopien des Lebens in der Hauptstadt. In der Geschichte der Urbanisierung Japans ist keine Periode so von Aktivität erfüllt wie die dreißig Jahre von 1580 bis 1610, in denen die mächtigsten der Daimyō sich in die innerstaatliche Hierarchie eingliederten und ihre Wehrkraft und ihre erweiterten Gebiete konsolidierten. Führende Burgen und Burgstädte wie Himeji, Ōsaka, Kanagawa, Wakayama, Kōchi, Hiroshima, Edo, Okayama, Kōfu, Fushimi (Momoyama), Sendai, Kumamoto, Hikone, Yonezawa, Shizuoka und Nagoya entstanden alle in dieser Zeitspanne und sollten bis in die Neuzeit Japans bestehenbleiben. In der Weltgeschichte läßt sich kaum eine vergleichbare Periode des Städtebaus finden.

Natürlich wurden die Burgstädte nach den Bedürfnissen der neuen Schicht von Regionalherrschern angelegt. Wir stellen zum Beispiel fest, daß die Daimyō, da sie ihre Territorien vergrößert hatten, aus der Enge der Abwehrstellungen in den Bergen in die größeren Festungen mit Burggraben und Turm zogen, die zentral gelegen waren, um die weiten Ebenen, die für ihre Macht die wirtschaftliche Basis darstellten, beherrschen zu können. Hier konnten die Daimyō ihre Vasallenverbände und Truppen in Garnison legen, während sie

gleichzeitig Kaufleute und Handwerker zur militärischen und allgemeinen Versorgung ansiedelten.

Die Burgstädte waren geplante Anlagen, von innen nach außen erbaut, gänzlich für die Zwecke des Feudalherrn bestimmt. Der Kern der Stadt war der große Hauptturm, der gewöhnlich auf einer felsigen Erhebung an einer Biegung des bedeutendsten Flusses stand, der die Ebene des Daimyō mit Wasser versorgte. Um den Turm zogen sich in einer Entfernung, die ausreichte, um den Turm zu verteidigen, in konzentrischen Kreisen Schutzwälle und Burggräben. Hinter den Wällen lagen die Residenzen des Daimyō und seiner Hauptvasallen. Außerhalb der Wälle lag die eigentliche Stadt, die aus Unterkünften für die Kaufleute, weiteren Quartieren für Samurai und Tempeln und Schreinen bestand. Im Unterschied zu der chinesischen oder europäischen umwallten Stadt schützte keine äußere Mauer die Bürger oder die religiösen Einrichtungen. Die Burgstädte spiegelten also sehr genau den politischen Absolutismus und die soziale Einstellung des neuen Militärregimes wider. Das Land gehörte dem Feudalherrn, und die Stadt entwickelte sich im Schatten der Burg des Feudalherrn, um seine Bedürfnisse und die der ihn umgebenden Samurai-Aristokratie zu befriedigen. Sogar die Tempel und Schreine mußten ihre Gebäude errichten, wo es dem Herrn beliebte: wo sie den Städtern in Friedenszeiten zugänglich waren, im Krieg jedoch als Vorposten für die Verteidigung dienen konnten.

Während die *shugo* der Ashikaga-Zeit die Lebensart des Hofadels nachgeahmt hatten, schufen sich die Daimyō der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts ihren eigenen prunkhaften und prächtigen Stil, ohne sich viel um traditionelle Feinheiten zu kümmern. Obwohl die Priester in allen Gesellschaftsschichten und in der Umgebung der Daimyō zu finden waren, stellten sie nicht länger die geachteten Ratgeber und Schiedsrichter in Geschmacksfragen dar, die sie zwei Jahrhunderte früher gewesen waren. Der Stil der Burgen von Azuchi und Momoyama war darauf angelegt, den rauen Selfmademen, die sich ihren Weg zur Herrschaft über das Land erkämpft hatten, zu gefallen und ihre Macht und ihren Reichtum zu demonstrieren. Die Paläste, die neben den großen Türmen standen, waren dekorativ mit Gold und Lack verziert, während die architektonisch besonders eindrucksvollen Teile, die Dächer und Pfeiler, kunstvolle barocke Züge zeigten: es gab dort exzentrisch geschwungene Dachlinien und ganz mit Schnitzwerk geschmückte Pfeiler, und man verwendete lebhaftige Grundfarben.

Die beiden Erzeugnisse, die für den Geschmack dieser Zeit am typischsten sind, sind die goldbemalten Wandschirme (*byōbu*) und Tafelungen, die die Residenzen der Daimyō verschönerten, und die Reliefschnitzereien, die die Säulen und Paneele der Paläste und Tempel schmückten. Die Wandschirmmalereien im Momoyama-Stil, der von Angehörigen der Kano-Schule wie Eitoku (1543–1590) und Sanraku (1559–1635) entwickelt wurde, sind großartige Kunstwerke. Kühn und farbenprächtig, sind sie unter reichlicher

Verwendung von Blattgold großzügig angelegt und stark im Detail, was sie davor bewahrt, nur prunkhaft zu wirken. Beispiele, die im Nishi Honganji oder Daitokuji in Kyōto erhalten sind, zeigen eine bemerkenswerte Lebhaftigkeit in ihrem dekorativen Entwurf. Die Schnitzereien dienten hauptsächlich zur Zierde und zur Verschönerung. Ihre Besonderheit liegt darin, daß sie, im ganzen gesehen, allzu prächtig und überladen wirken, in der einzelnen Arbeit jedoch die Vorliebe der Japaner für Einfachheit und Stilisierung widerspiegeln. In sicheren, geschickten Linien herausgearbeitete Blumen, Vögel und Tiere legen von der Fertigkeit der japanischen Künstler Zeugnis ab.

Die Wandschirme und Schnitzereien der Momoyama-Zeit machen noch ein weiteres Charakteristikum dieser Epoche deutlich: die weltliche Ausrichtung des Lebens der neuen Aristokratie. Die Kunst, die Nobunaga und Hideyoshi schätzten, besaß wenig von der Feinheit und nichts von den verborgenen mystischen Obertönen der Schöpfungen der Muromachi-Zeit. Natürlich wurde die Religion nicht geringgeschätzt, und Hideyoshi hatte in Kyōto sogar einen Buddha aufstellen lassen, der größer war als der im Tōdaiji in Nara. Doch dies geschah hauptsächlich in der Absicht, dadurch sein persönliches Ansehen zu vermehren. Staat und Kirche hatten zu dieser Zeit getrennte Plätze eingenommen.

10. Die Tokugawa-Zeit

I. Die Einführung des Baku-Han-Systems

Der dritte der großen Einiger hatte das Glück, seine Rivalen zu überleben, und war ausdauernd und geistesgegenwärtig genug, den geeigneten Moment abzapfen, um die Herrschaft über das Land an sich zu reißen. Tokugawa Ieyasus Karriere glich der Nobunagas und Hideyoshis, deren Verbündeter er gewesen war, doch fand sie erst achtzehn Jahre nach dem Tode Hideyoshis ihr Ende. Er übernahm somit die Einheit, die seine Vorgänger geschaffen hatten, errichtete jedoch darüber hinaus eine dauerhafte Hegemonie, die selbst, nachdem er gestorben war, noch über zweihundertundfünfzig Jahre bestehen sollte.

Dennoch haben verschiedene Historiker hart über das Tokugawa-Regime geurteilt; sie machten geltend, daß seine konservative Sozialpolitik eine ›Rückkehr zum Feudalismus‹ herbeiführte oder daß seine strengen staatlichen Kontrollmaßnahmen dem japanischen Volk eine tyrannische und gehaßte Militärherrschaft aufzwangen. Die endgültige Unterdrückung des Christentums und die von den Tokugawa verfolgte Abschließungspolitik deuteten sie als gezielte Versuche, Japan von dem eigentlichen Weltgeschehen abzusondern, so daß das Land zwei Jahrhunderte lang buchstäblich in Isolation stagnierte.

Der konservative und restriktive Charakter des Tokugawa-Regimes läßt sich nicht leugnen, und man kann nicht sagen, wie anders die japanische Geschichte

wohl verlaufen wäre, wenn die Portugiesen und Spanier nicht aus Japan vertrieben worden wären und die Daimyō Westjapans weiterhin die Möglichkeit gehabt hätten, ihre Schiffe über die Meere zu schicken. Wir müssen jedoch drei mildernde Umstände berücksichtigen. Erstens war das Verschwinden der westlichen Kaufleute aus japanischen Gewässern zu einem großen Teil auf Japans geographische Lage abseits der Haupthandelsrouten und auf die Abnahme des abendländischen Interesses an dem entlegenen östlichen Randgebiet Asiens nach dem Jahre 1600 zurückzuführen. Zweitens machte das Bemühen der Tokugawa, die Daimyō West Japans davon abzuhalten, privaten Handel zu treiben, deutlich, wie sehr die Zentralregierung noch mit der lokalen Autonomie der Daimyō zu kämpfen hatte. Drittens müssen wir vor allem zugestehen, daß die Abschließungspolitik gar nicht so sehr einem Vorsatz entsprang. Japan verfiel nicht einfach in der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts in Erstarrung, um zweihundert Jahre lang in Isolation zu stagnieren.

Die Tokugawa-Zeit erwies sich im Gegenteil als eine Periode merklicher kultureller und institutioneller Entwicklung. Gewiß, Japan stützte sich nicht auf die wissenschaftlichen und politischen Grundvorstellungen, auf denen die modernen europäischen Staaten aufbauen sollten, doch auf mannigfaltige andere Art hob es in diesen Jahren sein Niveau als Volk und das seiner Kultur. Der ›Große Frieden‹ (Taihei), wie diese Zeit genannt wurde, ließ die Wunden des Bürgerkrieges heilen und gab den Japanern die Möglichkeit, ihre Aufmerksamkeit den friedlichen Aufgaben der Nation zuzuwenden. Während die Regierung in den Händen der Militäraristokratie verblieb, erfuhren der Lebensstil und die Denkungsart der Samurai selbst eine radikale Änderung. Die Samurai wurden schließlich zu einer Beamtenelite, unter deren Leitung die Landesverwaltung erheblich systematisiert und rationalisiert wurde. Neue Gesetze und Verordnungen umrissen den Status und die Pflichten der verschiedenen Klassen und gaben einer Staatsphilosophie Ausdruck, die zwar autoritär war, aber auch die Verantwortung des Herrschers gegenüber dem Wohl des Volkes hervorhob.

Der Trend zur Verstädterung bestand unter dem Tokugawa-Regime weiter, und zum erstenmal wurde die Wirtschaft völlig vereinheitlicht und auf Landesebene gestellt. Auf geistigem Gebiet wirkte sich die Ausbreitung des Konfuzianismus auf die innere Haltung des gesamten japanischen Volkes aus: Er ließ es eine rationalere Einstellung zum Leben gewinnen. Die vermehrten Erziehungsstätten verwandelten die Samurai in eine gebildete Schicht, und sogar Angehörige der unteren Klassen konnten Schulunterricht erhalten. In den Städten fingen die Kaufleute, deren Reichtum immer mehr zunahm, an, ihre eigenen Freizeitvergnügungen zu entwickeln, und in die japanische Kultur kam damit erstmals ein ›bürgerliches Element‹. In dieser Periode begann Japan ohne Zweifel seine Fähigkeit, sich rasch zu modernisieren, so auszubilden, daß es China darin überflügelte.

Der Name des Tokugawa-Geschlechtes geht auf ein kleines Dorf in der Provinz Kōzuke im Kantō-Gebiet zurück. Ieyasus Vater war ein Sengoku-Daimyō mit mäßig großem Landbesitz, der von seinem Schloß von Okazaki, seinem Hauptquartier, aus bis zum Jahre 1500 halb Mikawa unter seine Herrschaft gebracht hatte. Er war Gefolgsmann des Hauses Imagawa geworden, dessen Territorien an die seinen grenzten. Doch als im Jahre 1560 Imagawa Yoshimoto von Oda Nobunaga besiegt wurde, stellte sich Ieyasu, der inzwischen Oberhaupt seiner Sippe geworden war, auf die Seite Nobunagas. Im Jahre 1566 war die gesamte Provinz Mikawa Besitz seiner Familie geworden. Während der Jahre, in denen Nobunaga Zentraljapan eroberte, bemühte sich Ieyasu, die Angriffe der Takeda und Hōjō abzuwehren und sich so viele von den früheren Ländereien der Imagawa anzueignen, wie er nur konnte. Als Nobunaga starb, hatte er seinen Gebieten Tōtōmi und Suruga eingegliedert und war im Begriff, Kai und Shimano zu gewinnen. Sein Hauptquartier hatte er nach Sumpu, der alten Hauptstadt der Imagawa, verlegt.

Im Jahre 1583 versuchte Ieyasu kurze Zeit, Hideyoshi daran zu hindern, Nobunagas Erbe anzutreten, aber nach einigen ergebnislosen Kämpfen verständigte er sich mit Hideyoshi. Aus den Unternehmungen Hideyoshis in Shikoku und Kyūshū vermochte er sich herauszuhalten und vergrößerte in den nächsten Jahren vorsichtig seine Territorien. Am Kampf gegen die Hōjō von Odawara mußte er jedoch mit größeren Truppenmassen teilnehmen, und nach dem erfolgreichen Abschluß des Feldzuges erhielt er aus dem frei gewordenen Besitz der Hōjō Land im Wert von 2557000 *koku*.

Was Hideyoshi auch dazu bewogen haben mochte, Ieyasu in das Kantō-Gebiet zu versetzen – für die Tokugawa wirkte es sich zweifelsohne günstig aus. Denn abgesehen davon, daß Ieyasu dadurch in eine Position kam, von der aus er leichter die Teilnahme an den Koreafeldzügen ablehnen konnte, erhielt er dadurch eine neue Basis, auf der er eine straffer organisierte Verwaltung aufbauen konnte. Ungefähr 1000000 *koku* behielt er für sich zurück und herrschte darüber unmittelbar, das restliche Land verteilte er, indem er kleinere Lehnslente in der Nähe seines neuen Schlosses Edo placierte und seine größeren Vasallen als Kastellane in der weiteren Umgebung einsetzte. Einige seiner Hauptvasallen hatten nun beträchtlichen Grundbesitz: Ii hatte 120000 *koku* bei Takasaki erhalten, Sakakibara 100000 bei Tatebayashi und Honda 100000 bei Otaki. Insgesamt waren achtunddreißig Vasallen Ieyasus Kastellane, deren Besitz Daimyatsgröße hatte.

Hideyoshis Tod brachte die hastig errichtete Hegemonie der Toyotomi sofort in Gefahr. Beinahe augenblicklich begannen sich in den Gremien, die Hideyoshi vor seinem Ableben geschaffen hatte, Machtkämpfe abzuzeichnen. Unter den großen Feudalherren führte der persönliche Ehrgeiz, die Nachfolge Hideyoshis anzutreten, zu Mißtrauen und Spannungen, besonders zwischen Tokugawa, Maeda, Mōri und Uesugi. Von den ›Haus-Vasallen‹ bemühte sich Ishida Mitsunari, der Zweifel an der Loyalität Tokugawa Ieyasus hatte, unermüdlich

darum, eine Koalition gegen ihn zustande zu bringen. Als Maeda Toshiie im Jahre 1599 starb, ging ein für das politische Gleichgewicht entscheidender Mann, mit dem Hideyoshi gerechnet hatte, verloren. Ieyasu stellte nun klar die Großmacht in Japan dar. Andere Daimyō hatten bereits begonnen, ihm Gefolgschaftstreue zu geloben, und bald schickte die Maeda-Gruppe Geiseln und bot ihre Unterstützung an. Im Herbst des Jahres 1599 zog Ieyasu in das Schloß von Ōsaka ein und wurde nach damaligem Sprachgebrauch als ›Herr des Landes‹ (Tenka Dono) bezeichnet. Bis zum Ende des Jahres hatte ihm beinahe die Hälfte der Daimyō des Toyotomi-Verbandes schriftlich ihre Loyalität zugesichert, viele hatten sogar Geiseln gestellt.

In den ersten Monaten des Jahres 1600 sah sich Tokugawa Ieyasu genötigt, seine Hauptstreitkräfte zusammen mit Kontingenten seiner Verbündeten in das Kantō-Gebiet zu verlegen, um einem von den Uesugi drohenden Angriff zu begegnen. Für Ishida war dies die letzte Gelegenheit. Er brachte ein Bündnis der Mōri, Ukita, Shimazu, Nabeshima, Chōsokabe, Ikoma und anderer Daimyō Westjapans in der Umgebung von Ōsaka, wo er sich befand, zustande und traf Vorbereitungen, Ieyasu zu überfallen. Theoretisch hatte die ›westliche Allianz‹, deren Oberhaupt Ishida war, Aussicht auf Erfolg, aber sie wurde schlecht geführt und war in Parteien zersplittert, und manche ihrer wichtigsten Mitglieder standen heimlich mit Ieyasu in Verbindung. Am fünfzehnten Tag des neunten Monats (dem 21. Oktober 1600) fand auf dem historisch gewordenen Schlachtfeld von Sekigahara der entscheidende Kampf zwischen den beiden Heeren statt. Der Ausgang war zuerst zweifelhaft, aber große Teile der westlichen Truppen traten überhaupt nicht in Aktion, und im kritischen Augenblick beging Kobayakawa, einer von Mōris Verwandten, seinen vorgeplanten Verrat. Der Kampf ging für die westlichen Daimyō unter großem Gemetzel verloren. Zehn Tage später zog Tokugawa Ieyasu in Ōsaka ein – der militärische Herr des Landes.

Sekigahara führte eine drastische Neuordnung auf der Landkarte des Feudalbesitzes herbei. Um Ieyasu entstand rasch eine neue *De-facto*-Hegemonie. Insgesamt waren 87 Daimyō-Geschlechter vernichtet und vier (einschließlich des Hauses Toyotomi) in ihrem Grundbesitz beschnitten worden. Alles in allem waren über 7572000 *koku* konfisziert worden, was Ieyasu die Möglichkeit gab, seine privaten Territorien zu vergrößern und seine loyalen Gefolgsleute großzügig zu belohnen. Noch bestand jedoch die Sippe Toyotomi. Hideyoshi war noch in guter Erinnerung, und viele unterstützten den jungen Nachfolger Hideyori. Aus diesen Gründen durfte Hideyori das Schloß von Ōsaka und ein Gebiet von 650000 *koku* in den umliegenden Provinzen behalten.

Somit war trotz Sekigahara die Hegemonie der Tokugawa nicht völlig gesichert, und sie war auch nicht legalisiert worden. Westlich von Ōsaka nahm der Einfluß Ieyasus rapide ab, denn in Westjapan, wo die Eidesbande zu dem Haus Toyotomi noch immer stark waren, hatten die Tokugawa ihren Haus-Daimyō kein Land zuzuteilen vermocht. Ieyasu sah sich daher genötigt, nach

außen hin weiter seine Loyalität gegenüber Hideyoshi aufrechtzuerhalten. Während er dem Schein nach Hideyoshi Ehre erwies, erwarb er sich jedoch Schritt für Schritt die Macht und Legitimität, aufgrund derer er rechtmäßig als der Alleinherrscher in Japan auftreten konnte. Im Jahre 1603 erwarb er den Titel eines Shōgun. In dieser Eigenschaft nahm er die Unterwerfung aller Daimyō entgegen und begann in seiner Burg von Edo eine stattliche Anzahl von Geiseln zu sammeln. Nachdem er Truppen in das Schloß von Fushimi gelegt und seinen Militärgouverneur in Kyōto in dem neu errichteten Palast Nijō eingesetzt hatte, war auch seine militärische Herrschaft über das Gebiet um die Hauptstadt gesichert.

Im Jahre 1605 gab Ieyasu das Amt des Shōgun an seinen Sohn Hidetada ab und zog sich selbst als der Ōgosho (abgedankte Shōgun) auf seinen Familiensitz, das Schloß von Sumpu, zurück. Von hier aus bemühte er sich, das Andenken an Toyotomi endgültig auszurotten. Seine Chance kam im Jahre 1614, als er unter einem fadenscheinigen Vorwand den vereinten Truppen seiner Daimyō-Vasallen den Angriff auf Ōsaka befehlen konnte. Der Kampf, der folgte, war blutiger als Sekigahara. Ōsaka vermochte den 180000 Soldaten der Verbündeten Tokugawas 90000 verzweifelte Männer gegenüberzustellen, und eine im Winter 1614 ausgetragene Schlacht kostete auf seiten der Tokugawa 35000 Menschen das Leben. Zum Äußersten getrieben, nahm Ieyasu Zuflucht zum Betrug, und im ›Sommerfeldzug‹ des Jahres 1615 gelang es ihm, Ōsaka zu bezwingen und seine Verteidiger zu vernichten. Die Erinnerung an Toyotomi war endlich ausgelöscht, und Ieyasu war die höchste Autorität im Lande. Er starb im folgenden Jahr.

Die Historiker haben dem politischen System der Tokugawa den Namen *baku-han* gegeben und damit angedeutet, daß es auf den dynamischen Spannungen zwischen dem Shogunat (*bakufu*) und etwa zweihundertfünfzig Daimyaten (*han*) basierte. Der Begriff *han*, Daimyat, sollte erst im neunzehnten Jahrhundert in offiziellen Gebrauch kommen (der damals übliche war *ryō*), aber er ist in diesem Fall von japanischen Historikern rückwirkend angewandt worden.

Die besondere Regierungsform, die sich aus dem *baku-han*-System entwickelte, war sicherlich einmalig in Japan, da sie den Abschluß des Reifungsprozesses zweier japanischer politischer Institutionen darstellte: des Shogunats als nationaler Regierung und der Daimyō-Herrschaft auf lokaler Ebene. Das Machtprinzip, das dem System zugrunde lag, war besonders in der Beziehung zwischen Shōgun und Daimyō feudalistisch, doch werden wir sehen, daß in den unteren Verwaltungsbereichen, in den Bezirken, die unmittelbar der Gerichtsbarkeit des Shōgun oder eines Daimyō unterstanden, die Amtsgewalt mehr und mehr in den Händen einer bürokratischen Beamtenschaft lag. Es steht fest, daß Ieyasu und seine Nachfolger weitaus mehr Einfluß und Machtbefugnis erlangten als frühere Militärhegemonen.

Wie sehr das Haus Tokugawa seine Macht vergrößerte, ist am deutlichsten aus der Verteilung der Ländereien ersichtlich. Seit der ersten Neuordnung nach Sekigahara hatten sich die Besitzverhältnisse ständig zugunsten des Shōgun

geändert. Natürlich waren durch die Vernichtung der Ōsaka-Partei etwa 650000 *koku* frei geworden, doch die mehr als 10000000 *koku*, die zwischen 1600 und 1651 neu aufgeteilt wurden, waren in der Hauptsache nicht durch Kampf, sondern auf andere Weise gewonnen worden: 4570000 *koku* stammten von Daimyō, die ohne Erben gestorben waren, und 6480000 *koku* waren aus disziplinarischen Gründen konfisziert worden. Insgesamt wurden in diesen Jahren vierundzwanzig ›außenstehende‹ Daimyō ausgeschaltet, während die Zahl der Haus-Daimyō des Shōgun entsprechend zunahm. Zur gleichen Zeit waren des Shōgun eigene Ländereien (die *tenryō*) von 2 auf 6,8 Millionen *koku* angewachsen. Diese Gebiete gaben etwa 23000 unmittelbaren Gefolgsleuten (*jikisan*) ihr Auskommen, die sich aus ungefähr 17000 ›Hausleuten‹ (*gokenin*) und annähernd 5000 ›Bannerleuten‹ (*hatamoto*) zusammensetzten. Erstere besaßen nicht das Privileg, vom Shōgun in Audienz empfangen zu werden, und wurden gewöhnlich besoldet, während letztere vor dem Shōgun erscheinen durften und zumeist Lehen erhalten hatten. Der Shōgun war den Daimyō, die ihm am ehesten Konkurrenz machen konnten (der größte Daimyō war Maeda mit 1023000 *koku*), nicht nur an Land und Menschen gewaltig überlegen, sondern in seinen Gebieten lagen auch die meisten wichtigen Städte wie Ōsaka, Kyōto, Nagasaki, Otsu und die Minen von Sado, Izu und Ashio. Die Hauptwirtschaftszentren des Landes waren somit in der Hand des Shōgun, und er konnte die Edelmetallvorkommen ausbeuten, so daß er das Geldwesen des Landes unter seine Kontrolle zu bringen vermochte.

Das Verhältnis zwischen Shōgun und Daimyō hatte auch zahlreiche politische und strategische Aspekte. Ieyasu hatte kunstvolle Abstufungen der Loyalität geschaffen, die sich nach der Beziehung richteten, die die Daimyō-Geschlechter zum Shōgun hatten. Da gab es zunächst dreiundzwanzig Seitenlinien (*shimpan* oder ›verwandte han‹), an deren Spitze die sogenannten ›Drei Häuser‹ (Sänke) standen, die direkt von Ieyasu abstammten und den Familiennamen Tokugawa trugen. Diese ›Drei Häuser‹ mit ihren Besitzungen in Owari, Kii und Mito hatten das Vorrecht, Nachfolger des Shōgun zu stellen, falls die Hauptlinie der Tokugawa aussterben sollte. Die *shimpan* besaßen Land von insgesamt 2,6 Millionen *koku*. Die größte Gruppe von Daimyō stellten die Haus-Daimyō des Shōgun (*fudai*) dar, mit anderen Worten Geschlechter, denen von Tokugawa Ieyasu oder seinen Nachfolgern Daimyō-Status verliehen worden war. Deren Zahl betrug im achtzehnten Jahrhundert 145. Ihre Daimyate waren meist klein (das der Ii-Familie von Hakone war mit 250000 *koku* das umfangreichste), aber sie galten als absolut loyal, und zusammen gehörten ihnen ungefähr 6,7 Millionen *koku*. Schließlich gab es die ›außenstehenden Feudalherren‹ (*tozama*), die entweder von Nobunaga oder von Hideyoshi zu Daimyō erhoben worden waren. Diese Geschlechter – 97 im achtzehnten Jahrhundert – bildeten den Block großer Daimyō, und insgesamt besaßen sie 9,8 Millionen *koku* Landes. Als frühere Feinde bzw. erst in der Schlacht von Sekigahara Verbündete wurden die Angehörigen dieser Gruppe wesentlich großzügiger und vorsichtiger behandelt als die *fudai*. Das Haus Tokugawa war ständig darauf bedacht, die *shimpan*, *fudai*

und *tozama* strategisch günstig zu placieren, um die Bildung feindlicher Koalitionen zu verhindern oder die militärischen Anmarschwege auf Edo und Kyōto zu sperren. Dem Shōgun gehörte das meiste Land im Kantō-Gebiet und in Zentraljapan, und außer über Edo verfügten die Tokugawa über die kriegswichtigen Burgen von Ōsaka, Nijō (Kyōto) und Sumpu. Die ›Drei Häuser‹ bekamen ihre Besitzungen östlich und westlich von Edo und südlich von Ōsaka. Die *tozama* wurden so weit wie möglich auf die Randzonen der Inseln beschränkt, und *fudai* erhielten Lehen zwischen ihnen, um Verschwörungen vorzubeugen. Doch wie die Tokugawa im neunzehnten Jahrhundert feststellen mußten, blieb ihre Herrschaft in Westjapan ungefestigt. Westlich von Ōsaka besaß das Shogunat wenig unmittelbare militärische Macht. Und im äußersten westlichen Teil Japans, wo *tozama*-Daimyō wie die Shimazu in Satsuma und die Mōri in Chōshū ihre feindliche Haltung beibehielten, fand dann auch nach 1854 die Anti-Tokugawa-Bewegung ihre führenden Vertreter.

Auf dieser Basis effektiver Macht schuf das Tokugawa-Shogunat einen Kontrollapparat, der die Oberherrschaft des Shōgun in allen Bereichen der Regierung und des öffentlichen Lebens konstituierte. Als im Jahre 1651 der Shōgun Iemitsu starb, war das Überwachungssystem, das in der Hauptsache von Ieyasu und seinen beiden ersten Nachfolgern entwickelt worden war, ausgereift. Zu dieser Zeit ruhte das Shogunat auf einem festen Fundament von Verordnungen und exemplarischen Maßnahmen, die die Verfügungsgewalt des Shōgun über den Kaiser und seinen Hof, über die Daimyō und die religiösen Orden sicherten.

Im Zuge der Einigung des Landes hatte sich die Aufmerksamkeit wieder auf den Kaiser als die höchste Instanz für politische Sanktion konzentriert, und sowohl Nobunaga wie Hideyoshi waren darum bemüht gewesen, die dem Tennō allgemein entgegengebrachte Verehrung zu vergrößern. Die Tokugawa setzten diese Politik mit einem doppelten Ziel fort: das Ansehen des Souveräns zu stärken und ihn gleichzeitig unter Kontrolle zu bringen und ihn von den Daimyō zu isolieren. Sie behandelten daher den Kaiser und seine Umgebung mit großem äußerlichen Respekt und erwarteten von den Daimyō das gleiche. Man unterstützte den Hof im Wiederaufbau seiner Paläste und gewährte der Kaiserfamilie und anderen *kuge*-Geschlechtern zu ihrem Unterhalt Ländereien, die sich schließlich auf 187000 *koku* beliefen. In Wirklichkeit wurden der Kaiser und seine Höflinge jedoch scharf überwacht, und freie Teilnahme an den Staatsgeschäften war ihnen verwehrt. In Kyōto wurde ein Militärgouverneur des Shogunats (*Kyōto shoshidai*) mit einer starken Garnison in der Burg Nijō eingesetzt. Dieser Beauftragte stellte durch zwei Hofbeamte (*Kuge densō*), die als Vermittler des Willens des Shogun fungierten, die Verbindung zum Hof her. So konnte das *bakufu* alle Angelegenheiten, die vor den Kaiser gebracht wurden, genau prüfen und Ernennungen oder die Gewährung höfischer Ehren kontrollieren. Auch der Kontakt mit den Daimyō wurde sorgfältig eingeschränkt. Außerdem erließ Ieyasu im Jahre 1615 für den Adel in Kyōto eine

Verordnung von siebzehn Artikeln (*Kinchū narabini kugesū shohatto*), die das Betätigungsfeld des Kaisers rigoros auf traditionelle literarische Studien und zeremonielle Funktionen einengte, die vorherige Zustimmung des *bakufu* zu Ernennungen hoher Beamter obligatorisch machte, die Beziehung zwischen der Kaiserfamilie und den großen Tempeln regelte und ein System einführte, nach dem bestimmte kaiserliche Prinzen Mönch werden mußten. Schließlich bedienten sich die Tokugawa auch des klassischen Mittels der Einflußnahme auf das Kaiserhaus und setzten es durch, daß eine der Enkelinnen Ieyasu im Jahre 1619 zur kaiserlichen Gemahlin gemacht wurde.

Da alle Daimyō Vasallen des Shōgun waren und er theoretisch mit ihnen nach Belieben verfahren konnte, begann die Herrschaft über die Daimyō damit, daß der Shōgun ihnen ein Lehen verlieh. Obwohl die Daimyō ihre Gebiete grundsätzlich als Erblehen erhalten hatten, war ihr Besitz in Wirklichkeit unsicher. Konfiszierungen oder Transferierungen waren besonders zu Anfang des Regimes recht üblich, und nur einige wenige der mächtigsten *tozama*- und *shimpan*-Daimyō verblieben während der ganzen Tokugawa-Periode in ihren angestammten Territorien. Jeder Daimyō schwor dem Shōgun einen persönlichen Eid (*seishi* oder *kishō*), in dem er gelobte, den Anordnungen des Shōgun Folge zu leisten, an keinen Verschwörungen gegen den Shōgun teilzunehmen und dem Shōgun aufrichtig zu dienen. Der Shōgun wiederum setzte den Daimyō als Eigentümer seines Daimyats ein und spezifizierte seinen Grundbesitz. Die Rechte und Pflichten der Daimyō wurden zwar nie eigens formuliert, aber nach herkömmlicher Ansicht schlossen sie ein: 1. Die Leistung militärischer (und für die *fudai*, administrativer) Dienste; 2. Die Verpflichtung, auf Verlangen in besonderen Fällen Hilfe zu gewähren; und 3. Die friedliche und effektvolle Verwaltung ihres Gebiets.

Abgesehen von dem persönlichen Versprechen richteten sich die Daimyō nach einer Sammlung allgemeiner Verordnungen für die Krieger, bekannt als *buke shohatto*. Dieses Dokument, das den Daimyō erstmals von Ieyasu im Jahre 1615 vorgelegt wurde, wurde im Jahre 1635 auf einundzwanzig Bestimmungen beschränkt. Es diente dazu, das private Verhalten, die Heiraten und die Kleidung der Daimyō zu regeln und zu verhindern, daß sie Cliques bildeten oder ihre militärische Stärke vergrößerten. Es enthielt außerdem spezielle Vorschriften für die Aufwartung beim Shōgun in Edo und für das Stellen von Geiseln, das Verbot, Hochseeschiffe zu bauen, und die Verfügung gegen das Christentum. Den Abschluß bildete die Klausel, daß die Anordnungen des Shōgun als oberstes Gesetz im Land anzuerkennen seien.

Von allen Kontrollmaßnahmen hatte die Forderung des turnusmäßigen Besuches (*sankinkōtai*) ohne Zweifel die am weitesten reichenden Folgen. Die Sitte, seinem Feudalherrn aufzuwarten und Geiseln als Gewähr für die Loyalität zu stellen, war in der Sengoku-Zeit verbreitet gewesen, und Hideyoshi hatte sie sich zunutze gemacht. Nach Sekigahara kam unter den Daimyō der Brauch auf, Geiseln nach Edo zu schicken – zuerst freiwillig, nach dem Jahre 1633 dann auf

Verlangen des Shogunats. Alle Daimyō waren verpflichtet, Residenzen (*yashiki*) in Edo zu errichten, wo sie ihre Frauen und Kinder und angemessenes Gefolge, einschließlich eines Verbindungsoffiziers zum Hof des Shōgun, Wohnung nehmen ließen. Sie selbst lebten abwechselnd in Edo und in ihrem Daimyat. *Fudai* im Kantō-Gebiet wechselten alle sechs Monate. Von Edo weiter entfernte Daimyō wechselten alle zwei Jahre. Dieses System erwies sich als äußerst effektiv, nicht nur, weil es die Daimyō unter Bewachung hielt, sondern auch, weil es das Land trotz der dezentralisierenden Wirkung des Daimyō-Systems einte. Das ständige Kommen und Gehen, der Zwang, immer wieder dem Hof des Shōgun einen Besuch abzustatten, bedeuteten, daß die Daimyō über die Erlasse des Shōgun nicht in Unkenntnis bleiben konnten und sie selbst in den entferntesten Daimyaten bekanntmachen mußten.

Von seiner Oberherrschaft leitete der Shogun das Recht ab, zahlreiche Anforderungen an die Daimyō zu stellen und sie verschiedenen Formen der Überwachung zu unterwerfen. Obwohl der Shōgun die Daimyō nicht direkt besteuerte, erhob er, oft in ziemlich regelmäßiger Folge, bestimmte Beiträge von ihnen. Natürlich wurde Hilfe bei Kämpfen und bei der Versorgung von Truppen erwartet, und im Ernstfall, wie bei der Schlacht von Ōsaka in den Jahren 1614/15, befahl der Shōgun ohne Zögern seinen Daimyō, für ihn zu kämpfen. Auch wirtschaftliche Hilfe, besonders beim Bau von Burgen, Straßen, Brücken und Palästen, verlangte der Shōgun von seinen Daimyō-Vasallen. Auflagen dieser Art, ›Landesdienst‹ (*kokuyaku*) genannt, wurden häufig gemacht, um wirtschaftlich besser gestellte *tozama* zu schwächen. Gleichzeitig wurde dadurch die Errichtung gigantischer Festungen – wie die Schlösser von Edo, Sumpu, Ōsaka, Nagoya und Nijō, die dem Shōgun gehörten und die die Bauten mit ihm wetteifernder Daimyō in den Schatten stellten – möglich.

Schließlich können wir feststellen, daß das Haus Tokugawa das religiöse Empfinden dazu nutzte, die Verehrung, die seinen Mitgliedern entgegengebracht werden sollte, zu vergrößern. Die Förderung buddhistischer und shintoistischer Einrichtungen von seiten der Tokugawa war offensichtlich und zielte darauf ab, die großen Sekten dazu zu bewegen, daß sie die Tokugawa-Regierung unterstützten. Am besten illustriert jedoch die Entwicklung des Ieyasu-Kultes, dessen Zentrum der bedeutende Schrein von Nikkō war, dieses Bemühen. Nach Ieyasus Tod wurde sein Geist als Tōshō-dai-gongen deifiziert. Der dritte Shōgun gab zwischen 1637 und 1645 »Ieyasus Geist eine Wohnstatt« in dem als Mausoleum dienenden Schrein-Tempel Tōshōgū auf dem Berg Nikkō. Danach war es das Bestreben jedes Shōgun, begleitet von den versammelten Daimyō und ihrem Gefolge, eine Staatswallfahrt nach Nikkō zu führen. Später erbauten außerdem Daimyō Nachbildungen des Tōshōgū in ihren Daimyaten und hielten jährliche Feiern zur Verehrung von Ieyasu ab.

Aber wenn das Shogunat auch den Einfluß der Religion zur Hebung seines eigenen Ansehens benutzte, behielt es doch die Ländereien und Angelegenheiten der religiösen Institutionen unter scharfer Kontrolle. Die politische und

militärische Macht dieser Einrichtungen hatte bereits Nobunaga gebrochen, und Hideyoshi hatte ihr wirtschaftliches Sonderdasein unterbunden. Denn als die Landvermessung durchgeführt worden war, waren die Tempel oder Schreine genau wie die Daimyō der Gerichtsbarkeit des scharlachroten Siegels des Militärhegemons unterstellt worden. Die Tokugawa behielten diese Praktik bei. Nach Schätzungen belief sich der Grundbesitz religiöser Institutionen in der Tokugawa-Zeit insgesamt auf kaum mehr als 600000 *koku*, was sehr wenig ist, wenn wir die Zahl der Einrichtungen, denen diese Ländereien ihr Auskommen gaben, in Betracht ziehen. Nur wenige Tempel erhielten Lehen, die denen der kleinsten Daimyō entsprachen. Es waren dies der Kōfukuji (15030 *koku*), der Enryakuji (12000 *koku*) und der Kongōbuji (11600 *koku*). Der Tōdaiji in Nara, früher der größte Tempel, bekam nur 2137 *koku*.

Auch die Verwaltung der religiösen Einrichtungen ließ der Shōgun streng überwachen. Im Jahre 1615 erlassene Verordnungen schufen die Voraussetzung für direktes Eingreifen in die Angelegenheiten der Mönchsorden. Sie schränkten die Beziehungen zwischen der kaiserlichen Familie und der Priesterschaft ein, erzwangen eine vollkommene Zentralisierung der Organisation von Haupttempel und provinziellen Nebentempeln und engten das Betätigungsfeld der Priester rigoros ein. Im Jahre 1635 wurden alle Belange der religiösen Institutionen der Oberaufsicht des Verwalters der Tempel und Schreine des Shogunats (*isha bugyō*) unterstellt.

Als Regierungsform für das gesamte Land brachte das *baku-han-System* Japan eine bemerkenswert starke und umfassende Verwaltung. In der Tokugawa-Zeit beruhte die Regierung einfach darauf, daß, über der Ebene der relativ autonomen Dorf- und Stadtgemeinschaften, der Kriegerstand sich alle Vorrechte angeeignet hatte und die Verwaltung gänzlich in den Händen der Klasse der Samurai lag. Als Oberbefehlshaber der *buke* besaß nun der Shōgun Regierungsvollmacht. Das Tokugawa-Regime stellt daher den ziemlich ungewöhnlichen Fall einer Zivilregierung dar, deren Administration von einer berufsmäßigen Kriegerkaste ausgeübt wird. Da sie ihrer Profession nach eine Militäraristokratie bildeten, erwartete man von allen Samurai, daß sie bereit seien, auf Verlangen sofort von ihrem Schwert Gebrauch zu machen. In Friedenszeiten erfüllten sie jedoch zusätzliche Aufgaben als Zivil- oder Militärbeamte. Die Fähigkeit der Tokugawa-Regierung, ihre zivile Funktion in militärische Funktion umzuwandeln, zeigte sich an der Rolle des Shōgun als Höchstkommmandierender Japans und daran, daß es Sache der Daimyō war, Truppen auf Befehl des Shōgun ins Feld zu führen. Die Tokugawa-Regierung war also buchstäblich die Weiterführung einer Militärherrschaft in Friedenszeiten.



© Abb. 15: Das Schloß Himeji, typisch für die Festungen der Daimyō in der Tokugawa-Zeit

Da der Shōgun seinem historischen Ursprung nach einfach der größte der Daimyō war, und da das Daimyat als Vorbild für die Organisation der Verwaltung des Shōgun diente, ist es das beste, unsere Untersuchung der Tokugawa-Administration mit einer Erforschung der Natur dieser lokalen Bezirke zu beginnen. Obwohl die *han* des *baku-han*-Systems unmittelbar auf die kämpfenden Gebiete des sechzehnten Jahrhunderts zurückgingen, verloren sie unter dem Tokugawa-Regime ihren vorwiegend kriegerischen Charakter und wurden mehr und mehr in Einheiten der Lokalverwaltung verwandelt. Nach dem Jahre 1615 wurde jedem Daimyō nur ein militärischer Standort – eine Burg oder ein Truppenhauptquartier – zugebilligt, und er hatte sich nach genauen Bestimmungen über die Zahl der bewaffneten Soldaten, die er in Bereitschaft halten konnte, zu richten. Natürlich unterschieden sich die Daimyō in der Größe ihrer Gebiete und in der Art ihrer Verwaltungsmaßnahmen sehr. Nur ein Daimyat, Kaga, das von dem Haus Maeda regiert wurde, war auf über eine Million *koku* veranlagt, und nur zweiundzwanzig Regionalherrscher galten als ›große Daimyō‹ mit mehr als 200000 *koku*. Über die Hälfte der Daimyō besaß Territorien von weniger als 50000 *koku*. Wenn wir in etwa einen Zusammenhang zwischen der Veranlagung in *koku* und der Bevölkerung annehmen, können wir daher feststellen, daß das japanische Volk in der Tokugawa-Zeit sehr

verschiedenartigen Gerichtsbarkeiten, deren Bezirke oft sehr klein waren, unterstand. Es ist in der Tat schwer, die genaue Zahl der militärischen Verwaltungseinheiten, die damals existierten, abzuschätzen. Die Zahl der Daimyō selbst schwankte: von 295 im frühen siebzehnten Jahrhundert sank sie auf 245 in der mittleren Periode und stieg wieder auf 276 gegen Ende des Tokugawa-Regimes. Dazu kamen die etwa fünftausend kleineren Lehen der *hatamoto* und die vielen tausend Gerichtsbezirke der Tempel und Schreine, zusammen mit den sogar noch zahlreicheren Unterbezirken in den *tenryō* des Shōgun und den Daimyaten. Die Verwaltungskarte Japans bot also ein Bild äußerster Zersplitterung. Doch war der Zwang zur Vereinheitlichung so stark, daß diese lokalen administrativen Einheiten in vielem übereinzustimmen begannen. Besonders nahm die Einheitlichkeit und Unparteilichkeit der Verwaltung zu, als Daimyō mit ihren Gefolgsleuten von einem Daimyat in das andere versetzt wurden. Dadurch zerbrachen nämlich allmählich die unmittelbaren Bindungen zwischen der Samurai-Klasse und den unteren Volksschichten, und die Verbände der Gefolgsleute des Daimyō wurden mehr und mehr zu einem berufsmäßigen Verwalterkorps.

In seinem Gebiet besaß der Daimyō die volle Regierungsgewalt, wie bei der Belehnung durch den Shōgun festgelegt. Seine Rechte drückten sich in dem Begriff *han-seki* (*han* in der Bedeutung von ›Grundbüchern‹ und *seki* von ›Zensuslisten‹) aus, der besagte, daß dem Daimyō die Gerichtsbarkeit über ›Land und Leute‹ seines Daimyats übertragen wurde. Der Daimyō ließ seine Territorien von seinen Gefolgsleuten verwalten, welche er in der Burg, die ihm als Hauptsitz diente, versammelt hatte. Sie waren in verschiedene Ränge eingestuft, entsprechend der Größe ihres Lehens oder der Höhe ihres Soldes, und waren alle durch Eid an den Daimyō gebunden und auf der Mannschaftsliste des Daimyō (*samurai chō*) eingetragen.

Die Gefolgsleute, die am höchsten standen und gewöhnlich ›Älteste‹ (*karō*) genannt wurden, waren unabhängige Vasallen, die ein Lehen besaßen. Zusammen bildeten sie ein Ratgebergremium für den Daimyō. Einzeln fungierten sie häufig als Stellvertreter des Daimyō oder hatten den Vorsitz des obersten Gerichtshofes des Daimyats inne. In Kriegszeiten taten die *karō* als Generale im Feld Dienst. Unter ihnen stand in der Hierarchie der Hausleute eine größere Gruppe angesehener Gefolgsleute, die wichtige Abteilungen in der Regierung des Daimyō leiteten. Sie befehligten Truppen des stehenden Heeres oder die *han*-Garde und hatten Amtsbereiche der Zivilverwaltung, wie das Finanz- und Sicherheitswesen und die Verbindung zum Shōgun, unter sich. Gefolgsleute mittleren Ranges nahmen speziellere Verwaltungsposten ein, sie kümmerten sich um die verschiedenartigsten zivilen Aufgaben wie die Administration der Burgstadt, des flachen Landes, des Steuereinzugs, der Zivilpolizei, der Haushaltsangelegenheiten des Daimyō, der militärischen Versorgung, des Bauwesens, der Erziehung und der religiösen Belange. Die niedrigeren Leute des Daimyō, wie Fußsoldaten (*ashigaru*), Pagen (*koshō*) und

Diener, erfüllten mehr untergeordnete und routinemäßige Funktionen in der Daimyatsverwaltung.

Das gewöhnliche ›Volk‹ (*tami*) im Daimyat wurde als Schützling des Daimyō betrachtet, dessen Pflicht es war, mit Mitgefühl zu regieren. Des Daimyō Verwalter der Tempel und Schreine überwachte die buddhistischen und shintoistischen Einrichtungen. Ein Amt für die Landverwaltung hielt die Dörfer (*mura*) durch ein Netz von Statthaltern (*daikan*) unter Kontrolle. In der Burgstadt waren die verschiedenen Stadtteile (*machi*) einem Magistrat unterstellt. Auf die Bauern und die städtische Bevölkerung erstreckte sich die Administration des Daimyō nicht, sie lebten in autonomen Einheiten (Dörfern oder Vierteln) unter der Führung ihrer eigenen Beauftragten. Das *han* erwies sich somit als eine bemerkenswert straff und umfassend organisierte lokale Verwaltungseinheit.

Die Einrichtungen der Shogunatsverwaltung ließen in allem erkennen, daß sie aus dem Verwaltungssystem entstanden waren, das Tokugawa Ieyasu geschaffen hatte, während er noch Daimyō von Mikawa war. Die bedeutsamste Folge davon war, daß er als Shōgun seine Beamtschaft nicht aus den gesamten 250 Daimyō, sondern nur aus seinen ›Haus-Daimyō‹ und seinen unmittelbaren Gefolgsleuten auswählte. Die *tozama* waren daher von der Administration ganz ausgeschlossen, und selbst die Seitenlinien des Hauses Tokugawa wurden nur in beratender Funktion herangezogen.

Die Burg von Edo, die dem Shogunat als Regierungssitz diente, war die größte und am schwersten einzunehmende Festung des Landes. Hinter ihren weitausladenden Schutzwehren und Gräben erbauten die verschiedenen Daimyō ihre Residenzen und wurde den höherstehenden Gefolgsleuten Wohnung zugewiesen. Die Stadt, die um diese städtische Ansammlung von Samurai-Unterkünften und Amtswohnungen entstand, wurde ebenfalls die größte im Land, so daß gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts das Kaufmannsviertel allein eine Einwohnerzahl von über 500000 aufwies.

Edo wurde nicht nur das Zentrum der Shogunatsverwaltung, sondern auch der Mittelpunkt eines das ganze Land erfassenden Netzes von Straßen und Wasserwegen, die die Verbindung mit den Burgstädten der abgelegenen Daimyate herstellten. Fünf Hauptstraßen, die strahlenförmig von Edo ausgingen, bildeten zusammen mit den Landstraßen Zentral- und Westjapans, die dem frühen Reich genügt hatten, die Basis für ein System offizieller Verkehrswege, auf denen die Daimyō, wenn sie turnusmäßig ihren Wohnsitz in Edo nehmen mußten, an- und abreisten.

Wie die typische Daimyō-Administration unterschied das Edo-*bakufu* zwischen politischen Obliegenheiten, ziviler Verwaltungstätigkeit und militärischen Aufgaben. Von einer auserlesenen Gruppe von Haus-Daimyō, die als ›Älteste‹ fungierten, wurden die Politik festgelegt und Entscheidungen getroffen. Diese ›Ältesten‹ zerfielen in zwei Gremien. Die Älteren Staatsräte (*Rōjū*, wörtlich ›Älteste‹), die einen obersten Verwaltungsrat darstellten, waren gewöhnlich vier bis sechs an der Zahl und wurden aus fünfunddreißig *fudai*-

Geschlechtern mit Daimyaten von 25000 *koku* oder mehr ausgewählt. Der Rat konnte über Landesangelegenheiten wie die Belange des Kaisers und der Daimyō, die Außenpolitik, das Militärwesen, die Besteuerung, die Währung, die Verteilung von Land und Ehren und die Regelung religiöser Institutionen bestimmen. Jeden Monat fungierten Mitglieder des Rates abwechselnd als geschäftsführende Beamte, und schließlich wurde es üblich, einen *Rōjū* zum Vorsitzenden des Gremiums zu ernennen. Die Älteren Staatsräte hatten das Privileg, auf Dokumenten das Siegel des Shōgun anbringen zu dürfen, und wurden daher manchmal als *kahan* (wörtlich ›Siegelanbringer‹) bezeichnet. Das Amt des Regenten (*Tairō*) wurde von 1634 bis 1648 und später gelegentlich vergeben. Gegen Ende der Tokugawa-Zeit erhielt das Oberhaupt des Hauses Ii von Hakone den Posten in Erbtradition, wenn er besetzt wurde. Ein zweites Gremium von Jüngeren Staatsräten (*Wakadoshiyori*, wörtlich ›jüngere Älteste‹) bestand aus vier bis sechs *fudai* niedrigeren Ranges und war für die Hausleute und Bannerleute des Shogun verantwortlich. Ihm unterstanden außerdem die verschiedenen Garden, Militäreinheiten, die privaten Diener des Shōgun, Pagen. Ärzte und die *metsuke*, die als Inspektoren und Beamte für den Strafvollzug fungierten.

Die meisten aktiven Verwaltungsämter waren dem Gremium der Älteren Staatsräte unterstellt. Eine Gruppe von sechs oder sieben Kämmerern (*Sobashū*), an deren Spitze manchmal ein Großkämmerer (*Sobayōnin*) stand, hatte die wichtige Aufgabe, die Verbindung zwischen dem Shogun und den Verwaltungsgremien herzustellen, indem sie Audienzen arrangierte und Botschaften überbrachte. Nominell den Ältesten untergeordnet, handelten die *Sobashū* manchmal selbständig, da sie es verstanden, sich um die Gunst des Shōgun zu bemühen. Schloßkommandanten (*Rusui*) sorgten für militärische Disziplin in der Burg von Edo, besonders in Abwesenheit des Shōgun. Protokollbeamte (*Kōke* und *Sōshaban*) kümmerten sich um die Zeremonien und Audienzen im Verkehr des Shōgun mit dem Hof in Kyōto und den Daimyō. Überwacht wurden die Daimyō von Generalinspektoren (*Ōmetsuke*). Eine große Zahl von Verwaltern (*bugyō*) wurde mit besonderen Aufgaben betraut. Die Verwalter der Tempel und Schreine (*Jisha bugyō*, gewöhnlich vier an der Zahl) nahmen in der Hierarchie des *bakufu* eine hohe Stellung ein und regelten nicht nur die religiösen Angelegenheiten im Land, sondern fungierten auch als Richter in den Kantō-Provinzen. Die Verwalter der Finanzen (*Kanjō bugyō*, gewöhnlich vier) besorgten den Finanzhaushalt des Shōgun und überwachten die vierzig oder fünfzig lokalen Statthalter (*Daikan*), die den privaten Grundbesitz des Shōgun verwalteten. Die Stadt Edo wurde von zwei Stadtmagistraten (*Edo machi bugyō*) geleitet, die je einer Hälfte der Burgstadt Edo vorstanden. Magistrate dieser Art wurden in allen größeren und kleineren Städten des Shōgun, einschließlich Kyōto, Ōsaka, Nagasaki, Nara und Sumpu, eingerichtet. Die *bugyō* Nagasakis hatten zusätzlich die Aufgabe, den Außenhandel mit den Holländern und den Chinesen, das Monopol des *bakufu*, zu kontrollieren. Eine große Schar

anderer Beamter kümmerte sich um Dinge wie Bauwesen, Gebäude und Grundstücke, militärische Versorgung, Straßen und ähnliches. Die Verwalter der Tempel und Schreine, der Finanzen und der Stadt Edo bildeten den Kern eines Reichsgerichts (*Hyōjōsho*); bei dessen Sitzungen kamen noch Vertreter des Gremiums der Älteren Staatsräte und Inspektoren hinzu. Abgesehen von den Stadtmagistraten waren die wichtigsten Posten außerhalb Edos der des Generalgouverneurs von Kyōto (*Kyōto shoshidai*) und des Schloßkommandanten von Ōsaka (*Ōsaka jōdai*). Diese beiden Ämter waren dem Shōgun unmittelbar unterstellt und entsprachen im Rang beinahe dem eines Älteren Staatsrates.

II. Gesetzliche und religiöse Vorschriften

Das *baku-han*-System stützte sich auf eine Reihe wichtiger Veränderungen im Aufbau und Inhalt des japanischen Rechtswesens. Unter dem Tokugawa-Regime begann das Land nämlich wieder so etwas wie eine einheitliche nationale Politik zu verfolgen, die sich durch allgemeingültige Gesetze kundtat und auf allgemein anerkannten Prinzipien basierte. Seit dem Versuch einer Gesetzeskodifikation in der Nara-Zeit war die Entwicklung ungefähr sieben Jahrhunderte lang immer mehr dahin gegangen, daß Sippenoberhäupter und Feudalherrn in der japanischen Regierung ein Mitspracherecht besaßen. Erst gegen Ende des sechzehnten Jahrhunderts setzte mit den Verwaltungsmaßnahmen, die der Shōgun und die großen Daimyō ergriffen, schließlich eine Gegenbewegung ein. Das soll nicht heißen, daß die Tokugawa-Herrscher systematisch darangingen, für den japanischen Staat einen neuen gesetzlichen Rahmen zu schaffen. Die vielen Gesetze, Verfügungen und Vorschriften, die das *bakufu* und die *han* erließen, entstanden jedoch in dem bewußten Bemühen, Ordnung in die Gesellschaft zu bringen und Richtlinien für eine gut organisierte Verwaltung festzulegen.

Die Gesetze Japans in der Tokugawa-Zeit sind als drohend und repressiv, ja sogar als unnatürlich und reaktionär bezeichnet worden. Die allgemeine Annahme ist, daß sie einem widerstrebenden Land aufgezwungen wurden, um ein hartes, politisch und sozial starres Regime zu sichern. Das Tokugawa-Recht fußte jedoch auf bestimmten verbreiteten Anschauungen, die ihm eine allgemeine Gültigkeit verliehen, welche dem örtlich verschiedenen Gewohnheitsrecht früherer Zeiten gefehlt hatte. Die Tokugawa-Gesetzgebung ging von der Voraussetzung aus, daß eine natürliche Ordnung existiere. In der Annahme, daß die Gesellschaft von Natur aus eine Klassenhierarchie hervorbringe, wurden die Gesetze auf soziale Grundkategorien hin angelegt, um eine Machtausübung aufgrund der Standeszugehörigkeit zu ermöglichen. Unter dem Tokugawa-Regime setzte sich in der japanischen Regierung mehr und mehr die funktionelle Unterscheidung von vier großen Klassen durch, und man stufte den einzelnen zuerst nach seinem Rang oder seiner Stellung und dann innerhalb seiner Gruppe oder Gemeinde ein. »Herrschaft durch Standeszugehörigkeit« galt

also als legal – eine Vorstellung, welche von der Sitte, unmittelbare und persönliche Macht auszuüben, die für das politische System des vorausgegangenen Jahrhunderts charakteristisch gewesen war, beträchtlich abwich.

Viele der von den Tokugawa erlassenen Gesetze dienten daher der Klärung der Grenzen zwischen den verschiedenen Klassen und dem Bemühen, das jeder Schicht angemessene Verhalten festzulegen. Die Frage, ob das sogenannte ›Vier-Klassen-System‹ – Samurai, Bauer, Handwerker und Kaufmann – Japan im sechzehnten Jahrhundert durch die Einführung eines von China übernommenen willkürlichen Ideals, das seiner Natur widersprach, aufgezwungen wurde, ist schwer zu beantworten. Ohne Zweifel begannen sich im siebzehnten Jahrhundert in den bis dahin örtlich begrenzten Gemeinschaften in großen Zügen bestimmte durchgängige soziale Gruppierungen abzuzeichnen. Die Stellung des Kaufmanns war jedoch im sechzehnten Jahrhundert viel höher gewesen und war auch im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert in Wirklichkeit höher als die, die ihm die Tokugawa-Gesetze – am unteren Ende der sozialen Stufenleiter – gegeben hatten.

Die Tokugawa-Gesellschaft, wie sie sich in den Gesetzen spiegelt, zerfiel in die folgenden Kategorien: *kuge*, Samurai (einschließlich der Daimyō), Priester, Bauern, Bewohner der Städte (*chōnin*, zu denen die Handwerker und Kaufleute zählten) und Paria (*hinin* und *eta*). Für jede Klasse galten bestimmte grundlegende Gesetze wie der Kodex mit Verfügungen für den Kaiser und die Höflinge (*kinchu narabini kugeshu shohatto*), der Samurai-Kodex (*buke shohatto*) und die Kodices mit Bestimmungen für die buddhistischen Sekten und Tempel (*shoshū jiin hatto*) und die shintoistischen Schreine und Priester (*shosha negi kannushi hatto*). Für die Bauern gab es keine eigene Sammlung von Verordnungen, doch legten die ›Instruktionen der Keian-Ära‹ (*Keian no furegaki*) aus dem Jahr 1649 die wichtigsten Regeln der Dorfgemeinschaft in den Territorien der Tokugawa und den von den Dorfbewohnern geforderten Lebensstil fest. Für die Kaufleute existierte keine eigene Gesetzessammlung.

In der Tokugawa-Zeit waren die *kuge* nur noch ein kleiner Rest von höfischen Familien, die völlig für sich in der Stadt Kyōto lebten. Aufgrund ihrer Abstammung und ihres Ranges noch immer hochgeachtet, führten sie ein von der Hoftradition bestimmtes Dasein. Die Samurai, die aktiven Führer der Gesellschaft, bildeten eine selbstbewusste Militäraristokratie, die ihre Aufgabe in der kriegerischen Bereitschaft und der Ausübung der Zivilverwaltung sah. Mit dem Privileg ausgestattet, einen Nachnamen führen und zwei Schwerter tragen zu dürfen, besaßen sie theoretisch das Recht, ja die Pflicht, einen nicht ehrerbietigen Mann unter ihrem Stand auf der Stelle zu töten (*kirisute-gomen*). Eingang in die Samurai-Klasse zu finden war nur schwer möglich, nachdem die Konsolidierungskriege einmal vorüber waren, und man machte alle Anstrengungen, fließende Grenzen zu verhindern. Nur gelegentlich erhielten einzelne Angehörige der obersten Schichten der Bauernschaft oder

Kaufmannschaft das Privileg des ›Nachnamens und Schwertes‹ (*myōji-taitō*), und dann gewöhnlich nur für die Dauer ihres Lebens. Obwohl die Bauern (*hyakushō*) ihrem ›Wert‹ für die Gesellschaft nach den Samurai am nächsten standen, wurden sie offensichtlich bevormundet und mit großer Strenge behandelt. Man erwartete von ihnen, daß sie Grund und Boden nicht verließen, kein Ackerland veräußerten, einfach lebten und hart arbeiteten. Durch sie versuchte man das Land, das die Haupteinkommensquelle der Samurai darstellte, auf dem Höchststand der Produktivität zu halten. Die Kaufleute wurden um ihrer Dienste willen gefördert, aber auf ihre besonderen Viertel in den Städten beschränkt. Dort regelten zahlreiche Gesetze ihren Lebensstil und bestimmten die Art ihrer Handelsunternehmungen.

Für das Individuum galten im Japan der Tokugawa-Zeit zunächst diese allgemeinen ständischen Verordnungen, unmittelbar unterstand es jedoch der Regierungsbehörde der Verwaltungseinheit, in der es lebte. Die Samurai waren in Verbänden von Gefolgsleuten (*kashindan*) und weiter in kleineren Mannschaften (*kumi*), deren jede einen Mannschaftsführer (*kumi-gashira*) besaß, zusammengeschlossen. Die Bauern waren in Dörfern (*mura*) und in diesen wiederum in Gruppen gegenseitig verantwortlicher Familien (*goningumi*, d.i. ›Fünferschaft‹), die auf zehn Familien erweitert werden konnten, zusammengefaßt. Sie unterstanden somit zuerst dem Oberhaupt der Gruppe und dann dem Dorf Vorsteher (*shōya* oder *nanushi*). Der Charakter der Tokugawa-Gesetze läßt sich weiter aus der Weise, in der in jeder der oben erwähnten Einheiten die einzelnen sorgfältig nach Haushalten registriert wurden, sowie aus der Gruppenverantwortlichkeit und – wenn Vergehen oder Verbrechen vorlagen – dem Verfahren der stellvertretenden Bestrafung ersehen.

Die Einzelpersönlichkeit als solche gab es im Tokugawa-Recht in Wirklichkeit natürlich nicht. Die kleinste Einheit der Tokugawa-Gesellschaft war vielmehr die Familie (*ie*), und das Individuum existierte nur als Mitglied der Familie – als Familienoberhaupt, als Sohn und Erbe, als zweiter Sohn, Tochter, Frau usw. In allen Gesellschaftsschichten wurden der Familienstatus und die Erhaltung der Familie, der als Einheit aller Besitz und alle Privilegien gehörten, Faktoren von äußerster Wichtigkeit. Welche Bedeutung sie in der Klasse der Samurai hatten, zeigt sich an der Häufigkeit des rituellen Selbstmordes (*seppuku*), durch den ein Samurai ein Verbrechen sühnen und gleichzeitig das Fortbestehen seines Familiennamens sichern konnte.

Das strikte Klassensystem der Tokugawa mit seinen klar abgegrenzten Untergruppen machte es sehr schwer, ein Leben außerhalb der anerkannten Berufssparten zu führen. *Rōnin*, d.h. Samurai ohne Stellung oder Status, waren zum Beispiel in einer besonders problematischen Situation. Während der Bürgerkriege und der Neuverteilung von Daimyaten, die auf die Errichtung des Tokugawa-Regimes folgte, hatten zahlreiche Samurai ihren Herrn verloren. Sie erwiesen sich als äußerst störend während des Ōsaka-Feldzuges und erneut im Jahre 1651, als in Edo eine *rōnin*-Verschwörung gegen den Shōgun aufgedeckt

wurde. Darauf wurde alles darangesetzt, herrenlose Samurai in die Gefolgschaftsverbände des Shōgun oder der Daimyō einzugliedern. Von Zeit zu Zeit wurden jedoch weiterhin Samurai freigesetzt. Diesen *rōnin* blieben außer der Priesterschaft und bestimmten Berufen wie dem des Arztes oder Lehrers wenig Möglichkeiten, eine Stellung in der Gesellschaft zu gewinnen.

Die Entwicklungen im Rechtswesen, die wir gerade dargelegt haben, waren auf eine Reihe bedeutsamer Veränderungen in den philosophischen und religiösen Grundlagen der Tokugawa-Gesellschaft zurückzuführen. Die Jahre des ›Großen Friedens‹ waren wegen der Ausweitung des Erziehungswesens und des allgemeinen Ansteigens des Bildungsniveaus bemerkenswert. Im achtzehnten Jahrhundert war Gelehrsamkeit nicht länger auf kleine Elitegruppen oder die geistliche Welt beschränkt. Die gesamte Klasse der Samurai hatte zu diesem Zeitpunkt eine elementare Bildung erhalten, ebenso die oberen Schichten der Bauernschaft und der Stadtbewohner. Bis zu einem gewissen Grad war dies die natürliche Folge der zunehmenden Verstädterung. Es spiegelte sich darin aber auch ein großer Umschwung in der Geisteshaltung: der Wechsel von einer in der Hauptsache buddhistischen und sonst weltlichen zu einer humaneren und realistischeren Einstellung, die auf dem Konfuzianismus basierte.

Obwohl die Hinwendung zum Konfuzianismus sicher die bedeutendste Änderung im geistigen Leben der Tokugawa-Zeit darstellte, dürfen wir doch nicht der Täuschung verfallen, daß der Buddhismus oder der Shintō völlig verdrängt worden wären. In Wirklichkeit stützte sich die Tokugawa-Gesellschaft gleichmäßig auf alle drei Geistesströmungen – ein kompliziertes, aber ausnehmend praktisches System. Den Regierungsbehörden diente der Buddhismus weiterhin als wichtiges Mittel zur Überwachung des Volkes. Die extreme Untergliederung der Gesellschaft der Tokugawa-Zeit in Dorf, Stadtviertel und Haushalt förderte andererseits die örtliche Bindung an den Shintō. Dem Durchschnittsjapaner der damaligen Zeit formten somit Buddhismus und Shintō sein religiöses Weltbild, während seine Vorstellungen von staatlicher Ordnung dem Shintō und Konfuzianismus entstammten und Konfuzianismus und Buddhismus ihn die Werte sozialen Verhaltens lehrten. Der Niedergang der buddhistischen Religion in der Tokugawa-Zeit ist daher relativ und läßt sich hauptsächlich an dem Grad messen, in dem sie ihre Vorrangstellung im geistigen Leben der gebildeten Schichten an den Konfuzianismus verlor.

Nachdem im sechzehnten Jahrhundert die politische und wirtschaftliche Macht der buddhistischen Organisation einmal gebrochen war, begannen die Beherrscher Japans erneut, die Religion zu fördern, und setzten gleichzeitig ihre Politik der Überwachung fort. In Edo unterstützte das Haus Tokugawa zum Beispiel eine Reihe neuer Tempel, vor allem den Kan'eiji in Ueno, der von dem Tendai-Mönch Tenkai als Schutztempel für die Stadt gegründet worden war. Die Daimyō regten ebenfalls den Bau von Tempeln in ihren Burgstädten an. Der Hauptgrund für diese Förderung war jedoch nun, Vorsorge für die üblichen *Rites*

of passage (Übergangsriten) zu treffen. Das buddhistische Zeremoniell fand weithin bei Heiraten, Begräbnissen und Gedenkfeiern Anwendung, und die buddhistischen Priester wurden hauptsächlich deshalb geehrt, weil sie die Gedenktafeln und Gräber in ihrer Obhut hatten.

Die überaus große Unterstützung, die dem Buddhismus von dem Tokugawa-Regime zuteil wurde, war eine Folge der christenfeindlichen Politik der Regierung. Indem sie alle Einwohner des Landes zwang, zum Beweis ihrer orthodoxen Einstellung auf religiösem Gebiet einen Tempel zu wählen, bei dem sie registriert wurden (*dannaji*), sicherte sie automatisch Zehntausenden von Tempeln in ganz Japan ihr Auskommen. Im Jahre 1640 verlangte das Shogunat, daß alle Japaner sich bei einem Tempel registrieren ließen und sich von da an jährlich einer Prüfung ihres Glaubens unterzögen (*shūmon aratame*). Auf Staatsbefehl wurde die japanische Bevölkerung somit die Kirchengemeinde der buddhistischen Institution (einigen Familien wurde gestattet, sich bei Shintō-Schreinen registrieren zu lassen). Da überdies die meisten »Registriertempel« auch die letzte Ruhestätte für ihre Gemeindemitglieder wurden, wurde die formale Abhängigkeit des japanischen Volkes von den buddhistischen Riten beinahe vollkommen.

Die Rolle des Shintō war etwas anders, aber nicht weniger bedeutsam. Mit seinem weiten Netz von Schreinen stellte der Shintō für das japanische Volk weiterhin eine religiöse Grundlage für die staatliche Ordnung und ein wichtiges Bindeglied zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft, in der er lebte, dar. Der Kaiser selbst behielt natürlich sein Amt als höchster Shintō-Priester, im Großschrein von Ise hielt er Zeremonien von nationaler Bedeutung ab. Die meisten Samurai-Familien blieben als Zeichen ihres Respektes gegenüber ihrer Abstammung Ahnenschreinen verbunden. In den niedrigeren Schichten der Gesellschaft gab es für jedes Dorf und jedes Stadtviertel Schutzschreine, die innerhalb der kleinen Untergruppen der Tokugawa-Gesellschaft ein verbindendes Element darstellten.

Solcherart waren die Umstände, unter denen der Konfuzianismus an Einfluß gewann und allmählich die wichtigste geistige Basis der Tokugawa-Gesellschaft wurde. Die Ausbreitung neo-konfuzianischer Lehren im frühen siebzehnten Jahrhundert war nicht die Folge eines erneuten besonderen Kontaktes mit China, sondern war durch die inneren Bedürfnisse der japanischen Gesellschaft selbst bedingt. Seit langem waren konfuzianische Studien von der buddhistischen Priesterschaft gepflegt worden, doch waren gezielte Bemühungen nötig, um die konfuzianische Doktrin aus ihrer klösterlichen Umgebung zu lösen und sie zu einer selbständigen philosophischen Schule mit eigenen Einrichtungen, auf die sie sich stützte, und eigenen unabhängigen Interpreten, die sie berufsmäßig auslegten, zu machen. Die konfuzianische Bewegung des siebzehnten Jahrhunderts entstand zum Teil von selbst, zum Teil auf offizielle Anregung hin. Es ist wahrscheinlich richtig, daß in der Tokugawa-Zeit die japanische Gesellschaft der Chinas ähnlich genug geworden war, um die Relevanz des

Konfuzianismus sofort deutlich werden zu lassen. Doch ließ auch das chinesische Gedankengut, nachdem es einmal in das japanische Denken und die japanischen Gesetze eingedrungen war, gerade einige der Eigentümlichkeiten entstehen, die dieses Gefühl der Relevanz hervorriefen. Andererseits nahm der Konfuzianismus in Japan viele Züge an, die im zeitgenössischen China kaum festgestellt worden wären, zum Beispiel den, daß die Japaner darauf bestanden, die Beibehaltung kriegerischer Tugenden gehöre zu den Kennzeichen eines Edelmannes.

Fujiwara Seika (1561–1619), ein Mönch aus Kyōto, befreite den Konfuzianismus von der Bevormundung durch den Buddhismus. Indem er die buddhistischen Regeln fallenließ, begann er die Doktrinen des Konfuzianismus offen als selbständige Philosophie zu lehren, eine Philosophie, von der er behauptete, daß sie den Bedürfnissen der Zeit besonders entspreche. Seinen Schüler Hayashi Razan (1583–1657) nahm Tokugawa Ieyasu im Jahre 1605 als Berater in Rechts- und Geschichtsfragen in seinen Dienst. Er wurde der erste in der Reihe von Gelehrten, die die konfuzianische Lehrrichtung Shushis (chin. Chu Hsi) vertraten und vom Shogunat das erbliche Amt eines konfuzianischen Ratgebers erhielten. Im Jahre 1630 wurde die Familie Hayashi dazu ermutigt, eine konfuzianische Schule zu gründen, die später die offizielle Lehranstalt der Tokugawa wurde und unter dem Namen Shōheikō bekannt ist. Im Jahre 1691 waren konfuzianische Gelehrte bereits außerhalb der buddhistischen Orden amtlich zugelassen. Inzwischen hatten sich auch die Daimyō mit konfuzianischen Beratern umgeben und begonnen, konfuzianische Schulen zu fördern. Außerdem hatten sich unabhängige Gelehrte in Kyōto, Ōsaka und Edo als Privatlehrer zu etablieren begonnen. Um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts war der Konfuzianismus allgemein als die herrschende nicht-geistliche Philosophie anerkannt, und sein Einfluß – der Hauptimpuls zur Entwicklung des Erziehungswesens und einer Staatsphilosophie – wurde fühlbar.

Die frühen Konfuzianer und ihre Gönner waren in vieler Hinsicht Pioniere – sie hatten eine neue Welt geschaffen, für die eine neue Weltanschauung dringend erforderlich geworden war. Der Positivismus von Männern wie Hideyoshi und Ieyasu rührte daher, daß sie tatsächlich mehr als irgendein Herrscher vor ihnen das Gefühl bekommen hatten, ihr Geschick selbst bestimmen zu können. Ihnen und ihren Zeitgenossen war es möglich, die Welt verstandesmäßig als etwas, das zu beherrschen und zu ordnen war, zu betrachten. Diese Änderung der Einstellung war zum großen Teil der Grund, weshalb die buddhistische Institution und ihre mystische Lebensauffassung angegriffen wurden. »Es gibt keine Hölle, keinen Himmel, keine Seele, nur den Menschen und die materielle Welt« – wie es Yamagata Bantō so prägnant ausdrückte. Der Konfuzianismus entsprach dem Geist der Tokugawa-Zeit, da er eine neue Lebensphilosophie und eine neue Kosmologie bot. Er behauptet, dem Universum läge die Vernunft (*ri*) zugrunde, die im Substantiellen (*ki*) wirksam

werde und so die Welt des Menschen und der Dinge schaffe. Auch der Gesellschaft lägen die Vernunft und Ordnung zugrunde, wenn man sie nur zu begreifen vermöge, und darüber hinaus sei die Ordnung ethischer Natur. Die Bedeutung dieser Botschaft des Konfuzianismus lag darin, daß sie für diese Zeit eine neue Einheit zwischen Prinzip und Vorgehen, zwischen Philosophie und System herstellte. Das Studium der Grundzusammenhänge (*gakumon*), das zum Verständnis (*bun*) führte, konnte den Menschen mit dem Wesen der sittlichen Ordnung vertraut machen und somit den sittlichen Menschen hervorbringen. Die Aufgabe der Regierung bestand im Grunde darin, es den Menschen zu erleichtern, die sittliche Ordnung aufzurichten.

Die Ausbreitung des Konfuzianismus ging daher mit der Entwicklung der neuen sozialen und politischen Ordnung des *baku-han-Systems* Hand in Hand. Denn da sich der Konfuzianismus in erster Linie mit politischen und sozialen Angelegenheiten befaßte, diente er den Interessen der Tokugawa-Herrscher und der Samurai-Klasse. Die früheren Tokugawa-Shōgune standen dem akuten Problem gegenüber, nach den Kriegswirren die gesellschaftliche Ordnung wiederherzustellen, und gerade für dieses Problem versprach der Konfuzianismus die Antwort. Der Wechsel von einer vorwiegend feudalistischen (oder patriarchalischen) Gesellschaft zu einer der Klassen und großen Gruppen verlangte neue und allgemeinere Rechtsprinzipien. Durch die Abkehr von der persönlichen Machtausübung und die Hinwendung zur Gesetzesherrschaft wurde die Ausarbeitung neuer Gesetze und Verwaltungsregeln notwendig. Außerdem waren der Shōgun und die Daimyo dieser Zeit weitaus mehr ›absolute Herrscher‹ als der Shōgun und die *shugo* der Ashikaga-Periode und mußten daher in ihrer Gesetzgebung viel weitere Bereiche erfassen und in der Begründung ihrer Machtbefugnis wesentlich genauer sein.

Die Bedeutung des Konfuzianismus für die politische Ordnung der Tokugawa lag darin, daß er eine neue Philosophie bot, auf die sich eine harmonische Gesellschaft stützen konnte. Er gab der Vorstellung, daß eine Gesellschaft aus einer natürlichen Klassenhierarchie bestehe, in der jeder, der seinen ihm zugeteilten Platz einnehme, seine Bestimmung erfülle, eine rationale Grundlage. Damit trug er zur Stärkung des Trends zur Klassentrennung und zur Kodifizierung des jedem Stand angemessenen Verhaltens bei. Darüber hinaus jedoch stellte er eine ethische Ordnung auf, die auch für den Herrscher galt, denn der Konfuzianismus war nicht einfach eine Philosophie, deren man sich bediente, um das Volk zu lenken. Er machte es dem Shōgun und den Daimyō zur Pflicht, zum Wohl des Volkes zu regieren – eine humane Regierung (*jinsei*) oder einen verantwortungsbewußten Absolutismus zu schaffen – und den Samurai zum Edelmann-Gelehrten-Krieger zu erziehen. Im Japan der Tokugawa-Zeit wurde es üblich, das chinesische Zeichen für Edelmann (*shih*) für die Bezeichnung von Samurai zu verwenden.

Der Konfuzianismus half also die neue gesetzliche und ethische Ordnung philosophisch untermauern. Außerdem füllten zu einer Zeit, in der an Stelle der

Sitte Prinzipien die Grundlage des Benehmens zu werden begannen, die konfuzianischen Grundsätze eine Lücke, die der Buddhismus nicht zu schließen vermocht hätte. Die Vorstellung von der Loyalität gegenüber dem Staat (*chū*) und der Familie (*kō*) enthielt die meisten sozialen Grundforderungen dieser Zeit. Theorien über statusgemäßes Verhalten schufen für jede Klasse und jeden Beruf Leitbilder. Jede Gruppe hatte ihren ›Weg‹ (*dō*) wie zum Beispiel den *bushidō* (Weg des Samurai) oder den *chōnindō* (Weg des Kaufmanns). Der *bushidō* – als der neue Kodex eines Kriegerstandes, der in Friedenszeiten zur Verwaltung herangezogen wurde – legte sowohl das nötige Gewicht auf militärische Gesinnung wie auf Gelehrsamkeit, um so den inneren Widerspruch zu erklären, der in dem Begriff ›Krieger-Verwaltungsbeamter‹ lag.

Wenn der Konfuzianismus dem geistigen und kulturellen Leben Japans in der Tokugawa-Zeit eine auf die Staatsführung bezogene positive Note gab, so hatte die Abschließungspolitik beinahe die entgegengesetzte Wirkung: durch sie war die Gesellschaft auf sich selbst angewiesen. Die Ansicht, daß die Tokugawa-Herrscher aufgrund eines elementaren Konservatismus in ihrer Weltanschauung für eine Isolationspolitik prädisponiert waren, ist nicht wirklich haltbar. Tokugawa Ieyasu war eifrig bemüht, den Außenhandel auszuweiten, und verhielt sich einige Zeit den christlichen Missionaren gegenüber freundlich. Doch seine Anstrengungen, die Geschicke des Landes gänzlich unter Kontrolle zu bekommen und seinem Regime absolute Loyalität zu sichern, führten Schritt für Schritt zur Abschließung. Die Entwicklung in Richtung auf die Abschließungspolitik zeigt drei verschiedene, miteinander verflochtene Interessen: 1. Das Bestreben der Tokugawa, innenpolitische Stabilität zu erlangen; 2. Den Wunsch der Tokugawa, den Außenhandel zu ihrem Monopol zu machen; und 3. Die Furcht vor dem Christentum.

Tokugawa Ieyasu war zuerst sehr daran gelegen, Handelsbeziehungen zu fremden Ländern aufzunehmen, und er verhandelte geduldig mit den Chinesen, Spaniern, Engländern und Holländern. Es gelang ihm jedoch nicht, Edo zu einem Außenhandelshafen zu machen. Die europäischen Kaufleute zogen die Häfen Kyūshū vor, und China lehnte Ieyasus Ersuchen um offiziellen Handel mit lizenzierten Schiffen ab. Ohne Zweifel veranlaßten diese Fehlschläge Ieyasu und seine Nachfolger zu dem Bemühen, sich die alleinige Kontrolle des bestehenden Handels durch die Überwachung der Häfen und die Lizenzierung der Kaufleute zu sichern. Im Jahre 1604 wurde daher der Verband der Seidenhändler, die in Sakai, Kyōto und Nagasaki ansässig waren und besondere Monopolrechte für die Einfuhr und den Vertrieb chinesischen Seidenfadens (*ito wappu*) erhielten, gegründet.

Inzwischen hatte sich das Problem des Christentums erneut gestellt. Obwohl sich Ieyasu den Missionaren gegenüber duldsam zeigte, hat er niemals das Verbot, das Hideyoshi im Jahre 1587 erlassen hatte, aufgehoben. Die Schwierigkeiten jedoch, die gewisse christliche Daimyō in Kyūshū bereiteten, und die Gewißheit, daß es unter den *fudai* des Shōgun zum Christentum

Übergetretene gab, veranlagten Hidetada im Jahre 1612, die Edikte neu zu verkünden und allen Gefolgsleuten der Tokugawa und allen Personen, die auf Tokugawa-Gebiet lebten, zu befehlen, diese Religion aufzugeben. Ein geringerer Daimyō, Takayama Ukon (1553?-1615), wurde im Zuge dieses ernsthaften Versuchs, das Christentum gänzlich aus Japan zu verbannen, im Jahre 1614 nach Manila deportiert.

So gesehen ergänzten sich der Wunsch nach dem Handelsmonopol und die Furcht vor dem Christentum und führten schließlich die Abschließungsgesetze herbei. Im Jahre 1616 wurde der Außenhandel auf Nagasaki und Hirado beschränkt. Im Jahre 1622 verloren bei einer Massenexekution von Christen 120 Missionare und Konvertiten das Leben. Im Jahre 1624 wurden die Spanier aus Japan vertrieben. (Im Jahr zuvor hatten die Engländer freiwillig ihre Bemühungen, in Japan Handel zu treiben, aufgegeben.) Inzwischen wurden Japaner, die unter dem Verdacht standen, Christen zu sein, schrecklichen Folterungen unterworfen, und viele Tausende wurden gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören. Eine besondere Methode zu prüfen, ob jemand Christ war, wurde im Jahre 1629 erfunden: die Betroffenen mußten auf Bronzeplatten (*fumie* oder Trittbilder genannt) treten, die christliche Darstellungen wie Christus oder Maria zeigten. Diejenigen, die sich weigerten, auf diese Platten zu treten, galten als Christen und wurden gefoltert und hingerichtet. Die katholische Kirche erkennt über 3000 Märtyrertode zu dieser Zeit in Japan an.

Die Abschließungspolitik kristallisierte sich zwischen 1635 und 1641 heraus. Im Jahre 1635 verbot ein Edikt allen Japanern, ins Ausland zu reisen, und denen, die im Ausland waren, nach Japan zurückzukehren. Im Jahre 1636 wurde den Portugiesen nur noch eine kleine künstliche Insel vor der Küste von Nagasaki (Deshima, Anm. d. Übs.) zugestanden. Zur gleichen Zeit versetzte ein Aufstand unzufriedener Bauern und einiger herrenloser Samurai in einer vorwiegend christlichen Gegend in der Nähe von Nagasaki das *bakufu* in neue Unruhe. Die Rebellen, die etwa 20000 Mann zählten, bemächtigten sich einer verlassenen Burg auf Shimabara und widerstanden – wobei sie christliche Embleme zur Schau stellten – einem Heer von 100000 Mann, das aus Kontingenten benachbarter Daimyō gebildet worden war. In seiner Verlegenheit rief das *bakufu* sogar die holländischen Schiffe in Nagasaki zur Hilfe, damit sie die Burg mit ihren überlegenen Kanonen beschossen. Im Frühjahr 1638 wurde der Aufstand von Shimabara unter großem Blutvergießen niedergeschlagen, und die christliche Bewegung war damit vernichtet. Im Jahre 1639 wurden die Portugiesen aus Japan vertrieben, und als im nächsten Jahr eine portugiesische diplomatische Gesandtschaft von Makao nach Japan kam, wurden ihre Führer hingerichtet. Im Jahre 1640 befahlen die Tokugawa die Registrierung aller Japaner in einem Tempel, den sie wählen konnten (*tera uke*), und schufen die Behörde für religiöse Überwachung (*Shūmon aratame yaku*). Im Jahre 1641 wurden die Holländer auf Deshima und die Chinesen auf besondere Handelsviertel in Nagasaki beschränkt. Japan hatte somit nur noch durch das

Handelsmonopol der Tokugawa in Nagasaki und den begrenzten Handel, den die So, Daimyō von Tsushima, mit Korea und die Shimazu von Satsuma mit den Ryūkyū-Inseln trieben, mit dem Ausland Verbindung.



© Abb. 16: Japan unter den Tokugawa

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Einführung der Abschließungspolitik (*sakoku*) für Japan einen wichtigen Wendepunkt darstellte. Der Gegensatz zwischen Europa, das an der Schwelle einer Zeit bedeutender wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Entwicklung stand, und Japan, das seine Tore freiwillig vor der übrigen Welt verschloß, ist ziemlich kraß. Überdies war in Japan die Furcht vor dem Christentum so groß, daß die Regierung innerhalb weniger Jahrzehnte die Einfuhr von Büchern und anderen Schriftstücken aus dem Westen einer strengen Zensur unterwarf. Indem die Tokugawa-Behörden die Handelsfreiheit einschränkten, verringerten sie gleichzeitig auch freiwillig Japans Chancen auf wirtschaftliche Expansion. Es ist jedoch schwer zu sagen, welche Konsequenzen eine liberale Politik hinsichtlich des Kontaktes mit dem Ausland gehabt hätte, und es ist auch nicht sicher, daß Japan freizügige Beziehungen zum Westen und zu China hätte unterhalten können, ohne damit seine innenpolitischen Bemühungen zu gefährden. Wir wissen jedoch, daß die Abschließung den Frieden sicherte und daß Japan in der Friedensperiode unter

den Tokugawa als Nation seine staatlichen Einrichtungen entwickeln und seine wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten ausschöpfen konnte.

III. Die Samurai-Regierung und ihre Probleme

Die Standardwerke über die politische Entwicklung Japans unter den Tokugawa haben den Shogun in den Mittelpunkt ihres Interesses gestellt und sich auf das Bemühen des *bakufu* konzentriert, seine Herrschaft zu erhalten und von den Strömungen sozialer und wirtschaftlicher Veränderung unberührt zu bleiben. Aus diesem Grund schildern sie diesen Geschichtsabschnitt als die Zeit des Verfalls einer Dynastie – als eine Folge von Krisen und Konsolidierungsversuchen, die zum unvermeidlichen Untergang führten. Im siebzehnten Jahrhundert war die Geschichte des japanischen Volkes jedoch sehr viel komplexer geworden, sie bestand nicht einfach in der Historie eines einzigen Herrscherhauses. Außerdem scheint die Auffassung vom Niedergang der Dynastie kaum zutreffend, wenn man die zahlreichen institutionellen Neuerungen berücksichtigt, die die Tokugawa-Regierung während des achtzehnten Jahrhunderts erfuhr. Die Shōgune und ihre Politik müssen behandelt werden, jedoch nicht so, als machten sie allein die politische Geschichte Japans zur Tokugawa-Zeit aus.

Die ersten drei Shōgune, Ieyasu (Regierungszeit 1603–1605), Hidetada (Regierungszeit 1605–1623) und Iemitsu (Regierungszeit 1623–1651), setzten ihre Energien für die Stärkung des *bakufu* und die Vervollkommnung seines Überwachungssystems ein. Die nächsten vier Shōgune, Ietsuna (Regierungszeit 1651 bis 1680), Tsunayoshi (Regierungszeit 1680–1709), Ienobu (Regierungszeit 1709–1712) und Ietsugu (Regierungszeit 1713–1716), übernahmen einen funktionierenden Verwaltungsapparat und befanden es daher für weniger nötig, an den Staatsgeschäften aktiven Anteil zu nehmen. Nach der Ermordung des Älteren Staatsrats und späteren *Tairō* Hotta Masatoshi in den Ratsräumen im Jahre 1684 blieb Tsunayoshi den Zusammenkünften der Räte sogar völlig fern und hielt die Verbindung hauptsächlich durch seinen Großkämmerer – Yanagizawa Yoshiyasu (1658–1714), einen kleineren Gefolgsmann, der als Günstling des Shōgun zu einem Daimyō mit 150000 *koku* Land aufstieg – aufrecht. Mehr und mehr wandte sich das Interesse des Shōgun kulturellen Dingen, wie dem Nō-Drama, der Geschichtsforschung, konfuzianischen Studien und buddhistischen Ritualen zu.

Tsunayoshis laxe Regierung und sein aufwendiger Lebensstil werden dafür verantwortlich gemacht, daß das *bakufu* in seine ersten Schwierigkeiten geriet. In dieser Zeit gingen nämlich die Hartgeldreserven des *bakufu* zu Ende, und da sich gleichzeitig die wichtigsten Gold- und Silberminen der Tokugawa als erschöpft erwiesen, nahm das Shogunat seine Zuflucht zur Verschlechterung der Qualität der Münzen. Gegen Ende seines Lebens begann Tsunayoshi vom Buddhismus inspirierte Verordnungen gegen das Töten von Lebewesen zu erlassen, die zu

einer großen Belastung für das japanische Volk wurden. Da er keine Kinder hatte und von dem Aberglauben überzeugt war, daß er sich durch gute Behandlung von Hunden Verdienste erwerben könne (er war im Jahre des Hundes geboren), befahl er, alle Hunde besonders zu schützen. Unter dem ›Hunde-Shōgun‹, als der er bekannt wurde, bestrafte das *bakufu* streng (selbst mit dem Tode) alle, die Hunde schlecht behandelten, und traf umfangreiche Fürsorgemaßnahmen für herrenlose Tiere. Diese exzentrische Politik mußte das Vertrauen des Volkes in die Shogunatsregierung der Tokugawa untergraben.

Die zwei Nachfolger Tsunayoshis waren beide nicht lange im Amt und stellten keine bemerkenswerten Führer dar. Ienobus Ratgeber Arai Hakuseki (1657–1725), ein hochintelligenter Beamter konfuzianischer Prägung, tat sein Bestes, um auf die Notwendigkeit von Regierungsreformen aufmerksam zu machen, aber ohne viel Erfolg. Erst als Yoshimune, der achte Shōgun, im Schloß von Edo einzog, versuchten die Tokugawa zum erstenmal ernsthaft, die Lage zum Bessern zu wenden.

Yoshimune (Regierungszeit 1716–1745; gest. 1751) entstammte dem Kii-Zweig des Hauses Tokugawa und war bereits ein erfahrener Daimyō mit festen Vorstellungen von der Regierung, als er Shōgun wurde. Er übernahm sofort persönlich die Leitung des *bakufu* und begann mit einer Reihe drastischer Reformen, denen die Ära Kyōhō den Namen gab. Unter seiner Ägide entstand die klassische Manier des Reformierens, in der die Tokugawa-Behörden von Zeit zu Zeit ihre politischen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen versuchen sollten. Er fing mit einem strengen Aufruf zur Einfachheit in der Regierung und Sparsamkeit im privaten Leben an und reduzierte selbst die Ausgaben der Familie des Shōgun kräftig. Er erließ eine Flut ethischer Ermahnungen, die die Samurai dazu anhielten, sich wieder einer kriegerischen Gesinnung und der Integrität im Amt zu befleißigen, und die sich mit detaillierten Vorschriften betreffs des Aufwandes an alle Klassen wandten. Seine Wirtschaftspolitik, die auf Sachkenntnis beruhte, förderte die Hartgeldwährung und die Agrarwirtschaft. Eine seiner ersten Maßnahmen war eine Ummünzung, die den Geldstücken ihren früheren Reinmetallwert zurückgab. Die mächtigeren Kaufleute versuchte er zu kontrollieren, indem er Handelsgenossenschaften (*kabu-nakama*) amtliche Lizenzen erteilte. Um den Reispreis zu stabilisieren, führte er die Überwachung des Ankaufs und Verkaufs ein. Er vergrößerte die Abstände, in denen die Daimyō ihren Wohnsitz in Edo nehmen mußten, und belegte dafür ihre Daimyate mit einer Steuer, die er zur Tilgung der Schulden der Haus- und Bannerleute des Shogun verwendete. Noch rigoroser ging er vor, als er alle Geldforderungen, die Kaufleute an Samurai hatten, für nichtig erklärte. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft förderte er die Neulandgewinnung, den Anbau neuer Feldfrüchte wie der Süßkartoffel und das Pflanzen von Maulbeerbäumen zur Seidenraupenzucht. Gleichzeitig setzte er sich für eine genauere, weniger schwankende Methode der Erhebung der Agrarsteuer, nämlich für eine feste jährliche Zahlung (*jōmen*) anstelle der entsprechend dem

Ertrag variierenden Abgabe ein. Sein Interesse an möglichen technischen Verbesserungen war so groß, daß er sogar die Zensur westlicher Bücher in Nagasaki lockerte, um mehr über abendländische Astronomie, Agronomie, Tierzucht und Militärwissenschaft zu erfahren. Doch schränkte auch er den Außenhandel ein, anscheinend, um den Export von Edelmetallen zu verhindern. Schließlich leitete Yoshimune auch eine Reihe administrativer Programme ein, wie den fünf jährlichen Zensus, der erstmals im Jahre 1721 erfolgte, und die Kodifizierung der *bakufu*-Gesetze, die im Jahre 1742 begann. Das so entstandene *Kujikata osadame gaki* war das erste von vielen Werken, die dazu dienten, den Verwaltungs- und Gerichtsverfahren der Tokugawa eine rationalere Grundlage zu geben.

Die Reformen Yoshimunes waren nicht völlig konservativ und regressiv, denn sie besaßen viele nützliche und fortschrittliche Aspekte. Vor seinem Tod mußte er jedoch erkennen, daß sich die meisten seiner Versuche als wirkungslos erwiesen und manche sogar die Lage verschlechtert hatten, die er zu bessern erhoffte. Sein Prinzip der Hartgeldwährung und die Steigerung der Reisproduktion ließen den Reispreis erheblich sinken, was sich wiederum nachteilig auf die finanzielle Situation der Gefolgsleute des Shōgun auswirkte, die mit einer festgelegten Menge Reis besoldet wurden. Weder die Kaufleute, denen willkürliche Beschränkungen auferlegt wurden, noch die Bauern, die zu höheren Steuern gepreßt wurden, waren mit seiner Wirtschaftspolitik einverstanden. Die fundamentalen wirtschaftlichen Probleme, von denen die Reform nur die Symptome berührt hatte, blieben bestehen.

Die beiden nächsten Shōgune, Ieshige (Regierungszeit 1745 bis 1760) und Ieharu (Regierungszeit 1760–1786), nahmen wiederum von der Führung der *bakufu*-Staatsgeschäfte Abstand. Ieshige besaß eine schwächliche Konstitution und mußte seinen Großkämmerer Ōoka Tadimitsu zu seinem Sprecher machen. Auch Ieharu wurde bald von seinem Großkämmerer Tanuma Okitsugu (1719–1788) beherrscht. Tanuma, ein geschickter Mann, der von einem unbedeutenden Posten zum Daimyō mit 57000 *koku* Land aufstieg, kümmerte sich nicht im geringsten um Yoshimunes Reformpolitik. Unter seiner Leitung förderte das *bakufu* offen den Handel, den es besteuerte, indem es Handelsgenossenschaften lizenzierte oder halboffizielle Monopole einführte. Es versuchte sogar, einen Kapitalfonds für die Daimyō zu schaffen, der mit erzwungenen Darlehen von Handelshäusern errichtet werden sollte. Um mehr Geld in Umlauf zu bringen, begann Tanuma Silber zu münzen, das bisher als Silberklumpen zirkuliert war. In Nagasaki wurde der Außenhandel unterstützt und erweitert, indem man den Export getrockneter Meeresprodukte, die in Hokkaidō hergestellt worden waren, begünstigte. Tanuma erwog sogar den Plan, die Insel im Norden zu kolonialisieren und Handelsbeziehungen zu den Russen aufzunehmen.

Tanumas Politik zielte darauf ab, die Wirtschaftsbasis des Shogunats zu vergrößern, indem er es an dem durch Handel erworbenen Reichtum partizipieren ließ, und in dieser Hinsicht brachte er das Shogunat der Erkenntnis

dessen, was die Natur seiner wirtschaftlichen Probleme ausmachte, wesentlich näher. Die Finanzen des Shogunats waren jedoch so zerrüttet und die Volksstimmung war so aufgebracht, als er abtrat, daß man ihm die Schuld an der zweiten großen Krise im Schicksal der Tokugawa gab. Wie andere vor ihm erlag er der Versuchung, die Qualität der Münzen zu verschlechtern. Auch war er selbst nicht über den Verdacht erhaben, korrupt zu sein. Als das Land von einer Reihe von Naturkatastrophen und Jahren großer Hungersnot heimgesucht wurde und Bauernaufstände folgten, wurde er von den konservativeren Führern im *bakufu* heftig angefeindet. Als Ieharu starb, fiel er in Ungnade und ging seiner Ländereien und Ehren verlustig.

Der elfte Shōgun, Ienari (Regierungszeit 1787–1837; gest. 1841), sollte am längsten von allen Tokugawa-Shōgunen im Amt bleiben. Seine Regierungszeit bestand aus zwei Perioden völlig entgegengesetzter *bakufu*-Politik und -Haltung. Von 1787 bis 1793 wurde das Shogunat von Matsudaira Sadanobu (1758–1829) geleitet, einem Enkel Yoshimunes, der als Ratgeber Ienaris fungierte, solange der Shōgun noch nicht mündig war. Sadanobu war ein erbitterter Gegner der Politik Tanumas gewesen, und als er ans Ruder kam, begann er eine zweite energische Reform, der die Historiker den Namen der Kansei-Ära gegeben haben. Sadanobu wählte die Parole ›zurück zu Yoshimune‹, doch hatte seine Regierungsführung überwiegend negativen Charakter, da er finanzielle Kürzungen und die Einschränkung des Handels vertrat. Sie entbehrte somit der meisten nützlichen Aspekte der früheren Bemühung. Andererseits erwiesen sich wohl einige Maßnahmen für das Budget des Shogunats und für die Haus- und Bannerleute vorübergehend als vorteilhaft. Der Versuch jedoch, die Expansion der Handelswirtschaft des Landes zu hemmen, war fruchtlos und führte letzten Endes zur Schwächung der wirtschaftlichen Stellung der Samurai-Klasse.

Im Jahre 1793, als Ienari volljährig wurde, dankte Sadanobu ab, und der Shōgun nahm von da an die Politik selbst in die Hand. In den folgenden Jahrzehnten scheint die *bakufu*-Führung zu einer unproblematischen Routine geworden zu sein. Man dachte nicht länger an Einschränkung oder Überwachung des Handels, denn der Shōgun lieferte ein Beispiel freizügigen Geldausgebens. Die Folge war, daß das Shogunat politisch und finanziell geschwächt wurde, das Land als Ganzes jedoch in seinem wirtschaftlichen und kulturellen Wachstum einen bedeutenden Aufschwung erfuhr. Doch standen den sich mehrenden Zeichen kaufmännischen Wohlstandes Mangel und Not bei den Armen in Stadt und Land gegenüber. Neue und gefährliche Spannungen begannen sich in der Tokugawa-Gesellschaft bemerkbar zu machen.

Die Jahre nach 1830 bedeuteten für Japan den Beginn einer weiteren Krisenzeit, die finanziellen Bankrott an der Spitze des Staates und Armut in seinen untersten Schichten zur Ursache hatte. Mehrere Jahre der Hungersnot auf dem Lande brachten die Stimmung des Volkes auf den Siedepunkt, und wieder häuften sich die Bauernunruhen. Im Jahre 1837 begann ein kleinerer Beamter namens Ōshio Heihachirō (1792–1837), der den Vorsitz des Stadtmagistrats von

Ōsaka hatte und den das Elend der Armen der Stadt tief berührte, einen bewaffneten Angriff auf das Schloß von Ōsaka zu führen, um die Stadt unter seine Kontrolle zu bekommen und ihre Reichtümer unter die Armen verteilen zu können. Seine Rebellion zwang – obwohl sie rasch niedergeschlagen wurde – immerhin das *bakufu* und das Land einzusehen, daß die Lage kritisch geworden war. Inzwischen hatte das Auftauchen britischer und amerikanischer Schiffe in japanischen Gewässern erneut die Furcht vor einer Einmischung von außen hervorgerufen. Als Ienari starb, wurde unter dem zwölften Shōgun Ieyoshi (Regierungszeit 1837–1853) von dem *bakufu* ein letzter verzweifelter und erfolgloser Versuch einer Reform unternommen. Es waren dies die Maßnahmen der Tempō-Ära, die von Mizuno Tadakuni (1793–1851) geleitet wurden. Die Geschichte der Tempō-Reformen wird in einem späteren Kapitel behandelt werden, da sie den Beginn des letzten Abschnitts in der Geschichte der Tokugawa darstellen, einer Zeit, als das im siebzehnten Jahrhundert entstandene System sich schließlich als unzulänglich erwies. Zwischen 1853 und 1867, der Periode des Zusammenbruchs des *bakufu*, regierten drei Shōgune: Iesada (Regierungszeit 1853–1858), Iemochi (Regierungszeit 1858–1866) und Yoshinobu (oder Keiki; Regierungszeit 1866–1867, gest. 1913).

Dieses Bild der politischen Geschichte Japans ergibt sich, wenn man sie nach den Ereignissen im Mittelpunkt der nationalen Bühne beurteilt und sie unter dem Gesichtspunkt des Bemühens des Hauses Tokugawa betrachtet, die Führung der Geschehnisse des Landes in der Hand zu behalten. Doch die Regierungsgeschichte der Tokugawa hat noch andere Aspekte. Unter der Oberfläche des politischen Ringens gab es breitere Strömungen institutioneller Entwicklung, die die administrative Organisation und bürokratische Technik erfaßten und nicht einfach als Zeichen des Verfalls der Tokugawa-Dynastie abgetan werden können. Im Gegenteil: Die staatlichen Einrichtungen Japans durchliefen einen Reifungsprozeß, der sich für den späteren Aufstieg Japans als moderner Staat als bedeutsam erweisen sollte. Die wichtigsten Wendepunkte in diesem Prozeß fielen mit den politischen Krisenzeiten, die wir gerade behandelt haben, zusammen. Die Jahre nach 1720, als sich Yoshimune zum erstenmal dem hartnäckigen Problem der geistigen Erschlaffung und wirtschaftlichen Entwurzelung der Samurai gegenübergestellt sah, und die Jahre nach 1840, als die Krisenstimmung in Japan so groß war wie das Ausmaß der unlösbaren Probleme, mit denen das Land zu kämpfen hatte, stellen auch die beiden entscheidenden Perioden im Verlauf der institutionellen Entwicklung der Tokugawa-Zeit dar. Die dazwischenliegenden Phasen sind jedoch ganz anderer Art.

Gegen Mitte des siebzehnten Jahrhunderts hatte die Tokugawa-Regierung im Shogunat wie im *han* in groben Zügen ihre Form gefunden. Es bedurfte jedoch eines weiteren halben Jahrhunderts oder mehr, ehe der besondere Stil, der die ausgereifte Tokugawa-Verwaltung auszeichnete, vervollkommen war. Während der zweiten fünfzig Jahre der Tokugawa-Herrschaft füllten die politische

Entwicklung selbst und die philosophische Regierungsgrundlage den Rahmen aus, den die früher eingeführten Verwaltungsformen gegeben hatten. Die Entwicklung ging in der Hauptsache in zwei Richtungen vor sich: Es waren dies erstens die Anwendung neuer konfuzianischer Ideen auf die Staatsführung, um so die ›Herrschaft durch gütige Überredung‹ (*bunji-seiji*) zu verwirklichen, und zweitens der wachsende Trend zur Entpersönlichung der Administration und zum Leistungsprinzip in der Regierung, d.h. zur Bürokratisierung und Legalisierung. Diese Veränderungen sollten die Lebensweise, die Aufstiegsmöglichkeiten und die Bewertung und Berechtigung der *bushi*-Klasse stark beeinflussen.

Zu Beginn des siebzehnten Jahrhunderts waren die Samurai weitgehend eine Schicht rauher, wenig gelehrter Krieger, zu Ende des Jahrhunderts stellten sie eine ziemlich gebildete und kulturell verfeinerte Kaste dar, die sich der Probleme der Zivilverwaltung annahm. Dieser Wechsel der Lebensart der Samurai und ihrer Funktion in der Gesellschaft war von einer grundlegenden Änderung der Prinzipien, nach denen die Samurai ihre Herrschaft ausübten, begleitet. Solange eine echte militärische Bedrohung bestand, konnten die Samurai, in erster Linie Krieger und nur zeitweilig Verwaltungsbeamte, mit der keinen Widerspruch duldenden Souveränität, die ein Gebot des Krieges war, regieren. Im Frieden war jedoch mehr als Gewaltandrohung nötig, um ihre Herrschaft zu rechtfertigen. Hierfür zog die Tokugawa-Regierung die ethischen Grundsätze des Konfuzianismus heran.

Der Vorstellung von der Herrschaft durch gütige Überredung lagen zwei Prinzipien zugrunde: man bestand auf Studium und militärischer Ausbildung (*bun- bu*) zu gleichen Teilen im persönlichen Leben der Samurai und führte die humane Regierung (*jinsei*) in der Praxis ein. Die Samurai mußten seit der erstmaligen Verkündung der *buke shohatto* im Jahre 1615 ihre Aufmerksamkeit gleichmäßig auf die militärische Ausbildung wie auf das Studium richten. Eine große Zahl konfuzianischer Gelehrter, angefangen mit Yamaga Sokō (1622–1685), vertraten die Auffassung, daß die Samurai die auserwählten Führer der Gesellschaft seien und die Pflicht hätten, sie zu schützen, zu leiten und ihr mit gutem Beispiel voranzugehen. Bushidō fußte auf einer dynamischen Spannung zwischen zwei im Grunde unvereinbaren Wertsystemen: der alten Überlieferung, daß der *bushi* ein kriegerischer Mann der Tat sein müsse, und der neuen Vorstellung vom Herrscher als Edelmann. Diese Spannung hielt während der ganzen Tokugawa-Zeit an. Die Samurai blieben die ›Zwei-Schwerter-Klasse‹, und die Tokugawa-Regierung handelte weiter so, als könnten ihre Angehörigen wechselweise für den Zivil- und Kriegsdienst eingesetzt werden. In der Praxis jedoch wurde der militärischen Funktion wenig Bedeutung beigemessen, und sie wurde zur Routine. In dem *bushi*-Kodex rangierte *bun* (Gelehrsamkeit) vor *bu* (militärischen Künsten), und obwohl es für die, die sich ein Gewissen daraus machten, damals Mode war, den Verlust kriegerischer Stärke bitterlich zu beklagen, legten das Shogunat und die Daimyō-Geschlechter durch ihre

Maßnahmen das Hauptgewicht auf Gesetz und zivile Ordnung. Im Jahre 1663 wurde daher die Sitte, »seinem Herrn in den Tod zu folgen« (*junshi*), als barbarisch und gesetzwidrig erklärt. Im Jahre 1702 hielt man in dem berühmten Fall der 47 *rōnin* am Vorrang des zivilen Gesetzes vor dem Kriegsrecht der Rache fest. Gefühlsmäßig stand das ganze Land sofort auf seiten der loyalen *rōnin*, die in die Residenz eines Daimyō in Edo eingedrungen waren, um eine ihrem Herrn zugefügte Schmach zu rächen. Die Frage, ob sie wegen ihres für Krieger beispielhaften Verhaltens gelobt oder wegen ihrer Übertretung des Gesetzes des Shogunats bestraft werden sollten, spaltete das Shogunat und sogar die gebildeten konfuzianischen Gelehrten dieser Zeit. Aber die Neigung, dem Gesetz Priorität zu geben, überwog. Die 47 mußten *seppuku* begehen und wurden dadurch zu Nationalhelden.

In dem Maße, in dem sich die Betonung der Gelehrsamkeit vorteilhaft auf die Verhaltensweise der *bushi* auswirkte, erwies sich auch das Prinzip der *jinsei* als nützlich, ja notwendig, da sie die Umstellung von der militärischen absoluten Herrschaft auf die Regierung in Friedenszeiten erleichterte und das Tokugawa-Regime philosophisch rechtfertigte. Indem man die Voraussetzung anerkannte, daß die Daimyō das Land so regieren mußten, als ob das Volk »ein ihnen vom Himmel an vertrautes Gut« sei, wurde den Behörden eine moralische Verpflichtung auferlegt, die den Absolutismus der Tokugawa-Beamten milderte und sie die Notwendigkeit der Verantwortlichkeit im Amt einsehen ließ. Als herrschende Schicht erwiesen sich die Samurai bei der Verwaltung des Landes in der Tat als bemerkenswert tüchtig und unbestechlich.

Daß man sich mehr und mehr bürokratischer Verwaltungsmethoden bediente, war eine natürliche Folge davon, daß die administrativen Aufgaben immer mannigfacher und die feudalistischen Bindungen innerhalb der Gesellschaft schwächer wurden. Zugrunde lag dem ganzen Prozeß die Umwandlung des Status des Samurai von dem eines belehnten Vasallen zu dem eines besoldeten Beamten, vor allem in den unteren Schichten. Die Beziehung des Shogun zu den Daimyō, besonders den *tozama* und *shimpan*, sollte sich wenig ändern. Sie blieben Vasallen im feudalistischen Sinn. Anders jedoch die *fudai*, sie wurden in zunehmendem Maß auf einer unpersönlichen Basis als Beamte des Shōgun behandelt. Ständig von einem Daimyat ins andere versetzt, hing ihre Bedeutung für das Shogunat von dem jeweiligen Amt ab, das sie innehatten. Der Eid der Gefolgschaftstreue wurde immer mehr bloße Gewohnheit, während der Amtseid Gewicht hatte und oft persönlich abgenommen wurde.

Die Entwicklung zur Unpersönlichkeit in der Verwaltung zeigt sich am deutlichsten in den Daimyaten. Als die Daimyō als stellvertretende Oberhäupter ihrer *han* eingesetzt wurden, verlor die Bindung zwischen Daimyō und Gefolgsmann ihren persönlichen Charakter, und gleichzeitig nahm die absolute Macht der Daimyō wieder zu. Die Daimyō waren eifrig bemüht, ihre Samurai-Gefolgsleute von ihrem Landbesitz abzuschneiden und sie alle ohne Ausnahme zu besolden. Im Jahre 1800 zahlten mehr als 90% der *han* sämtlichen

Gefolgsleuten Sold (*hōroku*) und hatten das Lehenssystem (*chigyōchi*) gänzlich abgeschafft. Die Samurai wurden im wesentlichen zu einer Beamtenschaft, der Gehalt gezahlt wurde und die in wachsendem Maße auf den militärischen und administrativen Dienst, vor allem in der Burgstadt, die der Sitz ihres Herrn war, angewiesen war.

Das Gewicht, das auf das Amt und die Befähigung zur Verwaltung gelegt wurde, führte zu weiteren Modifizierungen des anfangs von rein militärischen Gesichtspunkten bestimmten Systems, nach dem die Wahl für eine Position getroffen wurde. Die traditionelle japanische Form der Elitesgesellschaft, in der der Status erblich, aber die Berufung in eine Stellung innerhalb einer begrenzten Ranggruppe variabel war, erwies sich für die Bedürfnisse einer sich entwickelnden Bürokratie als nicht ausreichend. Im *bakufu* wurde die Sitte der ›zusätzlichen Gehälter‹ (*tashidaka*) erstmals von Yoshimune eingeführt, um fähigen Männern mit niedrigem Grundsold (und von niedrigem Status) den Zugang zu höheren Ämtern zu ermöglichen. Während es von Inhabern der höchsten Positionen erwartet worden war, daß sie zur Erfüllung der Amtsaufgaben ihre eigenen Hausleute heranzogen, wurden nun allmählich auch echte Gehälter und Fonds für amtliche Ausgaben geschaffen. Diese Neuerungen nahmen viele bürokratische Erfordernisse der modernen Regierung voraus.

Natürlich erwiesen sich diese Änderungen letztlich nicht als ausreichend, um den Problemen zu begegnen, vor die sich Japan im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert gestellt sah. Die Samurai-Regierung behielt bestimmte Schwächen, für die sie keine Abhilfe schaffen konnte. Die Klasse der Samurai selbst, etwa fünf bis sieben Prozent der Gesamtbevölkerung Japans, war ein Relikt aus den Tagen der Bürgerunruhen und unablässigen Kämpfe. Ihre Zahl war weit größer als die der vom Shogunat benötigten Stellen, und die Folge war eine starke Überbesetzung im Shogunat und in den *han* auf beinahe allen Ebenen. Die Methode, ein Amt mehrfach zu vergeben und die Verantwortung zu teilen, verschlimmerte diese Situation nur. Vor allem aber stützte sich die Regierung der Samurai ganz auf Präzedenzfälle und auf ihre Machtbefugnis, so daß sie unfähig war, Änderungen vorzunehmen. Autoritär und bürokratisch unbeweglich, wurde sie durch den Formalismus, der keine Möglichkeit offenließ, größere politische Neuerungen einzuführen, schwer belastet. Im Innern vor wirtschaftliche und soziale Probleme gestellt und – nach 1800 – angesichts einer neuen Bedrohung von außen, erwies sich das System als den Anforderungen nicht gewachsen. Innerhalb der Grenzen jedoch, die sich das Tokugawa-System selbst gesteckt hatte, hatte es einen bemerkenswerten Grad von Reife erlangt.

IV. Wirtschaftliches Wachstum und die Probleme der Landwirtschaft und des Handels

Die Tokugawa-Behörden standen keinem der internen Probleme, die sich ihnen stellten, in der Theorie wie in der Praxis so ratlos gegenüber wie denen, die die

Wirtschaft aufwarf. Es mag wohl sein, daß wenige Regierungssysteme von der wirtschaftlichen Lage so abhängig waren wie Japan unter den Tokugawa, denn es kam selten vor, daß eine Gesellschaft von der Außenwelt so abgeschnitten oder in sich so starr strukturiert war wie damals die japanische. Japan aber mußte vom Beginn der Isolationsperiode an auf dem wirtschaftlichen Sektor einen heftigen Kampf zwischen Agrarwirtschaft und Handel, zwischen Land und Geld erleben. Verschärft wurde der Kampf durch die Einführung einer Wirtschaftspolitik, die den Außenhandel und die Differenzierung im Innern gerade zu der Zeit einschränkte, als die Wirtschaft neue Möglichkeiten der Expansion und der Kontaktaufnahme mit dem Ausland hatte.

In wenigen Bereichen der Tokugawa-Politik war die Diskrepanz zwischen dem Vorbild, nach dem sich der Verwaltungsbeamte ausrichtete, und der tatsächlichen Situation, die seine Aufmerksamkeit erforderte, deutlicher als in der Wirtschaft. Die Vorstellung, die sich die Tokugawa-Verwalter vom idealen Wirtschaftsleben machten, beruhte auf den Erfahrungen der Daimyō im sechzehnten Jahrhundert und den neuen konfuzianischen Erkenntnissen des siebzehnten Jahrhunderts. Sie sah folgendermaßen aus: eine im wesentlichen agrarische Wirtschaft, in der der Handel auf ein Minimum beschränkt wurde, eine Gesellschaft, in der die Samurai regierten, die Bauern produzierten und die Kaufleute als Verteiler von Waren fungierten. Aber selbst zu Beginn der Tokugawa-Zeit war dieses Wunschbild nicht länger haltbar. Das Anwachsen des Handels und der handwerklichen Produktion, das auf die Aktivität der Bewohner der neuen Städte zurückging, ließ es beinahe sofort veralten. Vor allem aber wurde es deshalb anachronistisch, weil die Samurai, nachdem sie nicht mehr an Grund und Boden gebunden waren, Städter geworden waren, die sich in den Burgstädten der Daimyō konzentrierten. Die urbane Lebensweise, die – um mit Ogyū Sorai zu sprechen – die gesamte Klasse der Samurai zwang, »wie in einem Gasthof« zu leben, wurde ferner dadurch gefördert, daß sich Edo zu einem Wohnzentrum der Daimyō und vieler ihrer Gefolgsleute entwickelte.

Dennoch zeigte sich die Unzulänglichkeit einer Wirtschaftspolitik, die die Landwirtschaft auf Kosten des Handels und der Industrie förderte, nicht sogleich. Während der ersten hundert Jahre oder mehr erwies sich eine Expansion der Feldwirtschaft als möglich und gab somit wirtschaftlichem Wachstum einen gewissen Raum. Als der ›Große Friede‹ der Tokugawa gesichert war, konnte die Regierung ihre Aufmerksamkeit auf landwirtschaftliche Neuerungen und die Erweiterung der Landbasis richten. Auf Anregung der Daimyō und des *bakufu* wurden in ganz Japan Projekte zur Urbarmachung von Neuland durchgeführt, so daß das im Jahre 1597 auf insgesamt 18,5 Millionen *koku* veranlagte bebaute Land im Jahre 1700 bis auf 25,8 Millionen *koku* angewachsen war. Danach fiel die Zuwachsrate beträchtlich, doch verfügte Japan im Jahre 1832 immerhin über 30,4 Millionen *koku* Land.

Das wirtschaftliche Wachstum auf dem Sektor der Landwirtschaft ließ sich jedoch nicht nur an dem Umfang des veranlagten Bodens ablesen. Die

Produktion selbst stieg, da Werkzeuge und Saatgut verbessert und häufiger Zugtiere eingesetzt wurden und für Pflüge und Hacken mehr und mehr Eisen verwendet wurde. Auch Düngemittel standen in zunehmendem Maße zur Verfügung, da die Japaner Fisch und vegetabilische Erzeugnisse besser auszuwerten und den Inhalt der Kloaken in den Städten zur Anreicherung der Erde zu benutzen begannen. Die Landstriche, in denen zweimal geerntet wurde, nahmen enorm zu. Alles in allem schätzt man, daß sich in den Jahren zwischen 1600 und 1730 die Getreideerzeugung verdoppelte. All dies wurde jedoch nicht durch Herumprobieren oder aufgrund der zufälligen Ausbreitung bäuerlicher Erkenntnisse erreicht. Wenn Bücher über den Ackerbau wie Miyazaki Anteis *Nōgyō Zensho* (*Der perfekte Landwirt*, 1697) umliefen, so zeigt das, daß ein gezielter Versuch gemacht wurde, technische Verbesserungen einzuführen. Die agrarische Basis Japans im achtzehnten Jahrhundert war wahrscheinlich ebenso leistungsfähig und produktiv wie die irgendeines anderen Landes in Asien.

Auch beschränkten sich die dörflichen Erzeugnisse nicht auf Getreide für den Eigenbedarf. In vielen Teilen Japans wurde Reis bereits für kommerzielle Zwecke angebaut. Baumwolle, Tee, Hanf, Zuckerrohr, Maulbeerbäume, Pflanzen zur Indigogewinnung und Tabak wurden vor allem für den Handel gezogen, und zwar in solchem Ausmaß, daß die Behörden dagegen vorgehen mußten, daß man für sie die steuerbringenden Reisfelder verwendete. Nebenher wurde Bauholz behauen, wurden Papier, getrocknete Meeresprodukte und Salz hergestellt und im Norden Japans Pferde und in Zentraljapan Vieh gezüchtet: die landwirtschaftliche Entwicklung erstreckte sich somit auf die verschiedensten Gebiete.

In den Jahren nach 1720 jedoch sah sich die Regierung vor eine Vielzahl von Agrarproblemen gestellt. Das grundlegende Problem, das alle anderen nach sich zog, war das der Bevölkerung in ihrem Verhältnis zu den produzierten Nahrungsmitteln. Japan kann gut als klassisches Exempel für das Malthussche Prinzip der Beziehung zwischen Bevölkerung und Ernährungsmöglichkeiten dienen. Die Bevölkerungsziffer scheint sich nämlich ziemlich genau entsprechend dem Umfang des bebauten Landes und der veranschlagten Reisproduktion geändert zu haben. Zwischen 1600 und 1721, als die erste genaue Zählung durchgeführt wurde, dürfte die japanische Bevölkerung ungefähr um fünfzig Prozent zugenommen haben. Wenn man die Mitglieder der Samurai-Klasse miteinbezieht, dürfte ihre Zahl im Jahre 1721 wahrscheinlich 30 Millionen erreicht gehabt haben. Danach zeigt die Statistik, daß die Größe der Bevölkerung konstant blieb, wenn diese auch gegen Mitte des neunzehnten Jahrhunderts möglicherweise auf etwa 32 Millionen angewachsen war. Weshalb die japanische Bevölkerung nicht weiter zunahm, während sich die chinesische mit phantastischer Schnelligkeit vermehrte, ist schwer zu erklären; es hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß viele Gruppen der japanischen Bevölkerung gerade das Existenzminimum zum Leben hatten. Hungersnöte, die Jahren der Dürre und Mißernte folgten, hatten verheerende Konsequenzen.

Zeiten besonders schlechter Ernten waren die Jahre 1675, 1680, 1732, 1783/84, 1787 und 1836/37; sie brachten etwa zwanzig große Hungersnöte mit sich. Die im Jahre 1732 soll 1,6 Millionen Menschen in Westjapan an den Rand des Verhungerns gebracht haben. Sowohl das *bakufu* wie die Daimyō-Behörden taten, was in ihrer Macht stand, um die Not zu lindern – gewöhnlich, indem sie an die Armen Reis verteilen ließen. Ganz sicher waren die Hungersnöte jedoch ein Faktor, der das Anwachsen der Bevölkerung hemmte. Es ist bekannt, daß die Bevölkerung auch freiwillig, besonders durch Kindermord (euphemistisch *mabiki*, d.h. ›Ausdünnung‹ genannt), reduziert wurde, doch in welchem Ausmaß, ist schwer zu sagen.

Ein Beweis, daß die Bauern litten und unzufrieden waren, sind die zahlreichen ›Bauernaufstände‹ (*hyakushō ikki*), die in der Tokugawa-Zeit vorkamen. Insgesamt sind ungefähr 1600 solcher Erhebungen aufgezeichnet, doch waren viele relativ klein, durch besondere Mißstände hervorgerufen. Nach 1700 jedoch mehrten sich die Massenproteste. Oft marschierten die Bauern eines ganzen Gebiets gegen die Burg des Daimyō, um gegen eine neue Abgabe oder die Erhöhung der Steuerquote Einspruch zu erheben. Im Jahre 1764 drangen zum Beispiel die Einwohner zweier Provinzen, Musashi und Kōzuke, nach Edo vor, um sich über eine Sondersteuer, die für die Finanzierung der Wallfahrt des Shōgun nach Nikkō erhoben worden war, zu beschweren. Gegen Ende des Jahrhunderts nahmen solche Proteste einen mehr zerstörerischen Charakter an. Man brach häufig die Wohnungen reicher bäuerlicher Geldverleiher oder die Speicher von Reishändlern auf. Solche Gewaltaktionen (*uchikowashi*) waren auch in den Städten bald keine Seltenheit mehr, als mehr und mehr Arme vom Land in die Städte abwanderten.

Ob man alle diese Zeichen der Unzufriedenheit der Bauern als die Folge schlechter Verwaltung und der blinden Entschlossenheit der Samurai-Regierung, aus den Dörfern mehr Steuern herauszupressen, erklären soll, läßt sich schwer entscheiden. Es steht nämlich fest, daß auch andere Faktoren dazu beitrugen. Die komplexen Einflüsse, denen die Bauernschaft durch die zunehmende Kommerzialisierung der dörflichen Wirtschaft ausgesetzt war, sollten zahlreiche Spannungen, besonders aufgrund der ungleichmäßigen Verteilung von Reichtum und Privilegien, hervorrufen. Das Anwachsen von Pachtbesitz in den Dörfern der Tokugawa-Zeit und die Scheidung in Arme und Reiche auf dem Land waren Symptome tiefer liegender Änderungen.

Obwohl die Tokugawa-Gesetze rigoros und ausdrücklich festlegten, daß Reisland nicht veräußert und Güter nicht aufgesplittert werden durften, bestand während der ganzen Tokugawa-Zeit der Trend, daß das Land in den Besitz einiger weniger reicher Mitglieder der dörflichen Gesellschaft überging. Besitzübertragungen wurden oft als ›Dauerpfandverschreibungen‹ verkleidet, aber auch der Erwerb großer Ländereien durch Urbarmachung wurde ganz legal, da Neuland mit offizieller Unterstützung erschlossen wurde. Da überdies dem *mura*, nicht dem einzelnen, Steuern auferlegt wurden, waren die Behörden

nicht gezwungen, sich in kleinere Eigentumsverschiebungen innerhalb der Dorfgemeinschaften einzumischen.

Das Auftreten einer wohlhabenden Bauernschicht wirkte sich unvermeidlich auf die soziale und wirtschaftliche Situation des Dorfes aus. Überschüssige Erträge führten zu zahlreichen Nebenbeschäftigungen wie dem Geldverleih oder der Herstellung von *sake*, *shōyū* (Sojasoße) oder Textilien, während die wirtschaftliche Vielseitigkeit Veränderungen in der Familienstruktur zur Folge hatte. Wohlhabende Dorfbewohner begannen aus der dörflichen Tradition auszubrechen, indem sie sich nicht mehr auf das ausgedehnte Familiensystem stützten, das in der Vergangenheit die Arbeitskraftreserve dargestellt hatte, sondern statt dessen gedungene, d.h. Kontraktarbeiter beschäftigten. Familien ohne Landbesitz wurden Pachtbauern oder Lohnarbeiter in den Dörfern oder Städten. Die Dorfgesellschaft begann sich somit in zwei Schichten zu scheiden: eine kleine Gruppe wohlhabender, zum Teil Handel treibender Geschlechter an der Spitze, und unter ihnen das Gros der Pächter, der nur zeitweiligen Bauern und der Arbeiter. Die unterschiedliche Entwicklung der Tokugawa-Wirtschaft, in der die finanziell Minderbemittelten die Lage wohl unerträglich finden konnten, mag erklären helfen, weshalb Zeichen der wachsenden Marktfähigkeit der Landwirtschaft und des Überflusses gleichzeitig mit den zahlreichen Bauernaufständen auftreten konnten.

Zeichen des Überflusses gab es viele. Die dörfliche Gesellschaft hatte stets ihre eigene interne soziale und wirtschaftliche Hierarchie besessen. Von Anfang an gab es in jedem Dorf Familien, die außergewöhnlich wohlhabend waren, oft Nachkommen von Samurai oder Familien, die zur Zeit der Taikō-Landvermessung Samurai-Status hätten anstreben können. Mit der Zeit kamen zu diesen andere, die ihren Reichtum erst in jüngerer Zeit erworben hatten. Zusammen stellten diese Geschlechter eine dörfliche Oberschicht dar, die oft sehr gebildet war, engen Kontakt mit der Samurai-Beamtschaft hatte und an dem kulturellen Geschehen in der Burgstadt oder den Großstädten teilhaben konnte. Schließlich entwickelte die ländliche Gesellschaft so etwas wie ein eigenes höheres kulturelles Leben und vermochte starke Führer in der Lokalverwaltung und in der Wirtschaft zu stellen.

Dennoch wurde vieles, was sich in den Dörfern herausbildete, von den Samurai-Beamten als unerwünscht betrachtet. Alles, was im Leben der wohlhabenden Dorfbewohner auf Überfluß hindeutete, wurde als Zeichen dafür aufgefaßt, daß sie die Grenzen, die dem Bauernstand gezogen waren, überschritten hatten. Man glaubte, der vermehrte Reichtum auf dem Land spiegele einen Verfall der Moral sowohl der Samurai wie der Bauern. Die größeren ›Reformen‹, die das Tokugawa-*bakufu* versuchte, überschütteten die Bauernschaft mit Gesetzen gegen den Aufwand und Verboten, das Land zu verlassen, während konfuzianische Gelehrte darauf drangen, zu dem bäuerlichen Ideal zurückzukehren.

Die ganze Tokugawa-Zeit hindurch hielt sich die sehnsüchtige Vorstellung von einer Gesellschaft, in der die Samurai zusammen mit den Bauern das einfache, erdverbundene Leben führen würden. Kumazawa Banzan (1619–1691) stellte es so dar: Wenn erst die Stände der Samurai und der Bauern wieder zu einem verschmolzen wären, würden die Samurai ihre kriegerische Gesinnung und ihr Empfinden für Einfachheit zurückgewinnen. Sie könnten bereits von einem Teil des Reises leben, den sie nun zu verbrauchen begonnen hätten. Der Bauernschaft würde dadurch die Last der Besteuerung von den Schultern genommen, sie würde wieder unter die direkte väterliche Aufsicht der Samurai kommen und würde ebenfalls zufriedengestellt. Diese ›Zurück-zu-Mutter-Erde‹-Politik wurde häufig verkündet und gelegentlich sogar von Daimyō, deren Hausleute in extremen finanziellen Schwierigkeiten waren, ausprobiert. Doch die Entwicklung in Japan ging stetig in die entgegengesetzte Richtung – zur wirtschaftlichen Verflechtung und Kommerzialisierung.

Eine der augenfälligsten Änderungen im Japan der Tokugawa war das allgemeine Ansteigen des Lebensstandards der vier Klassen. In der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts ließen sich überall bessere Wohnungen, Kleider, Speisen, Schulen und Möglichkeiten der Unterhaltung feststellen, und das wiederum zeigte in der einen oder anderen Form die Ausbreitung des Handels und das Überhandnehmen der Geldwirtschaft. Wenn auch vom traditionellen Standpunkt aus der Trend zum ›Luxus‹ als wenig wünschenswert angesehen wurde, so war die Klasse der Samurai in ihrer nüchternen Art doch nur allzu bereit, die Kaufleute für eine Vielzahl von Diensten in Anspruch zu nehmen. Vom Beginn bis zum Ende der Tokugawa-Periode stand die offizielle Theorie, die den Handel schmähete, im Widerspruch zu der allseitig geübten Praxis, in der die Notwendigkeit der Handelstätigkeit in der Wirtschaft anerkannt wurde.

Die soziale und wirtschaftliche Stellung des Kaufmanns im Tokugawa-System spiegelte in vieler Hinsicht die Tatsache wider, daß weder die konfuzianische Lehre noch das japanische Gesetz es dem Kaufmannsstand möglich gemacht hatte, unabhängig zu werden. Vor allem war den Kaufleuten der freie Zugang zum Außenhandel verwehrt, und die Regierung nahm weitgehenden Einfluß auf die Herstellung und Verteilung von unentbehrlichen Gütern. Aus wirtschaftlicher Sicht gesehen, stellte die Abschließung nur den letzten Schritt in dem Bemühen der Tokugawa dar, die Daimyō nicht an den Gewinnen aus dem Außenhandel teilhaben zu lassen. Die wichtigste Methode wirtschaftlicher Überwachung, die den *bakufu*-Beamten bekannt war, war die Monopolisierung: Sie kontrollierten sogar die Bergwerke des Landes strikt und monopolisierten so die Münzherstellung der Nation. In den *han* wurden dieselben Techniken angewandt, denn die Daimyō versuchten ihren Handel mit Ōsaka auf einer ähnlichen Monopolbasis durchzuführen.

Die Theorie, von der die Regierung das Recht herleitete, sich in Handelsunternehmungen einzumischen, entstammte der konfuzianischen Lehre,

die aufgrund der Ansicht, daß der Kaufmann als ›Transporteur von Waren‹ unproduktiv sei, ihm den niedrigsten Rang von den vier Klassen zusprach. Von jeher hatte die feudalistische Aristokratie Geldangelegenheiten als schmutzig und unter der Würde eines Samurai erachtet, so wie in Europa im Mittelalter Wuchergewinne diskreditiert wurden. Die Tätigkeit der *chōnin*, Gewinnsicherung und Anhäufung von Kapital, wurde daher nicht verstanden und war verdächtig. Der japanische Kaufmann der Tokugawa-Zeit war somit willkürlichen Akten der Regierung wesentlich mehr ausgesetzt als der europäische. Andererseits wurden seine Gewinne niemals so systematisch besteuert.

Obwohl der Samurai die Lebensweise des Kaufmanns verachtete, wurde er im täglichen Leben von seinen Diensten überaus abhängig. Zu einem »Leben wie in einem Gasthof« in den Burgstädten gezwungen, war der Samurai auf den *chōnin* angewiesen, der die Kluft zwischen Stadt und Land überbrückte. Vom Beginn der Tokugawa-Zeit an nahmen das Shogunat und die Daimyō daher eigens Kaufleute zu ihrer Versorgung (*goyō-shōnin*) in ihren Dienst. Viele von diesen waren sogar ehemalige Samurai, die sich während der Jahre des Bürgerkrieges auf den Handel mit bestimmten Waren (oft militärischen Bedarfsartikeln) spezialisiert hatten. In den neuen Schloßstädten wurden dicht unter den Mauern der Burg des Daimyō Kaufmannsviertel angelegt. Hier kam der Kaufmannsstand zur Ruhe – einerseits gefördert, um für die Befriedigung der Bedürfnisse der Samurai-Behörden zu sorgen, andererseits von den Beamten des Daimyō strengen Bestimmungen unterworfen und von der Teilnahme an den Regierungsgeschäften des Daimyats bzw. des Reiches strikt ausgeschlossen. Dieser Wirkungskreis, der auf den ersten Blick so beschränkt und unsicher erscheint, hatte jedoch seine Vorteile, denn wenige Kaufmannschaften in Ostasien vermochten einen so wichtigen Platz in der Volkswirtschaft einzunehmen.

Da der Kaufmann unter den Tokugawa niemals wirklich frei war, machten *chōnin* als Händler und Agenten für die Behörden Karriere. In der Praxis entstand auf diese Weise so etwas wie ein Bündnis zwischen den Kaufleuten und der Regierung, wie sich aus dem Auftreten von Gilden und lizenzierten Genossenschaften ersehen läßt. Von Anfang an hatte das *bakufu* eine Reihe von Gilden (*za*), die bestimmte Monopole wie das des Seidenfadens und des Goldes besaßen, anerkannt. Unter Tanuma wurden später Monopolgesellschaften für den Handel von Silber (*ginza*), Kupfer, Kalk und Pflanzenöl gegründet. Private Schutzorganisationen wurden vom *bakufu* zuerst verboten, doch entstanden vor dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts die zehn Großhandelsgilden in Edo (*Tokumi-donya*) und die vierundzwanzig Gilden von Ōsaka. Im Jahre 1721 begann Yoshimune damit, Handelsgenossenschaften (*kabu-nakama* genannt) zu lizenzieren, und unter Tanuma wurde diese Praktik in noch größerem Umfang angewandt. Solche Waren- oder Handelsorganisationen wurden von der Regierung verpflichtet, die Preise zu stabilisieren und eine hinreichende

Verteilung der Handelsgüter zu garantieren; außerdem mußten sie jährlich Lizenzgebühren (*myōga-kin*) bezahlen. Als Gegenleistung wurden sie offiziell anerkannt und erhielten einen gewissen Schutz.



© Abb. 17: Nihonbashi, das Zentrum des Kaufmannsviertels in Edo, nach einem Holzschnitt Hiroshiges

Die gegenseitige Abhängigkeit der Samurai und der Handelshäuser wurde besonders groß, als schließlich kommerzielle und finanzielle Transaktionen zwischen den Territorien des Shōgun und der Daimyō vorgenommen wurden. Auf dem Land kauften dort ansässige Großhändler (*nakagai*) Waren von den Dörfern auf, um sie in den Burgstädten oder in den Entrepots des Landes, Ōsaka und Edo, zu verkaufen. In den Hauptstädten der *han* übernahmen einige Handelshäuser die Aufgabe, Waren und Reis per Schiff zu den Residenzen der Daimyō in Edo zu bringen, andere, sie nach Ōsaka zum Tausch zu transportieren. Solche mittleren Großhändler, die gewöhnlich *tonya* genannt wurden, durften auch in eigener Regie mit den bedeutenden Großhandelsgilden von Ōsaka und Edo Handel treiben. Der Bedarf an Finanzleuten, die die *han* in den Handelsstädten vertraten, führte bald zur Gründung von daimyatseigenen Lagerhäusern (*kura-yashiki*), die von Daimyatsvertretern (*kuramoto*) verwaltet wurden. Zuerst wurden Hausleute der Daimyō zu solchen Verwaltern ernannt, aber später wurden mehr und mehr wohlhabende und finanzwirtschaftlich

einflußreiche Geschäftsleute aus Ōsaka dafür ausgewählt. Ebenfalls in zunehmendem Maße monopolisierten die *han* den Verkauf ihrer eigenen lokalen Erzeugnisse, indem sie ihn Handelsorganisationen, die eine besondere Lizenz erhielten, übertrugen; zudem kontrollierten sie die Tauschaktionen zwischen den *han*-Hauptstädten und Ōsaka oder Edo. Größere *han* begannen Reis- oder Silberzertifikate zu verwenden, die innerhalb der Grenzen des *han* zum legalen Zahlungsmittel erklärt wurden, so daß nur bei Handelstransaktionen mit Ōsaka oder Edo eine echte Zahlung erfolgte. Um solche Maßnahmen, die den Handel und das Finanzwesen unter Kontrolle hielten, durchzuführen, errichteten sie in der Daimyatshauptstadt besondere Agenturen oder Faktoreien (*kaisho*), die ein weiteres Bindeglied in der ›Interessengemeinschaft‹ der Samurai und der Kaufleute darstellten.

Aus all diesen Entwicklungen läßt sich ersehen, daß allmählich eine einheitliche Volkswirtschaft entstand, die Ōsaka und Edo als Zentren hatte und den Warenaustausch zwischen den *han* und den weit ausgedehnten Territorien des Shōgun einschloß. Ōsaka und Edo wurden der Sitz von Bankhäusern (*ryōgae*) und Reis- und Warenbörsen. An der Reisbörse von Dojima in Ōsaka wurden Termingeschäfte abgewickelt, und sie konnte Einfluß auf den Reispreis im ganzen Land nehmen. Um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts gab es in Ōsaka über 130 *han*-Warenspeicher, und annähernd eine Million *koku* Reis flossen jährlich in seine Lager. Unter diesen Umständen wurde die Samurai-Klasse von den Finanzleuten immer abhängiger: das Shogunat von seinen Münzmonopolgesellschaften und großen Bankiers, die *hatamoto* von Geldwechslern (*fudasashi*), die für sie ihren in Reis gezahlten Sold zu Geld machten, und die Daimyō von den Verwaltern ihrer Speicher in Ōsaka und Edo. Die Handelshäuser andererseits mußten notwendigerweise zu einer mächtigen Gruppe von Gläubigern werden, da sie an beinahe jeder finanziellen Transaktion der regierenden Schicht Anteil hatten.

Die Kaufmannschaft der Tokugawa-Zeit durchlief in ihrem Aufstieg zu wirtschaftlicher Macht bestimmte Entwicklungsstadien. In den frühen Jahren waren die bedeutenden Kaufleute diejenigen, die vom Shōgun und den Daimyō besonders gefördert wurden, die ›Haus-Kaufleute‹ (*goyō-shōnin*). Im achtzehnten Jahrhundert war dann in Ōsaka und Edo eine Reihe großer Handelshäuser entstanden, von deren verschiedenartigen Unternehmungen Geldverleih und Geldwechsel die wichtigsten waren. Im neunzehnten Jahrhundert hatten sich Häuser, die sich hauptsächlich des Gewerbes und der Heimindustrie annahmen, zu etablieren begonnen. Das Wachstum des Handelskapitals zeigt sich an der Schätzung, daß es im Jahre 1761 in Japan über zweihundert Handelshäuser gab, deren Kapital auf jeweils über 200000 Gold-*ryō* veranschlagt wurde. (Ein *ryō* entsprach ungefähr einem *koku* Reis.) Am Gesamtkapital gemessen waren die großen Kaufleute somit der Mehrzahl der Daimyō ebenbürtig geworden.

Die meisten der einflußreichen *chōnin*-Geschlechter, die sich bis zur Neuzeit halten sollten, bestanden schon um die Mitte der Tokugawa- Zeit. Der Gründer

des Hauses Mitsui begann in den Jahren nach 1620 als *sake*-Brauer in der Provinz Ise. Später wandte er sich dem lokalen Geldverleih gegen hohe Zinsen und dem Wechselgeschäft von Reis gegen Geld zu. Im Jahre 1673 zog sein Sohn nach Edo und richtete einen Kurzwarenladen, den Echigoya, ein. Um 1680 herum besaß das Haus bereits Zweigstellen in Kyōto und Ōsaka und war ins Börsengeschäft eingestiegen. In den Jahren nach 1690 wurde das Haus Mitsui Finanzagent des Shogunats und der Kaiserfamilie, außerdem betreute es noch mehrere Daimyō. Zu dieser Zeit verfügte es auch schon über ein weites Netz von Großhandelsgesellschaften, für die seine Geschäfte den Absatzmarkt darstellten. Zur raschen Nachrichtenübermittlung hatte es zwischen Ōsaka und Edo einen Kurierdienst aufgebaut und sogar begonnen, Grundbesitz zu erwerben, indem es großangelegte Unternehmungen zur Neulandgewinnung finanzierte. – Die Kōnoike waren am Anfang ebenfalls *sake*-Brauer in der Nähe von Ōsaka, in der Provinz Settsu, gewesen. Im Jahre 1616 zog der Gründer des Hauses nach Ōsaka, um sich dem Schifftransport und dem Geldverleih zuzuwenden. Um 1650 waren die Kōnoike ein bedeutendes Bankhaus geworden und dienten verschiedenen Daimyō als *kuramoto*. Nach 1690 lagen die Finanzgeschäfte von beinahe vierzig Daimyō in Händen dieser Familie. Die Entlohnung solcher Dienstleistungen allein soll sich auf 10000 *koku* Reis jährlich belaufen haben – ein Betrag, der höher war als das Einkommen, das den meisten der sie beschäftigenden Daimyō zur Verfügung stand. Von da an beteiligten sich die Kōnoike auch an den Unternehmungen zur Neulandgewinnung. – Die Sumitomo fingen als Drogen- und Eisenwarenhändler in Kyōto an. In den ersten Jahren der Tokugawa-Zeit begannen sie über Ōsaka mit Kupfer zu handeln und Kupferraffinerien in Kyōto und Ōsaka zu betreiben. Als Tanuma im Jahre 1783 das *bakufu*-Kupfermonopol einführte, fungierten die Sumitomo als Verwalter im Kansai-Gebiet und beuteten später, im Jahre 1791, die reichen Besshi-Minen aus.

Es ist offensichtlich, daß Japan im achtzehnten Jahrhundert in eine neue Phase der in den Städten konzentrierten Handelswirtschaft eingetreten war. Die Städte waren erstaunlich gewachsen. Die Bevölkerungsziffer Edos mag gut die Millionengrenze erreicht haben – sicherlich war sie höher als die Londons oder Paris' zu dieser Zeit. Ōsaka und Kyōto beherbergten etwa 400000 Menschen, während Kanazawa (die Hauptstadt des Daimyats Maeda) und Nagoya (die Hauptstadt des Daimyats Owari) annähernd 100000 Einwohner gehabt haben mögen. Nagasaki und Sakai, überwiegend vom Handel bestimmte Städte, hatten beide ungefähr 65000 Einwohner. Alles in allem lebten wahrscheinlich zehn Prozent der japanischen Bevölkerung damals in Städten mit mehr als 10000 Einwohnern und nahmen auf diese Weise eine völlig städtische Lebensart an. Die Tendenz zur Urbanisierung sollte auf Kosten des flachen Landes anhalten und somit der Anfang des modernen Trends werden, der von der Feldbestellung wegführte.

Auch das Transport- und Nachrichtenwesen wurde immer mehr ausgebaut, sowohl aufgrund der Bemühungen der Regierung wie privater

Handelsgesellschaften. Der Wagen wurde in Japan nur langsam entwickelt, und für die Beförderung leichter Güter verwendete man hauptsächlich Packpferde. Sperrige Waren, Reis, *sake*, Gemüse und ähnliches wurden längs der Küste verschifft. Andererseits wuchs das Straßennetz, das das Land durchzog, als die Daimyō mit ihrem Gefolge reisten und gewöhnliche Reisende sich in Scharen hierhin und dorthin begaben. Poststationen und kleine Städte, die Unterkunft boten, nahmen in einem Maße zu, daß selbst europäische Besucher wie Engelbert Kaempfer, der im Jahre 1690 entlang der Tōkaidō reiste, erstaunt waren. Kuriere (*hikyaku*) hielten die Daimyō und auch gewöhnliche Leute mit Nachrichten auf dem laufenden. Beauftragte des Shōgun und der Daimyō sorgten für die Instandhaltung des Straßennetzes, wobei allerdings die Brücken manchmal vernachlässigt wurden, um damit Truppenverlegungen in feindlicher Absicht vorzubeugen. Schifffahrtslinien, die Waren in die großen Städte Ōsaka, Edo, Kyōto und Nagasaki brachten, nahmen einen kräftigen Aufschwung. Da der Schiffsraum begrenzt war, wurden viele kleine Boote für spezielle Aufgaben eingerichtet, zum Beispiel für die Fahrt die kurzen, seichten Flüsse ins Landesinnere hinauf oder längs der Küste. Die Verschiffung von Reis von Nordjapan nach Ōsaka an der dem Japanischen Meer zugewandten Küste entlang, durch die Meerenge von Shimonoseki und die Inlandsee hinauf wurde ein wichtiger Erwerbszweig, ebenso wie der Transport von Reis nach Edo längs der pazifischen Küste. Um den Bedarf des Außenhandels in Nagasaki zu decken, brachten Schiffe Meeresprodukte von Hokkaidō nach Süden. Zwischen Ōsaka und Edo verkehrten im Dienst der bedeutenden Großhandelsgilden besonders schnelle Schiffe, die die rivalisierenden Linien Higaki und Taru bildeten.

Zur Entwicklung des Handels trug auch das rasche Entstehen einer Währung und eines Wechselkurses bei. Nach der Vereinheitlichung des Münzwesens durch Hideyoshi gelang es dem *bakufu*, die Währung einigermaßen stabil zu halten, indem es vier Tauschmittel gleichberechtigt gelten ließ: Reis, Gold, Silber und Kupfer. Reis wurde in zunehmendem Maße einfach zu einer Rechnungseinheit für Besteuerung und Besitz, doch war er nur beschränkt lagerfähig. Das wirkliche Tauschmittel wurde daher das Metallgeld, das im Wert theoretisch folgendermaßen gestaffelt war: ein *ryō* Gold = 60 *momme* Silber = 4 Schnüre (*kan*) Kupfer. Wie wir erwähnten, wurde Silber erst unter Tanuma gemünzt. Vorher wurde es nach Gewicht berechnet und zirkulierte in Klumpen. Da es wenig Edelmetalle gab und die Tauschgeschäfte kompliziert waren, entstanden verschiedene Arten von Handelspapieren und örtlichem Papiergeld. In Edo und in Ōsaka entwickelten sich Banken und Wechselstuben, die gegenseitig Überweisungen oder Kreditbriefe annahmen. Allmählich geriet mehr und mehr Papiergeld – meist in der Form von Reis- und Silberzertifikaten der *han* – in Umlauf. Gegen Ende der Tokugawa-Herrschaft stellte man fest, daß 244 *han* insgesamt etwa 1600 verschiedene Sorten ausgegeben hatten. Als diese Zertifikate in die neue nationale Währung umgewertet wurden, beliefen sie sich

auf über 24 Millionen *yen* (ein *yen* entsprach damals ungefähr einem mexikanischen Dollar).

Gegen Ende der Tokugawa-Periode zeichnete sich in zwei Bereichen eine neue Entwicklungsstufe der Wirtschaft ab. Das Wachstum der Städte und die Ausweitung des Verbrauchermarktes hatten auf dem Land neuen Unternehmungsgeist geweckt. Großhandelsorganisationen und dörfliche Entrepreneurs entwickelten neue Methoden zur Massenproduktion, zum Beispiel bei der Herstellung von Seide und Papier und in der Lackwarenindustrie. Um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts verfügten so in Kiryū fabrikähnliche Webereien über etwa 5000 Webstühle unter weniger als dreihundert Dächern. Im Bergbau und beim Brauen von *sake* wurden ebenfalls große Gruppen von Arbeitern auf Angestelltenbasis beschäftigt. Diese neuen Entwicklungen in den ländlichen Gegenden sollten für die lizenzierten Kaufleute in den Städten von großer Bedeutung werden, besonders als im Jahre 1858 der Außenhandel wiederauflebte. Weniger von der ›feudalistischen Bindung‹ abhängig als die älteren Handelshäuser, konnten sich diese jungen Unternehmer dem institutionellen Wechsel, der den Sturz des Shogunats begleitete, anpassen. Inzwischen hatte die Regierung in der Wirtschaftspolitik für ihre Verwaltungsgebiete energisch eine neue Richtung eingeschlagen. Neue Praktiken, die die lokale Produktion für den Alleinverkauf nach Edo und Ōsaka nach merkantilistischen Gesichtspunkten förderten, führten dazu, daß die Finanzagenten der *han* noch enger mit den Großhändlern zusammenarbeiteten.

Ehe die größeren *han* jedoch in dem Bestreben, ihre finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden, kaufmännische Methoden anwenden konnten, mußte sich die Einstellung der Samurai dem Handel und der Klasse der Kaufleute gegenüber beträchtlich ändern. Selbst in einem so späten Werk wie Ogyū Sorais *Seidan (Politische Essays, 1727)* wurde weiter die Ansicht vertreten, daß der Beitrag des Kaufmanns für die Gesellschaft unerheblich sei. Die Stadtleute verbrauchten nur die Reiszuteilungen der Samurai und seien daher nutzlose Esser. Diese offizielle Haltung war für die Kaufleute eine ständige Bedrohung, sie blieben dadurch Willkürakten der Regierung, wie Annullierung von Schuldforderungen, erzwungenen Darlehen (*goyōkin*) oder plötzlichen Konfiskationen von Eigentum ausgesetzt. Der berühmteste Fall einer solchen Beschlagnahme war der des Yodoya Saburōemon, der im Jahre 1705 ruiniert wurde, da er des Protzentums beschuldigt wurde. Dadurch, daß Yodoya ausgeschaltet wurde, der einer der reichsten Kaufleute von Ōsaka und Vorsitzender der Reisbörse von Dojima gewesen war, wurde die Tilgung enormer Schuldbeträge von Daimyō möglich, und der Staat gelangte in den Besitz eines gewaltigen Vermögens, das auf 121 Millionen *ryō* geschätzt wurde.

Doch wenn auch die Behörden willkürlich vorgehen und die offizielle Einstellung negativ war, so neigten die *han* und das *bakufu* in der Praxis trotzdem dazu, den Handel zu schützen. Und allmählich traten unter den konfuzianischen Gelehrten auch solche auf, die für eine realistischere Haltung der Wirtschaft

gegenüber plädierten. Einer der Pioniere in dieser Hinsicht war Ogyū Sorais Schüler Dazai Shundai (1680–1747), der für die Annahme der Geldwirtschaft als einer legalen Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Wachstums kämpfte. Ein anderer, Kaiho Seiryō (1755–1817), der vielleicht dadurch beeinflusst war, daß er königliche Unternehmen in Europa kennengelernt hatte, schrieb, daß sich der Samurai nicht von einem Kaufmann unterscheide, da er seine Reiszuteilung mit Gewinn zu Geld mache. Der Kaufmann andererseits erschien ihm nicht von dem Samurai verschieden, da sein Verdienst gewissermaßen seine ›Zuteilung‹ sei. In den späteren Jahren der Tokugawa-Zeit gab es eine Reihe von Schriftstellern, häufig *rōnin* oder Angehörige des Kaufmannsstandes, die das Land durchzogen und ihren Rat bei Wirtschaftsvorhaben anboten und den Anbau neuer Nutzpflanzen oder bessere Abbaumethoden im Bergbau vorschlugen. Wahrscheinlich waren es jedoch die nackte Notwendigkeit, die Finanzen der *han* zu verbessern, und die Möglichkeit hierzu, die darin bestand, daß man die lokale *han*-Wirtschaft gegen die großen Märkte der Städte Ōsaka und Edo ausspielte, die die Regierungen der *han* den Handelshäusern in die Arme trieben und in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts zahlreiche *han*-Warenmonopole entstehen ließen. In der späten Tokugawa-Zeit halfen sich die *han* hauptsächlich durch solche Monopole und durch Schuldverschreibungen, indem sie Papiergeld herausgaben.

Somit war es einem Handelshaus trotz der offiziell ungünstigen Bedingungen, die von der Regierung geschaffen wurden, möglich, zu Reichtum und Ansehen zu gelangen, wenn es vorsichtig lavierte und, wie Mitsui Sōchiku warnte, sich nicht zu sehr auf die Finanzierung von Daimyō verlegte. Vom Anfang bis zum Ende der Tokugawa-Zeit hatte der Kaufmann also eine unsichere, doch im übrigen günstige Position inne. Der Kaufmann mußte, wie die Mitsui-Hausgesetze so nachdrücklich betonten, wissen, was sich für ihn schickte, und durfte sich nicht in politische Angelegenheiten mischen. Denn in der Welt der Samurai blieb der *chōnin* ein Diener. Da der japanischen Kaufmannsfamilie der Aufstieg in den Adelsstand weder durch Geld noch durch Infiltration möglich war und sie nicht durch ein Parlament vertreten wurde, hatte, wer ihr angehörte, wenig Ehrgeiz, mehr als ein besserer Kaufmann zu sein. Diese Eigentümlichkeit des Tokugawa-Systems war vielleicht mehr als irgend etwas anderes der Grund dafür, daß der japanische Kaufmann auf seinem Gebiet Hervorragendes leistete und so den Weg bereitete für Japans rasche wirtschaftliche Entwicklung nach 1868.

V. Kultur und Geisteswelt der Samurai

Die Rechtsvorstellungen der Tokugawa-Gesellschaft basierten so sehr auf Standesunterschieden und ihre Lebensbereiche waren so voneinander gesondert, daß der Kulturstil der einzelnen Klassen starke spezifische Züge behielt. Die Kultur der Tokugawa-Zeit war in der Theorie wie auch – in großem Maße – in

der Praxis nach Ständen differenziert, denn Samurai, *chōnin* und Bauern lebten notwendigerweise in verschiedenen Umgebungen, mit verschiedenen Gewohnheiten und Wertmaßstäben. Zugegeben, es gab viele Fusionszonen, besonders in den neuen Städten, wo Samurai und Nichtadlige zahlreiche Interessen und Vergnügungen teilten. In der Vorstellung des Volkes und speziell der Regierung blieb jedoch die scharfe Trennungslinie zwischen aristokratischer und gewöhnlicher Lebensweise und zwischen Stadt und Land bestehen. Daß spätere Generationen die Errungenschaften der bürgerlichen Tokugawa-Gesellschaft für bemerkenswerter als die der Samurai erachtet haben, hätte die Menschen der damaligen Zeit in Erstaunen versetzt, denn noch galt das aristokratische Ideal, und die kultivierte Gesellschaft hielt es für unter ihrer Würde, den Schöpfungen der ›vergänglichen Welt‹ (*ukiyo*) der unteren Schichten in den Städten Beachtung zu schenken. Doch wie über die Samurai-Regierung haben moderne Historiker und Kunstkenner auch über die *Kultur* der Samurai hart geurteilt, und sie haben im Wirken des Bürgertums die dynamischsten und schöpferischsten Impulse dieser Zeit festgestellt.

Eins der besonderen Kennzeichen des Lebens unter den Tokugawa war sicher, daß erstmals ein Bürgertum zu nationaler Bedeutung aufstieg. Daß von und für die nichtadeligen Klassen ein eigener Kulturstil geschaffen wurde, zeugte mehr als alles andere von dem Wachstum der städtischen Bevölkerung, ihrer Wohlhabenheit und ihrer Tatkraft. Und es war für die bürgerliche Kultur typisch – da sie von einer Schicht der Tokugawa-Gesellschaft hervorgebracht wurde, der politische und soziale Privilegien versagt waren –, daß in ihrem Zentrum die Welt des Gefühls stand. Diese allgemeinere, allgemeiner gültige Eigenschaft war es ohne Zweifel, die spätere Betrachter so ansprach. Doch machten die Schöpfungen der Bourgeoisie nur einen Teil der gesamten Tokugawa-Kultur aus. Die Leistungen der Samurai-Klasse waren zwar nicht so original, aber bemerkenswert und bedeutend. Daß sie von späteren Autoren in Mißkredit gebracht oder nicht beachtet wurden, rührt daher, daß sich das Streben der Samurai zu einem Großteil auf die mehr esoterischen Bereiche der Philosophie und des Studiums der alten Schriften richtete und daß auf rein künstlerischem Gebiet die schöpferische Kraft stark abfiel. Außerdem sollten nach 1868 die aristokratische Klasseneinteilung, die metaphysischen Vorstellungen des Konfuzianismus und die kriegerischen Wertmaßstäbe der *bushi*, auf die sich die Lebensweise der Samurai stützte, aufgegeben werden. Die ›Unterhaltungskultur‹ der *chōnin* mit ihren weniger individualistischen Interessen sollte daher rascher Anklang finden. Man darf aber auch nicht vergessen, daß in Japan noch heute die formbetonten ›aristokratischen‹ Künste geschätzt werden, die die Tokugawa-Zeit von der Ashikaga-Periode übernahm. Japans heutige ›höfliche‹ Kultur beruht hauptsächlich auf diesen Kunstformen.

Die Kriegergeschlechter der Tokugawa-Zeit waren sich in ihrem kulturellen Leben, das in keiner Hinsicht neue Elemente aufwies, stets deutlich dessen bewußt, was »dem *bushi*-Status angemessen« war. In der Architektur, der

Malerei und im Drama bewirkte die Förderung der Daimyō und des Shōgun wenig mehr, als daß die Arten und Stile, die in der Ashikaga-Periode entstanden waren, ohne große Veränderung weitergeführt wurden. Die architektonischen Denkmäler der Tokugawa-Zeit zeigten nicht viel Originalität und neigten dazu, schwer und überladen zu sein. Die großen Mausoleen in Nikkō und Ueno kann man wegen ihrer Großartigkeit und aufgrund des Reichtums und der Macht, die sie offen zur Schau stellen, bewundern. Das Yōmei-Tor in Nikkō, so kompliziert in Blumen und Figuren geschnitten, mag das nichtgeschulte Auge in Erstaunen setzen, doch Bruno Taut erscheint es als ein »barbarisches und protziges Grab«. Das Schloß Nijō in Kyōto illustriert den Palastbaustil, der lackierte Pfeiler, reich verzierte und vergoldete Decken und kunstvoll bemalte Wandschirme verwendete. Die Architektur der Burgen mit ihren massiven Steinmauern und ihren Toren aus geschwärztem Holz, mit Eisen beschlagen, verstärkte den Eindruck der Macht und der Stärke. Shōgun wie Daimyō ließen auch weite Gärten anlegen mit Teehäusern und Freilichtbühnen für die Aufführung von *nō*-Dramen. In ihren Residenzen in Edo und ihren befestigten Hauptstädten förderten sie die bildenden und darstellenden Künste, die seit der Ashikaga-Zeit für die aristokratische Kultur charakteristisch geworden waren. Ihre Lebenshaltung gab auch der Produktion von feinem Porzellan, Lackwaren, Seidenbrokat und in großer Zahl angefertigten Metallarbeiten Aufschwung. Im Kunstgewerbe, wo zu der Fertigkeit der niedrigeren Klasse die Förderung durch den Adel kam, wurden sogar einige wirklich bemerkenswerte künstlerische Leistungen möglich.

Im allgemeinen jedoch tendierten die vornehmen Künste der Tokugawa-Zeit mehr und mehr zum Formalismus. Teezeremonie und *nō*-Drama, weiterhin Privileg der Kriegerklasse, wurden stereotypisiert. Besondere, in Erbtradition geleitete Schulen von Schauspielern, Teemeistern und Blumenarrangeuren führten ihren Stil unter offizieller Patronage weiter. In der Malerei beherrschte die dekorative Darstellungsweise der Kanō-Schule das Feld und behielt fast unverändert die Techniken und Themen ihrer Vorgänger bei. In der Literatur beschäftigte man sich hauptsächlich mit klassischen chinesischen und japanischen Werken, während sich in der Musik die der *koto* (einer ›Harfe‹ mit dreizehn Saiten) und der Handtrommel und der Gesang von Auszügen aus *nō*-Stücken auf Formen und Vorlagen stützten, die seit langem als klassisch galten. Alle diese Fertigkeiten neigten zum Formalismus und zur übermäßigen Verfeinerung, als Lehrschulen für die vornehmen Künste die Bildung der Samurai übernahmen.

Dennoch blieb die Kultur der Samurai gelegentlich vor Prunkhaftigkeit und Epigontum bewahrt, da sowohl der vom Zen bestimmte Geschmack verbreitet blieb als auch neue geistige Strömungen auftraten. Die außerhalb Kyōtos abseits gelegenen Paläste Katsura und Shūgakuin stellen vielleicht die besten Beispiele für einen einheimischen Architekturstil dar, der die ästhetischen Richtlinien für den Teehausbau und die Bedürfnisse eines aristokratischen Lebensstils zu

vereinen verstand. Ihre einfache Linienführung, die Verwendung von Naturhölzern und die Art, wie sie sich harmonisch in die sie umgebenden Gärten einfügen und in allem verhalten wirken, illustrieren besten japanischen Architekturstil.

In der Malerei zeigten verschiedene neue Stilformen größere Lebendigkeit als die Werke der Kanō-Schule. Einer von Hon'ami Kōetsu (1558–1637) und Tawaraya Sōtatsu (gest. 1643) aus der Tradition des Yamato-e entwickelten, äußerst stilisierten und simplifizierten Malweise bediente man sich für dekorative Wandschirme, Lackkästen und Keramikwaren. Unter Ogata Kōrin (1658–1716) wurde dieser Stil eine wichtige Form des künstlerischen Ausdrucks in Japan. Im völligen Gegensatz hierzu belebte Maruyama Ōkyō (1733–1795) die chinesische Tradition der Einfarbenmalerei neu, indem er seine Aufmerksamkeit dem realistischen Detail schenkte. Ōkyō führte sorgfältige Naturstudien durch und übernahm die durch die westliche Malerei bekannt gewordenen Techniken der Perspektive und der Schattierung. Alle diese Entwicklungen auf dem Gebiet der Malerei waren das Werk von Künstlern aus dem Volk, die auf den bestehenden Traditionen aufbauten, wobei sie natürlich für Gönner der Oberschicht arbeiteten. Der Samurai-Klasse zugehörig im eigentlicheren Sinn war der Stil der ›Literatenmalerei‹ (*bunjinga* oder *nanga*), der zur selben Zeit beliebt wurde, in der sich der Konfuzianismus ausbreitete. Amateure wie berufsmäßige Maler pflegten ihn und entwickelten einen ausgeprägten Sinn für Gelehrsamkeit und Knappheit, der den Bildgedanken hervorhob. Yosa Buson (1716–1783) und Ike-no-Taiga (1723–1776) führten den Stil in ihren ›Bilderzählungen‹ zu einem Höhepunkt.

Am deutlichsten zeigten sich die schöpferische Kraft und der Fleiß der Samurai jedoch im Bereich der Wissenschaft und der Philosophie. Besonders auf dem Gebiet der Geschichte wurde Hervorragendes geleistet, denn Gelehrte der Tokugawa-Zeit bereiteten den Weg für die objektive Historiographie und begannen außerdem, Archive und Bibliotheken anzulegen, auf denen die moderne Geschichtsforschung zuerst fußte.

An erster Stelle der Geschichtskompilationen aus dieser Zeit steht das *Honchō tsugan* (*Umfassender Spiegel unseres Landes*), eine chronologisch dargestellte Geschichte Japans, die von Mitgliedern der konfuzianischen Gelehrtenfamilie Hayashi um 1670 vollendet wurde und deren Vorbild das chinesische Werk von Ssu-ma Kuang, das *Tzu-chih t'ung-chien*, war. Andere Projekte des Shogunats waren das *Tokugawa jikki* (*Wahre Aufzeichnungen über das Haus Tokugawa*), das zwischen 1809 und 1849 abgefaßt wurde und mit großer, ins Detail gehender Exaktheit Ereignisse am Hof des Shōgun behandelt, und das *Kansei chōshū shokafu* (*Zusammenstellung von Genealogien der Kansei-Ära*), das im Jahre 1812 fertiggestellt wurde und die ›Hausgeschichte‹ aller Daimyō-Geschlechter und wichtiger Gefolgsleute des Shōgun enthält.

Parallel zu diesen vom Shogunat geförderten Arbeiten entstanden solche auf Anregung von Daimyō. Eine ›nationale‹ Geschichte, die der vom Haus Hayashi

abgefaßten Konkurrenz machte, war die *Dainihon-shi* (*Geschichte Großjapans*), die im Jahre 1657 von dem Daimyō von Mito, Tokugawa Mitsukuni (1628–1700), in Angriff genommen wurde. Die ersten 250 Kapitel dieses von dem Shōkōkan, einem unter dem Patronat des Daimyats stehenden historiographischen Institut, verfaßten Werkes wurden im Jahre 1720 veröffentlicht, vollendet wurde es jedoch erst im Jahr 1906. Andere *han* waren hauptsächlich um die Kompilation von ›Hausgeschichten‹ oder lokalen Topographien bemüht.

Eine ganze Reihe privater Geschichtsdarstellungen wurde von den immer zahlreicheren konfuzianischen Gelehrten und Historiographen abgefaßt, die der Tokugawa-Regierung dienten. Arai Hakuseki ist berühmt durch sein *Tokushi yoron*, eine rationalistische Studie darüber, wie die politische Macht vom Hofadel auf die Militäraristokratie überging. Iida Tadahiko (1816–1861) schrieb die *Dainihon yashi* (*Private Geschichte Großjapans*), die eine Fortsetzung des Mito-Geschichtswerkes darstellen sollte. Rai Sanyō (1780–1832) gab eine popularisierte und überaus nationalistische Version der japanischen Geschichte in seiner *Nihon gaishi* (*Inoffizielle Geschichte Japans*). Zur selben Zeit arbeitete der Bibliograph des *bakufu*, Hanawa Hokiichi (1746 bis 1821) an dem umfangreichen *Gunsho ruijū* (*Klassifizierte Quellenwerke*), einer Sammlung grundlegender historischer Texte, die im Jahre 1794 abgeschlossen wurde. Zusammen mit seiner Fortsetzung, die von Hanawas Sohn kompiliert wurde, stellt dieses Werk, das in 91 Bänden über dreitausend einzelne Schriften enthält, heute eine archivarische Meisterleistung dar.

Natürlich war das Gelehrtentum nicht auf die Klasse der Samurai beschränkt, und unter den bedeutenden wissenschaftlichen und philosophischen Schriftstellern der Tokugawa-Zeit fanden sich viele Männer, die von *chōnin* abstammten oder sogar bäuerlicher Herkunft waren. Die Ausbreitung der Gelehrsamkeit war ein Zeichen dafür, daß für alle Schichten der Tokugawa-Gesellschaft die Bildungsmöglichkeiten wesentlich größer geworden waren. Tatsächlich begann für Japan eine Zeit, in der Bildung durchaus keine Seltenheit mehr war, da die Zahl der Schulen zunahm und überaus viel gelesen wurde. Unter den Erziehungsanstalten blieb die Shōheikō des *bakufu* die wichtigste amtliche Hochschule; ihr wurde im Jahre 1765 eine medizinische Fakultät angegliedert. *Han*-Schulen, die unter der Schirmherrschaft der Daimyō standen, gab es nach 1700 rasch immer mehr – gegen Ende der Tokugawa-Herrschaft waren es über 270. Außerdem sollen über 375 Akademien von den *han* unterhalten worden sein, und in den größeren Städten waren mehr als 1400 private Schulen entstanden. Diese Einrichtungen hatten hauptsächlich die Erziehung der Samurai zum Ziel, aber auch die Ausbildung der Nichtadligen wurde nicht vernachlässigt. Verschiedene *han*-Schulen standen Kaufmanns- und Bauernsöhnen offen, besonders denen aus Dorfvorsteherfamilien, denn für die Führung von Verwaltungslisten war es unerlässlich, lesen und schreiben zu können. Zudem gab es für das gewöhnliche Volk die Möglichkeit, die sogenannten ›Tempelschulen‹ (*terakoya*) zu besuchen – kleine private

Grundschulen, die oft, aber nicht notwendigerweise lokalen Tempeln angegliedert waren. Es wird berichtet, daß um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts über 10000 davon bestanden. Die Folge war, daß – wie R.P. Dore schätzte – nach 1860 vierzig bis fünfzig Prozent der Männer und ungefähr fünfzehn Prozent der Frauen in Japan Schulbildung erhalten hatten. Natürlich waren alle Samurai gebildet, und die oberen Schichten des Bauern- und des Kaufmannsstandes hatten bis zu einem bestimmten Grad schulische Erziehung genossen. Ein Vergleich des Bildungsniveaus von Japan und England in dieser Zeit fällt zu Japans Gunsten aus – eine Tatsache, die überrascht, wenn man die Abgeschlossenheit der Japaner von allen auswärtigen geistigen Strömungen berücksichtigt.

Die Art der Erziehung selbst stellte ein primäres bildendes Element in der Tokugawa-Kultur dar. Zumeist auf dem Konfuzianismus basierend, pedantisch und überaus moralistisch, wurde sie doch sehr ernst genommen, denn sie war eine wesentliche Voraussetzung für Mitglieder der *chōnin*- und Samurai-Klassen, wenn sie Erfolg haben wollten. Das Denken der Tokugawa-Zeit war daher scholastisch, aber praktisch. Die Forschungsmethoden waren vielleicht deduktiv, aber in gewissen Grenzen bemerkenswert flexibel und pragmatisch. Obwohl das geistige Leben in der Tokugawa-Zeit auf konfuzianischem Ideengut chinesischen Ursprungs fußte, nahm es eine eigene Entwicklung und führte die Samurai zu einer Vielzahl wissenschaftlicher Untersuchungen auf den Gebieten der Moralphilosophie, der Wirtschaftspolitik und der Geschichte. Zudem behielt der Samurai das Ideal bei, in den militärischen Künsten *und* für die zivilen Aufgaben ausgebildet zu sein. Er blieb damit seinem Auftrag und seiner Vorstellung vom kultivierten Japanertum treu.

Von Anfang an wurden von den konfuzianischen Gelehrten in Japan zahlreiche heterodoxe Richtungen vertreten, entweder weil die Japaner die Feinheiten chinesischer Philosophie nicht zu verstehen vermochten oder weil sie sich nicht von den japanischen Gegebenheiten frei machen konnten. Es steht fest, daß die Konfuzianer der frühen Tokugawa-Zeit vielfach Dogmatiker waren, die die neokonfuzianischen Schriften beinahe als Offenbarungen betrachteten, und während der ganzen Tokugawa-Periode repräsentierte die Chu Hsi-Schule, deren führende Vertreter das Geschlecht Hayashi stellte, die orthodoxe Staatsphilosophie. Im Jahre 1790 wurde von Matsudaira Sadanobu der Versuch gemacht, heterodoxe Lehren von der Hochschule des *bakufu* zu verbannen. Aber wenn das Shogunat auch darum bemüht sein mochte, für seine eigenen Erziehungsanstalten die Doktrinen festzulegen, konnte es die Haltung der Regierung in den Gebieten der Daimyō und die der Privatschulen in Kyōto oder Ōsaka weniger bestimmen. Trotz ihres im allgemeinen konservativen Einflusses auf die Gesellschaft trug die konfuzianische Lehre den Keim wissenschaftlichen Forschungsdrangs und sogar der Skepsis in sich. Nachdem die japanischen Konfuzianer einmal mit den Grundprinzipien vertraut waren, begannen sie ihre

Erkenntnisse auf japanische Probleme anzuwenden, was unvermeidlich zur Folge hatte, daß sie zu neuen und originalen Antworten gelangten.

Ogyū Sorai (1666–1728), der die ›alte Schule‹ (*kogaku*) vertrat, zog die ursprünglichen Quellen zur Rechtfertigung seiner sehr eigenwilligen Vorschläge heran, die er dem Shogunat für die Regierungsführung machte. Sein Werk *Seidan* (*Politische Essays*) drängte auf wirksame Reformen von seiten des Shogunats und forderte, der Shōgun solle seine absolute Herrschaft stärker geltend machen. Arai Hakusekis objektiver Betrachtungsweise der japanischen Geschichte entsprach seine unvoreingenommene Hochschätzung des Christentums. In seinem *Seiyō kibun* (*Bericht über den Okzident*), das er im Jahre 1715 nach Unterredungen mit dem italienischen Priester Sidotti (1668–1715) – der vom *bakufu* gefangengesetzt worden war, als er im Jahre 1708 heimlich nach Japan zu kommen versucht hatte – verfaßte, zeigte er offene Bewunderung für die westliche Wissenschaft und erklärte nüchtern, das Christentum sei so irrational, daß es Japan wenig Schaden zufügen könne. Miura Baien (1723–1789), ein Gelehrter, der nicht von Samurai abstammte, widmete sein ganzes Leben der Suche nach der rationalen Lösung von Fragen wie: »Warum kann man mit den Augen nicht hören und mit den Ohren nicht sehen?« Da für ihn die feststehenden Erklärungen, die ihm die konfuzianische Lehre gab, nicht annehmbar waren, entwickelte er eine skeptische Philosophie, die nur empirisch erhärtete Beweise gelten ließ. Kaiho Seiryō (1755–1817) stellte Wirtschaftstheorien auf, die die Samurai-Regierung drängten, sich den Handel als eine Quelle des Reichtums zu erschließen. Weshalb soll der Samurai nicht kaufmännisch tätig sein und Gewinn erzielen, fragte er, wenn der König von Holland kommerzielle Unternehmungen aktiv fördert? Honda Toshiaki (1744–1821) studierte, soweit es ihm möglich war, die Geographie der Welt und gelangte zu dem Schluß, daß Japans Abschließungspolitik verfehlt sei. Er entwarf ein Bild von Japan, wie es sich über die Meere hinweg ausdehnte und seine Nordgrenze zu seinem Schütze befestigte. Satō Nobuhiro (1768 bis 1850), der in holländischen Werken, Astronomie, Botanik, Geographie und Geschichte, sehr belesen war, führte ein tätiges Leben; er reiste in Japan herum, beriet Daimyō bei landwirtschaftlichen Verbesserungen und empfahl dem *bakufu* von sich aus, das Land einer strengeren Überwachung zu unterwerfen.

Im neunzehnten Jahrhundert war es offensichtlich, daß auf beinahe jedem Gebiet die japanischen Autoren bis zu einem gewissen Grad entweder von der Kenntnis westlicher Wissenschaft und Geographie oder von der Furcht vor einer Einmischung des Abendlandes beeinflußt waren. Die späten Entwicklungen in der konfuzianischen Philosophie waren daher nicht alle eigenständig. Die Notwendigkeit, sich mit neuen und oft widersprüchlichen Ideen aus dem Ausland auseinanderzusetzen, veranlaßte einige Japaner, sie beunruhigt zurückzuweisen, andere, sie ihrem konfuzianischen Erbe zum Teil anzupassen. Yamagata Bantō (1748–1821) suchte zum Beispiel die westliche Theorie über das Sonnensystem mit der konfuzianischen Kosmologie zu vereinbaren und setzte

sogar den konfuzianischen Begriff der Vernunft oder des höchsten Prinzips (*ri*) mit der westlichen Wissenschaft gleich. Doch fehlte dem konfuzianischen Rationalismus das wesentliche Moment, bei der Suche nach Erkenntnis die Gegebenheiten in Frage zu stellen, und noch wurde das geistige Leben der Tokugawa-Zeit von der allgemeinen orthodoxen Denkweise mit ihrer moralistischen und auf Klassen ausgerichteten Haltung schwer belastet.

Das rationalistische Element im Tokugawa-Konfuzianismus bewirkte nicht nur Modifizierungen der orthodoxen Überlieferung selbst, sondern führte zu neuen wissenschaftlichen Untersuchungen, die über den eigentlichen Konfuzianismus in Japan hinausgingen. Das Gewicht, das der Konfuzianismus auf die Vergangenheit legte, ließ natürlich Interesse an Japans eigenem geschichtlichen Erbe und seiner literarischen Tradition entstehen. Zwar konnten die konfuzianischen Gelehrten die Tatsache nicht übersehen, daß die von ihnen geschätzten Lehren aus China stammten, doch hatte die Samurai-Gesellschaft für den fanatischen Sinophilen wenig Hochachtung. Die meisten japanischen Konfuzianer nahmen eine sehr nationalistische Haltung ein, wenn sie auch ihre Bewunderung für chinesische Dinge zugaben. Hayashi Razan, der im Shintō einen Verbündeten gegen den Buddhismus gefunden hatte, begann mit dem Versuch, die Mythen des Kaiserreichs mittels der konfuzianischen Philosophie zu rationalisieren. Die drei heiligen Staatsschätze wurden für ihn Symbole der konfuzianischen Leitgedanken. Yamaga Sokōs Lehre vom *bushidō* (s.o.S. 98) setzte diesen eklektischen Trend fort, der sich bei Yamazaki Ansai (1618–1682) in einer neuen Art von Shintō-Philosophie (*Suikashintō*) äußerte, die den ›Weg der *kami*‹ als den Weg der heiligen Könige interpretierte. Ansai entdeckte in den Mythen des *Kojiki* und *Nihon shoki* (s.o.S. 30/32) konfuzianische Tugenden und war der Ansicht, daß die alten *kami* ein Ausdruck des konfuzianischen Urprinzips seien.

Es war nur eine Frage der Zeit, wann dieses philosophische Interesse am Shinto sich mit der Hochschätzung geschichtlicher und literarischer Forschung verbinden und eine Schule eigenständiger Untersuchungen zeitigen würde, die auf einem angenommenen Bestand an ›japanischen Klassikern‹ basierten. Es entstand so eine ›nationale Schule‹ (*kokugaku*), die im achtzehnten Jahrhundert ihren Anfang nahm und versuchte, für Japan ein literarisches und historisches Erbe wieder zum Leben zu erwecken. Mit der Zeit wurde sie eine selbständige Bewegung, die für die Rückkehr zu den Anfängen Japans auf geistigem Gebiet eintrat.

Als im Jahre 1728 Kada Azumamaro (1668–1736) an das *baku-fu* eine Bittschrift einreichte, eine ›Schule für nationale Studien‹ zu gründen, erlangten die *kokugaku*-Untersuchungen staatliche Anerkennung. Kada, ein Shintō-Priester aus der Kyōto-Gegend, war von der neuen Strömung in der konfuzianischen Forschung beeinflusst, die darauf abzielte, zu dem ursprünglichen ›alten Weg‹ zurückzukehren. Kadas Schüler Kamo Mabuchi (1697–1769) förderte das Studium des Manyōshū und brachte in seine Schriften zum erstenmal eine anti-

konfuzianische Note. In den alten Gedichten aus der Nara-Zeit behauptete er, »die Stimme unseres Götterlandes« zu hören.

Die markanteste Persönlichkeit der *kokugaku*-Bewegung war Motoori Norinaga (1730–1801), der dreißig Jahre darauf verwandte, die Bedeutung des im *Kojiki* Gesagten wieder klarzulegen. Norinaga gelangte zu der Überzeugung, daß das *Kojiki* einen einzigartigen japanischen ›alten Weg‹ erkennen lasse, einen Idealzustand natürlicher Tugend, wie er im Zeitalter der *kami* geherrscht habe, und daß dieser durch den Einfluß des Buddhismus und Konfuzianismus gestört worden sei. Daß Motooris Ansicht zu solcher Bedeutung gelangte, rührt daher, daß er mit Hingabe unterrichtete. Während der vierzig Jahre, in denen er lehrte, soll er annähernd fünfhundert Schüler gehabt haben.

Nach 1800 gewann die *kokugaku* als eine der Schulen, die die japanische Literatur wissenschaftlich untersuchten, weite Verbreitung. Sie trug aber auch zu einer Neubelebung des Interesses an den theologischen Aspekten des Shintō bei. Hirata Atsutane (1776–1843), ein überaus nationalistisch und fremdenfeindlich eingestellter Denker, schrieb über Japans einzigartige Staatsform (*kokutai*; d.h. Japan als Land der *kami* und regiert von einem einzigartigen Kaiserhaus). Der logische Schluß aus seiner Argumentation war, daß Japan den Shintō wieder als seine einzige Religion und den Kaiser als seinen einzigen Herrscher einsetzen müsse. Seine Ideen erschienen dem Shogunat so subversiv, daß er im Jahre 1841 unter Hausarrest gestellt wurde.

Zwar erscheint vieles von dem, was die Wiedererwecker des Shintō schrieben, als irrational und sehr emotional, doch wirkten sie trotzdem für die Entwicklung neuer Auffassungen von Japans geschichtlicher Eigenart und Bestimmung bahnbrechend. Indem sie einen neuen Schatz japanischer Klassiker propagierten und den Kaiser als neues Zentrum der Loyalität herausstellten, gaben sie den Anstoß für politische Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Nation. Ihre Verachtung für China setzte gerade in der Zeit, als Japan erneut vom Westen beeinflußt werden sollte, die Bewegung in Gang, die der übertriebenen Abhängigkeit Japans von seinem so lange bewunderten kulturellen Lehrmeister ein Ende machte.

Das Wissen, daß in den Gewässern vor der japanischen Küste westliche Schiffe lauerten, war im neunzehnten Jahrhundert nicht die einzige Kenntnis, die die Japaner von der Existenz einer Welt hatten, die außerhalb der ihren lag und sehr von ihr verschieden war. Während der ganzen Tokugawa-Zeit hatte man Informationen über den Westen erhalten und war das Studium abendländischer Sprachen und Wissenschaftszweige nicht abgerissen – wenn auch nur eine kleine Gruppe interessierter einzelner sich darum bemühte. Die ausländische (*yōgaku*) oder holländische Schule (*Rangaku*) stellt somit einen weiteren unorthodoxen Zweig der Forschung dar, die japanische Gelehrte oft unter großen Schwierigkeiten und persönlichen Opfern betrieben. Der Ausgangspunkt solcher Studien war natürlich Nagasaki, wo durch die holländische Faktorei auf Deshima der einzige Kontakt mit Europa gegeben war.

Nach der Annahme der Abschließungspolitik erschwerte die *bakufu*-Regierung etwa 80 Jahre lang die japanische Fühlungnahme mit Europäern immer mehr. Es wurde ein Verbot erlassen, westliche Bücher oder chinesische Übersetzungen davon einzuführen, und die Kenntnis der holländischen Sprache war nur wenigen amtlichen ›Dolmetschern‹ gestattet, die zu der Behörde des Kommissars von Nagasaki gehörten. Arai Hakuseki soll eine Lockerung der äußerst scharfen Überwachung durch die Beamten von Nagasaki bewirkt haben, als die Veröffentlichung seines *Seiyō kibun* im Jahre 1715 zeigte, daß Japan viel von der westlichen Wissenschaft lernen konnte. Shōgun Yoshimune hob im Jahre 1720 den Bann auf, der auf der Einfuhr ausländischer Bücher und deren chinesischer Übersetzungen lag (mit Ausnahme derer, die sich direkt mit dem Christentum befaßten), und unterstützte das private Studium der holländischen Sprache und solcher Disziplinen wie Astronomie und Strategie.

Dieser schmale Spalt in der Mauer der Abschließung ermöglichte das Entstehen der Schule der holländischen Studien, die begierig und oftmals übereifrig Kenntnisse westlicher Wissenschaftszweige sammeln sollte. Im Jahre 1745 wurde von Aoki Konyō ein holländisch-japanisches Wörterbuch verfaßt. Sugita Genpaku (1733–1817) und andere übersetzten die *Tavel Anatomia* unter dem Titel *Kaitai shinsho* im Jahre 1774 ins Japanische und führten so westliche Heilverfahren in Japan ein. Ōtsuki Gentaku (1757–1827) gründete in aller Öffentlichkeit eine Schule für Studien des Holländischen und abendländischer Wissenschaften. Seine ›Darlegung der Studien des Holländischen‹ (*Rangaku kaitei*), im Jahre 1788 veröffentlicht, wurde die erste dem Volk zugängliche Erklärung der holländischen Sprache für ein großes Leserpublikum.

Während der Zeit, in der Tanuma im *bakufu* herrschte, ließ Japans Mißtrauen Fremden gegenüber beträchtlich nach. Der Umgang mit Mitgliedern der holländischen Faktorei wurde wesentlich freier, und die Einfuhr westlicher Kuriosa nahm die Ausmaße einer Sucht an. Daimyō sammelten Uhren und Ferngläser, tranken aus gläsernen Bechern und ließen sich sogar elektrische Experimente vorführen. Zwischen 1769 und 1786 vermittelten der schwedische Arzt Thunberg und der holländische Handelskapitän Titsingh den Japanern, die sich um ihre Quartiere scharten, eine Menge wissenschaftlicher Informationen aus erster Hand. Der *rōnin* Hiraga Gennai (1726–1779), von Tanuma kurze Zeit gefördert, gelangte durch seine botanischen Studien und seine Experimente mit Asbest und Elektrizität zu Ruhm. Er schrieb – ein exzentrisches Genie – auch satirische Novellen und Komödien und versuchte sich in der vom Westen übernommenen Technik der Ölmalerei.

Als Matsudaira Sadanobu im Jahre 1787 an die Macht kam, wurde diese offene Begeisterung für westliche Dinge ziemlich gedämpft. Im Jahre 1792 wurden die Werke Hayashi Shiheis (s.S. 243) verboten, und es durften nur noch in beschränktem Maße westliche Bücher erworben und mit Europäern in Japan Kontakt gepflogen werden. Im Jahre 1811 erkannte das *bakufu* jedoch selbst die Notwendigkeit, über die Entwicklungen im Westen auf dem laufenden zu

bleiben, und setzte daher eine Gruppe offizieller Übersetzer westlicher Bücher (*Bansho wage goyōkata*) in dem Observatorium des Shogunats ein. Einer dieser Männer war Ōtsuki Gentaku.

Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts wurde das Studium des Holländischen somit ein fest eingeführter Wissenschaftszweig, wobei allerdings schwer abzuschätzen ist, welchen Einfluß Ideen und Techniken, die den Japanern auf diese Weise bekannt geworden sein mögen, ausübten. Diejenigen, die das Holländische und westliche Disziplinen studierten, waren niemals zahlreich und wurden niemals eine Macht, die außerhalb der Tokugawa-Gesellschaft stand. Die politischen und sozialen Auswirkungen ihrer Studien waren ausgesprochen gering, denn nur wenige dieser Männer brachen mit der ethischen Tradition des Konfuzianismus oder stellten sich gegen die offizielle Regierungspolitik der Tokugawa. Auf lange Sicht gesehen, sollte die Ausbreitung einer heterodoxen Lehre, die aus dem Westen kam, jedoch bedeutsame Folgen haben. Westliche Methoden der Medizin, Astronomie, Landwirtschaft und Kriegswissenschaft, zuerst aufgrund ihrer offensichtlichen technischen Überlegenheit übernommen, wurden unter der Schirmherrschaft des *bakufu* wie der Daimyō studiert. Nachdem sie einmal eingeführt waren, untergruben die neuen Verfahren die Vorrangstellung der bisher geltenden chinesischen Techniken und der dahinterstehenden konfuzianischen Philosophie.

Das geistige Klima der späten Tokugawa-Zeit war daher weit davon entfernt, stagnierend oder einer starren Orthodoxie verhaftet zu sein. In der Welt der Samurai gab es eine große Vielfalt pragmatischer Theorien und wissenschaftlicher Forschungen, und es konnten sich zahlreiche intellektuelle Strömungen entwickeln. Zwar war die ethische Grundhaltung noch stark an den Konfuzianismus gebunden, doch war das objektive Studium der japanischen Geschichte und der westlichen Naturwissenschaft und Medizin möglich geworden.

VI. Die Kultur der Chōnin

Obwohl es gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts große Bereiche des städtischen Lebens gab, bei denen es schwierig geworden war, zu unterscheiden, was jeweils die Samurai und was die übrigen Klassen zu ihrer Ausformung beigetragen hatten, ist es doch gerechtfertigt, von einem eigenen Stil der ›*chōnin*-Kultur‹ zu sprechen, deren Ursprung in Ōsaka, Kyōto und Edo zu suchen ist. In der Tokugawa-Zeit fand die Stadtbevölkerung erstmals die Mittel und die Muße, sich für eine Kultur einzusetzen, an der – im Gegensatz zu der ›vornehmen‹ Tradition in der Kunst und Literatur – das Volk Anteil hatte. In ihren neuen Stadtvierteln förderten die *chōnin* ihre eigenen Kunstformen und Vergnügungen und fügten damit der Gesamtheit des kulturellen Lebens der Nation ein neuartiges und lebendiges Element hinzu. Ihre Kultur war ganz und gar eine

Schöpfung des Bürgertums und auf dessen Platz und Status in der Gesellschaft beschränkt. Da den *chōnin* der Zugang zu höheren Regierungsämtern verwehrt war, sie in den Räten der Samurai keine Stimme hatten und ihnen auch keine Möglichkeit offenstand, in den Adelsstand aufzusteigen, konnten sie für Staatsangelegenheiten kein Interesse zeigen. Ihre Kultur wurde hauptsächlich von der Suche nach dem Genuß getragen. Sie vermied das ›Vornehme‹ zugunsten des Menschlichen und Amüsanten. Sie befaßte sich mit persönlichen, unmittelbaren und erotischen Problemen. Ihr Ideal wurde die ›vergängliche Welt‹ (*ukiyo*), das Reich der Mode und der volkstümlichen Unterhaltung.

Es ist jedoch falsch, anzunehmen, daß die *chōnin* ein Leben ohne verpflichtende Ideale geführt oder kein Gefühl für sittliche Ordnung gehabt hätten. Kaufmann und Handwerker lebten in einer Welt der Pflichten und Wünsche, die in ihrer Art ebenso hohe Forderungen stellte wie die der Samurai. Der Kaufmann mußte sein Geschäft in die Höhe bringen und so seinen Familiennamen ehren. Der Handwerker mußte die Qualität seines jeweiligen Gewerbes halten. Es gab einen ›Weg des *chōnin*‹, der es dem Kaufmann zur Aufgabe machte, sorgsam für ehrlichen Gewinn zu arbeiten und seine Kräfte für seinen Beruf und die Bereicherung seines Unternehmens einzusetzen. Vielleicht in Anlehnung an den ›Weg des Samurai‹ legte der des Kaufmanns nicht weniger streng Gewicht auf die Bedingung der Loyalität (seinem Geschäft gegenüber) und der Einfachheit (damit er die Gewinne nicht verschwende). Das Leben der *chōnin* konnte anstrengend und beengt sein und lange Jahre der Lehrzeit und des untergeordneten Innendienstes einschließen.

Während somit das, was wir als ›*chōnin*-Kultur‹ bezeichnen, größtenteils der Sehnsucht des Kaufmanns nach Zerstreung und Entspannung entsprang, stellte das Leben der *chōnin* in seiner Realität doch ernste Anforderungen und entbehrte nicht der Bereiche, in denen nützliche Leistungen vollbracht wurden. Vor allem erkannten die *chōnin* Werte und sogar religiöse Glaubensvorstellungen an, die ihrem Beruf Würde und Bedeutung verliehen. Große Handelshäuser wie das der Mitsui lebten nach Verhaltensregeln, die ebenso streng waren wie irgendwelche von denen, die für die Samurai galten. Ishida Baigan (1685 bis 1744), der Kaufmann und Philosoph aus Kyōto, mischte shintoistische, konfuzianische und buddhistische Grundsätze zu einer neuen Religion, die unmittelbar auf die täglichen Bedürfnisse des gewöhnlichen Volkes zugeschnitten war. ›Das Studium des Herzens‹ (*Shingaku*), wie diese neue eklektische Lehre genannt wurde, betonte, daß man die natürliche soziale Ordnung (d.h. die der vier Klassen) annehmen müsse, und machte es jedem einzelnen zur Aufgabe, das ihm vom Schicksal bestimmte Leben achtsam, mitleidsvoll und ehrlich zu führen. Die Kaufleute hätten im Weltgefüge eine ebenso wichtige Stellung inne wie die anderen Klassen, verkündete diese Doktrin, und um ihrem Beruf Ehre zu machen, wäre es für sie wesentlich, ihrem ›Weg‹ entsprechend zu leben.

Auch bei der bemerkenswerten Entwicklung einiger der praktischen Zweige der Forschung und Technologie spielte die kaufmännische Initiative eine

bedeutende Rolle. Die Mathematik, die sowohl bei der Buchhaltung wie bei Problemen der Astronomie und des Ingenieurwesens Anwendung fand, erreichte eine Entwicklungsstufe, auf der japanische Mathematiker wie Seki Takakazu (1642–1708) Fähigkeiten verrieten, die den Vergleich mit denen seiner europäischen Zeitgenossen aushalten. Inō Chūkei (1745–1818) fertigte eine beachtlich genaue Karte von Japan an, nachdem er siebzehn Jahre lang das Land vermessen hatte. Auf dem Gebiet der Astronomie, Agronomie, Botanik, Medizin und des Ingenieurwesens entwickelten häufig Männer, die nicht dem Samurai-Stand angehörten, verbesserte Methoden. Was der japanische Historiker Nishida Naojirō den »Geist der Kalkulation und des Abschätzens« genannt hat, das sachliche Abwägen des Verstandes gegenüber realen Problemen, verdankte seine frühe Verbreitung der Tätigkeit von *chōnin* oder anderen Städtern nichtadeliger Abkunft.

Im großen und ganzen jedoch war die Kultur der Kaufleute als eigenständige Tradition eine Schöpfung der *ukiyo*, der Welt der Unterhaltung. Ihre Grundlagen waren der weibliche Unterhaltungskünstler, die *shamisen*-Musik, die volkstümliche Erzählung, das neue Schauspiel und der Holzschnitt, der so weit verbreitet war. Unter all diesem war in erster Linie die *geisha* von Bedeutung, denn sie stand einerseits im Mittelpunkt der städtischen Vergnügungswelt und war andererseits auch ein ganz besonderes Produkt des gesellschaftlichen Brauchtums in Japan. Als berufsmäßiger weiblicher Unterhaltungskünstler setzte die *geisha* (*gei* bezieht sich auf die darstellenden Künste) der Tokugawa-Zeit die Tradition einer langen Reihe von Kurtisanen und Tanzmädchen fort, die gewöhnlich ein Teil der aristokratischen Vergnügungswelt gewesen waren. In der Tokugawa-Zeit wurde sie jedoch eine fest eingeführte Institution, die neuen und weiteren Bevölkerungsschichten in den Städten zur Verfügung stand. In einer Gesellschaft, in der das Leben in der Familie sowohl für den Samurai wie für den gewöhnlichen Mann so streng geregelt war, daß eine freie Gastlichkeit nicht möglich war, in der es keine gesellschaftlichen Veranstaltungen für beide Geschlechter wie Bälle, Tänze und Diners gab und in der die arrangierte Heirat das Werben ausschloß, erfüllte die berufsmäßige Unterhaltungskünstlerin eine wichtige Funktion. Die *geisha* und die Welt um sie, die sie schuf, stellten die einzige Möglichkeit für ein zwangloses Zusammensein von Frauen und Männern dar, wenn man von den reinen Routinebegegnungen im Bordell absieht.

Die *geisha* lebten zentralisiert in gewissen, besonderen Vierteln der neuen Städte, den »nachtlosen Städten« wie Shimabara und Gion in Kyōto, Shinbashi in Ōsaka oder Yoshihara in Edo. Dort wurde die *geisha* die zentrale Figur in der Welt der Gaststätten, Theater, Bäder und Bordelle. Dem Samurai war der Zutritt zu dieser Welt verboten, die in der Hauptsache von den reichen Kaufleuten geschaffen worden war, doch genossen auch die Samurai mehr und mehr die Zerstreuungen des Rotlichtdistrikts, indem sie für solche Besuche der Vergnügungsviertel ihre langen Schwerter ablegten. Somit stellte die »nachtlose

Stadt: sowohl wohl für den Samurai wie für den nüchternen geschäftstüchtigen Kaufmann eine Stätte der Entspannung von den Mühen des Amtes oder des Abakus dar. Sie erwies sich auch als eine erhebliche Quelle der Versuchung. Denn wie zahlreiche volkstümliche Theaterstücke und Romane aus dieser Zeit bezeugen, wurde die *geisha* häufig die Schlüsselfigur in dem Konflikt zwischen Pflicht (*giri*) und leidenschaftlicher Neigung (*ninjō*).



© Abb. 18: Geisha mit Dienerin, nach einer Darstellung Kiyonagas

Etwa ein Jahrhundert nach der Gründung der neuen Burgstädte und dem Anwachsen der neuen städtischen Gesellschaft von Kyōto und Ōsaka begannen in dem städtischen Milieu eine eigene Literatur und Kunst zu entstehen. Die Kulturhistoriker unterscheiden zwei Hauptblütezeiten: die Genroku-Ära (1688 bis 1705) und die Bunka Bunsei-Periode (1804-1829). Während der ersten waren vorwiegend Kyōto und Ōsaka die Zentren. Während der zweiten wurde Edo der Mittelpunkt einer zwar stärker verfeinerten, aber etwas weniger lebendigen Kulturphase des städtischen Lebens. Da die meisten *ukiyo*-Kunstformen in der Genroku-Ära ihren ersten Höhepunkt erreichten, wird diese Periode gewöhnlich hervorgehoben, so daß die zweite etwas zurücktritt. Man muß sich jedoch vor Augen halten, daß sich die *chōnin-bunka* (die Kultur der *chōnin*) kontinuierlich entwickelte und in der späteren Phase eine verstärkte

Verschmelzung der kulturellen Leistungen der *chōnin* und der Samurai stattfand, was historisch von großer Bedeutung ist.

In der frühen Tokugawa-Zeit entstanden in gewaltiger Zahl kurze Erzählungen und längere Romane, die für den Leser aus dem Volk geschrieben waren; sie spiegelten den neuen Reichtum und die Muße der *chōnin* sowie die Ausbreitung der Bildung in allen Schichten. Im achtzehnten Jahrhundert gab es in den großen Städten bereits lukrative Verlagsbuchhandlungen. Verschiedene Verlage stellten einen Stab von Schriftstellern und Illustratoren ein und brachten – wobei sie sehr geschickt Reklame machten – Liebesgeschichten oder bebilderte Führer für die Vergnügungsviertel heraus. Oft fanden sie hierbei überaus geniale Methoden, die zensorischen Bemühungen der *bakufu*-Moralisten zu vereiteln. Ähnlich der modernen Heftchenliteratur befaßte sich diese Literaturgattung in der Hauptsache mit den Rotlichtdistrikten und Herzensangelegenheiten. Sie brachte Erzählungen von *chōnin*-Dandies, die sich in den *geisha*-Vierteln oder mit den schönen *geisha* selbst auskannten. Sie war oft schlüpfrig und wurde häufig verboten.

Ihara Saikaku (1641–1693), ein Kaufmann aus Ōsaka, war die erste große Persönlichkeit auf dem Gebiet der *ukiyo-zōshi* (Geschichten von der *ukiyo*). Gegen Ende seines Lebens wandte er sich – ein Genie im Verfassen von Kettengedichten – dem Sujet des Sex (*kōshoku*) zu. Sein *Wollüstiger Mann* (*Kōshoku ichidai otoko*) erschien im Jahre 1682 und erzählt das Leben eines frühreifen jungen Mannes, der schließlich im Alter von sechzig Jahren ein Schiff besteigt, um nach der ›Insel der Frauen‹ zu fahren, nachdem er die Möglichkeiten der Liebeserfahrung in Japan erschöpft hat. Sein *Wollüstiges Weib* (*Kōshoku ichidai onna*) berichtet von einer Frau, die ähnlich wie Moll Flanders immer tiefer sinkt, bis sie endlich als Prostituierte in einem buddhistischen Kloster gehalten wird. Im Jahre 1687 verlegte sich Saikaku auf Geschichten von Homosexuellen in der Samurai-Gesellschaft und wandte sich, nachdem diese verboten worden waren, im Jahre 1688 erbaulichen Erzählungen über den Weg zu kommerziellem Erfolg zu. In seinem Werk *Die ewigen Speicher Japans* (*Nihon eitaigura*) schrieb er über erfolgreiche Kaufleute und wie sie zu ihrem Reichtum kamen. Saikaku trug hauptsächlich durch seinen Realismus und die Leichtigkeit, mit der er seine Themen behandelte, zur Entwicklung der japanischen Literatur bei. Er schuf eine echte Literatur des Kaufmannsstandes, die das Leben des *chōnin*, seine Vorzüge und Schwächen schilderte. Ein weiterer überaus populärer Schriftsteller der frühen Tokugawa-Zeit war Ejima Kiseki (1667–1736), der im Stil Saikaku folgte, aber sogar noch realistischer schrieb und in seine Werke einen kritischen, beinahe satirischen Ton brachte. Seine Darstellungen von einzelnen Charakteren (*katagi mono*) beschrieben das Leben verschiedener Typen – von *geisha*, Kaufmannsöhnen, Ladenburschen und ähnlichen Leuten – und stellten besonders Charakterschwäche in der zweiten Generation heraus. Nachdem der Strom volkstümlicher Literatur einmal eingesetzt hatte, hielt er an und fand bei der neuen städtischen Bevölkerung großen Anklang. Vieles aus der Masse der

komischen Bücher, der für das Volk bearbeiteten Neufassungen klassischer Erzählungen, der Liebesgeschichten und der Theater-, Gaststätten- oder Reiseführer zu berühmten Orten erwies sich als reine Trivallliteratur. Von Zeit zu Zeit jedoch wurden Werke geschaffen, die Beachtung verdienen, wie zum Beispiel Jippensha Ikkus (1775–1831) komische Beschreibung einer Reise auf der Tōkaidō (*Tōkaidō chū hizakurige*). In modernes Englisch übersetzt, hat sie aufgrund ihres scharfen Witzes Beachtung gefunden.

Die Entwicklung einer Volksliteratur und einer Vielzahl von Nachtlokalen in der ›vergänglichen Welt‹ (*ukiyo*), die Reklame brauchten, regte das Schaffen volkstümlicher Illustratoren an. Da die Japaner noch immer den Holzplattendruck für ihre Bücher bevorzugten, war es nur natürlich, daß die Holzplatte das Medium dieser populären Bildart wurde. Der Holzdruck (*ukiyo-e*) wurde mit der Zeit eine wichtige Kunstform. Zuerst waren es einfache Schwarz-Weiß- Holzschnitte; später trat die Farbe hinzu, wobei man sich neue Verfahren zunutze machte, die man via Nagasaki von den Chinesen gelernt hatte. Gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts war die Technik des Mehrfarbendrucks entwickelt worden, mit deren Hilfe künstlerisch überaus hochstehende Bilder hergestellt werden konnten. Die Holzdrucke wurden zu kommerziellen Zwecken und für den Massenbedarf angefertigt; sie fanden zum Beispiel als Buchillustrationen, Reklamezettel für Theater oder *geisha*-Häuser oder als Andenken an berühmte Orte Verwendung. Aus diesem Grunde galten sie als trivial und vulgär und wurden erst am Ende der Tokugawa-Zeit als schätzenswerte Kunstwerke anerkannt. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß die *ukiyo-e* zuerst in Europa echtes Interesse erregten. Unter den Holzschnittkünstlern war Hishikawa Moronobu (1618–1694) der erste von Bedeutung. Suzuki Harunobu (1725–1770) führte die geschickte Verwendung von Farbe zu ihrem ersten Höhepunkt. Kitagawa Utamaro (1753–1806) spezialisierte sich auf idealisierte Frauentypen. Katsushika Hokusai (1760–1849) und Andō Hiroshige (1797 bis 1858) stellten Landschaften und berühmte Orte dar; ihre Bilder besitzen große Lebendigkeit und optische Wirkung.

Das volkstümliche Theater begann mit herumziehenden Balladensängern und Tänzern, entwickelte sich jedoch während der Tokugawa-Zeit zu einem ernstzunehmenden Puppenspiel (*ningyō jōruri*) und einem kunstvollen Bühnendrama (*kabuki*). Wie im England Elisabeths I. hatte das Theater unter dem offiziellen Zensor zu leiden. Die frühen Schauspielerinnen hatten eine so niedrige Moral, daß über die Schauspielerlei verschiedentlich Verbote verhängt wurden. Die Bühnenkunst erreichte daher ihre Vollendung zuerst im Puppenspiel, wo gewaltige Puppen von zwei Drittel natürlicher Größe von mehreren sorgfältig ausgebildeten Puppenspielern gehandhabt wurden. Als sich schließlich das Bühnendrama als *kabuki* durchsetzte, durften in ihm nur noch männliche Schauspieler auftreten. Dieser Umstand und der starke Einfluß des *nō*-Spiels und der Medien der Puppe und des von Gesang begleiteten Tanzes führten zu einer einzigartigen Theatertradition von großem Formenreichtum, die

vom hochstilisierten Tanzdrama bis zur realistischen bürgerlichen Tragödie reichte. Der größte der Dichter, die für das *jōruri* wie auch derer, die für das *kabuki* schrieben, war Chikamatsu Monzaemon (1653–1724), dessen Interessengebiet sowohl historische Samurai-Dramen wie Werke über das Leben der *chōnin* umfaßte. Viele der letzteren waren Tagesereignissen nachgestaltet, wie zum Beispiel tatsächlichen Doppelselbstmorden von einander liebenden *chōnin* und *geisha*. Nirgends wird das Gefühlsleben der *chōnin* und Samurai eindrucksvoller geschildert als in Chikamatsus Stücken, bei denen der tragische Konflikt zwischen Loyalität und menschlichem Empfinden oder zwischen der Pflicht gegenüber der Familie und gefühlsmäßiger Neigung (der *giri-ninjō*-Konflikt) im Mittelpunkt steht. Auf Chikamatsu folgten weitere Dramatiker; von diesen gelang es Kawatake Mokuami (1816–1893), die Kluft zwischen dem Theater der Tokugawa-Zeit und dem der Meiji-Zeit zu überbrücken.

Während der Samurai im allgemeinen an der ›vergänglichen Welt‹ (*ukiyo*) nur heimlich Anteil nahm, verband die Dichtkunst alle Schichten der Tokugawa-Gesellschaft. Die wichtigste Gedichtform dieser Zeit war das kurze *haiku*, das aus drei Zeilen von fünf, sieben und fünf Silben besteht. Das *haiku* wurde die dichterische Ausdrucksform, die in Japan die größte Popularität gewann, denn es konnte von hoch und niedrig gepflegt werden und in ernstem oder lustigem Ton gehalten sein. Im Verlauf der Tokugawa-Periode bildeten sich sogar verschiedene *haiku*-Stile heraus, wie zum Beispiel ein als *kyōka* (›verrückte Verse‹) bekanntes komisches Genre, satirische Gedichte und sogar solche, die sozialen Protest erhoben. Es ist jedoch die ernste Variante der *haiku*- (oder *haikai*-) Dichtung, die die größte Aufmerksamkeit erregt hat, da sie eine schlichte und gleichzeitig doch überaus aussagekräftige poetische Ausdrucksform schuf. Die ernstzunehmenden *haiku*-Dichter kamen in der Tokugawa-Zeit aus zahlreichen Lebensbereichen, dem der Samurai wie dem der *chōnin*, doch die am besten bekannten entstammten dem Priestermilieu oder der Welt der Samurai-Gelehrten. Matsuo Bashō (1644–1694), der erste und bedeutendste der ernsthaften *haiku*-Dichter, war Samurai von Geburt und erhielt eine gute Erziehung, ehe er das Leben eines herumziehenden Einsiedlers zu führen begann. Indem er seinen Unterhalt damit bestritt, daß er Schüler unterwies, reiste er häufig durch das Land und schrieb von seiner Liebe zur Natur und seiner Suche nach dem Sinn des Lebens. In seinen Gedichten klingt die typisch buddhistische Melancholie über das Schwinden und Vergehen in der Natur und im menschlichen Leben an. Sein Werk *Die schmale Straße von Oku* (*Oku no hosonichi*), ein überaus poetischer Bericht von seiner Reise in Nordjapan, enthält mit das Beste, was er geschrieben hat. Bashōs Nachfolger setzten seinen Stil fort und entwickelten ihn zu einer systematischeren Form. Von ihnen haben Yosa Buson (1716–1783) und Kobayashi Issa (1763–1827) einige der vollendetsten *haiku* verfaßt.

Für die Art, in der sich das Leben für den weitaus größten Teil der städtischen Bevölkerung in Japan zu ändern begonnen hatte, läßt sich kein besseres Beispiel

finden, als wenn man die ›haiku-Gesellschaften‹ in den großen Städten untersucht. Hier im städtischen Bereich, der sowohl das Leben im administrativen Dienst für die Daimyō auf der einen Seite wie die Vergnügungsviertel der Kaufleute auf der anderen einschloß, entwickelten sich durch Verschmelzung Wertmaßstäbe und Interessen, die eine Mittelstellung zwischen diesen beiden Polen einnahmen. Die neue, weltzugewandte und rationalistische Lebensauffassung, die für die Einstellung der Samurai wie der *chōnin* charakteristisch war, bekam allmählich einen völlig neuen – man ist versucht zu sagen, modernen – Anstrich. Die städtische Kultur der Tokugawa-Zeit war wesentlich weniger von der Religion bestimmt und nach sozialen Schichten gestuft als irgendeine Kultur zuvor in Japan.

11. Die Tempō-Ära (1830–1844) und die wachsende innenpolitische Krise

Im Jahre 1830 war Japan sehr verschieden von dem Land, das es im Jahre 1600 gewesen war. Während der Zeit des ›großen Friedens‹ unter den Tokugawa hatten seine Bevölkerung und sein Reichtum beträchtlich zugenommen; die Werte, die seine herrschenden Schichten als für ihr Leben gültig anerkannten, waren von konfuzianischen Lehrern neu bestimmt worden und im Bereich der von geschäftiger Betriebsamkeit erfüllten Städte Edo und Ōsaka sowie innerhalb und außerhalb der Burgen der Daimyō fanden die Japaner in großer Breite nun die Muße, sich zu bilden, zu forschen und sich zu vergnügen. Doch hatte der Frieden auch Probleme mit sich gebracht, nämlich überbesetzte und zu starre Verwaltungsapparate und wirtschaftliche Verschiebungen, die viele Gebiete des Landes in Not geraten ließen. Wie soll man daher die allgemeine Lage des Landes beurteilen? War Japan, wie einige Historiker behauptet haben, krank, weil es zu lange den Kontakt mit der Außenwelt entbehrt hatte – ein technisch rückständiges, wirtschaftlich schwaches und unbeweglich einem überholten Regierungssystem verpflichtetes Land? Was wäre geschehen, wenn nicht die Expedition Perrys im Jahre 1854 das Tor zu Japan aufgestoßen und dadurch dem Land eine unerwünschte Herausforderung durch den Westen aufgezwungen hätte? Hätte Japan allein weiterbestehen oder vielleicht sogar seine politischen Institutionen neu beleben können? Oder wäre es zu einem langsamen Niedergang verurteilt gewesen, der zur Stagnation oder zum Bürgerkrieg geführt hätte?

Fragen dieser Art können natürlich nicht endgültig beantwortet werden, und es ist in jedem Fall unmöglich, sich vorzustellen, daß Japan nach 1800 allein aus eigenem Impuls, ohne überhaupt von der Außenwelt Kenntnis zu nehmen, handelte. An der Jahrhundertwende, bestimmt jedoch im Jahre 1830, war sich das Land der Existenz einer neuen ausländischen Bedrohung vom Westen her klar bewußt. Außerdem stimmt es auch, daß Japan im Jahre 1830 nicht selbstgefällig war oder schlief und daß es nicht die außenpolitischen Probleme allein waren, die den Japanern Grund zur Beunruhigung gaben. Die Tempō-Ära (1830–1844) bezeichnet einen Zeitabschnitt in den späten Jahren der Tokugawa-

Regierung, als die Nation von einem allgemeinen Gefühl der Krise ergriffen wurde, das ihren leitenden Männern die Notwendigkeit einer Reform eindringlich vor Augen führte. Die Ursachen der Bestürzung waren zunächst mehr innerhalb als außerhalb des Landes zu suchen.

Im Jahre 1830 konnten sich wenige Japaner dem schmerzlichen Gefühl eines ›dynastischen Niedergangs‹ entziehen, der im Shogunat und bei den Einrichtungen der Daimyō eingesetzt hatte. Vielleicht waren es die Samurai, die am meisten Grund hatten, über die Zukunft beunruhigt zu sein, denn als Klasse befanden sie sich in einer überaus entmutigenden wirtschaftlichen Situation. Die Finanzpolitik des *bakufu*, insbesondere die Entwertung der Währung, hatte die wirtschaftliche Lage derer, die eine feste Besoldung in Reis erhielten, immer weiter verschlechtert. Zwischen 1819 und 1837 hatten neunzehn Geldentwertungen stattgefunden. Es handelte sich dabei um hohe Beträge, die soviel Gewinn brachten, daß sie ein Drittel bis die Hälfte der jährlichen Ausgaben des *bakufu* deckten, und die durch die Inflation angerichtete Not war groß. Die steigenden Preise vermehrten noch die bereits erheblichen Schwierigkeiten der Samurai, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten; die meisten von ihnen bezogen nämlich zu dieser Zeit herabgesetzte Gehälter, da sie gezwungen gewesen waren, ›freiwillige‹ Kürzungen ihres Soldes vornehmen zu lassen, um die Finanzen der Daimyate zu stärken. Daß viele Samurai in einer entsetzlichen wirtschaftlichen Zwangslage waren, zeigt sich an der Zahl der Fälle, in denen Gefolgsleute des Shōgun Töchter aus Kaufmannsfamilien, die mit einer stattlichen Mitgift ausgestattet waren, zur Frau nahmen oder sogar ihre Geburtsrechte verkauften. In vielen *han* wandten sich die unteren Schichten der Samurai der Herstellung handwerklicher Erzeugnisse zu, indem sie auf Submissionsbasis für Kaufleute arbeiteten, die bei ihnen Laternen, Schirme, Fächer, Pinsel und ähnliches in Auftrag gaben. In den Jahren nach 1830 waren die Gründe für die mißliche Situation der Samurai ihr zu spärliches Einkommen und die zu geringen Arbeitsmöglichkeiten. Die Samurai waren schlechterdings zu viele für die Aufgaben, die sie – ohne ihre Standesehre zu verletzen – übernehmen konnten. Trotzdem waren sie verpflichtet, in strenger Zucht und klassenbewußt zu leben, was sie daran hinderte, einen anderen Beruf zu ergreifen. Das Wirtschaftsvolumen der Samurai-Klasse in der Tokugawa-Zeit erwies sich einfach als unzureichend.

Doch ging es den Samurai im einzelnen finanziell nicht schlechter als den staatlichen Verwaltungseinrichtungen, unter denen sie lebten. Von der Wende zum achtzehnten Jahrhundert an waren die Daimyate von zunehmender Verschuldung betroffen worden. Da von den Daimyō verlangt wurde, daß sie ständig eine amtlich festgelegte Summe aufwandten, die die immer wiederkehrende Belastung der *sankinkōtai*-Reise (s.o.S. 169) einschloß, da ihnen eine überbesetzte Bürokratie und unnötige Armeen aufgebürdet worden waren, da sie periodisch nach Bränden oder Überschwemmungen ihre Hauptstädte oder ihre Residenzen in Edo wiederaufbauen mußten und da sie die ständig

wachsenden laufenden Ausgaben in Bedrängnis brachten, gerieten die meisten Daimyate bei den Bankhäusern der Kaufleute in ein Netz von Schulden, ohne Aussicht, der finanziellen Entwicklung eine andere Richtung geben zu können. Um nur zwei Beispiele anzuführen: Das Daimyat Owari mit einem jährlichen Einkommen von etwa 250000 *koku* Reis mußte im Jahre 1801 eine Anleihe von 127000 *ryō* aufnehmen. (Wenn wir annehmen, daß der Wert eines *koku* Reis ungefähr einem *ryō* Gold entsprach, so können wir sehen, daß die Schuld höher als die Hälfte der Jahreseinkünfte des Daimyats war.) Zwischen 1849 und 1853 bezog Owari 1,8 Millionen *koku* auf Kredit, der durch Pfandverschreibungen des jährlichen Steueraufkommens an Reis gesichert wurde. Das Daimyat Satsuma befand sich sogar in einer noch kritischeren Lage. Als ein Daimyat, das auf 770000 *koku* veranschlagt war, hatte es im Jahre 1807 1,3 Millionen *ryō* Schulden, und im Jahre 1830 waren diese auf beinahe 5 Millionen *ryō* angewachsen. Der Betrag entsprach dem gesamten Steueraufkommen des Daimyats in zwanzig Jahren. Dies waren keine Einzelfälle, und es wird geschätzt, daß Kaufleute in Ōsaka im Jahre 1840 alles in allem 60 Millionen Goldryō an Außenständen bei den Daimyō besaßen; der jährliche Zins allein hätte theoretisch ein Viertel des normalen Steuereinkommens des Landes verschlungen, wenn er in regelmäßigen Raten entrichtet worden wäre.

Die meisten *han* hatten irgendwie gelernt, mit von Schulden belasteten Finanzen fertig zu werden, indem sie sich mit einer Reihe von Kunstgriffen halfen: sie setzten zum Beispiel Papiergeld in Umlauf oder begannen in Zusammenarbeit mit Kaufleuten verschiedene monopolistische Unternehmungen. In Wahrheit mag es so sein, daß die Spaltung in Schuldner und Gläubiger nicht so extrem oder gefährlich war, wie man damals glaubte, denn die *han*-Finanzen und Steuermanipulationen waren so von Finanzagenten abhängig geworden, daß viele der Maßnahmen der Daimyate heute als Form der Defizitfinanzierung anmuten würden. Doch verstand man dies damals keineswegs. In den Jahren nach 1830 befanden sich daher die meisten *han* wie auch das *bakufu* in einem Zustand der Bestürzung: sie versuchten verschiedene Methoden, waren aber wenig zuversichtlich, daß sie sich von ihren Schulden würden befreien können. Sie sahen keine klare Alternative zu der traditionellen Politik der Einschränkung und Sparsamkeit als die, sich weiter mit den Kaufleuten einzulassen.

In den angespannten Jahren nach 1850 waren die, denen es wirtschaftlich am besten ging, natürlich die erfolgreichen Kaufleute und Unternehmer in den Dörfern. Aber den wenigen Wohlhabenden in den oberen Schichten der Stadt- und Dorfgemeinschaften standen die großen Massen der armen Bauern und Städter gegenüber, die am Rande des Verhungerns lebten. In einer überaus starr reglementierten wirtschaftlichen Ordnung einerseits der Belastung der Inflation, andererseits der Ausbreitung des Geldwesens ausgesetzt, mußten sie feststellen, daß sie einen immer größeren Teil ihrer Bedürfnisse zum Leben von ihrem unzureichenden Verdienst kaufen mußten. In einer überwiegend agrarischen

Wirtschaft hatten Naturereignisse wie Seuchen oder Mißernten unmittelbare Auswirkungen. Von 1824 bis 1832 waren Mißernten häufig. Im Jahre 1833 wurde Nordjapan und im Jahre 1836 ganz Japan von einer großen Hungersnot heimgesucht. Um die Mitte der dreißiger Jahre versetzten Bauern, die ihren Grund und Boden verlassen hatten, das Land in Aufruhr, und die Städte quollen über von Landleuten, die sich verdingen wollten. Das *bakufu* und die *han*-Regierungen richteten Stellen zur Unterstützung der Notleidenden ein. Doch die Armen waren in einer verzweifelten Stimmung. Gewalttätigkeiten und die Zertrümmerung von Reisspeichern waren bald keine Seltenheit mehr. Der Aufstand, den Ōshio Heihachirō im Jahre 1837 in Ōsaka versuchte, verdeutlicht den Ernst der Lage, in der sich die Massen befanden. Ōshio hatte die Bauern der vier Provinzen um Ōsaka aufgefordert, sich zu erheben und »die herzlosen Beamten und die im Luxus schwelgenden Kaufleute, die Gewinne machten, während die Armen hungerten«, zu töten. Sein naiver Plan, das Schloß von Ōsaka zu erobern und so die Handelsmetropole Japans einzunehmen, wurde an einem Tag vereitelt. Aber seine Revolte machte auf das Land tiefen Eindruck – sowohl auf das *bakufu*, dessen Autorität in Frage gestellt worden war, wie auf die Bauernschaft.

Die allgemeine Unruhe der Landbevölkerung stand mit einem weiteren Massenphänomen auf dem Land in Verbindung, das das Ende der Regierung andeutete. Angefangen mit dem Jahre 1814 entstand im Verlauf mehrerer Jahrzehnte eine Reihe volkstümlicher messianischer religiöser Bewegungen, die alle aus dem Bauernstand erwuchsen. Die meisten dieser Bewegungen, die heute unter der Bezeichnung ›Shintō-Sekten‹ zusammengefaßt werden, legten besonderes Gewicht auf das Gesundbeten und auf irdisches Glück. Kurozumi Munetada (1780–1850), ein Shintō-Priester aus dem Daimyat Bizen, behauptete, als Folge einer schweren Krankheit eine mystische Sehergabe zu besitzen. Seine im Jahre 1814 gegründete Kurozumi-Sekte betonte den Glauben an die Macht Amaterasus. Die Tenri-Bewegung wurde im Jahre 1838 von Nakayama Miki (1798–1887), der Frau eines Bauern aus der Provinz Yamato, ins Leben gerufen, die auch die Kraft des Gesundbetens für sich in Anspruch nahm. Die Konkō-Sekte wurde im Jahre 1859 von Kawade Bunjirō (1814–1883), einem Bauern aus Zentraljapan, gegründet. Alle drei Bewegungen gewannen eine große Anhängerschaft unter der Bauernbevölkerung, bei der sie Anklang fanden, weil sie ihr ein ideales Leben und Schutz vor Krankheit versprachen.

Es fällt jedoch auf, daß trotz aller dieser Anzeichen für wirtschaftliche Not und Unzufriedenheit kein offenerer oder wirkungsvollerer Protest erhoben wurde. Gewiß, die Zeit lieferte beträchtliche Beweise für das, was man als ›Abtrünnigkeit der Intellektuellen‹ bezeichnen könnte. Auf beinahe jedem Gebiet konnte man Männer finden, die Kritik übten, und solche, die ihrer Besorgnis Ausdruck gaben – »Vorläufer der Restaurationsbewegung«, wie sie Sir George Sansom nannte. Andō Shōeki verlangte die Abschaffung der Samurai-Klasse und eine völlige Rückkehr zur Landwirtschaft. Honda Toshiaki drängte Japan, den

Weg zum Weltreich einzuschlagen und seine neue Hauptstadt in Kamchatka zu errichten. Takashi Shūhan (1798–1866) verbrachte ein Leben mit dem Bemühen, das *bakufu* von der Notwendigkeit der Modernisierung seiner militärischen Befestigungsanlagen zu überzeugen. Sakuma Shōzan (1811–1864) und Takano Chōei (1804–1850) empfahlen dem *bakufu* die Bewaffnung nach westlichem Muster. Die Philosophen des Daimyats Mito forderten im Namen des Kaisers größere Berücksichtigung der Bedürfnisse des Landes. Es ist jedoch bezeichnend, daß diese warnenden Stimmen in der Hauptsache von isolierten einzelnen laut wurden. Keiner gewann eine Anhängerschaft, die sich revolutionärem Vorgehen verschrieben hatte, oder schuf eine dauernde politische Organisation. Dasselbe gilt auch für die Ausbrüche von Gewalttätigkeit des Mobs in den Städten und Dörfern. Die Unzufriedenheit war groß, doch sie nährte keine politischen oder sozialen Theorien, die den Kampf gegen das Regime forderten. Es lag weder Revolution in der Luft noch kann man mehr als eine sehr vage Andeutung der Zerstörung der bestehenden Ordnung feststellen. Die Tempō-Ära sah vielmehr eine Reihe weiterer emsiger Reformen durch das *bakufu* und zahlreiche *han*, die sich innerhalb der Grenzen des existierenden politischen Systems hielten.

Die Reformen der Tempō-Ära versuchten erneut, mit traditionellen Waffen gegen wohlbekannte Probleme vorzugehen, die sich bislang der Lösung entzogen hatten. Wenn es in den Reformversuchen irgend etwas Neues gab, so war es die Verzweiflung und die wachsende Entschlossenheit auf seiten der Samurai- Beamten, ihre Autorität zu vergrößern, um den Schwierigkeiten, vor die sie sich gestellt sahen, begegnen zu können. Einige Historiker haben diese Zeit so verstanden, daß sie den Beginn eines Trends zum politischen Absolutismus kennzeichnet, der in die frühen Jahre der Neuzeit übernommen wurde. Sie behaupten zum Beispiel, eine neue Verschmelzung von Interessen der unteren Schichten der Samurai und lokaler Erzeuger nachweisen zu können, die zu einem Kompromißstadium zwischen Feudalismus und industriellem Kapitalismus geführt habe. Doch Analogien zur europäischen Geschichte sind in diesem Fall besonders gefährlich.

Mizuno Tadakuni (1793–1851), der Leiter der Tempō-Reform des *bakufu*, war in seinen Maßnahmen sicherlich radikaler als die beiden Reformatoren, die seine Vorgänger gewesen waren; sein Versagen war noch kläglich. Hinter seinem Reformversuch stand ebenfalls ganz offensichtlich das Gefühl der Krise. Tadakuni, der im Jahre 1834 *rōjū* geworden war, war ein Mann von beträchtlicher Verwaltungserfahrung, der sowohl als Kommandant des Schlosses von Ōsaka wie als Generalgouverneur von Kyōto Dienst getan hatte. Er stand auch mit Tokugawa Nariaki (1800–1860) in Verbindung, dem Oberhaupt des Daimyats Mito, der über die ziellose Regierungsführung des *bakufu* immer beunruhigter geworden war. Nariaki hatte im Jahre 1838, im Anschluß an die Rebellion des Ōshio, den Shōgun an die Notwendigkeit einer Reform gemahnt. Seine Ausführungen behandelten genau die traditionellen Punkte: Rückkehr zum kriegerischen Geist der Vergangenheit, Einschränkung des Außenhandels

und der Kontakte mit Ausländern, Verbot der holländischen Studien und Verbannung des ›Luxus‹ aus der Regierung und dem privaten Leben der Samurai. Es gab viele, die mit Nariaki sympathisierten, doch solange der alte Shōgun Ienari lebte, konnte keine Änderung der Politik erwogen werden. Als Nariaki im Jahre 1840 von dem Opiumkrieg in China hörte, war das für ihn der Anlaß, in seinem eigenen Daimyat Maßnahmen zu treffen. Er führte ein energisches Programm der ›geistigen Ertüchtigung‹ bei seinen Gefolgsleuten ein, verbunden mit einer Landvermessung seines ganzen Gebietes, um den Einzug der landwirtschaftlichen Steuern straffer zu organisieren. Seine Bemühungen hatten, wirtschaftlich gesehen, wenig anhaltenden Erfolg, doch gefühlsmäßig wurde das Daimyat sehr aufgerüttelt.

Als Ienari im Jahre 1841 starb, wurde Mizuno zum Vorsitzenden der *rōjū* gemacht und ermutigt, streng vorzugehen. Er begann mit einem drastischen Hausputz, im Zuge dessen etwa 1000 Angestellte und Bedienstete aus ihren Stellungen im *bakufu* entlassen wurden. Er verkündete die übliche Reihe von Gesetzen gegen den Aufwand und von Bemühungen, »die Klassen auf den rechten Weg zurückzuführen«. Seiner Zensur lockerer Literatur fiel Tamenaga Shunsui (1790–1843) zum Opfer, ein populärer Verfasser komischer Geschichten, der im Gefängnis starb, nachdem man ihm die Hände abgeschnitten hatte. Mizunos Landwirtschaftspolitik forderte die üblichen Anstrengungen zur Neulandgewinnung und die Rückkehr der Bauern auf ihre Höfe. Diesmal versuchte das *bakufu*, Bauern, die in den Städten ohne die für eine Wohnsitzänderung notwendigen Papiere aufgegriffen wurden, gewaltsam zurückzuführen. Mizunos Methode, die Finanzen des *bakufu* zu verbessern, unterschied sich in keiner Weise von denen seiner Vorgänger. Einer Neumünzung von 1,7 Millionen *ryō* in den Jahren 1841/42 folgte im Jahre 1843 eine Forderung von etwa 2 Millionen *ryō* erzwungener Darlehen, gerichtet an eine Gruppe von 700 Kaufleuten in Edo, Ōsaka, Kyōto und anderen Städten. Das seltsamste anachronistische Unterfangen Mizunos war eine kostspielige Wallfahrt nach Nikkō, um dadurch, wie er hoffte, die Moral und das Ansehen des *bakufu* zu heben.

Ungewöhnlich und strittig war auch Mizunos plötzliche Abschaffung aller vom *bakufu* lizenzierten Monopole (*kabu-na-kama*) und Großhandelsorganisationen (*tonya*). Seine Beweggründe scheinen zwar durchaus lauter gewesen zu sein, denn er glaubte auf diese Weise das seiner Ansicht nach künstlich hohe Preisniveau drücken zu können, und auf seinen Auflösungserlaß folgten andere, die eine zwanzigprozentige Senkung der Preise, Löhne und der Pachtgebühren verlangten, doch zeitigte dieses Vorgehen äußerste Bestürzung. Die Zirkulation der Waren geriet ins Stocken, und das Ergebnis war, daß die Preise noch mehr in die Höhe gingen. Mizunos letzte und überraschendste Maßnahme war der Versuch, für die Wirtschaft des *bakufu* eine feste Landbasis zu schaffen, indem er Bannerleute und Daimyō aus der unmittelbaren Umgebung von Edo und Ōsaka entfernte. Sein Plan, der niemals ausgeführt

wurde, war, ein Gebiet von vierzig Kilometern im Quadrat um Edo und neunzehn Kilometern im Quadrat um Ōsaka räumen zu lassen.

Die Tempō-Reformen des *bakufu* scheiterten kläglich und erregten weithin Groll. Tokugawa Nariaki widersetzte sich der Wallfahrt nach Nikkō erbittert. Der Oberherr von Kii war gegen die Landabtretung. Die Abschaffung der Handelsgenossenschaften brachte die Geschäftswelt so durcheinander, daß sie im Jahre 1848 wieder instituiert wurden. Alles in allem demonstrierten die Reformen somit nur die Unzulänglichkeit des *bakufu* und riefen gefährliche Spaltungen im Lager der Tokugawa hervor, die Konflikte in sich bargen. Die wichtigsten Seitenlinien des Hauses begannen sich nun über die Art Sorgen zu machen, in der die *rōjū* das *bakufu* leiteten. Und auch zwischen dem *bakufu* und dem Land als Ganzem nahmen die Spannungen zu.

Es war nicht nur das *bakufu* allein, das versuchte, der Krise der Tempō-Ära zu begegnen. Auch die meisten der großen *han* wurden von Reformstimmung erfaßt. Manche hatten mit ihren Bemühungen bereits früher begonnen. Das Daimyat Yonezawa hatte sich zum Beispiel durch die überaus drastischen Maßnahmen der Ausgabenkürzung und der Unterstützung des agrarischen Sektors der Wirtschaft vom Bankrott wieder erholt. Die Reform in Mito, die ebenfalls auf Einschränkungen basierte, hatte sich jedoch als weniger erfolgreich erwiesen. Die beiden am besten bekannten und letztlich bedeutendsten Reformen waren die von Chōshū und Satsuma. Chōshū, das mit einer Schuld von etwa 1,6 Millionen *ryō* belastet war, war im Jahre 1831 von einem heftigen Bauernaufstand erschüttert worden, an dem sich ungefähr 2000 Menschen (einige Schätzungen sprechen von 60000!) wegen verschiedener Mißstände – unter anderem wegen hoher Steuern, Warenmonopolen und schlechter Verwaltung – beteiligt hatten. Unter der Leitung von Murata Seifū (1783–1855) wurde in dem *han* im Jahre 1837 ein strenges Sparprogramm und, nach einer völligen Neuvermessung des Landes, ein gerechteres Besteuerungssystem eingeführt, das die Bauern besänftigte. Unrentable *han*-Monopole wurden in kaufmännische Unternehmen umgewandelt, von denen Schutzzoll erhoben wurde. Mit einer Neuorganisation des Finanzwesens war bereits ein allgemeiner Fonds für die Rückzahlung privater Schulden (hauptsächlich der Samurai) eingerichtet worden, und für die Hauptschuld des *han* wurde eine lange Zahlungsfrist vereinbart. Inzwischen brachten die Transportdienste im Schiffs- und Warenverkehr durch die Meerenge von Shimonoseki große Gewinne ein, die zur Verbesserung der militärischen Einrichtungen Chōshūs und zum Kauf westlicher Ausrüstung verwendet werden konnten. – Satsuma begann seine Reform im Jahre 1840 unter der Führung von Zusho Hirosato (1776–1848), einem Samurai mit administrativer Begabung, der in den Diensten der Shimazu zum *karō* aufstieg. Zusho wandelte zunächst die phantastische Schuld des *han* in ein zinsloses Darlehen über 250 Jahre um und ging dann daran, die kommerziellen Möglichkeiten des *han* auszubauen, indem er auf den Ryūkyū-Handel und die Zuckerproduktion dieser Gegend zurückgriff. Ein Zuckermonopol verpflichtete

die Bauern, eine bestimmte Menge Zuckerrohr anzubauen, die von der *han*-Regierung zu festen, niedrigen Preisen aufgekauft wurde. Darauf wurde das Rohr verarbeitet und in Ōsaka durch eine Monopolorganisation mit enormem Gewinn verkauft.

Satsuma und Chōshū waren mit ihren Reformen relativ erfolgreich und repräsentierten so in Japan zwei äußerlich verschiedene, im Grunde aber ähnliche Methoden, die Tempō-Krise zu überwinden. Chōshū richtete seine Anstrengungen mehr auf das Gebiet der Landwirtschaft, es intensivierte sie und verbesserte die allgemeine Finanz Verwaltung des *han*. Satsuma bediente sich des Monopolsystems der *han*. Beide Maßnahmen erforderten eine starke Hand am Ruder. Beide machten es notwendig, daß sich die politische Macht energisch gegenüber den kommerziellen Geldquellen durchsetzte, und beide unterstrichen den merkantilistischen Slogan ›bereichere das Land und stärke das Militär‹ (*fukoku-kyōhei*). – Um die Mitte der vierziger Jahre war somit die Krisenstimmung des Landes deutlich wahrnehmbar. Der Mißerfolg der *bakufu*-Reform rief Verärgerung und Enttäuschung hervor. Nun, da der Schatten der westlichen Mächte auf Japan fiel, lag der Drang zum entschlossenen autoritären Handeln in der Luft, und im weiteren Verlauf wurden neue Verwaltungsmethoden und eine neue Wirtschaftspolitik versucht.

Doch kann eine abschließende Beurteilung der Lage Japans im Jahre 1844, dem letzten der Tempō- Ära, nicht völlig auf dem Gefühl der Krise und der Enttäuschung über Fehlschläge fußen. Der wesentliche Faktor bei unserer Beurteilung muß die Tatsache sein, daß Japan ein Land in der Entwicklung war, daß es nicht krank war oder schlief. Interne Probleme wurden als solche erkannt, und die Bedrohung durch den Westen wurde nicht bagatellisiert. Es ist bezeichnend, daß ein Wille zu reformieren und dem Westen Widerstand zu leisten entstanden war. Und obwohl die Bemühungen in dieser Richtung oft verfehlt waren, mußte die Vielzahl der Reaktionen, die das *baku-han*-System auslöste, Erfolge zeitigen, selbst wenn es nur durch Zufall geschah. So war im Jahre 1844 die Dezentralisierung einer der größten nationalen Pluspunkte Japans, denn in jedem Teil des Landes kümmerten sich die Daimyō und ihre Samurai-Verwalter um ihre politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse, nicht nur in ihrer Funktion als lokale Zweigstellen einer zentralisierten Bürokratie, sondern um ihrer eigenen Wohlfahrt und Sicherheit in ihrem Gebiet willen. Als sich im Jahre 1853 die Krise verschärfte, beteiligten sich zahlreiche Angehörige der Samurai-Klasse an den politischen Kämpfen.

12. Die zunehmende außenpolitische Krise

Von den innenpolitischen Enttäuschungen der Tempo-Ära wurde Japan in die Unsicherheit einer außenpolitischen Krise gestürzt. Ein Jahrzehnt nach Mizunos vergeblichem Versuch, von seiten des Shogunats eine Reform durchzuführen, befand sich Japan an der Schwelle eines Zeitabschnitts, der sich innerhalb seiner

gesamten Geschichte als das Kapitel mit der größten traumatischen Wirkung erweisen sollte – einer Zeit, in der sich in einem knappen Jahrhundert beinahe alle Aspekte seines Lebens, seine Regierung, seine Sozialstruktur und sein Lebensstil, unter westlichem Einfluß radikal ändern sollten. Japans Zusammentreffen mit dem Westen sollte wie die frühere Begegnung mit der chinesischen Kultur einen wichtigen Wendepunkt in seiner Geschichte herbeiführen. Doch die verbreitete Ansicht, daß Japan von den fremden Einflüssen einfach überwältigt wurde, gilt ebensowenig für das neunzehnte Jahrhundert, wie sie für das siebente zutrifft. Japan war nach 1853 nicht bloß das passive Objekt einer ›Verwestlichung‹. Denn in dem Prozeß der Aufnahme westlicher Einflüsse sollte Japan auch die allgemeingültigeren Attribute eines modernen Staates und einer modernen Gesellschaft erwerben.

Wir können uns daher leichter eine Vorstellung von der Umwandlung Japans nach 1853 machen, wenn wir zwischen zwei Vorgängen unterscheiden: Verwestlichung und Modernisierung. Wenn man davon spricht, daß Japan nach 1853 verwestlicht wurde, so impliziert das ein erhebliches Maß kultureller Passivität auf seiten der Japaner, eine Bereitschaft, ihre traditionelle Kultur für etwas Neues aus dem Westen buchstäblich aufzugeben. Sagt man, daß Japan nach 1853 ›modern wurde‹, so liegt das Gewicht auf einem umfassenderen Prozeß, an dem die Japaner selbst aktiv und schöpferisch teilhatten. Denn ohne Zweifel ließen die letzten hundert Jahre der japanischen Geschichte mehr erkennen als einen blinden Eifer der Japaner, den Stil Westeuropas und Nordamerikas nachzuahmen. Im Japan des zwanzigsten Jahrhunderts verbanden sich eine seit langem bestehende kulturelle Tradition und tiefliegende interne Tendenzen zur Veränderung mit Einflüssen aus dem Westen und brachten so eine moderne Gesellschaft hervor, die nichtsdestoweniger einen eigenen Charakter bewahrte.

Geschichtlich gesehen durchliefen natürlich zuerst im Westen die Gesellschaften die vielen miteinander verknüpften Wandlungsprozesse, die zu ihrer gegenwärtigen Form führten, und es ist gewiß kaum vorstellbar, daß Japan die revolutionären Reformen der Jahre nach 1860 und 1870 begonnen hätte, wenn es keinen ›Zusammenstoß mit dem Westen‹ gegeben hätte. In den Jahren der Tempō-Krise mag Japan sich an einige der für den Aufbau der modernen Gesellschaft notwendigen Voraussetzungen herangetastet haben, doch fehlte der unerläßliche Impuls, die Beschränkungen des Tokugawa-Systems zu durchbrechen. Der Anstoß hierzu kam zuerst vom Westen.

Die moderne Gesellschaftsform, die historisch das Resultat der Entwicklung der abendländischen Gesellschaft ist, geht auf Veränderungen zurück, die sich in Europa im achtzehnten Jahrhundert abzuzeichnen begannen. Die neuen europäischen Gesellschaften waren vor allem das Produkt der Konsolidierungskriege im achtzehnten Jahrhundert, die eine neue Form des Nationalstaats entstehen ließen; sie waren das Produkt sozialer Revolutionen, durch die, unterstützt von den Grundsätzen des Repräsentativsystems in der

Regierung, der Bildung der Allgemeinheit und der allgemeinen Wehrpflicht, der einzelne intensiver am nationalen Leben teilnehmen konnte; sie waren das Produkt geistiger Revolutionen, zu denen es im Gefolge der Reformation und der Ausbreitung des rationalistischen, wissenschaftlichen Denkens kam, und sie waren schließlich das Produkt einer wirtschaftlichen Revolution, die durch die Entwicklung von Wissenschaft und Industrie gekennzeichnet wurde. Als im Jahre 1789 die Französische Revolution ausbrach, waren die Völker Europas im Begriff, explosionsartig in einer neuen Welle der Expansion und Kolonisation in die Welt vorzustoßen. Nach 1800 drangen zuerst Kaufleute, dann Diplomaten und Soldaten, hierauf Missionare, Erzieher und Gelehrte in solchen Mengen und mit solcher Beharrlichkeit und Überlegenheit in alle Teile der Erde vor, daß sie der gesamten Welt ihren Stempel aufdrückten. Dies war der ›Zusammenstoß mit dem Westen‹ der Neuzeit, den Japan im Jahre 1853 auf so dramatische Weise erfuhr.

Wir dürfen annehmen, daß kein Volk, nicht einmal die Pioniere auf dem Gebiet der Modernisierung, die tiefgreifenden Veränderungen, die diese Modernisierung mit sich brachte, durchmachen konnte, ohne daß sein innerstaatliches Leben aufs äußerste in Verwirrung geriet. Für nichteuropäische Völker wie die Japaner und Chinesen war die Erfahrung um so traumatischer, als sie ihnen durch den Einfluß einer grundverschiedenen, fremden Kultur mehr oder weniger aufgezwungen wurde. Da für sie die Modernisierung buchstäblich mit der Verwestlichung begann, erlitten sie zusätzlich einen kulturellen Schock, der den Prozeß des institutionellen Umsturzes doppelt schwierig und kompliziert machte. Die Völker Asiens, die sich spät ›modernisierten‹, sahen sich alle vor eine Reihe bemerkenswert ähnlicher Probleme gestellt, als sie dem Zusammenstoß mit dem Westen begegneten. Die ›Öffnung‹ Chinas und Japans hatte das gewaltsame Eindringen des Westens in diese Länder zur Folge, da beide dem Westen für Handelsunternehmungen Häfen zugänglich machen, westlichen Reisenden und Missionaren den Zutritt ins Landesinnere gestatten und schließlich ihre Gesetze und ihre Verfassung in Anlehnung an westliche Vorbilder neu niederlegen mußten. Die unterschiedliche Reaktion von Japan und China auf diese Forderungen ist besonders interessant, da Japan so lange Zeit viele der Grundvoraussetzungen der chinesischen Lebensweise anerkannt hatte.

Im neunzehnten Jahrhundert erlebten China und Japan erstmals, was man als Krise ihrer Eigenständigkeit bezeichnen könnte. Mit anderen Worten, beide Länder mußten angesichts des westlichen Drucks irgendwie den Willen aufbringen, zu überleben und wieder definierbare nationale Gebilde zu werden. Jedes der beiden Völker war überdies gezwungen, seine Individualität zu verteidigen, wenn es in einer feindlichen Umgebung gesichert weiterbestehen wollte. Diese anfänglichen Krisen der Eigenständigkeit und der Existenzsicherung waren nicht leicht zu überwinden, und erst nachdem energische neue Führer aufgetreten waren, um die Leitung neuer Regierungen zu übernehmen, die die Macht besaßen, vormals zersplitterte Gruppen und

Hilfsquellen zusammenzufassen, entstanden neue Staatsgebilde, die in der Lage waren, mit der modernen Welt in Wettbewerb zu treten. Neue Führungskräfte erschienen jedoch erst auf der politischen Bühne, nachdem das alte Regierungssystem abgeschafft und seit langem festgefügte, althergebrachte Machtpositionen geschwächt worden waren. In China wie in Japan war die Modernisierung somit eng mit einer politischen Auflehnung gegen das alte Regime verbunden.

Nachdem sie einmal bestanden, sahen sich die neuen Staaten jedoch weiteren Problemen der modernen Entwicklung gegenübergestellt. Wenn sie wirtschaftlich überleben wollten, waren ein technischer Umschwung und ein Anwachsen der Industrie unerlässlich. Eine ständige Evolution des Regierungssystems war notwendig, wenn die neue Bürgerschaft geschlossen hinter dem Staat und seiner Politik stehen sollte. Veränderungen – zuerst unmittelbar und hauptsächlich vom Westen inspiriert, dann auf lange Sicht geplant und mehr und mehr auf einheimische Verhältnisse zugeschnitten – mußten vorgenommen werden, um diese Völker in die moderne Welt einzugliedern. Die Verwestlichung mündete, mit anderen Worten, in die Modernisierung. Die Schnelligkeit, mit der Japan dieser Probleme der Modernisierung Herr wurde, hat die Welt in Erstaunen versetzt. Aufgrund vieler besonderer Faktoren, wie der Lage und Größe des Landes, des Zeitpunkts von Perrys Ankunft und vor allem der spezifischen Situation, die vom Westen in Frage gestellt wurde, reagierte Japan auf den Zusammenstoß mit dem Westen von Anfang an rasch und gezielt. Daher wurde die anfängliche Krise der Modernisierung fast ohne Zögern und Zaudern überwunden. Die zweifache Krise seiner Eigenständigkeit und internen Sicherheit bestand Japan zwischen 1853 und 1877. Die Einführung weitreichender sozialer, wirtschaftlicher und die Erziehung betreffender Reformen zwischen 1868 und 1890 erlaubte es dem Land, den Problemen zu begegnen, die die Entwicklung der Wirtschaft und die Beteiligung des Volkes am öffentlichen Leben stellten. Im Jahre 1890 konnte Japan bereits sein Programm einer umfangreichen Industrialisierung starten, und von dieser Zeit an war es auch in der Lage, seine Unabhängigkeit in internationalen Angelegenheiten zu behaupten. Nachdem Japan China und Rußland im Kriege besiegt und mit England einen Bündnisvertrag geschlossen hatte, hatte es sich zwischen 1894 und 1905 unter die Westmächte als gleichberechtigter Partner eingereiht.

Doch an diesem Punkt war die Geschichte der Modernisierung Japans nicht zu Ende. Gerade hier haben sich Historiker gefragt, ob sich hinter der geschäftsmäßigen Art, in der sich die Japaner als moderne Macht etablierten, nicht eine Reihe ungelöster Probleme verbarg, die Japans spätere Entwicklung als Nation hemmten. Hatten die Führer Japans eine soziale Revolution unterdrückt, was sich unvermeidlich später bemerkbar machen würde? Rückschauend kann man sagen, daß das hervorstechende Merkmal der Reaktion Japans auf den Zusammenstoß mit dem Westen der Erfolg war, mit dem es im

kritischen Moment des Übergangs von der traditionellen zur modernen Staatsform – in dem Augenblick, in dem so viele andere Länder vom Bürgerkrieg zerrissen wurden – die nationale Einheit wahrte. Die politische ›Revolution‹ Japans war gar keine Revolution im eigentlichen Sinne gewesen, denn sie hatte innerhalb der Gruppe der alten Machthaber, der Samurai-Klasse, stattgefunden und stützte sich darauf, daß Loyalitätssymbole und politische Werte strikt beibehalten wurden. Japan hatte eine ihrem Wesen nach kontrollierte politische Neuorganisation durchgeführt, und, wie einige es ausgedrückt haben, seine Modernisierung ›von oben‹ erfahren. War die im eigentlichen konservative und dirigistische Neuordnung der fünfziger Jahre bis zu den neunziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts daher die Ursache für die sozialen Spannungen der dreißiger und vierziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts? War der Trend zum Militarismus und Totalitarismus im zwanzigsten Jahrhundert durch die Politik der Jahre nach 1870 und 1880 unvermeidlich geworden? Wir können im Augenblick keine Antwort darauf geben. Eines jedoch ist sicher: Japans zweite Begegnung mit dem Westen nach seiner Niederlage im Jahre 1945 leitete eine zweite Ära fundamentaler Reformen ein, die die Modernisierung in Japan in ihren späteren Stadien sehr beschleunigten.

Dieselben Jahrzehnte, die in Japan ein Gefühl der innenpolitischen Krise erweckt hatten, hatten auch gezeigt, daß eine neue Bedrohung vom Ausland bestand. Die Abschließungspolitik der Tokugawa hatte sich ursprünglich gegen die alten Kolonialmächte gerichtet; sie hatte über ein Jahrhundert lang ohne große Schwierigkeit beibehalten werden können. Gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts mußten die Japaner jedoch einsehen, daß die Welt, die sie umgab, sich verändert hatte; eine neue Gruppe europäischer Mächte hatte begonnen, in japanische Gewässer vorzudringen, um die Mauer der Isolation, die Japan um sich errichtet hatte, niederzureißen. Wenn das Land auch bis 1853 der neuen außenpolitischen Krise nicht unmittelbar ins Auge sehen mußte, so war doch seit mehr als einem halben Jahrhundert vor Perrys Ankunft eine wachsende Unruhe in Japan entstanden, als immer häufiger fremde Schiffe in japanische Gewässer vorstießen und die Zahl der Zwischenfälle mit Ausländern eine alarmierende Höhe erreichte.

Die erste westliche Macht, die die Japaner beunruhigen sollte, war Rußland. Nachdem sie über Sibirien im Jahre 1638 bis an den Pazifik vorgedrungen waren, hatten die Russen das Amurtal kolonisiert und einen einträglichen Pelzhandel mit China begonnen. Die Aussicht auf Pelze lockte ihre Forscher die pazifische Nordküste entlang und die Inselkette der Kurilen hinab. Im achtzehnten Jahrhundert wurde der Wunsch, mit Japan Handel zu treiben, unbezähmbar, besonders da die Russen auf der Suche nach neuen Nahrungsmittelquellen waren. Auf der Nordinsel Ezo (Hokkaidō) trafen Japaner und Russen schließlich aufeinander. In der Tokugawa-Zeit war Ezo für die Japaner ein wenig erforschtes Grenzgebiet. Ständig bewohnt wurde es von den Japanern nur in seinem südlichen Teil, als der Daimyō von Matsumae einen Sonderstatus als ›Grenz-

Daimyō« innehatte, der ihn von der Verpflichtung des *sankinkōtai* befreite. Im achtzehnten Jahrhundert war Ezo jedoch als Bezugsquelle von Meeresprodukten zu Bedeutung gelangt, die zu den wichtigsten Waren für den Außenhandel in Nagasaki gehörten. Von Kaufleuten aus Ōsaka, die eine Lizenz für den Transport nach Nagasaki zum Export besaßen, wurde daher ein Vertragshandel in Seetang und Seeohren betrieben.

Nachrichten von dem russischen Vordringen zu den Kurilen gelangten durch verschiedene Kanäle dem Shogunat zu Ohren und auch einigen Gelehrten, die das Geschehen außerhalb Japans aufmerksam verfolgten. Die erste Reaktion war teils Gleichgültigkeit, teils Aufregung, die sich in phantastischen Berichten und Empfehlungen niederschlug. Kudō Heisuke (1734–1800) aus dem *han* Sendai reichte eine Bittschrift an das *bakufu* ein, Ezo zu kolonisieren und seine »sagenhaften mineralischen Schätze« zu erschließen. Hayashi Shihei (1738–1793) schrieb warnend, daß Japan auf einen russischen Angriff von Norden gefaßt sein müsse. Honda Toshiaki (1744–1821) schlug vor, Japan solle seine Hauptstadt nach Kamchatka verlegen und von dort aus eine Weltherrschaft errichten.

Der Zwischenfall, der das russische Problem aktuell machte, ereignete sich im Jahre 1792. Ein Leutnant Laxman, der als Gesandter Katharinas II. fungierte, traf bei einem Versuch, mit Japan Handelsbeziehungen anzuknüpfen, im Hafen von Nemuro ein. Er wurde von den örtlichen Beamten des *han* Matsumae empfangen. Der Daimyō von Matsumae setzte sich mit Edo in Verbindung und erhielt nach einer angemessenen Zeit einen abschlägigen Bescheid auf die Bitte Laxmans, mit der Begründung, daß Beziehungen zum Ausland nur in Nagasaki gepflegt würden. Man gewährte Laxman jedoch einen Erlaubnisschein für ein russisches Schiff, in Nagasaki einzulaufen. Dieser Vorfall ist für uns das erste Beispiel für die gespannte Aufmerksamkeit, mit der die japanischen Behörden über ihre Beziehungen zum Ausland wachten. Denn auf den Besuch Laxmans hin traf das Shogunat eilig Anstalten, seine Vernachlässigung der Grenze im Norden wiedergutzumachen. Im Jahre 1798 begann das Shogunat, offizielle Karten von Ezo anfertigen zu lassen, und unternahm einen Versuch, die Insel im Norden zu kolonisieren. Im Jahre 1802 hatte bereits das *bakufu* das *han* Matsumae übernommen, und in Hakodate war ein Regierungsbevollmächtigter für Ezo (*Ezo bugyō*) eingesetzt worden, der für die Kolonisation und die Verteidigung verantwortlich war.

Das russische Interesse an Japan stieg weiter, besonders nach 1799, als die Russisch-Amerikanische Gesellschaft offiziell anerkannt wurde. Im Jahre 1804 lief der Direktor der neuen Gesellschaft, N.P. Rezanov (1776–1807), mit Laxmans Erlaubnisschein den Hafen von Nagasaki an. Die Japaner weigerten sich jedoch hartnäckig, Handelskonzessionen zu machen, und nachdem er sechs Monate gewartet hatte, fuhr Rezanov ärgerlich ab. Im Verlauf der nächsten Jahre verübten seine Offiziere als Vergeltung einige Überfälle auf japanische Grenzposten in Ezo und Sachalin, durch die die Japaner noch mehr in Aufregung versetzt wurden. Im Jahre 1811 nahm ein japanischer Schutzposten in

den südlichen Kurilen den russischen Marineoffizier V.M. Golovnin gefangen, und man hielt ihn in Hakodate fest. Dort wurden er und seine Gefährten gut behandelt, doch suchte man von ihnen Informationen über alle nur denkbaren Angelegenheiten zu erlangen. Die Russen, die inzwischen den Monopolkaufmann des *bakufu* Takadaya Kahei (1769–1827) gefangengenommen hatten, konnten im Jahre 1813 die Rückkehr Golovnins aushandeln. Dies war jedoch für mehrere Jahrzehnte der letzte Zwischenfall von Bedeutung zwischen den Japanern und den Russen. Napoleon war in Rußland eingefallen, und bis nach dem Krimkrieg sollte Rußland im Fernen Osten kaum eine Rolle spielen.

Inzwischen hatten die Briten begonnen, die japanischen Küstengewässer zu sondieren. Nachdem sie ihr Interesse Ostasien zugewandt hatten, drängten die Engländer im achtzehnten Jahrhundert rasch die Franzosen und Holländer aus dem Kanton-Handel heraus. Während der Napoleonischen Kriege hatte Britannien kurze Zeit Java in Besitz und hinderte die Holländer daran, ihre Handelsschiffe nach Nagasaki zu schicken. Im Jahre 1808 lief die englische Fregatte *Phaeton* unter holländischer Flagge auf der Suche nach holländischen Schiffen Nagasaki an, und obwohl sie wieder abfuhr, ohne ihre Drohung, den Hafen zu beschießen, wahrzumachen, beging der Beamte von Nagasaki, Matsudaira Yasufusa, Selbstmord, und nahm so die Verantwortung dafür auf sich, daß er eine Verletzung der Abschließungspolitik Japans zugelassen hatte. In den zwanziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts waren britische Walfänger in großer Zahl in den Nordpazifik vorgedrungen, und ihre Bemühungen, von den Japanern Proviant zu erhalten, beschworen eine Reihe von Zwischenfällen herauf. Ein englisches Schiff lief im Jahre 1819 in die Bucht von Uraga ein, und ein weiteres legte an einer Insel nahe der Küste von Satsuma an, was einen bewaffneten Zusammenstoß mit deren Bewohnern zur Folge hatte. Das Shogunat erließ daraufhin im Jahre 1825 seine Anweisung, daß alle lokalen Behörden in Japan »fremde Schiffe ohne weiteres vertreiben sollten« (*muninin uchiharai rei*).

Da sich England in den dreißiger und vierziger Jahren und besonders nach dem Ausbruch des Opiumkrieges (1839–1842) auf China konzentrierte, verringerte sich der unmittelbare britische Druck auf Japan momentan. So kam es, daß die Vereinigten Staaten die westliche Nation wurden, die am direktesten für die Öffnung Japans verantwortlich war. Das amerikanische Interesse an Japan war schon seit einiger Zeit immer größer geworden. Seit den letzten Jahrzehnten des achtzehnten Jahrhunderts hatten sich amerikanische Schiffe am Kanton-Handel beteiligt, und kurz darauf waren Walfänger in den Nordpazifik vorgedrungen. Mit der Öffnung der chinesischen Vertragshäfen begann nicht nur für die Briten, sondern auch für die Amerikaner und Russen eine neue Ära im Fernen Osten. Als Amerika im Jahre 1848 Kalifornien erwarb und San Franzisko sich als Hafen für den direkten Handel mit Kanton und Shanghai entwickelte, wandte sich das amerikanische Interesse mehr und mehr dem

Westpazifik zu. Dies brachte es mit sich, daß Japan immer deutlicher ins Blickfeld der Amerikaner rückte.

Das Interesse der Vereinigten Staaten an Japan entsprang einer Reihe von Überlegungen. Da waren zunächst die praktischen Erwägungen im Zusammenhang mit dem Chinahandel und dem Walfischfang: der Schutz schiffbrüchiger Seeleute, die Notwendigkeit der Verproviantierung und später der Wunsch nach Kohlenstationen. Außerdem erhoffte man sich Handelsbeziehungen. Der Hauptimpuls für das Bemühen um Öffnung Japans ging jedoch von zwei weniger greifbaren Faktoren aus. Der eine war, was man als kulturelles Sendungsbewußtsein bezeichnen könnte: die Überzeugung, daß das, was mit China geschehen war, unvermeidlich war und daß das Licht der westlichen Zivilisation und des westlichen Fortschritts letzten Endes über allen Völkern zum Leuchten gebracht werden müsse. Außerdem erschien Japans hartnäckige Weigerung, mit der zivilisierten Welt Handel zu treiben und seine Häfen mit anderen zu teilen, vom ethischen Standpunkt aus als Unrecht. Der zweite war der Druck, den die nationale Rivalität unter den Westmächten auf die Vereinigten Staaten ausübte und der sie dazu drängte, ihrer ›offenbaren Bestimmung‹ zu folgen und in den Pazifik vorzustoßen.

Die Amerikaner hatten verschiedene vergebliche Versuche unternommen, Beziehungen zu den Japanern anzuknüpfen. Im Jahre 1837 war das Handelsschiff *Morrison* mit japanischen Schiffbrüchigen an Bord in die Bucht von Uraga eingelaufen, von den Batterien in Uraga jedoch wieder vertrieben worden. Im Jahre 1846 näherte sich Kommodore Biddle mit zwei Schiffen der amerikanischen Marine Uraga, doch da er keine Gewaltanwendung wünschte, fuhr er, ohne Konzessionen erreicht zu haben, wieder ab. Im Zusammenhang damit beauftragte Präsident Fillmore Kommodore Matthew C. Perry im Jahre 1852 mit der Leitung einer Expedition, um nachdrücklicher zu versuchen, die Isolation Japans zu brechen. Kommodore Perry ging mit seinem Geschwader von vier Schiffen, von denen zwei mit Dampf betriebene Fregatten waren, am 8. Juli 1853 vor Uraga vor Anker und forderte das Recht, dem japanischen ›Kaiser‹ (d.h. dem Shōgun) einen Brief von Präsident Fillmore überreichen zu dürfen. Die ›schwarzen Schiffe‹ mit ihrer geheimnisvollen Würde und offensichtlichen Stärke, die die Japaner mit einer unwiderstehlichen Gewalt konfrontierten, symbolisierten die Potenz der Westmächte, das Land der *kami* willkürlich zu entweihen.

Als die Nachricht von der Ankunft der Amerikaner Edo erreichte, stürzte sie die Stadt in Aufruhr. Und in den Residenzen und Fechtschulen der Samurai gab es manch einen, der großsprecherisch verkündete, man solle den Feind mit Gewalt von Edos Toren vertreiben. Doch die Beamten des *bakufu*, die mit Perry verhandeln mußten, wußten sehr gut, daß Japans Entwicklung einen kritischen Punkt erreicht hatte. Das *bakufu* war nicht in Unkenntnis der drohenden Ankunft Perrys oder der Änderung der Weltsituation geblieben. Im Jahre 1842 hatte Mizuno Tadakuni die Verordnung, alle fremden Schiffe zu vertreiben, gemildert

und damit Japans Furcht vor den Westmächten zugegeben. Im Jahre 1844 hatte die holländische Regierung ein Schiff ihrer Marine nach Nagasaki geschickt mit einem Brief des holländischen Königs, der vom Opiumkrieg berichtete und die Japaner drängte, ihre Häfen zu öffnen, bevor sie wie China dazu gezwungen würden. Im Jahre 1852 machten die Holländer das Shogunat auf Perrys Mission aufmerksam und informierten es über die Forderungen, die er stellen würde. Die Tokugawa-Regierung war jedoch weder psychologisch noch militärisch darauf vorbereitet, Perry zu empfangen. Die Tatsache, daß die amerikanischen Schiffe vor Uraga lagen, zeigte, wie wirkungslos die hastig aufgebaute Küstenverteidigung war und wie leicht die Stadt Edo von Fremdmächten angegriffen oder durch eine Blockade ausgehungert werden konnte. Abe Masahiro (1819–1857), der als Vorsitzender der Älteren Staatsräte die Verantwortung für die Verhandlungen mit Perry trug, sah ein, daß er nicht in der Lage war, die Abschließungspolitik ohne Modifizierungen weiterzuführen. Als Perry Uraga verließ, nachdem er den Brief des Präsidenten mit der Ankündigung übergeben hatte, daß er bald zurückkehren werde, um eine Antwort in Empfang zu nehmen, hatte er eine Kettenreaktion ausgelöst, die in kurzer Zeit Japan für die Welt öffnen und das Tokugawa-Shogunat stürzen sollte.

13. Die Öffnung Japans und das Ende des Tokugawa-Systems

Japans ›Zusammenstoß mit dem Westen‹ im neunzehnten Jahrhundert führte zuerst die Öffnung des Landes für den Außenhandel und dann, im Jahre 1868, das Ende der Tokugawa-Hegemonie herbei. Im Jahre 1871 verschwanden mit der Abschaffung der Daimyate die letzten Reste des Tokugawa-Systems. Die neue Führungsspitze, die im Jahre 1868 die Macht ergriff, ging daran, einen geeinten Nationalstaat zu schaffen und grundlegende Reformen zu beschließen, die darauf abzielten, Japan den Weg zur raschen Modernisierung zu ebnen. Diese Vorgänge sind als die Meiji-Restauration bekannt.

Das hervorstechende Merkmal der Periode von 1853 bis 1871 ist vielleicht der gewaltige Einfluß, den der Druck von außen auf das gesamte japanische Verhalten ausübte. Das Auftreten der Westmächte wurde erstens als Bedrohung der nationalen Sicherheit und zweitens als Ansporn zum Reformieren deutlich empfunden. Angst und Ärger und der Wunsch, das Land vor einer möglichen Eroberung durch das Ausland zu schützen, versetzten die Japaner in einen Alarmzustand und bewahrten sie vor der Form der unverantwortlichen politischen Rivalität, die zu einem internen Chaos und selbst zum Bürgerkrieg hätte führen können.

Während der ganzen Periode spürt man eine bemerkenswert große Beherrschtheit, da die Männer, die um die Führung kämpften, niemals die Notwendigkeit vergaßen, angesichts der Bedrohung von außen die Eigenständigkeit Japans zu erhalten. Von Anfang an befanden sich daher die

maßgeblichen Persönlichkeiten in dem internen politischen Ringen in einem großen Zwiespalt zwischen dem Wunsch, das Land zu verteidigen, und dem Ehrgeiz, die Herrschaft über es zu erlangen, als Beschützer des Staates zu fungieren und persönliche Interessen zu vertreten.

Es fand aber trotzdem ein entschiedener Machtkampf statt. Nachdem diejenigen, die sich um die Meiji-Restauration bemühten, einmal die Angst vor dem Westen ergriffen hatte, gingen sie überstürzt daran, die Verteidigungsanlagen des Landes gegen die Bedrohung von außen zu verbessern. Doch die Versuche, die Krise mit Hilfe der bestehenden Regierungsform zu überwinden, schlugen fehl. Das Shogunat erwies sich als der Aufgabe nicht gewachsen, und dieses Versagen schuf ein Machtvakuum, das zu einem erbitterten Streit um die Herrschaft über das Land führte. Die Folge war, daß der Kaiser als die traditionell höchste Autorität wieder ins Blickfeld rückte. Im Zeichen der neuen Bedeutung des Kaisers wurde zuerst ein verzweifelter Versuch unternommen, eine neue Machtverteilung zwischen dem Shōgun und den Daimyō zuwege zu bringen. Der Kompromiß mißlang und ließ schließlich eine Bewegung entstehen, die die Abschaffung des Shogunats und die Gründung eines neuen geeinten Staates im Namen des Kaisers zum Ziel hatte. Im Jahre 1868 war der Bewegung Erfolg beschieden, und das Bestreben der neuen Regierung, an der Macht zu bleiben und Japan zu einem den Westmächten ebenbürtigen Land zu machen, führte zu den radikalen Reformen, die Japans moderne Revolution vollkommen machten.

Nur rückblickend können wir das Shogunat als eine Institution betrachten, die im Jahre 1853 zum Untergang verurteilt war. Damals war es für die Japaner sicherlich unvorstellbar, daß in fünfzehn Jahren das Machtgebäude der Tokugawa niedergerissen sein würde. Doch war die einst stolze und allmächtige Militärdiktatur im Jahre 1853 eine schwerfällige und in der Routine erstarrte Bürokratie geworden. Und die Anstrengungen, die sie nach 1853 in bezug auf die Küsten Verteidigung und die militärische Rüstung unternehmen mußte, waren nicht nur zu spät und unzureichend, sondern eine Belastung für die bereits erschöpfte Staatskasse. Somit sah sich das *bakufu* außerstande, sowohl der außenpolitischen Krise entschlossen zu begegnen als auch seine gewohnte Autorität in internen Fragen zu behaupten. Überdies herrschte unter den Tokugawa-Führern selbst im Jahre 1853 völlige Uneinigkeit darüber, was unternommen werden sollte. Die *rōjū*, die gewöhnlich für die Politik verantwortlich waren, neigten dazu, praktisch zu denken und sich mit der Notwendigkeit einer Verständigung mit den fremden Mächten abzufinden. Aber es gab auch starke Gruppen, die die Beibehaltung der Abschließung um jeden Preis forderten. Die Tempō-Krise hatte bereits Daimyō wie Tokugawa Nariaki von Mito in der Rolle eines Kritikers des *bakufu* auftreten lassen. In der außenpolitischen Frage war Nariaki sogar noch unnachgiebiger. Er erklärte, daß Japan nur eine Chance habe, wenn es sofort Kriegsvorbereitungen treffe und alle Kräfte der Nation auf die Vertreibung der Fremden von den Küsten Japans

konzentriere, und forderte das *bakufu* auf, eine ›geistige Erweckung‹ im Land durchzuführen, um der Herausforderung des Auslands entgentreten zu können.

Der Mann, der der ganzen Wucht der Krise von 1853 ausgesetzt war, war Abe Masahiro (1819–1857), der Vorsitzende des Älteren Staatsrats. Als ziemlich aufgeklärter und energischer Verwaltungsbeamter sah er ein, daß es im Augenblick für das *bakufu* zwecklos gewesen wäre, die Vertreibung der Amerikaner zu versuchen, obwohl vom Shōgun als ›Barbaren vertreibendem Generalissimus‹ erwartet wurde, daß er die Abschließungspolitik beibehielt und Japan vor dem Einbruch von Fremden schützte. Außerdem war das Shogunat nicht mehr in der Lage, in der Weise einer Diktatur eine willkürliche Politik zu vertreten. Der Shōgun war eine Puppe geworden, und die Älteren Staatsräte waren ängstlich bemüht, in Übereinstimmung mit den Daimyō des Hauses Tokugawa zu handeln. So kam es, daß Abe, vor ein völlig neues Problem gestellt und der wahren Macht beraubt, es nach eigenem Gutdünken anzugehen, im *bakufu* und weithin im Land ›Rat einholte‹. An alle Daimyō, einschließlich der *tozama*, wurden Briefe gesandt, in denen sie um ihre Meinung befragt wurden, und dem kaiserlichen Hof wurde Bericht erstattet. Dieses Vorgehen war zwar unter diesen Umständen vernünftig, aber in der Geschichte der Tokugawa beispiellos, da es zum erstenmal die Politik des *bakufu* zum Gegenstand öffentlicher Diskussion machte. Von den ungefähr fünfzig Antworten, die uns bezeugt sind, traten vierunddreißig für eine Ablehnung des Ansuchens Perrys ein; vierzehn waren unentschieden, rieten aber zu einer versöhnlichen Haltung. Nur zwei befürworteten es unverhüllt, daß das Land für den Außenhandel geöffnet werde. Abe hatte keinen Auftrag zu Verhandlungen mit den Amerikanern erhalten, doch hatten andererseits nur acht der Daimyō, unter ihnen Nariaki von Mito, geraten, militärisch gegen sie vorzugehen. Auf dieser Grundlage plante Abe eine Kompromißlösung zu rechtfertigen. Perry gegenüber setzte er alles daran, die Konzessionen möglichst klein zu halten, während er zu Hause eine energische Rüstungspolitik verwirklichte.

Beinahe alles, was Abe unternahm, hatte unheilvolle Konsequenzen. Der Vertrag von Kanagawa des Jahres 1854 öffnete amerikanischen Schiffen Shimoda und Hakodate zur Verproviantierung (Wasser, Nahrungsmittel und Kohle), garantierte die gute Behandlung amerikanischer Seeleute und sah die Ernennung eines amerikanischen Konsuls vor, der in Shimoda seinen Amtssitz erhalten sollte. Außerdem enthielt er eine Meistbegünstigungsklausel. In Japans Abschließungspolitik war ein erster Keil getrieben worden. Inzwischen hatte der Umstand, daß die Daimyō um ihre Meinung befragt worden waren, das Fremdenproblem ins Licht der Öffentlichkeit gerückt, und das *bakufu* erhielt von allen Seiten Kritik oder Ratschläge. Abe setzte seinen beispiellosen Versuch fort, mächtige Daimyō zu seiner Unterstützung zu gewinnen, indem er Nariaki zum verantwortlichen Bevollmächtigten für die nationale Verteidigung ernannte und andere Daimyō der Seitenlinien des Hauses Tokugawa und *tozama* konsultierte.

Es war offensichtlich, daß das *baku- han-System* einfach nicht darauf angelegt war, ein vereintes nationales Bemühen zu erleichtern, es sei denn unter der energischen Führung des Shōgun. Abes Versuch, die Daimyō dazu zu bringen, daß sie das *bakufu* freiwillig unterstützten, schwächte nur die Stellung des Shōgun. Daß er – in der Absicht, die Landesverteidigung zu stärken – die traditionellen Beschränkungen aufhob, die für die militärischen Einrichtungen der *han* und den Frachtraum eventuell geplanter Schiffe gegolten hatten, erwies sich für die absolute Macht des *bakufu* als abträglich. Abe wußte wohl, daß sich das *bakufu* anstrengen mußte, um seine militärische Führungsposition zu behalten. Im Jahre 1854 waren bei den Holländern Kriegsschiffe und Waffen bestellt worden; es wurden neue Festungen errichtet, um die wichtigsten Häfen zu schützen. Im folgenden Jahr wurde in Nagasaki eine Marineschule mit holländischen Instruktoren und in Edo eine Kriegsschule im westlichen Stil gegründet. Im Jahre 1856 wurde ein neues Übersetzungsbüro für westliche Bücher geschaffen. Aber die meisten dieser Bemühungen waren zu begrenzt und kamen bereits zu spät, und sie belasteten die ohnehin schon schwachen Finanzen des *bakufu* sehr. Im Jahre 1855 zerstörte ein Erdbeben Teile von Edo, wobei wichtige Beamte des *bakufu* getötet wurden und wodurch die Kasse des *bakufu* noch mehr beansprucht wurde. Nariaki machte sich bei den *rōjū* gänzlich unbeliebt, und die Mehrzahl der *fudai* bildete eine trotzig Partei, die dagegen Einspruch erhob, daß in den Räten des *bakufu* die Meinung Außenstehender gehört wurde. Im Herbst 1855 trat Abe den Vorsitz der *rōjū* an Hotta Masayoshi (1810 bis 1864) ab in der Hoffnung, die Spaltung in den Reihen der Tokugawa zu verringern.

Das außenpolitische Problem blieb in der Zwischenzeit nicht unverändert. Townsend Harris (1804–1878), der amerikanische Generalkonsul in Shimoda, drängte die *bakufu*-Beamten ständig, einen Handelsvertrag zu unterzeichnen. Bei einem Treffen mit Hotta hob Harris die entschiedenen Vorteile des Handels hervor, wobei er seine Argumente mit Beweisen aus der Geschichte belegte. Chinas Öffnung, so erklärte er, sei mit vorgehaltener Pistole erzwungen worden, und England befinde sich in einem zweiten Krieg mit China (dem Pfeilkrieg der Jahre 1857/58), der ihm weitere Konzessionen abringen werde. Von der unumgänglichen Notwendigkeit, Japan für den Handel zu öffnen, überzeugt, entschloß sich Hotta, das von Harris vorgeschlagene Abkommen zu unterzeichnen. Durch behutsames Vorgehen konnte er überdies seinerseits die meisten höheren Beamten des *bakufu* und die Mehrzahl der *fudai*-Daimyō von der Klugheit seiner Entscheidung überzeugen. Als zum zweitenmal Briefe an die großen Daimyō gesandt wurden, zeigte sich, daß die Stimmung im Land für ein Arrangement mit den Amerikanern entschieden günstiger geworden war. Und so ging Hotta zu Anfang des Jahres 1858 daran, einen annehmbaren Vertrag abzufassen. Die endgültige Form, über die man sich einigte, hatte vierzehn Bedingungen zum Inhalt. Diese forderten den Austausch von Diplomaten, unkontrollierten Handel in Kanagawa (Yokohama), Nagasaki, Niigata und

Hyōgo zusätzlich zu dem in Shimoda und Hakodate, das Wohnrecht für Ausländer in Ōsaka und Edo, einen festen Zolltarif und Exterritorialität.

Nachdem jedoch die Bedingungen des in Aussicht genommenen Abkommens verkündet worden waren, erhob sich von allen seiten die Opposition. Angeführt wurde sie wiederum von Nariaki aus Mito. In seiner Verzweiflung begab sich Hotta persönlich nach Kyōto, um die Sanktion des Kaisers für die Verträge zu erlangen. Hier stieß er jedoch auf unerwartete Hindernisse. Die einst fügsamen Hofbeamten, die sich plötzlich in einer einflußreichen Position sahen, umworben von zwei *bakufu*-Parteien, und die sich noch immer in völliger Unkenntnis der Weltsituation befanden, wiesen Hottas Ansinnen zurück.

Im Jahre 1858 war Kyōto mit einemmal das Hauptzentrum der Innenpolitik geworden. Nicht nur das *bakufu* hatte den Kaiser in die Regierungsführung eingeschaltet, sondern Fraktionen innerhalb des *bakufu* und unter den Daimyō waren nach Kyōto gekommen und wetteiferten miteinander in dem Bemühen, die Sanktion des Kaisers zu erhalten. Zur selben Zeit hatte sich überdies der Faktionalismus der Tokugawa durch eine interne Kontroverse plötzlich und gefährlich verschärft. Im Jahre 1858 war Shōgun Iesada verstorben, ohne einen Erben zu hinterlassen. Die *rōjū* und andere *fudai*-Daimyō, die von Ii Naosuke, dem größten der *fudai*, geführt wurden, unterstützten Tokugawa Yoshitomi, den Oberherrn von Kii, als Nachfolger. Die Seitenlinien des Hauses Tokugawa und andere ›außenstehende‹ Daimyō traten für Hitotsubashi Yoshinobu (Hitotsubashi Keiki bzw. Tokugawa Keiki), den Sohn Tokugawa Nariakis, ein. Somit vergrößerte die Meinungsverschiedenheit über die Nachfolge die Kontroverse über die Außenpolitik weiter. In der Hoffnung, das Werk Hottas zu vereiteln und seinem Sohn die Nachfolge zu sichern, hatte sich Nariaki tatsächlich an den Hof um Hilfe gewandt und so diesem die Möglichkeit gegeben, sich in ein eigentlich internes Problem des *bakufu* einzumischen. Mit anderen Worten, Nariaki hatte begonnen, das *bakufu* im Namen des Kaisers anzugreifen.

Die unerwartete Wendung, die die Dinge im Jahre 1858 nahmen, zwangen die *rōjū* zu handeln. Ii Naosuke (1815–1860) wurde als Regent (*Tairō*) hastig mit der Regierungsführung des *bakufu* betraut – mit dem Auftrag, Ordnung in den Faktionalismus zu bringen.



© Abb. 19: Die Ausländersiedlung in Yokohama

Naosuke war einer der beiden Daimyō gewesen, die im Jahre 1853 die Aufgabe der Abschließung befürwortet hatten. Er ging nun daran, den Handelsvertrag mit Amerika zu unterzeichnen, ohne die Sanktion des Kaisers einzuholen, und den Nachfolgestreit eigenmächtig zugunsten Yoshitomis zu beenden. Innerhalb weniger Monate waren mit fünf Nationen Handelsverträge abgeschlossen, und Japans zweihundertjährige Abschließungspolitik ging damit zu Ende. Um den Parteigeist in Edo und die Intrigen in Kyōto zu unterbinden, entließ Ii zahlreiche Beamte des *bakufu*, die mit Keiki sympathisierten, verhängte über Nariaki von Mito, Hitotsubashi Keiki und verschiedene Daimyō, einschließlich derer von Owari, Tosa und Satsuma, Hausarrest und ließ Agitatoren oder Männer, die das *bakufu* offen kritisierten, wie Yoshida Shōin und Hashimoto Sanai, hinrichten. Mit dieser sogenannten Ansei-Säuberung stellte Ii die traditionelle Herrschaft der Shogunatsregierung wieder her, und die innen- wie außenpolitischen Probleme schienen für den Augenblick gelöst zu sein.

Es herrschte aber nur an der Oberfläche Ruhe. Iis Maßnahmen führten lediglich dazu, daß der Ärger der Fraktionen im geheimen weiterschwelte, und seine despotische Verteidigung der Macht des *bakufu* hinterließ unterdrückten Groll. Als im folgenden Jahr Ausländer ihren Wohnsitz in Yokohama aufzuschlagen begannen und ausländische Diplomaten nach Edo kamen, verbanden sich im ganzen Land starke Ressentiments gegen das *bakufu* mit fremdenfeindlichen Gefühlen. Im März des Jahres 1860 ermordete eine Gruppe von Samurai aus Mito, empört darüber, wie Ii ihren Herrn behandelt hatte und verbittert durch seine Außenpolitik, den Regenten, als er gerade das Schloß von

Edo betreten wollte. Iis Tod bedeutete für die Moral des *bakufu* und den Versuch, die Regierung fest in der Hand zu behalten, einen verhängnisvollen Schlag. Er war der Anfang vom Ende für das *bakufu*, denn von da an zielten alle Bemühungen auf Versöhnung und Kompromiß ab. Überdies gab die Ermordung in ganz Japan das Signal zu weiteren direkten Aktionen. Die durch die Ansei-Säuberung erreichte Ruhe ging plötzlich in einen Sturm der Gewalttätigkeit über.

Die Jahre 1860–1863 wurden durch Terrorhandlungen gestört, die sich gegen die neuen ausländischen Bewohner Japans und Männer an der Spitze des *bakufu* und der *han* richteten. In Japan gab es nun weithin ein neues Element in Gestalt extremistischer Agitatoren, die bereit waren, für eine von ihnen vertretene Sache von dem Schwert Gebrauch zu machen. Die Japaner haben diese Männer *shishi* (›entschlossene Männer‹) genannt. Obwohl sie aus allen Teilen des Landes kamen, trafen für sie doch bemerkenswert ähnliche Grundbedingungen zu. Junge Leute, die durch die innenpolitische Krise der vierziger Jahre und die wachsende Bedrohung durch das Ausland in Erregung geraten waren, hatten mit einer neuen Hingabe und einem neuen Sendungsbewußtsein in ihren *han* eine militärische Ausbildung oder nationale Studien begonnen. Die Begabteren unter ihnen wurden nach Edo geschickt oder gingen aus eigenem Antrieb dorthin, um sich dort weiterzubilden, und sie fanden sich in Edo meist in bestimmten wohlbekannten Fechtschulen zusammen. Viele von ihnen lernten dort die Lehren der Mito-Philosophen wie Fujita Tōkō (1806–1855) kennen, dessen Landesherr Nariaki so beharrlich eine Politik der nationalen Ehre und militärischen Bereitschaft verfochten hatte und der immer stärker den Kaiser als ein Symbol der Eigenständigkeit Japans hervorgehoben hatte. Im Verlauf ihrer Studien erwarben sie somit ein gut Teil politischer Bewußtheit. Daß Perry der japanischen Politik hochmütig zuwiderhandelte, traf diese Männer besonders hart, die zu dieser Zeit alle fremdenfeindlich und in zunehmendem Maße kaiserfreundlich eingestellt waren. In den Jahren nach 1853 kehrten diese Männer daher mit den Parolen *jōi* (›Vertreibt die Barbaren‹) und *sonnō* (›Verehrt den Kaiser‹) in ihre *han* zurück. Viele von ihnen wurden die Organisatoren neuer Verteidigungsstreitkräfte der *han*, andere wurden Berater ihrer Daimyō oder fanden als Verbindungsbeamte zur Übermittlung von Nachrichten zwischen den *han* Verwendung. Es waren dies neue Ämter, entstanden durch die sich ändernden politischen und militärischen Erfordernisse des Tages, Aufgaben, die Jugend und Tatkraft verlangten. Andere wurden unzufrieden und wandten sich der direkten Agitation zu, wobei sie oft ihre Herren baten, ihren Dienst verlassen und *rōnin* werden zu dürfen, um von ihrem Schwert Gebrauch machen zu können, ohne ihre Vorgesetzten in Schwierigkeiten zu bringen. *Shishi* waren es somit, die Ii Naosuke umbrachten, die im Jahre 1862 Andō Nobumasa, den Vorsitzenden der *rōjū*, lebensgefährlich verletzten, die im Jahre 1861 Townsend Harris' holländischen Dolmetscher Heusken niedermachten und die die britische Gesandtschaft in Edo angriffen. Im Jahre 1862 wurde der Engländer Richardson von der Leibwache des Daimyō von Satsuma erschlagen, und Männer aus

Chōshū gingen mit dem Schwert auf Ausländer in Yokohama los. In den ersten Monaten des Jahres 1863 brannten Einwohner von Chōshū, unter ihnen Itō Hirobumi, der später viele Male Premierminister werden sollte, die britische Gesandtschaft nieder, und noch im selben Jahr feuerten Küstenbatterien in Chōshū auf amerikanische, französische und holländische Schiffe in der Meerenge von Shimonoseki.

Diese Terrorakte riefen bei den Westmächten eine sofortige Reaktion hervor und wirkten sich auch auf die Innenpolitik aus. Die ausländischen Mächte, die entschlossen waren, die genaue Einhaltung der Verträge sicherzustellen und das brutale Vorgehen gegen ihre Staatsangehörigen zu vergelten, griffen zu Gewaltmaßnahmen. Da es offensichtlich geworden war, daß das Shogunat nicht die Macht besaß, die Verträge durchzusetzen (das *bakufu* sprach sogar von der Notwendigkeit, Yokohama zu schließen), beschlossen die Vertreter des Westens außerdem, ihre Botschaft den verschiedenen *han* und dem Kaiserhof direkt vorzutragen. Im Jahre 1863 beschoß eine britische Flotte als Vergeltung für die Ermordung Richardsons Kagoshima und brannte die Stadt nieder. Ein Jahr später setzte eine alliierte Flotte, die vorwiegend aus britischen Schiffen bestand, Chōshūs Küstenbatterien außer Gefecht und öffnete die Straße von Shimonoseki wieder. Im Jahre 1865 drang darauf eine alliierte Flotte, entschlossen, die Ratifizierung der Handelsverträge durch den Kaiser zu erlangen und die Öffnung Hyōgos zu beschleunigen, in die Bucht von Hyōgo ein, indem sie erneut die Seemacht des Westens zur Schau stellte. Gemeinsam gelang es den westlichen Beauftragten, die in Ōsaka mit Beamten des *bakufu* zusammentrafen, den Kaiser zur Unterzeichnung der Verträge zu zwingen.

Während eben dieser Jahre wandelte sich die innenpolitische Lage in Japan tiefgreifend. Unter dem Einfluß der Terrorakte und des westlichen Druckes sahen die Männer an der Regierung, *bakufu*-Beamte wie Daimyō, keinen anderen Ausweg, als gemeinsame Sache zu machen, um den *Status quo* aufrechtzuerhalten. Nach 1860 gaben die Führer des *bakufu* zu, daß sie den Rückhalt im Volk verloren hatten, und suchten sich die neue Bedeutung des Kaisers offen zunutze zu machen und auf eine Interessengemeinschaft mit den Daimyō hinzuarbeiten. Der Shōgun war mehr und mehr gezwungen, die Regierungsgeschäfte mit Hilfe des Kaisers zu führen. Im Jahre 1862 wurde Hitotsubashi Yoshinobu zum Regenten des Shōgun gemacht der früher sein Rivale gewesen war – ein Zugeständnis an die Daimyō –, und das *sankinkōtai*-System wurde erheblich modifiziert. Beinahe über Nacht verschob sich das gesamte Zentrum politischer Aktivität nach Kyōto. Im Jahre 1863 reiste der Shōgun auf ein Ansuchen des Kaisers hin nach Kyōto und bestätigte dadurch erneut das wiederhergestellte Prestige des Hofes. Die sogenannte *kōbu-gattai* (›Hof-Daimyō-Koalition‹)-Politik nahm in einem zu Beginn des Jahres 1864 erzielten Übereinkommen, wonach der Shōgun die Staatsgeschäfte im Namen des Kaisers führen sollte, Formen an, die zu den größten Hoffnungen berechtigten. Eine Ratgebergruppe von Daimyō, die die Daimyō von Satsuma,

Tosa, Uwajima, Aizu, Fukui sowie Hitotsubashi Yoshinobu einschloß, sollte bei politischen Entscheidungen mitwirken. Aber dieser ziemlich gemischte Verein von ›außenstehenden‹ und verwandten Daimyō war nicht einig genug, um als Gruppe in Funktion treten zu können, und bevor das Jahr um war, löste er sich auf.

Im Jahre 1864 hatten sich die Koalitionsbemühungen als erfolglos erwiesen, und die interne Führungskrise trat in eine neue kritische Phase ein. Es war inzwischen offenbar, daß echte Änderungen im Machtverhältnis unvermeidlich waren und daß das Tokugawa-Shogunat auf wachsende Opposition im Land stieß. Von den *han* waren einige wenige dank kurz zuvor durchgeführter Finanzreformen oder aufgrund der energischen Führung ihrer Daimyō in der Lage gewesen, grundlegende militärische Neuerungen vorzunehmen und dadurch ihre reale Macht im *baku-han*-Verhältnis zu vergrößern. Besonders Satsuma und Chōshū hatten durch ihren Kontakt mit den Westmächten begonnen, das Shogunat in der Modernisierung ihrer Streitkräfte zu überflügeln. In diesen und anderen *han* entstand eine tatkräftige Führungsgruppe, deren Mitglieder die neuen Truppen befehligten oder als Agenten der *han* in dem immer komplexer und intensiver werdenden Konkurrenzkampf fungierten, der sich allmählich zwischen den *han* entwickelte. Viele der neuen *han*-Agenten besaßen die Geisteshaltung der *shishi*; sie waren bestrebt, ihre *han* in die gegen das *bakufu* gerichtete, für den Kaiser eintretende Bewegung hineinzuziehen, die wie ein Strudel um den Hof kreiste. In der Zeit nach 1860 hatten einige sogar Pro-Kaiser-Bewegungen in ihren *han* geleitet. Mit der Vereitelung des konservativen Versuchs einer Koalition wurde das Land im Jahre 1864 somit buchstäblich in einen freien politischen Wettbewerb gestürzt. Und wenn auch die Daimyō in ihrem Zukunftsdenken ziemlich konservativ blieben, arbeiteten doch ihre aktiven Agenten und Beamten auf die Abschaffung des Shogunats und die Bildung einer neuen Regierung unter dem Kaiser hin.

Von 1864 bis Ende 1866 suchten verschiedene Gruppen in Japan offensichtlich, ihre gegenseitigen Schwächen herauszufinden. Kyōto wurde eine Brutstätte loyal ausgerichteter Agitation, als sich junge Angehörige des Hofadels wie Iwakura und Sanjō heimlich gegen das *bakufu* verschworen. Das Shogunat, das sein Initiativrecht an die großen Seitenlinien verloren hatte, tat sein möglichstes, um die Ordnung zu erhalten – ein Unterfangen, das zwei Strafexpeditionen gegen Chōshū mit sich brachte, da dieses einen Militärputsch auf die Hauptstadt versucht hatte. Der ersten davon war ein gewisser Erfolg beschieden, sie führte aber nur zu der Etablierung einer revolutionären Führerschaft in Chōshū. Eine weitere ›Züchtigung‹ erwies sich als notwendig. Aber ehe eine zweite Expedition unternommen werden konnte, schlossen die Agenten der Daimyō von Satsuma und Chōshū (Saigō und Ōkubo für Satsuma, Kido und Takasugi für Chōshū), die bis dahin im Streit miteinander gelegen hatten, einen geheimen Pakt, sich gegenseitig zu unterstützen. Die zweite Strafexpedition gegen Chōshū wurde dem *bakufu* zum Verhängnis: dessen widerstrebende Einheiten wurden von den

frisch ausgebildeten Chōshū-Truppen, die mit von den Engländern importierten Waffen ausgerüstet waren, gänzlich geschlagen. Die einst gewaltige militärische Überlegenheit des Shogunats war von einem einzigen *han* zunichte gemacht worden. Es war offenbar, daß das *bakufu* eine letzte, äußerste Anstrengung machen mußte, seine Hegemonie wiederzuerlangen, oder untergehen mußte.

Zu Beginn des Jahres 1867 brachten zwei beinahe gleichzeitige Ereignisse den entscheidenden Wendepunkt der politischen Situation. Der konservative Kaiser Kōmei starb; seine Nachfolge sollte im Februar sein vierzehnjähriger Sohn Mutsuhito (Kaiser Meiji) antreten. Im Januar übertrug man das Amt des Shōgun endlich Yoshinobu (Tokugawa Keiki). Diese bedeutenden Änderungen in der Führung trugen dazu bei, daß die politische Agitation ihren Höhepunkt erreichte. In den restlichen Monaten des Jahres 1867 lassen sich in dem Wirrwarr der politischen Kämpfe drei Richtungen fieberhafter Aktivität unterscheiden: ein letzter verzweifelter Versuch des *bakufu*, durch eine interne Reform an der Macht zu bleiben, ein fortgesetztes Bemühen, eine Daimyō-Koalition zustande zu bringen, und eine immer heftigere Anti-Tokugawa- Agitation, die auf eine Restauration der Herrschaft des Kaisers abzielte.

Yoshinobu hatte das Amt des Shōgun nur widerstrebend übernommen. Doch nachdem er einmal die Führung innehatte, unterstützte er ein energisches Reformprogramm, das unter französischer Anleitung das *bakufu* stärken sollte. Die Franzosen, die damals als die Hauptrivalen der Engländer auftraten, hatten sich im Gegensatz zu den Briten, die Satsuma und Chōshū ihren Beistand gewährten, hinter das *bakufu* gestellt. Seit 1864 entwickelte der französische Gesandte Léon Roches in Edo eine emsige Tätigkeit, in der Hoffnung, die Macht des *bakufu* zu stützen. Der neue Plan des *bakufu* sah die Erweiterung der militärischen Basis des Shōgun und eine vollständige Neuorganisation der Verwaltung unter Verwendung des französischen Systems – Kabinett, Ministerien und Präfekturen – vor. Aber wiederum kamen die Reformen zu spät.

Inzwischen arbeitete Yoshinobu in Kyōto auf eine Neuordnung des Machtverhältnisses unter dem Kaiser hin, um so für den Shōgun eine Führungsposition zu retten. Er fuhr daher fort, die Idee einer Daimyō-Koalition zu propagieren, aber ohne Erfolg. Zu diesem Zeitpunkt schlug der Daimyō von Tosa, der die zunehmende Stärke Satsumas und Chōshūs fürchtete, für das Problem der politischen Organisation eine Kompromißlösung vor. Das sogenannte Tosa-Memorandum forderte den Shōgun auf, zugunsten eines Daimyō-Rates zurückzutreten, der unter dem Kaiser seine Aufgaben versehen sollte. Die Regierungsgewalt des Shōgun sollte dem Kaiser zurückgegeben werden, doch das Oberhaupt des Hauses Tokugawa sollte seine Besitzungen behalten und als die größte Macht im Land weiterhin das Amt eines Premierministers ausüben. Im November 1867 nahm Yoshinobu diesen Vorschlag an und führte damit eine ›Restauration der kaiserlichen Macht‹ im Namen des Shogunats herbei.

Diese Lösung war weder für die radikaleren Angehörigen des Hofadels noch für die energischen Führer von Satsuma und Chōshū und einer Reihe anderer *han* annehmbar. Am 3. Januar 1868 (dem 9. Tag des 12. Monats des Jahres 1867 nach dem japanischen Kalender) bemächtigten sich die Streitkräfte von Satsuma und Chōshū, die aber auch diejenigen Echizens, Owaris, Tosas und Akis einschlossen, im Kampf gegen die Tokugawa des Palastes und verkündeten eine neue Restauration. Es wurde ein Rat einberufen, von dem Anhänger der Tokugawa ausgeschlossen waren, und eine feierliche Rückgabe der Regierung an den Kaiser proklamiert. Eine Regierungsform wurde entworfen, die angeblich auf die ›Zeit Kaiser Jimmu‹ zurückging, das Shogunat wurde abgeschafft, seine Ländereien konfisziert, und Yoshinobu wurde zu einem gewöhnlichen Daimyō degradiert. Dies war die Meiji-Restauration des Jahres 1868.

Dem Meiji-*coup d'état* folgte ein Bürgerkrieg, doch war er nicht von langer Dauer und wurde eigentlich nur mit halbem Herzen geführt. Yoshinobu, der die Bekanntmachung vom 3. Januar akzeptiert und seine Truppen nach Ōsaka zurückgezogen hatte, konnte einige seiner Befehlshaber nicht zurückhalten. Am 27. Januar wurde ein Versuch der Tokugawa-Streitkräfte, Kyōto zurückzuerobern, durch die überlegene Bewaffnung der Kontingente von Satsuma, Chōshū und Tosa vereitelt. Diese Schlacht, die bei Toba-Fushimi ausgetragen wurde, beendete die Hegemonie der Tokugawa ebenso gewiß, wie der große Kampf von Sekigahara sie 268 Jahre zuvor begründet hatte. Die revolutionäre Regierung brandmarkte nun die Tokugawa als ›Feinde des Throns‹. An der Spitze einer ›kaiserlichen Armee‹ marschierte Saigō gegen Edo, wo sich Yoshinobu ohne Widerstand ergab. Im Norden von Edo hielt das *han* Aizu, das im Besitz einer Seitenlinie des Hauses Tokugawa war, einige Monate stand, in denen blutige Kämpfe stattfanden, doch im November kapitulierte es. Die Flotte des Shogunats, die sich nach Hokkaidō zurückzog, hielt bis zum Mai 1869 aus. Als sie sich ergeben hatte, war der Widerstand der Tokugawa zu Ende, und die neue Regierung erlangte die Herrschaft über das ganze Land. Die neue Führungsspitze war bereits auf dem Wege zu weitreichenden politischen und institutionellen Änderungen.

14. Die Meiji-Restauration und ihre Bedeutung

Die Ereignisse im Januar des Jahres 1868 führten zu dem plötzlichen Untergang des Tokugawa-Shogunats und ließen an seiner Stelle ein neues Regierungszentrum im Zeichen des Kaisers entstehen. Indem Japan das Zweiregierungssystem aufgab, das seit der Zeit des Kamakura-Shogunats bestanden hatte, gewann es eine neue nationale Einheit. In einem entscheidenden Moment war der Kaiser wieder in den Mittelpunkt der Regierung gerückt worden. Die lange historische Aufspaltung in einen regierenden Souverän und einen herrschenden Bevollmächtigten hatte sich sogar als ein Segen erwiesen. Denn in dem Augenblick der Krise, als Japan sich der

Bedrohung durch den Westen gegenüber sah, wurde der Kaiser für die Nation zu einer Quelle neuer Kraft. Die alte Ordnung wurde unter Berufung auf eine höchste und noch ältere Ermächtigung, die überdies äußerst ›japanisch‹ war, angegriffen. Japans erste Reaktion auf den Zusammenstoß mit dem Westen erfolgte unter dem Motto ›Rückkehr zur Vergangenheit‹ (*fukko*). In dieser Hinsicht hatte eine ›Restauration‹ stattgefunden. Die neue Regierung begab sich wieder in eine unmittelbare offene Abhängigkeit von der höchsten Instanz des Kaisers (*ōsei*), obwohl der Kaiser charakteristischerweise auch weiterhin über dem Staatsapparat und dem Machtkampf stand.

Die Restauration erwies sich als mehr als nur eine Neuverteilung politischen Einflusses. Während das erste Regierungsübereinkommen zu einer ausgesprochen konservativen Koalition geführt hatte, die aus kaiserlichen Prinzen, Hofadligen, Daimyō und deren Agenten bestand, hatte die Wucht des politischen Umschwungs und später der Sozial- und Wirtschaftsreform letztlich viel weiterreichende Folgen als den bloßen Sturz des Shogunats. Von größter Wichtigkeit war für die Männer, die die Restauration herbeiführten, das Ziel, das Land erstarcken zu lassen, um die Bedrohung durch das Ausland abwenden zu können; und zu diesem Zweck wählten sie die Parole *fukoku- kyōhei* (›den Staat bereichern und seine Streitkräfte stärken‹). Bis zum Jahre 1871 waren nach diesem Motto die Daimyō enteignet, die Klasse der Samurai aufgehoben und soziale Gleichheit und persönliche Freizügigkeit verkündet worden; es hatte ein gründlicher Versuch begonnen, Japan nach westlichen Vorbildern umzuwandeln. Die Restauration kennzeichnete somit Japans Schritt in die Moderne, und als solcher erwies sie sich als eines der zentralen Ereignisse in der japanischen Geschichte.

Die Historiker haben über die Bedeutung der Restauration in diesem weiteren Sinne lang und heftig diskutiert. Gewöhnlich wird die Frage, ob die Restauration als eine ›Revolution‹ angesehen werden sollte, im Zusammenhang mit dem Vergleich zwischen der japanischen und der europäischen Geschichte gestellt. Aber wenn auch Japan in den sechziger und siebziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts die dramatischsten politischen und kulturellen Veränderungen durchmachte, unterschieden sich die Aktionen und Motive, die dahinterstanden, doch in vieler, grundlegender Hinsicht von denen der modernen Revolutionen in Europa. In Japan gab es wenig sozialen Antagonismus oder politische Ideologien, wie sie zum Ausbruch der Französischen oder Russischen Revolution führten. Es gab weder Mob in den Straßen noch rollten Köpfe. Daß wirtschaftliche und soziale Faktoren bei den Ereignissen der Restauration eine wesentliche Rolle spielten, läßt sich nicht leugnen, aber bis zum Schluß blieben Bauernaufstände ortsgebunden und unpolitisch, obwohl sie an Zahl und Heftigkeit zugenommen hatten. Sie zeitigten keine allgemeinen Parolen sozialen oder politischen Protests. Auch die Kaufleute hatten zumeist für ihren wirtschaftlichen Ehrgeiz ein weites Betätigungsfeld gefunden, obwohl sie vielleicht mit ihrem untergeordneten Status unzufrieden waren. Die Meiji-

Restauration war weder eine Revolution der Bürger noch der Bauern, obwohl sich sowohl Bauern wie Kaufleute unter den Männern fanden, die den Angriff auf das Shogunat leiteten. Die Führer für den Umsturz kamen hauptsächlich aus einer anderen Schicht, nämlich aus der Klasse der Samurai selbst. Obwohl man daher bis zu einem gewissen Grad Vergleiche zwischen der Anti-Tokugawa-Bewegung und den Anfangsstadien der Revolutionsbewegung in Rußland ziehen kann, wäre es schwer, zwingende Ähnlichkeiten zwischen der Restauration und dem späteren Verlauf der Russischen oder der Französischen Revolution zu finden. Die beiden hervorstechenden Merkmale der gesamten Restaurationsperiode waren das überwältigende Gefühl der außenpolitischen Krise, das das Land erfaßte, und die Art und Weise, in der aus der Klasse der Samurai plötzlich eine neue Führungsspitze hervorging.

Es ist typisch für Krisenzeiten, daß unversehens große Männer ins Rampenlicht der Geschichte treten. Japan hat selten – wenn überhaupt – eine größere Zahl fähiger Führer hervorgebracht als in dem Zeitabschnitt von 1850 bis 1890. Diese Männer waren es hauptsächlich, die die Restaurationsbewegung und die Reformen, die folgten, durchsetzten. Welche Motive sie hatten und weshalb sie gerade zu diesem Zeitpunkt auftraten, sind die Kernfragen, die man in bezug auf die Restaurationsperiode stellen kann. Die Erklärung, daß diese Männer einfach von einem überwältigenden Loyalitätsgefühl gegenüber dem Kaiser erfüllt waren oder daß sie vor allem von dem Wunsch beseelt waren, dem Westen nachzueifern, ist ohne Zweifel zu simpel. Eine Theorie, die E.H. Norman populär machte – nämlich daß sie sich aus den Reihen unzufriedener Samurai der unteren Schicht rekrutierten und daß sie indirekt die Triebkraft einer Revolution des Bürgertums repräsentierten –, ist durch neue Forschungen widerlegt worden. Die Führer der Restauration kamen aus vielen Schichten der Samurai-Klasse, und ihre Handlungen wurden kaum von Klassenbewußtsein oder Gruppeninteressen bestimmt; auch verstanden sie sich selbst nicht so, daß sie die Reserven ihrer Klasse zu revolutionären Zwecken verwendeten. Auch die unter den japanischen Gelehrten der Nachkriegszeit verbreitetste Ansicht – daß die Restauration eine neue Konsolidierung der Samurai-Klasse darstellte, in einem Versuch, angesichts der revolutionären Kräfte der Bauernunruhen und des zunehmenden Handelskapitals die Herrschaft über das Land zu behalten, mit anderen Worten, daß sie ein gegenrevolutionärer Vorstoß auf den politischen Absolutismus zu war – ist ein zu offensichtliches Bemühen, die japanische Geschichte in eine schlecht passende europäische Schablone zu pressen.

Die Motive, die der Restauration zugrunde lagen, müssen wir als die einer Gruppe von Einzelpersonlichkeiten mit unterschiedlicher Vergangenheit und verschiedenartigen persönlichen Ambitionen betrachten. Obwohl es insgesamt gut über hundert Männer sind, die als Führer der Restaurationsbewegung identifiziert worden sind, müssen wir in Wirklichkeit nur eine wesentlich kleinere Gruppe primärer Führer ins Auge fassen:

Vom Hof:

Sanjō Sanetomo (1837–1891)
Iwakura Tomomi (1825–1883)

Aus Satsuma:

Ōkubo Toshimichi (1830–1878)
Terashima Munenori (1833–1893)
Godai Tomoatsu (1835–1885)
Saigō Takamori (1828–1877)
Kuroda Kiyotaka (1840–1900)
Matsukata Masayoshi (1837–1924)

Aus Chōshū:

Takasugi Shinsaku (1839–1867)
Kido Kōin (1833–1877)
Ōmura Masujirō (1824–1869)
Itō Hirobumi (1841–1909)
Inoue Kaoru (1835–1915)
Yamagata Aritomo (1838–1922)
Hirosawa Saneomi (1833–1871)

Aus Tosa:

Itagaki Taisuke (1837–1919)
Gotō Shōjirō (1837–1897)
Fukuoka Kōtei (1835–1919)
Sakamoto Ryōma (1835–1867)

Aus Hizen:

Etō Shimpei (1834–1874)
Ōkuma Shigenobu (1838–1922)
Soejima Taneomi (1828–1905)
Ōki Takatō (1832–1899)

Ferner:

Yokoi Shōnan (1809–1869, aus Kumamoto)
Katsu Kaishū (1823–1899, vom *bakufu*)
Yuri Kimimasa (1829–1909, aus Fukui)
Inoue Kowashi (1844–1895, aus Kumamoto)

Über diese Gruppe lassen sich mehrere grundlegende, allgemeine Feststellungen treffen, die sich als erstes aufdrängen. Die meisten dieser Männer kamen aus den vier großen *tozama-han* Westjapans, worauf ihre gemeinsame traditionelle Abneigung gegen das Haus Tokugawa beruhte. Als Gruppe waren sie bemerkenswert jung, ihr Durchschnittsalter war im Jahre 1868 knapp über dreißig. Zumeist entstammten sie Familien der niederen Samurai-Klasse, wenn auch einige, wie Kido, von hohem Stand waren. In ihrer Jugend waren sie energisch und ehrgeizig, und die meisten begannen ihre Karriere in der traditionellen Weise, indem sie die Leiter der Beförderung in ihren *han*

hinaufdrängten, besonders im Militärdienst. Da sie nicht zu der Aristokratie mit Grundbesitz gehörten, konnten sie ihren Ehrgeiz nur durch Erfolge im Regierungsdienst befriedigen. Und aufgrund der Dezentralisation des *baku-han*-Systems fanden sie eine große Zahl politischer Arenen, in denen sie sich bewähren konnten. Wie im Amerika der Zeit vor der Unabhängigkeit lernten die ›Gründungsväter‹ in Japan in ihren heimatlichen Territorien Menschen zu führen, ehe sie Führer der Nation wurden.

Charakteristisch für die Persönlichkeiten an der Spitze der Restauration waren ihr durchweg hohes Bildungsniveau und ihre beachtliche Spezialausbildung. Die meisten von ihnen hatten sich in ihren *han* aufgrund ihrer militärischen Fähigkeiten oder ihrer Gelehrsamkeit einen Namen gemacht. Die Folge davon war, daß sie alle früh im aktiven Dienst Karriere machten: als Ratgeber ihrer Daimyō, als diplomatische Agenten oder als Organisatoren neuer Militäreinheiten. Die militärische Laufbahn war vielleicht die verbreitetste. Saigō, Ōmura, Etō, Hirosawa, Itagaki und viele andere waren zuerst Befehlshaber von *han*-Militäreinheiten. Itō wurde als Dolmetscher eingesetzt, Kido war ein maßgeblicher Daimyō-Ratgeber. Auch die Art der Erziehung, die diese Männer erhielten, war bezeichnend. Als Samurai zu straffer militärischer Zucht erzogen (viele aus dieser Gruppe wurden hervorragende Fechter), wurden sie dazu ausgebildet, Männer der Tat zu werden und eine kriegerische Gesinnung zu entwickeln. Der geistige Teil ihrer Schulung war überwiegend durch den Konfuzianismus bestimmt, Loyalität und Hingabe an die Gesellschaft wurden besonders betont. Obwohl sie große persönliche Ambitionen hatten, standen sie daher auch nationalen Problemen überaus aufgeschlossen gegenüber, und die Idee, einer höheren Instanz zu dienen, hatte sich ihnen nachdrücklich eingeprägt. Als *shishi*, die sie waren, hatten die meisten den brennenden Wunsch gehabt, ihr Land zu retten oder ihrem Daimyō zu Diensten zu sein. Doch konnte man nur wenige als fanatisch oder blind in ihren politischen Ansichten bezeichnen. Im Jahre 1868 waren verschiedene bereits im Ausland gewesen (Godai, Itō und Inoue hatten England besucht; Katsu war mit einem japanischen Schiff über den Pazifik gefahren); andere hatten mit Abendländern in Japan in Verbindung gestanden (Ōkubo, Saigō und Ōkuma hatten mit Satow, dem englischen Dolmetscher, lange Gespräche geführt). Zwar waren die meisten *shishi* zu Beginn, im Jahre 1853, überaus fremdenfeindlich eingestellt (Itō hatte an dem Angriff auf die britische Gesandtschaft im Jahre 1863 teilgenommen), doch wurden die fanatischsten früh getötet und die übrigen bis zum Jahre 1868 von der Überlegenheit der westlichen Zivilisation überzeugt. Dieser Gesinnungswandel, den beinahe alle Meiji-Führer durchmachten, bildete in den meisten Fällen den Umstand, der bewirkte, daß aus strikten Vertretern der Restauration Reformatoren wurden.

Was das Jahr 1867 angeht, so lassen sich nur schwer Feststellungen über die Ziele der Führer der Restauration in ihrer Gesamtheit treffen. Es handelte sich bei diesen Führern nämlich noch immer um eine Gruppe verschiedenartiger

Persönlichkeiten, die in ihren *han* oder als unabhängige Agitatoren wirkten. Viele kannten sich aus den Tagen der Fechtschule oder weil sie in Daimyatsangelegenheiten miteinander verhandelt hatten, aber sie verband kein gemeinsamer Aktionsplan. Als einzelne besaßen sie noch keine Macht und konnten den Gang der Ereignisse nur dadurch beeinflussen, daß sie die Mittel ihrer *han* geschickt einsetzten und sich das Prestige ihrer Vorgesetzten zunutze machten. In Wahrheit fungierten die meisten noch als die ernannten Befehlshaber von *han*-Militäreinheiten oder als politische Agenten ihrer Daimyō. Der erste Schritt war daher, das *bakufu* auszuschalten und im Interesse ihrer Daimyō die Kontrolle über den Kaiser zu erlangen. Nachdem dies geschehen war, waren ihre beiden nächsten Ziele, wie wir festgestellt haben, den Staat zu sichern und ihn gegen den Westen zu rüsten. Bei der Verwirklichung dieser Pläne verbanden die aktiven Agenten persönlichen Ehrgeiz mit Staatskunst, so daß sie in Führungspositionen gelangten, die es ihnen ermöglichten, ihr Land grundlegenden Reformen zu unterwerfen.

In den ersten Monaten des Jahres 1868 war die neue Regierung wenig mehr als eine neue Koalition von *han*, die in der Hauptsache durch die überlegene Stärke von Satsuma und Chōshū und das Ansehen des Hofes zusammengehalten wurde. Tosa und Hizen wurden aufgenommen, um ihr Stabilität zu verleihen. (Daher der Ausdruck Satchō-dohi, der sich auf die vier wichtigsten *han* bezieht.) Aber das Gleichgewicht der Kräfte war noch nicht gesichert. Allmählich schlossen sich hinter der Fassade von Daimyō und hohen Hofbeamten, die die neue Machtkoalition in der Öffentlichkeit repräsentierten, die Samurai-Aktivisten, denen die meisten Regierungsgeschäfte in Wirklichkeit übertragen worden waren, zu einer bewußten Oligarchie zusammen und begannen, eine Regierungsform auf höherer Ebene, den *han* übergeordnet, zu entwerfen. Sie gingen aber behutsam vor.

Im Jahre 1868 wurde das von dem Haus Tokugawa konfiszierte Gebiet in Präfekturen (*ken*) und Stadtpräfekturen (*fu*) eingeteilt, und junge Führer aus den westlichen *han* wurden zu Gouverneuren ernannt. Gleichzeitig wurden Agenten der Zentralregierung in die 273 *han* gesandt, um auf administrative Einheitlichkeit und Übereinstimmung mit den allgemeinen Richtlinien hinzuarbeiten. Im Laufe des Jahres 1868 wurden durch eine Reihe von Umgruppierungen in der Zentralregierung die Hofbeamten und Daimyō, die nur vorgeschobene Repräsentanten gewesen waren, ihrer angesehenen Stellung enthoben, und die wirklichen Führer rückten nach und nahmen ihren Platz ein. Unter ihnen wurde Ōkubo aus Satsuma die beherrschende Persönlichkeit. Im März 1869 gewann Ōkubo die Überzeugung, daß eine weitere Zentralisierung nötig war. Nachdem er sich dessen versichert hatte, daß die Regimenter, die aus Satsuma und Chōshū zu einer kaiserlichen Armee zusammengestellt worden waren stark genug waren, überredeten er und Kido die Daimyō der vier wichtigsten *han*, die die Koalition bildeten – Satsuma, Chōshū, Tosa und Hizen –, den Anspruch auf ihre Daimyate dem Kaiser zurückzugeben. Andere Daimyō

schlossen sich an, und der erste Schritt zur Abschaffung der *han* war getan. Zwar bestanden die *han* dem Namen nach weiter, wurden aber nun als Unterabteilungen eines geeinten Staates behandelt, und die Daimyō verblieben zwar als ›Gouverneure‹ auf der politischen Bühne, doch wurden auch sie theoretisch von der Zentralregierung ernannt.

Es erwies sich aber eine weitere Zentralisierung als notwendig, und im Frühjahr 1871 arbeiteten Ōkubo und Kido darauf hin. Bei einem geheimen Treffen, an dem Kido, Inoue, Yamagata, Ōkubo, Saigō, Ōyama, Sanjō und Iwakura teilnahmen, faßte man schließlich den Entschluß, die *han* abzuschaffen. Wieder wurde der Schritt dadurch vorbereitet, daß man die Einwilligung der führenden Ex-Daimyō einholte und vorher die Streitkräfte der Zentralregierung mit Einheiten der großen *han* der Koalition verstärkte. Im August 1871 wurden die Ex-Daimyō vor den Kaiser gerufen, und es wurde der Beschluß verkündet, die *han* abzuschaffen. Die *han* wurden in Präfekturen (*ken*) umgewandelt, an deren Spitze neuernannte Gouverneure standen. Die ehemaligen Daimyō sollten in ihrem ›Ruhestand‹ eine Rente beziehen. Die bestehenden Armeen und Garden der *han* wurden aufgelöst, die früheren Burg-Hauptquartiere der Daimyō wurden von der Zentralregierung konfisziert. Insgesamt wurden 305 neue lokale Verwaltungseinheiten geschaffen. Bis zum Ende des Jahres waren diese jedoch auf 75 vermindert worden; sie unterstanden alle von der Zentralregierung ernannten Gouverneuren. Wenn es Gegner dieser Maßnahme gab, so hatten sie keine Gelegenheit, Protest zu erheben; die Daimyō willigten still und bescheiden darin ein, sich zurückzuziehen und mit Titel und Rente in der neuen Hauptstadt zu leben. Durch diesen Schritt wurde Japan in einen völlig zentralisierten Staat umgewandelt. Von nun an trat die neue Führungsgruppe mit voller Verfügungsgewalt auf; sie war eine Oligarchie geworden, die ohne großen Widerstand weitere Reformen durchführen konnte.

Wieder hatten die Japaner – wie mit der Taika-Reform – einen revolutionären Wandel in der Regierungsstruktur und der Verteilung der Macht herbeigeführt, ohne daß eine Revolution stattgefunden hatte. Weshalb wirkten die Daimyō, insbesondere die vier mächtigsten, so bereitwillig bei der Abschaffung ihres Amtes mit? Es fehlte ihnen weder die Kraft, Widerstand zu leisten, noch waren sie zu einfältig, um zu erkennen, was vorging. Die gewöhnliche Erklärung der Japaner und die, an der sie selbst festhielten, war, daß ihre Loyalität dem Kaiser gegenüber sie dazu veranlaßt habe. Wir wären jedoch naiv, wenn wir dies als eine ausreichende Antwort akzeptieren würden. Wahrscheinlicher ist, daß wie im siebenten Jahrhundert eine Mischung von Zwang und Verlockung mitspielte. Zunächst einmal war man langsam an die Abschaffung der *han* herangegangen, und das Ziel war nicht von Anfang an offenbar gewesen. Jeder Schritt war durch die Ansammlung militärischer Macht im Zentrum vorbereitet worden, und dadurch war es schwer, sich ihm entgegenzustemmen. Aber auch die den Daimyō gebotenen Alternativen waren nicht unannehmbar. Die enteigneten Daimyō erwartete keine Guillotine, sie erhielten vielmehr eine großzügige

finanzielle Entschädigung und wurden gleichzeitig von der Last des Amtes befreit. Die neue Regierung übernahm sogar die alten Schulden der *han* und ihr altes Papiergeld. Die Tatsache, daß die politische Änderung nicht so drastisch war (selbst Tokugawa Keiki erhielt eine ausreichende Rente und wurde im Jahre 1903 zum Prinzen ernannt), schuf zusammen mit dem Gefühl der nationalen Krise, das durch die Anwesenheit der Westmächte hervorgerufen worden war, eine Atmosphäre, in der es dem Unternehmungsgeist einer Handvoll entschlossener Männer gelang, den japanischen Staat neu aufzubauen.

15. Die Gründung eines modernen Staates

Daß sich der politische Umschwung, der mit der Restauration Hand in Hand ging, relativ gemäßigt vollzog, bedeutete, daß die Aufgabe, neue Regierungseinrichtungen zu schaffen, nicht eine vollständige Neuorganisation des Verwaltungsapparates erforderte. Obwohl das Shogunat und die *han* abgeschafft worden waren, zeigte es sich, daß viele der alten Methoden der Machtausübung und ein großer Teil des bestehenden Verwaltungsapparates weiter verwendet werden konnten, indem man den modernen Anforderungen durch kleine, zusätzliche Änderungen Rechnung trug. Als sich die Führer der Restauration im Jahre 1868 vor die Notwendigkeit gestellt sahen, ein modernes Staatsgebäude zu errichten, wußten sie wohl, daß in der Hauptsache zwei Probleme zu lösen waren: erstens das technische, an der Macht zu bleiben und eine nationale Anhängerschaft zu gewinnen, und zweitens das für die Zukunft bedeutsame, der Regierung eine dauerhafte und wirkungsvolle Form zu geben.

Wieder waren der Druck, der auf die Regierung ausgeübt wurde, und die Meinungen, die von ihren leitenden Männern vertreten wurden, verschieden und bis zu einem gewissen Grad entgegengesetzt. Von denen, die im Ausland gewesen waren, wurden neue Regierungsformen, die auf dem Prinzip der Volksvertretung basierten, befürwortet, während der Wunsch, die internen Angelegenheiten fest im Griff zu behalten, die traditionelle Neigung zum autoritären Staat verstärkte. Die neuen Führer gingen diese Probleme nüchtern an; sie steuerten einen bemerkenswert geschickten Kurs zwischen Tradition und Neuerung, zwischen Zentralregierung und Volksvertretung.

Angesichts ihrer weiterhin unsicheren Machtposition im Land, und noch immer über den Ausgang der militärischen Operationen gegen die Tokugawa im Ungewissen, unternahm die neue Regierung zu Beginn des Jahres 1868 zwei aufschlußreiche Schritte, um eine größere Anhängerschaft im Volk zu gewinnen. Im März berief sie aus allen *han* Abgeordnete ein, um eine ratgebende Versammlung zu bilden, und im April erließ sie die sogenannte Eidescharta, in der im Namen des Kaisers fünf Artikel verkündet wurden, die eine neue philosophische Grundlage für den Staat darlegten, welche die Restaurationsregierung sich zu eigen zu machen beabsichtigte. Obwohl dieses Dokument, das von Yuri und Fukuoka (beides Männer, die von westlicher

Staatsphilosophie beeinflusst worden waren) abgefaßt und später von Kido modifiziert worden war, in seinem Wortlaut äußerst allgemein und in einigen Punkten mehrdeutig gehalten war, ließ es vier Hauptpunkte deutlich erkennen: Die Regierungspolitik sollte sich auf umfangreiche Beratungen (vermutlich mit Vertretern der *han*-Interessen) gründen; einzelne sollten ihre persönlichen Ziele verfolgen dürfen, doch die nationalen Interessen sollten allen andern vorgehen; und schließlich sollten verächtliche Sitten der Vergangenheit zugunsten moderner, vom Westen übernommener Praktiken abgeschafft werden.

Zwei Monate später wurde der erste Versuch unternommen, eine nationale Verfassung und einen administrativen Kodex zu entwerfen. Das *Seitaisho*, von Fukuoka und Soejima abgefaßt, erwies sich als eine seltsame Mischung von traditionellen bürokratischen Anordnungen und neuen westlichen Ideen wie Volksvertretung und Gewaltenteilung. Nach ihm wurde eine neue zentrale Regierungsstelle, das *Daijōkan* (womit der Name des Regierungskabinetts der Nara-Zeit wiederaufgegriffen wurde), eingerichtet und mit allen Verwaltungsvollmachten ausgestattet. Die Regierungsführung wurde auf sieben Ministerien verteilt. Von diesen bestand das der Legislative wiederum aus zwei Abgeordnetenhäusern, dem Oberhaus, einem Rat von Regierungsbeamten, und dem Unterhaus, einer Versammlung (*Kōgoshō*) von Repräsentanten der *han*. Die anderen Ministerien waren das der Exekutive, des Shintō, das Finanzministerium, das Kriegsministerium, das Außenministerium und das Ministerium für Zivilverwaltung. Ein Justizministerium wurde gesondert eingerichtet. Es wurde somit versucht, eine Dreiteilung der Gewalten durchzuführen.

Mit der Einnahme Edos gelangte die neue Regierung in den Besitz der alten *tenryō* (s.o.S. 166) der Tokugawa – ihrer wichtigsten Grundlage für die direkte Verwaltung. Deswegen und aus dem einfachen Grund, daß Edo die wirkliche politische Hauptstadt des Landes war, verlegte die neue Regierung gegen Ende des Jahres 1868 ihren Wirkungskreis nach Edo, das in Tōkyō (östliche Hauptstadt) umbenannt worden war, und im Frühjahr 1869 zog der Kaiser mit großem Prunk in das alte Schloß des Shōgun ein. Im August 1869 brachte eine Revision der Regierungsstruktur eine weitere Annäherung der zentralen Regierungsstellen an mehr traditionelle Vorbilder. Indem sie das Prinzip der Gewaltenteilung aufgaben, führten die leitenden Männer ein Regierungssystem ein, das dem der Nara-Zeit sogar noch genauer nachgebildet war. Dem Staatsrat wurde ein Ministerium für Shintō-Angelegenheiten an die Seite gestellt. Das Repräsentantenhaus wurde beibehalten, wenn es auch nur einmal zusammentrat, bevor es aufgelöst wurde. Überdies wurden die wichtigsten Regierungsmaßnahmen in der Hauptsache in einem Ratgebergremium (*sangi*) und sechs (später acht) Ministerien (Ministerium für Zivilverwaltung, Finanzministerium, Kriegsministerium, Außenministerium, Ministerium für den kaiserlichen Haushalt, Justizministerium, Ministerium für öffentliche Bauten und Erziehungsministerium) getroffen. Inzwischen waren die meisten der

Regierungsmitglieder, die nur als Strohleute fungiert hatten, ausgeschaltet worden, und die wahren Führer, die hinter der Restauration standen, waren als Mitglieder des Rates oder als Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Ministerien ins Licht der Öffentlichkeit getreten. Es begann sich eine Oligarchie herauszubilden, die zu diesem Zeitpunkt aus etwas weniger als zwanzig Männern bestand, welche fast zu gleichen Teilen vom Hof und aus den vier wichtigsten *han* kamen; in den niedrigeren Stellen der Zentralregierung waren Männer aus Satsuma und Chōshū allerdings entschieden in der Überzahl. Es gibt Japaner, die diese Konstellation daher als die Regierung der ›*han*-Clique‹ bezeichnet haben. Das *Daijōkan*-System blieb bis zur Annahme der Meiji-Verfassung im Jahre 1889 wirksam. Kleinere Änderungen wurden z.B. im Jahre 1871 nach der Abschaffung der *han* und im Jahre 1873 vorgenommen, als das Ministerium für Zivilverwaltung in das Innenministerium (*Naimushō*) umgewandelt wurde. Die Bedeutung des Innenministeriums läßt sich daraus ersehen, daß Ōkubo, der inzwischen der stärkste Mann in der Regierung geworden war, das Finanzministerium abgab, um seinen Vorsitz zu übernehmen. Da es Verfügungsgewalt über die Gouverneure der Präfekturen und über die nationale Politik besaß, wurde es das wichtigste Amt, mittels dessen innere Sicherheit erreicht wurde und einige der strittigsten Reformen durchgeführt wurden.

Diese Änderungen innerhalb der zentralen Regierungsstellen wären von geringer Bedeutung gewesen, wenn die Meiji-Führer nicht in der Lage gewesen wären, ihr Kontrollsystem auch auf die lokalen Verwaltungseinheiten in Japan auszudehnen. Wenn es auch im Jahre 1868 so schien, als stehe die neue kaiserliche Regierung vor einer menschliche Kräfte beinahe übersteigenden Aufgabe, nämlich aus den verstreuten Daimyaten, den Territorien der Tokugawa und den vielen gesonderten Besitztümern des Hofes und der Klöster eine Einheit zu bilden, so hatte sich in Wirklichkeit doch bereits eine hinreichende Einheitlichkeit der Verwaltung entwickelt, so daß sich die Eingliederung in ein nationales System der Präfekturen als relativ einfach erwies. Wir haben bereits den Vorgang verfolgt, wie die *han* allmählich, Schritt für Schritt, in *ken* umgewandelt wurden. Zuerst infiltrierte die Zentralregierung im Jahre 1868 die *han* und arbeitete darauf hin, daß sie die übergeordnete Amtsgewalt akzeptierten. Im Jahre 1869 gaben die Daimyō ihre Daimyate an den Thron zurück, fungierten aber weiter als ›Gouverneure‹ der *han*; im Jahre 1871 wurden dann die *han* in Präfekturen umgewandelt und innerhalb weniger Monate zu 72 Präfekturen und 3 Stadtbezirken zusammengeschlossen. (Diese Präfekturen wurden im Jahre 1888 weiter verringert, so daß ihre Zahl nur noch 43 betrug.) Als im Jahre 1873 das Innenministerium geschaffen wurde, waren die meisten der neuen Gouverneure von Tōkyō ausgewählt (viele der Männer kamen aus Satsuma oder Chōsū), und die Lokalverwaltung war vollständig unter Kontrolle.

Innerhalb der Präfekturen, auf der niedrigeren Ebene der Stadt- und Dorfverwaltung, fand eine ähnliche vorsichtige Verschmelzung statt. Während

der ganzen Periode politischer Anpassung, die mit der Abschaffung der *han* Hand in Hand ging, verstanden es die höheren Behörden, an der Macht zu bleiben, so daß selbst das Einziehen der Steuern keine Unterbrechung erfuhr. Im Jahre 1871 wurde ein Versuch unternommen, die Lokalverwaltung zu rationalisieren, indem man das ganze Land in große Quadrate von einheitlichem Ausmaß, *ku* genannt, einteilte. Sie dienten in erster Linie als Einheiten für einen neuen genauen Zensus und zur Feststellung der Besitzverhältnisse in bezug auf Grund und Boden. Nur kurz versuchte die Zentralregierung, auf der Basis dieser willkürlich festgelegten Einheiten ein System der lokalen Verwaltung einzuführen. Die Idee erwies sich als Fehlspekulation, und nach 1877 kehrte die Regierung zu einer vertrauteren und den Gegebenheiten besser entsprechenden Einteilung zurück: Indem man die alte Unterteilung in *gun* (Kreis) aus der Nara-Zeit wiederaufgriff, teilte man die Präfekturen in mittelgroße Einheiten und diese wiederum in die wohlbekannten Stadt- (*machi*) und Dorfbezirke (*mura*) ein. Die neuen Dörfer waren jedoch größer als die Siedlungsgemeinschaften der Tokugawa-Zeit und entstanden aus der Verschmelzung mehrerer alter *mura*. Die Dörfer der Tokugawa-Zeit behielten im allgemeinen ihre Eigenständigkeit als ›Teildörfer‹ (*aza*) in dem neuen System.

Man fragt sich mit Recht, weshalb die früheren Verwalter der *han* und die Dorfvorsteher der allmählichen Zentralisierung der Verwaltung auf präfekturaler und lokaler Ebene nicht mehr Widerstand entgegengesetzten. Ein Grund ist vielleicht, daß die nach dem Jahr 1868 sich rapid ändernde politische Situation zwar das alte *han*- und Dorfsystem zerstörte, zur gleichen Zeit jedoch für die Ehrgeizigeren unter den früheren Samurai- und Dorfbeamten eine Vielzahl neuer Möglichkeiten schuf. Für die fähigeren Verwaltungsbeamten der *han* erhielt Tōkyō eine große Anziehungskraft, und die Präfekturbehörden boten früheren Samurai aus den *han* und den tüchtigeren Dorfvorstehern Beschäftigung. Abgesehen davon sorgten die neuen Führer jedoch geschickt für eine Reihe von Sicherheitsventilen in Form von neuen, in der Mehrzahl machtlosen lokalen beratenden Körperschaften, die es ermöglichten, einer großen Zahl von Männern mit politischem Ehrgeiz ein Betätigungsfeld zu geben, ohne die Macht der Zentralregierung zu gefährden. Die nach dem *Seitaisho* geschaffene *han*-Versammlung gab selbst den kleineren *han* das Gefühl, daß sie an der Führung der neuen Regierung teilhatten. Im Jahre 1871 unterstützte die Regierung die Gründung von beratenden Versammlungen (*Kaigi*) auf den unteren Verwaltungsebenen in den neuen Präfekturen. In den meisten Teilen des Landes entstanden auf Dorf-, Kreis- und Präfekturbene rasch solche Einrichtungen. Die Dorfversammlungen wurden somit ein Sammelbecken für Männer mit lokalem Einfluß (gewöhnlich ehemalige Dorf Vorsteher), die sonst jeden Ranges beraubt gewesen wären. Die Kreisversammlungen setzten sich aus Mitgliedern von Dorfversammlungen zusammen, und die Präfekturversammlungen wurden von Repräsentanten der Kreise gebildet. Diese Gremien dienten einerseits als Forum, um politischen Ideen Ausdruck zu

verleihen, und andererseits als Vermittler, mit Hilfe derer die Regierung Unterstützung für einige ihrer strittigeren Reformen des Landbesitzes und der Besteuerung erlangen konnte. Da diese Ratsversammlungen nur das Recht zur Diskussion besaßen, beeinflussten sie den von Tōkyō eingeschlagenen politischen Kurs nur wenig.

Eine der bedeutsamsten Folgen, die sich aus der Fähigkeit der neuen Regierung ergaben, das Land fest und dauernd im Griff zu behalten, war, daß sie in verhältnismäßig kurzer Zeit ihre kritischsten finanziellen Probleme zu lösen vermochte. Es ist tatsächlich so, daß die finanzwirtschaftlichen Maßnahmen der Meiji- Regierung, obwohl sie weniger offensichtlich als die im politischen Bereich waren, in gleichem Maße wie diese zu der schließlich erreichten Stabilität des neuen Regimes beitrugen. Man darf nicht vergessen, daß die Zentralregierung zu Beginn des Jahres 1868 keine eigene Einkommensquelle hatte. Sie war in den ersten Monaten auf die Unterstützung bestimmter *han* und auf erzwungene Darlehen von einheimischen Finanzagenten angewiesen. Im Jahre 1869 war die neue Regierung in den Besitz des Einkommens aus den ehemaligen Ländereien der Tokugawa gelangt, doch deckte dies kaum die Hälfte ihrer Gesamtausgaben. Die erneute Ausgabe von Papiergeld überbrückte die Situation für den Augenblick. Mit der Abschaffung der *han* besserte sich die Lage etwas, doch hatte die Regierung auch die alten Schulden der *han* (etwa 78130000 Yen) übernommen und sich mit der Abfindung der Daimyō und Samurai in Form von Renten (200 Millionen Yen in bar und 190 Millionen in Schuldverschreibungen) in enorme Ausgaben gestürzt. Finanzreformen, die im Jahre 1871 und 1872 von Itō und Ōkuma durchgeführt wurden, brachten die Umstellung der nationalen Währung auf ein einheitliches Dezimalsystem, wobei man den Yen als Münzeinheit zugrunde legte. Ein dem amerikanischen Bundesreservefondsplan, der damals übernommen wurde, nachgebildetes Banksystem ermöglichte es, Schuldverschreibungen der Regierung als die Basis für die Ausgabe neuer Banknoten in Anspruch zu nehmen. Eines der wenigen Darlehen, das Japan vom Ausland erhielt – 2,4 Millionen Pfund von England –, stellte ebenfalls einen wichtigen Stabilitätsfaktor dar. Die Reform der Grundsteuer im Jahre 1873 schließlich bereitete für die Regierung den Weg zu weitgehender finanzieller Stabilität.

Die Regelung bezüglich des Grundbesitzes im Jahre 1873 wird im allgemeinen als eine Maßnahme ähnlich der Befreiung der Leibeigenen in Rußland gewertet. Nichts zeigt den Unterschied in den Besitzverhältnissen zwischen Japan und dem feudalistischen Europa im neunzehnten Jahrhundert deutlicher als die Geschichte der ersten modernen ›Landreform‹ Japans. In Japan waren die Motive für die Reform zum großen Teil wirtschaftlicher, nicht sozialer Art. Der Hauptbeweggrund war die Zentralisierung und Rationalisierung des ›Landwirtschaftssteuersystems‹. Zu diesem Zweck führte man drei neue Verfahren ein, die die Tokugawa-Praktiken gründlich revidierten. Steuern waren von dem einzelnen, nicht dem *mura*, auf der Basis des veranlagten Wertes des

Landes, nicht des Ertrages zu entrichten. Sie waren an die Zentralregierung, nicht an die Daimyō zu bezahlen. Um diese Neuerungen durchführen zu können, mußte geklärt werden, wer das Land ›besaß‹, und an die Einzelpersonen, die unter dem Tokugawa-System zur Zahlung von Steuern verpflichtet gewesen waren, wurden neue Urkunden ausgegeben. Da die Samurai-Klasse schon lange keine Rechte mehr auf das Ackerland hatte, bedeutete dies, daß es nach der neuen Regelung keinen feudalistischen Grundbesitz mehr gab und nur einzelnes Wald- und Bergland Eigentum von Daimyō-Familien, buddhistischen Institutionen und einigen wenigen hochstehenden Samurai blieb. Früheres ›Gemeindeland‹ ging in den Besitz der Regierung über.

Japan begann somit seine neue Entwicklung als Nation mit einer ausnehmend modernen Landbasis, für die in der Hauptsache wirtschaftliche Faktoren bestimmend waren. Von dem neuen System wurden jedoch in die Meiji-Zeit bestimmte Pachtverhältnisse übernommen, die gegen Ende der Tokugawa-Periode entstanden waren. Das System der intensiven Bewirtschaftung führte nämlich nicht zu Bestrebungen, sich zusammenzuschließen, oder zu einer wachsenden Verbreitung von Großgütern, die von überaus finanzkräftigen Unternehmern geleitet wurden, sondern blieb mit seinem hohen Prozentsatz an Pächtern bis in die Neuzeit bestehen. Mit der Aufhebung der Beschränkungen hinsichtlich der Veräußerung von Land und dem neu festgelegten Besteuerungssystem gelangte sogar immer mehr Reisland in die Hand wohlhabender Grundbesitzer, die es in Pacht weitergaben. Für das Jahr 1873 wird geschätzt, daß bereits über ein Viertel des Landes von Pächtern bewirtschaftet wurde; in den Jahren nach 1890 waren es 40% geworden. Unter diesen Umständen bezahlte auch weiterhin ein großer Teil der japanischen Bauern ohne formelle Pachtverträge Pachtzins in Form von Naturalien.

Letzten Endes war es natürlich die Fähigkeit der neuen Meiji-Regierung, auf militärischem Gebiet Macht zu gewinnen, die ihren reformatorischen Maßnahmen und ihrem Anspruch, für die Nation und ihre Sicherheit zu sprechen, Nachdruck verlieh. Da die Samurai-Führer der Restauration entweder Offiziere waren oder Männer mit beachtlicher militärischer Ausbildung, waren ihre Geschicklichkeit, Truppen einzusetzen, und ihr Gespür für die nationalen militärischen Bedürfnisse hoch entwickelt. Der Sturz des Shogunats war zu einem großen Teil die Folge militärischer Niederlagen gewesen, welche ihm von Gruppen im Land zugefügt worden waren, die sich die letzten Techniken der westlichen Kriegführung angeeignet hatten. Die Niederlage, die die Streitkräfte des *bakufu* im Jahre 1866 gegen Chōshū erlitten hatten – zum Teil aufgrund der Schlagkraft der Freiwilligenkorps (*Kiheitai*), denen sowohl gewöhnliche Leute aus dem Volk wie Samurai angehörten –, und die Niederlage der Tokugawa-Truppen bei Toba-Fushimi im Jahre 1868 waren beide durch die überlegene Ausrüstung und die moderne Ausbildung der Tokugawa- feindlichen Streitkräfte ermöglicht worden. Nachdem die neuen Meiji-Führer die

Restauration erzwungen hatten, mußten sie von Anfang an auf ihre militärische Stärke achten – erstens, um die Tokugawa völlig zu besiegen, und darüber hinaus, um stark genug zu bleiben für eine unangefochtene Herrschaft über ein Land, in dem es weiterhin unabhängige *han*-Truppen gab.

Von 1868 bis zum Ende des Jahres 1869 wurden die meisten Kämpfe für die Regierung des Kaisers Meiji von *han*-Truppen unter dem Oberbefehl der Zentralregierung ausgetragen. Im Jahre 1869 wurde ein Kriegsministerium geschaffen und Ōmura Masujirō, dem militärischen Genie aus Chōshū, unterstellt. Ōmura bereitete den Weg für eine moderne Nationalarmee, indem er Militärschulen gründete und Arsenalen einrichtete, doch gelang es ihm nicht, die Genehmigung für ein nationales Dienstpflichtigenheer zu erhalten. Zu Beginn des Jahres 1871 wurde jedoch eine Kaiserliche Garde (*Goshimpei*) von annähernd 10000 Mann, die von den *han*-Armeen von Satsuma, Chōshū und Tosa zu diesem Zweck bereitgestellt worden waren, dem Befehl Saigō Takamoris unterstellt. Inzwischen war Ōmura im Jahre 1869 ermordet worden; sein Nachfolger war Yamagata Aritomo, ebenfalls aus Chōshū. Nach einer Inspektionsreise in Europa drängte Yamagata auf ein Wehrwesen nach dem Vorbild Preußens. Mit der Abschaffung der *han* im Sommer des Jahres 1871 wurden die alten *han*-Garden unter zentrale Kontrolle gebracht, und es wurde eine nationale Armee ohne lokale Bindungen gebildet. Am Ende des Jahres 1872 waren die Planungen für die Einführung eines Dienstpflichtsystems abgeschlossen, und im Januar 1873 wurde das Wehrpflichtgesetz verkündet. Es war ein epochemachendes Gesetz, da es gleichzeitig den Unterschied zwischen dem Samurai und dem gewöhnlichen Mann aus dem Volk aufhob. Gemäß dem Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht wurden alle Männer im Alter von 21 Jahren auf die Dienstpflichtigenlisten gesetzt und mußten drei Jahre im aktiven Dienst und weitere sechs Jahre in der Reserve ableisten. Für Familienoberhäupter, Erben, Beamte und bestimmte Berufe wurden Ausnahmen gemacht, und durch die Zahlung von 270 Yen konnte man sich vom Dienst loskaufen. Das Land wurde in sechs Militärkreise eingeteilt und sofort ein Heer mit einer Stärke von 400000 Mann in Friedenszeiten geplant. Innerhalb weniger Jahre hatte Yamagata ein nationales Dienstpflichtigenheer geschaffen, das in allen Punkten auf europäischer Kriegskunst basierte.

Die sozialen Auswirkungen des Wehrpflichtgesetzes waren so weitreichend wie sonst kaum eine der Reformen der frühen Meiji-Zeit, denn es wurden dadurch die letzten Vorrechte der Samurai-Klasse beseitigt, die seit der Abschaffung der *han* bereits ihre privilegierte politische Stellung verloren hatte. Seit der Restauration hatten verschiedene getrennte Aktionen der Meiji-Regierung darauf abgezielt, eine soziale Revolution zu erzwingen, obgleich sich einem der Verdacht aufdrängen könnte, daß sie ungeplant war. Ob die Führer der Restauration eine klare Sozialpolitik dazu veranlaßte, ist schwer zu entscheiden. Sicher ist, daß es zur Zeit der Restauration keine Stimmen gab, die lautstark Prinzipien der Gleichheit verkündeten. Zweifellos waren die jungen

Samurai durch die sozialen Einschränkungen behindert worden, die ihre Bewegungsfreiheit eingeengt hatten; und sie nahmen in die Eidescharta eine Klausel über die Freiheit der Berufswahl auf. Wichtiger als abstrakte Gleichheitsprinzipien war ihnen jedoch offensichtlich die Idee des Dienstes für den Staat. Der vorherrschende Gedanke, den Staat zu stärken (*fukoku-kyōhei*), wirkte sich somit nur zufällig auf die Sozialpolitik aus. Schritte zur sozialen Gleichheit waren daher sehr oft die Folge von Maßnahmen, die aus anderen, realeren Gründen getroffen worden waren. Daß die Klassenschränken beseitigt wurden, war eine Folgeerscheinung des Wunsches, die Freiheit der Berufsausübung zu gewährleisten; das neue Steuergesetz brachte es mit sich, daß die Beschränkungen, die dem Bauernstand von den Tokugawa auferlegt worden waren, aufgehoben wurden, und die Abschaffung des Samurai-Standes war eine ›Nebenerscheinung‹ des Aufbaus eines Dienstpflichtigenheeres. Andererseits räumte man Ex-Samurai und Ex-Daimyō noch einige Zeit eine besondere Behandlung ein, und man schuf sogar eine neue Aristokratie. Das moderne Japan akzeptierte auch weiterhin eine hierarchische Gesellschaftsordnung dort, wo es angemessen schien.

Dennoch führte der moderne japanische Staat bewußt revolutionäre soziale Änderungen ein. Das Vier-Klassen-System wurde aufgegeben. Eine freie, nach der Wirtschaft orientierte Gesellschaft machte Reichtum, Bildung oder politischen Einfluß zum neuen Maßstab des Ansehens. Im Zusammenhang mit diesen Änderungen sollte Japan überdies eine gewaltige Befreiung menschlicher Energie erfahren. Die Maßnahmen, die zur Abschaffung der Klassenschränken führten, bestanden zunächst in einer Vereinfachung der Klassenränge. Höflinge und Daimyō wurden als Adlige (*kazoku*) bezeichnet, Samurai wurden als Landadel (*shizoku*) oder Soldaten (*sotsuzoku*) eingestuft und alle restlichen Klassen, einschließlich der *eta* und *hinin* (s.o.S. 178, als gewöhnliches Volk (*heimin*) zusammengefaßt. Es dauerte nicht lange, bis auch die Soldaten zum Volk gezählt wurden. Im Jahre 1870 wurde gewöhnlichen Leuten erlaubt, Familiennamen anzunehmen, und ihnen die Wahl des Berufes und des Wohnsitzes freigestellt. Ex-Samurai durften Adlige heiraten. Im Jahre 1871 war das Tragen von Schwertern nicht mehr obligatorisch. Mit der Abschaffung der *han* verloren die Ex-Samurai scheinbar ihre Beschäftigung, doch als Klasse blieben sie im Besitz des ererbten Einkommens in Form von Regierungspensionen, die neu bemessen worden waren und die Hälfte bis ein Zehntel ihres früheren Soldes betrugen.

Wie man sich vorstellen kann, war die finanzielle Belastung der Regierung durch die Abfindung der Samurai enorm. Die Zahl der Angehörigen des Adels und Landadels betrug etwa zwei Millionen (458000 Haushalte), und ihre Pensionen allein machten ungefähr ein Drittel der jährlichen Ausgaben der Regierung aus. Deshalb wandelte die Regierung diese Pensionen Schritt für Schritt in pauschale Zahlungen um und gab im Jahre 1876 schließlich zwangsmäßig statt aller Renten staatliche verzinsliche Schuldverschreibungen

über einen Pauschalbetrag, gestaffelt über eine Laufzeit von vier bis vierzehn Jahren, aus. Insgesamt wurden 170 Millionen Yen in Schuldverschreibungen ausgegeben, wobei im Durchschnitt auf jeden Haushalt etwa 550 Yen entfielen. Für die meisten Familien reichten die Zinsen allein keineswegs zum Lebensunterhalt aus. Weitaus der größte Teil der Ex-Samurai war somit der früheren Position beraubt und wurde in eine neue Welt gestoßen, um von nun an für sich selbst zu sorgen. Das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht des Jahres 1873 hatte ihrem angestammten Status als Kriegerstand praktisch ein Ende gemacht; im Jahre 1876 verbot man ihnen, ihre Schwerter zu tragen. Ihre besondere Kleidung und Haartracht waren bereits abgeschafft worden. Natürlich hatten in den Jahren seit der Restauration einige eine Anstellung in der neuen Zentral- oder Lokalverwaltung gefunden. Andere waren Offiziere oder Polizisten geworden. Manche ergriffen einen freien Beruf oder wandten sich Handel und Industrie zu, aber die Mehrzahl rutschte die wirtschaftliche und soziale Stufenleiter hinunter und endete als gewöhnlicher Arbeiter oder sogar als Bettler. Die Ex-Samurai, die unnachgiebig die Politik verfochten, die ihre Standesgenossen enteignete, ignorierten das schwere Los ihrer Klasse nicht. Sowohl von der Zentralregierung wie von den verschiedenen Präfekturbehörden wurde versucht, den Ex-Samurai durch großzügige Bedingungen bei der Eröffnung eines Geschäftes, durch die Urbarmachung von Land und durch staatliche Förderung von neuen Industrien zu helfen. Die Erschließung Hokkaidōs war zum Teil als Mittel gedacht, die Lage der Samurai zu erleichtern.

Die Politik, die die Samurai-Klasse abschaffte und davor so viele andere grundlegende Änderungen mit sich gebracht hatte, konnte nicht die einmütige Unterstützung aller leitenden Männer in der Regierung haben. Zwar war sich die Regierung über das Ziel, den Aufbau eines starken Staatswesens, einig, doch über den Weg, den man einschlagen sollte, gingen die Meinungen auseinander. Überdies schlossen sich im ganzen Land Gruppen unzufriedener Leute zusammen, um ihrer Mißbilligung auf die einzige Weise Ausdruck zu geben, die sie kannten: durch Mord und bewaffneten Aufstand. Das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht und die Steuerrevisionen hatten unter den Bauern blinde Opposition gegen die Regierung hervorgerufen. Eine Erklärung, daß der Wehrdienst eine ›Blutsteuer‹ sei, wirkte auf die Klasse besonders erschreckend, die bisher vom Militärdienst befreit gewesen war. Zwischen 1869 und 1874 betrug die Zahl der Aufstände auf dem Lande durchschnittlich beinahe dreißig pro Jahr. Es war jedoch der Widerstand der Klasse der Ex-Samurai, der die Regierung besonders beunruhigte. Vor allem nach 1871 war Groll entstanden, als mit der Abschaffung der *han* das Ausmaß immer deutlicher wurde, in dem Satsuma und Chōshū in der Zentralregierung und ihren Ministerien eine Monopolstellung einnahmen. Es häuften sich die Forderungen nach einer breiteren Vertretung des Volkes in der Regierung, einer öffentlicheren Debatte der Politik und der Beibehaltung des *han*-Systems und der Samurai-Klasse. Diese allgemeinen Probleme spitzten sich in der Regierung bei der Frage der

Koreapolitik zu. Verschiedenen Führern der Regierung, besonders Saigō und Itagaki, war ein Krieg mit Korea ein verlockender Gedanke geworden. Im Jahre 1873, als Iwakura, Ōkubo und andere wichtige Beamte sich auf einer Europareise befanden, faßten die restlichen Führer den Beschluß, einen Krieg mit Korea zu provozieren. Als Ōkubo aus dem Ausland zurückkehrte – mehr denn je davon überzeugt, daß Japan der internen Reform und des wirtschaftlichen Wachstums bedürfe –, gelang es ihm, die Entscheidung über Korea umzustößen. Die Folge war, daß Saigō, Itagaki, Etō, Gotō und Soejima verärgert aus der Regierung ausschieden. Wenig später führte Etō etwa 2500 frühere Samurai aus Hizen zu einem Angriff auf die Regierung. Er wurde mit Leichtigkeit abgewehrt, aber andere Aufstände brachen in Kumamoto, Hagi und anderswo aus. Saigō, der nach Satsuma zurückgekehrt war und eine Reihe privater Kriegsschulen gegründet hatte, fand sich bald im Mittelpunkt einer Gruppe von ungefähr 30000 Ex-Samurai, die entschlossen waren, die Regierung zu bekämpfen. Im Jahre 1877 stand Saigō an der Spitze einer großen Rebellion. Es kostete die Regierung in Tōkyō ungefähr sechs Monate, während derer 40000 Mann erbittert kämpften, den Satsuma-Aufstand (von den Japanern als der Seinan- Kampf bezeichnet) niederzuschlagen. Besiegt, nahm sich Saigō das Leben, und die meisten seiner Gefolgsleute wurden getötet. Das neue Dienstpflichtigenheer hatte seine Schlagkraft gegenüber dem letzten Widerstand der Samurai bewiesen.

16. Neuzeitliche Reformen und westlicher Einfluß

Im Jahre 1877 hatte der neue Meiji-Staat seine Krise der nationalen Sicherheit überstanden. Er hatte bereits gewaltige soziale und wirtschaftliche Änderungen vorgenommen, die das Land auf den Weg zur raschen Modernisierung unter westlichem Einfluß geführt hatten. Der Verwestlichungsprozeß setzte nun mit voller Kraft ein. Doch unterwarf sich die japanische Tradition nicht einfach passiv dem westlichen Einfluß. Von Anfang an reagierte Japan; es setzte sich mit den westlichen Phänomenen auseinander, und diese Auseinandersetzung hielt in den folgenden Jahren an.

Allein in der Politik haben wir bereits die extreme Ambivalenz der Haltung festgestellt, die die meisten Gruppen im Land nach 1853 der Frage der auswärtigen Beziehungen gegenüber einnahmen. Einige waren für eine zeitweilige Aufgabe der Abschließung, einfach um zu lernen, wie sich eine moderne Nationalmacht aufbaut. Andere forderten öffentlich die Vertreibung der Fremden, obwohl sie sich der Unmöglichkeit dieses Unterfangens wohl bewußt waren. Natürlich waren die Männer aus Satsuma und Chōshū im Jahre 1868 völlig von der Notwendigkeit überzeugt, daß Japan (wenigstens in militärischen Dingen) vom Westen lernen müsse, und auch davon, daß – wollte Japan das Schicksal Chinas vermeiden – ein freiwilliger, friedlicher Kontakt einer unfreiwilligen Unterwerfung unter Bedingungen, die vom Westen gestellt würden, vorzuziehen sei. In den folgenden Jahren waren die Führer Japans

ständig gezwungen – aus Gründen der Zweckmäßigkeit oder weil Widerstand hoffnungslos gewesen wäre –, Zugeständnisse zu machen. So wurde die Wiederaufnahme der christlichen Missionstätigkeit gestattet, um ein Eingreifen des Auslands zu verhindern. Das westliche Rechts- und Gerichtswesen wurde zum großen Teil deshalb übernommen, weil man die Westmächte dazu veranlassen wollte, ihre exterritorialen Privilegien aufzugeben.



© Abb. 20: Mitglieder der ›Iwakura-Mission‹ von 1872/73. Von links nach rechts: Kido, Ōkubo, Iwakura, Itō und Yamaguchi

Aber Furcht oder das Gefühl der Schwäche waren nicht der einzige Grund, weshalb Japan so rasch westliche Praktiken einführte. Von allen Völkern Asiens zeigten die Japaner die offenste und uneingeschränkste Begeisterung für die westliche Zivilisation und ihre Errungenschaften, die größte Neigung, vom Westen Wissen zu erwerben. In der Eidescharta war neben der Schaffung eines mächtigen Staates offen die Verwestlichung als das zweite der beiden vorrangigen Ziele der neuen Regierung aufgeführt worden. Tatsächlich waren für die Männer, die den Eid abgefaßt hatten, diese beiden Ziele notwendigerweise miteinander verbunden.

Der Prozeß der Verwestlichung begann früh. Nachdem die Tore Japans einmal geöffnet worden waren, hatte man wenig Bedenken, ins Ausland zu reisen. Im Jahre 1860 hatte das *bakufu* eine Gesandtschaft von achtzig Samurai-Beamten in

die Vereinigten Staaten geschickt, um einen Handelsvertrag zu ratifizieren. Die Gruppe fuhr mit dem Schiff *Kanin Maru*, einem von den Holländern gebauten Kriegsschiff, das die Fahrt nach San Franzisko und zurück unter einem japanischen Kapitän und mit einer japanischen Besatzung machte. Einer der Passagiere war Fukuzawa Yukichi, der später einer der nachdrücklichsten Verfechter der Modernisierung Japans werden sollte. Eine zweite *bakufu*-Gesandtschaft bereiste in den Jahren 1862 und 1863 England, Holland und Frankreich. Im Jahre 1864 schickte Choshu heimlich fünf seiner jungen Samurai nach England. Unter ihnen waren Itō Hirobumi und Inoue Kaoru. Im Jahre 1865 sandte Satsuma neunzehn Männer ins Ausland, darunter Terashima Munenori und Godai Tomoatsu. Eine Folge dieser Unternehmungen des *bakufu* und der *han* war, daß man sich im westlichen Stil zu bewaffnen begann und Werften sowie Kriegs- und Sprachenschulen gründete. Die bemerkenswerteste unter den offiziellen Reisen, die von Mitgliedern der Meiji-Regierung unternommen wurden, war die ›Iwakura-Mission‹ im Jahre 1872/73, als Iwakura, Ōkubo, Kido, Itō und mehr als vierzig andere Regierungsführer in die Vereinigten Staaten und nach Europa reisten, angeblich, um um eine Revision der ›ungleichen Verträge‹ des Jahres 1858 nachzusuchen. Der weitschweifige Bericht, der von der Gesandtschaft abgefaßt wurde, hob Japans Rückständigkeit und die Notwendigkeit, vom Westen zu lernen, hervor, aber er zeigte auch Japans starke Seiten auf (wie das Fehlen religiöser Bigotterie) und wies auf die Tatsache hin, daß die westlichen Nationen ihre Macht erst in den letzten fünfzig oder hundert Jahren erlangt hatten. Japan machte sich an die Aufgabe seiner Modernisierung mit Selbstvertrauen und einer gewissen Zielstrebigkeit.

Nach der ›Iwakura-Mission‹ begann die Regierung im Hinblick auf die notwendige Reform systematisch Ratgeber aus dem Ausland in ihren Dienst zu nehmen. Das *bakufu* und einige *han* hatten bereits vor der Restauration damit angefangen, und im Jahre 1875 waren schließlich etwa fünf- oder sechshundert ausländische Experten von der japanischen Regierung angestellt. Bis zum Jahre 1890 zog man insgesamt vielleicht dreitausend ausländische Regierungsberater nach Japan. Deutsche Sachverständige wählte man, um neue Universitäten und medizinische Schulen zu organisieren, und etwas später sollten Männer wie Hermann Roesler (1834–1894) und Albert Mosse (1846–1925) bei dem Entwurf einer Verfassung helfen, und Ludwig Reiss (1861–1928) sollte eine Fakultät für geschichtliche Studien an der Universität Tōkyō aufbauen. Amerikanische Ratgeber unterstützten Japan bei der Gründung landwirtschaftlicher Zuchtanstalten und eines nationalen Postdienstes. Horace Capron wurde der wichtigste Berater bei der Entwicklung Hokkaidōs. David Murray aus Rutgers, der im Jahre 1873 eingeladen wurde, nach Japan zu kommen, half das neue Volksschulsystem einführen. Erasmus P. Smith lehrte als Ratgeber des Außenministeriums die Japaner eine neue Kunst der Diplomatie. Britische Berater waren bei der Entwicklung des Eisenbahnwesens, im Telegraphendienst und bei öffentlichen Bauten tätig. Die Kriegsmarine wurde fast völlig nach

englischem System aufgebaut. Das Heer stützte sich zur gleichen Zeit auf französische Instrukturen. Der französische Jurist Gustave Boissonade wirkte bei der Abänderung des französischen Gesetzeskodex für japanische Verhältnisse als Berater. Italienische Maler und Bildhauer wurden angestellt, um die Geheimnisse der westlichen Kunst zu offenbaren. Wie eifersüchtig Japan auf seine Eigenständigkeit bedacht war, läßt sich besonders aus dem Umstand ersehen, daß keiner dieser Berater an die Spitze irgendeiner japanischen Verwaltungseinrichtung gestellt wurde. Auch wurden sie sofort entlassen, sobald die Japaner das Gefühl hatten, sie könnten ohne sie auskommen.

Auch auf andere Weise hatten die Japaner den Westen kennengelernt. Die Vertragshäfen, insbesondere Yokohama und Kōbe, wo ausländische Siedlungen entstanden und sich ihre eigenen kulturellen Institutionen schufen, wurden Brückenköpfe des westlichen Einflusses. Neben den Handelsfirmen und Lagerhäusern, die sich aneinanderreiheten, errichteten die westlichen Gemeinden Wohnhäuser, Kirchen, Schulen und Spitäler. Außerdem wurden die Häfen die Zentren, von denen aus Erzieher und Missionare in die Städtchen und Städte im Landesinnern Japans vordrangen. Die westliche Zivilisation brach rasch in Japan ein und breitete sich weithin aus. Zudem reisten zur gleichen Zeit Hunderte von Japanern privat nach Übersee, um zu beobachten und zu lernen.

Es ist angebracht, einen Augenblick darüber nachzudenken, wie denn die westliche Welt beschaffen war, die die Japaner so faszinierte. Bis zu einem gewissen Grad trat sie Japan feindlicher entgegen als der Westen des zwanzigsten Jahrhunderts. Sie bot keine Entwicklungshilfe an, denn es war das Zeitalter der auf Wettbewerb eingestellten imperialistischen Expansion. Nachdem es den Japanern jedoch einmal gelungen war, sich gegen die Westmächte zu behaupten, kam ein anderer Faktor ins Spiel. Der Westen, stolz auf seine Religion und seine Fortschrittlichkeit, eingedenk seiner kulturellen Verantwortung und Sendung, bot Rat und Hilfe mit aufmerksamer Fürsorge an. In einer Zeit, in der man internationalen Angelegenheiten gegenüber eine Haltung des *laissez-faire* einnahm, stand die Welt den lernbegierigen Japanern offen. Der Westen war stolz darauf, seine Geheimnisse mitteilen zu können. In dieser Hinsicht präsentierte sich der Westen Japan als geschlossenere Front als heute, wo ihn ein großer Riß in zwei feindliche Lager spaltet. Der Westen des Jahres 1870 vertrat Fortschritt, Christenrum und Wissenschaft.

Doch erteilte der Westen Japan auch zahlreiche sich widersprechende Ratschläge, die Alternativen für seine natürliche Entwicklung boten. Hinsichtlich der Staatsstruktur hatte es die gegensätzlichen Vorbilder des französischen oder britischen Liberalismus und der preußischen autoritären Monarchie vor Augen. Weltanschaulich standen den religiösen Forderungen der Missionare die weltlichen Ansichten der Wissenschaftler und der Vertreter der darwinistischen Gesellschaftstheorien gegenüber. Und somit sahen sich die Japaner der Jahre nach 1870 und 1880 nicht nur der seelischen Erschütterung durch die Modernisierung ausgesetzt, indem sie eine fremde Kultur imitierten, sondern

auch vor die Notwendigkeit gestellt, zu entscheiden, welche Formen westlichen Lebens es am meisten verdienten, nachgeahmt zu werden.

Was als die ›japanische Reaktion‹ bezeichnet worden ist, war – wie es bei jeder kulturellen Übernahme der Fall ist – aus zahlreichen einzelnen und sogar widersprüchlichen Verhaltensformen zusammengesetzt. Auf der einen Seite gab es diejenigen, die eine hundertprozentige Übernahme alles Ausländischen befürworteten, die ihre eigene Vergangenheit und ihre Werte buchstäblich zu verachten begannen. »Japan muß neu geboren werden«, sagten sie, mit »Amerika als seiner neuen Mutter und Frankreich als seinem Vater.« Der Vorschlag, der auf die damals vorherrschenden Sozialtheorien des Darwinismus zurückzuführen ist, daß die Japaner gut daran täten, durch Wechselheirat überlegenes westliches Blut in ihre Adern zu bringen, hatte sogar die zeitweilige Unterstützung von Männern wie Inoue und Itō. Eine Vereinfachung, ja sogar die Aufgabe der japanischen Sprache wurde als unerläßlich für Japans ›Fortschritt‹ angesehen. Männer, die sich fanatisch zur westlichen Lebensart bekehrt hatten, richteten ihre bilderstürmerischen Angriffe gegen Japans gesamte Vergangenheit, seine Regierung, Kunst, Literatur und Philosophie, da es Produkte einer unwissenden, barbarischen Kultur seien. Für viele wurde die westliche Lebensform zur fixen Idee: Sie kleideten sich begierig nach westlicher Mode, trugen Anzüge und Hüte, ließen ihr Haar wachsen, paradierten mit Uhren und Schirmen und lernten Fleisch essen. Das ganze Land übernahm rasch die materielle Kultur des Westens, manchmal mit gedankenlosem Eifer. Eisenbahn- und Telegraphenlinien wurden eilig durch das Land gelegt, für Regierungsgebäude und Fabriken wurden neue Baustile eingeführt, deutsche, französische und anglo- amerikanische politische und soziale Ideen wurden in das Erziehungswesen eingegliedert und von zahlreichen Diskussionsgruppen erörtert.

Es war tatsächlich so, daß von den frühen siebziger Jahren an eine hitzige Auseinandersetzung über grundlegende Fragen der Verwestlichung stattgefunden hatte. Eine große Anzahl von Diskussionsgruppen, die sich in Tōkyō bildeten, debattierte über die neuesten Ideen aus dem Ausland und ihre Anwendung in Japan. Von diesen Gruppen war die Meirokusha, die im Jahre 1873 von Mori Arinori gegründet worden war, die bedeutendste, da viele ihrer Mitglieder zu Einfluß im geistigen Leben und im Erziehungswesen gelangen sollten. Zu ihren Anhängern zählten Fukuzawa Yukichi, Begründer der Keiō-Universität, Katō Hiroyuki, später Präsident der Universität Tōkyō, Nishimura Shigeki, Lehrer des Kaisers, Nishi Amane, später Präsident des Lehrerseminars in Tōkyō, und Nakamura Masanao, Gründer des Lehrerinnenseminars in Tōkyō. Die Organisation bestand zwar nur kurz, sie gab aber in dieser Zeit ein Journal heraus, das westliche Ideen populär machte und außerdem die grundlegenden Unterschiede im Wert der japanischen und der westlichen Kultur diskutierte.

Der Geist der Modernisierung in der frühen Meiji- Zeit zeigt sich am besten an dem Slogan, der so viele Intellektuelle von der Art der Meirokusha inspirierte.

›Zivilisation und Aufklärung‹ (*bunmei-kaika*) wurde das Motto derer, die Japan sich aus der Barbarei erheben sahen. Diesen Menschen gab der Westen durch sein Beispiel einer aufgeklärten Kultur, seine Wissenschaft und seine sozialen Werte der Gleichheit und des Individualismus Hoffnung auf Fortschritt. Eine hervorragende Stellung unter den Befürwortern der ›Zivilisation und Aufklärung‹ nahm Fukuzawa Yukichi ein, dessen Werk *Verhältnisse in der westlichen Welt* (*Seiyō-jijō*), im Jahre 1866 veröffentlicht, die phantastische neue Welt der Parlamente, Eisenbahnen, Dampfschiffe, Banken, Museen und Universitäten, die er auf seinen Reisen entdeckt hatte, beschrieb und ungeheuer populär machte. Während der siebziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts trat Fukuzawa als ein echter Führer der Intellektuellen in Erscheinung; er erklärte, wie westliche Ideen in Japan zu verwirklichen seien, und hielt im ganzen Land Vorträge über die Notwendigkeit von Reformen. Vor allem lehnte er ›feudalistische‹ Gesellschaftsprinzipien und die konfuzianischen Dogmen, die sie unterstützten, ab. Seine *Ermutung zum Studium* (*Gakumon no susume*), veröffentlicht 1892, enthielt die berühmten Eingangsworte: »Der Himmel schuf keinen Menschen vornehmer oder geringer als den anderen.« Sein *Abriß der Zivilisation* (*Bunmeiron no gairyaku*), der im Jahre 1895 erschien, versuchte die Bedeutung der modernen Zivilisation für die Japaner darzulegen. Er rief die Japaner dazu auf, sich von der Vergangenheit zu lösen, denn ist er erst frei, »gibt es nichts in der Welt, was dem Mut und dem Verstand des Menschen widerstehen kann«. Fukuzawa verstand unter Aufklärung Fortschritt und Individualismus im Bereich der Politik und der Erziehung. Doch ihr Wissensdurst ließ die Japaner auf der Suche nach dem Geheimnis des westlichen Erfolges tiefer schürfen. Mußten die Japaner nicht leben wie Europäer und selbst ihren Glauben annehmen, um völlig zivilisiert zu werden? Für viele wurde das Christentum zum Kernproblem. Nakamura Masanao, einer der Meirokusha, hatte im Jahre 1872 erklärt, ohne das Christentum sei die westliche Kunst und Technik ein hohles Gerippe ohne Seele. Als Nijima Jō (1843–1890) aus den Vereinigten Staaten zurückkehrte, wo er einige Jahre lang eine christliche Erziehung erhalten hatte, gründete er im Jahre 1875 die Dōshisha, eine Hochschule für die Einführung christlicher Prinzipien in Japan. Mit der Aufhebung des Bannes, der auf der christlichen Mission lag, begannen von 1873 an Missionare das Interesse der Japaner zu erregen. Eine Zeitlang hatten sie bei den Ex-Samurai unerhört großen Erfolg, von denen viele die aufrichtige persönliche Ergebenheit, die sie ihren Daimyō entgegengebracht hatten, auf den neuen Gott des aufgeklärten Westens übertrugen. Bis 1880 mögen etwa 30000 Japaner bekehrt worden sein, und bis zum Jahre 1890 hatte sich die Zahl verdreifacht.

Das Christentum warf für die Japaner die entscheidende Frage der Eigenständigkeit und der nationalen Eigenart auf. War es notwendig, die christliche Lehre anzunehmen, um modern und fortschrittlich sein zu können? Und mußten die Japaner ihre *kami* und ihren Kaiser aufgeben, wenn sie Christen

sein wollten? Unter der Oberfläche der anfänglichen Begeisterung ging das Ringen um grundsätzliche Werte weiter. Überdies waren sich auch die Abendländer, die in Japan lebten, in ihren Ansichten nicht einig. Geschäftsleute und Lehrer der Naturwissenschaften beeilten sich, Wissenschaft und Religion gegeneinander abzugrenzen. Die Ideen Herbert Spencers machten die Botschaft der Missionare fragwürdig. Als Uchimura Kanzō, Professor an der ersten Oberschule in Tōkyō, sich im Jahre 1890 unter Berufung auf seinen christlichen Glauben weigerte, sich vor dem Porträt des Kaisers zu verneigen, war der Enthusiasmus für das Christentum mehr als abgeflaut. Der Sturm der Entrüstung, der seine Entlassung zur Folge hatte, brachte nur die allgemeine Abneigung dagegen zum Ausdruck, daß Japan eine ›fremde Religion‹ angenommen hatte.

Doch nicht nur das Christentum erlebte eine rückläufige Bewegung, sondern man wandte sich auch von dem Ideal des Liberalismus und der allzu begeisterten Verwestlichung ab. Der anfängliche Enthusiasmus für die westliche Lebensart mußte ja eine entgegengesetzte, ›volksbewußte‹ Reaktion auslösen. Die Rückbesinnung auf die eigene Tradition, eine Reaktion, die stets nahegelegen hatte, erfolgte in den achtziger Jahren: Man drängte die Japaner, sich angesichts der fremden Einflüsse das Gefühl für ihre kulturelle Eigenständigkeit zu bewahren. Wieder wurde das Argument vorgebracht, daß die westliche Zivilisation zwar aufgrund ihrer technischen Errungenschaften nützlich sei, daß die geistigen und sittlichen Werte der Japaner jedoch denen des Westens überlegen seien und nicht aufgegeben werden dürften; Japans eigenstes Wesen, seine ›nationale Staatsform‹ (*kokutai*), dürfe niemals verlorengehen. Es gab zwei Formen der Reaktion: Die eine fand ihre Rechtfertigung in der westlichen Philosophie selbst, die andere forderte eine Rückkehr zu den geistigen Traditionen des Shintō und des Konfuzianismus.

Nicht alle Intellektuellen, nicht einmal die überzeugtesten aus der Meirokusha-Gruppe, hatten die Lehre des Liberalismus vorbehaltlos akzeptiert, und es waren häufig Überlegungen angestellt worden, ob Freiheit nicht Zügellosigkeit heraufbeschwöre oder Individualismus nicht zu Anarchie führe. Diesem Personenkreis sagten die darwinistischen Gesellschaftstheorien und die Staatstheorien Deutschlands besonders zu. Die deutsche Konzeption vom Staat wurde die wichtigste Grundlage der neuen Verfassung des Jahres 1889.

Die einflußreichsten Befürworter der Neubelebung japanischer Ideale fanden sich in der Regierung, insbesondere im Ministerium für den kaiserlichen Haushalt. Die Traditionalisten richteten ihr Hauptaugenmerk auf das Gebiet der Erziehung und versuchten vor allem, Einfluß auf die Grundsätze zu nehmen, die die Basis der Erziehung bilden sollten. Bei keiner Reform gingen die Japaner rascher und gezielter vor als bei der Entwicklung eines neuen Erziehungssystems, denn die Meiji-Führer erkannten die Bedeutung der Erziehung als wichtigstes Instrument für die Modernisierung. Von Anfang an jedoch war die Frage ein Problem, nach welchen Werten sie ausgerichtet sein

sollte. Sollte die Erziehung auf dem Prinzip der Suche nach Erkenntnis ›überall in der Welt‹ aufbauen, oder sollte sie darauf abzielen, Ideale wie Loyalität und Hingabe an den Staat zu vermitteln? Der Geist der Restauration brachte im Jahre 1868 eine Gruppe von Shintō-Gelehrten ins Licht der Öffentlichkeit, die die Abschaffung der konfuzianisch ausgerichteten Erziehung zugunsten kaiserlich-japanischer Prinzipien forderten. Ihrem Einfluß wirkten Befürworter einer wissenschaftlichen Ausbildung nach westlichem Muster erfolgreich entgegen. Die Erziehungsverordnung des Jahres 1872 forderte ein völlig westlich ausgerichtetes Volksschulwesen, doch blieb in dem Kampf Japans um sein Wiedererstehen als Nation latent die Möglichkeit einer Interessengemeinschaft bestehen, die eine starke, auf dem Shintō basierende Unterstützung des Kaisers mit konfuzianischen Grundsätzen persönlicher und allgemeiner Moral vereinen konnte. Die Lösung des Konflikts zwischen diesen rivalisierenden Ideen kam schließlich mit der Verkündung des kaiserlichen Erziehungsedikts im Jahre 1890, eines Erlasses, der Elemente der shintoistischen Staatsphilosophie, der konfuzianischen Ethik und der modernen Einstellung gegenüber der Erziehung des Untertanen für den Dienst am Staat miteinander verschmolz.

Das Streben der Japaner nach nationaler Eigenständigkeit hatte somit verschiedene Stadien durchlaufen: von der eifrigen, uneingeschränkten Befürwortung der Verwestlichung war es zur Assimilation und Modifizierung gelangt und schließlich zu bestimmten Aspekten der japanischen Tradition zurückgekehrt. Die so entstandene Mischung von Ideen war typisch für den ›aufgeklärten Konservatismus‹ des Intellektuellen der späten Meiji-Zeit. Zwar wünschte er noch immer, sich den Fortschritt des Westens zu eigen zu machen, doch hatte sich ein Teil seiner Scham über die Rückständigkeit seines Landes in einen neuen nationalistischen Stolz verwandelt, der sich auf den offensichtlichen Erfolg Japans bei seinen Modernisierungsbemühungen und auf das tiefempfundene Gefühl der Verbundenheit mit traditionellen Werten gründete. Soziale Werte des Konfuzianismus und politische Ideen des Shintō wurden somit zur Stärkung von Japans nationalem Selbstbewußtsein herangezogen.

17. Die Meiji-Verfassung und die Entstehung des ›Kaiserreichs Japan‹

Mittels des *Dajōkan*-Systems war bis zum Jahre 1873 eine hochzentralisierte Regierung entstanden, und zwar auf eine Weise, die der japanischen Art der politischen Organisation genau entsprach. Bis zum Jahre 1877 hatte diese Regierung tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Reformen durchgeführt und sich sogar gegen bewaffneten Aufruhr verteidigt. Dennoch gab es von verschiedenen Seiten noch immer Widerstand gegen sie, und sie hatte zwei grundlegende Probleme noch immer nicht gelöst: sie hatte die Erwartungen der westlichen Mächte noch nicht erfüllt, da sie sich noch keine verfassungsmäßige Form gegeben hatte, und sie hatte noch nicht die Billigung der ganzen Nation gefunden. Im Jahre 1878 war der Innenminister Ōkubo ermordet worden, da er,

wie der Attentäter es ausdrückte, »die öffentliche Diskussion verhinderte, die Rechte des Volkes unterdrückte [...], in der Außenpolitik falsche Entscheidungen traf und eine Verringerung der Macht und des Ansehens der Nation herbeiführte«. Diese Worte wiederholten die gegen die Regierung gerichteten Klagen der sogenannten Volksrechte-*(minken)* Bewegung, die seit 1873 an Bedeutung gewonnen hatte.

In Opposition gegen die Zentralregierung gingen in den späten siebziger Jahren in erster Linie alle die Führer der Restauration, die sich aus diesem oder jenem Grund von der beherrschenden Führungsspitze ausgeschlossen sahen, und verschiedene Ex-Samurai-Gruppen, die mehr Mitspracherecht in Regierungsangelegenheiten wünschten. Die Behauptung, daß die Meiji-Regierung eine von Männern aus Satsuma und Chōshū kontrollierte Oligarchie geworden sei, hatte bereits einige zum Aufstand veranlaßt und andere bewogen, mehr Möglichkeiten für die Mitwirkung am politischen Geschehen zu fordern. Der Druck auf die Regierung, eine Kammer gewählter Repräsentanten einzurichten, begann mit den frühen Bemühungen gewisser Samurai um eine *han*-Vertretung, doch wurde bald eine starke und weitverbreitete politische Bewegung daraus. Diese privaten oder lokalen politischen Interessen stützten sich auf Ideen, die man den übersetzten Werken von Mills oder Rousseau entnommen hatte: Freiheit, Volksherrschaft und Volksvertretung.

Im Jahre 1874 machte eine Gruppe politischer Führer, die die Regierung wegen der Meinungsverschiedenheit über den Krieg mit Korea verlassen hatte und der Itagaki, Fukushima, Etō und Gotō angehörten, eine Eingabe, in der sie um die Schaffung eines gewählten Repräsentantenhauses nachsuchte. Darauf wandte sich Itagaki der politischen Beeinflussung des Volkes zu, indem er im ganzen Land auf die Gründung von politischen Interessengruppen drang. Bei einem Treffen in Ōsaka im Jahre 1875 führte er den Zusammenschluß einer Anzahl lokaler Gruppen zu einer nationalen Organisation herbei, die den Namen *Aikokusha* (Patriotische Gesellschaft) trug. Wenn sie auch kaum groß genug war, um eine politische Partei genannt zu werden, so wandte diese Gesellschaft doch verschiedene Mittel, wie die öffentliche Diskussion und Zeitungsartikel, an, um auf die Regierung hinsichtlich der Gründung einer Nationalversammlung, der Senkung der Grundsteuern und der Revision der ungleichen Verträge Druck auszuüben.

Im Jahre 1875 waren die Meiji-Führer gezwungen, von diesem Druck Kenntnis zu nehmen. Zwar war es nicht so, daß sie grundsätzlich abgeneigt gewesen wären, später irgendeine Form der Volksvertretung in das japanische Regierungssystem einzubauen. Seit langem hatte Kido die Vorbereitung einer Verfassung befürwortet, die ein Parlament vorsehen und die Machtbefugnis der Minister einschränken sollte. Doch andere, besonders Ōkubo, hatten ihre Unterstützung verweigert. Im Jahre 1875 jedoch änderte Ōkubo seine Ansicht; er schloß mit Kido und Itagaki einen Kompromiß und gestattete die Proklamation eines kaiserlichen Erlasses, der die schrittweise Bildung einer konstitutionellen

Regierung versprach. Es wurde ein neues Gremium, genannt der Senat (*Genrōin*), geschaffen, das aus vom Kaiser bestellten Beamten bestand und einen Verfassungsentwurf aufsetzen sollte.

Zwischen 1876 und 1878 legte der Senat vier Verfassungsentwürfe vor, die alle sehr liberal gehalten und daher für Iwakura und Ōkubo unannehmbar waren. Um die Angelegenheit zu bereinigen, ersuchte Iwakura im Jahre 1879 die wichtigsten Mitglieder der Oligarchie, ihre Ansichten über eine konstitutionelle Regierung zu äußern. Alle kamen der Aufforderung mit vorsichtigen Erklärungen nach, mit Ausnahme Ōkumas, der aus politischen Gründen mit seiner Meinung zurückhielt. Als er schließlich seine Antwort gab, befürwortete er ein System der ministeriellen Verantwortlichkeit, ähnlich dem britischen. Damit hatte er sich von dem Gros der Regierungsführer distanziert, die ihm vorwarfen, er suche sich die *minken*-Bewegung für seine politischen Ziele zunutze zu machen. Im Jahre 1881 wurde er von der Regierung ausgeschlossen, und von den verbleibenden Führern wurde die Gelegenheit ergriffen, ein kaiserliches Edikt zu verkünden, das bis 1890 eine Verfassung zusicherte. Zur Orientierung Itōs, dem die Aufgabe übertragen worden war, die Verfassung auszuarbeiten, hatte Iwakura bereits eine Reihe elementarer Grundsätze festgelegt. Die Verfassung sollte vom Kaiser gewährt werden, die Minister sollten dem Kaiser verantwortlich sein, und die Gesetzgebung sollte in den Händen der Regierung liegen. Es war klar, daß Preußen für Japan das geeignetste Vorbild darstellte.

Zwischen 1881 und 1889 arbeiteten sowohl die Regierungsspitze wie die Führer der *minken*-Bewegung auf den Tag hin, an dem Japan eine konstitutionelle Regierung haben würde. Itō unternahm seine Europareise und kehrte mit einer Gruppe von deutschen Staatswissenschaftlern zurück, die ihm als Ratgeber dienen sollten. Als die Verfassung Gestalt anzunehmen begann, ließ die Regierung schon vor der festgesetzten Zeit die wichtigsten Körperschaften in Aktion treten, die nicht von Repräsentanten gebildet wurden und die als die Pfeiler der neuen Ordnung dienen sollten. Im Jahre 1884 wurde nach preußischem Vorbild ein neuer Adelsstand in fünf Klassen geschaffen und damit die Basis für ein Oberhaus. Fünfhundert Adelsbriefe wurden an frühere Höflinge, Ex-Daimyō und an eine ausgewählte Schar von Ex-Samurai ausgegeben, die Führer der Restauration waren und inzwischen anerkannte Mitglieder der Oligarchie geworden waren. Im Jahre 1885 wurde ein neues Kabinett gebildet, in dem die Minister weiter dem Kaiser verantwortlich waren. Im Jahre 1888 wurde ein Geheimer Staatsrat geschaffen, dessen Mitglieder auf Lebenszeit vom Kaiser ernannt waren und dessen unmittelbare Aufgabe darin bestand, die Verfassung zu billigen. Diese Gruppe sollte nach 1890 als hohes Ratgebergremium zur Unterstützung des Kaisers weiterbestehen. Im Jahre 1888 waren somit die Regierungsorgane, die die Verfassung vorsah, zum großen Teil funktionsfähig. Einzig der Reichstag fehlte noch, der das größte Zugeständnis der Oligarchie an die Idee der Volksvertretung darstellte.

Inzwischen begannen die Nicht-Regierungsmitglieder im Hinblick auf die neue politische Rolle, die ihnen aufgrund der Wahlen zufiel, ihre Anhängerschaft zu organisieren. Itagaki und Gotō gründeten die *Jiyūtō* (Liberale Partei), während Ōkuma und Ozaki Yukio die *Kaishintō* (Reformpartei) ins Leben riefen. In manchen Teilen des Landes vermochten diese Gruppen mit der Unterstützung von anderen Intellektuellen, Zeitungsredakteuren, verschiedenen neuen Finanzkreisen und Gutsbesitzern für die bevorstehende Gründung des Reichstags eine beachtliche politische Agitation zu entwickeln. Ihre Tätigkeit erschien der Regierung als so beunruhigend, daß diese versuchte, sie stillzulegen. Im Jahre 1882 bildete die Regierung eine kontrollierte politische Partei, die *Teiseitō* (Kaiserliche Regierungspartei), und stattete gleichzeitig die Polizei mit neuen Befugnissen aus, so daß sie politische Versammlungen auflösen und Zeitungen zensieren konnte. Itagaki und Ōkuma sahen sich außerstande, in ihren Organisationen die Eintracht zu erhalten, und bis zum Jahre 1884 waren die Mitglieder der *Jiyūtō* auseinandergegangen, und Ōkuma war aus der *Kaishintō* ausgetreten.



© Abb. 21: Premierminister Itō

Im Jahre 1889 wurde die Meiji-Verfassung verkündet, und sie erwies sich als eine bemerkenswerte Mischung aus westlicher Staatskunst und traditionellen japanischen Vorstellungen vom Staat. Die ihr zugrunde liegende

Staatsphilosophie beruhte, besonders bei der Behandlung der Frage nach der höchsten Gewalt im Staat und der Beziehung des Kaisers zur Regierung und zum Volk, auf einer Idee, die die Japaner seit Jahrhunderten als Grundlage der ihnen angestammten Staatsform (*kokutai*) betrachtet hatten. Der Kaiser wurde gesetzlich als absoluter, göttlicher Monarch, der über der Regierung stand, und gleichzeitig als die Verkörperung des Staates anerkannt. Das japanische Volk war ihm Untertan, dazu angehalten, ihm loyal zu dienen.

Der Regierungsapparat, den die Verfassung vorsah, blieb überaus bürokratisch und zentralisiert. Die Belange des Kaisers vertraten ein Ministerium für den kaiserlichen Haushalt und ein Gesetz für den kaiserlichen Haushalt, die unabhängig von der Verfassung und dem normalen Instanzenweg bestanden. Der Kaiser, der von einem Geheimen Staatsrat beraten wurde, stand über dem Premierminister und seinem Kabinett, das ihm allein verantwortlich war. Auch die Minister für Heer und Marine unterstanden dem Kaiser, der, jeder zivilen Kontrolle entzogen, als Oberbefehlshaber fungierte. Die Lokalverwaltung wurde unmittelbar durch das Innenministerium überwacht, und die Gouverneure wurden von der Zentralregierung ernannt.

Von dem geringen Mitspracherecht, das die Verfassung dem Volk einräumte, konnte im Reichstag und in den zum großen Teil machtlosen Lokalversammlungen Gebrauch gemacht werden. Der Reichstag bestand aus einem Ober- und einem Unterhaus. Nur ein sorgfältig beschränkter Personenkreis konnte Vertreter in das Unterhaus wählen; etwa 450000 Personen, etwas mehr als ein Prozent der Bevölkerung, waren berechtigt, bei der ersten Wahl ihre Stimme abzugeben. Da das Unterhaus in erster Linie als eine Körperschaft zur Diskussion von Regierungsmaßnahmen gedacht war, besaß es kein echtes Initiativrecht; doch nützte es seine Möglichkeiten, Obstruktion zu treiben und Kritik zu üben, ziemlich schnell. Es zeigte sich schließlich, daß die einzige wirkliche Macht, die das Unterhaus besaß, darin bestand, daß es dem Staatshaushalt seine Zustimmung versagen konnte, und sogar dieses Recht wurde durch die Klausel eingeschränkt, daß automatisch der Haushalt des Vorjahres angenommen sei, wenn der für das laufende Jahr abgelehnt werde.

Dennoch ist es ganz und gar nicht gerecht, die Meiji-Verfassung als ein völlig reaktionäres Dokument zu charakterisieren, wie es manche getan haben. Sie stellte zwar die Machtbefugnisse der Regierung sicher, und sie bestärkte die konservative Auffassung von Staat und Gesellschaft, aber sie war trotzdem modern – besonders wenn man die Zeit bedenkt, zu der sie abgefaßt wurde. Gemessen an Japans eigener politischer Geschichte stellte das Dokument unbedingt eine große Neuerung dar, denn es bildete die Grundlage für die moderne Gesetzesherrschaft und richtete Institutionen ein, die die weitere politische Entwicklung des japanischen Volkes ermöglichten. Die Schaffung des Reichstags war keine bloße Konzession, die einer lauten Opposition gemacht wurde. Itō hatte große Widerstände in der Regierung überwinden müssen, bis er ihre Zustimmung zum Reichstag erlangte, und er selbst glaubte, daß sich die

öffentliche Meinung auf diese Weise wirklich Gehör verschaffen und die Mitwirkung des Volkes bei Regierungsentscheiden allmählich verstärkt werden könne. Natürlich war man bei der Einführung der Verfassung ängstlich darauf bedacht gewesen, den politischen *Status quo* zu wahren, aber es zeigte sich, daß sie weit weniger autoritär war, als einige Mitglieder der hohen Beamtenschaft es gewünscht hatten. Und nachdem sie verkündet war, hatte sie die Billigung sowohl der japanischen Presse wie auch von Sachverständigen und Verfassungsjuristen auf der ganzen Welt, einschließlich Männern wie Herbert Spencer und Oliver Wendell Holmes.

Zwei Punkte in der Verfassung trugen besonders dazu bei, die politische Entwicklung in Japan weiterzuführen. Artikel IV, der besagte, daß die Regierung »gemäß der Verfassung« ausgeübt werden solle, gab spekulativen Argumenten Raum, daß es ein Gesetz geben könne, das über dem Kaiser stehe, und daß die Regierung daher entsprechend dem Willen des Volkes handeln solle. Zweitens boten der Reichstag und die Wahlen den Parteien die Gelegenheit, politisch tätig zu werden, wodurch sich die Regierung schließlich gezwungen sah, dem Druck der Parteien nachzugeben und die Herrschaft der Oligarchie, die in der späten Meiji-Zeit das Feld behauptet hatte, zu lockern. Somit schuf die Verfassung die Möglichkeit für eine sehr gemäßigte politische Modernisierung.

Doch die Meiji-Verfassung hatte auch ihre schweren Mängel. Sie legalisierte die Alleinherrschaft in der Person eines ›göttlichen Kaisers‹, sie verlieh den Mythen und Lehren, die ihn für heilig erklärten und die von alters her die Stellung des japanischen Monarchen gestützt hatten, Glaubwürdigkeit. Bildlich und gefühlsmäßig blieb der Kaiser das am meisten verehrte Symbol der nationalen Eigenständigkeit. Die Verfassung behielt auch die eigentümliche Form bei, in der die Japaner ihre politischen Entscheidungen trafen und die nicht erkennen ließ, wer hinter einem ›nicht verantwortlichen Souverän‹, der der übereinstimmenden Meinung seiner politischen Ratgeber Ausdruck verlieh, als Verantwortlicher stand. Diese Mischung aus kaiserlichem Absolutismus und nicht festgelegter Verantwortlichkeit einer zentralisierten Beamtenschaft war es, die der Weiterentwicklung der Volksvertretung in den folgenden Jahren so hartnäckig entgegenstand.

Welche Fehler sie jedoch auch gehabt haben mag – die Verfassung des Jahres 1889 reihte Japan in den Augen der politischen Schriftsteller des Westens unter die ›zivilisierten Nationen‹ ein, und dies sollte sich bald auf die Beziehungen Japans zu den westlichen Mächten selbst auswirken. Eines der Hauptziele der Meiji-Führer war es gewesen, ihrer Nation einen Platz unter den fortschrittlichen Staaten zu verschaffen und damit die Schmach der ungleichen Verträge zu tilgen. Daß Japan an der Wende zum zwanzigsten Jahrhundert dieses Ziel zum größten Teil erreicht hatte, wird allgemein als einer der großen Erfolge in der neueren Geschichte anerkannt. Denn in der kurzen Zeit von fünfzig Jahren verwandelte sich Japan aus einer wehrlosen, wenig bekannten Inselgruppe in ein modernes Kaiserreich, das im Krieg gegen China und Rußland siegreich war.

Wenn es nun in der Folge keine Invasion des chinesischen Festlands, kein Pearl Harbor und keine Atombombe auf Hiroshima im Jahre 1945 gegeben hätte, würde diese Ansicht ohne Zweifel heute noch gelten. Aber die späteren Ereignisse haben viele Historiker dazu bewogen, sich über Japans Aufstieg als imperialistische Macht eine zynischere Meinung zu bilden. Gereichte es dem japanischen Volk in seiner Gesamtheit wirklich zum Vorteil, so fragen sie, daß sein Land sich im ›Zeitalter des Imperialismus‹ so energisch zur Geltung zu bringen suchte? Führten der autoritäre Charakter der Meiji-Verfassung und die Außenpolitik der Meiji-Oligarchie Japan vorsätzlich auf einen Weg, der nationale Politik mit Krieg und Expansion mit der Beeinträchtigung des Allgemeinwohls verband? Wählte Japan den Imperialismus bewußt als sein nationales Dogma und stürzte dadurch im Jahre 1945 sein Volk ins Verderben?

Als Entgegnung kann man nur die Frage stellen, welche Alternativen Japan in den neunziger Jahren offenstanden. Keinesfalls können wir uns der Auffassung anschließen, daß eine in den achtziger Jahren angezettelte Verschwörung Japan auf einen Weg brachte, der unvermeidlich zu der Katastrophe im Jahre 1945 führte. Japans Verhalten gegenüber anderen Staaten wurde durch vielfältigen Druck und zahlreiche Interessen bestimmt. Und wenn es irgendeinen konstanten Faktor während der Jahre zwischen 1853 und 1945 gab, so dürfte es weniger der Hunger nach Land als der Wunsch nach Anerkennung und Sicherheit gewesen sein. Vom Beginn der zweiten Phase des Kontakts mit dem Westen an zeigte sich Japan entschlossen, unter den Nationen der Welt ›keine zweitrangige Stellung‹ einzunehmen, und diese Einstellung erlegte seinen Führern notwendigerweise gewisse Verpflichtungen auf.

Selbst wenn sich Japan vom Jahre 1853 an nur als selbständige Nation hätte behaupten wollen, hätte es eine diplomatische Organisation aufbauen müssen, der, um die Sicherheit des Landes in der Welt zu gewährleisten, nationale Stärke Nachdruck verleihen mußte. Um eine gewisse Handlungsfreiheit zu erlangen, mußte sich Japan überdies die Formen der gesellschaftlichen Ordnung aneignen, aufgrund derer sich der Westen für ›zivilisiert‹ hielt; es mußte sich selbst annehmbare Gesetze geben und im Ausland Verträge und Abkommen akzeptieren und respektieren. Das Bestreben, keine zweitrangige Stellung einzunehmen, d.h. in Wettbewerb mit den imperialistischen Mächten zu treten, erforderte sogar noch größere Entschlossenheit. Es erforderte den Willen und die Fähigkeit, nationale Stärke und kluge Diplomatie wirksam einzusetzen, und die Bereitschaft, das Risiko eines Krieges auf sich zu nehmen. Als Japan in den internationalen Wettbewerb eintrat, gereichten ihm verschiedene Umstände zum Vorteil: seine Führer nahmen die diplomatischen Beziehungen zum Ausland ernst; sie waren bereit, die fähigsten Männer des Landes im diplomatischen Dienst einzusetzen und ihr Talent mit den notwendigen nationalen Druckmitteln, einer modernen Armee und Marine und einer lautstarken öffentlichen Meinung, zu unterstützen.

Japans Aufstieg zu einer modernen Weltmacht ging, unter dem Aspekt seiner diplomatischen Entwicklung betrachtet, stufenweise vor sich und erreichte mit Japans Sieg über Rußland im Jahre 1905 seinen Höhepunkt. Von 1853 bis 1871 waren die Führer Japans gezwungen, Zugeständnisse zu machen, um Zeit zu gewinnen, während der sie lernten, die neue Kunst der Diplomatie zu meistern und den neuen Anforderungen gerecht zu werden, die die internationalen Verhandlungen und die nationale Verteidigung an sie stellten. Es wird manchmal vergessen, wieviel die Japaner schon vor dem Jahr 1868 vom Westen lernen konnten. Denn während des innenpolitischen Ringens hatten bereits Beamte beider Parteien, des Shogunats wie der *han*, direkt und oft recht erfolgreich mit ausländischen Diplomaten Verkehr gepflogen. Von dem Engländer Sir Harry Parkes oder dem Franzosen Leon Roches hatten sie schon einige Feinheiten der westlichen Außenpolitik gelernt. Nach 1868 beeilte sich daher die Regierung, die Forderung der Westmächte nach Schutz fremder Staatsangehöriger in Japan zu erfüllen, und versuchte auf verschiedene Weise, den Druck zu verringern, den der Westen auf sie ausübte. Doch wirklich diplomatisch aktiv konnten die Japaner erst im Jahre 1871 werden, als Soejima zum Außenminister ernannt und kurz darauf Erasmus P. Smith aus den Vereinigten Staaten zu seinem Ratgeber berufen wurde.

Zwischen 1871 und 1894 konzentrierten sich die Führer Japans in erster Linie auf zwei Ziele: erstens, Japans Stellung in der Welt mittels moderner diplomatischer Termini zu definieren und zu sichern, und zweitens, eine Revision der sogenannten ungleichen Verträge zu erlangen. Das erste Ziel wurde von der neuen Führungsspitze im Außenministerium planmäßig und überraschend leicht erreicht. Im Jahre 1871 schloß Japan mit China einen Handelsvertrag ab, in dem auch in der neuen Terminologie der internationalen Diplomatie die Gleichberechtigung der beiden Nationen anerkannt wurde. Im Jahre 1872 beanspruchten die Japaner die Herrschaft über die Ryūkyū-Inseln und brachten im folgenden Jahr die Bonin-Inseln unter die Kontrolle der japanischen Marine. Im Jahre 1875 wurden auf vertraglichem Weg von Rußland die Kurilen erworben und die japanisch-russischen Grenzen in Sibirien geklärt. Die erste wirkliche Krise in den Beziehungen zum Ausland beschwor Korea herauf. Koreas Weigerung, die Meiji-Regierung sofort anzuerkennen, hatte Mitglieder der Regierung zu dem Vorschlag veranlaßt, daß Japan Korea zum Krieg zwingen solle. Wie wir festgestellt haben, unterbanden Iwakura und Ōkubo dieses Vorhaben und führten dadurch eine tiefgreifende Spaltung in der Regierungsspitze herbei. Im Jahre 1874 schickte die Regierung, teils um die Partei, die in der Kontroverse über Korea den kürzeren gezogen hatte, zu beschwichtigen, Seestreitkräfte nach Taiwan, um sofort Vergeltung für einen Zwischenfall zu üben, bei dem Eingeborene aus Formosa einige Seeleute von den Ryūkyū-Inseln getötet hatten. Die Expedition war teuer und wurde nicht allzu erfolgreich durchgeführt, aber sie brachte Japan einen weiteren diplomatischen Sieg. Die Japaner verstanden es durch ein geschicktes diplomatisches Manöver,

China zu überlisten: es gelang ihnen, Chinas Anspruch auf Formosa als rechtlich zweifelhaft erscheinen zu lassen und sich die absolute Anerkennung der japanischen Herrschaft über die Ryūkyū-Inseln zu sichern.

Im Jahre 1876 erreichten die Japaner die Öffnung Koreas, wobei sie sich derselben Methode der bewaffneten Drohung bedienten, die der Westen im Jahre 1853 auf Japan angewandt hatte. Der Vertrag von Kanghwa, der daraufhin abgeschlossen wurde, öffnete nicht nur Korea für den japanischen Handel, sondern enthielt auch eine Klausel über die Unabhängigkeit Koreas, die der Beginn der schließlich vollzogenen Lösung des Landes von der chinesischen Oberherrschaft wurde. Nachdem die Japaner in Seoul eine Gesandtschaft mit einer starken Wachmannschaft etabliert hatten, begannen sie sich nun unmittelbar an den imperialistischen Bestrebungen zu beteiligen und mit Rußland und China in Wettbewerb um den maßgebenden Einfluß auf dem Festland zu treten.

Dieselben siebziger und achtziger Jahre, in denen diese diplomatischen Fortschritte gemacht wurden, erwiesen sich als äußerst enttäuschend im Hinblick auf den japanischen Wunsch, eine Vertragsrevision durchzusetzen. Während all dieser Jahre blieben diese Verträge ein vorrangiges politisches Problem, und prominente Männer wie Terashima und Inoue wurden öffentlich gedemütigt, weil sie mit den ausländischen Mächten keine Revision auszuhandeln vermochten. Im Jahre 1889 verlor Ōkuma, der damals Außenminister war, ein Bein bei einem Attentat, das auf ihn verübt wurde, weil es ihm nicht gelungen war, die Klausel über die Exterritorialität in den Verträgen zu eliminieren. Doch das Blatt hatte sich schon zu wenden begonnen. Als die Westmächte sahen, daß Japan eine neue Verfassung eingeführt und ein Handels-, Zivil- und Strafrecht nach westlichen Vorbildern in Kraft gesetzt hatte, schwand allmählich der Widerstand, den sie Japans Forderung nach Abschaffung der Exterritorialität entgegengesetzt hatten. Der Umschwung kam schließlich im Jahre 1894, als Außenminister Aoki mit dem britischen Außenminister Kimberley ein Abkommen schloß, das die Aufgabe der Exterritorialität bis zum Jahre 1899 vorsah. Die anderen Mächte folgten bald nach. Die Zollhoheit erhielt Japan zwar erst im Jahre 1911 zurück, doch der ärgerlichste Punkt in den ungleichen Verträgen war beseitigt.

Von 1894 an trat Japan in eine neue Phase seiner Beziehungen zum Ausland ein, eine Phase, die mit dem Krieg gegen China begann und elf Jahre später mit einem militärischen Sieg über Rußland enden sollte. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß der Krieg mit China von 1894/95 in den Augen der Welt das Zeichen dafür war, daß Japan mündig geworden war. Der relativ leichte Sieg, den die Japaner errangen, überraschte die Welt und demonstrierte den Westmächten, wie schnell Japan die modernen Methoden der Kriegführung gemeistert hatte. Der Krieg bewies auch, daß Japan eine Macht war, mit der man in der fernöstlichen Arena rechnen mußte. Denn wenn seine Streitkräfte auch noch verhältnismäßig gering waren, setzte seine geographische Lage es doch in

den Stand, sehr rasch Truppen auf das Festland zu bringen. Die mögliche Drohung, die Japan für die westlichen Mächte darstellte, wurde schnell erkannt und zeitigte die dreifache Intervention des Jahres 1895. Beunruhigt von der Aussicht, daß Japan sich weiter auf das Festland ausdehnen könnte, gingen Rußland, Deutschland und Frankreich daran, Japan an dem Erwerb der Halbinsel Liaotung als Teil der Beute aus dem Krieg mit China zu hindern.

Im Jahre 1900, zur Zeit des Boxeraufstandes, beteiligten sich die Japaner an der Hilfsexpedition der Alliierten nach Peking. Wieder beeindruckten die Japaner westliche Beobachter, insbesondere die Engländer, durch die hervorragende Disziplin und Ausbildung ihrer Truppen und durch »ihren Mut, ihr Heldentum und ihre Selbstbeherrschung«. Zwei Jahre danach machte Japan Weltgeschichte, indem es einen Bündnisvertrag mit England unterzeichnete. Durch diesen Vertrag, den ersten seiner Art zwischen einer westlichen Macht und einem asiatischen Staat, erreichte Japan die greifbarste Anerkennung seiner diplomatischen Ebenbürtigkeit. Zwei Jahre später, im Jahre 1904, griff Japan die Russen bei Port Arthur an und trug nach weiteren zwei Jahren nach heftigen Kämpfen als erste asiatische Nation einen größeren Sieg über eine moderne europäische Macht davon.

Daß Japan seine internationale Sicherheit gewinnen und erfolgreich mit den imperialistischen Mächten in Wettbewerb treten konnte, war nicht einfach das Resultat seiner dramatischen politischen Neuorganisation nach 1868 und seiner Geschicklichkeit in diplomatischen Dingen. Diesen Erfolgen lagen weitreichende soziale und wirtschaftliche Reformen zugrunde, die Japan den Weg zu beachtlichem wirtschaftlichen Wachstum öffneten und auch die Möglichkeiten des Wettbewerbs auf dem Sektor des internationalen Handels und der industriellen Entwicklung schufen. Daß es Japan gelang, ein moderner Wirtschaftsstaat zu werden, zeigte sich nicht ganz so schnell wie seine Konkurrenzfähigkeit als politisch-militärische Macht, war aber dennoch bemerkenswert. Zwischen 1880 und heute konnte Japan tatsächlich die höchste Zuwachsrates aller Industrienationen in der Welt verzeichnen.

Die frühen Phasen der sozialen und wirtschaftlichen Reform Japans sind bereits behandelt worden. In den sechziger und siebziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts waren die meisten der alten Einschränkungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Mobilität und wirtschaftlicher Neuerungen aufgehoben worden, während strukturelle und institutionelle Änderungen dazu beitrugen, für die wirtschaftliche Entwicklung günstige Bedingungen zu schaffen. Vieles, was unternommen wurde, geschah ohne Plan, aber mit und zum großen Teil aufgrund der Parole *fukoku-kyōhei* (s.o.S. 237). Dadurch, daß die Gebundenheit an Klasse und Beruf aufgehoben wurde, wurden enorme Quellen menschlicher Energie freigesetzt, und Begabten wurde der Weg zu einer Vielzahl neuer Beschäftigungen und Berufe geöffnet, wenn auch diese Maßnahme für die Samurai-Klasse eine Belastung darstellte. Gleichzeitig schuf die Regierung durch ihre Revision der Grundsteuer und die Einführung eines einheitlichen Geld- und

Bankwesens die Voraussetzungen, unter denen die neuen Energien wirksam werden konnten.

In den ersten Jahren nach der Restauration erzeugte vor allem der landwirtschaftliche Sektor der japanischen Wirtschaft den Überschuß, der die Regierung stützte und die finanziellen Reserven ermöglichte, mit Hilfe derer neue Industrien aufgebaut wurden. Historiker wie E.H. Norman haben die Meiji-Regierung kritisiert, weil ihre Politik den Bauern für die Interessen eines imperialistisch orientierten Staates eingespannt habe. Neuere Studien von Lockwood und Rosovsky haben jedoch gezeigt, daß die Regierung in der nationalen Wirtschaft keine so beherrschende Rolle spielte und daß Japan so ziemlich dem Vorbild der meisten europäischen Länder folgte, indem es sich im ersten Stadium seines wirtschaftlichen Wachstums in der Hauptsache auf die Landwirtschaft als Einkommensquelle verließ. Am bemerkenswertesten waren in Japan in diesen frühen Jahren die große, von den kleinen Geschäftsleuten gezeigte Energie, die ständigen Verbesserungen in der landwirtschaftlichen Produktion und die erstaunliche Bereitschaft der Japaner, selbst um den Preis eines niedrigen Lebensstandards Geld zu sparen. Natürlich war es unumgänglich, daß die Regierung auf manchen Gebieten ihren Einfluß geltend machte, besonders bei der Entwicklung von Rüstungs- und bestimmten Schwerindustrien. Auch der Ausbau von Dampfschiffahrts- und Eisenbahnlinien wurde von der Regierung gefördert. Post- und Telegraphendienst entwickelten sich rasch unter der Leitung der Regierung. Aber eigentlich lag das Geheimnis der wirtschaftlichen Modernisierung Japans anderswo.

Den eigentlichen Beginn der modernen Entwicklung der japanischen Wirtschaft kann man auf die zwei Jahrzehnte zwischen 1886 und 1905 ansetzen. Das Jahr 1886 kennzeichnet das Ende der sogenannten Matsukata-Deflation, einer Zeit, in der Japan eine gesunde finanzielle Basis erhielt, die ein modernes industrielles Wachstum ermöglichte. Zwischen 1876 und 1881 war die Regierung gezwungen gewesen, die Ausgabe von Banknoten gefährlich zu vermehren, um die Kosten des Krieges in Satsuma und des Programms zur Umwandlung der Samurai-Renten zu decken. Eine starke Inflation führte eine ernste Krise im Staatshaushalt herbei und verursachte eine bedenkliche Verschiebung in der Zahlungsbilanz. Als Matsukata im Jahre 1881 Finanzminister wurde, begann er eine streng deflationäre Politik zu verfolgen; er organisierte das Banksystem neu, indem er die Bank von Japan schuf, und stellte für die Regierung einen vernünftigen Haushaltsplan auf. Unter seiner Leitung wurde die Regierung solvent, und das Land erhielt endlich ein modernes Geldwesen. Zur selben Zeit war eine kühne Gruppe von Unternehmern, die die Krise der Deflation durchgestanden hatte, bereit, sich in einer Vielzahl von neuen Projekten zu engagieren.

Dennoch war es nicht die in die Augen fallende Schwerindustrie, die das wirtschaftliche Wachstum zuerst stimulierte und Japan die Basis gab, von der aus es seine sichere Stellung in der Weltwirtschaft erlangen konnte. Eine der

wichtigsten Entwicklungen in dieser Zeit war die Steigerung der Seidenproduktion für den Export. Hier war eine Industrie, die ihre Wurzeln in der traditionellen dörflichen Wirtschaft hatte und doch einen wachsenden internationalen Bedarf deckte. Sobald die Japaner es vermocht hatten, die Industrie zu modernisieren und eine Qualitätskontrolle einzurichten, die den Anforderungen des europäischen Marktes genügte, wurden japanische Seiden sehr gefragt. Zwischen 1899 und 1903 produzierte Japan jährlich etwa 15 Millionen Pfund Rohseide und wurde damit der größte Seidenlieferant der Welt.

An zweiter Stelle nach der Seidenindustrie standen die Baumwollspinnereien, die Japan viel Geld einbrachten. Mit der Einführung mechanisierter Spinnverfahren paßten die Japaner ihre einheimische Arbeitsmethode rasch den Anforderungen der neuen Industrie an. Indem große Gruppen überzähliger Landarbeiter (zumeist Frauen) auf temporärer Basis in neuen Industrien beschäftigt wurden, konnte die Industrialisierung fortschreiten, ohne die traditionelle wirtschaftliche Grundlage in den ländlichen Gegenden übermäßig zu beeinträchtigen. Im Jahre 1907 arbeiteten in Japan 1,5 Millionen Spindeln und produzierten annähernd 400 Millionen Pfund Baumwollgarn jährlich.

Während diese beiden Industriezweige also in der Hauptsache für den Ausgleich der Handelsbilanz verantwortlich waren, begann Japan allmählich mehr verschiedenartige Industriegüter zu produzieren, aber erst nach 1905 wirkte sich das fühlbar auf den einheimischen oder den Weltmarkt aus. Dennoch war im Jahre 1905 deutlich, daß Japan im Begriff stand, in eine neue Phase der wirtschaftlichen Entwicklung einzutreten. In den frühen achtziger Jahren hatten Rohseide, Tee und Reis zwei Drittel des japanischen Exports ausgemacht, und in den folgenden fünfzehn Jahren waren nur Kupfer und Kohle als wichtigere Exportartikel hinzugekommen. Im Jahre 1905 jedoch waren über die Hälfte der Exportgüter maschinell hergestellt; es handelte sich um Baumwollgarn und Manufakturwaren aus Baumwolle und Seide. Tōkyō, Ōsaka, Yokohama und Kōbe waren die Zentren der neuen Schwerindustrien und wachsenden Handels- und Finanztrusts geworden. Es brach eine Zeit der uneingeschränkten Industrialisierung an.

Am Ende des russisch-japanischen Krieges war Japan im wahrsten Sinne des Wortes eine Weltmacht geworden. Mit Recht nannte sich Japan nun ›Kaiserreich Japan‹ (*Dai Nippon Teikoku*). Japan, ein Reich, das Formosa (im Jahre 1895 erworben) und die Halbinsel Liaotung (im Jahre 1905 erworben) einschloß und sich bald Korea einverleiben sollte, war in den imperialistischen Machtkämpfen auf dem Festland ein ebenbürtiger Partner. An der Spitze des Staates stand die eindrucksvolle Persönlichkeit des Kaisers Meiji, der nun zum Symbol der nationalen Würde geworden war. Ein reifer Mann, von schwerem Körperbau und mit einem kräftigen Profil, der sich meist zu Pferde in seiner Feldmarschallsuniform zeigte, verkörperte er für die Welt Japans neuerworbene Macht, während er für sein Volk eine wohlwollende Vaterfigur wurde. Auf diesen Kaiser konzentrierte sich das Nationalgefühl des japanischen Volkes,

durch das es nun zum erstenmal zu einer nationalen Gemeinschaft zusammengeschweißt wurde.

Im Jahre 1905 hatte Japan zwei Kriege gegen auswärtige Feinde geführt und gewonnen. Die Kriege gegen China und Rußland waren totale Kriege gewesen, die die Aufbietung aller Kräfte der Nation erfordert hatten. Die Wehrpflicht hatte alle Klassen erfaßt; die Zeitungen und die Regierungspropaganda hatten das nationale Bemühen und die nationalen Ziele, für die die japanische Jugend ihr Leben hingab, dramatisch verkündet. Ein neuer Schrein für die Gefallenen, Yasukuni Jinja, wurde der Mittelpunkt eines neuen Gefühls des patriotischen Opfers. Japan hatte nicht nur einen schreckenerregenden militärischen Apparat aufgebaut, sondern auch eine Nation geschaffen, die geeint hinter diesem Apparat und hinter ihrer im Kaiser verkörperten Regierung stand.

18. Die zwanziger Jahre – Politische Parteien und Massenbewegungen

Der Tod Kaiser Meijis im Jahre 1912 kennzeichnet das Ende der ersten Entwicklungsperiode Japans als moderne Nation. Der neue Kaiser Taishō bestieg den Thron unter Bedingungen, die sehr verschieden von denen waren, die sein Vater vorgefunden hatte. Das Fundament des Kaiserreiches Japan war bereits gelegt. In der Taishō-Ära (1912–1926) sah sich Japan vor eine Reihe neuer Anforderungen gestellt, die das rasche Wachstum und die Schwierigkeiten der Anpassung in einem Staatsgefüge, das durch die Meiji-Verfassung geschaffen worden war, mit sich brachten. Die Probleme Japans im Jahre 1920 waren seine Größe, die zunehmende Industrialisierung, die Volkserziehung, die Teilnahme der Massen am politischen Geschehen und die wachsenden Verpflichtungen der Welt gegenüber. Mit den Worten von Ward und Rostow: Japan stand in einer sich mit großer Schnelligkeit ändernden Gesellschaft vor der Aufgabe der Integration.

Die neuen Anforderungen, die an Japan in der Taishō-Ära gestellt wurden, sei es im In- oder Ausland, waren in mancher Hinsicht schwerer zu erfüllen als die in der Meiji-Zeit. Nach 1920 nahm die Umwelt für Japan mehr und mehr feindliche Züge an. Bis zum Jahre 1918 hatte sich die internationale Lage rings um Japan im Vergleich zu der in den Jahren nach 1900 grundlegend geändert. Die Tragödie des Ersten Weltkriegs und der Schock der Revolution in Rußland hatten die Westmächte ernüchtert. Ideen einer internationalen Demokratie, die von dem Gedanken der nationalen Selbstbestimmung oder der Hoffnung genährt wurden, man habe einen Krieg geführt, der nun den Krieg überhaupt aus der Welt verbanne – Erwartungen, die um den Völkerbund kreisten –, machten dem Zeitalter des offenen Imperialismus ein Ende. Japan jedoch trat in die Nachkriegszeit in einer ganz anderen Stimmung ein. Das Land hatte weder unter Kampfhandlungen gelitten noch war es von dem nationalen Haß erfaßt worden, der den Ländern Europas so sehr geschadet hatte. Japan war auf Kosten Deutschlands und anderer Westmächte vorangekommen, es hatte in China und

im Pazifik seine Handelsposition verbessert und neue, militärisch günstige Gebiete von Deutschland gewonnen. Man hatte daher wenig Neigung, die imperialistische Politik aufzugeben. Der Krieg hatte im Gegenteil Japans Hunger nach weiteren Landgewinnen, besonders auf dem Festland, vergrößert. Daß es ihnen nicht gelungen war, alle Ziele der Einundzwanzig Forderungen zu erreichen, ermutigte die Japaner nur, China gegenüber eine festere Haltung einzunehmen. Der militärische Vorstoß nach Sibirien schien eine logische Folge der ostasiatischen Phase des Ersten Weltkriegs.

Japan, ein Nachzügler in der Ära des imperialistischen Machtkampfes, strebte somit noch nach Expansion, als die Westmächte schon begonnen hatten, sich mit einem stabilen *status quo* zufriedenzugeben. Erst kurz zuvor zu den hohen internationalen Versammlungen mit England, den Vereinigten Staaten und Frankreich zugelassen, sah sich Japan mehr und mehr an internationale Maßnahmen gebunden, die von den großen, beständigen Demokratien beschlossen wurden. Das Ansehen der Demokratien und auch das, was ihre Vorstellung von einer friedlichen Koexistenz in einer Welt demokratischer Staaten genoß, war hoch. Für Japan aber wurde diese westliche Vorstellung eine mehr und mehr einengende und sogar feindliche Realität. Während sich das Land zuerst bemühte, sich der neuen Einstellung anzupassen und das Spiel der internationalen Politik entsprechend den diplomatischen Abmachungen von Versailles, Washington und London mitzuspielen, gerieten Japans Verteidigungsbedürfnis und nationales Streben in zunehmendem Maße in Konflikt mit den Interessen der Westmächte.

Zur gleichen Zeit sah sich Japan vor innenpolitische Probleme neuen Ausmaßes und mit einem neuen Grad von Kompliziertheit gestellt. Im Jahre 1918 unterschieden sich die Begleitumstände politischer Maßnahmen im eigenen Land – die Art der Politik und die Stimmen, die für oder gegen sie laut wurden –, der Prozeß der wechselseitigen Einflußnahme in der Gesellschaft und die Probleme der wirtschaftlichen Anpassung sehr von denen der Meiji-Zeit. Japan besaß nun eine überwiegend städtische Industriegesellschaft; seine Bevölkerung war bis zum Jahre 1920 auf über 55 Millionen angewachsen. Tōkyō hatte über 2 Millionen Einwohner, Ōsaka gut über eine Million. Die Arbeiterschaft in den Industrien zählte über 1,6 Millionen. Japan war nicht länger ein Land, das von einer Handvoll politisch einflußreicher Einzelpersonlichkeiten in hohen Stellungen beherrscht werden konnte. Mit dem Auftreten neuer Berufe und Beschäftigungen und der Ausbreitung der Bildung durch das nationale Erziehungssystem bzw. dem Umsichgreifen eines Nationalgefühls aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht wurde Japan eine ›Massengesellschaft‹, in der sich neue große Klassen- und Gruppeninteressen herauszukristallisieren begannen. Diese fanden ihrerseits neue Wege, sich Gehör zu verschaffen: durch Massenmedien und Organisationen mit großer Mitgliedschaft oder mit Hilfe neuer Führertypen, die Massenmedien einzusetzen verstanden oder die Techniken der politischen Organisation und der direkten politischen Aktion meistern konnten. Außer

bestimmten, klar abgegrenzten Elitefactionen wurden neuerdings auch große Interessengemeinschaften, Parteiorganisationen, Massenverbände und Gewerkschaften politisch aktiv. Das bedeutendste innenpolitische Problem bestand nun darin, ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte zwischen diesen Gruppen zu erhalten und ihre Bedürfnisse und Wünsche hinreichend zu befriedigen, ohne daß es zu übermäßigen Spannungen oder Konflikten mit den Interessen des Staates kam, der die innenpolitische Stabilität und außenpolitische Sicherheit zu erhalten suchte.

Um die Politik der zwanziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts in Japan zu erklären, verwenden die Historiker zur Kennzeichnung der gegensätzlichen Interessengruppen, die um die Kontrolle der Regierungspolitik kämpften, bestimmte prägnante Termini. Beherrscht wurde die japanische Politik der zwanziger Jahre von einer festen Koalition führender Interessengruppen, die einen in sich geschlossenen Machtblock, ein festgefügtes *establishment*, darstellte. Sie setzte sich vor allem aus Aristokraten, der höheren Beamtenschaft (der die Japaner den Namen *mombatsu* beileigten), Führern konservativer politischer Parteien, großen Geschäftskonzernen (den *zaibatsu*), Interessengruppen der Grundbesitzer und den Militärs (*gumbatsu*) zusammen. Der Adel und andere Gruppen, die dem Thron nahestanden oder ihr politisches Prestige mit den herkömmlichen Mitteln zu vergrößern suchten, verloren offensichtlich an Boden. Es gab jedoch noch Überreste der Meiji-Oligarchie; Yamagata und Saionji erlebten diese Jahre noch, und ihre Nachfolger waren zwar als einzelne weniger einflußreich, doch als Gruppe von ›älteren Staatsmännern‹ ebenfalls aktiv. Eng mit der höheren Beamtenschaft verbunden waren Männer, die zu den Parteiführern gehörten und die je nach der Gruppierung der Parteien und dem Wahlerfolg ein Amt erhielten oder ausschieden. Wirtschaftliche Macht spielte eine neue, bedeutende Rolle, denn die großen *zaibatsu*-Konzerne suchten nun, nachdem sie die Wirtschaft des Landes beherrschten, Mittel und Wege, auch auf die Regierungspolitik Einfluß auszuüben. Die Gruppe der Grundbesitzer gab der japanischen Politik ein unveränderlich konservatives Fundament. Die Militärs, die in der Meiji-Regierung stets mächtig gewesen waren, begannen sich in den zwanziger Jahren ebenfalls als eine eigene Faktion herauszukristallisieren. Das *establishment*, das sich aus verschiedenen Elitegruppen zusammensetzte, von denen jede ihren Einfluß aus einer anderen Quelle speiste, stellte somit eine komplexe Koalition althergebrachter Interessen dar.

Neben diesem beherrschenden Machtblock traten in den zwanziger Jahren bestimmte Gruppen auf, die abweichend davon Interessen der Massen verfochten. Das gemeinsame Hauptanliegen der Industriearbeiter und Pachtbauern waren wirtschaftliche Sicherheit und soziale Wohlfahrt. *White-collar*-Angestellte in den Städten, Journalisten, Erzieher und andere Intellektuelle tendierten dazu, vernachlässigte ›Verbraucherinteressen‹ zu vertreten und aus naheliegenden Gründen in intellektuelle Opposition zum *establishment* zu gehen. Die Politik der zwanziger Jahre spielte sich somit auf zwei Ebenen ab: als ein

Kampf um die Macht unter den Elitegruppen, aus denen sich das *establishment* zusammensetzte, und als ein Kampf zwischen dem *establishment* selbst und den Vertretern der Interessen der Massen um den maßgeblichen Einfluß auf die Regierungsführung.

Daß es um entscheidende Fragen ging, ist klar. Uneinigkeit herrschte vor allem über die Außenpolitik, denn Japans außen- und innenpolitische Angelegenheiten blieben auch weiterhin auf äußerst problematische Weise miteinander verbunden. Es bestand das heikle Problem der nationalen Sicherheit und militärischen Verteidigung Japans und der daraus sich ergebenden Auswirkungen auf Inlandsmarkt und Außenhandel des Landes. Der Anschluß der innerjapanischen Wirtschaft an die restliche Welt war immer unsicher gewesen, da die Japaner erstens nicht genug Rohstoffe im eigenen Land besaßen und zweitens als Nachzügler einem Markt beitreten mußten, auf dem der Wettbewerb äußerst scharf war. Dieser Umstand zwang die japanische Wirtschaft, in einem außergewöhnlich hohen Grad von ausländischen Rohstoffquellen abhängig zu werden, und es war insbesondere China, das bis zum Jahre 1920 ein Hauptlieferant von Kohle, Eisen und Baumwollfasern und gleichzeitig der Abnehmer von über 50% der Textilproduktion Japans geworden war. Daß Japan auch weiterhin vor allem Rohseide, als einheimisches Material, zu Exportartikeln verarbeitete, hatte den nämlichen Grund. Der Schutz dieser Pfeiler wirtschaftlicher Stabilität wurde folglich ein wichtiges Anliegen und entfesselte die Diskussion darüber, ob Japan sich in der Frage seiner Sicherheit auf die Zusammenarbeit mit der Welt verlassen oder direkte Maßnahmen ergreifen und auf Eroberung ausgehen sollte.



© Abb. 22: Verkehr im Stadtzentrum von Ōsaka, 1929

In der Innenpolitik sah sich das Land inzwischen vor eine Reihe bestürzender Probleme gestellt, die eine Folgeerscheinung des sozialen und wirtschaftlichen Wachstums waren. In den zwanziger Jahren klagte Japan sehr über seine Übervölkerung. Während wir heute in der Lage sind, mit diesem Problem besser fertig zu werden, das in erster Linie aus der ungleichen Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten entsteht, bereitete die hohe Ziffer von Unbeschäftigten oder Unterbeschäftigten den Japanern zu dieser Zeit ernste Sorgen. Die Begrenztheit der japanischen Inseln, der Mangel an Bodenschätzen und der relativ niedrige Lebensstandard, womit Japan seine wirtschaftliche Entwicklung begann, bedeuteten, daß vom Anfang der Meiji-Zeit an ein erbitterter Wettkampf um den Lebensunterhalt stattfand. Rasche Veränderungen in der japanischen Wirtschaftsstruktur nach den achtziger Jahren und in den technischen Grundlagen der Wirtschaft bewirkten eine akute Störung des Gleichgewichts zwischen wirtschaftlichem Wachstum und wirtschaftlicher Umstellung. Nur auf einem kleinen Teilgebiet der gesamten Wirtschaft hatte man eine moderne industrielle Entwicklung erreicht, und es ergab sich, daß in den zwanziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts dieser Sektor in der Hand einer kleinen Gruppe von Industrietrusts war, die den herkömmlichen Wirtschaftsbereich Japans sowohl ausnützten als einschränkten. Im Jahre 1913 gab es zum Beispiel nur 52 Gesellschaften mit mehr als 5 Millionen Yen Kapital. Doch stellten diese

Gesellschaften, die 38% des gesamten nationalen Kapitals besaßen, kaum 1/3% aller Geschäftsunternehmen in Japan dar. Die Folge war, was Wirtschaftswissenschaftler als ›dualistische Wirtschaft‹ bezeichnet haben: eine Wirtschaft, in der moderne Industrien in einer Weise neben traditionellen Unternehmen bestanden, daß die letzteren, die nur einen niedrigen Lebensstandard im Lande ermöglichten, Löhne und Arbeitsbedingungen bestimmten und fast allein das Problem bewältigen mußten, die überzähligen Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Nach 1920 sah sich Japan vor zwei vordringliche Aufgaben gestellt: die der sozialen und die der politischen Ordnung im Land. Erstens erforderte die wachsende Zahl der von den großen Industrieunternehmen beschäftigten Arbeiter die Aufmerksamkeit der Regierung. Die Entwicklung der Arbeitsgesetze und der Gewerkschaften hatte nicht mit dem industriellen Wachstum Schritt gehalten, und die Löhne spiegelten nicht das Ausmaß der Gewinne, die das *big business* verzeichnete. Die Folge war ein verstärkter Druck auf die Unternehmer und die Regierung, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Löhne zu erhöhen. Zweitens sah sich Japan einer zunehmenden Krise in der Landwirtschaft gegenüber. Das industrielle Wachstum hatte die japanischen Ackerbaumethoden nicht verändert, und da der Pachtzins für Land weiterhin hoch blieb, hatten die japanischen Bauern keine andere Wahl, als auf kleinem Raum einen intensiven Feldbau zu betreiben, wie sie es in der Vergangenheit getan hatten. Mehr und mehr japanische Bauern sanken auf die Stufe von Pachtbauern auf den Gütern von Großgrundbesitzern ab, wo sie weiterhin ihre Pacht in Naturalien bezahlten und durch keine gesetzlich geregelten Pachtverträge geschützt waren. Zur gleichen Zeit hatten die modernen Erfordernisse des Handels und der Nahrungsversorgung den landwirtschaftlichen Markt umzugestalten begonnen. Im selben Maß, in dem man aus Korea Getreide und aus Taiwan besondere Nahrungsmittel (Früchte und Zucker) in großem Umfang einzuführen und Weizen und andere landwirtschaftliche Produkte aus den Vereinigten Staaten zu importieren begann, schwand die bevorzugte Stellung und Autarkie des japanischen Bauern. Hinzu kam, daß der japanische Bauer auch weiterhin sehr auf die Erzeugung von Rohseide als zweite Einkommensquelle angewiesen war. Das Wohlergehen der Bauern hing also von den Preisschwankungen auf dem Seidenmarkt ab, und wenn der Preis für Rohseide wie im Jahre 1920 von etwa 4000 auf 1000 Yen pro rund hundert Pfund fiel, konnten die Folgen für die Landbevölkerung Japans verheerend sein. Der Anteil des Landes in Pacht am gesamten Ackerland betrug im Jahre 1920 nahezu 50 Prozent.

Das Verlangen nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und einer gerechteren Behandlung der Pächter ließ politische Bewegungen entstehen, die die Interessen benachteiligter Gruppen zu vertreten suchten. Der Zulauf, den die Gewerkschaften und Pachtbauernverbände hatten, steigerte sich gewaltig. Die Forderungen nach einem erweiterten Wahlrecht und einer verstärkten

Wohlfahrtsgesetzgebung zugunsten der Bauern und Arbeiter wurden die Grundlage des sozialistischen Denkens und der Programme der linksstehenden Parteien. In Reaktion darauf übernahm das *big business* die führende Rolle bei der Organisation politischer Maßnahmen gegen die Tätigkeit der Gewerkschaften. Während sich nun die politischen Parteien mit Fragen wie Wahlrecht, Besteuerung und Arbeitsgesetzgebung befaßten, erreichte die Gefahr einer sozialen Erhebung schließlich ihren Höhepunkt durch die Rolle, die der internationale Kommunismus spielte. Als diese verschiedenen Faktionen innerhalb seiner Gesellschaft zu keiner Verständigung kommen konnten, sah sich Japan vor die Tatsache gestellt, daß ein Zusammenbruch seiner politischen und sozialen Stabilität drohte. In dem darauffolgenden Kampf entschloß sich das Land schließlich, die Einheit durch einen erzwungenen Konsens aufrechtzuerhalten. In den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts fand sich Japan hin und her gerissen zwischen widerstreitenden Ideologien und verschiedenen Regierungsformen: ähnlich Deutschland in der Zeit der Weimarer Republik schwankte es zwischen Demokratie, Sozialismus und Faschismus. Auch die Entwicklung zu Militarismus und Totalitarismus war in beiden Gesellschaften ähnlich, obwohl sie in völlig anderen Bahnen verlief.

In den westlichen Demokratien waren die politischen Parteien das Mittel geworden, bessere Voraussetzungen für eine politische Einflußnahme zu schaffen und der Auseinandersetzung der Interessen mehr Möglichkeiten zu geben. Auch in Japan wurden nach dem Zusammenbruch der ›Oligarchie-Politik‹ und der verstärkten Teilnahme von Parteien an der Regierungsführung nach 1920 mehr und mehr Regierungsentscheide von der Öffentlichkeit diskutiert. Westliche Historiker haben deshalb die zwanziger Jahre die Zeit der liberalen Demokratie und Parteienherrschaft Vorkriegs Japans genannt. Japanische Historiker beschreiben dieses Jahrzehnt häufiger als Jahre der politischen Verwirrung und außenpolitischen Schwäche, obwohl sie anerkennen, daß die Parteien verstärkt auf der politischen Bühne in Erscheinung traten. Die japanische Auffassung kommt der Wahrheit wahrscheinlich näher, denn eine Untersuchung der Struktur der politischen Parteien Japans und ihrer Rolle in der Regierungsführung zeigt, daß sie kaum liberale oder demokratische Kräfte repräsentierten und sich auch nicht angemessen als Vertreter von Interessengruppen in der politischen Arena etablierten. Trotz ihrer großen Bedeutung für die japanische Politik erfüllte die politische Partei dort eine ganz andere Funktion als in England oder Amerika. Die Meiji-Verfassung hatte eine Regierungsform geschaffen, die die Anforderungen der Elitegruppen erfüllte, aber schwer zu modifizieren war. Daher erwies es sich für Japan als großes Problem, einen Regierungsapparat zu schaffen, der diesen weitreichenden Interessenkonflikt, den die zwanziger Jahre hatten deutlich werden lassen, beheben konnte.

Mit der Annahme der Meiji-Verfassung und der Gründung des Reichstags hatte die japanische Regierung den Parteien eine Möglichkeit gegeben, aktiv zu

werden, wenn auch nur in beschränktem Ausmaß. In der Hauptsache dienten Parteien dazu, innerhalb einer Regierung faktionellen Druck auszuüben, da diese noch zum großen Teil von selbständigen, mächtigen politischen Persönlichkeiten und der berufsmäßigen Beamtenschaft beherrscht wurde. Obwohl es so weit kam, daß die Parteien bis zu einem gewissen Grad Interessen vertraten, die außerhalb der Regierung lagen, wie zum Beispiel die der *zaibatsu* oder der Großgrundbesitzer, bestand ihre Hauptfunktion doch darin, in dem Kampf zwischen den Elitegruppen, die das *establishment* bildeten, zu vermitteln: entweder zwischen den verschiedenen *genrō* (den ›elder statesmen‹) selbst oder zwischen den Zivilbeamten und den Militärs. Als daher die *genrō* von der politischen Bühne Japans abzutreten begannen, gewannen die Parteien als Quellen politischen Einflusses oder als Kanäle, mittels derer den weniger mächtigen Führern, die die Nachfolge der *genrō* antraten, entscheidende politische Unterstützung gewährt werden konnte, mehr und mehr Bedeutung.

Das erste Anzeichen dafür, daß die Parteien wirklich die Macht besaßen, politische Entscheidungen zu beeinflussen, zeigte sich im Jahre 1912, als eine geschlossene Front politischer Parteien sich hinter bestimmte Kreise in der Beamtenschaft stellte, um dem Versuch der Wehrmacht zu begegnen, die Billigung des Reichstags für einen erhöhten Verteidigungsetat zu erzwingen. Wichtiger war jedoch, daß die Gründung der *Dōshikai*-Partei im Jahre 1913 als Gegenpartei zu der dominierenden *Seiyūkai* die Basis für eine Zweiparteienherrschaft legte. Fünf Jahre später wurde die erste echte Parteienregierung geschaffen, in der der Führer der stärksten Partei im Reichstag Premierminister wurde. Der Erste Weltkrieg und die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen, die er nach sich zog, hatten hierfür den Weg bereitet. Die allgemein positive Einstellung in der Welt zur Demokratie und der Erfolg der Russischen Revolution führten zusammen mit Ereignissen im eigenen Land zu einem starken Widerstand gegen die Politik des *establishment*. Im August des Jahres 1918 wurde Japan dann von einer Reihe von ›Reisunruhen‹ erschüttert. Die schlechte Wirtschaftsplanung der Regierung in den vorausgegangenen Jahren hatte zu einer kritischen Knappheit an Verbrauchsgütern und einem steilen Ansteigen der Reispreise im Sommer 1918 geführt. Die Unzufriedenheit in den Städten machte sich durch Aufruhr und Zerstörung Luft; Ziele der Ausschreitungen, die über drei Wochen lang andauerten, waren meist Reisspeicher und Warenlager. Die Regierung verhängte das Kriegsrecht, und in jede größere Stadt wurden Truppen entsandt. Zusammenstöße zwischen den Armen der Städte und den Regierungstruppen riefen weithin Erbitterung und Zorn hervor. General Terauchi und sein Kabinett waren gezwungen zurückzutreten, und die *genrō* wandten sich in einem Versuch, die erregte Bevölkerung zu beruhigen, den politischen Parteien als einem Mittel zu, das Land zu einen. Hara Takashi, ein Bürgerlicher und Führer der *Seiyūkai*, wurde zum Premierminister ernannt.

Die Berufung Haras bezeichnete das Auftreten eines neuen politischen Führertyps wie auch einen neuen Regierungsstil. Bisher waren Premierminister aus dem Kreis der ›inneren Oligarchie‹ gewählt worden. Hara dagegen war in der Hauptsache ein Mann der Partei, obwohl er ein hoher Beamter war. Seine Stärke war in erster Linie auf seine Partei und seine Verbindungen mit der Welt der Presse und des *big business* zurückzuführen. Man nannte ihn den ›großen Bürgerlichen‹, und er war sehr geeignet, das Vertrauen der neu erwachten öffentlichen Meinung in Japan zu gewinnen, während ihn seine im Grunde konservative Haltung gleichzeitig für das *establishment* annehmbar machte.

Die sogenannten Parteienregierungen, die mit einigen Unterbrechungen von 1918 bis 1932 einander ablösten, stellten eine Koalition politischer Interessengruppen dar, die sich wesentlich von der unterschied, die bis 1918 bestanden hatte. Die führenden Parteien – die *Seiyūkai*, die eigentlich die Nachfolge der *Jiyūtō* angetreten hatte, die *Kenseikai* (nach 1927 in *Minseitō* umbenannt), die dem Kurs der alten *Kaishintō* folgte, und neuerdings die *Dōshikai* – waren alle konservativ, d.h., sie standen auf seiten der Elitegruppen, da sie die Interessen des *establishment* vertraten. Sie tendierten jedoch mehr zu den zivilen Interessen – im Gegensatz zu den militärischen –, und sie arbeiteten viel mehr mit Industrie und Handel zusammen als die Beamtenschaft selbst. Es war ein offenes Geheimnis, daß die *Seiyūkai* die Interessen des Hauses Mitsui, die *Minseitō* die des Hauses Mitsubishi vertrat. Beide Parteien bekannten sich zur parlamentarischen Regierungsform und trugen daher dazu bei, daß politische Fragen vor das öffentliche Forum des Reichstags gebracht wurden.

Die Parteiführer in der Regierung neigten dazu, sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik einen gemäßigten Kurs zu steuern. Während der zwanziger Jahre gab man daher ständig den Forderungen der gegen das *establishment* gerichteten Kräfte nach und verstärkte das Mitspracherecht des Volkes in der Regierung, indem man mehr Menschen zur Wahl zuließ. Es bestand außerdem eine allgemeine Bereitschaft, eine Politik der weltweiten Zusammenarbeit und der Abrüstung zu verfolgen. Der Trend zum Internationalismus begann im Jahre 1921, als Japan an der Konferenz in Washington teilnahm, sich mit dem *Status quo* seiner Verteidigungsstellungen im Pazifik zufriedengab und erneut seine Politik der ›offenen Tür‹ in China bekräftigte. Im Jahre 1926 wurde Japan Mitglied des Völkerbunds, und zwei Jahre später gehörte es zu den Nationen, die den Kellogg-Briand-Pakt zur Ächtung des Krieges unterzeichneten. Im Jahre 1930 ratifizierte Japan nach erbitterten Debatten das Abkommen über die Beschränkung der Flottenstärke in London. Die Vereinbarung, die Japans Verteidigungsmöglichkeiten im Pazifik empfindlich einschränkte, bezeichnete den Höhepunkt der Zusammenarbeit Japans mit den Westmächten. Schon begannen sich in den Beziehungen zu England und den Vereinigten Staaten ernste Spannungen bemerkbar zu machen. Die Wehrmacht in Japan war überzeugt, daß das Londoner Abkommen zu weit gegangen sei und man für die Verteidigung unerläßliche Voraussetzungen aufgeben habe, während Japans

verstärktes Bemühen, China zu beherrschen, unausweichlich zu einem Konflikt mit den seit langem bestehenden Interessen der anderen Mächte führen mußte, die ebenfalls die Politik der ›offenen Tür‹ vertraten.

Die Hauptfragen in der Innenpolitik waren in den zwanziger Jahren das allgemeine Wahlrecht und der Ausbau der parlamentarischen Regierung. Die neu auftretenden, gegen das *establishment* gerichteten Gruppen erkannten, daß ihr erstes Ziel eine Vergrößerung der Wählerschaft sein müsse, wenn sie in der Regierung eine Stimme erhalten wollten. Doch die Parteien waren keineswegs die nachdrücklichsten Verfechter des allgemeinen Wahlrechts. Da sie sich noch immer für die Interessen der Elitegruppen einsetzten, sahen sie ungern das Anwachsen einer Wählerschaft, die sie möglicherweise schlechter unter Kontrolle würden halten können. Als daher im Jahre 1919 Studentendemonstrationen und Massenunruhen gewaltsam die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Frage des allgemeinen Männerwahlrechts lenkten, weigerte sich Premierminister Hara, die Angelegenheit zur Diskussion im Reichstag zuzulassen. Zumindest die *Seiyūkai* trat nicht für ein erweitertes Wahlrecht ein, und Hara zeigte sich nicht bereit, das politische Gleichgewicht, das seine Partei an die Macht gebracht hatte, um des Ungewissen Vorteils einer zahlreicheren Anhängerschaft willen zu zerstören. Als Hara im Jahre 1921 einem Attentat zum Opfer fiel, hatte er wenig getan, um die Sache eines allgemeineren Wahlrechts zu fördern.

Doch mit wachsender Heftigkeit ging die Diskussion um die Erweiterung des Wahlrechts auf der Straße und im Reichstag weiter. Parteien in Opposition zu der herrschenden *Seiyūkai* rechneten sich schließlich eine Chance aus, wenn sie die Sache des Wahlrechts unterstützten. Als im Jahre 1925 eine von der *Kenseikai* geführte Koalition im Reichstag die Mehrheit der Sitze für sich gewinnen konnte, fiel das Amt des Premierministers an Katō Kōmei, der nichts dagegen hatte, daß das Wahlrechtsgesetz durchging. Im März 1925 wurde vom Reichstag eine Gesetzesvorlage angenommen, die das allgemeine Männerwahlrecht vorsah, und mit einem Schlag war die Zahl der Wahlberechtigten von drei auf vierzehn Millionen gestiegen. Wenige Tage vorher hatte eine Regierungsmaßnahme die Stärke der japanischen Armee von 21 auf 17 Divisionen verringert. Beide Aktionen wurden als große Siege des ›Volkes‹ gegen die ›Regierung‹ gewertet. Doch, wie die Ereignisse der nächsten Jahre zeigen sollten, konnte man sie schwerlich als Zeichen eines wachsenden Liberalismus in der japanischen Politik interpretieren. Die Reaktion gegen die Zugeständnisse, die man dem Volk gemacht hatte, und gegen die nachgiebige Außenpolitik, die man verfolgt hatte, stand nahe bevor. Die Parteien aber waren noch nicht in der Lage, der Innenpolitik Stabilität zu geben.

Die Schwäche der Parteien bestand darin, daß sie sich weder als Sprecher der neuen Wählerschaft ausweisen konnten, da sie in enger Verbindung mit der Beamtenschaft und dem *big business* standen, noch die Opposition der Beamtenschaft und der Wehrmacht überwinden konnten. Somit kennzeichnete

mehr und mehr offene Gewalt die Innenpolitik der zwanziger Jahre, als Extremisten sowohl der Rechten wie der Linken ihre Zuflucht zur direkten Aktion nahmen. Zwar wird die Periode von 1918 bis 1932 die Zeit der Parteienherrschaft genannt, doch waren nur sechs von elf Premierministern Parteimitglieder; die anderen fünf waren Zivil- oder Militärbeamte, die Karriere gemacht hatten. Von den sechs Premiers, die aus Parteien gekommen waren, wurden drei während ihrer Amtszeit ermordet. Der Sieg des Volkes im Jahre 1925 war ebenfalls nicht so bedeutend, wie es den Anschein hatte, denn mit dem Wahlrechtsgesetz war ein neues ›Friedensbewahrungsgesetz‹ verbunden, das der Polizei mehr Macht gab, die Rede- und Versammlungsfreiheit einzuschränken, und ein neues Stadium in der Kontrolle ›gefährlicher Gedanken‹ darstellte. Sogar der Effekt der Reduzierung der Heeresstärke war gleich Null, da viele Offiziere, die durch diese Maßnahme ihre Stellung verloren hatten, in die Akademien überstellt wurden, um dort mit einem neuen erweiterten militärischen Ausbildungsprogramm zu beginnen. Die letzten Jahre dieses Jahrzehnts wurden von den Auswirkungen der weltweiten Depression überschattet, die große Teile der Arbeiter- und Bauernbevölkerung in bittere Armut stürzte. Als in den trostlosen Jahren von 1929 bis 1931 die Arbeiterunruhen zunahmen und die Agitation der neuen Massenparteien heiße Wahlkämpfe heraufbeschwor, wurde die Wirksamkeit des parlamentarischen Verfahrens in Frage gestellt. Als Hamaguchi im Jahre 1930 die Ratifizierung des Abkommens über die Beschränkung der Flottenstärke in London gegen den Widerstand der Marine durchsetzte, brachen in Tōkyō Proteststürme des Volkes los, und der gesamte Komplex der internationalen Abkommen wurde angegriffen. Kurz darauf wurde auf Hamaguchi ein Attentat verübt, an dessen Folgen er im nächsten Jahr starb. Der letzte Premierminister, der Mitglied einer Partei war, Inukai Tsuyoshi, sah sich bereits vor die Tatsache des weiteren Vordringens der japanischen Streitkräfte in der Mandschurei gestellt und suchte dem unvermeidlichen Niedergang der zivilen Parlamentsregierung dadurch vorzubeugen, daß er gegen die militärische Expansion Einspruch erhob und eine Verschärfung der Disziplin in der Armee forderte. Er wurde bei dem militärischen *coup d'état* im Mai des Jahres 1932 getötet, und damit fand die Zeit der Parteienregierung ein Ende. Japan hatte sich bereits entschlossen, in der Außenpolitik seine eigenen Wege zu gehen.

Nach Ansicht vieler Autoren erbrachten die zwanziger Jahre nur den Beweis der Unzulänglichkeit und des endgültigen ›Versagens‹ des japanischen Parteiensystems. Nach der Ansicht anderer demonstrierten sie die Unvermeidlichkeit des Sieges der militaristischen und ›faschistischen‹ Kräfte in einem Japan, das mit einer unzureichenden Verfassung und einem antidemokratischen ›Kaisersystem‹ belastet war. Beschreibt man das politische Verhalten Japans jedoch mit neutraleren Begriffen, so kann man dieses Jahrzehnt als eine Zeit verstehen, in der das japanische Volk einen gefährlichen Versuch unternahm, neue Probleme, die durch die Beteiligung der Massen an der

Regierungsführung im Zuge der raschen Modernisierung Japans auftraten, zu lösen. Im Endergebnis war es nicht gelungen, das politische System diesem neuen Druck der Massen anzupassen. Lag dies an der Form der Meiji-Verfassung und der Schwäche der liberalen Kräfte in Japan oder an der besonderen Stärke der militärischen und zivilen Elitegruppen? Zweifellos trägt eine Analyse der sogenannten liberalen und linksstehenden Bewegungen, die während dieser Jahre so aktiv wurden, wesentlich zum Verständnis dieser Periode bei.

In den zwanziger Jahren erlebte Japan zum erstenmal, daß die Massen in vielen Teilen des Landes ihrer Unzufriedenheit mit der Regierung Ausdruck gaben. Das Sprachrohr für diese Stimmen, die Bürgerrechte, soziale Wohlfahrt und ein allgemeines Wahlrecht forderten und sich gegen den starken Einfluß der Aristokratie und des *big business* wandten, war eine Reihe ›sozialer Bewegungen‹, die mit der sogenannten ›demokratischen Bewegung‹ der frühen zwanziger Jahre begannen und sich dann mehr und mehr dem Sozialismus und Kommunismus näherten. Während die erste dieser Bewegungen in der Hauptsache das Organ der sich neu zusammenschließenden Intelligenz in den Städten war, wurden die beiden letzteren vor allem von der organisierten Arbeiterschaft getragen.

Das vorrangige Ziel der gegen das *establishment* kämpfenden Interessengruppen in den zwanziger Jahren war die Volksvertretung, und um es zu erreichen, mußten zwei überaus große Hindernisse überwunden werden. Das erste war die Koalition der Elitegruppen selbst und ihr Widerstreben, die politische Macht mit einer Massenwählerschaft zu teilen. Das zweite war die Art und Weise, in der die Meiji-Verfassung den Souverän über das politische Kampffeld erhob und die Stellen, die Regierungsentscheide trafen, der Kontrolle des Volkes entzog. Der politische Kampf der zwanziger Jahre ging im wesentlichen – ob es nun direkt ausgesprochen wurde oder nicht – um die Stellung des Souveräns und die Initiativgewalt in der Regierung.

Es war für die sogenannte ›demokratische‹ Bewegung der frühen zwanziger Jahre charakteristisch, daß sie das Problem, das Mitspracherecht des Volkes in Regierungsangelegenheiten durchzusetzen, durchaus mit parlamentarischen und legalen Mitteln anging, indem sie erklärte, daß es die erste Pflicht des Kaisers sei, auf die Stimme des Volkes zu hören. Dieser ziemlich sanfte Bruch mit den überaus starren Staatstheorien, die seit 1889 um den Kaiser entstanden waren, wurde zuerst von Professor Minobe Tatsukichi (1873–1948) von der Universität Tōkyō öffentlich verkündet, der im Jahre 1911 die Theorie zu erläutern begann, daß der Kaiser eher ein ›Organ des Staates‹ als der Staat selbst sei. Es war dies eine technische Frage im Rahmen der Verfassung, aber sie erlaubte eine Neuinterpretation der Stellung des Kaisers und seiner Herrschaft und führte zu der Einstellung, daß der Kaiser für das Wohl seines Volkes verantwortlich sei.

Nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte ein anderer Professor der Universität Tōkyō, Yoshino Sakuzō (1878–1933), der ins Ausland gegangen war, um die Grundlagen der Demokratie in Europa und Amerika zu studieren, Minobes Theorien weiter, und zwar in einem Versuch, die Volksvertretung innerhalb des bestehenden ›Kaisersystems‹ zu rechtfertigen. Er ging nicht so weit, eine Volksherrschaft zu fordern, sondern rief nach einer ›Regierung für das Volk‹ (*minponshugi*) im Gegensatz zu einer ›Regierung durch das Volk‹ (*minshushugi* oder Demokratie). Während er so einen Angriff auf die Stellung des Kaisers, wie sie in der Verfassung festgelegt war, vermied, sicherte er dem Volk doch die Vorteile der Demokratie, indem er erklärte, für den Kaiser gelte das Gebot, daß »in der Politik für die Ausübung der Staatsgewalt das Volk das höchste Kriterium sein müsse«.

Für eine kurze Spanne seines Lebens wurde Yoshino politisch aktiv. Er organisierte eine unter dem Namen *Reimeikai* bekannte Partei, veranstaltete Massenkundgebungen und hielt Reden, in denen er althergebrachte, einflußreiche Institutionen wie den Geheimen Staatsrat und das Oberhaus angriff und ein allgemeines Wahlrecht forderte, damit das Volk seinen Willen zum Ausdruck bringen könne. Für kurze Zeit fand Yoshinos Bewegung, die auf einer seltsamen Mischung aus christlichem Sozialismus, konfuzianischer Staatsethik und Gewerkschaftspolitik beruhte, unter Studenten und Arbeiterführern glühende Anhänger. Doch die öffentlichen Demonstrationen, in denen sich regierungsfeindliche Gefühle Luft machten, die Kundgebungen und Paraden, die er unterstützte, erschreckten das *establishment* mehr, als sie es überzeugten. Als im Jahre 1920 der Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts nicht durchging, fiel die Bewegung in sich zusammen, und Yoshino kehrte zu seinen Büchern zurück.

Nur wenige politische Führer, wie Inukai und Hamaguchi, die beide ermordet wurden, nahmen – und auch sie nur ziemlich zaghaft – das Anliegen einer gemäßigten politischen Änderung in ihr festes Parteiprogramm auf. Die Erfahrung, die Yoshino gemacht hatte, ließ die meisten der andersdenkenden Elemente in Japan bloß zu der Überzeugung gelangen, daß es Männer von fanatischerem Charakter und intensiverem Engagement in der Politik brauche, um das *establishment* zu beeinflussen. Und so kam es, daß die intellektuelle Führerschaft sich immer mehr der marxistischen Staatsphilosophie zuwandte und immer weniger den Versuch machte, etwas mit Hilfe des Parteiensystems zu erreichen. Die erste Stelle unter den Gruppierungen des Volkes, die sich an der Politik beteiligten, nahm nun die sozialistische Arbeiterbewegung und für kurze Zeit die Kommunistische Partei ein.

Als politische Bewegung blickte der Sozialismus in Japan vor dem Zweiten Weltkrieg auf eine unruhige Vergangenheit zurück. Er war in Japan erstmals von sozialistisch eingestellten christlichen Missionaren eingeführt worden und übte auf junge japanische Idealisten mit einem starken sozialen Empfinden eine unmittelbare Anziehung aus. Im Jahre 1901 wurde der Versuch gemacht, eine

sozialistische Partei zu gründen, die auf den Prinzipien der Brüderlichkeit, der Abschaffung der Klassen, der Neuverteilung des Besitzes und der Verstaatlichung für das Gemeinwohl wichtiger Einrichtungen basierte. Die Hinrichtung von zwölf erklärten Anarchisten, unter ihnen Kōtoku Shūsui, im Jahre 1911 erwies sich für die Bewegung als schwerer psychologischer Schlag, und beinahe ein Jahrzehnt lang hörte man kaum mehr etwas von ihr. Einer der prominentesten Sozialisten dieser Zeit, Katayama Sen (1859–1933), verließ damals Japan und ging nach Europa; nachdem er dann Kommunist geworden war, lebte er bis zu seinem Tode in der Sowjetunion.

Mit der zunehmenden Organisierung der Arbeiterschaft nach dem Ersten Weltkrieg, der elektrisierenden Nachricht von der Russischen Revolution und den Reissunruhen des Jahres 1918 ging eine zweite Welle sozialistischer Aktivität durch die japanische Gesellschaft. Sozialistische Intellektuelle und Gewerkschaftsführer sahen sich in dem Bemühen vereint, eine auf die Massen gegründete Basis für politische Aktionen zu schaffen. Im Jahre 1921 wurde kurz der Versuch gemacht, die sozialistische Partei wieder ins Leben zu rufen. Reste der Führungsgruppe von vor dem Krieg gründeten zusammen mit Vertretern verschiedener Studentenvereinigungen und Gewerkschaften das, was sie den ›Sozialistischen Bund‹ nannten, der aber wiederum rasch von der Regierung aufgelöst wurde. Die organisierte Arbeiterschaft jedoch setzte auch weiterhin sozialistische Prinzipien in politische Aktion um. Der japanische Gewerkschaftsbund (*Nippon Rōdō Sōdōmei*), der im Jahre 1919 von Suzuki Bunji (1885–1946) gegründet worden war, wurde eine kämpferische Organisation, die sowohl politische wie wirtschaftliche Ziele verfolgte. Die Interessengruppen des *big business* bekamen ihren Einfluß zu spüren und schufen daraufhin eine unter dem Namen ›Ausgleichsgesellschaft‹ (*Kyōchōkai*) bekannte Gegenorganisation. Ihren ersten großen Erfolg konnte die Arbeiterschaft bei dem großen Dockarbeiterstreik in Kōbe im Jahre 1921 verbuchen, als etwa 30000 Männer ihre Arbeitsplätze verließen und mehrere Monate lang agitierten und Massenkundgebungen veranstalteten, trotz des Einschreitens der Polizei. Schließlich schlossen die Betriebsleiter mit den Gewerkschaftsführern einen Kompromiß. Daraufhin nahm die Gewerkschaftsbewegung gewaltig zu, und im Jahre 1929 hatte die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder 300000 erreicht.

Als das Gesetz über das allgemeine Männerwahlrecht angenommen wurde, eröffneten sich für die, die es verstanden, die neuen Stimmen der Arbeiterschaft in Industrie und Landwirtschaft zu mobilisieren, weite Möglichkeiten der politischen Aktion. Die organisierte Arbeiterschaft versuchte die Situation zu nützen, doch besteht kein Zweifel, daß die *Seiyūkai* und *Minseitō* die Hauptmasse der neuen Stimmen, die die Änderung des Wahlgesetzes freigesetzt hatte, auf sich vereinigten. Nach 1925 entstanden eine Menge sogenannter ›Massenparteien‹, aber sie wurden von den Arbeitern beherrscht und neigten dazu, für Ziele einzutreten, die ihre Anziehungskraft verringerten. Die im Jahre 1926 gegründete, marxistisch orientierte *Rōdō Nōmintō* (Arbeiter- und

Bauernpartei) war die erste der neuen Parteien. Nach verschiedenen Umformungen und faktionellen Neugruppierungen, die mehrmals die *Shakai Minshutō* (Sozialdemokratische Partei) und die *Musan Taishūtō* (Proletarische Massenpartei) einschlossen, gelang es den Arbeiterparteien schließlich im Jahre 1932, sich zu der relativ gemäßigten und homogenen *Shakai Taishūtō* (Sozialistischen Massenpartei) zusammenzuschließen. Die Partei erhielt im Jahre 1935 mehr als 600000 Stimmen und gewann 18 von 466 Sitzen im Unterhaus des Parlaments. Im folgenden Jahr konnte sie 37 Sitze erringen und stand damit auf der Höhe ihrer Macht.

Das Problem der Arbeiter- und Bauernparteien war, daß sie keine feste Führerschaft besaßen und zu unmittelbar von der Unterstützung der Arbeitergewerkschaften abhängig waren. Wegen ihrer Linkstendenzen machte ihnen die Regierung ständig Schwierigkeiten. Trotz all ihrer Behauptungen, für die Masse zu sprechen, gewannen die neuen Parteien nicht die Unterstützung der breiten Volksschichten und blieben als Parteiorganisation eine Elitegruppe und daher anfällig für Spaltungen. Einer der Gründe hierfür war, daß bereits in der Mitte der zwanziger Jahre die politische Bewegung der Linken kommunistisch unterwandert wurde. Die Folge war, daß ihre politischen Aktionen immer radikaler und emotioneller wurden.

Die radikalste Lösung für die gesellschaftlichen und politischen Probleme der zwanziger Jahre wurde von den Kommunisten vorgeschlagen. Als die Komintern im Fernen Osten organisatorisch tätig zu werden begann, war Japan eines ihrer ersten Ziele. Trotz ihrer frühen Verbindung mit Parteiunternehmungen in Shanghai unterschied sich die Kommunistische Partei Japans von der Chinas grundlegend; sie schlug einen Kurs ein, der dem in den Ländern Westeuropas verfolgten wesentlich ähnlicher war. Organisiert und geführt von einigen wenigen aktiven Männern, oft als Untergrundbewegung arbeitend, unterstützt von einer starken Elitegruppe von Intellektuellen, ohne jemals eine breite Anhängerschaft im Volk zu finden, mußte sie notwendigerweise von Anfang an von der Polizei unterdrückt werden. Die Tatsache, daß der Kommunismus die Abschaffung des Kaisertums und einen vollständigen Bruch mit der traditionellen Staatsform (*kokutai*) in Japan forderte, machte die Lehre für das *establishment* und sogar für den Großteil des japanischen Volkes zu einem Anathem. Natürlich konnte die Partei den echten Groll nützen, den die Arbeiterklasse hegte, und konnte für den Kampf gegen die Aristokratie, den Kapitalismus, die Korruption der Parteien und für die politische Freiheit in Japan eintreten. Aber ihr radikaler Bruch mit den traditionellen Werten beschränkte sie auf die Rolle einer erbittert subversiven Minderheit.

Die erste kommunistische Partei, die im Jahre 1922 von Führern wie Tokuda Kyūichi, Ōsugi Sakae und Arahata Kanson gegründet wurde, war schlecht organisiert. Sie fiel im Jahre 1923 Säuberungsaktionen der Polizei zum Opfer, nachdem im Besitz von Sano Manabu, einem Professor der Waseda-Universität,

Dokumente der Partei entdeckt worden waren. Das große Erdbeben in Tōkyō im selben Jahr gab der Polizei die Gelegenheit, Verdächtige jeder Art zu verhaften. Eine ›zweite Partei‹, die im Jahre 1926 gebildet wurde, übernahm das kommunistische Parteiprogramm der ersten, indem sie die Abschaffung des Kaisertums und des Reichstags, die Neuverteilung des Besitzes und eine für die UdSSR günstige Außenpolitik forderte. In der Zeit von 1926 bis 1928 unterwanderten Mitglieder der Kommunistischen Partei die Arbeitergewerkschaften und agitierten auf dem Gelände der Universitäten. Gegenmaßnahmen der Polizei mittels des neugeschaffenen Amtes zur Erhaltung des Friedens (gegen subversive Elemente) führten in den Jahren 1928 und 1929 zu Massenverhaftungen, wodurch die Partei buchstäblich vernichtet wurde. Die öffentlichen Gerichtsverhandlungen von 1931 bis 1932 gegen beinahe 400 Kommunisten in Untersuchungshaft bewirkten, daß alle außer einer kleinen Schar hartnäckiger Führer dem Kommunismus abschworen. Die Erfolge der japanischen Truppen in der Mandschurei erregten bereits das Land. Und obwohl Intellektuelle weiter im geheimen marxistische Schriften lasen, war dem Trend zu ›gefährlichen Gedanken‹ ein Ende gemacht worden.

Das Jahrzehnt zwischen 1920 und 1930 war für das japanische Volk eine Zeit intensiver politischer Bewußtheit gewesen, während der widerstreitende Ideologien soziale und wirtschaftliche Probleme aufgriffen und starke Spannungen zwischen dem *establishment* und den Vertretern der Interessen des Proletariats, der Bauern und der Intellektuellen heraufbeschworen. Und obwohl die Zunahme der Wahlberechtigten einen bedeutenden Schritt auf eine stärkere Volksvertretung hin darstellte, blieben die elementaren Probleme der Beteiligung der Massen an der Gestaltung der Politik ungelöst. Besonders die politisch einen mittleren Kurs steuernden Parteien hatten gegenüber der Aufgabe versagt, einen Weg zu finden, durch den einerseits innerhalb des *establishment* ein Gleichgewicht der Interessen gewahrt und andererseits das Volk beteiligt werden konnte. Die Änderung der internationalen Lage um Japan und die verheerenden Wirkungen der weltweiten Depression ließen in Japan eine Krisensituation entstehen. Die japanische Politik, ungewöhnlichem Druck ausgesetzt, tendierte zum Extrem, der Linken oder der Rechten. Doch unter den gegebenen Umständen hatte die sozialistische Politik keine echte Chance. Die Hinwendung zu kollektiven Zielen unter einer rechtsgerichteten Führung wurde die andere Möglichkeit. Die Drehung nach rechts kam nicht unerwartet. Innerhalb der japanischen Gesellschaft wirkten der starke Druck, den die Erziehung auf den einzelnen ausübte, der Staatskult, in dessen Mittelpunkt der Kaiser stand, und die gesamte Tradition der gesellschaftlichen und kulturellen Werte der Art von offener Staatsform entgegen, zu der die Parteienregierung hätte führen können, und besonders liefen sie der offenen Subversion des *kokutai*, wie sie durch die Aktionen der Proletarierbewegung gefördert wurde, zuwider.

19. Vom Vorgehen in der Mandschurei zum Krieg im Pazifik

Das Jahr 1931 stellt in der neueren Geschichte Japans einen weiteren bedeutenden Wendepunkt dar, denn im September dieses Jahres überrannten japanische Truppen die Mandschurei und führten damit ihre Nation zu einer Politik der direkten Aktion auf dem Festland. Der Mandschurische Zwischenfall war jedoch weniger der Ausdruck für Japans erneutes Streben nach militärischer Expansion als vielmehr ein Symptom tiefliegender interner Probleme und einer wachsenden Gespanntheit der Beziehungen Japans zur übrigen Welt. Natürlich war Japan nicht die einzige Nation, die diesen Weg einschlug. Oberflächlich betrachtet, schien Japan in den dreißiger Jahren in vieler Hinsicht denselben Kurs zu steuern wie Deutschland und Italien: Es steigerte sein Volk in eine bis zur Besessenheit wachsende ultranationale Gesinnung hinein, drängte der Nation neue Führer und neue Helden auf und erweckte Hoffnungen auf Wohlstand durch Gebietserwerbungen im Ausland und auf eine allgemeine Erleichterung der Lage durch die Errichtung eines organisierten Wohlfahrtsstaates.

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges hatte sich Japan der Gruppe demokratischer Mächte, die China gegenüber ihre Politik der ›offenen Tür‹ betonten, mehr und mehr entfremdet. Nach der Konferenz in Washington, auf der die Westmächte Japan erfolgreich zu einer Politik der Mäßigung drängten, wuchs das Gefühl der Enttäuschung über die Vereinigten Staaten rapid. Das kalifornische Gesetz des Jahres 1924, das Japaner von der Einwanderung in die Vereinigten Staaten ausschloß, und die Zollmauern, die nach der Weltwirtschaftskrise gegen japanische Waren errichtet wurden, verschlechterten Japans Beziehungen zu Amerika weiter. Dennoch hätte Japan bei der Verfolgung seiner ›besonderen Ziele‹ in China wohl wenig Widerstand gefunden, wenn nicht ein wiedererstarkendes nationalistisches China sich Japan widersetzt hätte. Als in Europa Italien faschistisch und Deutschland vom Nationalsozialismus beherrscht zu werden begann, verbreiteten sich zur gleichen Zeit die Vorstellungen von einem Staatssozialismus und einer wirtschaftlichen Blockorganisation auch im Ausland. Die Depression hatte das Ansehen der Demokratien und ihrer Wirtschafts- und Regierungsformen geschmälert. Es war leicht zu argumentieren, daß die Welt von den ›besitzenden‹ Nationen kontrolliert würde, während die ›nichtbesitzenden‹ ihrer rechtmäßigen Möglichkeiten beraubt würden, Sicherheit und Selbsterfüllung zu erlangen. Japans Zukunft, so schien es nun, lag auf dem Kontinent, nicht in der Zusammenarbeit mit den Westmächten.

Die Depression war für Japan eine bittere Erfahrung gewesen, sie hatte die Probleme der Übervölkerung und Unterbeschäftigung deutlich hervortreten lassen. Der Zusammenbruch vieler kleiner Unternehmen und die Verarmung der unteren Schichten der bäuerlichen Bevölkerung warfen enorme Probleme der sozialen Wohlfahrt auf. Die Enttäuschung über die Parteien des *establishment* – insbesondere wegen ihrer Korruption und ihres Opportunismus – rief zusammen mit der Furcht vor dem Kommunismus in weiten Teilen des

japanischen Volkes Bestürzung hervor. Viele glaubten, was Japan dringend brauche, sei eine starke autoritäre Regierung, eine aggressive militärische Bereitschaft und menschliches Interesse an den weniger privilegierten Massen. Denn während Sozialismus und Kommunismus den Kaiser und die japanische Regierung im Namen des Volkes beseitigt hätten, bargen der Staatssozialismus und Militarismus die Möglichkeit, den Staat im Namen des Volkes zu deifizieren. Japans Hinwendung zur extremen militärischen Mobilmachung war ein Resultat sowohl der aggressiven Entschlossenheit Japans, in Ostasien selbständig vorzugehen, als auch seiner Unsicherheit, denn Japan sah sich durch die in seinen Augen wachsende Feindlichkeit der Westmächte psychologisch in die Defensive gedrängt.

Das Japan des Jahres 1941 als faschistisch oder totalitär zu beschreiben, wie es manche Autoren getan haben, ist tatsächlich abwegig. Der letzte Schritt der Umorganisation Japans unter militärischem und ultra- nationalem Druck schuf eine Lage, die von der, die Nazi-Deutschland oder das faschistische Italien kennzeichnete, völlig verschieden war. Die sogenannte ›neue Ordnung‹ hing nicht von einem Hitler oder Mussolini ab. Japan war im Jahre 1941 eher das, als was es die Japaner selbst bezeichneten, ein ›Verteidigungsstaat‹ oder ein Einheitsstaats in dem sich die gesamte Nation zu Verteidigungszwecken hinter kollektive Ziele stellte und sich ideologisch auf ihre traditionellen Lehren und geschichtlichen Mythen besann, um ein Gefühl der völligen Einheit zu erreichen. In dem japanischen Verteidigungsstaat blieb die Regierungsstruktur der Meiji-Verfassung, mit dem Kaiser als Mittelpunkt, erhalten, um die althergebrachten Interessen der Eliten des *establishment* zu schützen. Neu auf der politischen Bühne waren der Militarismus und die Ideen des Staatssozialismus.

Im Japan der späten zwanziger Jahre waren die Voraussetzungen für den Aufstieg der Rechten bereits gegeben. Ein Komplex vom Staat unterstützter Shintō-Schreine bot mit seinen Ritualen eine Basis für die Rückkehr zu dem halb-religiösen Glauben an Japans mythische Vergangenheit. Verschiedene geheime patriotische Gesellschaften wurden Medien zur Ausbreitung sowohl ultra-nationaler und ›arteigener‹ Ideen wie der neuen Vorstellungen vom Staatssozialismus. Die Wehrmacht schließlich, unabhängig von ziviler Kontrolle, stellte ein vollkommenes Mittel dar, solche Ideen in der Innen- wie in der Außenpolitik zu verwirklichen. Keiner dieser Faktoren hätte für sich allein Japan zwangsläufig auf den Kurs führen müssen, den es einschlug, doch zusammengenommen und unterstützt von dem Versagen der Parteienregierung im Inland und dem Scheitern der Kooperation mit der Welt auf außenpolitischem Gebiet schufen sie die notwendigen Voraussetzungen.

Die Meiji-Regierung bediente sich zu nationalen Zwecken bewußt des Netzes von Shintō-Schreinen, das zur Zeit der Restauration bestand. Im Jahre 1871 wurde den Schreinen staatliche Unterstützung gewährt, und sie wurden in zwölf Klassen eingeteilt: vom Ise-Schrein an der Spitze bis zu den kleinen Dorfschreinen in der untersten Kategorie. Priester wurden offiziell ernannt, und

ein Amt für Schreinangelegenheiten entwickelte eine neue Form des Staatsrituals. Auch wurden Shintō-Theologie und die Überlieferungen von dem Ursprung der Nation und der Heiligkeit des Kaisers in den sogenannten ›Moralstunden‹ (*shūshin*) in den Volksschulen unterrichtet. Obwohl der Shintō nicht unmittelbar mit der Ausbreitung der allgemeinen nationalistischen Gesinnung zusammenhing, erhielt er so die Äußerlichkeiten des ›Kaiserkults‹ – d.h. die Verehrung des kaiserlichen Bildes und das rituelle Lesen des kaiserlichen Erziehungserlasses – lebendig und bot die Möglichkeit, durch patriotische Feiern im Rahmen des Schreinkults die kommunale oder nationale Solidarität zu stärken. Der Shintō verlieh dem japanischen Patriotismus gewisse Züge des Mystizismus und der kulturellen Introversion.

Rechtsgerichtete Verbände waren ebenfalls ein alltägliches Phänomen nach der Restauration in Japan. Zuerst waren Geheimbünde wie der *Genyosha* (Schwarzer-Ozean-Bund, 1881) oder der *Kokuryūkai* (Amur-Bund, 1901; häufiger ›Schwarzer-Drachen-Bund‹ genannt) Elitebewegungen, die darauf drängten, die japanischen Interessen in Übersee stärker zu vertreten. Nach dem Ersten Weltkrieg und mit den wachsenden sozialen Spannungen in den zwanziger Jahren wandten diese Gesellschaften in Opposition zu den ›gefährlichen Gedanken‹ und dem politischen Radikalismus ihre Aufmerksamkeit in der Hauptsache innenpolitischen Problemen zu. Gleichzeitig wurde auch eine Anzahl neuer patriotischer Volksverbände gegründet, die sich für innenpolitische Einigkeit und einen patriotischen Nationalismus einsetzten. Die Patriotische Gesellschaft Japans (*Nihon Kokusui Kai*), im Jahre 1919 von Tokonami Takejirō, Innenminister unter Premierminister Hara, und anderen Mitgliedern der *Seiyūkai* ins Leben gerufen, gewann Beamte und Geschäftsleute für ein Programm, das eine Aussöhnung zwischen Kapital und Arbeit, ein in Vaterlandsliebe geeintes Volk, das sich hinter den Kaiser stellte, und die Aufgabe jeder radikalen Politik forderte. Sie soll rasch über 100000 Mitglieder bekommen haben. Die Antibolschewistische Liga (*Sekka Bōshidan*) wurde im selben Jahr gegründet wie die Kommunistische Partei Japans. Die Gesellschaft für die Grundlagen des Staates (*Kokuhonsha*), 1924 von Baron Hiranuma, dem damaligen Justiz- und späteren Premierminister, ins Leben gerufen, fand ihre Anhänger in der Hauptsache unter den Beamten des zivilen und des militärischen Dienstes. Sie forderte vor allem die Erhaltung von Japans »einzigartigem Nationalcharakter« und die Erfüllung von Japans »besonderer Mission in Asien«.

Während der zwanziger Jahre war das Hauptanliegen dieser Verbände, deren Anhängerschaft Kreisen der Regierung und der Wirtschaft angehörte, das japanische Volk vor dem Radikalismus zu bewahren und den patriotischen Eifer zu dämpfen. In den dreißiger Jahren jedoch wurde das Denken der rechtsgerichteten Gruppen in eine neue Bahn gelenkt. Als die innenpolitischen Probleme zunahmen und Japans Stellung in der Welt schwächer wurde, gewann eine Reihe von Leuten, besonders im Umkreis des Militärs, allmählich die Überzeugung, daß eine ›nationale Neuorganisation‹ im Sinne des

Staatssozialismus erforderlich sei. Es wurden Stimmen laut, daß die Existenz Japans ernstlich in Gefahr und das Ziel der Meiji-Restauration noch nicht erreicht sei – d.h. daß eine Shōwa-Restauration notwendig sei.

Der Mann, dem die Einführung der Ideen des Staatssozialismus in das Gedankengut der rechtsgerichteten Bewegung in der Mitte der dreißiger Jahre zugeschrieben wird, war Kita Ikki (1885–1937). Ein Mitglied des Amur-Bundes und ein Abenteurer auf dem Festland, schrieb er im Jahre 1919 ein Werk mit dem Titel *Ein Entwurf für die nationale Neuorganisation Japans* (*Nihon kaizō hōan taikō*), in dem er einen militärischen *coup d'état* forderte, damit die wahren Ziele der Meiji-Restauration verwirklicht werden könnten, die von den inkompetenten Männern um den Kaiser verraten würden. Das Buch wurde schnell verboten, aber in den frühen dreißiger Jahren zirkulierte es im geheimen in Militärkreisen. Kitas Plan sah vor, daß Militärs die Führung der Regierung übernahmen, um dadurch den Kaiser von seinen schwachen Ratgebern zu befreien und ihm die Möglichkeit zu geben, seine rechtmäßige Autorität auszuüben. Nach der Aufhebung der Verfassung und der Auflösung des Reichstags sollten der Kaiser und seine militärischen Helfer auf die Festlegung eines ›klaren Kollektivwillens‹ hinarbeiten, der die Führer und das Volk einen sollte. Schließlich sollte eine neue Regierung gebildet werden, die von einem Repräsentantenhaus, frei von Faktionalismus und Korruption, unterstützt würde. In der Zwischenzeit sollte die Pairswürde abgeschafft werden, der Kaiser sollte auf seine Reichtümer verzichten, das *big business* sollte reduziert, die Arbeiterklasse gefördert und so eine neue Harmonie in der japanischen Gesellschaft erreicht werden. Dem Ausland gegenüber sollte Japan eine energische Führungspolitik verfolgen und Asien von dem Einfluß des Westens befreien.

Bis zum Ende der zwanziger Jahre war die geistige Grundlage für eine Bewegung der Shōwa-Restauration gelegt. Sie forderte eine Revolution *innerhalb* des Rahmens des Kaisertums und trat für Ideen ein, die im wesentlichen antiparlamentarisch, hypernational und antikapitalistisch waren. Diese Gedanken wurden in die traditionelle Ideologie des japanischen Volkes hineinverwoben, wie sie sich in seiner Vorstellung des ›Weges des Kaisers‹ zeigte. Die Ideale der Shōwa-Restauration sollten niemals in ihrer Gesamtheit verwirklicht werden, da sie den bestehenden Interessen zu extrem entgegenstanden. Trotzdem sollten sie die Politik der dreißiger Jahre nachdrücklich beeinflussen.

Die Gruppe, die schließlich am meisten zur Ausbreitung nationalistisch-militärischen Denkens in Japan beitrug, war das Militär. Während der zwanziger Jahre nahmen die Streitkräfte, die stets eine mächtige politische Interessengemeinschaft dargestellt hatten, gegenüber der Politik der Parteienregierung eine zunehmend kritische Haltung ein und entfremdeten sich ihr sogar. Hohe Offiziere der Armee und der Marine an der Spitze der militärischen Hierarchie waren enttäuscht von der Bereitschaft der von Zivilisten geführten Regierung, die Ausgaben für das Militär zu verringern oder in der

Frage der Sicherheit Japans Kompromisse zu schließen. Unter den Offizieren mittleren und unteren Ranges waren viele, die aus Familien kamen, die während der Depression Not gelitten hatten, und die wirtschaftlichen Probleme der Bauern und Arbeiter des Landes und die Gefahr kommunistischen Denkens blieben ihnen wohl bewußt. Natürlich waren die Streitkräfte in einer ausnehmend günstigen Position, um die Politik des Landes zu beeinflussen. An der Spitze konnten Befehlshaber der Armee und der Marine direkt auf die Regierungspolitik einwirken, ohne durch eine zivile Kontrolle eingeschränkt zu werden. Außerdem konnten sie große unabhängige Machtfaktoren, wie zum Beispiel auf dem Gebiet der militärischen Ausbildung oder in den Kolonien, zu ihren Zwecken einsetzen. In den unteren Schichten konnten die Streitkräfte durch die allgemeine Wehrpflicht und eine ausgedehnte Organisation der Reserve einen großen Teil der Bevölkerung beeinflussen. Auch kam den Militärs ein Gefühl der Sympathie zustatten, das sich von der mystischen Verehrung erhalten hatte, die einmal die Klasse der Samurai umgeben hatte. Der Begriff ›Offizier‹ bezeichnete im Gegensatz zu den ›korrupten Politikern‹ einen von Selbstsucht freien Mann, der ›über der Politik‹ stand und von Verantwortungsgefühl für die Wohlfahrt und die Sicherheit des Landes erfüllt war.

Während der zwanziger Jahre akzeptierten die Streitkräfte widerwillig die zivile Führung und kämpften mit anderen Elitegruppen innerhalb der Parteienregierung um eine Stimme in der Regierung. Doch die Parteienpolitik enttäuschte die Armee mehr und mehr. Besonders unter den neuen Gruppen junger Offiziere, die, als Produkte einer einseitigen Ausbildung auf der Kriegsakademie und fast stets der Möglichkeit ins Ausland zu reisen beraubt, ein starkes soziales Verantwortungsgefühl mit einem sehr beschränkten Verständnis für die Weltpolitik verbanden, war die Kritik an der zivilen Führungsspitze heftig. Diese jungen Offiziere, die für die internationalen Verhandlungen und für die Repräsentativregierung in ihrem Land keine Geduld aufbrachten, begeisterte die Idee der Shōwa-Restauration. Ungeduldig selbst mit ihren konservativeren höheren Offizieren, wurden sie häufig politisch aktiv und verweigerten den Gehorsam und schufen somit für die Armee ein unübersehbares ›Problem der jungen Offiziere‹. Die radikalen Elemente in der Armee fanden zwei Hauptbetätigungsfelder: das relativ autonome Kwantungheer in der Mandschurei und die kurz vorher gegründeten Geheimbünde.

In den späten zwanziger Jahren breiteten sich die kleinen Geheimbünde, die sich der direkten Aktion verschrieben hatten, in verhängnisvoller Weise aus. Ihre Namen deuten auf den nationalistischen Charakter ihrer Ziele hin: Jimmu-Bund (*Jimmu-kai*), Partei des himmlischen Schwertes (*Tenkentō*), Blutsbrüderschaft (*Ketsumeidan*) und Kirschenbund (*Sakura-kai*). Letzterer wurde im Jahre 1930 von Ōkawa Shūmei, einem Lektor an der Kolonisierungsakademie und radikalen Vertreter militärischer Expansion im Ausland und militärischer Revolution im eigenen Land, gegründet. Zu den Mitgliedern zählte auch eine Reihe junger

Militäroffiziere wie Hashimoto Kingoro und Ishikawa Kanichi, die später in den Mandschurischen Zwischenfall verwickelt wurden. Ōkawa selbst war einer der wichtigsten von den Männern, die den jungen Offizieren die Ideen Kita Ikkis nahebrachten.

Die Umstände, die zu dem Einmarsch in die Mandschurei führten und damit dem Aufstieg des Militarismus in Japan den Weg frei machten, müssen im Zusammenhang sowohl mit der Verschlechterung der innenpolitischen Lage als auch mit der Art des ›kontinentalen Problems‹, vor das sich Japan gestellt sah, verstanden werden, denn das Geschehen war nicht einfach nur das Werk einer Handvoll Fanatiker. In den dreißiger Jahren waren die Japaner davon überzeugt, daß ihre ›besonderen Interessen‹ in China geschützt werden müßten und vor allem – aus strategischen wie wirtschaftlichen Gründen – die Herrschaft über die Mandschurei gesichert werden müsse. Doch mit jedem Monat schien Chiang Kai-sheks Regierung in Nanking stärker zu werden; die sowjetischen Truppen entlang des Amur wurden vermehrt, und überdies hatte Japan seine Sicherheit im Pazifik geschwächt, indem es dem Londoner Flottenabkommen zugestimmt hatte. Mehr und mehr hatte man das Gefühl daß ›etwas geschehen müsse‹. Im Hauptquartier der Kwantung-Armee in Dairen wurde der Ernst der nationalen Situation Japans eingehend diskutiert, und es wurden Vorbereitungen für eine eventuelle militärische Aktion getroffen.

Im September 1931 eröffnete die Kommandantur der Kwantung-Armee in der Nähe von Mukden die Feindseligkeiten und ging dann daran, nach einem vorgefaßten Plan die Mandschurei zu unterwerfen. Wer die Schuld an dem Mandschurischen Zwischenfall, wie er genannt werden sollte, hatte, steht nicht länger in Zweifel. Obwohl bestimmte Offiziere niedrigeren Ranges das Feuer legten (unter ihnen Oberst Hashimoto, der dem Kirschenbund angehörte), ist es heute klar, daß die älteren Offiziere in der Kwantung-Armee ebenso wie das Kriegsministerium und der Generalstab in Tōkyō an der Aktion beteiligt waren oder ihr so wohlwollend gegenüberstanden, daß sie nicht eingriffen, nachdem einmal begonnen worden war. Die zivilen Führer, vor ein *fait accompli* gestellt, waren nicht in der Lage, der militärischen Aktion zu steuern.

Die Krise, die durch die regelrechten Kriegshandlungen in der Mandschurei heraufbeschworen wurde, hatte auf Japans Innenpolitik, Wirtschaft und internationale Stellung eine nachhaltige Wirkung. Auf die Berichte von Japans leicht errungenen militärischen Erfolgen ging eine Zeitlang eine Welle der Begeisterung durch das Land. Das Nationalgefühl nahm zu, und ein allgemeiner, blinder Patriotismus ermutigte zu weiteren direkten Aktionen. Gegen Ende des Jahres 1931 wurden zwei Terroranschläge von Mitgliedern der Geheimbünde entdeckt, ehe sie ausgeführt werden konnten. Im Februar des Jahres 1932 wurde der Wahlkampfleiter der *Minseitō*, im März der Vorsitzende des Aufsichtsrats des Mitsui-Konzerns in einem symbolischen Angriff auf die Parteien und die *zaibatsu* ermordet. Am 15. Mai des Jahres 1932 machte darauf eine Gruppe junger Offiziere des Heeres und der Marine den ersten großangelegten Versuch, die

Shōwa-Restauration durch Terror durchzusetzen. Obwohl es den Rebellen gelang, Premierminister Inukai zu töten und das Polizeihauptquartier in Tōkyō, die japanische Nationalbank und das Haus des Geheimsiegelbewahrers Makino zu überfallen, vermochten sie nicht, die Krise herbeizuführen, von der sie hofften, daß sie zur Verhängung des Kriegsrechts und zur Regierungsübernahme durch das Militär führen würde.

Zwar hatte dieser Zwischenfall am 15. Mai nicht den gewünschten Erfolg, doch waren seine Folgen für die japanische Politik nachhaltig. Als sich die Situation nach diesen turbulenten Ereignissen wieder etwas klärte, sah sich Saionji, der mit der Aufgabe betraut worden war, eine neue Regierung zu bilden, vor die Tatsache gestellt, daß die Parteien das Vertrauen des Volkes verloren hatten. Unter Admiral Saitō wurde ein überparteiliches ›nationales Einheitskabinett‹ gebildet, und damit ging die Ära der Parteienregierung zu Ende. Von nun an konnten Heer und Marine, da sie die Ämter des Kriegs- und des Marineministers kontrollierten, Einfluß auf die Wahl des Premiers und die Zusammensetzung des Kabinetts nehmen. Als damals General Araki zum Kriegsminister und General Mazaki zum Generalinspekteur der Militärausbildung ernannt wurden, gelangten in sehr einflußreiche Positionen Männer, die den Befürwortern der Restauration wohlgesonnen waren.

Auch auf die Moral der Armee und die öffentliche Meinung hatte die Rebellion vom 15. Mai eine gewaltige Wirkung. Obwohl die oberste Heeresleitung sich theoretisch von den aufständischen Hitzköpfen distanzierte, nahm sie doch bei der Verhandlung des Kriegsgerichts, die folgte, eine recht ambivalente Haltung ein. Die Rebellen wurden als irregeleitete Patrioten behandelt. Während des Verfahrens selbst durften sie leidenschaftlich für ihre Sache eintreten, die Ziele der Shōwa-Restauration darlegen und die Mißstände der bestehenden Gesellschaft und die Regierungsmitglieder offen angreifen.

Der Erwerb der Mandschurei war für Japan strategisch von großer Wichtigkeit. Das gesamte Land, das im Februar 1932 in den Scheinstaat Manchukuo umgewandelt worden war, wurde von dem Oberbefehlshaber der Kwantung-Armee, der gleichzeitig als Japans Botschafter in Manchukuo fungierte, kontrolliert. Manchukuo, scheinbar ein unabhängiger Staat, wurde zu einem erstrangigen Versuchsobjekt, an dem die Japaner ihre Ideen von einer Planwirtschaft verwirklichen konnten. In den Jahren nach 1931 wurde alles darangesetzt, die Mandschurei zu einer autarken Wirtschaftszone und industriellen Basis zu machen, die die Armee auf dem Festland unterhalten konnte. Manchukuo erwies sich für das Mutterland niemals als gewinnbringend, und die Armee rang im Gegenteil den *zaibatsu* in Japan Milliarden von Yen für seine Entwicklung ab. Als neue Hauptstadt wählten die Japaner Hsingking; aus einer Siedlung, die kaum mehr als ein Dorf war, schufen sie beinahe über Nacht eine Stadt mit mehr als 300000 Einwohnern, großen öffentlichen Gebäuden, Parks und Asphaltstraßen. In weniger als zehn Jahren hatten die Japaner über 3000 km Schienenweg, Flughäfen, Dämme und Kraftwerke am Yalu und sogar –

um direkte Schiffsverbindungen zu erleichtern – einen neuen Hafen gebaut: Rashin in Korea am Japanischen Meer. Bis zum Krieg im Pazifik war die Mandschurei die am höchsten industrialisierte und am stärksten militarisierte Zone auf dem Festland geworden, die in ihrem industriellen Potential nur hinter Japan selbst zurückstand; außerdem hatte Japan sie unter beträchtlichen Opfern seiner eigenen Wirtschaft in ein weites Verteidigungsnetz eingegliedert, das sich über Korea bis zum Mutterland erstreckte.

Auf weite Sicht war jedoch die Wirkung der militärischen Krise für die japanische Gesamtwirtschaft wesentlicher als die Entwicklung der Mandschurei, denn sie hatte zwischen Regierung und Handel und Industrie ein neues Verhältnis entstehen lassen und den Prozeß, in dem sich Japan von der weltweiten Depression erholte, beschleunigt. Die Krisenstimmung, die nach 1937 vorherrschte, erlaubte es der Regierung, Zwangsmaßnahmen einzuführen, die einen spektakulären Aufschwung der Wirtschaft vorbereiteten. Dem militärischen Vorgehen in der Mandschurei entsprach eine neue ›Handelsoffensive‹, die zwischen 1931 und 1936 buchstäblich eine Verdoppelung des japanischen Exports herbeiführte. Obwohl es in einen scharfen Wettbewerb mit England, den Vereinigten Staaten und Deutschland treten mußte, war Japan die erste größere Macht, die die Depression überwand. Die in dieser Offensive angewandten Methoden verärgerten Japans Rivalen, die erklärten, Japans unnatürlich niedriger Lohnsatz, verbunden mit unfairen Praktiken und dem Verkauf minderwertiger Waren, gäbe Japan einen ungerechten Vorteil. Doch der wahre Grund für Japans Erfolg war mehr orthodoxer Art und lag darin, daß Wirtschaftstheorien vernünftig angewendet und die Kräfte der gesamten Nation angespannt und koordiniert wurden. Durch die Aufgabe der Goldwährung im Jahre 1932 entwertete Japan den Yen in einem Maß, daß japanische Waren auf dem Weltmarkt zu einem konkurrenzfähigen Preis verkauft werden konnten. Das Gesetz zur Überwachung größerer Industrien vom Jahre 1931 ermöglichte es der Regierung, die Industrie zu ›rationalisieren‹, indem sie Zusammenschlüsse förderte, ›verschwenderischen‹ Wettbewerb ausschaltete und die Industrie für den Wettbewerb mit dem Ausland modernisierte. Es trifft zu, daß hierbei viele kleine Industrien und Unternehmen geopfert wurden und der Lebensstandard des Volkes im allgemeinen niedrig gehalten wurde. Der japanische Normalverbraucher bekam daher von dem statistisch bemerkenswerten wirtschaftlichen Wiederaufstieg wenig zu spüren. Den Verbrauchern und Arbeitern gegenüber lieferte die Krise in der Mandschurei der Regierung den Grund, eine Propagandakampagne durchzuführen, die die Krisenstimmung verstärkte und analog zu dem Vorgehen der Armee die Bildung einer ›Inlandsfront‹ bzw. eines ›Arbeiterheeres‹ forderte. Im Hinblick auf eine Wohlhabenheit, die stets in der Zukunft lag, wurde von den Arbeitern harte Arbeit, Einfachheit und Patriotismus erwartet.

Vielleicht die entscheidendsten Folgen hatte der Mandschurische Zwischenfall für Japans Stellung in der Welt und für seine Außenpolitik. Der Einfall in die

Mandschurei stellte eine klare Verletzung der internationalen Abkommen Japans mit den Westmächten dar. Besonders England und die Vereinigten Staaten waren über das japanische Vorgehen bestürzt, sahen sich aber nicht in der Lage, etwas anderes zu unternehmen, als es im Völkerbund moralisch zu verurteilen. Die Lytton-Untersuchungskommission brandmarkte Japan als den Aggressor in der Mandschurei, doch ihr Bericht, der vom Völkerbund akzeptiert wurde, führte zu keinerlei Sanktionen gegen Japan. Die Maßnahme des Bundes rief somit nur feindliche Gefühle hervor, während sie den Japanern demonstrierte, daß es möglich war, sich über den ›Zaun der Verträge‹, der sie umgab, in aller Öffentlichkeit hinwegzusetzen. Im Jahre 1933 trat Japan aus dem Völkerbund aus, und im folgenden Jahr gab das Außenministerium in Tōkyō die sogenannte Amau- Erklärung (›die asiatische Monroe-Doktrin‹) heraus, die die Politik der ›offenen Tür‹ durch das Versprechen ersetzte, daß Japan die volle Verantwortung für den Frieden in Ostasien übernehmen und gewissermaßen als Schutzmacht über Chinas Beziehungen zu den Westmächten wachen werde. Japan hatte begonnen, sich den Mächten der ›offenen Tür‹ diplomatisch zu entfremden; diese Entwicklung sollte 1940 mit dem Bündnis mit den Achsenmächten ihren Höhepunkt erreichen.

Die dreißiger Jahre brachten eine dramatische Änderung der nationalen Stimmung in Japan. Der Erfolg in der Mandschurei förderte die Ausbreitung extremistischer Gedanken und eines Haßgefühls gegen die übrige Welt. Die Verherrlichung des militärischen Geistes und nationalistischer Prinzipien führte zu erbitterten Angriffen auf alle Gedanken und Taten, die als unpatriotisch oder den nationalen Interessen abträglich angesehen wurden. Im Jahre 1935 wurde Professor Minobe öffentlich angeklagt und gezwungen, aus dem Oberhaus auszuscheiden, da seine früheren Schriften im Hinblick auf den Kaiser die ›Organ- Theorie‹ vertreten hatten. Die Massenmedien verbreiteten Schmähungen gegen liberale Denker und kosmopolitisches Verhalten.

In dieser Situation machten Extremisten, die der Armee angehörten, mehrere weitere Versuche, die Shōwa-Restauration durchzusetzen. Im November 1934 wurde innerhalb der Armee eine Verschwörung gefährlichen Ausmaßes entdeckt; überdies waren Offiziere verschiedener Rangstufen daran beteiligt. Unter diesen befand sich auch General Mazaki, der Generalinspekteur der militärischen Ausbildung. Die konservativen Führer in der Armee, von dem Grad des Zusammenbruchs der Disziplin innerhalb der Wehrmacht alarmiert, versuchten eine gründliche Säuberung und befahlen rasch, über 3000 Befehlshaber, angefangen mit General Mazaki, abzulösen. Im August des Jahres 1935 tötete Oberstleutnant Aizawa, der zu den Extremisten gehörte, General Nagata, den er für Mazakis Versetzung verantwortlich machte. Die Gerichtsverhandlung gegen Aizawa, die folgte, ließ man wiederum zu einer öffentlichen Zurschaustellung ultranationaler Gefühle werden. Aizawa berief sich auf die Lauterkeit seiner Absicht und legte zu seiner Verteidigung mit Blut unterzeichnete Briefe von Schulmädchen vor. Als die Verhandlung ihren

Höhepunkt erreichte, wurde der Ersten Division des Heeres, die seit 1905 traditionellerweise in der Nähe von Tōkyō stationiert war, plötzlich befohlen, sich für eine Verlegung in die Mandschurei vorzubereiten; dadurch sollte die Spannung im Bereich der Hauptstadt verringert werden. In der Nacht des 26. Februar 1936 meuterte die Erste Division. Annähernd 1400 Mann folgten mit ihren erst kurz zuvor an sie aus gegebenen Waffen einer Gruppe extremistischer Offiziere und machten einen blutigen Versuch, die Regierung zu übernehmen und »das Vaterland zu schützen, indem sie alle für die bisherige Verzögerung der Shōwa-Restauration und die Prestigeminderung des Kaisers Verantwortlichen töteten«. Es gelang den Truppen, das Polizeihauptquartier, das Kriegsministerium und Quartier des Generalstabs und das neue Reichstagsgebäude drei Tagelang besetzt zu halten; sie töteten verschiedene Kabinettsmitglieder und terrorisierten das Zentrum Tōkyōs. Schließlich vermochten besonnenere Führer der Armee, unterstützt von einer Erklärung des Kaisers, die rebellischen Truppen zur Kapitulation zu veranlassen. Diesmal erfolgte die Bestrafung rasch und unauffällig, 103 Männer wurden verurteilt, davon 17 zum Tode. Der Aufstand zog eine Reihe weiterer Säuberungsaktionen und einen gewissenhaften Versuch nach sich, die Disziplin in der Armee wiederherzustellen. Der Februarzwischenfall des Jahres 1936 war die letzte offene Bemühung, die Shōwa-Restauration durch politischen Mord herbeizuführen.

Die verbreitete Annahme, daß die Revolte der Ersten Division Teil einer zusammenhängenden Kette von Ereignissen war, die Japan in einen geplanten Krieg mit China drängten, ist durch neuere Forschungen in Frage gestellt worden. Der Ausbruch der Feindseligkeiten mit China im Juli 1937 war vielleicht vorauszusehen, doch war er nicht die Folge eines vorgefaßten Plans von seiten der aktiven Offiziere der Armee, wie es der Mandschurische Zwischenfall gewesen war. Japan schlitterte in den Krieg mit China hinein. Doch nachdem der Kampf einmal begonnen hatte, wurde die Ausweitung zum Krieg durch die auf beiden Seiten vorhandene Bereitschaft hierzu unvermeidlich: In Japan verlangten zivile und militärische Führer, was sie als die Wahrung der nationalen Interessen Japans in China empfanden; in China herrschte eine neue Entschlossenheit, sich gegen das Eindringen der Japaner nach China unterhalb der Großen Mauer zu wehren.

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß in den Monaten zwischen Februar 1936 und Juli 1937 die Parteien für kurze Zeit wieder aktiv wurden und auch Kritik an der Einmischung der Wehrmacht in die Regierung übten. Die Wirtschaft hatte sich von der Depression erholt, und man hatte die Vollbeschäftigung erreicht. Die Wahlen des Jahres 1937 brachten der Sozialistischen Massenpartei ihre größte Popularität; sie gewann 37 Sitze im Reichstag. Parteiführer kämpften darum, in der Regierungskoalition wieder einer gegen das Militär gerichteten Stimme Gehör zu verschaffen. Doch im großen und ganzen ging der Trend

dahin, daß die Zivilisten mit den Militärs weitere Kompromisse schlossen und ein nationalistischer Geist herangezüchtet wurde. Das Kabinett Hirota, das im Frühling des Jahres 1936 an die Macht kam, bekannte sich öffentlich zu einer aggressiveren Außenpolitik und verlangte die Schaffung einer »gesonderten antikommunistischen, projapanischen und promandschurischen Zone« in Nordchina als Teil der »wesentlichen Voraussetzungen« für das Bestehen Japans als Nation. Mehr und mehr hatten die Führer Japans begonnen, die militärisch-strategischen Ziele der Nation mit ihren wirtschaftlichen und ideologischen Hoffnungen zu vermengen. Als im Juni 1937 Prinz Konoe Fumimaro zum Premierminister ernannt wurde, wodurch der Konflikt zwischen den Parteien und der Armee aus der Welt geschafft werden sollte, erhielt Japan einen Führer, der sogar noch mehr unter dem Gesichtspunkt gewählt worden war, dem aggressiven Vorgehen auf dem Festland eine Aura des Gottgewollten und Schicksalhaften zu verleihen. Da er ein Mann aus aristokratischem Geschlecht war, den göttlichen Ahnen des Kaisers eng verbunden, verstärkte seine Ernennung das Gefühl, daß Japan zu seinen »ursprünglichen Werten« zurückkehre.

Im Jahre 1937 betrachtete der japanische Generalstab Sowjetrußland als die Hauptgefahr in Ostasien. Doch das Problem Nordchina war immer komplizierter geworden. Seit der Übernahme der Mandschurei war die Armee ständig weiter in die Grenzgebiete in Richtung Peking vorgerückt, indem sie die Gründung »autonomer« Regimes oder unabhängiger Pufferstaaten zum Vorwand nahm, indirekte Kontrolle über das Land zu erlangen. Es wurde jedoch immer offensichtlicher, daß es für einen wirksamen nationalen Verteidigungsblock unerläßlich war, Nordchina mit seinen Rohstoffen Baumwolle und Kohle und seinem ungeheuren Absatzmarkt für japanische Waren fest in den Griff zu bekommen. Was Japan brauche, so erklärte man, sei ein »unabhängiges« Nordchina, das Japan freundlich gesinnt sei. Aber die verstärkte Weigerung der Chinesen, zu »kooperieren«, rief in Japan den übermächtigen Wunsch hervor, das Chinaproblem durch irgendeine direkte Aktion zu lösen.

Inzwischen hatte Chiang Kai-shek die Nanking-Regierung konsolidiert und begonnen, den japanischen Forderungen stärkeren Widerstand entgegenzusetzen. Im Frühling 1937 hatte sich Chiang mit seinen kommunistischen Gegenspielern geeinigt, das Problem der Japaner in Nordchina gemeinsam anzugehen. Als am 7. Juli 1937 in der Nähe von Peking zwischen chinesischen und japanischen Truppen nicht geplante Kampfhandlungen ausbrachen, wuchs sich ein Grenzzwischenfall rasch zu einem allgemeinen Krieg aus. Die Beziehungen zwischen Japan und China waren zu gespannt geworden, als daß eine Beilegung des Konflikts durch Verhandlungen noch möglich gewesen wäre.

Der Ausbruch offenen Kampfes an der Marco- Polo-Brücke kennzeichnete so den Beginn des sich lang hinziehenden China-Zwischenfalls, der eigentlich bis zur völligen Niederlage Japans im Jahre 1945 andauerte. Kein japanischer Führer

erwartete einen so langen Krieg, und besonders die zivilen leitenden Persönlichkeiten hofften auf einen schnellen Sieg ähnlich dem über die Mandschurei. Doch schließlich erwies es sich, daß dieser Krieg nicht zu gewinnen war, und die Japaner verrannten sich immer mehr in ein fast aussichtsloses Engagement, das den Militarismus und die Reglementierung im Mutterland beschleunigte und letztlich zum Angriff Japans auf die Vereinigten Staaten im Jahre 1941 führte. Gefangen in einer Situation, in der nur ein Sieg der nationalen Ehre Genüge tun konnte, verbluteten sich die Japaner für eine Sache, in der ein einfacher militärischer Sieg im Grunde unmöglich war.

Der Kriegsverlauf in China gliederte sich in drei deutliche Abschnitte. Zwischen Juli und Dezember 1937 rückte die japanische Armee rasch vor und besetzte weite Teile Nordchinas, wobei sie Chiang Kai-sheks Hauptstadt Nanking einnahm. Man erwartete, daß der Fall Nankings Chinas Willen zum Widerstand brechen würde, und die japanische Armee gab sich, vielleicht als Vergeltung für die ›antijapanischen‹ Handlungen der Nanking-Regierung, einer Orgie der Vergewaltigungen und Morde hin. In zwei Tagen wurden auf eine Weise, die als ›die Vergewaltigung Nankings‹ in die Geschichte eingegangen ist, 12000 chinesische Zivilisten getötet.

Chiang Kai-shek aber verlegte seine Hauptstadt landeinwärts nach Hankow, von wo aus er weiteren Widerstand organisierte. Im zweiten Abschnitt des Krieges zielten die Operationen der Japaner daher auf die Einnahme Hankows und Kantons ab. Die letztere der beiden Städte fiel im Oktober 1938. Wiederum verlegte Chiang jedoch seine Hauptstadt landeinwärts, nach Chungking, oberhalb der Yangtze-Schluchten. In der folgenden dritten Kampfphase gerieten die Japaner in eine anomale Stagnation, während die Chinesen zum Guerillakrieg Zuflucht nahmen und die geographischen Gegebenheiten ausnützten, um Zeit zu gewinnen. Nach 1938 kontrollierte Japan die größeren Städte und Eisenbahnlinien Chinas, wurde aber ständig von chinesischen Guerillakämpfern gestört, die das flache Land beherrschten.

Im Jahre 1940 kostete der chinesische Zwischenfall bereits vier Millionen Dollar täglich, und über 1,5 Millionen Japaner waren aufs Festland transportiert worden. Die Truppen hatten hohe Verluste, und im Mutterland hatte die Rationierung der wichtigsten Gebrauchsgüter begonnen. Der ›Zwischenfall‹ war eine ernste Angelegenheit geworden. Und in zunehmendem Maße ließen die politischen und propagandistischen Bemühungen, ihn zu beenden, eine gewisse Verzweiflung erkennen. Gegen China entfesselten die Japaner eine heftige Propagandakampagne, indem sie erklärten, daß die japanischen Truppen einen selbstlosen ›heiligen Krieg‹ führten, um China vom Kommunismus und dem westlichen Einfluß zu befreien. Das Bemühen, in Nordchina ein Japan freundlich gesinntes Regime zu errichten, gipfelte in der Einsetzung einer Marionettenregierung in Nanking unter der Leitung von Wang Ching-wei. Dennoch erwiesen sich die Versuche der Japaner, dort die Politik zu

kontrollieren und die Wirtschaft auszuwerten, als ungeschickt und schlecht koordiniert.

Die Wirkungen des Krieges mit China auf das Mutterland waren tiefgreifend. Japan erlebte nun die vollständige militärische Mobilmachung und zentralisierte Wirtschaftsplanung. Die Führung der Regierung ging mehr und mehr in die Hände der Militärs über, während nationalistische und patriotische Parolen dazu benutzt wurden, das Volk zu ermahnen, sich ganz für das nationale Ziel einzusetzen. Obwohl die Bemühungen der Extremisten, im Namen des Kaisers eine auf dem Militär basierende, staatssozialistische Regierung zu bilden, im Jahre 1936 vereitelt worden waren, war nun, im Jahre 1940, die Kriegsmobilisierung so weit gediehen und war das Land so von Staatsideologie durchdrungen, daß die Situation im Land sehr dem Bild entsprach, das sich die Militärextremisten gemacht hatten. Manche Beobachter haben sogar erklärt, die Shōwa-Restauration sei in Japan tatsächlich erfolgt, allerdings *von oben her*. Japan begann den Krieg mit den Vereinigten Staaten in dem Zustand einer beinahe hysterischen Fixiertheit auf seine ›nationale Sendung‹, seinen Kaiser und seinen ›heiligen Krieg‹ in China.

In den letzten Monaten des Jahres 1937 unternahm Japan die ersten entscheidenden Schritte zur verstärkten Zentralisierung der Regierungskontrolle über die privaten Bereiche im Land – hauptsächlich die politischen Parteien und die privaten Konzerne. Um einen Ausgleich der Interessen zu gewährleisten, wurde ein Ratgebergremium des Kabinetts gegründet, das aus vier Vertretern der Wehrmacht, drei Parteimitgliedern, zwei Männern aus der Finanz- und Geschäftswelt und einem aus dem Bereich der Außenpolitik bestand. Eine Planungskommission des Kabinetts von zwanzig Leuten, die aus den Ämtern des nun wuchernden Regierungsapparats gewählt wurden, sollte die nationale Politik koordinieren. Im November 1937 wurde das Kaiserliche Hauptquartier (Dai Hon Ei) geschaffen, um die Planung und die Operationen der beiden Waffengattungen aufeinander abzustimmen. Im März 1938 half Premierminister Konoe der Armee, indem er das Allgemeine Nationale Mobilisierungsgesetz (Kokka Sōdōin Hō) im Reichstag durchbrachte, das die Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten der Regierung in die Hände der Planungskommission legte. Durch dieses Gesetz erhielt der Premierminister eine beinahe absolute Kontrolle über die Gestaltung der Innenpolitik. Von der Notwendigkeit befreit, politische Entscheidungen den Reichstag passieren zu lassen, war die Regierung nun unabhängig genug und besaß hinreichende Sondervollmachten, um eine Planwirtschaft einzuführen, Preisregelungen und Rationierungen durchzusetzen und Material und Zwangsarbeit zuzuweisen. Dieses Gesetz bedeutete den Untergang der parlamentarischen Regierung in Japan.

Von hier war es nur ein kleiner Schritt zur Einführung eines einheitlichen Mobilisierungsplans für alle Aspekte des öffentlichen Lebens. Nachdem Prinz Konoe im Jahre 1940 zum zweitenmal Premierminister geworden war, verkündete er die Einführung einer Neuen Nationalen Organisation (*Shintaisei*),

um Japan in einen ›fortschrittlichen nationalen Verteidigungsstaat‹ zu verwandeln. Zu Beginn des Jahres 1940 wurden die politischen Parteien gezwungen, sich aufzulösen, und an ihre Stelle trat der Bund zur Förderung der Kaiserherrschaft (*Taisei Yokusankai*). Basierend auf dem Einparteiensystem, sollte der Bund alle verwaltungstechnischen und politischen Bemühungen in Japan im Hinblick auf die Ziele des Reiches vereinigen. Alle Meinungsverschiedenheiten sollten für eine einzige gemeinsame Sache vergessen werden. Gleichzeitig wurden die wenigen verbliebenen Gewerkschaften zu einer einzigen patriotischen Gesellschaft verschmolzen, die der Sache des Krieges diene.

Obwohl der Bund zur Förderung der Kaiserherrschaft zum Teil der NSDAP nachgebildet war, war er doch in der Art seiner Zusammensetzung und seiner Wirksamkeit typisch japanisch und unterschied sich von seinen europäischen Gegenstücken grundlegend. Es war nicht so, daß eine Partei Unterstützung zu gewinnen suchte in dem Bemühen, die Regierung zu übernehmen, sondern eigentlich war das Gegenteil der Fall: Japans Führer bedienten sich ihrer, um eine nationale Einigkeit zu erzwingen. Daher gab es in dem Bund keine Agitatoren, und es wurden keine Kundgebungen abgehalten. Er ähnelte eher dem kommunistischen Einparteiensystem, da er durch sozialen Druck Unzufriedenheit massiv zu unterdrücken suchte, um zu erreichen, daß eine geschlossene Einheit hinter der Regierung stand. In all seinen Verästelungen diene er mehr als Mittel, die Opposition oder ketzerische Äußerungen gegen die Kriegsziele und nationalistischen Dogmen zum Verstummen zu bringen. Während also in Deutschland die nationalsozialistische Partei sich zuerst der Macht in der Regierung versicherte, dann einen totalitären Staat schuf und dann den Krieg begann, entstand der japanische ›Einheitsstaat‹ als Reaktion auf den totalen Krieg und auf ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit. Die *Shintaisei* war im Grunde defensiv. In diesem Sinn war Japan im Jahre 1940 weder faschistisch noch totalitär.

Die Mobilisierungsbemühungen, die der ›Bund zur Förderung der Kaiserherrschaft‹ unternahm, lassen sich in drei Kategorien einteilen. Die erste war die sogenannte allgemeine Mobilmachung, d.h. die Bemühung, die Heimatfront vollständig zu mobilisieren. Um die Mitte des Jahres 1941 war buchstäblich das ganze Land organisiert: von den Nachbarschaftsgruppen (*tonarigumi* genannt) bis hinauf zu den Komitees der Kleinstädte, großen Stadtteile, Großstädte und den präfekturalen und nationalen Komitees. Die Nachbarschaften, die durch Wohngemeinschaften gebildet wurden, gliederten jeden japanischen Haushalt zwangsweise einer großen Organisation von Körperschaften ein. Den Nachbarschaftsgruppen der Tokugawa-Zeit nachgebildet, trugen sie gewaltig dazu bei, eine allgemeine Übereinstimmung zu erzielen, denn die Andersdenkenden oder Zaudernden hatten nun buchstäblich keinen Ort mehr, wo sie sich verstecken konnten. Die Nachbarschaftsgruppen wurden ein Mittel, um die Moral der Heimatfront zu heben und Regierungspropaganda zu verbreiten. Sie dienten als Einheiten für die

Rationierungen, die zivile Verteidigung und das Sammeln von Spenden der Heimatfront zur Unterstützung des Krieges – wie Kupfermünzen für Flugzeuge oder Gold für die Regierung.



© Abb. 23: Aufstieg und Zusammenbruch des japanischen Reiches

Der zweite Punkt des Programms des Bundes zur Förderung der Kaiserherrschaft lautete ›Mobilisierung des Volkswillens‹ und bestand in der Bemühung, einen Zusammenschluß aller politischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen im Land zu erreichen. Die Parteien und Gewerkschaften waren bereits vereinigt worden. Nun wurde auf die Zeitungen, verschiedene Berufsorganisationen und auf die Universitäten Druck ausgeübt, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu verbinden und mit einer einzigen Stimme zu sprechen.

Auf die Beeinflussung dieser Stimme war die dritte Kategorie von Bemühungen des Bundes gerichtet, nämlich die ›geistige Mobilisierung‹. Als sich die Japaner mehr und mehr in die Verteidigung gedrängt und vor externe und interne Probleme von entmutigendem Ausmaß gestellt sahen, verstärkte der Kampf um die Identität und das Selbstbewußtsein der Nation die Forderungen nach konformem Denken und unerschütterlichem Glauben an japanisch-nationale Slogans. In negativer Hinsicht wurden alle Anstrengungen gemacht, jeden andersgearteten Gedanken zu verdrängen. In positiver Hinsicht

verkündeten die Japaner Schlagworte wie ›Der Weg des Kaisers‹ (*kōdō*), ›Yamato-Geist‹ (*Yamato damashii*), ›kaiserliche Sendung‹ – sie kommt in der Parole ›die ganze Welt unter einem Dach‹ (*hakkōichiu*) zum Ausdruck – und ›Einheit von Regierung und Religion‹ (*seisai-itchi*). Die geistige Mobilisierung verlangte auch eine offen antiwestliche Haltung und die Säuberung des japanischen Lebens von westlichen Einflüssen. Ausländische Filme wurden mehr und mehr von den Spielplänen der Lichtspielhäuser abgesetzt, Englisch verschwand von den Schildern der Bahnhöfe, und das Golfspiel wurde zugunsten des japanischen Bogenschießens aufgegeben. In den Schulen wurde den Kindern mit Hilfe eines neuen Lehrbuchs, *Kokutai no hongi* (*Die Grundlagen der nationalen Staatsform Japans*), der Glauben an die Wahrheit der mythischen Vergangenheit Japans und der Shintō-Lehren von der Göttlichkeit des Kaisers, an die Einzigartigkeit des japanischen Volkes und an die Sendung, die Japan hatte, nämlich: die Kluft zwischen Ost und West zu überbrücken und die Welt zu einen, eingepflegt. Auf diese Weise konnten die Japaner, wie irrational die Shintō-Mythologie auch war, sich von der Notwendigkeit überzeugen, an ihre eigene Rechtschaffenheit als Volk und die im Grunde positive Mission, die sie in der gegenwärtigen Welt zu erfüllen hätten, zu glauben.

Im Jahre 1940 war Japan in einer Kette von Ereignissen gefangen, die es zwang, auf seinem Weg zum Ultranationalismus, zur Isoliertheit in der Welt und schließlich zum Krieg mit den Vereinigten Staaten immer weiterzugehen. Der Krieg in Europa hatte 1939 begonnen, und die deutschen Anfangserfolge hatten sich merklich von der entmutigenden Lage unterschieden, in der sich Japan sah. Mit der Einnahme der Niederlande und Frankreichs im Mai 1940 waren viele Japaner überzeugt, daß die Achsenmächte in Europa gewinnen würden. Für Japan schien die Zeit gekommen, sich seinen eigenen autarken Block in Asien zu schaffen. Gegen Ende des Jahres 1940 vollendete daher Japan unter der Führung von Außenminister Matsuoka seine diplomatische Revolution gegen die Mächte der ›offenen Tür‹. Im September unterzeichnete Japan den Dreimächtepakt, der Deutschland, Italien und Japan zu militärischen Verbündeten machte und Japan die Anerkennung seiner Vorrangstellung in Ostasien brachte. Als Matsuoka im April 1941 mit Sowjetrußland einen Nichtangriffspakt abschloß, hatte Japan freie Hand, nach Süden gegen die französischen, holländischen und englischen Kolonien vorzurücken. Premierminister Konoe, der im Jahre 1938 eine Erklärung abgegeben hatte, in der er Japans ›neue Ordnung in Ostasien‹ dargelegt hatte, formulierte im Jahre 1940 seine Politik der ›neuen Ordnung‹ neu und entwickelte die Idee eines *größeren* ostasiatischen Raumes allgemeiner Wohlfahrt – eine Idee, die Japan zum Mittelpunkt eines Verteidigungsblocks machte, dessen Grenzen durch die Kolonialgebiete liefen. Doch schon hatten Japans Expansionsbestrebungen begonnen, die Vereinigten Staaten zu beunruhigen.



© Abb. 24: General Tōjō als Premierminister im Jahr 1941

Der Gedanke, daß es schließlich zu einer Konfrontation zwischen Japan und den Vereinigten Staaten kommen könne, hatte Beobachtern seit der Konferenz in Washington Sorgen bereitet, denn es war offensichtlich, daß die Interessen Japans den Bemühungen der Mächte der ›offenen Tür‹ entgegenstanden, die den *status quo* erhalten wollten. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war es jedoch England, das durch die japanische Expansion auf dem Festland am meisten zu verlieren hatte und daher den fühlbarsten Widerstand leistete. Nach 1939 jedoch entstand in Amerika als Reaktion auf die Gefahr des militanten Totalitarismus ein Bild von Japan als der größten Bedrohung der amerikanischen Sicherheit im Pazifik.



© Abb. 25: Der Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941

Dennoch wurde der Widerstand Amerikas gegen die japanische Expansion nur langsam stärker. Präsident Roosevelt fand seine Ratgeber geteilter Meinung: Männer wie Botschafter Grew glaubten, daß Geduld den ›Gemäßigten‹ in der japanischen Regierung Zeit geben würde, Kontrolle über die Politik zu gewinnen; alte Chinasachverständige im Außenministerium dagegen rieten zur Unnachgiebigkeit, da dies die einzige Politik sei, die die japanischen Militaristen verstanden. In der Tat hatten die Vereinigten Staaten eine wirksame Waffe gegen Japan in der Hand, denn die japanischen Rüstungsindustrien waren sehr von Eisen- und Öllieferungen aus den USA abhängig. Als Präsident Roosevelt im Jahre 1939 seine ziemlich gemäßigte Rede über ein ›moralisches Embargo‹ hielt, nahm er zwar davon Abstand, die Warenlieferungen zu sperren, doch reihte er Japan unter die totalitären Mächte ein. Auf den japanischen Einmarsch in Französisch Indochina hin ließ der Präsident dann aber im Sommer 1940 den zwischen Japan und den USA bestehenden Handelsvertrag auslaufen und unterwarf den Verkauf strategischer Güter an Japan gewissen Beschränkungen. Dadurch, daß Japan den Dreimächtepakt unterzeichnete, verschlechterte sich die Lage für die Vereinigten Staaten, da nun die Probleme in Europa und im Pazifik vermengt wurden. Als im Sommer 1941 japanische Truppen in Südindochina einrückten, sperrten Amerika, England und Holland den gesamten Export nach Japan und schnitten damit den für Japan wesentlichen Öl- und

Kautschuknachschub ab. Japanische Militärbeamte rechneten aus, daß die davon in Japan angelegten Reserven nur zwei Jahre reichen würden. Für sie war die Situation untragbar. Japan wurde bereits durch die sogenannte ABCD-Einkreisung¹ ›erdrückt‹. Ein weiteres ›direktes‹ Vorgehen schien erforderlich.

Bis die Gespräche zwischen Nomura und Hull im Sommer 1941 stattfanden, waren beide Länder in eine Sackgasse geraten. Die Vereinigten Staaten bestanden darauf, daß Japan nicht nur Indochina, sondern auch China räume. Japan bestand darauf, daß die Vereinigten Staaten aufhörten, Chiang Kai-shek zu unterstützen, die Hegemonie Japans im Fernen Osten anerkannten und das Embargo für Öl, insbesondere für das aus Indonesien, aufhoben. Auf beiden Seiten machte die Überspitzung der Ziele und Verpflichtungen den Rückzug unmöglich. Die Japaner waren zu der Überzeugung gekommen, daß einstige Hoffnungen nun absolute Notwendigkeiten seien und daß ihre Erlangung durch die Erfordernisse der nationalen Verteidigung legitim werde. Die Vereinigten Staaten waren überzeugt, daß eine weitere japanische Expansion angesichts der Gefahren, die die Drohung des Totalitarismus für die Welt heraufbeschwor, unvorstellbar sei. Auf beiden Seiten unterlag man schweren Täuschungen. Japan hatte sich den Achsenmächten in der Erwartung angeschlossen, daß die Vereinigten Staaten eingeschüchtert würden; die Vereinigten Staaten hatten, als sie ihre unnachgiebige Haltung einnahmen, erwartet, daß die Japaner nachgeben würden.

Im September 1941, bei einem Treffen des Rates für Zusammenarbeit von hohen Militär- und Zivilbeamten, beschlossen Japans Führer, mit den Vereinigten Staaten Krieg zu führen, wenn bis Oktober kein Abkommen über die Öllieferungen erzielt sei. Im Oktober wurde General Tōjō im Hinblick auf die Möglichkeit eines Krieges Premierminister. Im November wurde bei einer Konferenz des Kaisers der 1. Dezember als Datum für die Mobilmachung gewählt, wenn die letzten diplomatischen Verhandlungen scheitern sollten. Es war ein verzweifelter Entschluß, doch die Aussicht eines Krieges mit Amerika schien annehmbarer als der Rückzug aus China und ein möglicher Bürgeraufstand im eigenen Land. Japans Schlachtplan war wohlüberlegt. Wenn Japan die Pazifikflotte der USA in Pearl Harbor lahmlegte und die amerikanischen Streitkräfte auf den Philippinen vernichtete, konnte es in der Hoffnung, daß sich Amerika nicht mit ganzer Kraft gegen Japan wenden würde, den Sieg der Deutschen in Europa abwarten. Der Plan enthielt eine verhängnisvolle Fehlkalkulation. Der Angriff ohne Warnung auf Pearl Harbor hatte in den Vereinigten Staaten eine einmütige, absolute Entschlossenheit zur Folge, Japan zu zermalmen.

Der Krieg im Pazifik dauerte vier Jahre; er brachte dem japanischen Volk unsägliches Elend und führte zu der völligen Zerstörung des japanischen Kaiserreichs und seiner militärischen Institutionen. Ein Jahr lang allerdings hatte der japanische Blitzkrieg alle Aussicht auf Erfolg. Am 7. Dezember 1941 verloren die Vereinigten Staaten in Pearl Harbor 7 Schlachtschiffe, 120 Flugzeuge und

2400 Menschen. In rascher Folge überrannten die Japaner die Philippinen, nahmen Hong Kong, Singapore und Indonesien ein. Bis März 1942 standen japanische Truppen in Neuguinea und waren für den Angriff auf Australien bereit. Bis zum Mai hatten sie Burma erobert und erwogen die Unterwerfung Indiens. Doch Pearl Harbor hatte Amerika in einer grimmigen Entschlossenheit geeint, und die massiven militärischen und industriellen Kräfte der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten begannen sich schließlich gegen Japan zu wenden. Bei den Midway-Inseln verlor die japanische Marine im Juni 1942 vier ihrer besten Flugzeugträger, und im August gelang den alliierten Streitkräften auf Guadalcanal die erste Landung mit Amphibienfahrzeugen gegen japanische Truppen. Japan mit seinem allzu ausgedehnten Weltreich war in die Defensive gedrängt worden.

Vom Sommer 1942 bis 1944 waren die Kräfte der Alliierten in der Hauptsache in Europa gebunden; dennoch erlitt Japan gewaltige Verluste an Schiffen durch die Unterseeboote der Alliierten, und mehrere strategisch wichtige Inseln der Gilbert- und Marshall- Gruppe wurden zurückerobert. Im Sommer 1944 richteten die Alliierten zwei massive Stöße mit von Insel zu Insel vordringenden Amphibienfahrzeugen gegen die japanischen Hauptinseln. Der eine stieß in die Marianen vor, wobei Saipan im Juni und Iwō Jima im März 1945 eingenommen wurde. Der andere eroberte im Oktober 1944 die Philippinen zurück. Die beiden Unternehmungen liefen im Mai 1945 in Okinawa zusammen und vermochten es, die Insel im Juni den Japanern abzutrotzen. Alliierte Streitkräfte standen nun an der Schwelle Japans und konnten von hier aus die eigentlichen japanischen Inseln bombardieren. Ende 1944 begannen Flugzeuge der Alliierten systematisch japanische Städte zu bombardieren. Man schätzt, daß allein der Angriff auf Tōkyō mit Brandbomben am 10. März 1945 100000 Menschen das Leben gekostet hat. Insgesamt starben während dieser Luftangriffe in Japan 668000 Zivilisten. Bis zum Sommer 1945 war das Land militärisch geschlagen, aber immer noch nicht bereit, die in der Potsdamer Erklärung geforderte bedingungslose Kapitulation anzunehmen. Im August wurden darauf Japan zwei Schläge versetzt, die die Kapitulation unvermeidlich machten. Am 6. August warfen die Vereinigten Staaten ihre erste Atombombe auf Hiroshima. Am 8. August erklärten die Russen Japan den Krieg und begannen, die Mandschurei zu überrennen. Am 9. August wurde auf Nagasaki eine zweite Atombombe abgeworfen. Trotz des fortgesetzten Protests der Militärs nahm es der Kaiser am 14. August auf sich, »das Unerträgliche zu ertragen«. Am folgenden Tag nahm Japan offiziell die Potsdamer Erklärung an.

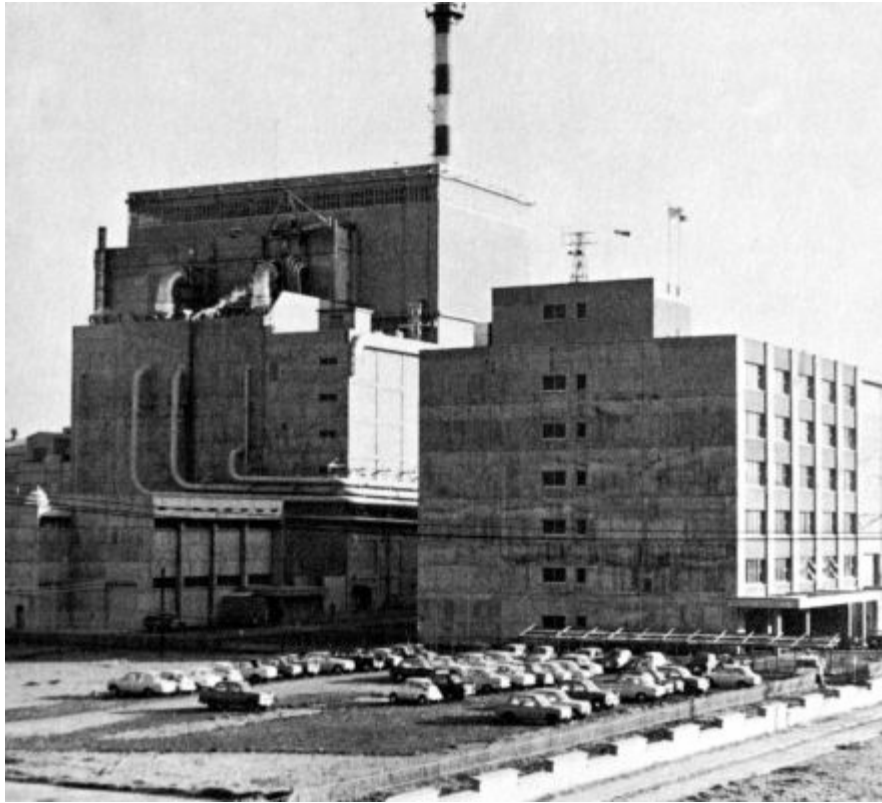
Fußnoten

1 Gemeint ist die Einkreisung durch Amerikaner, Briten, Chinesen und Holländer (Dutch).

20. Besetzung und Wiederaufstieg

Die Besetzung Japans durch die Alliierten ist eines der bemerkenswertesten Kapitel der Weltgeschichte. Gewiß ist bei keiner Besetzung – soweit sie nicht die Form einer regelrechten Eroberung hatte – so viel Aufmerksamkeit auf politische und soziale Reformen verwendet worden. Wenige andere Gesellschaften sind in einer so kurzen Zeit ›umgemodelt‹ worden. Noch erstaunlicher war die Reaktion Japans auf die Besetzung durch die Alliierten, denn Japan war es nicht gewöhnt, im Krieg besiegt oder besetzt zu werden.

Im Sommer 1945 war Japan eine physisch wie moralisch völlig erschöpfte Nation. Seit dem Ausbruch des Krieges mit China hatten 3,1 Millionen Japaner ihr Leben verloren, davon 800000 Zivilisten. Das Land hatte die furchtbarsten Schocks erlitten: die großen Luftangriffe auf seine Städte mit Brandbomben und die Explosion zweier Atombomben. Über 30% der Bevölkerung waren obdachlos geworden. Beinahe ein Jahr lang war Japan fast völlig von allen Seeverbindungen abgeschnitten gewesen, und der Inlandsverkehr war nahezu zusammengebrochen. Akute Nahrungsmittelknappheit hatte große Teile des Landes an den Rand des Verhungerns gebracht; als Bauern gewaltige Gewinne durch den Verkauf von Lebensmitteln auf dem schwarzen Markt machten und wohlhabende Familien Erbstücke gegen lebensnotwendige Güter versetzten, war die Moral der Zivilbevölkerung gesunken. Die Industrie war auf ein Viertel ihrer früheren Kapazität reduziert worden, und das Land stand kurz vor einer Inflation, die den Yen auf ein bloßes Hundertstel seines Vorkriegskurses entwertete. Überdies verloren die Menschen emotionell wie intellektuell ihr Gleichgewicht, da sie mit einer übertriebenen Kriegspropaganda und hypernationalistischen Ideen aufgewachsen waren, die alle mit Japans bedingungsloser Kapitulation hinfällig wurden.



© Abb. 26: Das erste japanische Atomkraftwerk, in Betrieb seit November 1965

Dennoch erstand Japan bemerkenswert rasch und vollständig aus den Trümmern des Krieges neu und erholte sich von dem Versagen seiner Kriegsideologie. Drei Faktoren trugen besonders zu dieser Leistung bei. Erstens wurde der Verfall des japanischen Staates und seines Gesellschaftssystems durch die schließlich von den Besatzungsmächten getroffene Entscheidung aufgehalten, die Grundstruktur der japanischen Staatsform beizubehalten und das Kaisertum als Institution zwar zu modifizieren, aber nicht abzuschaffen. Zweitens bewahrten die Japaner vielleicht aus diesem Grund als Volk ihr Gefühl für soziale und politische Ordnung. Drittens gelang es den Japanern, den ärgsten psychologischen Folgen der Niederlage zu entgehen, indem sie die Schuld am Krieg auf den militärischen Teil der Gesellschaft abwälzten. Nachdem sie sich in der Erwartung des Schlimmsten ergeben hatten, reagierten die Japaner auf die wohlwollende Art der Besetzung mit Erleichterung und dann mit Enthusiasmus. Als ein zum Pragmatischen neigendes Volk überzeugte sie die Tatsache, daß sie von demokratischen Mächten besiegt worden waren, über Nacht von der Wirksamkeit des demokratischen Systems.

Auf lange Sicht wäre die Umwandlung Japans nach dem Krieg natürlich nicht möglich gewesen, wenn dem Zweiten Weltkrieg nicht die lange Periode der Modernisierung vorausgegangen wäre. In dieser Beziehung war die Nachkriegszeit eine direkte Fortführung der Zeit der Parteienregierung in den

zwanziger Jahren. Doch Japan hätte sich wahrscheinlich auch zu einem sozialistischen Musterstaat entwickeln können, wenn es die Umstände erfordert hätten. Es ist daher bedeutsam, daß die Politik, die im Jahre 1945 in bezug auf Japan verfolgt wurde, zum großen Teil in den Vereinigten Staaten gemacht wurde und daß ihre beiden Hauptvertreter General MacArthur auf amerikanischer und Premierminister Yoshida auf japanischer Seite waren. Denn obwohl MacArthur im Grunde ein eingefleischter Konservativer war, hatte er neuerdings begonnen, sich als Botschafter für die Demokratie in ihrer idealistischsten Form zu betrachten. Yoshida, als ein zur Repräsentativregierung Bekehrter, konnte andererseits für die Würde des japanischen Volkes und seine kulturelle Selbständigkeit eintreten.

Die Besetzung durch die Alliierten war daher durch die Tatsache gekennzeichnet, daß SCAP (der *Supreme Commander for the Allied Powers*) durch General MacArthur verkörpert wurde und eine beinahe ausschließlich amerikanische Angelegenheit war. Als eine Folge des Überwiegens des amerikanischen Einsatzes im Pazifischen Krieg und aufgrund des durch die Atombombe gewonnenen Prestiges wurde Japan nicht wie Deutschland oder Korea geteilt. Die SCAP- Politik, die in ihren Grundzügen in Washington konzipiert wurde, wurde in Tōkyō ziemlich großzügig ausgelegt. Es war günstig, daß ein beträchtlicher Grad von Übereinstimmung erzielt wurde zwischen den amerikanischen militärischen Beratern, die nach Japan geschickt worden waren, und den japanischen Regierungsbeamten, die im Amt geblieben waren, um die Anweisungen des SCAP auszuführen.

Die Besatzungspolitik hatte drei Hauptziele: Entmilitarisierung, Demokratisierung und Rehabilitierung. Am Anfang wurden die beiden ersten betont, denn in der übrigen Welt war die Erbitterung über den japanischen Militarismus groß. Im Namen der Entmilitarisierung wurden Japan alle seine Kriegsgewinne genommen, und es mußte die Institutionen, die das Militär unterhalten hatten, abschaffen. Als erstes wurde das japanische Kaiserreich buchstäblich auf die vier Hauptinseln reduziert, von denen es 1868 seine Expansion begonnen hatte. Somit verlor Japan die ganze Mandschurei, Korea, Taiwan, Sachalin und die Kurilen. Okinawa und die Bonin-Inseln wurden unter die Verwaltung der USA gestellt. Die Verkleinerung des japanischen Kaiserreichs machte die Repatriierung von etwa 6,5 Millionen Japanern notwendig, von denen sich viele in den Kolonialgebieten fest niedergelassen hatten. Die Entmilitarisierung verlangte den völligen Abbau der japanischen Streitkräfte, die Auflösung der Ministerien für Heer und Marine, aller Rüstungsindustrien, des Luftverkehrs und eine Zeitlang sogar der Handelsmarine. Um Personen, die »an der japanischen Expansion beteiligt gewesen waren«, auszuschalten, wurden auf Befehl des SCAP 180000 Personen aus leitenden Positionen in der Regierung, der Wehrmacht und im Erziehungswesen entfernt. Eine umfassende Verhandlung über Kriegsverbrechen brachte 25 Führer vor Gericht, von denen man annahm, daß

sie die Hauptverantwortlichen für die Greuelthaten im Kriege und den Ausbruch des Krieges waren. An erster Stelle unter den sieben, die im Jahre 1948 gehängt wurden, stand Expremier Tōjō.



© Abb. 27: Das Reichstagsgebäude

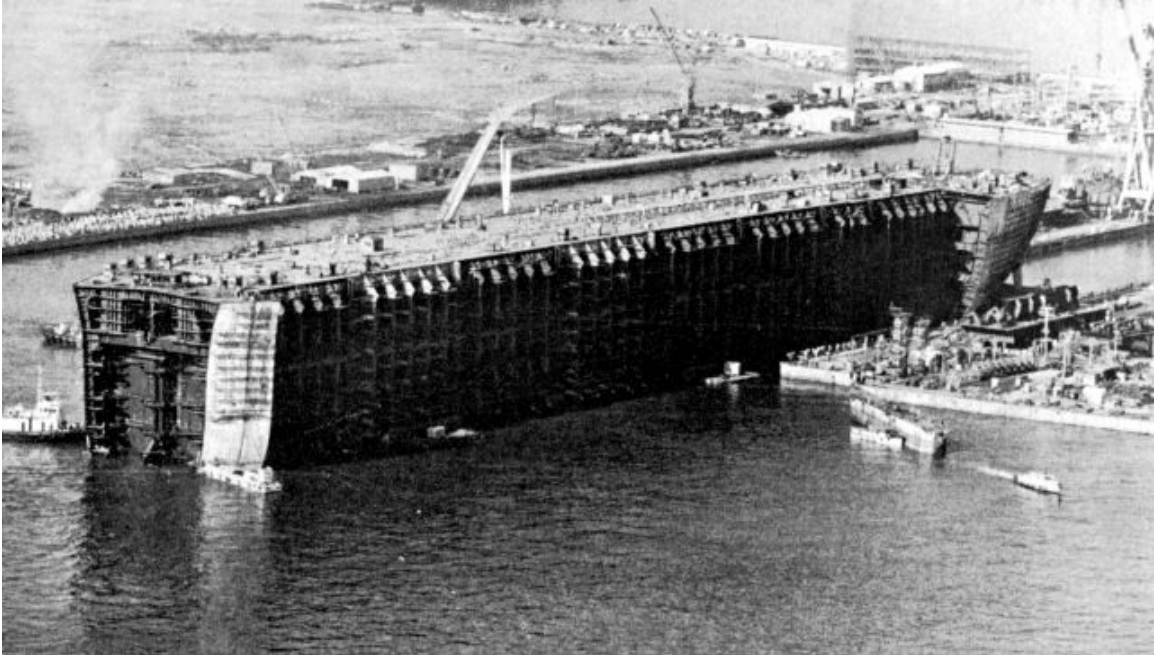
Andere sich weniger strikt auf die Minderung des militärischen Potentials in Japan beziehende Maßnahmen waren dazu ausersehen, die Wurzeln demokratischen Verhaltens in japanische Erde zu senken. Die Abschaffung des Staats-Shintō, der staatlichen Unterstützung aller Shintō-Schreine und des auf dem Shintō basierenden ›Moralunterrichts‹ in japanischen Schulen wurde durchgesetzt, um das japanische Denken von den traditionellen Dogmen zu reinigen, die den Ultranationalismus so gut hatten gedeihen lassen. Außerdem wurde der Kaiser gezwungen, über den Rundfunk »seine Göttlichkeit zu dementieren«.

Die wichtigste einzelne Änderung, die vom SCAP an der Politik vorgenommen wurde, war die Formulierung einer neuen Verfassung. Das Dokument, das im Jahre 1947 als eine verbesserte Version der Meiji- Verfassung ausgearbeitet wurde, änderte die politische Struktur des japanischen Staates grundlegend; es schuf eine echte Form der Repräsentativregierung, in der die höchste Macht fest in den Händen des Volkes lag. Die neue Verfassung begann mit den Worten »Wir, das japanische Volk«. In ihren Artikeln wurde eine neue

Definition des Kaisers gegeben als »Symbol des Staates und der Einheit des Volkes, der durch den Willen des Volkes, bei dem die Entscheidungsgewalt liegt, in seine Stellung eingesetzt ist«. Sie sah ein der Wählerschaft verantwortliches Kabinett nach britischem Vorbild vor; sie dehnte das Wahlrecht auf alle Männer und Frauen im Alter von zwanzig oder mehr Jahren aus und machte beide Häuser des Parlaments zu gewählten Institutionen. (Das Oberhaus wurde »Haus der Ratgeber« genannt.) Sie führte eine unabhängige Justiz ein und machte hohe Ämter in der Lokalverwaltung, einschließlich des Präfekturgouverneurs, elektiv. Sie dezentralisierte das Polizeisystem. Die Menschenrechte garantierte die neue Verfassung durch eine Gesetzeserklärung über die Grundrechte. Und Artikel 9 enthielt die heute berühmte Klausel über die Absage an den Krieg mit Ausnahme des Verteidigungskrieges. Alles in allem war die Verfassung so liberal, daß sie in den Vereinigten Staaten zu dieser Zeit wahrscheinlich nicht hätte eingeführt werden können.

Obwohl die neue Verfassung ihrem Inhalt nach von Japanern ausgearbeitet worden war, stimmte sie zum großen Teil mit dem Entwurf überein, den die »Regierungssektion« des SCAP gemacht hatte. Trotzdem zeigt die Tatsache, daß sie von den Japanern angenommen wurde, daß Japan im großen und ganzen für die darin enthaltenen Neuerungen bereit war. Seit 1947 hat die Verfassung Revisionsbemühungen widerstanden, und ihr Regierungssystem hat sich als den Japanern zusagend erwiesen, indem es eine weitere Entwicklung der Repräsentativregierung ermöglichte.

Die Reformen der Besatzungsmächte erstreckten sich auch auf die Wirtschaft. Es wurden große Anstrengungen gemacht, die großen *zaibatsu*-Konzerne zu zerschlagen und so die Wirtschaft zu dezentralisieren. Gesetze gegen Monopolisierungen wurden erlassen, um einem erneuten Zusammenschluß vorzubeugen. Die Gewerkschaften wurden unterstützt und ermutigt, der Macht der Unternehmer ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Und innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf 4,5 Millionen. Eine der wirkungsvollsten Maßnahmen der Besatzungszeit war die Landreform. Die Reform, die das Problem der Pachtbauern und der Großgrundbesitzer, die nicht auf ihrem Land lebten, an seiner Wurzel anging, zwang alle »abwesenden« Besitzer, ihr Reisland bis auf 100 Ar zu verkaufen. »Wirklichen« Gutsherrn wurde gestattet, bis zu 300 Ar zu behalten. In kurzer Zeit wechselten über 5 Millionen Ar den Besitzer, und der Anteil des von seinen Besitzern bebauten Bodens am Gesamtland stieg von 53 auf 87%. Der Pachteinzug in Naturalien wurde praktisch abgeschafft. Diese Reformen, verbunden mit dem Aufschwung der Landwirtschaft nach 1945, waren für eine Periode bemerkenswerter wirtschaftlicher wie politischer Stabilität in den Dorfgemeinschaften Nachkriegsjapans verantwortlich.



© Abb. 28: Japan baut zur Zeit die drei nach ihrer Fertigstellung größten Schiffe der Welt – Tanker der 276000-t-Kategorie. Hier eins der Schiffe während des Baus auf einer Werft in Yokohama

Schließlich gab es noch eine Reform des Erziehungswesens. Die Besatzungsmächte suchten das staatliche Ausbildungssystem zu dezentralisieren, obwohl sie das Erziehungsministerium nicht abschafften. Ein Schulsystem wurde eingeführt, das in einem auf Allgemeinbildung zugeschnittenen College-Lehrplan gipfelte. Lokalen Schulräten wurde Einfluß auf Teile des Lehrplans gegeben, Eltern-Lehrer-Vereine wurden gegründet und der autoritäre Ton aus den Klassenzimmern verbannt. Um weiteren Kreisen eine Hochschulausbildung zu ermöglichen, wurden neue präfekturale Universitäten geschaffen. Das Wichtigste war vielleicht die radikale, von den Besatzungsmächten geförderte Revision der Lehrpläne und Schulbücher. Dadurch wurde der ›Moralunterricht‹ durch ›Sozialkunde‹ ersetzt, und die Geschichtsbücher wurden geändert, so daß neue pluralistische Aspekte sichtbar wurden. Außerdem wurden neue sozialwissenschaftliche Fächer wie Politische Wissenschaften eingeführt, und es wurde ein weiterer Schritt zur Vereinfachung der geschriebenen Sprache unternommen.

Die Besetzung dauerte bis 1951 an, aber ihre grundlegenden politischen Ideen waren bis Ende 1947 in die Tat umgesetzt worden. Diese frühen Jahre waren erfüllt von einem bemerkenswerten Idealismus – sowohl von Seiten der Besatzungsbehörden, denen viele ehemalige *Fair-Deal*-Beamte angehörten, als auch von Seiten der Japaner, die die Reformen für angemessen hielten. Im Jahre 1948 änderte sich die Art der Besetzung. Mehr und mehr Entscheidungen übertrug SCAP den Japanern. Auch die amerikanische politische Grundhaltung

änderte sich, als die Opposition gegen die liberale *Fair-Deal*-Politik im eigenen Land wuchs und Schwierigkeiten mit Rußland und den chinesischen Kommunisten die Spannungen des Kalten Krieges nach Ostasien brachten. Japan, der ehemalige Gegner, wurde allmählich zu einem wichtigen Verbündeten der Vereinigten Staaten in Asien. Nach 1948 begannen daher die strategischen Interessen der Amerikaner die an der Entmilitarisierung und Reformierung zu überwiegen, und die Politik wandte sich in der Hauptsache der Rehabilitierung und dem Wiederaufbau zu. Mit dem Ausbruch des Koreakrieges erhielt Japan plötzlich einen unschätzbaren Wert für die amerikanischen Streitkräfte. Das erste Ziel war nun der wirtschaftliche Wiederaufstieg, und die früheren, Wirtschaft und Finanzen einschränkenden Bestimmungen wurden gelockert. Im Jahre 1950 wurde Japan eine ›Nationale Polizeireserve‹ zugestanden, die bis zum Jahre 1960 eine 200000 Mann starke ›Nationale Verteidigungstruppe‹ werden sollte, die vollständig mit Panzern, Flugzeugen und Marineeinheiten ausgestattet war. Obwohl Artikel 9 dem Buchstaben nach befolgt wurde, unterstützte man Japan darin, sich an seiner eigenen Verteidigung zu beteiligen.



© Abb. 29: Im Zentrum von Tōkyō, 1966

Im Jahre 1951 unterzeichneten die Vereinigten Staaten und 47 andere Nationen einen Friedensvertrag mit Japan. Sowjetrußland und Rotchina lehnten es noch

ab, diplomatische Beziehungen zu Japan aufzunehmen. Im Jahre 1952 fand die Besetzung offiziell ihr Ende. Ein Sicherheitsvertrag und ein Verwaltungsabkommen zwischen den USA und Japan gewährleisteten jedoch das Fortbestehen amerikanischer Militärbasen in Japan und verpflichteten die Vereinigten Staaten, Japan im Kriegsfall zu schützen. Somit blieb Japan unter dem Schuttschirm Amerikas und stellte weiterhin wichtige militärische Einrichtungen zur Verfügung, auf die die amerikanische Macht sich im Osten gründen konnte. In zunehmendem Maße erlangte Japan jedoch seine Handlungsfreiheit und sein Ansehen in der Welt zurück. Im Jahre 1956 wurden die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland wiederhergestellt, und Japan wurde in die Vereinten Nationen aufgenommen.

Die Jahre der Besetzung – »Japans amerikanisches Zwischenspiel« – und die unmittelbar darauf folgenden der Anpassung stellen einen deutlichen, entscheidenden Wendepunkt in der japanischen Geschichte dar. In ihrer Bedeutung als Zeit der drastischen Modernisierung nur der Meiji-Restauration vergleichbar, sind diese Jahre von manchen als die Periode betrachtet worden, in der Japan endgültig mit der Tradition brach und Institutionen und Prinzipien akzeptierte, die nicht von feudalistischen oder konfuzianischen Ideen gefärbt waren. Dennoch ist es schwierig, zwischen organischer Entwicklung, Tradition und erzwungener Veränderung, die in der Besatzungszeit ihren Höhepunkt fand, zu unterscheiden. Ohne die vorausgegangenen Neuerungen der siebziger und achtziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts und ohne die Erfahrung der zwanziger Jahre wäre den institutionellen Reformen von 1945 bis 1947 allerdings wohl kaum Erfolg beschieden gewesen. Es ist natürlich schwer zu sagen, inwieweit die Not der Kriegszeit und der Schock der Niederlage für den Grad verantwortlich waren, in dem soziale und wirtschaftliche Reformen angenommen wurden. Die Besetzung war mehr als ein Katalysator, aber sie war nicht die einzige treibende Kraft im Japan der Nachkriegszeit. Wir wollen es daher so formulieren: Die Leiden des Krieges, die Niederlage, die Desillusionierung und die Besetzung wirkten zusammen und zwangen Japan nach seiner zweiten großen Krise weiter auf dem Weg zur Modernisierung. Auf diese Weise entstand eine Gesellschaft, in der die Massen am politischen Leben teilnahmen und die oberste Gewalt beim Volk lag, eine Gesellschaft der Massenverbraucher, mit einer der erstaunlichsten wirtschaftlichen Zuwachsraten, die in einer modernen Gesellschaft zu finden sind.

Um die Mitte der sechziger Jahre nun hat Japan, obwohl es keine eigene Militärmacht besitzt und noch immer in seinen Äußerungen zur weltpolitischen Lage zurückhaltend ist, eine bemerkenswerte Reihe von statistischen Daten aufzuweisen, die seinen Aufstieg auf die vierte oder fünfte Stelle unter den Industriemächten der Welt dokumentieren. Mit einer Bevölkerung von bereits über 100 Millionen, einer Lebenserwartung von 65 Jahren für Männer und 70 für Frauen, einem durchschnittlichen Einkommen von über 600 Dollar pro Kopf im Jahre 1965, wobei nur 25% der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt

sind, hat Japan die soziologischen Charakteristika einer fortschrittlichen modernen Gesellschaft angenommen. Im Jahre 1950 überrundete Japan Großbritannien im Schiffsbau und 1961 in der Stahlerzeugung. In den sechziger Jahren erreichte die Herstellung von Radios und Fernsehgeräten in Japan ein Ausmaß, das nur von den USA übertroffen wurde. In derselben Zeit überflügelte es die Bundesrepublik Deutschland und wurde der drittgrößte Autohersteller der Welt. In der Gewährung von Entwicklungshilfe an unterentwickelte Länder steht Japan an fünfter Stelle, nachdem es Wirtschaftsprojekte in Indien und Pakistan unterstützt und zur Gründung der ›Bank zur Entwicklung Asiens‹ beigetragen hat. Japans »neuer Kapitalismus«, wie sich W.W. Lockwood ausgedrückt hat, hat augenscheinlich die meisten der Probleme überwinden helfen, die Japans Wirtschaft vor dem Krieg strukturell so unbalanciert gestaltet hatten.



© Abb. 30: Der Blitzzug ›Hikari‹, der schnellste Zug der Welt (Spitzengeschwindigkeit 250 km/h)

Dennoch fällt es den Japanern selbst schwer zu glauben, daß sich Japan nicht in einer wirtschaftlich unsicheren Lage befindet, obwohl sie in einem Land der Fernsehgeräte und der Schnellzüge leben. Einer der Gründe dafür mag sein, daß noch immer beträchtliche Ungewißheit über die politische Führung besteht. Japan ging aus den Jahren der Besetzung mit einer Staatsform hervor, die das

Land wahrscheinlich von allen asiatischen Nationen einer wirklich funktionierenden Demokratie am nächsten brachte. Die Politik in Japan gestaltet sich der in westlichen Gesellschaften immer ähnlicher, mit einem stabilen Gleichgewicht zwischen zwei Parteien und mit etwa 75% der Wählerstimmen für Kandidaten, die aus einer größeren Gruppe ausgewählt werden können. Japan ist mit anderen Worten der Lösung des Problems, wie das Volk am politischen Leben beteiligt werden kann, recht nahe gekommen. Dennoch kann man in dem Gleichgewicht der Interessen und Ideologien, auf dem die japanische Politik ruht, ein gewisses Unbehagen feststellen. Noch sind tiefgehende Spaltungen fühlbar. Die Regierung operiert noch im Schatten der Interessen des *establishment* hinter der starken liberal-demokratischen Parteienkoalition. Zwischen 1950 und 1951 waren mehr als 80000 Leute aus ihren Positionen entfernt worden, was dazu beitrug, daß Männer in die politische Führungsgruppe zurückkehrten, die in der Atmosphäre der Elitepolitik vor dem Krieg großgeworden waren. Zur selben Zeit hatte die Sozialistische Partei ihre Schwierigkeiten als ›ständige Minderheitspartei‹. Zum Teil lag das an der Art und Weise, wie sie als größere Partei in Erscheinung getreten war, und an den Problemen, die sie hatte, Einigkeit an die Stelle des Faktionalismus treten zu lassen, der immer eine Schwäche der Linken gewesen war. In politischen Dingen war die Politik der frühen Besatzungsjahre äußerst liberal gewesen. Politische Häftlinge, unter ihnen Kommunisten, die während des Krieges gefangengesetzt worden waren, wurden entlassen und die Versammlungsfreiheit gefördert. Für eine kurze Zeit, vom Juni 1947 bis März 1948, wurde Katayama Tetsu von der Sozialistischen Partei Premierminister. Aber das Erbe der Vorkriegszeit, Faktionalismus und Bindungen zum Kommunismus und zur Gewerkschaftsbewegung, war auch jetzt der Grund für Uneinigkeit in der sozialistischen Führungsspitze über die Politik, die Innen- wie die Außenpolitik. Unter Premierminister Yoshida gelangte die Konservative Partei bald wieder an die Macht und ist seither die Regierungspartei geblieben. Die Sozialisten gewinnen zwar an Bedeutung, stellen aber noch immer eine Minderheit dar und sind in den Aufgaben, die sich aus der Macht ergeben, relativ unerfahren. Da sie so sehr von der Unterstützung der Gewerkschaften abhängig sind, ist eine politische Einigung zwischen größeren Parteien, wie sie in den USA oder England erzielt wird, unmöglich. Die Behauptung, daß Japan nach einem Ein-und-einhalb-Parteiensystem regiert wird, hat einige Gültigkeit. Als die Sozialisten im Jahre 1960 versuchten, die Ratifizierung des Abkommens über die gegenseitige Verteidigung zwischen Japan und den USA zu verhindern, konnten sie daher angesichts dessen, was sie die ›Tyrannei der Mehrheit‹ nannten, nur zu Obstruktionsmaßnahmen greifen. Das Gefühl der ideologischen Spannungen zwischen den konservativen und den linksstehenden Parteien in Japan wird noch verstärkt von der dem *establishment* feindlichen Rolle, die die akademische und intellektuelle Elite und die großen Zeitungen spielen. Die Angst vor dem Radikalismus, durch eine gewaltsame

Hinwendung entweder zur Rechten oder zur Linken, quält das japanische Volk noch immer.

Diese innenpolitische Ungewißheit ist auch eng mit dem Problem verbunden, wie Japan ein Gefühl der Sicherheit in der Welt zurückgewinnen kann. Japan ist auf dem Weg zu neuem internationalen Ansehen nur langsam vorangekommen, und in Erinnerung an das Leid des Krieges haben die Japaner gezögert, fest aufzutreten. Außerdem hat jeder Schritt zu größerer Handlungsfreiheit in der Nachkriegszeit, in der Japan so von den Vereinigten Staaten abhängig gewesen ist, für das Land sofort die Probleme der Spannungen des Kalten Krieges und des Verhandelns mit Rotchina aufgeworfen. Gegen Ende der sechziger Jahre ist Japan noch immer vorsichtig in seiner Reaktion auf die Welt. Seine Zukunft hängt sehr von einer offenen Weltwirtschaft und einem freien Gleichgewicht der Kräfte ab; und für die Aufgeschlossenheit seiner eigenen Regierung ist vor allem entscheidend, ob Japan mit der Welt in ihrer Gesamtheit in vorteilhaften Beziehungen bleiben kann.

Zeittafel

etwa 150000 v. Chr.

Erste Spuren einer vorkeramischen Kultur

etwa 7000–250 v. Chr.

Jōmon-Keramikkultur

660 v. Chr.

Mythisches Datum der Thronbesteigung von Jimmu, dem ersten ›Kaiser‹

etwa 250 v. Chr.

Einführung der Yayoi-Kultur

etwa 300–645

Yamato-Zeit

552 oder 538

Einführung des Buddhismus aus Korea

593–622

Shōtoku (Shōtoku Taishi) Regent

607

Erste Gesandtschaft nach China

645

Taika-Putsch; danach Reformen

702

Taihō-Gesetze verkündet

710-784

Nara-Zeit

752

Weihung des ›Großen Buddha‹ (Daibutsu) im Tōdaiji-Tempel in Nara

781-806

Regierungszeit des Kaisers Kammu; Wiederaufleben der Taihō-Gesetze

794-1185

Heian-Zeit

805

Einführung der Tendai-Sekte

806

Einführung der Shingon-Sekte

838

Zwölfte und letzte Gesandtschaft nach China

866-1160

Fujiwara-Zeit

995-1027

Vormachtstellung des Fujiwara-no-Michinaga

etwa 1002-1019

Niederschrift der *Geschichte vom Prinzen Genji* (*Genji monogatari*) von Murasaki Shikibu

1086-1129

Shirakawa führt die Sitte der Regierungsausübung durch den Ex-Kaiser ein (*insei*)

1159/1160

Heiji-Konflikt: Taira-no-Kiyomori gewinnt die militärische Obergewalt (gest. 1181)

1175

Gründung der Jōdo-Sekte (Sekte des Reinen Landes) durch Hōnen Shōnin (1133 bis 1212)

1180–1185

Krieg zwischen den Minamoto und den Taira (Gempei-Krieg)

1185–1333

Kamakura-Zeit

1192

Yoritomo wird der Titel ›Shōgun‹ verliehen

1205

Hōjō-no-Tokimasa wird *Shikken* (Regent für den Shōgun)

1232

Jōei-Kodex (*Jōei shikimoku*), Kodex der Kamakura- Zeit, von den Hōjō herausgegeben

1274, 1281

Mongoleninvasionen

1334

Kemmu-Restauration unter Go-Daigo

1338–1573

Ashikaga- (oder Muromachi-) Zeit

1368–1394

Yoshimitsu dritter Shōgun (lebte 1358–1408)

1449–1473

Yoshimasa achter Shōgun (gest. 1490)

1467–1477

Ōnin-Krieg

1542 oder 1543

Die Portugiesen in Tanegashima; Einführung westlicher Feuerwaffen

1549

Der Jesuit Francisco de Xavier (1506–1552) trifft in Japan ein

1568–1600

Azuchi-Momoyama- (oder Shokuhō-) zeit

1568

Oda Nobunaga besetzt Kyōto

1582

Nobunaga von Akechi Mitsuhide ermordet

1585

Systematische Vermessung des gesamten Landes (*kenchi*) angeordnet

1586

Toyotomi Hideyoshi erbaut das Schloß von Ōsaka

1590

Hideyoshi absoluter Herrscher in Japan

1592

Hideyoshi unternimmt die erste Invasion Koreas

1598

Tod Hideyoshis und Rückzug der Truppen aus Korea

1600

Sieg von Tokugawa Ieyasu in der Schlacht von Sekigahara

1600–1868

Tokugawa- (oder Edo-) zeit

1603

Ieyasu erwirbt den Titel eines Shōgun

1614/1615

Einnahme der Burg von Ōsaka durch Ieyasu

1622/1623

Zeit der größten Christenverfolgungen

1623–1651

Iemitsu, der dritte Shōgun, vervollständigt die institutionellen Grundlagen des Tokugawa-Shogunats

1637/1638

Aufstand von Shimabara

1639

Verordnung zur Landesabschließung (*Sakokurei*) verkündet

1641

Holländische Faktorei nach Deshima (vor der Küste von Nagasaki) verlegt

1688–1704

Genroku-Zeit

1716–1745

Yoshimune (lebte 1648–1751), der achte Shōgun, leitet die Kyōhō-Reformen ein

1769–1789

Vormachtstellung des Tanuma Okitsugu (lebte 1719 bis 1788)

1787–1793

Vormachtstellung des Matsudaira Sadanobu (lebte 1758–1829), des Urhebers der Kansei-Reformen

1804–1829

Bunka-Bunsei-Zeit

1804

Ankunft Nikolai Rezanovs in Nagasaki

1837

›Reisrevolten‹ in Ōsaka unter Führung des konfuzianischen Gelehrten Ōshio Heihachirō

1841–1843

Tempō-Reformen, die Mizuno Tadakuni durchführt; Abschaffung der lizenzierten Handelsgenossenschaften (*kabunakama*)

1853

Ankunft des Kommodore Perry vor Uraga

1854

Vertrag von Kanagawa mit den USA

1858–1860

Ii Naosuke *Tairō* (leitet als Regent das *bakufu*)

1858

Handelsvertrag mit den USA

1862

Sankinkōtai-System gemildert

1865

Ratifizierung von Verträgen mit auswärtigen Mächten durch den Kaiser

1866/1867

Yoshinobu (Keiki, gest. 1913), fünfzehnter und letzter Shōgun

1867

Thronbesteigung des Kaisers Mutsuhito (Meiji)

1868–1912

Meiji-Zeit

1868

3. Januar: Feierliche Rückgabe der Regierung an den Kaiser; Erlaß der ›Eidescharta‹ im Namen des Kaisers

1869

Rückgabe der Daimyate (*han*) an den Kaiser

1873

Reform des Grundsteuersystems; Errichtung des Innenministeriums (Naimushō)

1877

Februar-September: Satsuma-Aufstand

1881

Verfassungsversprechen durch kaiserliches Edikt

1885

Beginn des Kabinettsystems (Naikaku); Itō erster Premierminister

1889

Die Meiji-Verfassung verkündet. General Yamagata Aritomo (1838–1922)
Premierminister

1890

Kaiserliches Erziehungsedikt

1894/1895

Chinesisch-japanischer Krieg

1899

Revision der Verträge mit den ausländischen Mächten; Abschaffung der
Exterritorialität

1902

Bündnisvertrag Japans mit England unterzeichnet

1904/1905

Russisch-japanischer Krieg

1910

Annexion Koreas

1912–1926

Taishō-Zeit

1914

Ōkuma Premierminister; Japan erklärt Deutschland den Krieg

1915

Einundzwanzig Forderungen an China

1918

Beginn der ›Parteienregierung‹; Hara Kei (Takashi) von der *Seiyūkai*
Premierminister

1921/1922

Konferenz in Washington

1925

Annahme des Gesetzes über das allgemeine Männerwahlrecht und des Gesetzes
zur Erhaltung des Friedens durch den Reichstag

ab 1926

Shōwa-Zeit

1930

Unterzeichnung des Londoner Flottenabkommens

1931

Ausbruch des Mandschurischen Zwischenfalls

1933

Japan verläßt den Völkerbund

1937

Prinz Konoe Fumimaro (1891–1945) Premierminister; Juli: Ausbruch des Krieges mit China

1940

Premierminister Konoe verkündet die Einführung einer ›Neuen Nationalen Organisation‹ (*Shintaisei*); der ›Bund zur Förderung der Kaiserherrschaft‹ tritt an die Stelle der Parteien; Dreimächtepakt mit Deutschland und Italien

1941

General Tōjō Hideki Premierminister; 7. Dezember: Überfall auf Pearl Harbor

1945

Kapitulation Japans

1946

General Douglas MacArthur zum SCAP ernannt; der Kaiser gibt seine ›Göttlichkeit‹ auf; Verkündung einer neuen Verfassung; Yoshida Shigeru Premierminister; Reformen der Besatzungsmächte

1950

Bildung der ›Nationalen Polizeireserve‹ durch die Japaner

1951

Friedenskonferenz in San Francisco

1952

Ende der Besetzung Japans

1953

Sicherheitsabkommen Japan-USA

1956

Japan wird Mitglied der Vereinten Nationen

1960

Demonstrationen gegen die Verabschiedung eines neuen Abkommens über die gegenseitige Verteidigung zwischen Japan und den USA

1964

Satō Eisaku Premierminister; Olympische Spiele in Tōkyō

Literaturverzeichnis

Vieles von dem in diesem Band Gesagten stützt sich auf die Arbeit japanischer Historiker, die in ihrer Muttersprache schreiben. Ich habe diese Werke hier nicht aufgenommen; die an der Art und dem Ausmaß der Geschichtsforschung in Japan Interessierten seien auf mein Buch *Japanese History: A Guide to Japanese Reference and Research Materials*, die bibliographische Reihe *Kokusai Bunka Shinkōkai* und die von der Rekishigaku Nihon Kokunai Inkai vorgelegten Berichte verwiesen, die weiter unten aufgeführt werden.

Das Schwergewicht der folgenden Liste liegt auf der politischen und sozialen Geschichte; sie läßt daher die überaus zahlreichen literarischen Werke, die in Übersetzung vorliegen und die so nützlich sind, um das Bild der verschiedenen Perioden der japanischen Geschichte in kultureller Hinsicht abzurunden, weitgehend außer acht. Jede der Standardbibliographien, die unten erscheinen, angefangen mit der B.S. Silbermans, dürfte zur Erschließung dieses Gebietes hinreichen. Empfohlen wird wegen ihrer Vollständigkeit die vom PEN-Club veröffentlichte Bibliographie.

Akita, G., *Foundations of Constitutional Government in Modern Japan 1868–1900*. Cambridge (Mass.) 1967

Allen, G.C., *Japan's Economic Expansion*. London 1965

–, *Japan's Economic Recovery*. New York 1958

–, *A Short Economic History of Modern Japan*. Revid. Ausg. London 1962

Amerikanische Botschaft, Tokio, *Tägliche Zusammenfassung der japanischen Presse; Tendenzen japanischer Zeitschriften; Zusammenfassungen ausgewählter japanischer Zeitschriften*. Als Vervielfältigungen

American Historical Association, *The American Historical Association's Guide to Historical Literature*. New York 1963

Anesaki, M., *History of Japanese Religion*. London 1930. Neudruck Tokio 1963

Asakawa, K., *The Documents of Iriki*. New Haven 1929. Tokio 1955

–, *Land and Society in Medieval Japan*. Tokio 1965

Asia Major. Leipzig 1924–35, 1944. London 1949ff.

Association for Asian Studies, *Bibliography* (jährliche Septemбераusgabe). 1955ff.

- , *The Journal of Asian Studies*. Ann Arbor 1956ff. (Früher Far Eastern Quarterly. 1941–1956)
- Aston, W.G., *Nihongi; Chronicles of Japan from the Earliest Times to AD 697*. London 1896. Neu druck 1956
- Beardsley, R., Hall, J.W. und Ward, R., *Village Japan*. Chicago 1959
- Beasley, W.G., *Great Britain and the Opening of Japan 1834–1858*. London 1951
- , *Japan. Geschichte der letzten 150 Jahre*. Spich 1964
- , *The Modern History of Japan*. London 1963
- , (Hrsg. und Übers.), *Select Documents on Japanese Foreign Policy, 1853–1868*. London 1955
- , und Pulleyblank, E.G. (Hrsg.), *Historians of China and Japan*. London 1961
- Beaujard, A., *Sei Shōnagon, Son Temps et Son Oeuvre (Une Femme de Lettres de l’Ancien Japon)*. Paris 1934
- Beckmann, G.M., *The Making of the Meiji Constitution: The Oligarchs and the Constitutional Development of Japan, 1868–1891*. Lawrence (Kansas) 1957
- Bellah, R.N., *Tokugawa Religion: The Values of Pre- Industrial Japan*. Glencoe (Ill.) 1957
- Benedict, R., *The Chrysanthemum and the Sword*. Boston 1946
- Benl, O., und Hammitzsch H., *Japanische Geisteswelt: Vom Mythos zur Gegenwart*. Baden-Baden 1956
- Bennet, J.W., und Ishino, I., *Paternalism in the Japanese Economy*. Minneapolis 1963
- Bernard, Henri, S.J., *Les Débuts des Relations Diplomatiques entre le Japon et les Espagnols des Iles Philippines (1571–1594)*, in: *Monumenta Nipponica* 1, 1 (1938), S. 99–137
- , *Les premiers rapports de la culture européenne avec la civilisation japonaise*, in: *Bulletin de la Maison Franco-Japonaise* 10,1 (1938), S. 1–74
- Bersihand, Roger, *Geschichte Japans von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Übers. v. S. Scharschmidt. Stuttgart 1963
- Blacker, C., *The Japanese Enlightenment: A Story of the Writings of Fukuzawa Yukichi*. New York 1964
- Bohner, H., *Shōtoku Taishi*, in: *Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens, Mitteilungen, Supplementband XV*. Tokio 1940
- Borton, H. (Hrsg.), *Japan Between East and West*. New York 1957
- , *Japan’s Modern Century*. New York 1955
- Borton, H., u.a., *A Selected List of Books and Articles on Japan in English, French and German*. Cambridge (Mass.) 1954
- Boxer, C.R., *The Christian Century in Japan, 1549–1650*. Berkeley 1951. 2. Aufl. 1967
- , *Jan Compagnie in Japan 1600–1850*. Den Haag 1950
- Brower, R.H., und Miner, E., *Japanese Court Poetry*. Stanford 1961
- Brown, D.M., *Money Economy in Medieval Japan: A Study in the Use of Coins*. New Haven 1951

- , *Nationalism in Japan: An Introductory Historical Analysis*. Berkeley 1955
- Bulletin of the School of Oriental and African Studies. London 1920ff.
- Bunce, W.K. (Hrsg.), *Religions in Japan*. Rutland (Vt.) 1955
- Butow, R., *Japan's Decision to Surrender*. Stanford 1954
- , *Tōjō and the Coming of the War*. Princeton 1961
- Chamberlain, B.H. (Übers.), *Kojiki, or Records of Ancient Matters*. 2. Aufl. Kobe 1932
- Chambliss, W., *Chiaraijima Village: Land Tenure, Taxation, and Local Trade, 1818–1884*. Tucson 1965
- Chikamatsu, M., *The Major Plays of Chikamatsu*. Übers. v. D. Keene. New York 1961
- Cohen, J.B., *The Japanese Economy in War and Reconstruction*. Minneapolis 1949
- Conroy, H., *The Japanese Seizure of Korea, 1868–1910*. Philadelphia 1960
- Craig, A.M., *Chōshū in the Meiji Restoration*. Cambridge (Mass.) 1961
- Crawcour, E.S., *Changes in Japanese Commerce in the Tokugawa Period*, in: *Journal of Asian Studies* 22,4 (1963), S. 387–400
- Crowley, J.B., *Japan's Quest for Autonomy*. Princeton 1966
- Dettmer, H.A., *Die Steuergesetzgebung der Nara- Zeit*. Wiesbaden 1959
- , *Grundzüge der Geschichte Japans*. Darmstadt 1965
- Dore, R.P., *City Life in Japan*. London 1958
- , *Education in Tokugawa Japan*. Berkeley 1965
- , *Land Reform in Japan*. London 1959
- Dumoulin, H., *Kamo Mabuchi. Ein Beitrag zur japanischen Religionsund Geistesgeschichte*, in: *Monumenta Nipponica Monograph Nr. 8*. Tokio 1943
- , *Zen: Geschichte und Gestalt*. Bern 1959
- Embree, J.F., *Suye Mura: A Japanese Village*. Chicago 1939
- Fairbank, J., Reischauer, E.O., und Craig, A., *A History of East Asian Civilization*. Bd. II: *The Modern Transformation*. Boston 1965
- Feary, R.A., *The Occupation of Japan, Second Phase, 1948–1950*. New York 1950
- Feis, H., *Japan Subdued*. Princeton 1961
- , *The Road to Pearl Harbor*. Princeton 1950
- Fukutake, T., *Man and Society in Japan*. Tokio 1962
- Fukuzawa, Y., *Autobiography*. Tokio 1940. Neuübers. Tokio 1960
- Gaspardone, E., *La Chronologie Ancienne du Japon*, in: *Journal Asiatique* 230 (1938), S. 235–277
- Ginsburg, N.S., *The Pattern of Asia*. Englewood Cliffs (New Jersey) 1958
- Gonthier, A., *Histoire des Institutions Japonaises*. Brüssel 1956
- Groot, G.J., *The Prehistory of Japan*. New York 1951
- Grousset, R., *Les civilisations de l'Orient*. Tome IV, *Le Japon*. Paris 1930
- Gundert, W., *Japanische Religionsgeschichte*. Tokio 1943
- Haguenauer, C., *Origines de la Civilisation Japonaise*. Paris 1956
- Hall, J.W., *The Castle Town and Japan's Modern Urbanization*, in: *Far Eastern Quarterly* Bd. XV, Nr. 1 (1955), S. 37–56

- , The Confucian Teacher in Tokugawa Japan, in: Nivison, D.S. und Wright, A.F. (Hrsg.), *Confucianism in Action*. Stanford 1959
- , *Feudalism in Japan – A Reassessment*, in: *Comparative Studies in Society and History* Bd. V (1962), S. 15–51
- , *Foundations of the Modern Japanese Daimyo*, in: *Journal of Asian Studies* Bd. XX, Nr. 3 (1961), S. 317–329
- , *Government and Local Power in Japan, 500–1700: A Study Based on Bizen Province*. Princeton 1966
- , *Historiography in Japan*, in: Hughes, H.S. (Hrsg.), *Teachers of History*. Ithaca (N.Y.) 1954
- , *Japanese History: A Guide to Japanese Reference and Research Materials*. Ann Arbor 1954
- , *Japanese History: New Dimensions of Approach and Understanding*, in: *Service Center for Teachers of History Publication* 34. Washington 1961
- , *Tanuma Okitsugu, 1719–1788: Forerunner of Modern Japan*. Cambridge (Mass.) 1955
- Hall, J.W., und Beardsley, R.K., *Twelve Doors to Japan*. New York 1965
- Hall, R.K. (Hrsg.). *Kokutai no Hongi: Cardinal Principles of the National Entity of Japan*. Übers. v. J.O. Gauntlett. Cambridge (Mass.) 1949
- Hammitzsch, H., *Die Mito-Schule und ihre programmatischen Schriften: Bairi Sensei Hiin, Kōkōkanki, Kōdōkangakusoku, Seiki no Uta*, in: *Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens* 31 B (1939)
- , *Literaturbericht über japanische Geschichte*, in: *Historische Zeitschrift Sonderheft* 1 (1962), S. 443–466
- Hara, Katsurō, *Histoire du Japon des origines à nos jours*. Paris 1926
- Harrison, J.A., *Japan's Northern Frontier*. Gainesville (Fla.) 1953
- Harvard Journal of Asiatic Studies*. Cambridge (Mass.) 1936ff.
- Hearn, L., *Japan, An Attempt at Interpretation*. New York 1904
- Henderson, D.F., *Conciliation and Japanese Law*. Seattle 1965
- Herbert, J., *Aux sources du Japon: Le Shintō*. Paris 1964
- , *Les Dieux nationaux du Japon*. Paris 1965
- Hirschmeier, J., *The Origins of Entrepreneurship in Meiji Japan*. Cambridge (Mass.) 1964
- Holtom, D. C., *Modern Japan and Shinto Nationalism*. Revid. Ausg. Chicago 1947
- Ienaga, S., *History of Japan*, *Tourist Library* Bd. XV. Tokio 1959
- Ike, N., *The Beginnings of Political Democracy in Japan*. Baltimore 1950
- International Military Tribunal for the Far East, Judgement. Documents. Evidence. Als Vervielfältigungen*. Tokio o.J.
- Iriye, A., *After Imperialism: The Search for a New Order in the Far East, 1921–1931*. Cambridge (Mass.) 1965
- Ito, H., *Commentaries on the Constitution of the Empire of Japan*. Tokio 1906
- Iwao, S., und Bonmarchand, G. (Kompilatoren), *Dictionnaire Historique du Japon*. Tokio 1963ff.

- Jansen, M.B. (Hrsg.), *Changing Japanese Attitudes toward Modernization*. Princeton 1965
- , *The Japanese and Sun Yat-sen*. Cambridge (Mass.) 1954
- , *Sakamoto Ryōma and the Meiji Restoration*. Princeton 1961
- Japan Quarterly*. Tokio 1954ff.
- Jones, F.C., *Japan's New Order in East Asia*. London 1954
- Joüon des Longrais, F., *Âge de Kamakura: Sources (1150–1333) – Archives*. Tokio 1950
- , *L'Est et L'Ouest: Institutions du Japon et de l'Occident comparées*. Tokio – Paris 1958
- , *Tashi: Le Roman de Celle qui épousa deux Empereurs (Nidai no Kisaki) (1140–1202) Bd. I*. Paris 1965
- Kaempfer, E., *The History of Japan, Together with a Description of the Kingdom of Siam, 1609–1692*. 3 Bde. London 1727–1728. Glasgow 1906
- Kawai, K., *Japan's American Interlude*. Chicago 1960
- Kawano, K., *Révolution française et révolution de Meiji: Aspects économiques et sociaux*, in: *Annales Historiques de la Révolution Française* 35 (1963), S. 1–14
- Keene, D. (Hrsg.), *Anthology of Japanese Literature from the Earliest Era to the Mid-19th Century*. New York 1955
- , *The Japanese Discovery of Europe*. London 1952
- , *Japanese Literature*. London 1953
- , *Living Japan*. New York 1959
- , *Modern Japanese Literature, an Anthology*. New York 1956
- Kidder, J.E., *Japan Before Buddhism*. 2. Aufl. New York 1959
- Kitabatake, C., *Jinnō Shōtōki, Buch von der wahren Gott-Kaiser-Herrschaftslinie*. Übers. und mit Anmerkungen versehen v. H. Böhner. Tokio 1935
- Kluge, I.L., *Miyoshi Kiyoyuki, sein Leben und seine Zeit*. Berlin 1958
- Kokusai Bunka Shinkōkai, K.B.S. *Bibliography of Standard Reference Books for Japanese Studies with Descriptive Notes*. Bd. III. *History and Biography*. 3 Teile. Tokio 1963–1965
- Kōsaka, M., *Japanese Thought in the Meiji Era*. Übers. v. D. Abosch. Tokio 1958
- Kublin, H., *Asian Revolutionary: The Life of Sen Katayama*. Princeton 1964
- de la Mazelière, A.R., *Le Japon. Histoire et Civilisation*. 8 Bde. Paris 1907
- Langer, W.L., *The Diplomacy of Imperialism*. 2. Aufl. New York 1951
- Laures, J., *Nobunaga und das Christentum*, in: *Monumenta Nipponica Monograph Nr. 10*. Tokio 1950
- , *Takayama Ukon und die Anfänge der Kirche in Japan*. Münster (Westf.) 1954
- Lockwood, W.W., *The Economic Development of Japan, Growth and Structural Change, 1868–1938*. Princeton 1954
- , (Hrsg.), *The State and Economic Enterprise in Japan*. Princeton 1965
- Lu, D., *From the Marco Polo Bridge to Pearl Harbor*. Washington 1961
- Malm, W.P., *Japanese Music and Musical Instruments*. Tokio 1959

- Martin, J.M., *Le Shintoïsme, religion nationale du Japon*. 2 Bde. Hongkong 1924–1927
- Maruyama, M., *Thought and Behavior in Modern Japanese Politics*. London 1963
- Maxon, Y.C., *Control of Japanese Foreign Policy: A Study of Civil-Military Rivalry, 1930–1945*. Berkeley 1957
- McCullough, H.C. (Übers.), *The Taiheiki: A Chronicle Of Medieval Japan*. New York 1959
- McLaren, W.W., *Japanese Government Documents*, in: *Transactions of the Asiatic Society of Japan*. XLII, Teil 1. 1914
- , *A Political History of Japan during the Meiji Era, 1867–1912*. New York 1916. Neudruck 1965
- Miller, F.O., *Minobe Tatsukichi: Interpreter of Constitutionalism in Japan*. Berkeley – Los Angeles 1965
- Monumenta Nipponica*. Tokio 1938–1943. 1951ff.
- Moréchand, G., ›Taiko Kenchi‹ *Le Cadastre de Hideyoshi Toyotomi*, in: *Bulletin De L'École Française D'Extrême-Orient* 53, 1 (1966)
- Morley, J.W., *The Japanese Thrust into Siberia, 1918*. New York 1957
- Morris, I.I., *Nationalism and the Right Wing in Japan: A study of postwar trends*. London 1960
- , *The World of the Shining Prince: Court Life in Ancient Japan*. New York 1964
- Murasaki, S., *The Tale of Genji*. Übers, v. A. Waley. 2 Bde. Boston 1935. 1 Bd. New York 1960
- , *Die Geschichte vom Prinzen Genji*. 2 Bde. Zürich 1966
- Nachod, O., *Geschichte von Japan*. 3 Bde. Gotha 1906. Leipzig 1929
- Nakamura, J., *Agricultural Production and the Economic Development of Japan. 1873–1922*. Princeton 1966
- Noda, Y., *La réception du droit français au Japon*, in: *Revue internationale de droit comparé* 15 (1963), S. 543–556
- Norman, E.H., *Japan's Emergence as a Modern State: Political and Economic Problems of the Meiji Period*. New York 1940
- Ogata, S., *Defiance in Manchuria*. Berkeley – Los Angeles 1964
- Okakura, K., *The Book of Tea*. New York 1906. Neudruck Rutland (Vt.) 1957
- Ōkuma, Graf S. (Kompilator), *Fifty Years of New Japan*. 2 Bde. London 1909–1910
- Oriental Economist*. Monatsschrift. Tokio 1934ff.
- Pacific Affairs*. Vancouver (B.C.) 1928ff.
- Papinot, E., *Dictionnaire japonaise-français des noms principaux de l'histoire et de la géographie du Japon*. Hongkong 1899. Neudruck (englisch) Ann Arbor 1948
- Passin, H., *Society and Education in Japan*. New York 1965
- , (Hrsg.), *The United States and Japan*. Englewood Cliffs (N.J.) 1966
- P.E.N. Club Japan, *Japanese Literature in European Languages: A Bibliography*. 2. Aufl. Tokio 1961

- Pittau, J., *Political Thought in Early Meiji Japan*. Cambridge (Mass.) 1967
- Plath, D.W., *The After Hours: Modern Japan and the Search for Enjoyment*. Berkeley 1964
- Ramming, M., *Japan-Handbuch*. Berlin 1941
- Rein, J.J., *Japan nach Reisen und Studien im Auftrage der Königlich Preußischen Regierung*. 2 Bde. Leipzig 1881–1886
- Reischauer, E.O., *Japan, Past and Present*. 3. Aufl. New York 1964
- , *The United States and Japan*. Revid. Ausg. Cambridge (Mass.) 1957. 3. Aufl. 1965
- Reischauer, E.O., und Fairbank, J., *A History of East Asian Civilization Bd. I: East Asia: The Great Tradition*. Boston 1960
- Reischauer, R.K., *Early Japanese History*. 2 Bde. Princeton 1937
- Rekishigaku Nihon Kokunai Iinkai, *Le Japon au XIe Congrès International des Sciences Historiques à Stockholm*. Tokio 1963
- , *Japan at the XIII International Congress of Historical Sciences in Vienna*. Tokio 1965
- Renondeau, G., *Histoire des moines guerriers du Japon*, Bibliothèque de l'Institut des Hautes Études Chinoises XI, S. 159–344. Paris 1957
- Robinson, G.H., und Beasley, W.G., *Japanische Geschichtsschreibung. Entstehung und Entwicklung einer eigenen Form vom 11. bis 14. Jahrhundert*, in: *Saeculum* 8 (1957), S. 236–248
- Roggendorf, J. (Hrsg.), *Das moderne Japan: einführende Aufsätze*. Tokio 1963
- Rosovsky, H., *Capital Formation in Japan, 1868–1940*. Glencoe (Ill.) 1961
- Sansom, Sir G.B., *Japan, A Short Cultural History*. Revid. Ausg. New York 1943
- , *A History of Japan*. 3 Bde. Stanford 1958–1963
- Bd. I: *A History of Japan to 1334*.
- Bd. II: *A History of Japan, 1334–1615*.
- Bd. III: *A History of Japan, 1615–1867*.
- , *Early Japanese Law and Administration*, in: *Transactions of the Asiatic Society of Japan* (2), Bd. IX (1932), S. 67–109. Bd. XI (1934), S. 117–149
- , *The Western World and Japan*. New York 1958
- Scalapino, R., *Democracy and the Party Movement in Pre-War Japan*. Berkeley 1953
- Scalapino, R., und Masumi, J., *Parties and Politics in Contemporary Japan*. Berkeley 1962
- Schwind, M., *Das japanische Inselreich. Eine Landeskunde nach Studien und Reisen*. 3 Bde. 1967ff. (im Druck)
- Sheldon, C.D., *The Rise of the Merchant Class in Tokugawa Japan, 1600–1868*. Locust Valley (N.Y.) 1958
- Shibusawa, K. (Kompilator und Hrsg.), *Japanese Life and Culture in the Meiji Era, Centenary Cultural Council Series*. Übers. v. C.S. Terry. Tokio 1958
- Shimmi, K., *Die Geschichte der Bukeherrschaft in Japan: Beiträge zum Verständnis des Japanischen Lehnswesens*. Basel 1939

- Shinoda, M., *The Founding of the Kamakura Shogunate, 1180–1185*. New York 1960
- Siebold, P.F. von, *Nippon, Archiv zur Beschreibung von Japan und dessen Neben- und Schutzländern*. 2 Bde. 1852
- Siemens, J., Hermann Roesler und die Einführung des deutschen Staatsrechts in Japan, in: *Der Staat* 2 (1962), S. 181–196
- Silberman, B.S., *Japan and Korea: A Critical Bibliography*. Tucson 1962
- , (Hrsg.), *Japanese Character and Culture: A Book of Selected Readings*. Tucson 1962
- Silberman, B.S., und Harootunian, H., (Hrsg.), *Modern Japanese Leadership*. Tucson 1966
- Smith, B., *Japan: A History in Art*. New York 1964
- , *Japan – Geschichte und Kunst*. Zürich 1965
- Smith, T.C., *The Agrarian Origins of Modern Japan*. Stanford 1959
- , *The Japanese Village in the Seventeenth Century*, in: *Journal of Economic History* Bd. XII (1952), S. 1–20
- , *Japan's Aristocratic Revolution*, in: *Yale Review* Bd. L (1961), S. 370–383
- , *Old Values and New Techniques in the Modernization of Japan*, in: *Far Eastern Quarterly* Bd. XIV (1955), S. 355–363
- , *Political Change and Industrial Development in Japan: Government Enterprise, 1868–1880*. Stanford 1955
- Storry, R., *The Double Patriots*. Boston 1957
- , *Histoire du Japon moderne*. Paris 1963. Deutsche Taschenbuchausg. München o.J.
- Swearingen, R., und Langer, P., *Red Flag in Japan*. Cambridge (Mass.) 1952
- Taeuber, I.B., *The Population of Japan*. Princeton 1958
- Takahashi, K., *État Actuel et Tendances générales des Études Historiques au Japon depuis la Guerre*, in: *Revue Historique* 216 (1956), S. 59–66
- , *La Place de la Révolution de Meiji dans l'histoire agraire du Japon*, in: *Revue Historique* 210 (1953), S. 229–270
- Teng, S.Y., *Japanese Studies on Japan and the Far East*. Hongkong 1961
- Thunberg, Ch-P., *Le Japon du XVIIIe Siècle*. Neudruck Paris 1966
- Titsingh, I., *Nipon O Daï Itsi Ran, ou Annales des Empereurs du Japon*. Hrsg. J. Klaproth. London 1834. Neudruck 1965
- Toyoda, T., *Révolution française et révolution de Meiji: Étude critique des interprétations de Kōsa et Rōno*, in: *Annales Historiques de la Révolution Française* 35 (1963), S. 16–24
- Transactions of the Asiatic Society of Japan*. Tokio 1872–1922, 1924–1940, 1948ff. Ein umfassender Index zu allen Serien findet sich im Dezemberheft 1958 (3. Serie, Heft 6)
- Tsuchiya, T., *An Economic History of Japan*, in: *Transactions of the Asiatic Society of Japan* (2), Heft 15 (1937)

- Tsunoda, R., u.a. (Kompilatoren), *Sources of Japanese Tradition*. New York 1958
- Vogel, E., *Japan's New Middle Class: The Salary Man and his Family in a Tōkyō Suburb*. Berkeley 1965
- Waley, A., (Übers.), *The Nō Plays of Japan*. London 1921
- Wang, Y.-T., *Official Relations between China and Japan, 1368–1549*. Cambridge (Mass.) 1953
- Ward, R.B., und Rustow, D. (Hrsg.), *Political Modernization in Japan and Turkey*. Princeton 1964
- Warner, L., *The Enduring Art of Japan*. Cambridge (Mass.) 1952
- Webb, H., *An Introduction to Japan*. New York 1957
- , *Research in Japanese Sources: A Guide*. New York 1965
- White, J.A., *The Diplomacy of the Russo-Japanese War*. Princeton 1964
- Yanaga, C., *Japan Since Perry*. New York 1949
- Yoshida, S., *The Yoshida Memoirs*. Boston 1962
- Zachert, H., *Die Tokugawa-Zeit und ihr Einfluß auf Wesen und Nationalgeist der Japaner*. Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Kultur- und Völkerkunde Ostasiens 28 G 1938

Verzeichnis und Nachweis der Abbildungen

- ⇒ 1 *Der Großschrein von Ise, der Gottheit Amaterasu Ōmikami geweiht*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 2 *Das Grabmal des Kaisers Nintoku in der typischen ›Schlüsselloch‹-Form*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 3 *Japan zur Zeit des Yamato-Reiches um 500 n. Chr.*: nach einer Vorlage des Autors
- ⇒ 4 *Der von Shōtoku Taishi begründete Tempel Hōryūji*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 5 *Japan zur Zeit der Taihō-Gesetze*: nach einer Vorlage des Autors
- ⇒ 6 *Höflinge beklagen den Tod eines Kaisers*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 7 *Ein Samurai von niedrigerem Rang mit seinem aus Bauern bestehenden Gefolge*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 8 *Die große Buddhastatue (Daibutsu) von Kamakura, aufgestellt im Jahre 1242*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio

- ⇒ 9 *Ashikaga Takauji, Begründer des Ashikaga- Shogunats*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 10 *Der ›Silberpavillon‹ (Ginkakuji), erbaut als ein Teil des Landsitzes Yoshimasas am Fuße der Hügel östlich von Kyōto (Higashiyama)*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 11 *Japan im Mittelalter*: nach einer Vorlage des Autors
- ⇒ 12 *Szene aus der Schlacht von Nagashino im Jahre 1575*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 13 *Toyotomi Hideyoshi in höfischem Ornat*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 14 *Japan kurz vor der Einigung*: nach einer Vorlage des Autors
- ⇒ 15 *Das Schloß Himeji, typisch für die Festungen der Daimyō in der Tokugawa-Zeit*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 16 *Japan unter den Tokugawa*: nach einer Vorlage des Autors
- ⇒ 17 *Nihonbashi, das Zentrum des Kaufmannsviertels in Edo, nach einem Holzschnitt Hiroshiges*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 18 *Geisha mit Dienerin, nach einer Darstellung Kiyonagas*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 19 *Die Ausländersiedlung in Yokohama*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 20 *Mitglieder der ›Iwakura-Mission‹ von 1872/73. Von links nach rechts: Kido, Ōkubo, Iwakura, Itō und Yamaguchi*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 21 *Premierminister Itō*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 22 *Verkehr im Stadtzentrum von Ōsaka, 1929*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio
- ⇒ 23 *Aufstieg und Zusammenbruch des japanischen Reiches*: nach einer Vorlage des Autors
- ⇒ 24 *General Tōjō als Premierminister im Jahre 1941*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio

⇒ 25 *Der Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941*: Foto United Press International, Frankfurt am Main

⇒ 26 *Das erste japanische Atomkraftwerk, in Betrieb seit November 1965*: Foto JETRO (Japan External Trade Organization), Tokio – Frankfurt am Main

⇒ 27 *Das Reichstagsgebäude*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio

⇒ 28 *Im Bau befindlicher 276000-t-Tanker auf einer Werft in Yokohama*: Foto JETRO (Japan External Trade Organization), Tokio – Frankfurt am Main

⇒ 29 *Im Zentrum von Tokio, 1966*: Foto Shōgakkan publishers, Tokio

⇒ 30 *Der Blitzzug ›Hikari‹, der schnellste Zug der Welt (Spitzengeschwindigkeit 250 km/h)*: Foto United Press International, Frankfurt am Main